

Institut für Marxismus-Leninismus
beim Zentralkomitee der SED

ERNST THÄLMANN

Eine
Biographie



Dietz Verlag Berlin 1980

Autorenkollektiv:
Günter Hortzschansky (Leiter),
Walter Wimmer (stellvertretender Leiter), Lothar Berthold,
Heinz Karl, Horst Naumann, Stefan Weber

Unter Mitarbeit von:
Katja Haferkorn, Rainer Holze, Erika Kücklich,
Hans Vieillard und anderen

Mit einem Frontispiz und 137 Abbildungen

2. Auflage 1980
© Dietz Verlag Berlin 1979
Lizenznummer 1
LSV 0288

Lektoren: Renate Polit, Renate Weber, Klaus Grosinski
Redaktionelle Mitarbeit: Lieselotte Gruner
Typographie: Uwe Niekisch, Claudia Schauß
Einband und Schutzumschlag: Volkmar Brandt
Printed in the German Democratic Republic
Fotosatz: (140) Druckerei Neues Deutschland, Berlin
Druck- und Bindearbeit:
LVZ-Druckerei »Hermann Duncker«, Leipzig
Best.-Nr. 7366122
DDR 17,50 M



Vorwort

Ernst Thälmann widmete sein Leben dem Höchsten der Menschheit: dem Kampf für ihre Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung, für den Frieden zwischen den Völkern, für den Kommunismus. Er war das Vorbild eines mit der Arbeiterklasse eng verbundenen Arbeiterführers, eines unbeugsamen Gegners des Imperialismus und Faschismus, eines konsequenten proletarischen Internationalisten, eines treuen Freundes der Sowjetunion und ihrer Leninschen Partei.

Die vorliegende Biographie will dazu beitragen, den reichen Erfahrungsschatz dieses Kämpferlebens zu vermitteln. Es wird versucht, die Entwicklung Ernst Thälmanns vom klassenbewußten Arbeiter, vom Hamburger Partei- und Gewerkschaftsfunktionär zum Vorsitzenden der KPD und zu einem führenden Funktionär der Kommunistischen Internationale nachzuzeichnen, Thälmann als Verkörperung des im Klassenkampf gereiften, vom Marxismus-Leninismus durchdrungenen Arbeiterführers darzustellen.

Leben und Wirken Ernst Thälmanns sind untrennbar mit der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts verbunden. Von seiner historischen Leistung sind die Aneignung des Marxismus-Leninismus durch die KPD, ihre Entwicklung zu einer eng mit den Massen verbundenen, starken und festgefügtten Kampfpartei, ihr unermüdlicher Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse und des ganzen werktätigen Volkes nicht zu trennen.

Zugleich galt es zu beachten: Zu Arbeiterführern reifen auch die besten Revolutionäre nur im Kampf der Partei und der Arbeiterklasse heran, im Leben der Klasse werden sie geformt. So muß eine Biographie Thälmanns ebenfalls ein Beitrag zur Geschichte der revolutionären Partei des deutschen Proletariats und des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten sein. Sie hat in dem Maße, in dem Ernst Thälmann in

die Führung der KPD und der Kommunistischen Internationale hineinwuchs, auch Fragen der kommunistischen Weltbewegung zu behandeln.

Im Mittelpunkt dieser Biographie steht das politische Handeln Ernst Thälmanns. Die öffentlichen Angelegenheiten im vollen Sinne des Wortes: die Verteidigung der Interessen des Volkes, der Aufstieg der Arbeiterklasse, der Kampf gegen die Ausbeuter – das war sein Lebensinhalt. Er gehörte zu den Genossen, von denen Lenin ganz am Anfang seines Wirkens für die revolutionäre proletarische Partei geschrieben hatte: »Es müssen Leute ausgebildet werden, die der Revolution nicht nur ihre freien Abende, sondern ihr ganzes Leben widmen.«¹

Thälmanns Leben war rastloser Einsatz für die Sache der Arbeiterklasse, für das Wohl des werktätigen Volkes, war aufopferndes Wirken für die Rechte der Massen und für die Verteidigung des Friedens. Es war unablässiges und erfolgreiches Ringen um die Stärkung und Festigung der revolutionären Partei des Proletariats, um eine wirkungsvolle Politik gegen Imperialismus und Faschismus, um die Meisterung der marxistisch-leninistischen Theorie und ihre wirksame, schöpferische Anwendung im Klassenkampf.

Wenig Zeit blieb ihm für die Familie, kaum Gelegenheit, privaten Neigungen nachzugehen. Die Aufgabe, der Ernst Thälmann sein Leben geweiht hatte, füllte ihn ganz aus. Aber er verstand es auch, die seltenen freien Stunden, die der schönen Literatur, der Geselligkeit, dem Naturerlebnis blieben, voll zu nutzen.

Lenin schrieb: »Die Führer der Arbeiter sind keine Engel, keine Heiligen, keine Heroen, sondern Menschen wie alle.«² Ganz und gar trifft das auch auf Thälmann zu. Er wuchs als Arbeiter unter Arbeitern heran und blieb ein Arbeiter auch dann, als er an der Spitze einer großen kommunistischen Partei stand. Darin lag die entscheidende Quelle seiner Kraft: die enge Verbundenheit mit den Arbeitern, das Vertrautsein mit den Problemen der werktätigen Menschen, das Verständnis für ihre alltäglichen Sorgen und Nöte. Sein Mitkämpfer Franz Dahlem meint, daß gerade hier der entscheidende Zugang zum Verständnis der Persönlichkeit Ernst Thälmanns liegt: Er war und blieb der einfache, mit seiner Klasse durch Denkungsart und Lebensgewohnheit fest verbundene klassenbewußte Arbeiter.

»Doch bei all den hervorragenden Eigenschaften und Fähigkeiten, die

1 W. I. Lenin: Die dringendsten Aufgaben unserer Bewegung. In: Werke, Bd. 4, S. 370.

2 W. I. Lenin: Der Parteitag der italienischen Sozialisten. In: Ebenda, Bd. 18, S. 161.

diese historische Persönlichkeit prägten«, schreibt Franz Dahlem, »war und blieb er ein ganz normaler Mensch aus Fleisch und Blut mit seinen Eigenheiten und auch nicht frei von Schwächen. Schon gar nicht war er ein Wunderkind, dem schon an der Wiege gesungen worden wäre, zum Parteiführer seiner Klasse berufen zu sein. Darin bestand ja gerade die Stärke unserer Kommunistischen Partei, daß an ihrer Spitze Menschen aus dem Volk standen, deren Verbindung zu ihrer Klasse und zu den werktätigen Massen stets lebendig blieb.«³

Thälmann teilte die Sehnsucht aller Ausgebeuteten und Unterdrückten nach einer besseren Welt, und er rang zeitlebens darum, sie zu schaffen.

Immer wieder legte er sich die Frage vor, was getan und was besser gemacht werden mußte, um die Befreiung der Arbeiterklasse von Ausbeutung und Unterdrückung, die Erlösung der Menschheit von Kapitalismus und Krieg bald zu erreichen. Stets prüfte und überlegte er, holte sich bei den Klassikern des Marxismus-Leninismus Rat, beriet mit seinen Genossen, hörte die Meinung der Arbeiter. Vor Schwierigkeiten schreckte er nie zurück; er stellte sich komplizierte Aufgaben und bahnte neue Wege; er ging voran und übernahm die schwerste Verantwortung im Dienste der Klasse. Gerade darin liegt seine menschliche Größe.

Die faszinierende Persönlichkeit des großen Sohnes und Führers der deutschen Arbeiterklasse ist schon mehrfach gestaltet worden. Manch wichtige Anregung und aufschlußreiche Information erhielten die Autoren aus den in früheren Jahren erschienenen Reden und Aufsätzen führender Funktionäre der KPD sowie aus Arbeiten deutscher und sowjetischer Historiker über Ernst Thälmann.⁴ Eine wertvolle Hilfe waren die Erinnerungen seiner Kampfgenossen, seiner Lebensgefährtin Rosa Thälmann und seiner Tochter Irma.⁵

3 Franz Dahlem: Am Vorabend des zweiten Weltkrieges. 1938 bis August 1939. Erinnerungen, Bd. 1, Berlin 1977, S. 418.

4 Genannt seien vor allem Walter Bartel: Ernst Thälmann. Der mutige Vorkämpfer gegen Faschismus und imperialistischen Krieg, Berlin o. J. – Ders.: Ein Held der Nation. Aus dem Leben Ernst Thälmanns, Berlin 1961. – Willi Bredel: Ernst Thälmann. Ein Beitrag zu einem politischen Lebensbild, Berlin (1948). – Д. С. Давидович: Эрнст Тельман. Страницы жизни и борьбы, Moskau 1968 (2. verb. und erg. Aufl., Moskau 1971). – Rudolf Lindau: Ernst Thälmann. Leben und Kampf, Berlin 1956. – Werner Raase: Ernst Thälmanns revolutionäre Gewerkschaftspolitik, Berlin 1953. – Oleg Weizmann: Ernst Thälmann in Leningrad. Ein Beitrag zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Freundschaft (Halle) o. J.

5 Vgl. Deutschlands unsterblicher Sohn. Erinnerungen an Ernst Thälmann, Berlin 1963. – Irma Thälmann: Erinnerungen an meinen Vater, Berlin 1974. – Daneben wurden zahlreiche Erinnerungsberichte aus Zeitschriften und Tageszeitungen ausgewertet. – Eine

In den letzten Jahren ist außerordentlich umfassendes, wenngleich nicht lückenloses Tatsachenmaterial über das Wirken Thälmanns zugänglich geworden.⁶ Die Quellengrundlage ist heute unvergleichlich breiter als noch vor einem Jahrzehnt. Das erst hat es ermöglicht, die vorliegende Biographie zu erarbeiten. Zu den jetzt zur Verfügung stehenden Materialien gehören – neben der überwiegenden Mehrheit der publizierten Reden und Aufsätze Thälmanns – unveröffentlichte Niederschriften über sein Auftreten in den Führungsgremien der KPD und der Kommunistischen Internationale sowie seine Gefängnisaufzeichnungen.

Über die ersten beiden Jahrzehnte der politischen Tätigkeit Ernst Thälmanns existieren jedoch zumeist nur kurze Mitteilungen, teilweise fehlen auch diese. In den späteren Jahren erforderte es die Sicherheit der Partei und der Person Ernst Thälmanns oft, über sein Wirken keine Aufzeichnungen anzufertigen. Wichtige Akten und Zeitungsbestände wurden im zweiten Weltkrieg vernichtet. Persönliche Briefe und ähnliche Äußerungen, die über seine Gedanken und Gefühle, Motive seines Handelns, seine Interessen und Neigungen Aufschluß geben, darum für eine Biographie besonderen Aussagewert hätten, liegen in größerer Zahl nur aus den ersten Jahren seiner Haft im faschistischen Kerker vor. Briefe aus den Jahren des ersten Weltkrieges und einige andere Dokumente sind vernichtet worden, damit sie der Gestapo nicht in die Hände fallen konnten.

Übersicht über die bis 1956 erschienene Literatur ist enthalten in: Ernst Thälmann. Kämpfer für Frieden und Freiheit. Auswahlverzeichnis von Schriften über Ernst Thälmann, Berlin 1956. – Persönliche Aussprachen mit Irma Gabel-Thälmann, Franz Dahlem, Else und Philipp Daub, Rudolf Lindau, Albert Schreiner und weiteren Genossen aus der DDR sowie mit Genossen aus Hamburg, Paris und Wien vermittelten wichtige Hinweise und Anregungen.

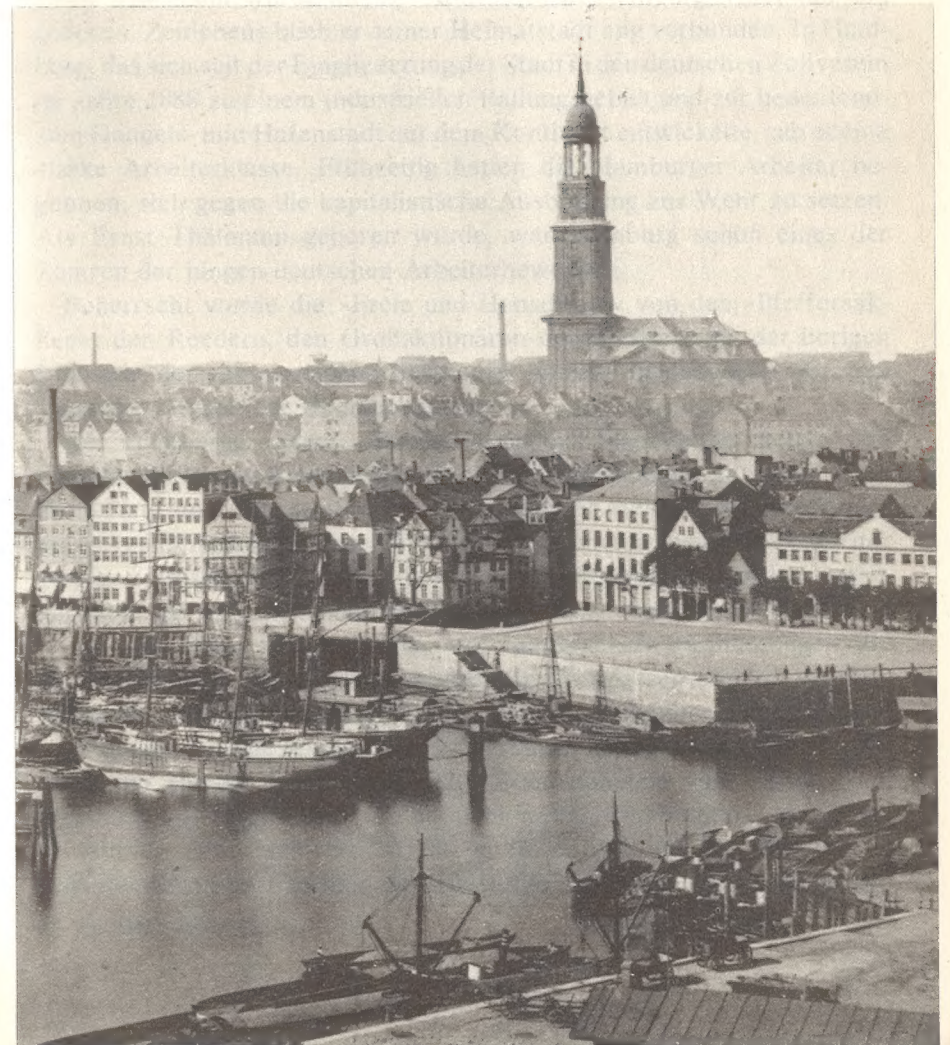
⁶ Hier seien vor allem das historische Archiv der KPD und der Nachlaß Ernst Thälmanns – die im Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Zentrales Parteiarchiv (im folgenden: IML, ZPA), aufbewahrt werden – sowie die uns vom Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau zur Verfügung gestellten Archivmaterialien erwähnt. – Wertvolle Dokumente und Hinweise erhielten die Autoren von staatlichen Archiven der DDR und von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung Halle der SED, vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der KPdSU und dem Staatsarchiv in Prag, vom Institut »Maurice Thorez« in Paris, vom Kuratorium »Gedenkstätte Ernst Thälmann« in Hamburg-Eppendorf sowie vom Staatsarchiv Hamburg. –

Die Autoren möchten den genannten Instituten und Archiven sowie der Staatlichen Archivverwaltung der DDR für die ihnen gewährte Hilfe und Unterstützung danken.

Die Verfasser möchten allen, die sie bei ihrer Arbeit unterstützten, aufrichtig danken.⁷ Der Dank sei mit der Bitte an jene verbunden, in deren Besitz sich bisher noch unbekanntes Material über Ernst Thälmann befindet oder die zusätzliche konkrete Informationen geben können, uns darüber zu berichten.

⁷ Außer dem bereits genannten Personenkreis gebührt Dank auch Walter Bartel, Wilhelm Eildermann, Ernst Diehl, Erich Glückauf, Kurt Herholz, Erich Paterna, K. K. Schirinja, E. N. Sokolow und Hans Teubner, die Gutachten erstatteten bzw. Hinweise zum Manuskript gaben, den Mitgliedern des Wissenschaftlichen Rates des IML sowie des Problemrates für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1945 und den Mitarbeitern der Abteilung Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1945. Zu Dank verpflichtet sind die Autoren auch den Mitarbeitern des Zentralen Parteiarchivs und der Bibliothek des IML.

Erster Teil 1886–1920



Erster Teil
1886-1920

1

Eine Kindheit, reich an Erfahrungen

Ernst Thälmann wurde am 16. April 1886 in Hamburg, Alterwall 68¹, geboren. Zeitlebens blieb er seiner Heimatstadt eng verbunden. In Hamburg, das sich seit der Eingliederung der Stadt in den deutschen Zollverein im Jahre 1888 zu einem industriellen Ballungsgebiet und zur bedeutendsten Handels- und Hafenstadt auf dem Kontinent entwickelte, gab es eine starke Arbeiterklasse. Frühzeitig hatten die Hamburger Arbeiter begonnen, sich gegen die kapitalistische Ausbeutung zur Wehr zu setzen. Als Ernst Thälmann geboren wurde, war Hamburg schon eines der Zentren der jungen deutschen Arbeiterbewegung.

Beherrscht wurde die »Freie und Hansestadt« von den »Pfeffersäcken«: den Reedern, den Großaktionären der Werften und der übrigen Industrie, den schwerreichen Herren der Import- und Exportfirmen, den Finanzgewaltigen der Überseebanken.

Der Hamburger Senat, die Regierung des Stadtstaates, setzte sich ausschließlich aus Angehörigen reicher Bürgerfamilien zusammen, die ihren Platz auf Lebenszeit innehatten. Die große Mehrheit der Einwohner dieser republikanischen Insel im monarchistischen Deutschland hatte nur geringe politische Rechte. Im Unterschied zu den Wahlen zum Reichstag, bei denen das allgemeine und gleiche Wahlrecht – freilich nur für Männer – bestand, galten für die Wahlen zur Bürgerschaft Bestimmungen, die noch reaktionärer waren als das preußische Dreiklassenwahlrecht und die übergroße Mehrheit der Bevölkerung von der Teilnahme ausschlossen.

In den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts zogen Industrie, Schifffahrt und Handel Hunderttausende Arbeitsuchende vom Lande nach Hamburg. Sie vergrößerten die politisch weitgehend rechtlose Masse der Proletarier, deren schwere Arbeit im Hafen und auf den Werften, in Lagerhäusern und Fabriken den Reichtum der Hamburger Bourgeoisie

1 Vgl. IML, ZPA, NL 3/3.

mehrte. Mietskasernen und düstere Hinterhöfe kennzeichneten wie überall, wo die kapitalistische Profitmacherei aufblühte, die Wohnbedingungen der Arbeiter. Hier forderte die Choleraepidemie, die Hamburg in den Sommermonaten des Jahres 1892 heimsuchte, über 8000 Opfer.²

Unter solchen gesellschaftlichen Bedingungen wuchs Ernst Thälmann auf. Sein Vater Johannes stammte aus Weddern in Holstein. Er hatte dort als Knecht gearbeitet und die erbarmungslose Ausbeutung durch die Gutsherren kennengelernt. Nach seinem Militärdienst in Potsdam war er 1880 nach Hamburg gekommen, um in der großen Stadt sein Glück zu machen. Er arbeitete mehrere Jahre als Speditionskutscher und erwarb 1885 die hamburgische Staatsangehörigkeit.³ Ernsts Mutter, Maria Magdalena, geborene Kohpeiss, war die Tochter eines Zimmermanns. Sie stammte aus der zum hamburgischen Staatsgebiet gehörenden Landgemeinde Kirchwälder in den Vierlanden.⁴ Beide hatten 1884 in Hamburg geheiratet.⁵

Einige Monate nach der Geburt Ernst Thälmanns übernahm sein Vater in der Straße Alterwall unweit seiner Wohnung eine Kellerwirtschaft.⁶ Jan Thälmann wurde ein »Fleegenwirt«, wie die Hamburger Arbeiter solche kleinen Gastwirte nannten. Die Straße war im Zentrum Hamburgs gelegen, nahe dem Hafen. In der Wirtschaft verkehrten Hausknechte und Kontorboten aus den umliegenden Geschäftshäusern, Schauerleute und Werftarbeiter.

Im März 1892 wurden Ernst und seine ein Jahr jüngere Schwester Frieda für einige Zeit von den Eltern getrennt und von anderen Familien in Pflege genommen, Ernst von einer Familie in der Lohkoppelstraße.⁷ Vater und

2 Vgl. Ulrich Seemann: Die Kämpfe der Hamburger Arbeiter gegen die Verschlechterung ihres Wahlrechts in den Jahren 1905/06. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock, Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe, 1961, H. 1, S. 64. – Rudolf Lindau: Ernst Thälmann, S. 6. – Johannes Schult: Geschichte der Hamburger Arbeiter 1890–1919, Hannover 1967, S. 41/42.

3 Vgl. Staatsarchiv Hamburg (im folgenden: StA Hamburg), Meldewesen I, A 17, Bd. 16, Nr. 50919. – Gesuch um Aufnahme in den Hamburgischen Staatsverband abseiten Fritz Johannes Amandus Thälmann. In: StA Hamburg, Staatsangehörigkeitsaufsicht B III. – Johannes Thälmann wurde am 11. April 1857 geboren. (Vgl. ebenda.)

4 Vgl. ebenda. – Maria Magdalena Thälmann, geborene Kohpeiss, wurde am 8. November 1857 geboren. (Vgl. ebenda.)

5 Vgl. ebenda, Meldewesen I, A 17, Bd. 16, Nr. 50919.

6 Dies geht aus der Geburtsurkunde für Frieda Helene Marie Thälmann, einer Schwester Ernst Thälmanns, hervor, die am 1. April 1887 geboren wurde. (Vgl. IML, ZPA, NL 3/3.)

7 Vgl. IML, ZPA, EA 1400/1.

Mutter waren vom Landgericht Hamburg zu je zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden, weil sie – laut Gerichtsurteil – entwendete Waren gekauft oder für Schulden in Zahlung genommen hatten.⁸ Die Höhe der Strafe stand in einem krassen Mißverhältnis zum tatsächlichen Vergehen. Ernsts Mutter wurde bereits im Mai 1893 und der Vater im Oktober 1893 »durch Decret Eines Hohen Senats«⁹ vorfristig aus der Haft entlassen. Maria Thälmann verkaufte nun auf dem Markt Obst und Gemüse, das sie von ihren Verwandten aus den Vierlanden bezog, während Jan Thälmann zunächst in der Paketausgabe bei der Eisenbahn arbeitete.¹⁰

Mitte der neunziger Jahre eröffnete Ernsts Vater einen Grünwarenladen im Hamburger Stadtteil Eilbeck. Der Laden und die winzige Wohnung befanden sich zuerst in einem feuchten Keller, Ecke Wandsbeker Chaussee/Friedenstraße, später in der Wandsbeker Chaussee.¹¹

Sinnen und Trachten von Vater und Mutter Thälmann war auf das Geschäft gerichtet; mit viel Fleiß und Ausdauer schufen sie sich eine bescheidene selbständige Existenz. Sie konnten sich schließlich Pferd und Wagen anschaffen, betrieben zusätzlich ein kleines Kohlengeschäft und führten Lohnfahren aus.

Hier, in Hamburg-Eilbeck, verbrachte Ernst Thälmann den größten Teil seiner Schuljahre. Er war ein guter Schüler. Aber oft mußte er den Eltern im Geschäft helfen. Wenn der Vater zum Markt oder zum Güterbahnhof fuhr, Möbel transportierte oder bei den Bauern in Hamburgs Umgebung Kartoffeln und Gemüse aufkaufte, ersetzte ihm Ernst schon eine Arbeitskraft. Zum Spielen und fürs Lernen hatte der Junge kaum Zeit. »Obwohl ich meine Schularbeiten in den meisten Fällen morgens vor der Schulzeit nur machen konnte«, heißt es in Ernst Thälmanns biographischen Aufzeichnungen, die er im faschistischen Kerker niederschrieb, »war ich als tüchtiger Schüler bekannt und bei den Lehrern geachtet.«¹² Ihn interessierten am meisten Geschichte, Naturkunde, Volkskunde, Rechnen und Sport; dem Religionsunterricht konnte er keinen Geschmack abgewinnen.

8 Vgl. Hamburgischer Correspondent und Hamburgische Börsen-Halle (im folgenden: Hamburgischer Correspondent), 5. März 1892, Morgenausgabe.

9 StA Hamburg, Gefängnisverwaltung, C 18, Bd. 2, Bl. 384.

10 Vgl. IML, ZPA, EA 1400/1. – Ernst Thälmann: Mein Lebenslauf bis zum Eintritt in die KPD. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (Berlin) (im folgenden: BzG), 1975, H. 1, S. 88.

11 Vgl. Hamburgisches Adreßbuch für 1895 und folgende Jahre. – IML, ZPA, EA 1400/1.

12 Ernst Thälmann: Mein Lebenslauf. In: BzG, 1975, H. 1, S. 89.

Daheim fand der Junge wenig Verständnis für seine Wißbegier. Selbst die aus der Schulbibliothek entliehenen oder vom Taschengeld gekauften Bücher konnte Ernst nur heimlich lesen. Obwohl ihm »der Drang, immer wieder neue Bücher zu lesen, ... manche Tracht Prügel«¹³ vom Vater einbrachte, las und lernte Ernst in jeder freien Minute. Besonders interessierten ihn Bücher zur Geschichte, so über die Schlacht im Teutoburger Wald, den Tiroler Freiheitskämpfer Andreas Hofer oder über die Wiking- und Hanseatenzeit, Heldensagen und Abenteuererzählungen, wie die über Klaus Störtebeker, der in der Vorstellung des Volkes als der Beschützer der Schwachen und Ausgebeuteten lebte. Großes Interesse erweckten in ihm, angeregt durch die Schule, Werke der klassischen deutschen Literatur.

Im Geschäft und auf den Fahrten mit dem Vater traf der junge Thälmann mit Menschen verschiedener Schichten zusammen. Er begann frühzeitig, sich Gedanken über die Gegensätze zwischen arm und reich zu machen. Noch nach Jahrzehnten erinnerte er sich an die wohlhabenden Bürger und ihre gefüllten Kohlenkeller, bei denen er den Korb mit Gemüse am Dienstboteneingang abliefern mußte, und andererseits an hungrige Mitschüler, denen er von seinen Frühstücksbroten abgab, an Frauen, die Kohlen in kleinsten Mengen kauften und im Geschäft anschreiben ließen.¹⁴

Tief empfand der Junge die sozialen Unterschiede, aber auf seine Fragen nach den Ursachen erhielt er von den Eltern keine befriedigende Erklärung. Die Mutter, an der Ernst sehr hing, war – im Unterschied zum Vater – streng religiös. Sie tröstete ihn auf Gott und das Jenseits. Der Vater antwortete ihm, daß es immer Arme und Reiche gegeben habe und daß es wohl auch ewig so bleiben werde. Wie er in seinen biographischen Aufzeichnungen schrieb, gehörte sein Vater »allen möglichen bürgerlichen und militärischen Vereinen an«¹⁵. Der Arbeiterbewegung stand er gleichgültig, wenn nicht ablehnend gegenüber. So war Ernst Thälmanns Erziehung im Elternhaus keineswegs sozialistisch. Erst in den Jahren der Weimarer Republik wandte sich Jan Thälmann der revolutionären Partei der Arbeiterklasse, der KPD, zu.

Stark bewegten den jungen Ernst Thälmann auch soziale und politische Ereignisse in seiner Heimatstadt und in der Welt. »Der große Ha-

13 Ebenda, S. 91.

14 Vgl. IML, ZPA, NL 6/2.

15 Ernst Thälmann: Mein Lebenslauf. In: BzG, 1975, H. 1, S. 91.

fenarbeiterstreik in Hamburg«, schrieb er im Herbst 1936 aus dem faschistischen Kerker an seine Tochter Irma, »das war der erste sozialpolitische Kampf, der sich für immer in mein Herz einprägte.«¹⁶ In dem elfwöchigen Streikkampf von 18 000 Hamburger Hafenarbeitern vom November 1896 bis Februar 1897 ging es um die Verkürzung der Arbeitszeit und um höheren Lohn. Er war ein Ringen gegen den »Herr im Hause«-Standpunkt der Hamburger Kapitalisten.

Der Kampf wurde von beiden Seiten erbittert geführt. Streikposten wurden verhaftet, Streikende gerichtlich verfolgt. Die Kampf- und Opferbereitschaft der Arbeiter machten den Ausstand zu einem der bedeutendsten im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts. »Jeder Arbeiter weiß jetzt«, schrieb Franz Mehring im Februar 1897 in der »Neuen Zeit«, »was er von dieser Regierung zu erwarten hat, nämlich nichts anderes als Todfeindschaft. Sie ist nur dazu da, und sie hat im Hamburger Streik gezeigt, daß sie auch nur dazu da sein will, ihre organisierten Machtmittel in den Dienst der Unternehmerklasse zu stellen, wenn es sich darum handelt, den Arbeitern eine Hebung ihrer Klassenlage auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft unmöglich zu machen.«¹⁷

Während des Streiks war Ernst oft im Hafen anzutreffen. Der zehnjährige Junge hörte den Gesprächen der Hafenarbeiter zu und fühlte, daß sie im Recht waren. Eines Tages, als ihn sein Vater wieder einmal zur Rede stellte, weil er sich im Hafengebiet aufgehalten hatte, antwortete Ernst: »Die Hafenarbeiter sagen, wir müßten ihnen helfen. Sie sagen, die Kohlenhändler sollten keine Kohlen verkaufen, dann werden die Einwohner von Hamburg den Streik unterstützen.« Damit war aber der Vater ganz und gar nicht einverstanden.¹⁸

Ebenso wie der Hafenarbeiterstreik weckten die Dreyfusaffäre in Frankreich sowie der imperialistische Krieg Englands gegen die südafrikanischen Burenrepubliken, den Oranje-Freistaat und Transvaal, in den Jahren 1899 bis 1902 »ein ungeheures, fast leidenschaftliches Interesse« bei Ernst Thälmann. »Hier empfand ich die Ungerechtigkeit in der Welt an großen anschaulichen Beispielen, wie ich es im täglichen Kindes-

16 Ernst Thälmann: Briefe aus dem Gefängnis an seine Angehörigen, Berlin 1965, S. 158.

17 Franz Mehring: Nach dem Hamburger Ausstande. In: Gesammelte Schriften, Bd. 14, Berlin 1978, S. 160/161.

18 Vgl. Irma Thälmann: Erinnerungen an meinen Vater, S. 63. – Wilhelm Koenen, der im gleichen Monat und Jahr wie Ernst Thälmann in Hamburg geboren wurde, berichtet in seinen Erinnerungen ebenfalls, daß der Hafenarbeiterstreik für ihn »als Zehnjährigen das erste tiefe politische Erlebnis« wurde. (IML, ZPA, NL 74.)

leben nur im Kleinen erlebt hatte ... stärker als sonst veranschaulichten sie es, daß etwas faul im Staate Dänemark sein müsse.«¹⁹

Sooft es seine knapp bemessene Freizeit erlaubte, besuchte Ernst in den letzten Schuljahren Schülerveranstaltungen in den Hamburger Theatern. Er sah Kleists »Prinz von Homburg«, Goethes »Götz von Berlichingen«, Schillers »Räuber«, »Don Carlos«, die Wallenstein-Trilogie sowie »Maria Stuart«. Am nachhaltigsten aber beeindruckte ihn »Wilhelm Tell«. Jahrzehnte später erinnerte er sich, wie die Schillerschen Freiheitsideen seine Zweifel zerrissen, so daß sich seine Gedanken viel freier und selbstbewußter entwickelten.²⁰

Nach dem Besuch von sieben Klassen – die Hamburger Volksschulen waren siebenstufig – wurde Ernst Thälmann wegen seiner guten Leistungen in die Selektta übernommen. Das hamburgische Volksschulwesen galt damals wegen dieser Einrichtung und des verhältnismäßig hohen Unterrichtsniveaus als vorbildlich in Deutschland. In der Selektta wurden die besten Absolventen der siebenten Klassen zusammengefaßt und von Fachlehrern unterrichtet. »Dieses Jahr war für die beteiligten Schüler«, erinnert sich Wilhelm Koenen, der im gleichen Jahr wie Ernst Thälmann eine Selektta in Hamburg besuchte, »das froheste und ertragreichste der ganzen Schulzeit, da wurde wirklich der Blick geweitet.«²¹ Die »freigeistige Erziehung«²² durch manche Lehrer übte auf Ernst Thälmann nachhaltigen Einfluß aus.

Aus den Reihen der Selektaner holten sich die Hamburger Handelsfirmen den Nachwuchs für ihre Kontore, für Kalkulationsbüros und Meisterstellen. »So sicherten diese Herren sich die besten jungen Kräfte der armen Schichten für ihre Geschäfte«, schreibt Wilhelm Koenen. »Nebenbei entzogen sie damit der Arbeiterschaft systematisch geeignete Köpfe. Jahr für Jahr wurde eine Oberschicht der proletarischen Jugend abgehoben und sozial korumpiert.«²³

Bei Ernst Thälmann ging diese Rechnung jedoch nicht auf. Sein Wunsch war es, nach der Schulentlassung einen handwerklichen Beruf zu erlernen oder vielleicht auch Lehrer zu werden. Er wurde ihm aber

19 Ernst Thälmann: Mein Lebenslauf. In: BzG, 1975, H. 1, S. 90. – Im Dezember 1894 wurde in Frankreich der jüdische Generalstabsoffizier Alfred Dreyfus auf Grund gefälschten Anklagematerials zu lebenslänglicher Deportation verurteilt.

20 Vgl. ebenda.

21 IML, ZPA, NL 74.

22 Ernst Thälmann: Mein Lebenslauf. In: BzG, 1975, H. 1, S. 89.

23 IML, ZPA, NL 74.

von den Eltern nicht erfüllt, obwohl sie finanziell inzwischen dazu in der Lage gewesen wären. Aber »der Vater war der festen Meinung, daß ein Verbleiben in seinem damals gutgehenden Geschäft für mich ebenso nützlich sein würde wie Lehrjahre zum Erlernen eines Handwerks oder [ein] Studium«²⁴, schrieb Ernst Thälmann später.

Um die Zeit seiner Schulentlassung – Ostern des Jahres 1900 – hatte Ernst Thälmann ein Erlebnis, das ihm noch im faschistischen Kerker plastisch vor Augen stand. Große rote Plakate luden die schulentlassene Jugend zu einer Feier. Ernsts Entschluß hinzugehen brachte ihn zum ersten Mal mit der sozialistischen Arbeiterbewegung in Berührung. »Der große Saal war brechend voll«, erinnerte er sich. »Ich staunte, und ich war begeistert. Alles nur Jugendliche von meinem Alter. Was für eine Masse, welches Feuer, welches Temperament, welche Begeisterung ... Was war die Konfirmation in der Ruckteschell-Kirche in Eilbeck doch ein kleines Erlebnis dagegen!«²⁵ Der Redner wurde mit brausendem Beifall begrüßt. Er schilderte das schwere Los der Arbeitereltern und ihrer Kinder, sprach von der Bedeutung der vor den Jungen und Mädchen liegenden Lebensjahre und gab in einfachen Worten einen kurzen Überblick über die Lage und die Aufgaben der Arbeiterjugend. »Euer Leben« – so etwa sagte er – »beginnt ernster zu werden, einzeln seid ihr nichts, geschlossen und vereint seid ihr alles!«²⁶ Er rief die Jugend auf, für Wahrheit und Recht zu kämpfen, für die heilige Sache des Sozialismus. Zum ersten Mal erlebte Ernst Thälmann die tiefe Wirkung eines gemeinsam gesungenen Kampfliedes der Arbeiterklasse. Nach der Veranstaltung erstand er für 20 Pfennig seine erste sozialistische Broschüre und las sie noch am selben Tag.

Nach der Schulentlassung arbeitete Ernst Thälmann noch zwei Jahre im elterlichen Geschäft. Aber der endlose Arbeitstag mit seiner bedrückenden Plackerei behagte ihm immer weniger. Die fragwürdige Selbständigkeit des kleinen Geschäftsmannes reizte ihn nicht.

Wenn Altersgenossen, die einen Beruf erlernten, abends plaudernd vor den Türen standen, war Ernst noch mit Pferd und Wagen unterwegs oder hatte im Stall oder Lager zu tun. Es erschien seinem Vater jetzt erst recht als Zeitverschwendung, wenn der Junge über den Büchern saß. Von dem

24 Ernst Thälmann: Mein Lebenslauf. In: BzG, 1975, H. 1, S. 91.

25 Ebenda, S. 92. – Friedenskirche in Hamburg-Eilbeck, hier nach dem Pfarrer Nicolai von Ruckteschell benannt.

26 Ebenda.

kärglichen Taschengeld sollte Ernst noch etwas sparen. Er mußte Vorwürfe anhören, wenn er am Wochenende mit Freunden ausgegangen war. Die Spannungen zwischen dem lebenslustigen Jungen und dem strengen Vater, zwischen dem Sohn, den die Ideen der politischen Freiheit und sozialen Gerechtigkeit anzogen, und dem Vater, dem die Festigung seiner kleinbürgerlichen Existenz über alles ging, wurden immer größer. Ernst war fast 16 Jahre alt, als er eines Tages von der Mutter Abschied nahm und mit der festen Versicherung, er werde den Eltern keine Schande machen, aber auch nicht reumütig als verlorener Sohn zurückkehren, von zu Hause fortging.²⁷

Für Ernst Thälmann begann ein neuer Lebensabschnitt, sein Übergang in die Reihen der Arbeiterklasse. Im Januar 1944 schrieb er über die Folgen dieses Schrittes für sein Leben: »Wenn alles anders kam, als sie (die Eltern – d. Verf.) es beabsichtigten, so hatte das sein Gutes. Denn dadurch wurde ich der, der ich bin.«²⁸

2

»Wir haben den Kampf aufgenommen«

Ernst Thälmanns Entschluß, das kleinbürgerliche Elternhaus zu verlassen und sich auf eigene Füße zu stellen, fiel in eine Zeit, als sich der Übergang zur imperialistischen Etappe des Kapitalismus vollzogen hatte. Wie in den anderen entwickelten kapitalistischen Ländern ging auch in Deutschland der Konzentrationsprozeß in Industrie und Bankwesen, der zur Monopolbildung führte, und die Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital zum Finanzkapital in raschem Tempo vor sich. Der deutsche Imperialismus zeichnete sich infolge seiner verspäteten Entwicklung und der engen Verflechtung von Finanzkapital und reaktionärem preußischem Junkertum durch besondere Aggressivität und Raubgier aus.

Hamburger Werften, wie die Vulcanwerft, Blohm & Voß und die

²⁷ Vgl. ebenda, S. 93/94. – IML, ZPA, NL 6/2.

²⁸ IML, ZPA, NL 3/18.

Reiherstieg-Werft, entwickelten sich stürmisch. Die Flottenrüstung des deutschen Imperialismus brachte den Aktionären riesige Profite. Die von Albert Ballin, einem engen Vertrauten Kaiser Wilhelms II., geleitete Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft, die HAPAG, wurde 1914 zur größten Reederei der Welt.

Für den sechzehnjährigen Ernst Thälmann war es aber zunächst nicht leicht, Arbeit zu finden, denn die kapitalistische Wirtschaft war 1900 von einer ihrer periodischen Krisen erfaßt worden, die 1902 noch anhielt. Glück hatte er, als er nach einigen Tagen des Umherirrens – die Nächte hatte er im Concordiahaus, einem Obdachlosenasyll, zugebracht – einen Regisseur des Ernst-Drucker-Theaters, einer volkstümlichen plattdeutschen Schaubühne im Stadtbezirk St. Pauli, kennenlernte. »Er hatte Mitleid mit mir, als ich so verhungert umherstreifte, und fragte seine schon 78 Jahre alte Mutter, ob ich dort mit schlafen könnte«, schrieb Ernst Thälmann in seinen biographischen Aufzeichnungen. Obwohl die alte Frau in einer winzigen Kellerwohnung in Altona lebte, nahm sie ihn auf. Ihre mütterliche Fürsorge berührte ihn tief. »Wie so oft habe ich in diesen Wochen gedacht, ein Bourgeois hätte mir bestimmt kein Quartier angeboten und gegeben.« Ernst Thälmann half zunächst den Bühnenarbeitern des Ernst-Drucker-Theaters für ein kleines Entgelt bei der Arbeit und hielt sich damit, »so gut es ging, eine Zeitlang über Wasser«.¹ Morgens ging er regelmäßig auf Arbeitsuche, und schließlich bekam er Arbeit im Hamburger Hafen.

Dort arbeitete Ernst Thälmann zunächst einzelne Tage in der Woche bei einer wegen ihrer Lohndrückerei berüchtigten Speicher- und Lagerhausfirma, »einer Ausbeutungsfirma ersten Ranges, bekannt als eine der am schlechtesten zahlenden Firmen im Hamburger Hafen«. Wie skrupellos vor allem die jugendlichen Arbeiter ausgepreßt wurden, erfuhr er am eigenen Leibe, als er in einer Guano- und Fischmehlmühle auf dem Reiherstieg schuftete, die unter den Hamburger Arbeitern allgemein als »Knochenmühle« verrufen war. »Hier bekam ich den ersten gründlichen Anschauungsunterricht vom kapitalistischen Ausbeutungssystem und seinen Methoden.«² Ernst Thälmann fiel auf, daß die Jungarbeiter bei gleicher Leistung viel weniger Lohn erhielten als die älteren und daß selbst die erwachsenen Arbeiter hier schlechter verdienten als anderswo. Die meisten Arbeiter dieser Betriebe waren nicht in den Gewerkschaften

¹ Ernst Thälmann: Mein Lebenslauf. In: BzG, 1975, H. 1, S. 94, 95.

² Ebenda, S. 95.

organisiert, und die Unternehmer waren daher nicht gezwungen, Tariflöhne zu zahlen.

Bedrückend empfand Ernst Thälmann die Kluft, die zwischen den gewerkschaftlich organisierten und den unorganisierten Arbeitern bestand. »Die Arbeiter, die in diesen Betrieben arbeiteten – obwohl auch organisierte darunter waren –, wurden im allgemeinen von der Hafenarbeiterschaft verspottet und mit scheelen Augen angesehen. Wer nicht gewerkschaftlich organisiert war, wurde als ›Wilder‹, als ›Blauer‹ betrachtet und war in den Hafenarbeiterkreisen nicht geachtet.«³

Die selbst erlebte kapitalistische Ausbeutung öffnete Ernst Thälmann endgültig die Augen für die tiefen Klassengegensätze, die die Gesellschaft prägten, in der er lebte. Sein Gerechtigkeitsinn und nicht zuletzt die Wahlagitation der Sozialdemokratie zu den bevorstehenden Reichstagswahlen ließen Ernst Thälmann sehr bald den entscheidenden Schritt für sein späteres Leben tun: Am 15. Mai 1903, ein Jahr, nachdem er das Elternhaus verlassen hatte, trat er der Sozialdemokratischen Partei bei.⁴ Diesen Entschluß faßte der Siebzehnjährige aus innerster Überzeugung.

Die Sozialdemokratie Hamburgs zählte im Jahre 1903 knapp 16 500 Mitglieder, darunter nur etwa 300 Jugendliche im Alter von 15 bis 20 Jahren.⁵ Jungarbeiter, die wie Ernst Thälmann nicht aus einem mit der Sozialdemokratie sympathisierenden Elternhaus stammten, dürften damals eine Ausnahme in der Partei gewesen sein.

Hamburg war eine Hochburg der Sozialdemokratie. Schon bei den Reichstagswahlen im April 1880 – eineinhalb Jahre nach der Annahme des »Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie«, des Sozialistengesetzes, im Reichstag – war einer der drei Hamburger Wahlkreise an die Sozialdemokratie gefallen, und seit 1883 wurde August Bebel in einem weiteren Wahlkreis, mit einer kurzen Unterbrechung, stets wiedergewählt. Seit 1890 wählten alle drei hamburgischen Reichstagswahlkreise »rot«. Von Mal zu Mal stieg die Zahl der Stimmen, die für die sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben wurden. Und am 16. Juni 1903, vier Wochen nachdem Ernst Thälmann Mitglied der Partei geworden war, gehörte er zu denen, die den bisher

³ Ebenda, S. 96.

⁴ Vgl. ebenda.

⁵ Vgl. Sozialdemokratische Partei in Hamburg. Jahres-Bericht der vereinigten Vorstände der drei Sozialdemokratischen Vereine und Einzelberichte (im folgenden: Sozialdemokratische Partei in Hamburg), Geschäftsjahr 1904, Hamburg 1905, S. 17.

größten Triumph der Sozialdemokratie in der Hansestadt feierten: Etwas mehr als 100 000 Wähler hatten für die Partei August Bebels gestimmt, während alle anderen Parteien zusammen nur etwa 61 000 Stimmen erhalten hatten.⁶

Acht Monate nach seinem Eintritt in die Partei, am 1. Februar 1904, wurde Ernst Thälmann Mitglied des Zentral-Verbandes der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, des späteren Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.⁷ Er hatte selbst erfahren, daß die Arbeiter nur dann erfolgreich für die Verbesserung ihrer Lebenslage kämpfen können, wenn sie sich gewerkschaftlich organisieren, um den Ausbeutern geschlossen gegenüberzutreten. »Meine Mitgliedschaft zur Organisation betrachtete ich nicht als Muß-Mitgliedschaft, sondern sie war eine überzeugte, die mir auch Pflichten auferlegte und die ich sofort bereit war, entsprechend meinen geistigen Fähigkeiten zu erfüllen«⁸, beurteilte Ernst Thälmann rückblickend den Beginn seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit.

Mit dem Eintritt in Partei und Gewerkschaft tat sich Ernst Thälmann eine neue Welt auf. Regelmäßig besuchte er deren Versammlungen. Seine politischen Informationen erhielt er aus dem sozialdemokratischen »Hamburger Echo«, das Ende 1904 etwa 40 000 Abonnenten zählte⁹. Besondere Erlebnisse waren für ihn die großen Demonstrationzüge und Versammlungen an jedem 1. Mai und das Auftreten solcher bekannten Arbeiterführer wie August Bebel.

Wie die Arbeiter in ganz Deutschland begrüßten auch die Hamburger Arbeiter die Revolution in Rußland von 1905. »Die russische Revolution ist unsre Sache«¹⁰, stellte Karl Liebknecht am 12. Februar 1905 in Leipzig fest, und so empfanden es die fortgeschrittenen Arbeiter. Sie solidarisierten sich mit dem Kampf der russischen Klassenbrüder und schöpften aus ihm Kraft für die Auseinandersetzungen mit den Herrschenden des eigenen Landes. Der Gedanke des politischen Massenstreiks ergriff viele Hamburger Arbeiter. Sie jubelten Rosa Luxemburg zu, als sie am 14.

⁶ Vgl. Die Reichstagswahlen von 1867 bis 1907. Neu bearb. von Dr. Fritz Specht und Paul Schwabe, Berlin 1908, S. 294–296.

⁷ Vgl. Ernst Thälmann: Mein Lebenslauf. In: BzG, 1975, H. 1, S. 96. – IML, ZPA, NL 3/3.

⁸ Ernst Thälmann: Mein Lebenslauf. In: BzG, 1975, H. 1, S. 96.

⁹ Vgl. Sozialdemokratische Partei in Hamburg, Geschäftsjahr 1904, S. 11.

¹⁰ Karl Liebknecht: Der Kampf im Ruhrrevier und die Revolution in Rußland. In: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. I, Berlin 1958, S. 131.

November 1905 in Hamburg über den Massenstreik sprach und Rußland als »das soziale Gärungselement für ganz Europa«¹¹ bezeichnete.

Zwei Monate später führten die Hamburger Arbeiter den ersten politischen Massenstreik in Deutschland. Er richtete sich gegen die beabsichtigte weitere Verschlechterung des Wahlrechts zur Bürgerschaft für die Arbeiter.¹² Aber es ging nicht allein darum. Die wachsende Teuerung hatte die Not der Arbeiterfamilien verschlimmert. Der Schwung der russischen Revolution riß die Massen mit, und unter ihrem Druck riefen die Führungen der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften in Hamburg zu einer Aktion auf, die zum politischen Höhepunkt für die Hamburger Arbeiterbewegung jener Jahre wurde.

Am 17. Januar 1906, dem »roten Mittwoch«, gaben mittags die Sirenen der Schleppdampfer und vieler Fabriken das Signal. Die Hafenarbeiter und Werk tätige anderer Betriebe verließen ihre Arbeitsplätze und demonstrierten – trotz Bedrohung durch Polizei und Militär – zu den Sälen, in denen die von der Partei einberufenen öffentlichen Versammlungen für ein demokratisches Wahlrecht stattfinden sollten. Nach den Kundgebungen bildeten sich auf den Straßen wiederum große Demonstrationzüge und überfluteten die innere Stadt, wo im Rathaus die Bürgerschaft die Wahlrechtsverschlechterung beriet. Und mit den Zehntausenden zog Ernst Thälmann, tief beeindruckt von der Wucht und Geschlossenheit der Massenbewegung.¹³ Zwar konnte der Anschlag der Bourgeoisie auf das Wahlrecht nicht verhindert werden; das minderte aber nicht die Bedeutung des Streiks für die Entwicklung des Klassenbewußtseins und der Kampfbereitschaft der Arbeiter.

In diesem Jahr wurde die Polizeibehörde in Hamburg auf den jungen Sozialdemokraten und aktiven Gewerkschafter Ernst Thälmann aufmerksam. Im September 1906 legte die Politische Polizei eine Akte über ihn an. Er war damals Mitglied der Sektion Möbeltransporteure im Transportarbeiter-Verband. Schon die ersten Eintragungen zeigen, daß Ernst Thälmann nachdrücklich die Interessen seiner Kollegen vertrat. Über sein Auftreten auf einer Versammlung der Sektion am 10. September 1906

11 Hamburger Echo, 16. November 1905.

12 Im Jahre 1904 waren trotz des reaktionären Wahlrechtes 13 Sozialdemokraten in die Bürgerschaft gewählt worden, was die Bourgeoisie zur Vorlage des Entwurfs für ein neues Wahlrecht veranlaßte, um die weitere Zunahme der Sitze der Sozialdemokratie in der Bürgerschaft zu verhindern. (Vgl. IML, ZPA, NL 6/2.)

13 IML, ZPA, NL 6/2; EA 1400/1.

heißt es: »Beteiligt sich an der Debatte betr. die Verhandlungen der Lohnkommission mit der Vereinigung der Möbeltransporteure.«¹⁴ Ernst Thälmann kritisierte scharf das Verhalten der gewerkschaftlichen Kommission bei den Verhandlungen mit den Unternehmern. »Jede Gewerkschaft«, sagte er, »sorgt doch für Verkürzung der Arbeitszeit. Unsere Kommission aber führt eine längere Arbeitszeit ein, und zwar 11 Stunden. Das geht nicht. Ein Lohn von 5,50 M geht nicht; für die Stunde 50 Pfennige ist viel zu wenig.« Die Kommission sei von den Unternehmern »übers Ohr gehauen« worden. Ernst Thälmann sprach die Hoffnung aus, »daß wir heute abend diesen Lohntarif nicht annehmen, und wenn es auch zum Streik kommt«. Er schloß seine Ausführungen: »Leicht ist es nicht, denn die Möbeltransportarbeiter sind schlecht organisiert... Ob die neuen Mitglieder treu zur Fahne halten, ist eine Frage. Wir hoffen aber, daß sie es tun, und da wollen wir den Kampf durchführen und nicht mit diesem Tarif nach Hause gehen!«¹⁵ Mit Bravorufen stimmten die Anwesenden Ernst Thälmann zu.

Auch in einer Versammlung am 14. September sprach er in der Diskussion über die Lohnbewegung. »Wir legen den Herren morgen früh unseren Lohntarif vor«, sagte er, »den müssen sie unterschreiben, sonst treten wir in den Streik ein.«¹⁶ Am 24. September sprach Ernst Thälmann für die Weiterführung des inzwischen begonnenen Streiks. Er beantragte, an den aufgestellten Forderungen festzuhalten: »Wir haben den Kampf aufgenommen und müssen ihn auch zu Ende führen.«¹⁷ Der Ausstand endete mit einem Erfolg. Der größte Teil der Unternehmer mußte die Forderungen der Streikenden anerkennen. Über die Betriebe, die die Forderungen ablehnten, wurde die Sperre verhängt, das heißt, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wurden aufgefordert, in diesen Betrieben keine Arbeit aufzunehmen.¹⁸

Anfang Oktober 1906 wurde Ernst Thälmann zum Schleswig-Holsteinischen Fußartillerie-Regiment Nr. 9 nach Ehrenbreitstein einberufen. Er ging als bewußter Gegner des Militarismus zum Heer und galt bei den Vorgesetzten als »Roter«. Aber Ernst Thälmann blieb nicht lange Soldat.

14 StA Hamburg, Die Polizeibehörde Hamburg, Abt. IV. Politische Polizei (im folgenden: Abt. IV), Nr. 14 558. (Es handelt sich um den Dossier über den »Kutscher Ernst Johann Fritz Thälmann«.)

15 Ebenda, Abt. IV, V 236 VI.

16 Ebenda.

17 Ebenda.

18 Vgl. Hamburger Echo, 25. September 1906.

Seine Vorgesetzten befürchteten, wie Rudolf Lindau berichtet, daß er auch seine Kameraden in diesem »negativen« Sinne beeinflussen könnte, und suchten ihn möglichst schnell loszuwerden. Als Ernst Thälmann infolge der fortgesetzten Schikanen erkrankte, war dies der erwünschte Vorwand, ihn – wie es im Militärpaß heißt – »als dienstunbrauchbar« in die Reserve zu versetzen. Anfang Januar 1907 kehrte er nach Hamburg zurück.¹⁹

Inzwischen hatte er sich mit seinem Vater ausgesöhnt. Dieser bot ihm ein Zimmer an, und Ernst zog wieder in die Wandsbeker Chaussee.²⁰ Zeitweilig arbeitete er auch im Betrieb seines Vaters, wofür er jetzt aber wie alle anderen Beschäftigten bezahlt wurde. »Das Verhältnis war dann so«, heißt es in den biographischen Aufzeichnungen, »wie es nicht besser sein konnte, und ich habe es niemals bedauert, so gehandelt zu haben.«²¹

Schon lange trug sich Ernst Thälmann mit dem Gedanken, zur See zu fahren, um sich in der Welt umzusehen. Am 2. Oktober 1907 heuerte er auf dem Dampfschiff »Amerika«, das die Nordatlantikroute befuhr, als Kohlentrimmer an. Für diese Arbeit, die nur kräftige Männer leisten können, wurden neben der eintönigen und keineswegs reichlichen Verpflegung ganze 60 Mark im Monat gezahlt. Dennoch bedauerte es Ernst Thälmann nicht, als er Weihnachten 1907 abmusterte, auch das Leben auf See kennengelernt zu haben. Bei den kurzen Aufenthalten an Land beeindruckten ihn das riesige Ausmaß der amerikanischen Groß- und Hafenstädte und der technisch-industrielle Fortschritt im Lande. Unauslöschlich blieben ihm aber auch die Elendsviertel von New York und die schmachvolle Behandlung der Negerbevölkerung in den USA im Gedächtnis.²²

19 Vgl. IML, ZPA, NL 3/2; DF VII/40; NL 6/2.

20 Im Januar 1904 wohnte Ernst Thälmann noch Hammer Steindamm 23, bei Mohr. (Vgl. StA Hamburg, Abt. IV, S 2147, Bd. 1.) – Im September 1906 wohnte er wieder bei den Eltern. (Vgl. ebenda, Abt. IV, V 236 VI.) – Auch nach der Rückkehr vom Militär meldete er sich am 5. Januar 1907 in der elterlichen Wohnung an. (Vgl. IML, ZPA, 3/2.)

21 Ernst Thälmann: Mein Lebenslauf. In: BzG, 1975, H. 1, S. 100.

22 Vgl. IML, ZPA, NL 3/3; NL 6/2. – Irma Thälmann: Erinnerungen an meinen Vater, S. 26/27.

3

Vertrauensmann seiner Kollegen

In Hamburg arbeitete Ernst Thälmann dann wieder in verschiedenen Berufen, als Speicherarbeiter im Hafen, als Schaueremann bei der Kohlenbunkerei, auf dem Bau, in Möbeltransportfirmen sowie als Kutscher in Wäschereien.¹ Überall trat er als Interessenvertreter seiner Arbeitskollegen auf. Auf zahlreichen Gewerkschaftsversammlungen und als Mitglied von Kommissionen, die im Auftrag der Gewerkschaft mit den Unternehmern neue Tarifverträge aushandelten, setzte er sich für höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, bessere Arbeitsbedingungen und für die Unterstützung der Erwerbslosen ein. Dabei kam es zu ersten Auseinandersetzungen Ernst Thälmanns mit reformistischen Gewerkschaftsfunktionären.²

In dieser Zeit hatten die Reformisten in den Gewerkschaften schon feste Positionen erobert. Viele Gewerkschaftsfunktionäre in der Generalkommission der freien Gewerkschaften, in den Vorständen der einzelnen Gewerkschaftsverbände, aber auch in den örtlichen Vorständen lehnten die Marxsche Lehre vom Klassenkampf und von der sozialistischen Revolution ab. Sie bestritten entschieden, daß es notwendig sei, auf revolutionäre Weise um die Eroberung der politischen Macht, um die Diktatur des Proletariats als Voraussetzung für den Sozialismus zu kämpfen, und behaupteten, die kapitalistische Gesellschaft werde sich allmählich in eine sozialistische umwandeln. Daher beschränkten sie die Tätigkeit der Gewerkschaftsorganisationen auf ökonomische Kämpfe, verbreiteten den Standpunkt politischer Neutralität und orientierten in der praktischen Gewerkschaftsarbeit mehr und mehr auf friedliche Vereinbarungen mit den Unternehmern. Die führende Rolle der Partei gegenüber den Gewerkschaften verneinten sie. W. I. Lenin schrieb im Jahre 1905 dazu, »daß sich sogar in Deutschland, wo die Traditionen des Marxismus und sein Einfluß am stärksten sind, in den Gewerkschaftsverbänden – wohlgemerkt in den sozialdemokratischen Gewerkschaftsverbänden – antisozialistische Tendenzen entwickeln, Tendenzen zum »reinen

1 Vgl. Ernst Thälmann: Mein Lebenslauf. In: BzG, 1975, H. 1, S. 99.

2 Bisher liegen für die Zeit bis zum ersten Weltkrieg etwa 50 Hinweise über das Auftreten Ernst Thälmanns auf Gewerkschaftsveranstaltungen vor.

Trade-Unionismus« im englischen, d.h. im unbestreitbar bürgerlichen Geist»³.

Als Speicherarbeiter im Hamburger Hafen hatte Ernst Thälmann die Arbeitsbedingungen besonders der jugendlichen Arbeiter gründlich kennengelernt. Die jungen Transportarbeiter im Hafen waren gewerkschaftlich kaum organisiert, und die meisten Funktionäre in der Ortsverbandsleitung waren an einer aktiven Mitarbeit der Jugendlichen auch nicht interessiert. Initiativen »von unten« empfanden die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten als störend. Auf die Mahnungen Ernst Thälmanns, mehr für die arbeitende Jugend zu tun, antworteten die meisten Gewerkschaftsfunktionäre nur mit Ausreden. Da tat er sich mit einigen Jugendgenossen zusammen und forderte, eine öffentliche Versammlung der Jungarbeiter einzuberufen. Als die Gewerkschaftsführer wieder Ausflüchte gebrauchten, begann die kleine Gruppe um Ernst Thälmann, für die Saalmiete zu sammeln, und rief mit Handzetteln zu der Versammlung auf.

Hier zeigten sich bereits Charaktereigenschaften, die für Ernst Thälmann kennzeichnend waren: Wenn er eine Sache als richtig und notwendig erkannt hatte, packte er sie energisch an und setzte sie auch gegen Widerstände durch. Die Versammlung wurde ein überraschender Erfolg. »650 bis 700 Jugendliche erschienen in der Wandelhalle des Gewerkschaftshauses«, berichtete Ernst Thälmann. »Unsere Arbeit hatte Früchte getragen. 200 Mann wurden in die gewerkschaftliche Organisation aufgenommen, außerdem auch Aufnahmen in die Jugendorganisation der Partei [gemacht]. Alle [neuen Mitglieder] hatten wir jetzt namentlich in den Listen, und alle wurden zu Hause aufgesucht und bezirksweise zusammengefaßt und größtenteils zu aktiven Kämpfern erzogen... Die nächste Generalversammlung war in der Mehrzahl von Jugendlichen besetzt. Die Alten waren erstaunt und teilweise erfreut über diese Überraschung... Der Antrag, eine Jugendsektion des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes zu gründen, wurde mit großer Mehrheit angenommen und der Ortsverwaltung zur sofortigen Durchführung überwiesen.«⁴

Rudolf Lindau, damals sozialdemokratischer Jugendfunktionär in

3 W. I. Lenin: Der Jenaer Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. In: Werke, Bd. 9, S. 287/288.

4 Ernst Thälmann: Mein Lebenslauf. In: BzG, 1975, H. 1, S. 98. — Die Bildung der Jugendsektion erfolgte wahrscheinlich Ende 1908. (Vgl. StA Hamburg, Abt. IV, S. 2021, Bd. III.)

Hamburg, erinnert sich an eine Versammlung des Transportarbeiter-Verbandes 1908, auf der Ernst Thälmann in der Diskussion sprach. In der Versammlung ging es um die Rechte der Mitglieder der Jugendsektion. »Ernst Thälmann war kein zungengewandter, auf rednerische Effekte bedachter Redner«, schreibt Rudolf Lindau. »Er sprach nicht »wie gedruckt«, und wenn ein Satz zu lang geriet, hatte er nicht immer einen grammatisch einwandfreien Schluß. Ernst Thälmann redete in Tatsachen, aus denen er Schlüsse zog, die von jedem Arbeiter verstanden wurden. Seine Vergleiche und Werturteile waren immer treffend, oft derb, rücksichtslos und nicht immer salonfähig, besonders dann, wenn er in die plattdeutsche Mundart verfiel... Da Ernst Thälmann über das schwere Leben und den Kampf der Arbeiter aus vollem Herzen sprach, geriet er schnell in Hitze, verstärkte unwillkürlich seine kräftige Stimme und begleitete seine Argumente oft mit Faustschlägen auf das Rednerpult.

Ernst Thälmann sprach von der Lage der jungen Transportarbeiter, die ausgebeutet wurden wie die älteren Arbeiter, aber viel weniger Lohn bekamen... Sie mußten, so forderte Ernst Thälmann, als Gewerkschaftsmitglieder auch die gleichen Rechte haben. Die Redezeit war abgelaufen. Der erste Bevollmächtigte der Ortsverwaltung Hamburg, Wilhelm Gaack, ließ die Glocke anklingen: »Kollege Thälmann, die Redezeit ist überschritten!« Ohne seine Rede zu unterbrechen, machte Ernst Thälmann mit der linken Hand eine abwehrende Bewegung zum Vorsitzenden, und aus der Versammlung kamen kräftige Rufe: »Weiterreden!«

Nach ein paar Minuten stand Gaack auf, schob seinen Bauch über die Tischkante und schwang die Glocke: »Kollege Thälmann, du mußt zum Schluß kommen.« Die Antwort waren vielstimmige heftige Protestrufe: »Weiterreden!« Als er sich wieder verständlich machen konnte, fuhr Ernst Thälmann, dem Vorsitzenden halb zugewandt, fort: »Ich komme zum Schluß!« und sprach noch einige Minuten temperamentvoll und ungestört weiter, um dann unter donnerndem Beifall zu schließen.«⁵

Wie Ernst Thälmann die Anliegen seiner Kollegen zu den seinigen machte, zeigte sich während seiner Tätigkeit als Kutscher und vom Sommer 1909 bis Sommer 1910 als Expedient im Wäschereibetrieb von Gustav Welscher in Wandsbek. Es war sein Verdienst, daß sich alle Arbeiter und Arbeiterinnen des Betriebes gewerkschaftlich organisierten. Er setzte für seine Kollegen soziale Rechte durch und machte auch Vorschläge für die Erleichterung und zweckmäßigere Gestaltung der

5 Rudolf Lindau: »Ji möt no ünnen gohn!« In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 36/37.

Arbeit. Als ihm der Unternehmer den Posten eines Geschäftsführers anbot, ihn aber gleichzeitig aufforderte, seine Gewerkschaftsfunktion im Betrieb aufzugeben und seine politische Tätigkeit einzustellen, lehnte Ernst Thälmann ab. Seine politische Überzeugung war ihm mehr wert als eine gut bezahlte Position im Betrieb. Ernst Thälmann kündigte und arbeitete wieder als Kutscher in einer anderen Wäscherei.⁶

Der Weggang von Welscher brachte – wie Ernst Thälmann schrieb – »ein neues Glück« in sein persönliches Leben. In seiner neuen Arbeitsstelle lernte er Rosa Koch, seine spätere Frau, kennen, die hier als Plätterin arbeitete. Sie war als Tochter eines Schuhmachermeisters mit ihren sieben Geschwistern in Bargfeld (Holstein) aufgewachsen.⁷ Sonntags gingen Ernst und Rosa ins Kino oder in ein Tanzlokal. »Häufig fuhren wir zu zweit oder mit seinen nächsten Freunden an die Elbe, manchmal ins Grüne, in den Wald«⁸, erzählte Rosa später. Ernst nahm auch Einfluß auf die politische Entwicklung Rosas. Sie hatte bis dahin noch keinerlei Anteil am Kampf der Arbeiterklasse genommen. »Erst als ich in meinem Betrieb, der Hamburger Wäscherei ›Frauenlob‹, mit Ernst Thälmann ... zusammentraf, gingen mir die Augen auf. Ein Streik unserer Belegschaft endete siegreich mit einer Lohnerhöhung. Dieses Ereignis feierten wir am 1. Mai.«⁹ Auch Maria Klühn berichtet, wie Ernst in seiner neuen Arbeitsstelle für die Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen eintrat und sie davon überzeugte, daß sie für ihre Rechte kämpfen müssen. »Eines Tages sagte er zu mir: ›Du, Mariechen, wie streikt morgen.‹ Ich verstand das ja nicht, was das ist, 'n Streik. Er hat mir und den anderen Mädchen das dann alles erklärt.«¹⁰

Ernst Thälmann vertrat nicht nur die wirtschaftlichen Interessen seiner Arbeitskollegen; in seinen Reden und in den Anträgen, die er auf Gewerkschaftsversammlungen einbrachte, setzte er sich für die Stärkung der Kampfkraft der Gewerkschaften, für die Festigung der Solidarität der Arbeiter untereinander und für die Erweiterung der innergewerkschaftlichen Demokratie ein.

Je mehr sich der Klassenkampf verschärfte, desto dringender wurde es, die Zersplitterung der Gewerkschaften zu überwinden. So schlossen

6 Vgl. StA Hamburg, Arbeitsverwaltung, Personalakten, 76. – Ernst Thälmann: Mein Lebenslauf. In: BzG, 1975, H. 1, S. 99.

7 Vgl. Ernst Thälmann: Mein Lebenslauf. In: BzG, 1975, H. 1, S. 99, 88.

8 Zit. in Евгения Сагулла: В семье Эрнста Тельмана, Moskau 1964, S. 12.

9 Thälmanns Frau und Tochter erzählen. In: Tägliche Rundschau (Berlin), 1. Mai 1951.

10 IML, ZPA, EA 1400/1.

sich im Jahre 1910 die Gewerkschaften der Seeleute und der Hafenarbeiter mit dem Deutschen Transportarbeiter-Verband zusammen. Diese Zentralisierung konnte aber nur dann die Kampfkraft der Gewerkschaften erhöhen, wenn durch sie nicht der Einfluß der Gewerkschaftsbürokratie gestärkt, sondern vielmehr die Gewerkschaftsdemokratie gewahrt und erweitert wurde. Ernst Thälmann setzte sich deshalb dafür ein, daß nach wie vor alle wichtigen Entscheidungen in den Mitgliederversammlungen gefällt wurden. Als im August 1911 Hamburger Funktionäre des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes den Mitgliedern den »Entwurf zu einem Reglement für die Zusammensetzung der örtlichen Generalversammlung der Verwaltung Hamburg I« zur Diskussion vorlegten, trat Ernst Thälmann in mehreren Versammlungen gegen den Vorschlag auf, ein Delegiertensystem einzuführen. Er befürchtete, daß hierdurch der Einfluß reformistischer Gewerkschaftsfunktionäre gefestigt würde, die in der Ortsverwaltung bereits über beträchtliche Positionen verfügten.¹¹ Er betonte, daß Delegierte »nie die scharfe Opposition«¹² treiben würden, wandte sich darum gegen eine Gängelung der Mitglieder und forderte, daß diese auf der Generalversammlung selbst zu Wort kommen müßten. Im August 1911 führte Ernst Thälmann im »Hamburger Echo« eine Diskussion mit dem Vertreter des Fabrikarbeiter-Verbandes Max Hegemann über diese Frage. Das war sein erster Beitrag in der Parteipresse.¹³

In seiner gesamten Gewerkschaftsarbeit gab Ernst Thälmann ein Beispiel, wie in den Gewerkschaften tätige Parteimitglieder ihre gewerkschaftlichen Aufgaben eng mit der Erläuterung der Politik der Arbeiterpartei verbanden. Auf einer Transportarbeiterversammlung am 16. November 1911 wies er darauf hin, daß in Anbetracht des Reichstagswahlkampfes Gewerkschaftsangelegenheiten zurückgestellt werden müßten. Es müsse gelingen, einen Reichstag zu schaffen, dessen Zusammensetzung dafür bürge, daß keine Ausnahmegesetze gegen die Gewerkschaften zustande kämen. Ernst Thälmann protestierte dagegen, daß Sozialdemokraten auf Grund ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit zu drakonischen Freiheitsstrafen verurteilt worden waren. Zum Schluß forderte er die Anwesenden unter brausendem Beifall auf, der Sozialdemokratischen Partei beizutreten.¹⁴

11 Vgl. Hamburger Echo, 13. August 1911.

12 Ebenda, 11. März 1913.

13 Vgl. Ernst Thälmann: Erklärung. In: Ebenda, 24. August 1911.

14 Vgl. ebenda, 25. November 1911.

Durch seinen beharrlichen Einsatz für die Interessen der Arbeiter errang Ernst Thälmann immer mehr die Sympathie und das Vertrauen seiner Kollegen. Sie übertrugen ihm wichtige ehrenamtliche Funktionen. Im August 1909 wählten sie den Dreiundzwanzigjährigen zum zweiten Leiter der Sektion Kutscher aller Branchen, und im Februar 1910 bestätigten sie ihn in dieser Funktion.¹⁵ Nach der Änderung der Organisationsstruktur des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes wurde er im Februar 1911 zum stellvertretenden Branchenleiter der Kutscher in der Sektion Transportarbeiter gewählt, im Juni 1912 zum Schriftführer der Branchenleitung Kutscher und im Februar 1914 zum ersten Branchenleiter.¹⁶ Außerdem war er Delegierter des Gewerkschaftskartells.¹⁷ 1911, 1912 und 1914 wählte ihn die Generalversammlung seiner Gewerkschaft als Beisitzer in die Ortsverwaltung Hamburg I des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.¹⁸

Im Juni 1912 nahm Ernst Thälmann als Delegierter am Verbandstag des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes in Breslau teil. Wie schon in Hamburg wandte Ernst Thälmann sich dort in der Diskussion gegen Erscheinungsformen des Reformismus. Er erklärte, »daß unsere Organisation mehr und mehr eine Unterstützungs- als eine Kampforganisation geworden ist«¹⁹, und forderte, den Kampfcharakter der Gewerkschaften zu wahren. Er setzte sich für die demokratischen Rechte der Gewerkschaftsmitglieder ein und schlug vor, die Delegierten zu den Verbandstagen unmittelbar in den Sektionen zu wählen, da dort die Mitglieder am besten in der Lage seien, die befähigsten Kollegen zu bestimmen.²⁰ Ernst Thälmann verlangte auch größere Rechte für die jungen Verbandsmitglieder. »Gerade aus der Jugend müssen für die Zukunft gute Agitatoren herangebildet werden.«²¹ Deshalb mußten – wie in Hamburg und Berlin – in allen größeren Ortsverwaltungen Jugendsektionen gebildet werden.

15 Vgl. StA Hamburg, Abt. IV, Nr. 14558.

16 Vgl. Hamburger Echo, 8. Februar 1911, 13. Juni 1912, 18. Februar 1914.

17 Vgl. Ernst Thälmann: Mein Lebenslauf. In: BzG, 1975, H. 1, S. 100. – Hamburger Echo, 13. Juni 1912.

18 Vgl. Hamburger Echo, 25. Februar 1911, 20. März 1912, 1. März 1914.

19 Deutscher Transportarbeiter-Verband. Protokoll des 8. Verbandstages. Abgehalten vom 9. bis 14. Juni 1912 in dem Etablissement »Deutscher Kaiser« zu Breslau. Protokoll der General-Versammlung der »Fakultativen Unterstützungseinrichtungen«. Abgehalten am 12. Juni 1912, Berlin 1912, S. 86.

20 Vgl. ebenda, S. 202/203.

21 Ebenda, S. 85.

Auch auf dem Kölner Verbandstag im Juni 1914 sprach sich Ernst Thälmann dafür aus, die Gewerkschaft als Kampforganisation zu erhalten. Bei dem Abschluß von Tarifverträgen dürfte »nicht eine allzulange Vertragsdauer vereinbart werden«, da die Verträge oftmals »durch die wirtschaftliche Entwicklung überholt« würden.²² Gegen die reformistische Gewerkschaftsbürokratie richtete sich auch Thälmanns Vorschlag, die Gewerkschaftsangestellten nicht durch den Verbandsvorstand in Berlin einsetzen zu lassen. Die Beamten seien, wie es in einem Antrag der Hamburger Delegierten hieß, »von den Mitgliedern der betreffenden Verwaltungsstelle zu wählen«²³. Sie mußten »das Vertrauen der Mitgliedschaft genießen«²⁴.

4

An der Seite der deutschen Linken

Seit 1910 erschienen im »Hamburger Echo« immer häufiger Berichte über das Auftreten Ernst Thälmanns auf Mitgliederversammlungen der sozialdemokratischen Distriktsorganisation von Eilbeck und auf den Delegiertenversammlungen der Parteiorganisation für den Dritten Hamburger Reichstagswahlkreis sowie der Hamburger Landesorganisation der Sozialdemokratie. Der junge Sozialist gehörte schon zu den profilierten Mitgliedern seiner Partei.

Zu dieser Zeit war die deutsche Sozialdemokratie zu einer mächtigen Organisation mit 720 000 Mitgliedern angewachsen. Bei den letzten Reichstagswahlen, im Jahre 1907, erhielt sie 3,3 Millionen Stimmen. 1910 hatte die Partei 52 Reichstags- und 186 Landtagsabgeordnete sowie 7729 Gemeindevertreter. Sie besaß 83 Zeitungen, von denen 76 wöchentlich sechsmal erschienen. In Hamburg hatte die Partei 1907 – bei nahezu

22 Deutscher Transportarbeiter-Verband. Protokoll des 9. Verbandstages. Abgehalten vom 7. bis 13. Juni 1914 im »Volkshaus« zu Köln am Rh., Berlin 1914, S. 104.

23 Ebenda, S. 34.

24 Ebenda, S. 104.

33 000 Mitgliedern – 112 892 Stimmen auf sich vereinigt und wiederum in allen drei Wahlkreisen gesiegt.¹

Jedoch konnten diese Erfolge nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Opportunismus als bürgerliche Ideologie und Politik innerhalb der Arbeiterbewegung in der Partei Boden gewonnen hatte. Der Opportunismus war für den Imperialismus zur Aufrechterhaltung seiner Macht unentbehrlich geworden. Zugleich bildete der Monopolkapitalismus den sozialen, ökonomischen und politischen Nährboden des Opportunismus. Darin ist der gesetzmäßige Zusammenhang von Imperialismus und Opportunismus begründet. »Die grundlegende *Idee* des Opportunismus ist«, wie W. I. Lenin schrieb, »das Bündnis oder die Annäherung . . . zwischen der Bourgeoisie und ihrem Antipoden.«² Die Zersetzung der proletarischen Partei durch die offenen Rechtsopportunisten wurde von den Zentristen begünstigt. Unter der Flagge der »Einheit der Partei« vertuschten sie die Gegensätze in den sozialdemokratischen Parteien zwischen den Rechten und den marxistischen Linken. Der Zentrismus entstand, wie Lenin schrieb, als »ein soziales Produkt der Gegensätze in der II. Internationale, der Verbindung von Treue zum Marxismus in Worten mit Unterwerfung unter den Opportunismus in Taten«³. Mit seinem pseudorevolutionären und pseudomarxistischen Wirken verdeckte er lange Zeit die Krise der Sozialdemokratie.

Den opportunistischen Strömungen standen die Linken in unversöhnlichem Gegensatz gegenüber. Ihre führenden Vertreter waren Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Clara Zetkin. Auf dem Boden des konsequenten Klassenkampfes gegen Imperialismus, Militarismus und Krieg, für eine friedliche, sozialistische Zukunft des deutschen Volkes stehend, repräsentierten sie die fortgeschrittensten marxistischen Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung und konnten sich in ihrem Kampf auf einen großen Kreis von Mitgliedern und von Funktionären in den sozialdemokratischen Parteiorganisationen stützen.

In der Hamburger Sozialdemokratie gab es nicht wenige revolutionär gesinnte Funktionäre, auch in der Redaktion des »Hamburger Echos«, in den Vorständen der Landesorganisation, der drei Wahlkreisorganisationen und erst recht der unteren Parteiorganisationen. Die Hamburger

1 Vgl. Sozialdemokratische Partei in Hamburg, Geschäftsjahr 1906/07, Hamburg 1907, S. 6, 25.

2 W. I. Lenin: Unter fremder Flagge. In: Werke, Bd. 21, S. 143.

3 W. I. Lenin: Sozialismus und Krieg. In: Ebenda, S. 313.

Sozialdemokratie hatte sich auch um die Herausgabe sozialistischer Schriften verdient gemacht. So wurde 1906 die Schrift »Massenstreik, Partei und Gewerkschaften«, die Rosa Luxemburg im Auftrage der Hamburger Parteiorganisation geschrieben hatte, in hoher Auflage gedruckt und an die Mitglieder zum Selbstkostenpreis abgegeben. In einer seit 1907/1908 publizierten Schriftenreihe erschienen Werke der Klassiker des Marxismus, wie das »Manifest der Kommunistischen Partei«, sowie Arbeiten August Bebels, Karl Kautskys, Franz Mehrings und anderer. Die Partei veranstaltete Vortragsabende und Schulungskurse zu ökonomischen, geschichtlichen und aktuellen politischen Fragen. Auch Ernst Thälmann nahm daran teil und machte sich mit Grundgedanken von Marx und Engels vertraut.⁴ Aber wie in der ganzen Partei wurde auch in Hamburg der Kampf gegen die vordrängenden opportunistischen Einflüsse immer dringlicher.

Ernst Thälmann war seit etwa 1908 Bezirksführer, das heißt Leiter einer Grundorganisation der Sozialdemokratie. Bald darauf gehörte er zur Leitung der Distriktsorganisation und wurde Delegierter in der Vertreterversammlung der größten Wahlkreisorganisation Hamburgs und in der Hamburger Landesdelegiertenversammlung. Später war er auch einer der ständigen Referenten für öffentliche und Parteiversammlungen. Die vielseitige gewerkschaftliche Tätigkeit kam hinzu. »Alle diese Posten«, notierte Ernst Thälmann später, »... waren unbesoldeter Art, und sie haben fast meine ganze freie Zeit in Anspruch genommen, so daß ich mit geringen Ausnahmen jeden Abend unterwegs oder politisch beschäftigt war.«⁵

In der Partei wie im Transportarbeiter-Verband setzte sich Ernst Thälmann für die Wahrung des Kampfcharakters der Veranstaltungen zum Ersten Mai ein. Über den Charakter der Maifeiern wurde immer heftiger zwischen den revolutionären und den opportunistischen Kräften in der deutschen Arbeiterbewegung gestritten. Schon auf einer Mitgliederversammlung der Sektion Kutscher des Transportarbeiter-Verbandes am 13. April 1907 hatte Thälmann die Ansicht vertreten, daß der Erste Mai »durch Arbeitsniederlegung« begangen werden müsse. Er kritisierte Kollegen, die sich »gegen die Maifeier ausgesprochen« hatten.⁶

4 Vgl. Sozialdemokratische Partei in Hamburg, Geschäftsjahr 1906/07, S. 56/57. – Ebenda, Geschäftsjahr 1907/08, Hamburg 1908, S. 60–62. – IML, ZPA, NL 3/2.

5 Ernst Thälmann: Mein Lebenslauf. In: BzG, 1975, H. 1, S. 100.

6 StA Hamburg, Abt. IV, V 236 III, Bd. 2.

Gewerkschaftsfunktionäre wie Ernst Thälmann sahen »in der Maidemonstration ein wirksames Agitationsmittel für den Klassenkampf, die Erringung des Achtstundentages und Hebung des Solidaritätsgefühls der Arbeitergruppen zueinander«⁷, wie es in der Entschließung einer Gewerkschaftsversammlung hieß, in der Thälmann in der Diskussion zur Maifeier gesprochen hatte⁸. Sie lehnten es ab, den Kampftag der internationalen Arbeiterklasse durch Verlegung auf den nächsten Sonntag – das hieß durch Verzicht auf die Arbeitsruhe – in ein unpolitisches Volksfest zu verwandeln. Am 19. April 1911 begründete Ernst Thälmann auf der Generalversammlung des Transportarbeiter-Verbandes in Hamburg einen entsprechenden Antrag.⁹

Vier Tage später, am 23. April, gab Ernst Thälmann in einer Versammlung sämtlicher in den Hauswäschereien, Bleichereien und Wäscheverleihfirmen beschäftigten Kutscher und Mitfahrer als Referent zum Punkt »Maifeier«, wie das »Hamburger Echo« schrieb, »einen vorzüglichen Überblick über die Geschichte der Maifeier«. Dabei forderte er »sämtliche Anwesenden auf, nicht nur in gewerkschaftlicher, sondern auch in politischer und genossenschaftlicher Hinsicht ihre Pflicht und Schuldigkeit zu tun«.¹⁰ Am 19. Juli desselben Jahres kritisierte Ernst Thälmann in einer Gewerkschaftsversammlung, daß »nicht genügend Propaganda für die Maifeier gemacht«¹¹ worden sei.

1908 hatte der sozialdemokratische Parteitag in Nürnberg einen Beschluß gefaßt, der alle Mitglieder der Partei, die am 1. Mai feierten und keinen Lohnausfall erlitten, verpflichtete, an die Partei- und Gewerkschaftskasse einen Tagesverdienst abzugeben.¹² Der Betrag sollte der Unterstützung der wegen der Maifeier ausgesperrten Arbeiter dienen. Auf verschiedenen Parteiversammlungen trat Ernst Thälmann dafür ein, diese Festlegung – als Ausdruck der Solidarität der Arbeiter untereinander – unbedingt einzuhalten.¹³ Als der Chemnitzer Parteitag 1912 den Beschluß über die Ablieferung eines Tagesverdienstes mit 270 gegen 221 Stimmen

7 Hamburger Echo, 30. April 1907.

8 Vgl. StA Hamburg, Abt. IV, V 236 I, Bd. 6.

9 Vgl. Hamburger Echo, 23. April 1911.

10 Ebenda, 6. Mai 1911.

11 Ebenda, 23. Juli 1911.

12 Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Nürnberg vom 13. bis 19. September 1908 sowie Bericht über die 5. Frauenkonferenz am 11. und 12. September 1908 in Nürnberg, Berlin 1908, S. 183, 284.

13 Vgl. Hamburger Echo, 24. September 1911, 14. April 1912.

aufhob¹⁴, wandte sich Ernst Thälmann auf der Delegiertenversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Dritten Hamburger Wahlkreis am 26. September 1912 heftig gegen diese Entscheidung¹⁵.

Am 13. Juli 1914 unternahmen die Vorstände der Partei und der Gewerkschaften in Hamburg auf einer gemeinsamen Delegiertenversammlung der sozialdemokratischen Landesorganisation und des Gewerkschaftskartells von Hamburg, Altona und Umgegend erneut einen Vorstoß gegen die Maifeier. In dem der Versammlung vorgelegten Beschluß wurde verlangt, daß die »Art und Weise der Kundgebung am 1. Mai... den einzelnen Nationen«¹⁶, also den einzelnen Parteien der II. Internationale, überlassen bleiben sollte. Es handelte sich um eine vom Parteivorstand und der Generalkommission der Gewerkschaften eingefädelt Aktion, die mit Vorbedacht in der sozialdemokratischen »Hochburg« Hamburg begonnen wurde.

Um die Massen zu täuschen, behaupteten die opportunistischen Führer, die jährliche Arbeitsruhe am 1. Mai sei als schlecht durchgeführter Massenstreik anzusehen, auf den die Unternehmer in Anbetracht des festen Termins stets vorbereitet seien und regelmäßig mit der Aussperrung der Streikenden antworteten. Sie begründeten ihren Antrag demagogisch damit, die durch den Verzicht auf Arbeitsruhe am 1. Mai »freigemachten Kräfte« könnten besser auf andere wirtschaftliche und politische Kämpfe des Proletariats konzentriert werden. Der Beschluß solle »das elementare Auflodern der Maifeier ermöglichen; ... daß sie wie der Blitz einschlage, sobald die revolutionäre Situation dafür gegeben ist«¹⁷.

Ernst Thälmann trat in der Versammlung gegen die opportunistische Vorlage auf und kritisierte den Referenten Heinrich Stubbe, der sie begründet hatte. »Nach den Worten Stubbes muß man annehmen«, schätzte er ein, »daß mit der Maifeier Schluß gemacht werden soll.«¹⁸ Andererseits habe der Referent auf die dem Koalitionsrecht und dem Reichstagswahlrecht drohenden Gefahren hingewiesen. Aber gerade um die Pläne der Reaktion zu vereiteln, seien die Arbeitsruhe am 1. Mai und die Maidemonstrationen notwendig. Werde die Maifeier abgeschafft,

14 Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Chemnitz vom 15. bis 21. September 1912, Berlin 1912, S. 444.

15 Vgl. Hamburger Echo, 28. September 1912.

16 Ebenda, 15. Juli 1914.

17 Ebenda, 25. Juli 1914. – Vgl. auch IML, ZPA, NL 6/2.

18 Hamburger Echo, 15. Juli 1914.

dann werde der Kampfgeist der Arbeiter auch bei anderen Aktionen nachlassen. Die Annahme des Beschlusses wäre ein »Armutszeugnis« für die Hamburger Arbeiter. Trotz der Kritik auch anderer Redner nahm die Mehrheit der Versammelten den opportunistischen Antrag an.¹⁹

Wenige Tage danach wandte sich Rosa Luxemburg in ihrem Artikel »Die verkehrteste Taktik« gegen die Haltung der Hamburger Parteiorganisation. Wie es Ernst Thälmann auf der Versammlung getan hatte, wertete sie den Beschluß zur Maifeier »als die Abschaffung der Maifeier überhaupt«. Rosa Luxemburg warnte: »Es wäre nichts verkehrter und beschämender für die deutsche Arbeiterklasse, als wenn der Vorschlag zur Abschaffung der internationalen Maifeier, dieses Zeugnis der Kleingläubigkeit und des Selbstverzichtes des Proletariats, gerade aus Deutschland käme.«²⁰

Ernst Thälmann nahm auch zu der Frage Stellung, ob die Partei bei Reichstagswahlen, wenn es in einzelnen Wahlkreisen zur Stichwahl zwischen zwei bürgerlichen Kandidaten kam, den liberalen Kandidaten gegen den konservativen unterstützen sollte. Dieses Problem hatte in der Sozialdemokratie schon seit langem eine große Rolle gespielt. Die Linken kritisierten, daß sich die Partei unter dem Einfluß der Opportunisten einseitig auf die parlamentarische Tätigkeit orientierte. Durch Wahlabkommen mit bürgerlich-liberalen Kräften erhöhte sich diese Gefahr noch mehr.

In mehreren Versammlungen gab Ernst Thälmann seiner Unzufriedenheit über die Stichwahlabkommen Ausdruck. Die Resolution des Jenaer Parteitages 1911 zur Reichstagswahl hielt er deshalb »für verfehlt«²¹. Ernst Thälmann erklärte sich, wie das »Hamburger Echo« berichtete, nicht damit einverstanden, bürgerlich-liberale Kandidaten zu unterstützen, da ihnen nicht zu trauen sei, selbst wenn sie vorher versichert hätten, im Reichstag für die Aufrechterhaltung demokratischer Rechte eintreten zu wollen.²² Er sah in einer solchen Wahltaktik zwar richtig die Gefahr eines opportunistischen Mandatsschachers, erkannte aber noch nicht, daß Wahlabkommen mit linksbürgerlichen Kräften für den proletarischen Klassenkampf zweckmäßig sein können, wenn dabei die revolutionären Prinzipien eingehalten werden. Die führenden Linken lehnten deshalb

19 Vgl. ebenda.

20 Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 3, Berlin 1973, S. 473, 475.

21 Hamburger Echo, 28. September 1911.

22 Vgl. ebenda, 24. September 1911.

Stichwahlabkommen nicht grundsätzlich ab, kritisierten aber entschieden den Verzicht der Opportunisten auf eine revolutionäre Wahlkampfstrategie.

1913 forcierte der deutsche Imperialismus seine Kriegsvorbereitungen. Im März begründete Reichskanzler Bethmann Hollweg im Reichstag eine Heeresvorlage, nach der allein das Landheer innerhalb von zwei Jahren um 136 000 Mann vergrößert werden sollte. Die finanziellen Mittel sollten durch einen einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrag und durch Besitzsteuern aufgebracht werden.

Da über die Heeresvorlage, die die Rüstungsforderungen enthielt, und die Deckungsvorlage, die die Beschaffung der benötigten Gelder zu regeln hatte, nach einem taktischen Winkelzug der herrschenden Kreise im Reichstag getrennt abgestimmt werden sollte, kam es in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu heftigen Auseinandersetzungen. Die Mehrheit der Fraktion entschied sich dafür, die Heeresvorlage abzulehnen, der Deckungsvorlage aber mit der Begründung zuzustimmen, daß sie auf dem Grundsatz der Besitzsteuer beruhe, die besitzenden Schichten also stärker als bisher belasten würde. Die Linken kritisierten scharf diesen Bruch mit dem marxistischen Grundprinzip, diesem System »keinen Mann und keinen Groschen« zu bewilligen. Rosa Luxemburg wies auf dem Jenaer Parteitag der Sozialdemokratischen Partei im September 1913 warnend darauf hin, daß die Haltung der Fraktion, die am 30. Juni die Deckungsvorlage gebilligt hatte, im Falle eines Krieges folgerichtig zur Bewilligung der Kriegskosten durch die Sozialdemokratie führen müsse.²³

Auch in den sozialdemokratischen Organisationen prallten die unterschiedlichen Standpunkte aufeinander. In Hamburg brachte Ernst Thälmann in einer Mitgliederversammlung des Distrikts Eilbeck am 8. August 1913 zum Ausdruck, daß er in der »Deckungsfrage« mit »der Haltung der Fraktion... nicht einverstanden«²⁴ sei. Die Kosten der Wehrvorlage würden sowieso auf die Volksmassen abgewälzt, führte er auf einer weiteren Versammlung zwei Tage später aus.²⁵

In der Distriktsversammlung in Eilbeck am 25. September 1913, auf der der Vorsitzende des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes, August Winnig,

23 Vgl. Rosa Luxemburg: Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 14. bis 20. September 1913 in Jena. Rede zur Steuerfrage. In: Gesammelte Werke, Bd. 3, S. 341.

24 Hamburger Echo, 12. August 1913.

25 Vgl. ebenda.

ein Opportunist reinsten Wassers, über den Jenaer Parteitag berichtete, trat Ernst Thälmann dem Referenten scharf entgegen. Winnig unterstützte die Haltung der Reichstagsfraktion mit dem demagogischen Argument, eine Ablehnung der »Besitzsteuern« durch die Fraktion hätte »die Regierung gezwungen, mit anderen Steuervorschlägen zu kommen, die wahrscheinlich die breite Masse belastet hätten«. Dem Bericht des »Hamburger Echos« zufolge verteidigte Ernst Thälmann »den Standpunkt der Minderheit der Reichstagsfraktion, wie er auf dem Parteitag zum Ausdruck gebracht wurde«. ²⁶ Ernst Thälmann bezog sich auf den Entwurf einer Resolution zur Steuerfrage, den Rosa Luxemburg auf dem Jenaer Parteitag begründet hatte. Der Antrag bezeichnete den Militarismus »als das stärkste Machtmittel der herrschenden Klassen«, das »auf das äußerste zu bekämpfen« sei. »Alle Gesetzesvorlagen, die zur Stärkung des Militarismus dem Reichstage vorgelegt werden, also auch Steuervorlagen, die zur Deckung der Kosten des Militarismus eingebracht werden, sind, ob sie direkte oder indirekte Steuern fordern, abzulehnen.« ²⁷

Im Zusammenhang mit der Behandlung der Heeresvorlage im Reichstag wurde – nach einer Feststellung Rosa Luxemburgs – »die Frage des Massenstreiks mit elementarer Kraft auf die Tagesordnung des Parteilebens« ²⁸ gesetzt. Ernst Thälmann gehörte zu jenen Mitgliedern der Sozialdemokratie in Hamburg, die auch in dieser Frage einen konsequent proletarischen Standpunkt vertraten. Auf mehreren Partei- und Gewerkschaftsversammlungen ließ er keinen Zweifel daran, daß er die Stellung zum politischen Massenstreik zu den Problemen zählte, über die in der Partei in erster Linie Klarheit geschaffen werden mußte, wollte sie in einer zugespitzten Situation ihre Aufgaben erfüllen. Gegenüber opportunistischen Auffassungen, der Massenstreik sei ein »zweischneidiges Schwert«, durch das auch die Organisationen der Arbeiterklasse zerstört werden könnten, und der abwertend gemeinten Äußerung, Rosa Luxemburg »propagiere die russische Methode«, forderte Ernst Thälmann von der Partei, daß sie »den Massenstreik vorbereiten« und sich klar zu ihm als Kampfmittel bekennen müsse. ²⁹

In der erwähnten Mitgliederversammlung des Distrikts Eilbeck am 25.

26 Ebenda, 30. September 1913.

27 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (im folgenden: Dokumente und Materialien...), Bd. IV, Berlin 1967, S. 464.

28 Rosa Luxemburg: Nach dem Jenaer Parteitag. In: Gesammelte Werke, Bd. 3, S. 346/347.

29 Hamburger Echo, 12. August 1913.

September 1913 stellte er sich hinter die Auffassung Rosa Luxemburgs, die auf dem Jenaer Parteitag gemeinsam mit anderen Delegierten auch einen Antrag zur Vorbereitung von Massenkämpfen eingebracht hatte. In dem Antrag war »eine offensive, entschlossene und konsequente Taktik der Partei auf allen Gebieten« gefordert worden, »die den Schwerpunkt des Kampfes bewußt in die Aktion der Massen verlegt«. ³⁰ »Thälmann verteidigt«, so hieß es im »Hamburger Echo« dazu, »in längeren Ausführungen den Standpunkt von Rosa Luxemburg bezüglich des Massenstreiks.« ³¹

Bis zum Vorabend des ersten imperialistischen Weltkrieges hatte sich Ernst Thälmann – er war jetzt 28 Jahre alt und gehörte seit mehr als zehn Jahren der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften an – zu einem in Hamburg bekannten und von seinen Klassengenossen geachteten Funktionär entwickelt. Als Vertrauensmann seiner Kollegen setzte er sich selbstlos für deren soziale und politische Interessen ein. Ernst Thälmann besaß einen ausgeprägten proletarischen Klassenstandpunkt. Er trat gegen die opportunistischen Praktiken der rechten Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre auf, die in Hamburg wie in ganz Deutschland zunehmend die Politik der Partei bestimmten und längst jene sozialistischen Prinzipien preisgegeben hatten, die das Handeln Ernst Thälmanns und Zehntausender revolutionärer Sozialdemokraten prägten. Der mit vielen Funktionen betraute Transportarbeiter stimmte in wichtigen Fragen des Klassenkampfes mit dem Standpunkt der führenden Vertreter der Linken in der deutschen Arbeiterbewegung überein. Er war einer der proletarischen Anhänger der linken Strömung in der deutschen Sozialdemokratie, die an den marxistischen Anschauungen, den revolutionären Traditionen und den sozialistischen Zielvorstellungen festhielten.

30 Dokumente und Materialien..., Bd. IV, S. 462.

31 Hamburger Echo, 30. September 1913.

5

Gegen den imperialistischen Krieg!

Im Frühsommer 1914 hatte sich die Lage in Europa bedrohlich zugespitzt. Die deutschen Kanonenkönige, Junker und Militaristen, die den Krieg seit langem vorbereiteten, nahmen das Attentat serbischer Nationalisten auf das österreichische Thronfolgerpaar in Sarajevo am 28. Juni zum Anlaß, die letzten Vorbereitungen zur Entfesselung des Krieges zu treffen, mit dem sie die Vorherrschaft in Europa und ein großes Kolonialreich erlangen wollten.

Auch die herrschenden Klassen Frankreichs, Großbritanniens, Rußlands und ihrer Verbündeten verfolgten weitgesteckte imperialistische Ziele. Sie waren nicht nur bestrebt, eine Neuaufteilung der Welt zugunsten des deutschen Imperialismus zu verhindern und diesen immer stärker gewordenen Rivalen auszuschalten, sondern trachteten auch danach, durch den Krieg ihre Anteile an den imperialistischen Herrschaftsgebieten und Einflußsphären zu vergrößern.

Ernst Thälmann war davon überzeugt, daß der drohende Krieg nur im Profitinteresse der Kapitalisten lag und ein Verbrechen am werktätigen Volk war. Er nahm die Beschlüsse der internationalen Sozialistenkongresse und der Parteitage der deutschen Sozialdemokratie gegen den Krieg ernst. Als sich seit Ende Juni/Anfang Juli 1914 die Anzeichen für den unmittelbar bevorstehenden Kriegsausbruch mehrten, trat er dafür ein, in den Partei- und Gewerkschaftsversammlungen über die Kriegsgefahr und geeignete Gegenaktionen zu beraten. Auf der Versammlung der Transportarbeiter Ende Juli im Hamburger Gewerkschaftshaus wollte der Vorstand nur die routinemäßigen Tagesordnungspunkte behandeln. »Dagegen protestierte unmittelbar vor mir ein großer, breitschultriger Kollege mit dem Ruf: ›Zur Geschäftsordnung!‹«, erinnert sich Willy von der Reith. »Die Klingel des Vorstandes war die Antwort. Der Kollege sprang auf und rief noch lauter: ›Zur Geschäftsordnung!‹ Darauf wieder die Klingel des Vorstandes und die Bemerkung Gaacks: ›Kollege Thälmann, beruhige dich! Wir sind bereits in die Tagesordnung eingetreten, und ich habe dem Kollegen Hähnel zu Punkt 1 das Wort erteilt.«¹ Ernst

1 IML, ZPA, NL 3/69.

Thälmann gab sich damit nicht zufrieden. Er verlangte, als zusätzlichen Punkt auf die Tagesordnung »Die Stellung des Transportarbeiter-Verbandes zur drohenden Kriegsgefahr« zu setzen, und begründete seinen Antrag mit der internationalen Entwicklung seit dem Attentat von Sarajevo. Infolge der wiederholten Unterbrechungen seiner Ausführungen und dem damit verbundenen Lärm vernahmen aber nur wenige Kollegen seine mahnenden Worte; der größere Teil der Versammlung erhob keinen Widerspruch, als der Vorsitzende erklärte, Thälmann solle seinen Antrag unter dem Punkt »Verschiedenes« stellen. Gaack verstand es dann, »den Antrag Thälmanns mit der Begründung abzulehnen, daß es Angelegenheit der Partei sei«².

Ernst Thälmann ließ sich nicht entmutigen. Mit anderen Arbeitern seiner Heimatstadt versuchte er, der chauvinistischen Hetze entgegenzuwirken, die von der imperialistischen Bourgeoisie und ihren Schreiberlingen in der bürgerlichen Presse entfacht wurde. Wie in anderen Städten zog in den letzten Julitagen auch in Hamburg der von den Kriegshetzern aufgeputschte Mob durch die Straßen. Es gab Zusammenstöße mit Arbeitern. Am Hauptbahnhof geriet Ernst Thälmann ebenfalls mit einem grölenden Trupp von Studenten ins Handgemenge.³ Am 28. Juli nahm er an einer der 19 überfüllten Versammlungen der Hamburger Sozialdemokratie teil, auf denen Tausende Arbeiter ihre Abscheu vor dem Krieg bekundeten. Ernst Thälmann hatte geglaubt, hier Antwort auf die ihn bewegende Frage zu erhalten, wie die Arbeiter den Kampf gegen den Krieg führen sollten. Aber er wurde enttäuscht. Fast alle Referenten beschränkten sich darauf, die drohende Gefahr eines Weltkrieges und die Folgen, die er für die Volksmassen haben werde, zu schildern. Nach der Annahme einer unverbindlichen Resolution, in der der Friedenswille der Arbeiterklasse bekräftigt und die deutsche Regierung aufgefordert wurde, mäßigend auf Österreich einzuwirken, wurden die Versammelten nach Hause geschickt.⁴

Wenige Tage später, am 1. August, drängten sich in den Straßen die Menschen um die Litfaßsäulen. Auf großen Plakaten wurde die Mobilmachung bekanntgegeben. Am gleichen Tage erklärte die deutsche Regierung Rußland den Krieg, am 3. August folgte die Kriegserklärung an Frankreich. Am 4. August überfielen deutsche Truppen unter Bruch des

2 Ebenda.

3 Vgl. ebenda, NL 6/2.

4 Vgl. Hamburger Echo, 29. Juli 1914. – IML, ZPA, NL 6/2.

Völkerrechts Belgien, daraufhin erklärte England Deutschland den Krieg. Der allseitig imperialistische erste Weltkrieg hatte begonnen.

Zum Entsetzen der klassenbewußten Arbeiter schwenkte das »Hamburger Echo« von Tag zu Tag mehr auf den Kriegskurs ein. »Wir müssen hinein in den blutigen Wirbel, wir müssen das Vaterland schützen«, war am 4. August in der sozialdemokratischen Zeitung zu lesen. »Gegen Ost und West ist die Front... Und wenn das Schlimmste zum Schlimmen kommt, wenn noch mehr Feinde uns erwachsen, wir müssen die Zähne zusammenbeißen und uns wehren«, hieß es im übelsten chauvinistischen Jargon.

Wie ein Keulenschlag traf die revolutionären Arbeiter die Nachricht, daß am 4. August die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den Kriegskrediten zugestimmt hatte. Das war Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse, am Sozialismus und am proletarischen Internationalismus. Es offenbarte sich, daß die opportunistischen Partei- und Gewerkschaftsführer auf der Seite der Bourgeoisie standen. Sie spalteten die deutsche Arbeiterbewegung. Ernst Thälmann war – wie viele revolutionäre Arbeiter – über die Haltung der rechten Führer der Sozialdemokratie empört. Albert Friedrichs, einem Hamburger Kampfgefährten, erzählte er noch viele Jahre später, wie tief ihn die Vorgänge vom 4. August 1914 erschüttert hatten.⁵ Thälmann begann zu erkennen, daß die Interessen der Arbeiter ein gemeinsames Handeln mit den rechten Führern ausschlossen. Später schrieb er in Erinnerung an diesen schwarzen Tag in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung: »Der 4. August 1914 hatte mit einem Schlage die Maske niedergerissen, hinter der sich, auf der Grundlage der imperialistischen Entwicklung Deutschlands und der Herausbildung einer Arbeiteraristokratie, der Verbürgerlichungsprozeß der deutschen Sozialdemokratie bis dahin verborgen hatte. Der 4. August war für die Massen der klassenbewußten sozialistischen Arbeiter ein furchtbarer Schlag, eine schmerzliche Enttäuschung. Wofür sie gekämpft, woran sie geglaubt hatten, die Partei und die Internationale des Sozialismus, existierten nicht mehr. Die rote Fahne des proletarischen Klassenkampfes lag beschmutzt und verraten am Boden.«⁶

In fast allen sozialdemokratischen Parteien hatte der Opportunismus

⁵ Vgl. Interviews in der Gedenkstätte »Ernst Thälmann« in Hamburg-Eppendorf, Tarpenbekstraße. Gesendet in »Stimme der DDR« am 19. August 1974.

⁶ Ernst Thälmann: 10 Jahre KPD. In: Geschichte und Politik. Artikel und Reden 1925 bis 1933, Berlin 1973, S. 119/120.

die Oberhand erlangt. Die II. Internationale war zusammengebrochen. »Indem die Führer der Internationale für die Kriegskredite stimmten, die chauvinistischen (»patriotischen«) Losungen der Bourgeoisie »ihrer« Länder aufgriffen, den Krieg rechtfertigten und verteidigten, in die bürgerlichen Kabinette der kriegführenden Länder eintraten usw. usf., haben sie Verrat am Sozialismus geübt«, erklärte W. I. Lenin im Oktober 1914. »Die Verantwortung für diese Schändung des Sozialismus fällt in erster Linie auf die deutschen Sozialdemokraten, die die stärkste und einflußreichste Partei der II. Internationale waren.«⁷ Die von Lenin geführte Partei der Bolschewiki hingegen nahm konsequent den Kampf gegen den Krieg auf und entwickelte ein revolutionäres Programm zur Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg. Auch in anderen Ländern begann sich aus den besten Kräften der Arbeiterbewegung eine Opposition gegen Krieg und Sozialchauvinismus zu entwickeln.

Führer der Hamburger Sozialdemokratie suchten mit allen Mitteln, Debatten der Mitglieder über die Kriegspolitik zu verhindern, konnten aber die Herausbildung einer Opposition nicht aufhalten. Deren Wortführer waren Heinrich Laufenberg, Fritz Wolffheim und Carl Herz. Am 13. August 1914 übermittelten sie der Redaktion des »Hamburger Echos« eine Erklärung, in der sie den Weltkrieg als »Krieg im Interesse des internationalen Finanzkapitals« charakterisierten. Er sei »seiner Grundlage nach ein Krieg zwischen dem jungen, nach Ausdehnung drängenden deutschen und dem gefestigten, sich bedroht fühlenden englischen Imperialismus«. Zum Schluß legten die Verfasser »Verwahrung ein gegen die Haltung des »Hamburger Echos«, dessen Bewertung der Ereignisse sich von der bürgerlichen Auffassung kaum unterscheidet«.⁸

Um der wachsenden Unruhe unter den Mitgliedern zu begegnen, berief der Vorstand Versammlungen der etwa 400 ständigen Redner der Partei ein, die in der sogenannten Referentenkommission erfaßt waren. Außerdem tagten im Spätsommer und Herbst die Vertrauensmänner der Partei aus allen drei Hamburger Wahlkreisen. In diesen Zusammenkünften hinter verschlossenen Türen entfachten die Rechten eine wütende Hetze gegen die Opposition. Sie bestritten den imperialistischen Charakter des Krieges und mißbrauchten den berechtigten Haß der deutschen

⁷ W. I. Lenin: Der Krieg und die russische Sozialdemokratie. In: Werke, Bd. 21, S. 15/16.

⁸ Heinrich Laufenberg/Fritz Wolffheim/Carl Herz: Organisation, Krieg und Kritik. Dokumente zu den Hamburger Parteidebatten, (Hamburg) o. J., S. 16.

Arbeiter gegen den reaktionären Zarismus, um die Eroberungspolitik des deutschen Imperialismus zu rechtfertigen und zur »Verteidigung des Vaterlandes« aufzurufen.⁹

Ernst Thälmann, der zur Referentenkommission und zu den Vertrauensmännern der Partei gehörte, trat gemeinsam mit anderen linken Sozialdemokraten den Sozialchauvinisten entgegen und distanzierte sich von der imperialistischen Propaganda, die diese im »Hamburger Echo« betrieben. Später, als Funktionär der KPD, kam er mehrmals auf seine Haltung zu Beginn des Krieges zurück. Auf dem 11. Verbandstag des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes im September 1922 in Berlin verwies er darauf, daß er schon »in den Parteiversammlungen unserer alten sozialdemokratischen Partei den Kampf... gegen Stolten, Perner und alle diese Führer wegen ihrer Einstellung für die Kriegspolitik« aufgenommen habe. »Ich habe damals schon erklärt, daß die Partei mit der Bewilligung der Kriegskredite die Beschlüsse der internationalen Kongresse aufgegeben hat.«¹⁰ In seinem Referat auf einer Kundgebung der KPD am 4. August 1924 anlässlich des 10. Jahrestages des Beginns des ersten Weltkrieges erinnerte Ernst Thälmann daran, »wie in demselben Saal, in welchem er vor der Hamburger Arbeiterschaft spreche, im August und September 1914 Funktionärversammlungen der Hamburger SPD stattgefunden haben, in denen zur Kriegspolitik der Parteileitung und zur Schreibweise des kriegsbegeisterten »Hamburger Echos« Stellung genommen wurde«¹¹.

Äußerst empört war Ernst Thälmann auch über die Gewerkschaftspresse, die mit den Parteizeitungen in Chauvinismus wetteiferte. Leidenschaftlich protestierte er in der Sitzung der Ortsverwaltung des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, als im Oktober 1914 im »Courier«, dem Verbandsorgan, die Sätze zu lesen waren: »An der unvergleichlichen Tapferkeit der deutschen und österreichischen Truppen zerschellen... die verruchten Pläne des wort- und treubruchigen Blutzaren und seiner Alliierten... Heute weht die deutsche Flagge auf den Türmen Antwerpens, hoffentlich für immer.«¹² Die Gewerkschaftsfunk-

9 Vgl. IML, ZPA, NL 6/2.

10 Deutscher Transportarbeiter-Verband (Deutscher Verkehrsbund). Protokoll über die Verhandlungen des 11. Verbandstages. Abgehalten zu Berlin im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24/25, vom 3. bis 8. September 1922, Berlin 1922, S. 224.

11 Hamburger Volkszeitung (im folgenden: HVZ), 5. August 1924.

12 Courier (Berlin), 25. Oktober 1914. – IML, ZPA, NL 6/2.

tionäre hielten es für angebracht, von dem Artikel abzurücken. In der nächsten Generalversammlung gelang es ihnen aber wiederum, die Behandlung der »dringenden« Verbandsangelegenheiten so hinzuziehen, daß trotz der Bemühungen Ernst Thälmanns eine Diskussion über die verderbliche Rolle der rechten Gewerkschaftsführer im Dienste des deutschen Imperialismus verhindert wurde.¹³

Anfang Januar 1915 äußerte Ernst Thälmann zu befreundeten Genossen: »Ji möt no ünner gohn!«¹⁴ Bei den Debatten mit den Parteibürokraten komme nicht viel heraus, deshalb sei es notwendig, in den unteren Parteieinheiten und in den Betrieben die Arbeiter zum Kampf gegen den Krieg zu gewinnen. Dank der mühevollen Kleinarbeit revolutionärer Funktionäre begann die oppositionelle Bewegung in Hamburg nach und nach organisiertere Formen anzunehmen. Solidaritätsbezeugungen für den Kampf der oppositionellen Kräfte um Heinrich Laufenberg mehrten sich.¹⁵ Diese Entwicklung wurde aber dadurch erschwert, daß die besten Arbeiterfunktionäre durch ihre Einberufungen zum Heer ausfielen. Die Militärbehörde in Altona, in deren Hand die vollziehende Gewalt auch in Hamburg lag, verbot immer häufiger sozialdemokratische Parteiveranstaltungen¹⁶, was den Bestrebungen der opportunistischen Führer nach Unterdrückung der Opposition entgegenkam.

Wie in Hamburg formierte sich auch in anderen Städten Deutschlands unter großen Schwierigkeiten die Opposition gegen den Krieg. Die Linken um Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Clara Zetkin entlarvten den imperialistischen Charakter des Krieges und riefen zum Kampf gegen den »Burgfrieden« auf, den die rechten sozialdemokratischen Führer mit den Monopolisten, Militaristen und Junkern geschlossen hatten. Karl Liebknechts »Nein!« bei der Abstimmung über die Kriegskredite im Reichstag am 2. Dezember 1914 zerstörte endgültig die opportunistische Lüge von der »Einmütigkeit« der deutschen Arbeiterbewegung im Dienste des imperialistischen »Vaterlandes« und fand auch bei den Proletariern in anderen Ländern ein Echo. Es durchbrach den

13 Vgl. IML, ZPA, NL 6/2.

14 »Ihr müßt nach unten gehen!« – Rudolf Lindau: »Ji möt no ünner gohn!« In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 39.

15 Vgl. Heinrich Laufenberg/Fritz Wolffheim/Carl Herz: Organisation, Krieg und Kritik, S. 47.

16 Vgl. Sozialdemokratischer Verein für das hamburgische Staatsgebiet. Jahresbericht der Landesorganisation für die Geschäftsjahre 1914 bis 1919, Hamburg 1920, S. 8.

»Burgfrieden« und gab der revolutionären Bewegung gegen den imperialistischen Krieg Auftrieb. W. I. Lenin bezeichnete Karl Liebknecht und seine Genossen als »die Hoffnung aller internationalistischen Elemente«¹⁷.

Anfang Januar 1915 erreichte auch Ernst Thälmann »de rode Schien«, die Einberufung zum Heer. Am 14. Januar sollte er sich in der Garnison Neubreisach im Elsaß beim Ersatz-Bataillon des Lauenburgischen Fußartillerie-Regiments 20 einfinden. Wenige Stunden vor seiner Abfahrt aus Hamburg, am 13. Januar, ging Ernst Thälmann mit Rosa Koch die Ehe ein. »Zwei Stunden nach unserer Eheschließung«, erzählte Rosa später, »mußte Ernst Soldat werden..., und ich blieb allein. Zwei Jahre lang erhielt mein Mann keinen Urlaub wie die anderen, und er durfte nicht nach Hause fahren, selbst für kurze Zeit nicht... Wie ich den Krieg haßte!«¹⁸

Nach einer vierteljährigen Ausbildung in der Garnison kam Ernst Thälmann an die Front in der Champagne.¹⁹ Seit im Herbst 1914 die abenteuerlichen Blitzkriegspläne der deutschen Militaristen gescheitert waren, standen sich hier die Armeen in einem zermürbenden Stellungskrieg gegenüber.

Der klassenbewußte Arbeiterfunktionär machte auch an der Front kein Hehl daraus, daß er den imperialistischen Krieg entschieden verurteilte. »Vom ersten Tag an war er gegen den Krieg, auf den er wie ein Rohrspatz geschimpft hat«²⁰, berichtet Friedrich Bock, der mit Ernst Thälmann eingezogen worden war. Es fehlte nicht an Zusammenstößen mit Vorgesetzten, die in der Kaserne wie an der Front das selbständige Denken in Kadavergehorsam verwandeln wollten.

Ernst Thälmann war erbittert über den schikanösen Drill, und er konnte nicht ruhig bleiben bei den schimpflichen Torturen, mit denen Soldaten gefügig gemacht werden sollten. Im Sommer 1915 sah er beim Munitionstransport einen Infanteristen, der als Ersatzstrafe für strengen Arrest an einen Baum gefesselt war. Er erzählte den Soldaten seiner Batterie davon und nannte diesen Strafvollzug eine mittelalterliche Menschenchinderei. Das wurde dem Batteriechef hinterbracht, der daraufhin den aufsässigen Kanonier mit zusätzlichem Arbeitsdienst bestrafte. Ernst Thälmann aber besuchte statt dessen die Soldaten einer benachbarten Einheit. Er bekam

17 W. I. Lenin: Sozialismus und Krieg. In: Werke, Bd. 21, S. 328.

18 Thälmanns Frau und Tochter erzählen. In: Tägliche Rundschau, 1. Mai 1951.

19 Vgl. IML, ZPA, NL 3/2.

20 Ebenda, EA 1400/1.

wegen Fernbleibens vom Dienst drei Tage strengen Arrest. Kurz darauf erhielt er aus ähnlichem Anlaß weitere drei Tage Arrest.²¹

War das Verhältnis Ernst Thälmanns zu den Vorgesetzten gespannt, so war es zu seinen Leidensgefährten um so besser. Hilfsbereitschaft und Selbstlosigkeit in den kleinen Dingen des schweren Soldatenlebens waren ihm selbstverständlich. Furchtlos nahm er Kameraden gegen Schikanen der Vorgesetzten in Schutz.

Das Vertrauensverhältnis zu seinen Kameraden war die Voraussetzung für Ernst Thälmanns politischen Einfluß. Die Presse und die Kriegseignisse lieferten genug Diskussionsstoff. Ernst Thälmann erhielt von seiner Frau das »Hamburger Echo«, »auf dessen Leitartikel er sich mit besonderem Eifer warf«, wie Friedrich Bock mitteilt. »Da waren faule Dinger drunter, über die Ernst sich dann ausließ.«²² Empört war er über den »so unwürdigen nationalistischen Ton«²³ rechter Gewerkschaftsführer wie des Sekretärs des Vorstandes des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes Paul Müller, der im »Courier« die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus unterstützte.

Verschiedentlich erhielt Ernst Thälmann von Jacob Rieper und anderen befreundeten Genossen die »Bremer Bürger-Zeitung«²⁴, auf die auch Linke einen gewissen Einfluß ausübten. Bei Rudolf Lindau bedankte er sich »für den Empfang eines Feldpostpäckchens mit selbstgebackenem ›Kuchen‹. Er hätte ihm geschmeckt, und die Kameraden hätten auch davon abbekommen. ›Wenn wieder gebacken wird, vergeßt mich nicht‹«, hatte Ernst Thälmann geschrieben. Rudolf Lindau erläutert: »Es handelte sich um einen damals überall käuflichen kleinen Karton, der speziell für den Versand von Kuchen hergestellt war. Er enthielt unter anderem Spartakusflugblätter.«²⁵

Wenn die Instruktionsoffiziere politische Vorträge hielten, wurde die Diskussion im Quartier, im Unterstand oder beim Arbeitsdienst nachgeholt. Hin und wieder gelang es Ernst Thälmann an ruhigeren Tagen, einige politisch gefestigte Soldaten an sicherem Ort zu einer längeren Aussprache zu versammeln. Eintragungen in seinem Notizbuch wie

21 Vgl. ebenda, NL 3/2; NL 6/2.

22 Ebenda, EA 1400/1.

23 Deutscher Transportarbeiter-Verband. Protokoll des 10. Verbandstages. Abgehalten zu Stuttgart im »Bürgermuseum«, Langestraße 4 b, vom 22. bis 27. Juni 1919, Berlin 1919, S. 83.

24 Vgl. IML, ZPA, EA 1400/1.

25 Rudolf Lindau: »Ji möt no ünnen gohn!« In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 40.

»Auseinandersetzung mit Politik«²⁶ zeugen davon. Seine Einschätzungen der politischen Ereignisse wurden manchem Anlaß, über den Krieg und seine Ursachen nachzudenken.

Unter ungeheuren Opfern hatte die deutsche Armee bis zum Jahre 1916 im Osten, auf dem Balkan und im Westen Europas Gebiete erobert, die in ihrer Gesamtheit mehrfach so groß waren wie Deutschland. Das an den Fronten vergossene Blut verwandelte sich für die Rüstungsindustriellen in bares Geld. In der Heimat wurde die Ausbeutung der Arbeiter und Arbeiterinnen im Zeichen des »Burgfriedens« durch Verlängerung der Arbeitszeit, Antreiberei, Entwertung der Löhne forciert. Die Massen konnten kaum von den auf Lebensmittelkarten gekauften Rationen leben, und die hohen Schwarzmarktpreise vermochten sie nicht zu zahlen. Zu Hungerunruhen war es bereits im Sommer 1915 gekommen, sie flammten immer wieder auf.

Die Gruppe »Internationale«, die am 5. März 1915 gebildet worden war und später Spartakusgruppe genannt wurde, rief die Arbeiter und Soldaten zum Kampf gegen den Massenmord auf. Am 1. Mai 1916 verkündete Karl Liebknecht auf dem Potsdamer Platz in Berlin die Losung »Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!« und gab damit ein weit sichtbares Signal für Massenbewegungen gegen den Krieg. Das Zuchthausurteil, das dafür im Juni 1916 gegen Liebknecht verhängt wurde, löste die ersten politischen Streiks aus. Demonstrationen und Streiks rissen bald nicht mehr ab, obwohl der zu Beginn des Krieges verhängte Belagerungszustand immer rücksichtsloser zur Unterdrückung der Antikriegsbewegung angewandt wurde.

Seit Frühjahr 1916 lag Ernst Thälmann mit seinem Truppenteil an der Somme, wo von Juni bis November eine Materialschlacht tobte. Am 18. Mai wurde er durch die Detonation einer Granate in seiner unmittelbaren Nähe verschüttet, kam aber wie durch ein Wunder ohne ernste Verletzungen davon. »Beinahe hätte die letzte Stunde geschlagen«²⁷, schrieb er in sein Notizbuch. Als seine Einheit zu kurzer Ruhe und zur Auffüllung für wenige Tage zurückgenommen wurde, hatte Ernst Thälmann einen schweren Zusammenstoß mit seinem Leutnant. Dieser inspizierte das Mannschaftsquartier zur Essenszeit und bemerkte, daß am Tisch ein kleiner, magerer französischer Junge stand, dem Ernst und seine Tisch-

26 IML, ZPA, NL 3/2. – Von Januar 1916 bis Dezember 1918 führte Ernst Thälmann in seinem Kalender des Transportarbeiter-Verbandes Tagebuch.

27 Ebenda.

nachbarn etwas abgaben. Auf die provozierende Zurechtweisung durch den Leutnant antwortete Ernst Thälmann scharf, es handele sich nicht um ein »Franzosenbalg«, sondern um ein hungerndes Kind. Darauf schrie der Leutnant Ernst Thälmann und seine Kameraden mit überschnappende Stimme an, und es gab einen Auftritt, der um ein Haar mit dem Hinauswurf des Offiziers aus dem Mannschaftsquartier geendet hätte. Dem für die ganze Batterie strafweise befohlenen Geschützreinigen blieb Ernst Thälmann fern. Da an der Front jeder Mann gebraucht wurde und die Disziplin bereits anfang brüchig zu werden, wurde »nur« ein Verfahren wegen Beleidigung eines Vorgesetzten, Achtungsverletzung, Gehorsamsverweigerung und Beharrens im Ungehorsam eingeleitet²⁸, das jedoch zunächst unterbrochen werden mußte: Am 19. September 1916 wurde Ernst Thälmann verwundet. Er erlitt, wie es in der Eintragung in seinem Militärpaß heißt, eine »Quetschung beider Beine und der linken Schulter durch Einsturz des Geschützstandes infolge Volltreffers«²⁹.

Vom 20. September bis Ende Oktober 1916 lag Ernst Thälmann in einem Lazarett in Köln und konnte sich hier gründlicher über die politische und militärische Lage informieren. Besonders erfreut war er, als ihn sein Vater am 22. Oktober besuchte und mit ihm fast den ganzen Tag verbrachte. Vom Lazarett aus mußte Ernst Thälmann wegen seines Verfahrens auf Befehl des Militärarztes trotz Fiebers das Gouvernementsgericht aufsuchen. Als er Anfang November beim Ersatz-Bataillon in Neubreisach eintraf, wurde er garnisonsdienstfähig geschrieben und am 24. November »durch feldkriegsgerichtliches Erkenntnis der Kommandantur Neurhein« zu 14 Tagen strengem Arrest verurteilt. Die Strafe verbüßte er vom 8. bis 22. Dezember 1916.³⁰

Zwei Jahre lang hatten die Vorgesetzten Ernst Thälmann wegen seiner antimilitaristischen Haltung jeden Urlaub verweigert. Nach seiner Verwundung stand ihm ein dreiwöchiger Erholungsurlaub zu. Am 29. Dezember 1916 kam er in Hamburg an. Ernst Thälmann hatte gehofft, im Gedankenaustausch mit politischen Freunden manche offenen Fragen klären zu können. Aber seine alten Kampfgefährten und die Führer der Opposition waren größtenteils einberufen oder verhaftet. Heinrich Laufenberg, mit dem er von der Front aus über Heimaturlauber korrespondiert hatte, war einberufen worden. Auch Rudolf Lindau war jetzt

28 Vgl. ebenda u. NL 6/2.

29 Ebenda, NL 3/2.

30 Vgl. ebenda.

Soldat. Die in ihrer Mehrheit oppositionelle Hamburger sozialdemokratische Jugendorganisation war von den opportunistischen Führern der Sozialdemokratie schon im März 1916 aufgelöst worden. Als die Jugendgenossen daraufhin eine selbständige Organisation mit einem eigenen Organ, der »Proletarier-Jugend«, schufen, gehörte zu denen, die sie durch ihre Spenden unterstützten, auch Ernst Thälmann, wie aus einer Quittungsliste des Blattes hervorgeht. Inzwischen hatte jedoch die Militärbehörde die neue Jugendorganisation verboten.³¹

Die Lage in der Heimat übertraf Ernst Thälmanns schlimmste Erwartungen. Er mußte wie alle Urlauber auf Lebensmittelsuche gehen, stand in den Schlangen vor den Geschäften und hörte die bitteren Anklagen der Frauen.

In einer von linken Sozialdemokraten einberufenen illegalen Versammlung, an der auch einige Urlauber teilnahmen, äußerte er die Ansicht, daß nur die Massen selbst den Krieg beenden könnten. Wie Friedrich Dettmann berichtet, wurde in der Zusammenkunft die »Sammlung von Unterschriften für die Forderung nach Frieden« besprochen. »Ernst Thälmann schlug dort außerdem vor, Aktionen in den Werften und Rüstungsbetrieben gegen das Überstundenwesen und die unzureichende Versorgung mit Lebensmitteln zu organisieren. Nach der Versammlung suchten wir ein Arbeiterverkehrslokal auf, wo Ernst Thälmann die Notwendigkeit aktiver Handlungen der Arbeiter und Soldaten gegen den Krieg erläuterte.«³²

Während seines nächsten Urlaubs, im Juli 1917 – seine Einheit hatte von Februar bis Juli im Oberelsaß und in der Champagne gelegen³³ –, machte sich Ernst Thälmann mit der veränderten Lage in der Arbeiterbewegung vertraut. Im Januar 1917 hatte die sozialchauvinistische Mehrheit des sozialdemokratischen Parteiausschusses alle Organisationen aus der Partei ausgeschlossen, die die Kriegspolitik ablehnten, und damit die organisatorische Spaltung der deutschen Sozialdemokratie vollendet. Im April war von zentristischen Führern die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) gegründet worden. In Halle, Leipzig, Düsseldorf und einigen anderen Bezirken war der größte

31 Vgl. ebenda u. EA 1400/1. – Rudolf Lindau: »Ji möt no ünne gohn!« In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 41.

32 Friedrich Dettmann: Er war zu jedem Opfer für den Sozialismus bereit. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 45.

33 Vgl. IML, ZPA, NL 3/2.

Teil der politisch organisierten Arbeiter zur USPD übergetreten, doch insgesamt verblieb die Mehrheit bei der alten Partei. Die Spartakusgruppe hatte sich – bei Wahrung der politisch-ideologischen Selbständigkeit – der USPD angeschlossen. Dieser Schritt zeugte davon, daß die Auffassungen führender Vertreter der Spartakusgruppe über Wesen und Rolle einer revolutionären Kampfpartei des Proletariats noch nicht ausgereift waren.

Neben klassenbewußten Arbeitern und konsequenten Kriegsgegnern gab es in der USPD auch Sozialdemokraten, die den imperialistischen Krieg ablehnten, aber parlamentarischen Illusionen anhängen, und auch Vertreter bürgerlich-pazifistischer Anschauungen. Die Führung der USPD war in den Händen von rechten Zentristen. Die Zentristen, deren Wortführer in Deutschland Karl Kautsky war, lehnten zwar die Eroberungspolitik des deutschen Imperialismus ab, riefen aber im Gegensatz zur Spartakusgruppe die werktätigen Massen nicht zum revolutionären Kampf gegen Imperialismus und Krieg auf. Als Sozialpazifisten sahen sie die Garantie für einen dauerhaften Frieden nicht im Sturz der imperialistischen Bourgeoisie, sondern in Vereinbarungen zwischen den bürgerlichen Regierungen. »Der offene Opportunismus arbeitet offen und direkt gegen die Revolution und gegen die beginnenden revolutionären Bewegungen und Ausbrüche, im direkten Bunde mit den Regierungen, mögen die Formen dieses Bündnisses verschieden sein«, schrieb W. I. Lenin im September 1916. »Die verdeckten Opportunisten, die Kautskyaner, sind für die Arbeiterbewegung viel schädlicher und gefährlicher, weil sie ihre Verteidigung des Bundes und der ›Einigkeit‹ mit den ersteren durch wohlklingende ›marxistische‹ Worte und ›Friedens‹losungen verdecken und plausibel machen.«³⁴ Die Gründung der USPD erschwerte den Klärungsprozeß in der Arbeiterklasse, hielt viele vom Übergang auf die Positionen der Linken ab. In Hamburg fand Ernst Thälmann die überwiegende Mehrheit der Arbeiter nach wie vor bei der Sozialdemokratischen Partei. Die USPD war hier nicht sehr stark. Thälmann fühlte sich seit deren Gründung zur USPD gehörig, zu der die meisten seiner politischen Freunde aus den Kreisen der Werft- und Hafenarbeiter übergetreten waren. Mehrmals traf er während seines Urlaubs mit Jacob Rieper zusammen, einem der Gründer der USPD in Hamburg. Er selbst konnte als Soldat formell nicht Mitglied der USPD werden, denn nach

34 W. I. Lenin: Das Militärprogramm der proletarischen Revolution. In: Werke, Bd. 23, S. 79.

§ 49 des Reichsmilitärgesetzes war Heeresangehörigen die Mitgliedschaft in politischen Vereinen und die Teilnahme an politischen Versammlungen untersagt.³⁵

Neben der USPD gab es in Hamburg noch die kleine, aber aktive Gruppe der Linksradiكالen. Sie hatte sich im Unterschied zur Spartakusgruppe nicht der USPD angeschlossen. Der abgrundtiefe Verrat der Opportunisten, auch der rechten Gewerkschaftsführung bewog sie in manchen Fragen zu sektiererischen Auffassungen. Die Mehrheit der Linksradiكالen nahm zum Beispiel an, die Gewerkschaften seien »überholt«, während die Spartakusgruppe den Zusammenschluß der oppositionellen Gewerkschaftsmitglieder zum Kampf gegen die Politik der opportunistischen Führer anstrebte. Die Linksradiكالen verlangten den Austritt der revolutionären Arbeiter aus den Gewerkschaften und propagierten die Bildung sogenannter Einheitsorganisationen, die die politischen und die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse zusammenfassen sollten.

Ernst Thälmann unterhielt mit Hamburger Linksradiكالen freundschaftliche Beziehungen, aber als erfahrener Gewerkschaftsfunktionär erkannte er, daß sie sich durch ihre gewerkschaftsfeindlichen Auffassungen von den werktätigen Massen isolierten.³⁶

1917 kündeten alle Anzeichen von der Verschärfung der Klassegegensätze und dem Herannahen einer politischen Krise. Die Februarrevolution in Rußland, an die sich auch in Deutschland die Hoffnungen der Massen auf baldigen Frieden knüpften, stand in der Heimat und an der Front im Mittelpunkt vieler politischer Diskussionen. In Ernst Thälmanns Notizkalender wurden die Eintragungen über »politische Auseinandersetzungen« häufiger. Am 14. August 1917 notierte er: »Krawall gehabt mit Offizier und Sergeant.«³⁷ Ende September erkrankte Ernst Thälmann an einer Magen-Darm-Entzündung. Nach mehrwöchigem Aufenthalt im Feldlazarett wurde er am 20. Oktober in ein Lazarett nach Bayreuth gebracht. Erst Ende November konnte er als garnisonsdienstfähig wieder nach Neubreisach entlassen werden.³⁸

35 Vgl. Helmuth Stoecker: Walter Stoecker. Die Frühzeit eines deutschen Arbeiterführers. 1891–1920, Berlin 1970, S. 141.

36 Vgl. IML, ZPA, NL 6/2.

37 Ebenda, NL 3/2.

38 Vgl. ebenda.

6

»Eine neue Epoche in der Geschichte der Klassenkämpfe hat begonnen«

Im Bayreuther Lazarett erfuhr Ernst Thälmann aus den Meldungen der Zeitungen vom bewaffneten Aufstand in Petrograd am 7. November 1917, davon, daß die bürgerliche Provisorische Regierung gestürzt wurde und die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten die Macht übernommen hatten. Er war mit dem Herzen bei denen, die die Unterdrücker davongejagt und den Weg der Völker zum Sozialismus geebnet hatten. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution, die weltverändernde Wirkung dieser Tat, ihre epochale Bedeutung bestimmten von nun an sein Denken und Handeln. Davon zeugten seine revolutionäre Haltung und sein Auftreten während der Novemberrevolution. Klar und prägnant charakterisierte Ernst Thälmann die Bedeutung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in vielen seiner Arbeiten, so in einem anlässlich des achten Jahrestages der Revolution geschriebenen Artikel. »Der 7. November 1917 ist der Beginn des größten Umschwungs in der Geschichte der Menschheit. Der entscheidende Sieg der russischen Arbeiter, Bauern und Soldaten über die verbündeten Gutsbesitzer und Kapitalisten hat das Gesicht der Erde verändert... Eine neue Epoche in der Geschichte der Klassenkämpfe hat begonnen.«¹

Als die Arbeiter und Bauern Rußlands unter der Führung der Bolschewiki erstmals die Herrschaft der Ausbeuterklasse beseitigten und die politische Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten eroberten, leiteten sie eine neue Ära der Weltgeschichte ein, die Ära der Überwindung des Kapitalismus und des Übergangs der Menschheit zum Sozialismus. Die Errichtung der Diktatur des Proletariats im Sowjetland eröffnete den Weg zum Aufbau des Sozialismus auf einem Sechstel der Erde. Die Lehren des Marxismus-Leninismus und die weltgeschichtliche Rolle der von W. I. Lenin geschaffenen Partei neuen Typs als der Führerin der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten in der sozialistischen Revolu-

1 Ernst Thälmann: Der 7. November – eine neue Epoche der Weltgeschichte. In: Geschichte und Politik, S. 45.

tion und beim sozialistischen Aufbau wurden von der Geschichte bestätigt. Die von den rechten sozialdemokratischen Führern betriebene Politik der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie erlitt eine schwere Niederlage.

Die grundlegenden Erfahrungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution brachten allgemeine Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung zum Ausdruck. Sie sind für alle Länder und Völker gültig. Die Aneignung und Anwendung der Lehren des Roten Oktober wurde zur entscheidenden Bedingung für den Sieg der Arbeiterklasse in anderen Ländern.

Die siegreiche proletarische Revolution in Rußland erschütterte die Herrschaft der Ausbeuter in der ganzen Welt. Das Beispiel der Oktoberrevolution zeigte den Volksmassen den Weg aus dem blutigen Chaos des imperialistischen Krieges. In vielen kapitalistischen Ländern entwickelten sich revolutionäre Aktionen. Der Rote Oktober beflügelte auch den Kampf des deutschen Proletariats. In Deutschland, das durch die Kriegspolitik seiner imperialistischen Machthaber und die sich immer mehr abzeichnende militärische Niederlage zum schwächsten Kettenglied im System des Weltimperialismus wurde, verschärfte sich rasch der Klassenkampf.

Im Jahre 1918 mußte Ernst Thälmann wegen seiner schweren Verwundung und Erkrankung zweimal – im Januar/Februar vier Wochen und im Juni/Juli drei Wochen – Urlaub gewährt werden. Die Aufenthalte in Hamburg nutzte er vor allem, um sich mit den politischen Schriften der Opposition bekannt zu machen und die Verbindungen zu seinen Genossen noch enger zu knüpfen. »Den ganzen Tag studiert und nicht aus dem Hause gewesen«, notierte er am 26. Januar in seinem Tagebuch. Mehrmals traf er wieder »wegen Parteiangelegenheiten« mit Jacob Rieper zusammen. Nach einer Versammlung im Gewerkschaftshaus hatte er eine Unterredung mit dem Reichstagsabgeordneten der USPD Alfred Henke. In den Urlaubstagen besuchte er mit seiner Frau auch eine Aufführung von Schillers »Maria Stuart« und eine Vorstellung im Ernst-Drucker-Theater.²

Von Juli bis November 1918 erlebte Ernst Thälmann noch einmal alle Schrecken des Krieges. In der Hoffnung, an der Westfront doch noch eine Entscheidung zu seinen Gunsten erzwingen zu können, organisierte der deutsche Generalstab militärisch sinnlose, verlustreiche Angriffsoperationen. Im Frühjahr 1918 war es den deutschen Truppen unter Aufbietung der letzten Kräfte gelungen, bis auf 70 Kilometer an Paris heranzukom-

2 Vgl. IML, ZPA, NL 3/2.

men. Dann waren die ausgebluteten deutschen Truppen endgültig stekengeblieben. Am 8. August durchbrach die Gegenoffensive der Alliierten die deutschen Linien. In seinen Notizen vermerkte Ernst Thälmann: »Etwas Schrecklicheres als heute habe ich noch nicht mitgemacht.« – »Dasselbe mörderische Artilleriefeuer vom Feind.« – »Ungeheure Verluste bei uns.«³

Das Fronterlebnis übte auf Ernst Thälmanns weiteren politischen Lebensweg einen nachhaltigen Einfluß aus. Sein Haß gegen Militarismus und Krieg wurde durch die eigenen Erfahrungen vertieft. Die Rücksichtslosigkeit, mit der die Soldaten in den Tod getrieben wurden, sowie die Brutalität der deutschen Militaristen gegenüber der Bevölkerung in den besetzten Gebieten bestärkten ihn in seiner Überzeugung, daß man mit aller Kraft gegen den Krieg und dessen Wurzeln kämpfen müsse. »Wir, die diesen Krieg mitgemacht, wir haben den Schrecken erlebt, wir haben das Grauen und Morden kennengelernt und haben damit eine gewisse Verantwortung, nicht leichtsinnig auch nur einen Tropfen Blut zu opfern«, schrieb er in seinen Gefängnisaufzeichnungen. Die »Front des Weltkrieges« habe ihn stark geformt, weil sie ihn in seiner »sozialistischen Auffassung erheblich beeinflusste und härtete für die weiteren Arbeiten«, die er später für die Arbeiter und das werktätige Volk leistete.⁴

Anfang November 1918 kursierten unter den zurückweichenden deutschen Truppen Gerüchte über revolutionäre Ereignisse in der Heimat. Die militärische Ordnung löste sich auf. Am 7. November 1918 notierte Ernst Thälmann: »Bekanntmachung des Waffenstillstandsangebots. An der Front großer Jubel und Freude darüber.« Tausende Soldaten beendeten den Krieg auf eigene Faust und begaben sich auf den Weg in die Heimat. Am 9. November schrieb Ernst Thälmann in seinen Taschenkalender: »Mittags 2 Uhr abgehauen von der Front mit vier Kameraden.«⁵ Am Montag, dem 11. November 1918, vormittags, traf er in Hamburg ein. Er eilte sofort nach Hause in seine Wohnung in der Siemssenstraße 4 in Eppendorf, die seine Frau im Mai 1917 bezogen hatte.⁶

Als Ernst Thälmann nach Hamburg zurückkehrte, war die Revolution

3 Ebenda.

4 Ebenda, NL 3/9.

5 Ebenda, NL 3/2.

6 Vgl. Ernst Thälmann: Mein Lebenslauf. In: BzG, 1975, H. 1, S. 101. – IML, ZPA, NL 3/3.

bereits in vollem Gange. Am 3. November hatte mit dem Aufstand der Kieler Matrosen, die sich weigerten, den sinnlosen Krieg fortzusetzen, die Novemberrevolution begonnen. Innerhalb weniger Tage sprang der revolutionäre Funke auf die anderen Teile Deutschlands über. Die Arbeiter wichtiger Rüstungsbetriebe traten in den Streik, besetzten Betriebe und Schachthanlagen. Arbeiter und Soldaten stürmten Kasernen und Polizeistationen, befreiten politische Gefangene. Als Kampforgane der Arbeiterklasse entstanden in den ersten Tagen der Revolution nach dem Beispiel der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution Arbeiter- und Soldatenräte, die in vielen Orten und Betrieben anfangs wirkliche Machtorgane waren.

In Berlin rief die Spartakusgruppe am 8. November gemeinsam mit den revolutionären Obleuten aus den Großbetrieben zum Generalstreik und zum bewaffneten Aufstand auf. Hunderttausende folgten diesem Ruf. Die Arbeiter und Soldaten beherrschten am 9. November die Straßen der Stadt. Die Monarchie und die kaiserliche Regierung wurden hinweggefegt. An Stelle der Kaiserstandarte wehte über dem Schloß die rote Fahne. Vom Balkon des Schlosses rief Karl Liebknecht den Massen zu: »Wenn auch das Alte niedergerissen ist, dürfen wir doch nicht glauben, daß unsere Aufgabe getan sei. Wir müssen alle Kräfte anspannen, um die Regierung der Arbeiter und Soldaten aufzubauen und eine neue staatliche Ordnung des Proletariats zu schaffen, eine Ordnung des Friedens, des Glücks und der Freiheit.«⁷

Die Konterrevolution blieb nicht untätig. Sie stützte sich auf sozialdemokratische Führer, die alle Anstrengungen unternahmen, sich an die Spitze der Revolution zu stellen, um sie abwürgen zu können. Rechte Führer der SPD und der USPD bildeten schon am 9. November eine neue Regierung, die sich demagogisch »Rat der Volksbeauftragten« nannte und vorgab, ein »sozialistisches Programm« verwirklichen zu wollen. In Wahrheit aber paktierte sie mit dem Monopolkapital und den kaiserlichen Generalen gegen die revolutionären Kräfte.

In Hamburg hatten am späten Abend des 5. November bewaffnete Aktionen von Matrosen begonnen, denen sich am nächsten Morgen die Arbeiter anschlossen. Schon am Nachmittag des 6. November waren in

⁷ Karl Liebknecht: Für die freie sozialistische Republik Deutschland. In: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. IX, Berlin 1974, S. 595. – Zu den ersten Revolutionstagen in Hamburg vgl. Illustrierte Geschichte der deutschen Novemberrevolution 1918/1919, Berlin 1978, S. 93–96.

Hamburg und Altona die bewaffneten Kämpfe im wesentlichen abgeschlossen. Innerhalb von 18 Stunden hatten die revolutionären Massen die militärische Gewalt lahmgelegt. Der sofort gebildete provisorische Arbeiter- und Soldatenrat übernahm das »Hamburger Echo«. Mit dem Linksradikalen Paul Frölich als Redakteur erschien es am 8. November unter dem Titel »Die Rote Fahne«.

Am 8. November wurden in den Betrieben etwa 600 Delegierte zum Großen Arbeiterrat gewählt. Dieser beschloß, eine Exekutive aus 30 Mitgliedern zu bilden. Achtzehn davon wurden unmittelbar von den Delegierten gewählt; je drei Vertreter sollten die SPD, die USPD, die Linksradikalen und das Gewerkschaftskartell benennen. Zu diesen 30 Vertretern der über hunderttausend Arbeiter kamen 30 Delegierte der Soldatenräte, die einige zehntausend Soldaten und Matrosen vertraten. Den Vorsitz der Exekutive übernahm der Linksradikale Heinrich Laufenberg, der zwar mutig gegen den imperialistischen Krieg und den Sozialchauvinismus gekämpft hatte, aber keine klaren Vorstellungen über die Weiterführung der Revolution besaß. Die Zusammensetzung des Arbeiter- und Soldatenrates und seiner Exekutive sowie die zahlenmäßige und organisatorische Schwäche der Linksradikalen führten dazu, daß der Rat trotz einiger revolutionärer Maßnahmen immer mehr vor der Konterrevolution zurückwich.

Ernst Thälmann machte sich schnell mit den neuen politischen Verhältnissen in Hamburg vertraut. Wenige Tage nach seiner Rückkehr erklärte er auch formell seinen Beitritt zur USPD. Fast jeden Abend und auch sonntags war er unterwegs, um an Versammlungen oder Vertrauensmännersitzungen der USPD, an Gewerkschafts-, Jugend- und Soldatenversammlungen teilzunehmen. Er beteiligte sich an den Demonstrationen der revolutionären Hamburger Arbeiter gegen die Konterrevolution und half bei der Verteilung von Flugblättern.

Seinen Lebensunterhalt verdiente sich Ernst Thälmann, indem er dem Vater half und zeitweise auch als Notstandsarbeiter im Hamburger Stadtpark.

Bald wurde Ernst Thälmann von der Parteileitung als Referent für Partei- oder öffentliche Versammlungen eingesetzt. So sprach er am 6. Dezember auf einer Soldatenversammlung in Altona-Bahrenfeld. Am 11. Dezember referierte er in Fuhlsbüttel und am 15. Dezember in Altona auf öffentlichen Versammlungen über die politische Lage.⁸ Ständiger

⁸ Vgl. IML, ZPA, NL 3/2. – HVZ, 16., 18. Dezember 1918.

Referent war er in Distriktsmitgliederversammlungen der USPD. Häufig nahm er auch auf Partei- und Gewerkschaftsversammlungen in der Diskussion das Wort.

Ernst Thälmann setzte sich für die entschiedene Weiterführung der Revolution ein. Er forderte die »Sozialisierung der wichtigsten Industriebetriebe«, wie es in einem Versammlungsbericht heißt. »Das Treiben der Großindustriellen bewiese, daß für diese Leute der Profit ausschlaggebend sei.« Immer wieder geißelte er »die Kriegssünden der Rechtssozialisten« und wies die Versuche der Sozialdemokraten, die Politik des 4. August 1914 als »grundsätzliche sozialistische Politik« zu rechtfertigen, zurück. Auf der Mitgliederversammlung der USPD Hamburgs am 22. Dezember protestierte er gegen die von der Parteileitung in Berlin unter den Mitgliedern hervorgerufene Verwirrung und verlangte, in der Partei »die Grundsätze des internationalen Klassenkampfes« hochzuhalten.⁹

In dieser Zeit spitzten sich in Hamburg die Gegensätze zwischen den Linksradi kalen, die sich seit Anfang Dezember Internationale Kommunisten nannten, und den Führern der USPD zu. Bereits am 10. November war auf Verlangen der Führer der SPD das »Hamburger Echo« wieder als sozialdemokratische Zeitung erschienen. »Die Rote Fahne« wurde weiterhin als Organ des Arbeiter- und Soldatenrates herausgegeben. Funktionäre der USPD unternahmen fortlaufend Versuche, »Die Rote Fahne« in ihre Hand zu bekommen. Sie vereitelten die Durchführung einer gemeinsamen Mitgliederversammlung der Linksradi kalen und der USPD, auf der über die Weiterführung der Zeitung entschieden werden sollte, und veranstalteten zur gleichen Zeit, zu der die von den Linksradi kalen einberufene Versammlung tagte, eine separate Versammlung der USPD. Aus den Notizen Ernst Thälmanns geht hervor, daß er an der Versammlung der USPD teilnahm.¹⁰ Seit dem 2. Dezember erschien »Die Rote Fahne« als Organ der USPD, ab 16. Dezember unter dem Titel »Hamburger Volks-Zeitung«. Anfang 1919 konstituierten sich die Linksradi kalen in Hamburg zu einer Organisation der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und gaben seit Ende Februar eine eigene Zeitung, die »Kommunistische Arbeiterzeitung«¹¹, heraus.

9 HVZ, 16., 18., 24. Dezember 1918.

10 Vgl. IML, ZPA, NL 3/2.

11 Die HVZ schrieb dazu am 27. Februar 1919: »Unter diesem Titel präsentiert sich... das hiesige Organ der Kommunistischen Partei Hamburg. Für die Redaktion zeichnet Genosse Rudolf Lindau... Wir begrüßen das sozialistische Bruderblatt und hoffen, im

Auf dem Gründungsparteitag der KPD in Berlin hatten die entschiedensten revolutionären Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung den endgültigen Bruch mit dem Opportunismus vollzogen. Die Gründung der KPD war ein Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Die deutsche Arbeiterklasse besaß nun wieder eine selbständige revolutionäre Partei, eine Partei, die die Grundfragen des Staates und der Revolution richtig beantwortete, sich vorbehaltlos zur Diktatur des Proletariats als Kampfziel bekannte und die rechtsopportunistische und zentristische Politik der Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie entschieden verurteilte. Von Anfang an legte die KPD ein klares Bekenntnis zum proletarischen Internationalismus und zur engen Kampfgemeinschaft mit dem ersten Staat der Arbeiter und Bauern und mit der Partei Lenins ab. Die Gründung der KPD war der erste Schritt zur Wiedervereinigung der durch den Opportunismus gespaltenen deutschen Arbeiterbewegung auf revolutionärer Grundlage.

Die in der USPD organisierten revolutionären Arbeiter, darunter Ernst Thälmann, betrachteten ihre Partei als *die* revolutionäre Partei des Proletariats. In der KPD sahen sie eine sozialistische Bruderpartei, einen Kampfgenossen gegen den gemeinsamen Feind. Aber die große historische Bedeutung der Gründung der KPD und die Perspektive dieser Partei erfaßten sie noch nicht. Der Weg zu dieser Erkenntnis wurde in Hamburg zusätzlich dadurch erschwert, daß in der dortigen Organisation der KPD linkssektiererische Kräfte immer größeren Einfluß gewannen.¹² Hier auf ist es auch zurückzuführen, daß Ernst Thälmann die Mitglieder der USPD aufforderte, »einen scharfen Trennungsstrich nach rechts und links«¹³ zu ziehen. Jedoch orientierte er ständig auf gemeinsame Aktionen mit den Kommunisten.

Als konsequenter Internationalist stellte sich Ernst Thälmann vorbehaltlos an die Seite der Sowjetmacht. Rudolf Lindau erinnert sich an eine Versammlung Anfang 1919, auf der der USPD-Funktionär Paul Dittmann den baldigen Zusammenbruch Sowjetrußlands voraussagte. »Auf diese gegenrevolutionären Prophezeiungen antwortete Ernst Thäl-

Kampf gegen die Feinde des entschiedenen Sozialismus einen wertvollen Helfer bekommen zu haben.«

12 So meldete die HVZ am 17. Februar 1919, daß die Hamburger Kommunisten in einer Mitgliederversammlung »nach heftigem Für und Wider« beschlossen hätten, »an den Hamburger Bürgerschaftswahlen nicht teilzunehmen«.

13 HVZ, 17. Februar 1919.

mann in der Diskussion mit einer leidenschaftlichen Rede.« Er erläuterte, daß und warum das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse unlöslich mit dem Schicksal Sowjetrußlands verbunden sei. »Wer nicht an den Sieg des Sozialismus in Sowjetrußland glaubt«, sagte Ernst Thälmann, »der glaubt auch nicht an die revolutionären Kräfte der deutschen Arbeiterklasse und ist ein Feind der deutschen Arbeiter.«¹⁴

Auf Grund seiner Aktivität nominierte die USPD Ernst Thälmann als einen ihrer zwölf Kandidaten im 37. Wahlkreis (Hamburg, Bremen, Stade) für die Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919.¹⁵ In dieser Eigenschaft und als Mitglied der Agitationskommission und des Zentralwahlkomitees der USPD Hamburgs¹⁶ erläuterte er in mehreren Veranstaltungen die politische Lage, wobei im Mittelpunkt seiner Ausführungen die Kritik an der arbeiterfeindlichen Politik der rechten sozialdemokratischen Führer stand.¹⁷ Paul Öltzner, der zu dieser Zeit Funktionär der USPD in Harburg war, berichtet über eine Funktionärskonferenz, auf der Ernst Thälmann Hinweise für die Führung des Wahlkampfes gab. Eindringlich erläuterte er, daß es darauf ankomme, engen Kontakt zu den Wählern herzustellen. Das Wahlmaterial dürfe nicht einfach verteilt werden; die Agitatoren der Partei müßten mit den Wählern persönlich sprechen und ihnen die Situation und die Politik der Partei erklären.¹⁸

Als im Januar 1919 die Konterrevolution brutal gegen die kämpfenden Berliner Arbeiter vorging, ergriff auch die revolutionären Arbeiter in Hamburg große Empörung. Am 18. Januar versammelten sich 100 000 Werktätige auf dem Heiligengeistfeld – einem großen freien Platz im Stadtteil St. Pauli – zu einer Protestkundgebung gegen den Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg und zogen anschließend in einer riesigen Demonstration zum Rathausmarkt. Dort prangerten Heinrich Laufenberg, Carl Herz und weitere Redner den Mordterror der Konterrevolution an. Auf Anordnung des Arbeiter- und Soldatenrates waren die öffentlichen Gebäude halbmast geflaggt.¹⁹

Wenige Wochen später, Ende Januar/Anfang Februar 1919, ließ der

14 Rudolf Lindau: »Ji möt no ünnen gohn!« In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 41/42.

15 Vgl. Hamburger Nachrichten, 14. Januar 1919, Morgenausgabe.

16 Vgl. HVZ, 21. Dezember 1918.

17 Vgl. ebenda, 15. Januar 1919.

18 Vgl. IML, ZPA, EA 1400/1.

19 Vgl. HVZ, 20. Januar 1919.

rechte Sozialdemokrat Gustav Noske – der »Bluthund«, wie er sich selbst nannte – das konterrevolutionäre Freikorps Gerstenberg gegen die Bremer Räterepublik marschieren. Unter den Hamburger Arbeitern wurde die Forderung nach Unterstützung des revolutionären Bremen laut. Die Kommunisten verlangten am 29. Januar im Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat »die Bewaffnung der Hamburger Arbeiterschaft innerhalb 48 Stunden« und »die Unterstützung Bremens mit allen militärischen Mitteln«. ²⁰ Ein entsprechender Beschluß wurde mit großer Mehrheit angenommen. Aber rechte Führer der SPD und die unter ihrem Einfluß stehenden Soldatenräte vereitelten eine sofortige wirksame Hilfe. Anfang Februar bewaffneten sich revolutionäre Arbeiter selbst. Sie beschafften sich Waffen aus Polizeigebäuden und Kasernen. An dieser Aktion war Ernst Thälmann führend beteiligt. Etwa 3000 bewaffnete Hamburger Arbeiter unternahmen den Versuch, nach Bremen zu gelangen, wurden aber durch einen von reaktionären Kräften inszenierten Eisenbahnerstreik daran gehindert. Auf mehreren Versammlungen der USPD deckte Ernst Thälmann die Hintergründe der reaktionären Maßnahmen gegen Bremen auf und prangerte dabei die Handlungsweise der rechten sozialdemokratischen Führer an.²¹

Aus Anlaß der Ermordung des der USPD angehörenden bayrischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner durch einen konterrevolutionären Offizier sprach Ernst Thälmann gemeinsam mit Heinrich Laufenberg und Hermann Kühn von der KPD sowie Hermann Reich, Jacob Rieper und Paul Wagner von der USPD auf einer Massenkundgebung am 26. Februar 1919 auf dem Heiligengeistfeld. Die Kundgebung stand im Zeichen des Kampfes gegen den wachsenden Mordterror der Konterrevolution. Entblößten Hauptes gedachten die Versammelten Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Kurt Eisners, die für die Sache des Proletariats gefallen waren.²²

Seit seiner Rückkehr von der Front arbeitete Ernst Thälmann wieder aktiv in seiner Gewerkschaft, im Deutschen Transportarbeiter-Verband.

20 Paul Neumann: Hamburg unter der Regierung des Arbeiter- und Soldatenrats. Tätigkeitsbericht, erstattet im Auftrage der Exekutive des Arbeiterrats Groß-Hamburg, Hamburg 1919, S. 90.

21 Vgl. Hamburger Echo, 8. Februar 1919, Morgenausgabe. – HVZ, 17. Februar 1919. – Rudolf Lindau: Revolutionäre Kämpfe 1918–1919. Aufsätze und Chronik, Berlin 1960, S. 122.

22 Vgl. HVZ, 26. Februar 1919. – Kommunistische Arbeiterzeitung (Hamburg), 27. Februar 1919.

Auch hier trat er gegen die Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie auf. Auf der Hamburger Generalversammlung des Verbandes am 25. Februar 1919 forderte er, daß die freundschaftlichen Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern aufhören müßten. Er verlangte, daß die Gewerkschaftsangestellten nicht mehr vom Zentralvorstand eingesetzt, sondern von der Mitgliedschaft gewählt werden sollten. Wieder wandte sich Ernst Thälmann, wie er es schon vor dem Krieg getan hatte, gegen das Delegiertensystem bei den Wahlen zu den örtlichen Gewerkschaftsveranstaltungen, weil es von den rechtsstehenden leitenden Funktionären dazu genutzt wurde, alle ihnen mißliebigen Kandidaten von vornherein auszuschalten und das Mitspracherecht der Mitglieder zu beschneiden.²³

Wie andere linke Führer der USPD setzte sich Ernst Thälmann für die Stärkung der Räte ein, deren Beseitigung das erklärte Ziel aller Konterrevolutionäre ebenso wie der rechten sozialdemokratischen Führer war. Auf dem außerordentlichen Parteitag der USPD vom 2. bis 6. März 1919 in Berlin, an dem Thälmann als Delegierter der Bezirksorganisation Wasserkante teilnahm²⁴, befürwortete er den von Ernst Däumig und anderen Delegierten eingebrachten Entschließungsentwurf, in dem es hieß, daß die USPD »der liberal-bürgerlichen Demokratie die proletarische Demokratie« entgegenstelle und »die Arbeiterräte in allen ihren Bestrebungen, die politische und wirtschaftliche Macht in ihren Händen zu vereinigen«, unterstütze.²⁵ In einer Mitgliederversammlung, in der die Ergebnisse des Parteitages ausgewertet wurden, hob Ernst Thälmann hervor, daß der Parteitag »leider... in allen Fragen nicht so entschieden« habe, »wie man es in diesen Zeiten erwarten konnte«.²⁶ Er bezog sich dabei offenbar auf die opportunistische Feststellung in der »Programmatichen Kundgebung« des Parteitages, daß die USPD die »Einordnung des Rätensystems in die Verfassung«²⁷, letztlich also die Unterordnung der Räte unter den bürgerlichen Staat, verlange. »In der Frage des Rätensystems stellte sich Redner«, berichtete die »Hamburger Volks-Zeitung« über die Versammlung, »auf den Standpunkt Däumigs: Mißtrauen gegen jedes

23 Vgl. Hamburger Echo, 1. März 1919, Abendausgabe.

24 Vgl. Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages vom 2. bis 6. März 1919 in Berlin, Berlin o. J., S. 278.

25 Dokumente und Materialien..., Bd. VII, 1. Halbbd., Berlin 1966, S. 36/37.

26 HVZ, 26. März 1919.

27 Dokumente und Materialien..., Bd. VII, 1. Halbbd., S. 38.

1882
22. April 1886

Der dem unterzeichneten Standesbeamten erklärten heute, bei
Anwesenheit von Ernst Thälmann
geboren am 22. April 1886
in Hamburg, Altonaer Stadtteil 68
wohnhaft in Hamburg, Altonaer Stadtteil 68
Religion, und zeugte an, daß von der
Maria Magdalena geb. Schmidt
Protestant, seine Ehefrau,
geboren am 22. April 1886 Religion,
wohnhaft bei ihm, Ernst Thälmann
geboren am 22. April 1886
des Jahres tausend acht hundert achtzig und 22. April mittags
um 11 Uhr ein Kind männlichen
Geschlechts geboren worden sei, welches Ernst Thälmann Vornamen
erhalten habe.

Bezeugen, genehmigt und unterschrieben
Ernst Thälmann

Der Standesbeamte.
Ernst Thälmann

Die Beurkundung mit dem Vortragsprotokoll beglaubigt
Zeugnis, am 22. April 1886

Der Standesbeamte.
Ernst Thälmann

Geburtsurkunde Ernst Thälmanns



Ernst Thälmann (2. Reihe von oben, rechts)
in der Selektia im Jahre 1900



Das Gewerkschaftshaus in Hamburg

Haupt-Nr. ~~38078~~ 102678 Orts-Nr. 2678
Zentral-Verband der Handels-, Transport-
und Verkehrs-Arbeiter und Arbeiterinnen
Deutschlands.

Mitgliedsbuch

für

Herrn Ernst Thälmann

aus Hamburg

geboren am 16^{ten} April 1886

eingetreten am 1^{ten} Februar 1914

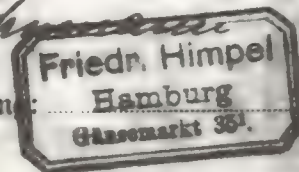
in Hamburg



Eigenhändige Unterschrift:

Für den Vorstand: Schumann

Für die örtliche Verwaltung:



Ein Gewerkschaftsmitgliedsbuch Ernst Thälmanns

Auszüge

aus Verfallungsberichten über

Ernst Thälmann

geboren am

16. II. 1886 in Hamburg

wohnhaft in Hamburg,

Reinholdstraße 4: 208

Datum	Verfallung von	Stellen-Nr.	Äußerungen
20.6.1906	Verfallung von Reinhold Thälmann geboren.	236	Beteiligt sich an der Verfallung über die Verfallung genau der Verfallung mit der Verfallung Verfallung der Verfallung. Verfallung Verfallung können wir nicht vermeiden. Verfallung Verfallung bleibt in der Verfallung. Verfallung Verfallung, dass wir die Verfallung nicht vermeiden. Verfallung und sollte es zu Verfallung kommen.
15.7.1906	"	"	Beteiligt sich an der Verfallung über die Verfallung Verfallung der Verfallung. Verfallung Verfallung der Verfallung. Verfallung Verfallung der Verfallung. Verfallung Verfallung der Verfallung. Verfallung
24.9.1906	Verfallung von Reinhold Thälmann geboren.	"	Beteiligt sich an der Verfallung über die Verfallung Verfallung der Verfallung. Verfallung Verfallung der Verfallung. Verfallung Verfallung der Verfallung. Verfallung Verfallung der Verfallung. Verfallung
12.10.1906	Verfallung von Reinhold Thälmann geboren.	236	Beteiligt sich an der Verfallung über die Verfallung Verfallung der Verfallung. Verfallung Verfallung der Verfallung. Verfallung Verfallung der Verfallung. Verfallung Verfallung der Verfallung. Verfallung

Form. IV. A. 16.

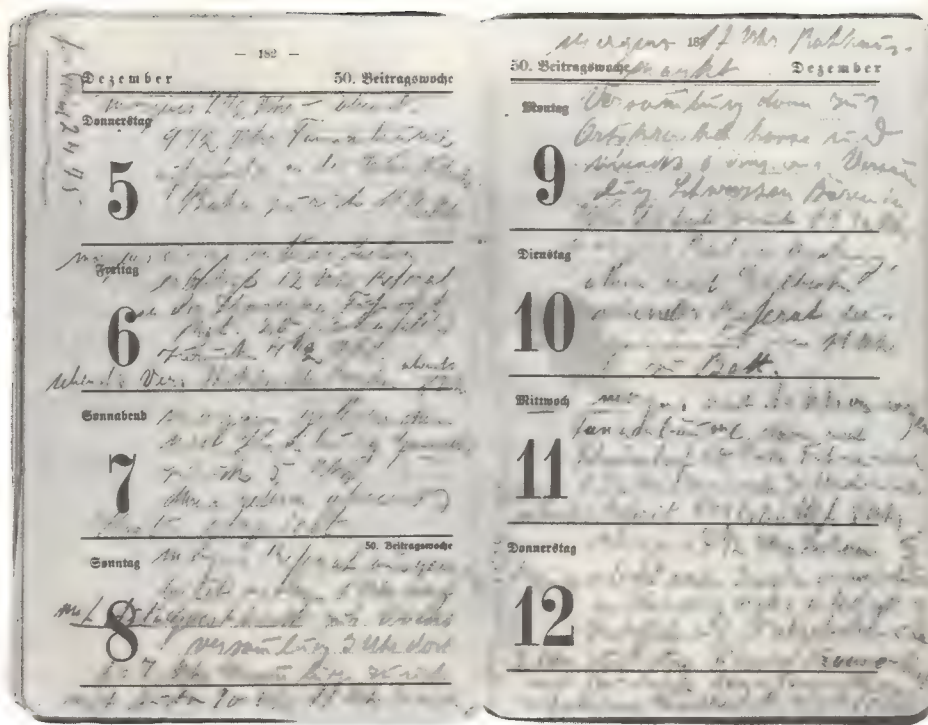
Erste Seite der Akte
der Politischen Polizei Hamburgs über Ernst Thälmann,
angelegt 1906



Ernst Thälmann (obere Reihe, links) nach dem Verbandstag
des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes
in Köln 1914



Ernst Thälmann (vorn links) an der Westfront



Eintragungen Ernst Thälmanns in seinem Taschenkalender,
Dezember 1918

Parlament. Alle Macht den Arbeiterräten. Die Wahlen zum Räteystem müssen betriebsweise vorgenommen werden.« Ernst Thälmann schloß seine Ausführungen mit der Bemerkung, daß sich die USPD »nur nach links orientieren« könne.²⁸

Die Hamburger USPD nominierte Ernst Thälmann als einen ihrer Kandidaten für die Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft am 16. März 1919. Die USPD erhielt 42 852 Stimmen, die SPD 267 975 Stimmen. Als einer der dreizehn Abgeordneten der USPD zog Ernst Thälmann in das Parlament seiner Heimatstadt ein.²⁹ Obwohl die SPD die absolute Mehrheit der Sitze auf sich vereinigte, bildete sie mit der bürgerlichen Deutschen Demokratischen Partei einen Koalitionssenat.

Im Frühjahr 1919 entfaltete Ernst Thälmann eine wirkungsvolle Tätigkeit auch im Hamburger Bund der revolutionären Obleute, der Anfang Januar 1919 entstanden war. Die Obleute, deren Kern Hafen- und Werftarbeiter bildeten, waren die Träger vieler revolutionärer Aktionen. Ideologisch waren sie mit den linken Kräften der USPD und mit den Kommunisten verbunden.

Am 5. April 1919 sprach Ernst Thälmann auf einer von den Obleuten einberufenen Versammlung zum Thema »Die Revolution in Ungarn – und wir?«. Ausführlich schilderte er die revolutionären Vorgänge in Ungarn, wo das Proletariat »in kraftvollem Anlauf die bisherige bürgerlich-demokratische Revolution über den Haufen geworfen und selbst sein Schicksal in die Hand genommen« habe. Er erläuterte die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen der Ungarischen Räterepublik, wie die Nationalisierung der Banken, die Enteignung des Großgrundbesitzes und die Unterbringung obdachloser Arbeiterfamilien in den Villen der Reichen. Im Gegensatz dazu saßen in »Preußen-Deutschland... das Junkertum und der Kapitalismus genauso fest im Sattel wie in den Tagen vor der Novemberrevolution«. In der »sogenannten Republik Deutschland« wäre »von Sozialismus nichts zu spüren«. In seinen weiteren Ausführungen bezeichnete Ernst Thälmann den Sozialismus als die einzige Rettung für die Menschheit. »Das Gebot der Stunde ist die Beseitigung der Lohnarbeit, abgelöst durch die genossenschaftliche Produktionsweise; also keine Ausbeutung der Menschen mehr durch Men-

28 HVZ, 26. März 1919.

29 Vgl. Die Reichstagswahl am 6. Juni 1920 im 15. Wahlkreis (Hamburg), Hamburg 1920 (Statistische Mitteilungen über den hamburgischen Staat, Nr. 10), S. 60. – HVZ, 17. März 1919.

schen.« Die revolutionären Führer des Proletariats in Rußland und Ungarn seien dem Weltproletariat beispielgebend vorangegangen. Auch in Hamburg könne es nicht mehr angehen, daß einzelne Führer – gemeint waren die rechten Sozialdemokraten – sich der revolutionären Bewegung entgegenstellten. Die Hamburger Arbeiter sollten sich die Schreibweise des »Hamburger Echos« nicht mehr gefallen lassen. Unter dem stürmischen Beifall der Versammelten schloß Ernst Thälmann mit den Worten: »Die einstige Hochburg, jetzt Sumpfburg der Sozialdemokratie wollen wir zurückerobern.«³⁰

Auf einer Versammlung am 12. April hielt Ernst Thälmann das Referat über »Das Gebot der Stunde und die Einigkeit des gesamten Proletariats«. Die revolutionären Obleute hätten es sich zur Aufgabe gemacht, die Einigung der Arbeiter zu erreichen, die nur an dem Widerstand bestimmter Führer scheitere. »Nur in der Einigkeit der Arbeiterschaft«, erklärte Ernst Thälmann, »ist die Sicherung der Revolutionserrungenschaften möglich.«³¹ Nach einer regen Diskussion, in der alle Redner den Ausführungen Thälmanns zustimmten, nahmen die Versammelten einen Aufruf an die Hamburger Arbeiter an, in dem es hieß: »Wenn wir Proletarier uns gegenseitig bekämpfen und zerfleischen, so werden wir hinabstürzen in die schwärzeste Epoche kapitalistischer Ausbeutung ... Reicht euch eure Hände, und wenn eure Führer nicht wollen – über die Köpfe der Führer hinweg.«³²

Die damals unter revolutionären Arbeitern verbreitete Losung »Für die Einigkeit der Arbeiterklasse, über die Köpfe der Führer hinweg!« brachte das Sehnen der Mehrheit der Arbeiter nach der Überwindung der Spaltung zum Ausdruck. Die Losung richtete sich vor allem gegen die Politik der rechten sozialdemokratischen Führer, die die Arbeiterbewegung gespalten hatten, immer wieder das Zustandekommen gemeinsamer Aktionen hintertrieben und so die Arbeiterklasse oft wehrlos der konterrevolutionären Politik auslieferten. Doch zeigte sich darin auch, daß viele klassenbewußte Arbeiter damals noch nicht erkannten, daß ihren Interessen nur eine Einigung auf dem Boden prinzipieller Klarheit dienlich sein konnte, auf dem Boden jener revolutionären Positionen, wie sie die junge KPD vertrat.

Auch in der Hamburger USPD begann, wie Ernst Thälmann anlässlich

30 Hamburger Echo, 6. April 1919. – HVZ, 7. April 1919.

31 HVZ, 14. April 1919.

32 Ebenda.

des 10. Jahrestages der Gründung der KPD schrieb, »der Prozeß der Klassenscheidung zwischen den feigen und jämmerlichen zentristischen Führern, den Kautsky, Dittmann, Crispian und Hilferding, einerseits und den zur Partei der proletarischen Revolution und zur Kommunistischen Internationale hindrängenden Arbeitern«³³. Ernst Thälmann hatte sich in den sechs Monaten seit seiner Rückkehr nach Hamburg durch sein konsequentes Auftreten gegen Imperialismus und Reaktion, für die Interessen der werktätigen Massen das Vertrauen der Mehrheit der Mitglieder der USPD erworben. Am 11. Mai 1919 wählte ihn eine Mitgliederversammlung zum Ersten Vorsitzenden der Ortsgruppe Hamburg der USPD.³⁴ Allerdings fanden die meisten anderen Mitglieder dieses neugewählten Vorstandes später nicht den Weg zur KPD, aber mit der Wahl Ernst Thälmanns war den rechten Kräften in der Hamburger Parteiorganisation eine erste Niederlage beigebracht worden. Am 12. Juni wurde der ebenfalls auf dem linken Flügel stehende Hermann Reich zum besoldeten Parteisekretär gewählt.³⁵

7

Man muß sich mit Sowjetrußland verbinden!

Aus der Funktion des Ersten Vorsitzenden der Ortsgruppe Hamburg der USPD ergab sich für Ernst Thälmann eine erheblich größere politische Verantwortung. Da diese Funktion ehrenamtlich war, mußte er sie neben seiner beruflichen Arbeit ausüben. Am 21. Mai 1919 wurde Ernst Thälmann im Hamburger Arbeitsamt angestellt. Einer der Vorsitzenden des Amtes, der sozialdemokratische Bürgerschaftsabgeordnete Emil Hüffmeier, hatte ihn vorgeschlagen.¹ Hüffmeier war vor dem Krieg Vorsitzender des Bauarbeiterverbandes in Hamburg gewesen² und hatte Ernst

33 Ernst Thälmann: 10 Jahre KPD. In: Geschichte und Politik, I, 123.

34 Vgl. HVZ, 12. Mai 1919.

35 Vgl. ebenda, 16. Juni 1919.

1 Vgl. StA Hamburg, Arbeitsverwaltung, Personalakten, 76.

2 Vgl. ebenda, DC I, Bürgerschaftsmitglieder 1859–1959, H–J.

Thälmann in seiner gewerkschaftlichen Arbeit schätzen gelernt. Die Tätigkeit im Arbeitsamt entfremdete Ernst Thälmann nicht der Arbeiterklasse. Im Gegenteil, er nutzte sie und die ihm dadurch zugänglichen Informationen über die Arbeitslosigkeit und insbesondere über die Notlage der Erwerbslosen für seine politische Arbeit.

Anfang Mai 1919 hatte die Novemberrevolution mit der Niederlage der Bayrischen Räterepublik ihr Ende gefunden. Alle Versuche, sie in eine sozialistische Revolution hinüberzuleiten, waren gescheitert. Der Ansturm der Arbeiterklasse und anderer Werktätiger hatte die Monarchie hinweggefegt. Wichtige demokratische und soziale Rechte, die die Kampfbedingungen für die Arbeiterbewegung verbesserten, waren erungen worden. Jedoch war es den Monopolherren mit Hilfe opportunistischer Führer der SPD, der USPD und der Gewerkschaften gelungen, ihre Klassenherrschaft zu behaupten. Am 14. August trat die von der Nationalversammlung in Weimar vierzehn Tage zuvor angenommene Verfassung in Kraft. Der imperialistische Staat war damit als bürgerlich-parlamentarisch verbrämte Diktatur der Monopolbourgeoisie, als sogenannte Weimarer Republik, neu konstituiert.

Die folgenden Jahre der revolutionären Nachkriegskrise waren durch erbitterte Klassenauseinandersetzungen gekennzeichnet. Mit politischen und sozialen Zugeständnissen, demokratischer Phraseologie und antikommunistischen Verleumdungen, aber auch mit nationalistischer Demagogie, chauvinistischer Hetze und brutalem Terror gegen die revolutionären Volksmassen versuchte die herrschende Klasse, ihre Machtpositionen wieder zu festigen.

Als der Führer der Münchener Kommunisten, Eugen Leviné, am 5. Juni 1919 ermordet wurde, waren die Hamburger Arbeiter aufs äußerste empört. Dem Aufruf der revolutionären Obleute, der USPD und der KPD zu einer Protestkundgebung auf dem Heiligengeistfeld mußte sich auch die Hamburger SPD anschließen. Am 6. Juni gaben Zehntausende Hamburger Arbeiter ihrer Entrüstung über den feigen Mord und ihrer Trauer um Leviné und die anderen Opfer des weißen Terrors in Bayern Ausdruck. Einer der Redner der USPD war Ernst Thälmann. Der Vorsitzende der Sozialdemokratie in Hamburg, Max Leuteritz, wurde von den Versammelten am Weitersprechen gehindert, als er sich dagegen wandte, daß in der vorgeschlagenen Resolution die Regierung Ebert-Scheidemann² Noske als »intellektueller Urheber« des Mordes angeklagt wurde.³

³ Vgl. HVZ, 7. Juni 1919.

Nach der Kundgebung bewegte sich ein gewaltiger Demonstrationzug zum Rathausmarkt. Hier sprach Heinrich Laufenberg. Stürmisch verlangten die Massen, die Rathausfahne zu Ehren Levinés auf halbmast zu setzen. Großer Jubel brandete auf, als von Bürgerschaftsabgeordneten der USPD auf dem Rathaus die rote Fahne gehißt wurde. Ein Achtgroschenjunge holte die Fahne wieder herunter. Als Ernst Thälmann und andere Mitglieder der USPD-Fraktion die Fahne erneut am Balkon des Rathauses festmachen wollten, stürzte sich ein konservativer Abgeordneter auf Ernst Thälmann und versuchte, ihm die Fahne zu entreißen. »Selbstverständlich«, hieß es im Bericht der »Hamburger Volks-Zeitung«, »wurde der Herr durch einige Handbewegungen in eine Ecke gedrückt, und die rote Fahne wehte weiter von dem Balkon des Rathauses.«⁴

Am 13. Juni gehörte das Heiligengeistfeld wiederum den Arbeitern. Ernst Thälmann hatte tags zuvor in der »Hamburger Volks-Zeitung« die Werktätigen aufgefordert, am Tage der Beisetzung Rosa Luxemburgs in Berlin-Friedrichsfelde ihre »Trauer kundzugeben« und »zu demonstrieren für eine begeisterte revolutionäre Kämpferin«. Bei stürmischem Wetter bewegten sich 20 000 Menschen zu der Kundgebungsstätte. Alle Verkehrsmittel hatten bereits mittags den Betrieb eingestellt. Transparente mit Losungen wie »Fluch den Justizmördern!« und »Fort mit den Noske-Garden!« zeugten vom Haß der revolutionären Arbeiter gegen die Reaktion und deren sozialdemokratische Helfer. »Hoch das internationale Proletariat!«, »Nieder mit dem Kapitalismus!«, »Nieder mit dem Bluthund Noske!« erscholl es im Sprechchor aus den heranrückenden Zügen. Von sechs Tribünen sprachen die Vertreter der KPD und der USPD, unter ihnen Heinrich Laufenberg, Rudolf Lindau, Lothar Popp, Ernst Thälmann und Fritz Wolffheim. Die Kundgebungsteilnehmer nahmen eine Resolution an, in der unter anderem der Rücktritt der »scheinsozialistischen Regierung, die Auflösung der konterrevolutionären Weißen Garden« und »die Auflösung der Nationalversammlung« verlangt wurden.⁵ Anschließend setzte sich ein riesiger Demonstrationzug zum Gewerkschaftshaus in Bewegung, von dessen Balkon Ernst Thälmann und Fritz Wolffheim nochmals Ansprachen hielten. Auf Anregung Thälmanns

⁴ Ebenda. – In der Morgenausgabe der »Hamburger Nachrichten« vom 9. April 1920 hieß es rückblickend: Thälmann »war es seinerzeit, der den roten Fetzen durch die Senatsräume des Rathauses trug, um ihn, gemeinsam mit Reich und Bergmann, auf dem Söller aufzupflanzen«.

⁵ HVZ, 14. Juni 1919. – Hamburger Nachrichten, 14. Juni 1919, Morgenausgabe.

wurde zu Ehren Rosa Luxemburgs auf dem Gewerkschaftshaus die rote Fahne gehißt.

In diesen Wochen hatte die deutsche Arbeiterbewegung auch ihre Stellung zum Friedensvertrag zu bestimmen, der die Ergebnisse des ersten Weltkrieges fixierte. Anfang Mai 1919 waren dem deutschen Außenminister in Versailles die Friedensbedingungen der Entente übergeben worden. Am 28. Juni unterzeichneten die deutschen Vertreter den Vertrag. Der Versailler Vertrag brachte das Bestreben der imperialistischen Siegermächte zum Ausdruck, Deutschland als konkurrenzfähige imperialistische Großmacht auszuschalten. Das Territorium des Deutschen Reiches wurde um etwa ein Achtel verkleinert, ein Teil des Landes der Besetzung durch ausländische Truppen unterworfen. Der Vertrag legte erhebliche Rüstungsbeschränkungen fest. Deutschland wurden hohe Reparationsleistungen auferlegt, deren endgültiges Ausmaß aber noch offenblieb. Der Vertrag beschränkte die Souveränität des deutschen Imperialismus, griff jedoch nicht die Grundlagen seiner Macht an. Der imperialistische Frieden von Versailles trug den Keim künftiger Kriege schon in sich.

Während rechte sozialdemokratische Führer im Einklang mit den bürgerlichen Parteien die berechtigte Empörung der Volksmassen über die erdrückenden Bedingungen des Vertrages dazu mißbrauchten, um eine nationalistische Propaganda zu entfesseln, gaben die KPD und linke Kräfte der USPD eine klare Einschätzung des Vertrages. Sie wiesen auf seinen imperialistischen und gegenrevolutionären Charakter hin und warnten die Werktätigen vor der Gefahr, daß die Lasten des Krieges und des Versailler Vertrages von der herrschenden Klasse auf die Volksmassen abgewälzt würden.

Auch die Hamburger USPD nahm in elf überfüllten Versammlungen, die von Ernst Thälmann als Vorsitzenden der Ortsgruppe mit vorbereitet worden waren, zum Vertrag Stellung. In einer Resolution wurde der »Versailler Frieden« als »imperialistischer Frieden«, als »der unheilvolle Abschluß des imperialistischen Weltkrieges« gekennzeichnet. Die Imperialisten der Entente seien »von demselben Geist beherrscht wie die der Zentralmächte in Brest-Litowsk«, die 1918 der jungen Sowjetmacht ein brutales Friedensdiktat auferlegt hatten. Die USPD-Mitglieder von Hamburg gaben ihrer Zuversicht Ausdruck, »daß der Friede von Versailles ...ebensowenig von Dauer sein« werde wie es der Friede von Brest-Litowsk gewesen sei. »Wir wissen, daß die vereinigte Kraft der Proletarier

aller Länder«, hieß es am Schluß der Entschließung, »über jeden Imperialismus den Sieg davontreiben und das Unrecht der Gegenwart wieder gutmachen wird.«⁶

Am 23. Juni und an den folgenden Tagen – Ernst Thälmann befand sich auf dem Verbandstag des Transportarbeiter-Verbandes in Stuttgart – hatte die werktätige Bevölkerung Hamburgs ihren Unwillen über umfangreiche Lebensmittelverfälschungen in heftigen Protestaktionen – den sogenannten Sülzekrawallen – zum Ausdruck gebracht. Arbeiter stürmten Polizeiwachen, Waffenläden und Gefängnisse, besetzten Rathaus und Börse und entwaffneten die von den rechten Sozialdemokraten herbeigerufenen Bahrenfelder Zeitfreiwilligen, die blindwütig in die Massen geschossen hatten. Ein norddeutsches Regiment wurde zum Abzug veranlaßt. Nun sollten konterrevolutionäre Truppen unter dem Kommando des berühmten Generals Lettow-Vorbeck mit den Hamburger Arbeitern abrechnen. Am 1. Juli besetzten seine mit Kampfflugzeugen, Panzerwagen, Minenwerfern und Flammenwerfern ausgerüsteten Einheiten die Stadt. Aber »von der Arbeiterschaft fiel kein Schuß, aus den erhofften Großkampftagen wurde nichts«⁷, schreibt Rudolf Lindau in Erinnerung an diese Zeit. Isolierte örtliche Aktionen der Arbeiter hätten zu keinem Erfolg geführt, sondern nur der Konterrevolution die Möglichkeit gegeben, unter der Arbeiterschaft ein Blutbad anzurichten. Daher riefen die drei Arbeiterparteien, die revolutionären Obleute, der Arbeiterrat sowie die Betriebsräte dazu auf, den einrückenden Truppen keinen Anlaß zum Waffengebrauch zu geben.⁸

Wie in den Organisationen der KPD und der USPD in anderen Teilen Deutschlands nahmen auch unter den revolutionären Arbeitern Hamburgs seit dem Frühjahr 1919 die Auseinandersetzungen über Grundfragen des proletarischen Klassenkampfes an Heftigkeit zu. Das betraf vor allem die Haltung zu den von Reformisten geführten Gewerkschaften und zu den bürgerlichen Parlamenten. In der »Kommunistischen Arbeiterzeitung« und in der »Hamburger Volks-Zeitung« erschienen hierzu Artikel; auf Versammlungen und Konferenzen wurde um dieses Problem heftig gestritten. Führende Vertreter der Hamburger Kommunisten ne-

6 HVZ, 16. Mai 1919.

7 Rudolf Lindau: Revolutionäre Kämpfe 1918–1919, S. 125.

8 Vgl. StA Hamburg, Bestand 224. Allgemeines und politisches Geschehen. Plakate, Flugschriften und dergleichen (im folgenden: Bestand 224), Nachkriegszeit 1919–1925. Besondere Anlässe.

gierten die revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften und in den Parlamenten. So betonte Anfang September 1919 eine Mitgliederversammlung der KPD Hamburgs den Gegensatz ihrer Ansichten zu denen der Zentrale der Partei, die für die Ausnutzung aller legalen Möglichkeiten durch die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse eintrat.⁹

Ernst Thälmann und die mit ihm verbundenen Mitglieder und Funktionäre der USPD in Hamburg lehnten diese linkssektiererischen Auffassungen ab. Thälmann selbst arbeitete weiterhin aktiv im Deutschen Transportarbeiter-Verband. Am 11. Mai war er zum Delegierten für den 10. Verbandstag in Stuttgart gewählt worden.¹⁰ Dort sprach er am 25. Juni 1919 in der Diskussion zu den Geschäftsberichten des Vorstandes und der Kontrollinstanzen. Er kritisierte die Politik der Gewerkschaftsführung während des Krieges, die durch den »Burgfrieden« und die Zustimmung zum Hilfsdienstgesetz gekennzeichnet war. Hierdurch sei der »Kampfcharakter der Organisation... zurückgedrängt worden«. Das Hilfsdienstgesetz von 1916 charakterisierte Ernst Thälmann als »eine Zuchthausvorlage gegen die Arbeiter«. Jetzt sei es notwendig, »die Gewerkschaften... wieder mit dem Geist des Klassenkampfes« zu erfüllen. Ausdrücklich betonte Ernst Thälmann, die USPD wolle »keine Spaltung in die Gewerkschaften hineinbringen«.¹¹

Auf den Generalversammlungen des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes am 18. und 26. Juli in Hamburg wurde der Verbandstag ausgewertet. Ernst Thälmann sprach für die aus USPD-Anhängern bestehende Opposition im Verband. Er schätzte ein, daß auf dem Verbandstag erstmals politische Fragen eine Rolle gespielt hätten. Die Politik der Gewerkschaftsführung während des Krieges sei mit Recht angegriffen worden. Der nationalistische Standpunkt leitender Gewerkschaftsfunktionäre während des Krieges, auch des Sekretärs des Vorstandes Paul Müller, »sei der klarste Beweis, daß die Arbeiterschaft Deutschlands sich eine bessere Internationale schaffen« müsse. In dieser Forderung klang die Erkenntnis an, daß die revolutionären Arbeiter auch international mit dem Opportunismus brechen mußten. Ernst Thälmann bemängelte, daß der Verbandstag auf die Behandlung des Räteproblems¹²

9 Vgl. Kommunistische Arbeiterzeitung, 6. September 1919.

10 Vgl. HVZ, 15. Mai 1919.

11 Deutscher Transportarbeiter-Verband. Protokoll des 10. Verbandstages, S. 83.

12 Im Verlauf des Verbandstages hatten Berliner und Hamburger Delegierte eine Resolution zur Rätefrage eingebracht, in der im ersten Absatz gefordert wurde, der Verbandstag

nicht genügend Zeit verwandt habe. In seinem Schlußwort am 26. Juli beanstandete er, der Ton bei den Verhandlungen mit den Unternehmern sei »ein viel zu versöhnlicher«. Ernst Thälmann beendete seine Ausführungen mit dem Satz: »Wenn die Gewerkschaften wieder zum Klassenkampf zurückkehren würden«, dann seien sie »wieder bei den Arbeitern angesehen«.¹³ Auch in mehreren Versammlungen der USPD im August 1919 sprach Ernst Thälmann zum Thema »Die Stellung der USPD zu den Gewerkschaften«.¹⁴

Im August 1919 streikten die Hamburger Bankbeamten für eine außerordentliche Wirtschaftsbeihilfe. Die Ortsgruppe der USPD unterstützte die Streikenden von Anfang an vorbehaltlos. Die USPD trete für die Annäherung zwischen Kopf- und Handarbeitern ein, schrieb Ernst Thälmann im Auftrage des Ortsvorstandes der USPD an den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (AfA) in Hamburg. Die »Hamburger Volks-Zeitung« werde den Streikenden auch in Zukunft zur Seite stehen und nicht, wie das sozialdemokratische »Hamburger Echo«, Aufrufe der Bankdirektoren gegen die Streikenden abdrucken. Das Schreiben schloß mit der Überzeugung, daß die Bankbeamten »bei einmütig geschlossenem Vorgehen den Sieg erringen werden«.¹⁵

Die revolutionären Kräfte der USPD in Hamburg traten auch für die Teilnahme an den Parlamentswahlen ein. Sie bekämpften die Weimarer Republik ebenso wie den »freien« und »demokratischen« Staat Hamburg als Machtorgane der Bourgeoisie, erkannten aber, daß die parlamentarischen Institutionen des bürgerlichen Staates unbedingt für den Klassenkampf des Proletariats genutzt werden mußten. So setzte sich auch Ernst Thälmann in der Bürgerschaft für die unmittelbaren wirtschaftlichen und politischen Interessen der Werktätigen ein und prangerte gleichzeitig das kapitalistische System und die reaktionäre Senatspolitik der sozialdemokratischen Führer in Hamburg an.

In der Sitzung vom 9. Mai 1919 hatte er sich gegen Verzögerungen bei der Auszahlung einer Lohnzulage an die in den Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und gegen das Bestreben des Senats gewandt, die

solle sich auf den Boden des Räteystems stellen. Dieser Passus wurde abgelehnt. (Vgl. ebenda, S. 136, 138.)

13 HVZ, 5. August 1919.

14 Vgl. ebenda, 12., 18. August 1919.

15 Ebenda, 20. August 1919.

Einkünfte dieser Arbeiter zu kürzen. Die Fraktion der USPD stelle sich auf den Standpunkt, »daß, wenn ein Abbau der Löhne eine so große Notwendigkeit ist, ... man zum mindesten dort anfangen soll, wo die meisten Gelder zusammenkommen, und nicht bei den untersten Schichten der Bevölkerung«¹⁶. Am 18. Juni 1919 kritisierte Ernst Thälmann den Mietwucher der Grundeigentümer und wies an Beispielen nach, daß die Wohnungsmieten ständig erhöht worden waren. Scharf wandte er sich gegen Hauseigentümer, die kinderreichen Familien Wohnungen verweigerten.¹⁷ Als am 11. Juli 1919 in der Hamburger Bürgerschaft der Antrag beraten wurde, eine Vorlage über das Wohnungs- und Siedlungswesen in Hamburg auszuarbeiten, forderte Ernst Thälmann, daß die modernen Errungenschaften des Wohnungsbaus nicht mehr nur einer kleinen Minderheit zugute kommen sollten. Gaskocher, elektrisches Licht, Badegelegenheiten, Warmwasserversorgung, Zentralheizung und andere Einrichtungen gehörten nicht nur in das Haus des Reichen, hierauf hätte auch der arbeitende Mensch ein Anrecht. Das Leben der Frauen sei durch moderne Einrichtungen wie Zentralwaschküchen und Reinigungsanstalten zu erleichtern. Das Schulwesen, einschließlich der Warteschulen¹⁸, sei zu verbessern, und für die Wöchnerinnen seien Heime einzurichten.¹⁹

Auch andere Reden Ernst Thälmanns in der Bürgerschaft zeigten seine enge Verbundenheit mit den Werktätigen. Seine Vorschläge waren darauf gerichtet, die Not der ärmeren Bevölkerungsschichten zu lindern. Dabei ließ er keinen Zweifel daran, daß die soziale Lage der Arbeiter erst in einer neuen, ausbeutungsfreien Gesellschaft grundsätzlich verändert werden könne.²⁰

Ernst Thälmann verband seine Parlamentsarbeit eng mit dem Wirken unter den werktätigen Massen. Am 15. September 1919 erläuterte er auf einer Erwerbslosenversammlung sein Auftreten in der Bürgerschaft am 27. August, in der er sich gegen die beabsichtigte Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung gewandt hatte. Während man für die Erwerbs-

16 Stenographische Berichte über die Sitzungen der Hamburger Bürgerschaft im Jahre 1919 (24. März bis Ende Dezember), Hamburg o. J., S. 302.

17 Vgl. ebenda, S. 526.

18 Damals übliche Bezeichnung für Vorschulen und Kindergärten.

19 Vgl. Stenographische Berichte über die Sitzungen der Hamburger Bürgerschaft 1919, S. 678/679.

20 Vgl. ebenda, S. 1025.

losen keine Mittel zur Verfügung habe, sagte Ernst Thälmann, bewillige man große Summen für die Einwohnerwehr. Es wäre besser, die für die Reichswehr und die Polizeitruppen vorgesehenen Mittel zu verwenden, um die Not der Erwerbslosen zu mildern.²¹

Seine enge Klassenverbundenheit, das Vertrautsein mit den Problemen der werktätigen Menschen, mit ihren Nöten, Sorgen und Hoffnungen, bestärkten Ernst Thälmann in der Überzeugung, daß der Kapitalismus gestürzt werden müsse, um die Ursachen des Elends und der Kriege zu beseitigen. Er fühlte sich der internationalen Gemeinschaft des ausgebeuteten und um seine Befreiung kämpfenden Proletariats verbunden.

Wie die anderen linken Kräfte in der USPD bekannte er sich zur III., Kommunistischen Internationale (Komintern, KI), die von Vertretern kommunistischer und linkssozialistischer Parteien, Organisationen und Gruppen Anfang März 1919 in Moskau gegründet worden war. Die Gründung der Kommunistischen Internationale war das Ergebnis des langjährigen kompromißlosen Kampfes, den die bolschewistische Partei, geführt von Lenin, und revolutionäre sozialistische Gruppen in anderen Ländern gegen den imperialistischen Krieg, gegen den Opportunismus aller Schattierungen und für die Vereinigung der revolutionären Kräfte der internationalen Arbeiterbewegung in einer vom Opportunismus freien Internationale geführt hatten.

Die Kommunistische Internationale setzte das von Karl Marx und Friedrich Engels mit der I. Internationale begonnene Werk fort und übernahm, wie Lenin schrieb, »die Früchte der Arbeit der II. Internationale«, wobei sie aber deren »opportunistischen, sozialchauvinistischen, bürgerlichen und kleinbürgerlichen Unrat« beseitigte.²² Sie hatte bedeutenden Anteil an der Formierung der kommunistischen Parteien und half ihnen, sich Schritt um Schritt die ideologischen, theoretischen, politischen und organisatorischen Grundsätze des Leninismus anzueignen und sich eng mit den Massen zu verbinden. Die Kommunistische Internationale vermittelte den Arbeitern der ganzen Welt die Erfahrungen der revolutionären Weltbewegung, insbesondere die allgemeingültigen Lehren der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft in der Sowjetunion.

Am 18. Juni 1919 hatte das Büro des Exekutivkomitees der Kommuni-

21 Vgl. HVZ, 3., 18. September 1919.

22 W. I. Lenin: Die Dritte Internationale und ihr Platz in der Geschichte. In: Werke, Bd. 29, S. 296.

stischen Internationale (EKKI) das Weltproletariat aufgefordert, für Sowjetrußland und die Ungarische Räterepublik, gegen die bewaffnete Intervention der imperialistischen Mächte zu demonstrieren.²³ Unter dem Druck der Arbeiter sahen sich auch reformistische Arbeiterorganisationen in kapitalistischen Ländern Europas gezwungen, für den 21. Juli zu einem Proteststreik gegen den imperialistischen Frieden von Versailles und zur Unterstützung der russischen und der ungarischen Revolution aufzurufen. Die KPD und die USPD forderten die deutschen Arbeiter auf, die Protestaktionen zu unterstützen. Ernst Thälmann wandte sich am 18. und 19. Juli in der »Hamburger Volks-Zeitung« an die Leser. »Am Montag, dem 21. Juli«, hieß es im ersten Aufruf, »wird das Proletariat aller Länder in Proteststreiks, Demonstrationen und großen Kundgebungen sich zusammenfinden, um den gemeinsamen Kampf des gesamten Proletariats zur Eroberung der politischen Macht, für die internationale Solidarität, für den Gedanken der Weltrevolution und der sozialistischen Völkerbefreiung aufzunehmen!« Schon seien Anzeichen vorhanden, »daß in den Ententeländern das Proletariat sich rüstet für den gewaltigen Kampf um die Solidarität aller Völker und für die Internationale auf dem Boden des revolutionären Sozialismus. Nicht der Völkerbund der Imperialisten und des Kapitals kann den Sozialismus herbeiführen, sondern die Vereinigung der sozialistischen Proletarier aller Länder, getragen von der Solidarität, befreit von Haß und Neid, erfüllt von dem Sehnen der arbeitenden Klassen nach Glück und Wohlstand. Friede, Freiheit und Glück im eigenen Lande und [in] der ganzen Welt, Beseitigung jeder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, Errichtung einer Gemeinschaft der Gleichheit und Solidarität, das ist das Ziel des Sozialismus.«²⁴

Die Aktion in Hamburg wurde ein voller Erfolg. Mittags 12 Uhr stellten die größten Betriebe die Arbeit ein. Die Versammlungen der USPD am Abend waren gut besucht. Die Teilnehmer verabschiedeten eine Resolution, in der gegen den »Macht- und Gewaltfrieden« von Versailles schärfstens protestiert und gleichzeitig verlangt wurde, »daß der Kampf gegen das sozialistische Rußland und Ungarn eingestellt wird.«²⁵ Freundschaftliche Beziehungen zu den beiden Ländern seien aufzunehmen. Ernst Thälmann sprach am 21. Juli auf dem Rathausplatz in Itzehoe

23 Vgl. An die Werktätigen aller Länder. In: Die Kommunistische Internationale, 1919, H. 3, S. 53/54.

24 HVZ, 18. Juli 1919.

25 Ebenda, 22. Juli 1919.

»gegen den Gewaltfrieden und gegen den internationalen Kapitalismus«²⁶ Am Abend referierte er vor 500 Zuhörern über die politische Lage.²⁷

Seit dem Sommer 1919 trat die Frage, ob sich die USPD der opportunistischen II. Internationale, die von rechten sozialdemokratischen Führern neu belebt wurde, oder der Kommunistischen Internationale anschließen sollte, immer mehr in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen. In den von den Linken beeinflussten Zeitungen der USPD erschienen immer öfter Artikel, die die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale, besonders des Gründungskongresses, erläuterten und sich für den Beitritt zur Kommunistischen Internationale aussprachen. Besondere Bedeutung kam dabei der Artikelserie Walter Stoeckers über die III. Internationale zu, die auch die »Hamburger Volks-Zeitung« Anfang September 1919 veröffentlichte.²⁸ Viele Mitglieder und Funktionäre der USPD kritisierten die Teilnahme von Vertretern der Partei an den von Rechtsopportunisten und Zentrismen von Februar bis August 1919 in Bern, Amsterdam und Luzern veranstalteten Konferenzen zur Wiederbelebung der II. Internationale und verlangten die baldige Einberufung eines außerordentlichen Parteitages, der sich mit dem Anschluß der USPD an die Kommunistische Internationale befassen sollte.

Es entsprach Ernst Thälmanns konsequent revolutionärem Standpunkt, daß er – wie Wilhelm Koenen und Walter Stoecker im Zentralkomitee und Martha Arendsee, Paul Böttcher, Otto Brass, Ernst Däumig, Franz Dahlem, Otto Geithner, Herta Geffke, Alfred Oelßner, Hermann Remmele, Paul Schwenk und viele andere Funktionäre in den verschiedenen Bezirken – entschieden für den Bruch mit der II. Internationale und für den Beitritt zur Kommunistischen Internationale eintrat. Dabei verband er seine Parteinahme für die Kommunistische Internationale oftmals mit dem Bekenntnis zu Sowjetrußland. So verlangte Ernst Thälmann Ende Oktober auf einer Versammlung des Gewerkschaftskartells von Hamburg, Altona und Umgegend unter »großer Bewegung« der Teilnehmer, man »muß sich mit Ländern verbinden, die im Sozialismus schon etwas geleistet haben, wie Rußland«²⁹.

Einen ersten Abschluß der Diskussionen in der Hamburger USPD brachte die Mitgliederversammlung am 31. Oktober 1919 unter dem

26 Ebenda, 25. Juli 1919.

27 Vgl. ebenda.

28 Vgl. ebenda, 1., 5. September 1919.

29 Hamburger Echo, 27. Oktober 1919, Abendausgabe.

Vorsitz Ernst Thälmanns. Die Versammlung diente der Vorbereitung des außerordentlichen Parteitages, der für die Zeit vom 30. November bis 6. Dezember 1919 in Leipzig anberaumt war. Sie nahm in mehreren Anträgen zu den Fragen Stellung, die in den Monaten vorher in der Mitgliedschaft diskutiert worden waren. Die revolutionären Mitglieder und Funktionäre der USPD Hamburgs bekannten sich zur Diktatur des Proletariats als Kampfziel der Partei. Sie betonten, daß die revolutionären Kräfte der Arbeiterbewegung »in der heutigen Situation . . . nicht auf die Beteiligung an den Parlamenten verzichten« dürften, lehnten aber gleichzeitig jede Überschätzung des parlamentarischen Kampfes ab. »Die Parlamente«, hieß es in dem entsprechenden Antrag, »wolle der Parteitag deutlich kennzeichnen als die Bollwerke der Bourgeoisie, in denen die Vertreter der revolutionären Arbeiterklasse nur die Aufgabe haben, als Vorposten des Klassenkampfes die Politik der Bourgeoisie zu verneinen und zu kritisieren und an weithin sichtbarer Stelle vor dem eigenen Volke und dem Auslande die Prinzipien des marxistischen Sozialismus zu verkünden und das System der jeweiligen bürgerlichen Regierung und ihre Handlungen bloßzustellen.« Die Hamburger Parteiorganisation der USPD forderte, »in den Gewerkschaften zu bleiben, um diese in revolutionärem Sinne umzugestalten«.³⁰

Diese Auffassungen entsprachen den Ansichten W. I. Lenins und der Kommunistischen Internationale, und sie stimmten auch mit den Beschlüssen des 2. Parteitages der KPD überein. Dieser Parteitag im Oktober 1919 hatte sich grundsätzlich zu einer revolutionären Parlamentstaktik und zur Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften bekannt und die linkssektiererischen Auffassungen in dieser Frage scharf kritisiert. Die führenden Vertreter der Hamburger Kommunisten und andere »linke« Delegierte waren von den Beratungen des Parteitages ausgeschlossen worden, weil sie sich geweigert hatten, ihre sektiererischen, anarcho-syndikalistischen Positionen aufzugeben.

Die Mitgliederversammlung der USPD am 31. Oktober sprach sich nach dem Auftreten von Ernst Thälmann und anderen Funktionären mit großer Mehrheit für den Anschluß der USPD an die Kommunistische Internationale aus, als der – wie es in der angenommenen Entschließung hieß – »einzigen bestehenden internationalen Organisation, die den Klassenkampf gegen die Internationale des Kapitals konsequent aufgenommen hat und durchführt«. Die Versammelten begründeten ihre Forde-

30 HVZ, 4. November 1919.

rung, der Kommunistischen Internationale beizutreten, ferner mit der Solidarität zu Sowjetrußland, dem die deutsche Arbeiterklasse in seinem schweren Kampf beistehen müsse. In einem weiteren Antrag verlangten sie, der bevorstehende Parteitag »möge eine Aussprache herbeiführen über den eventuellen Zusammenschluß der USP mit der Richtung der Zentrale der KPD«.³¹ Darin drückte sich ebenfalls Zustimmung zu den Beschlüssen des 2. Parteitages der KPD aus.

Die linken Kräfte der USPD in Hamburg und besonders Ernst Thälmann erkannten, daß die Annäherung an die KPD und die Vereinigung beider Abteilungen der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung eine Notwendigkeit war. Sie stießen aber in dieser Frage noch auf Widerstand, auch bei linken Funktionären der USPD in anderen Teilen Deutschlands.

Die Ergebnisse der Mitgliederversammlung waren Ausdruck der Tatsache, daß in unteren Organisationen der USPD der Einfluß der linken Funktionäre zugenommen und sich die Differenzierung zwischen den linken und den rechten Kräften verstärkt hatte. W. I. Lenin schrieb am 10. Oktober 1919 in seinem »Gruß den italienischen, französischen und deutschen Kommunisten«, daß die USPD und andere zentristisch geführte Parteien nur »eine einheitliche Partei zu sein« scheinen, »in Wirklichkeit ist die Masse ihrer Parteimitglieder in der grundlegenden, ausschlaggebenden, wesentlichsten Frage mit den Führern nicht einverstanden. Die Masse wird den revolutionären proletarischen Kampf für die Rätemacht aufnehmen, sobald eine neue Krise eintritt, die »Führer« aber werden auch dann, ebenso wie jetzt, Konterrevolutionäre bleiben.«³²

Im Jahre 1919 steckte die kapitalistische Wirtschaft in Deutschland in einer Krise. Die Industrieproduktion blieb um ein Drittel unter dem Stand von 1918, die Hälfte der Fabriken lag inzwischen, vornehmlich wegen Kohlenmangels, still, die Ernte erbrachte etwa um 10 Prozent geringere Erträge. Dafür verdoppelte sich der Geldumlauf gegenüber Ende 1918. Die Preise stiegen fortwährend. Die Lebenshaltungskosten erreichten 1920 das 15fache des Vorkriegsstandes. Die Löhne waren weit dahinter zurückgeblieben, sie lagen etwa ein Viertel bis ein Drittel unter dem Existenzminimum.³³

31 Ebenda.

32 W. I. Lenin: Werke, Bd. 30, S. 38.

33 Vgl. Jürgen Kuczynski: Studien zur Geschichte der zyklischen Überproduktionskrisen in Deutschland 1918 bis 1945, Berlin 1963 (Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Teil I. Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1889 bis zur

Das bedeutete für jeden einzelnen Arbeiter, daß auch nach den Hungerjahren des Krieges der Magen leer blieb. Und in dem früh hereinbrechenden Winter von 1919 auf 1920 hieß das, daß viele Stuben in den Proletariervierteln kalt blieben, denn die Lager der Kohlenhändler waren leer, und Heizmaterial war nur gegen Schwarzmarktpreise zu haben. Auch bei der Familie Ernst Thälmanns waren Hunger und Kälte ständiger Gast.

Ernst Thälmann hatte nun endgültig das Leben eines Arbeiterfunktionärs gewählt. Seine Funktionen als Vorsitzender der Hamburger Ortsgruppe der USPD und als Bürgerschaftsabgeordneter beanspruchten seine freien Stunden. Tagsüber galt es, den kärglichen Lebensunterhalt zu verdienen. Die großen materiellen Sorgen der deutschen Arbeiter, Angestellten, kleinen Beamten und anderer Werktätiger waren auch die der Familie Ernst Thälmanns.

Zu dieser Zeit, am 6. November 1919, brachte Rosa Thälmann ein Mädchen zur Welt, das den Namen Irma erhielt. Die Freude der Eltern war groß; unter den bitteren Bedingungen jener Zeit wuchsen aber auch die Sorgen. Rosa Thälmann schildert das in ihren Erinnerungen: »Ich saß in der kalten Küche, in der nur ein Gaskocher brannte. Eingemummt und doch vor Kälte zitternd, stillte ich mein Kindchen.« Ernst Thälmann liebte seine Tochter sehr. Von nun an kämpfte er auch für sie, wenn er alle seine Kräfte einsetzte, um seiner Klasse eine bessere Zukunft zu erstreiten. Rosa Thälmann berichtet: »Ernst lief in der Küche umher, er ballte die Fäuste. ›So kann man unmöglich weiterleben, Rosa!‹ sagte er. ›Man muß alles verändern! So wie unsere Irma und du frieren jetzt Millionen. Viele Hafenarbeiter haben keine Arbeit. Für ein besseres Leben muß man kämpfen!‹«³⁴

Wenige Tage nach der Geburt seiner Tochter nahm Ernst Thälmann mit elf anderen Delegierten der Ortsorganisation Hamburg am Leipziger außerordentlichen Parteitag der USPD teil. Er war in einer Urabstimmung mit fast 4000 Stimmen als Delegierter gewählt worden und hatte damit nach Hermann Reich die meisten Stimmen erhalten. Der linke Flügel war auf dem Parteitag wesentlich stärker vertreten als auf dem Parteitag der USPD im März 1919 in Berlin. Das widerspiegelte sich auch in seinen Beschlüssen. Das einstimmig angenommene Aktionsprogramm machte Schluß mit den Zweideutigkeiten der »Programmatischen Kundgebung«

Gegenwart. Dokumente und Studien zu Bd. 5, Bd. 15), S. 8, 10, 37/38. – Eugen Varga: Die Krise der kapitalistischen Wirtschaft, Hamburg 1921, S. 22/23, 40/41.

³⁴ Zit. in: Евгения Сатулла: В семье Эрнста Тельмана, S. 17.

des Berliner Parteitages, die noch gefordert hatte, das Räte-system in die bürgerliche Ordnung einzugliedern. Es enthielt die eindeutige Forderung nach der Diktatur des Proletariats als wichtigster Voraussetzung für die Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung und bezeichnete es als notwendig, den kapitalistischen Staat zu zertrümmern. Einmütig nahmen die Delegierten eine Entschliebung an, in der sie den Arbeitern und Bauern Sowjetrußlands brüderliche Solidarität bekundeten.³⁵

Zu heftigen Auseinandersetzungen kam es über den Beitritt zur Kommunistischen Internationale. Die von Walter Stoecker eingebrachte Resolution, die auch von Ernst Thälmann unterstützt wurde, forderte den unverzüglichen Anschluß. Sie wurde jedoch mit 170 gegen 111 Stimmen zurückgewiesen.³⁶ Die von der Parteileitung und der Kontrollkommission vorgelegte Resolution, die sich für den Abbruch der Beziehungen zur II. Internationale und die Aufnahme von Verbindungen zur Kommunistischen Internationale aussprach, stellte einen Kompromiß dar. Nachdem ihr Vorschlag abgelehnt worden war, stimmten Ernst Thälmann und die Mehrheit der anderen linken Delegierten für diese Resolution, die so die absolute Mehrheit von 227 Stimmen erhielt, dagegen stimmten 54 Delegierte³⁷.

Das bedeutete eine Niederlage des rechten Flügels der USPD. Die Linken benutzten den Beschluß als Waffe für ihren weiteren Kampf um den Beitritt zur Kommunistischen Internationale. Lenin sagte einige Zeit später über den Leipziger Parteitag der USPD: »... auf dem letzten Parteitag der deutschen Unabhängigen haben wir ganz klar einen Kampf der Richtungen gesehen ... Die eine Richtung – das sind die revolutionären, neu zu uns gekommenen Arbeiter, die Gegner der Arbeiteraristokratie; die andere Richtung – das ist die Arbeiteraristokratie, an deren Spitze in allen zivilisierten Ländern die alten Führer stehen.«³⁸

Die linken unabhängigen Sozialdemokraten in Hamburg werteten den Leipziger Parteitag als Schritt nach vorn in der Entwicklung der Partei

³⁵ Vgl. Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages in Leipzig vom 30. November bis 6. Dezember 1919, Berlin o. J., S. 545. – HVZ, 10. November 1919. – Dokumente und Materialien ..., Bd. VII, 1. Halbbd., S. 156–161.

³⁶ Vgl. Dokumente und Materialien ..., Bd. VII, 1. Halbbd., S. 154, Anm. 1.

³⁷ Vgl. ebenda, S. 154, 160.

³⁸ W. I. Lenin: II. Kongreß der Kommunistischen Internationale, 19. Juli–7. August 1920. Rede über die Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale. In: Werke, Bd. 31, S. 235.

und verstärkten ihren Kampf gegen opportunistische Einflüsse. Am 13. Dezember 1919 berichtete Ernst Thälmann in einer Mitgliederversammlung über den Parteitag.³⁹ Auf einer Mitgliederversammlung am 6. Januar 1920 trat er dem Referenten, Redakteur Emil Rabold aus Berlin, entgegen, der sich gegen den vorbehaltlosen Anschluß an die Kommunistische Internationale gewandt hatte, weil die Partei sonst »auch das Programm der Kommunisten in Deutschland unterschreiben«⁴⁰ müßte. Auf dem Bezirksparteitag der USPD Mitte Januar 1920, zu dessen einem Vorsitzenden Thälmann gewählt wurde, forderte er, daß »die Gegensätze innerhalb unserer Partei ... nicht verschwiegen«, sondern »ausgetragen werden«.⁴¹

In diesen Bemühungen wurden die revolutionären Mitglieder und Funktionäre der USPD von Funktionären der KPD in Hamburg unterstützt. So erklärte auf der Bezirkskonferenz Nord der KPD am 1. Februar 1920 Ketty Guttman, die Referentin zum Tagesordnungspunkt »Unsere Stellung zur USPD«, unter dem Eindruck der Linksentwicklung der Hamburger USPD: »Die USPD hat sich gewandelt.«⁴² Die Rednerin empfahl, den Zusammenschluß mit Gruppen der USPD baldmöglichst vorzunehmen, denn in Hamburg sei die Mehrheit der USPD für die KPD. Die Konferenz stimmte dem aber nicht zu.

Die reaktionären bürgerlichen Kräfte Hamburgs schätzten die Lage in der Hamburger USPD und die Rolle ihrer Funktionäre zu Beginn des Jahres 1920 auf ihre Weise real ein. Der Leipziger Parteitag der USPD, hieß es am 22. Januar 1920 im »General-Anzeiger für Hamburg-Altona«, habe die Gegensätze innerhalb der Partei verschärft. »Sie kamen auf dem kürzlich abgehaltenen Bezirksparteitage zum Ausdruck.« Das Blatt lobte den Bürgerschaftsabgeordneten Paul Bergmann, der als Exponent des rechten Flügels jetzt leider »so gut wie kaltgestellt« sei. Weniger glimpflich kam der zum linken Flügel gehörende Hermann Reich weg. »Noch schlechter«, kommentierte die »Hamburger Volks-Zeitung« die Auslassungen im »General-Anzeiger«, »ist ›man‹ – der Bourgeois – auf den Genossen Thälmann zu sprechen, da er ›über eine noch schärfere Tonart verfügt‹. Seine ›messerscharfen kommunistischen Auffassungen‹ haben ihn um den letzten Rest von Ansehen bei den Demokraten ge-

39 Vgl. HVZ, 17. Dezember 1919.

40 Ebenda, 13. Januar 1920.

41 Ebenda, 20. Januar 1920.

42 Kommunistische Arbeiterzeitung, 9. Februar 1920.

bracht.«⁴³ Das »Urteil der Gegner zeigt dem Proletariat, wer auf dem rechten Weg ist«, schlußfolgerte die »Hamburger Volks-Zeitung«. »Das Proletariat ... wird es zu schätzen wissen, Führer wie Ernst Thälmann, Reich usw. zu besitzen, und wird sich bedanken für solche, welche von bürgerlicher Seite über den grünen Klee gelobt werden.«⁴⁴

8

»Tretet ein in den Generalstreik!«

Seit dem Sommer 1919 bereiteten sich die reaktionärsten Kräfte des deutschen Militarismus, des Junkertums und des Monopolkapitals darauf vor, die bürgerlich-demokratische Republik und die Errungenschaften der Novemberrevolution gewaltsam zu beseitigen, alle Organisationen der Arbeiterklasse zu zerschlagen und in Deutschland eine Militärdiktatur zu errichten. Die provokatorischen Auftritte der äußersten Reaktion in der Öffentlichkeit häuften sich. Am 18. November 1919 hatten die Generale Hindenburg und Ludendorff, die von 1916 bis 1918 an der Spitze der Obersten Heeresleitung gestanden hatten, vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung die schon während der Novemberrevolution von den Militaristen verbreitete Dolchstoßlegende vertreten, wonach das deutsche Heer angeblich nicht militärisch besiegt, sondern durch den Antikriegskampf der Werktätigen »erdolcht« worden sei. In den Straßen Berlins waren sie von aufgeputschten Kleinbürgern, Soldaten und Studenten mit den Rufen »Hoch Hindenburg und Ludendorff!«, »Hoch Kaiser Wilhelm II.!« empfangen worden.¹

Die KPD und die USPD warnten die Werktätigen vor den Machenschaften der Konterrevolution.² In Hamburg veröffentlichte Ernst

43 HVZ, 26. Januar 1920.

44 Ebenda.

1 Vgl. Leipziger Volkszeitung, 20. November 1919. – Zu den Putschvorbereitungen vgl. Erwin Könnemann/Hans-Joachim Krusch: Aktionseinheit contra Kapp-Putsch, Berlin 1972.

2 Vgl. Arbeiterklasse siegt über Kapp und Lüttwitz. Quellen, ausgew. und bearb. von

Thälmann am 22. November 1919 im Auftrage des Ortsvorstandes der USPD einen Aufruf, in dem er die militaristische Provokation vom 18. November zum Anlaß nahm, um die Putschpläne der Reaktion zu entlarven. Er wertete diesen Vorfall als Zeichen anwachsender konterrevolutionärer Gefahr. »Offen und frei«, hieß es in dem Aufruf Thälmanns, »wird in den deutschnationalen Zeitungen der Kampf gegen unsere revolutionären Kämpfer propagiert, teilweise zur schamlosesten Hetze gesteigert, offen und frei wendet sich ihr Kampf gegen die gesamte Arbeiterschaft. Die Reaktionäre fühlen sich stark genug, die Arbeiterschaft herauszufordern! Sie wollen es gar nicht mehr verbergen, sie ertragen es nur mit Ungeduld, ihre ganze Macht nicht einzusetzen, um ihre Willkürherrschaft uneingeschränkt walten lassen zu können.«

In diesem Zusammenhang kritisierte Ernst Thälmann die Verurteilung Heinrich Laufenbergs durch ein außerordentliches Kriegsgericht in Hamburg zu einem Jahr Festung³. »Man mag zu Laufenberg gestanden haben, wie man will«, schrieb er, »man mag seine Ansichten geteilt, mag sie bekämpft haben, jetzt, angesichts dieses Urteils, können sich, wie ich glaube, alle, die wirklich Sozialisten sind, verständigen in dem Gedanken, daß ein Urteil wie dieses ein der Wahrheit und der Gerechtigkeit ins Gesicht schlagendes ist...«

Nicht nur gegen die Reaktion, gegen die Konterrevolution, gegen den bestehenden Militarismus gilt es zu kämpfen«, schloß Ernst Thälmann den Aufruf, es gelte auch, dem sozialdemokratisch geführten Senat zu zeigen, »daß die Hamburger Arbeiterschaft nicht länger gewillt ist, unter den Bestimmungen des zu Unrecht bestehenden Belagerungszustandes gedrückt und geknechtet zu werden«.⁴ Thälmann forderte die Arbeiter auf, am 23. November die öffentlichen Protestversammlungen der USPD zu besuchen.

Die Versammlungen, die unter dem Thema »Gegen Militarismus und

Erwin Könnemann, Brigitte Berthold und Gerhard Schulze, Berlin 1971 (Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung [im folgenden: Arbeiterklasse siegt über Kapp und Lüttwitz], Bd. 7/I), S. 41–46.

³ Vgl. Kommunistische Arbeiterzeitung, 21. November 1919. – Heinrich Laufenberg wurde am 20. November 1919 verurteilt, weil er angeblich in einer Versammlung am 10. Oktober in Barmbeck gesagt hatte, daß die Kommunisten, wenn sie die Mehrheit der Arbeiter auf ihrer Seite hätten, die Regierung mit Waffengewalt davonjagen würden, um – wie es in der Anklage hieß – »mit den Bolschewisten in Rußland die Weltrevolution in Gang zu setzen«. (Ebenda, 20. November 1919.)

⁴ HVZ, 22. November 1919. – Der Belagerungszustand bestand seit Sommer 1919.

Reaktion« standen, waren überaus gut besucht, so auch die im Viktoriagarten, wo Ernst Thälmann sprach. Der Bericht der »Hamburger Volks-Zeitung« hob hervor, daß sich ein kommunistischer Redner mit Thälmanns Ausführungen »voll und ganz einverstanden« erklärte. In allen Versammlungslokalen wurde eine Resolution angenommen, in der die Teilnehmer »flammenden Protest gegen die Haltung der Regierung gegenüber den putschistischen Vorgängen in Berlin« erhoben. Die Versammelten seien sich darüber im klaren, daß das Vorgehen der Reaktionäre durch die Haltung der sozialdemokratischen Minister in der Regierung begünstigt worden sei. »Das Proletariat gelobt«, hieß es in der Resolution weiter, »geschlossen diesen Schlag zu parieren; ... nicht um die Ministersessel der an diesen Zuständen Mitschuldigen zu schützen, sondern [um] für die Freiheit des Proletariats, für die Verwirklichung des Sozialismus mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln einzutreten.« Die revolutionären Hamburger Arbeiter forderten unter anderem die Freilassung aller politischen Gefangenen, die volle Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit, die Aufhebung des Belagerungszustandes und die sofortige Beseitigung der Kriegsgerichte sowie die Entwaffnung der Reichswehr. Die Resolution endete mit den Sätzen: »Den tapferen russischen Freiheitskämpfern senden wir unsere herzlichsten Sympathiegrüße zu ihrem heroischen Befreiungskampfe gegen den Weltimperialismus. Wir wissen uns einig mit dem russischen Proletariat, seine Niederlage ist unsere Niederlage, sein Sieg ist unser Sieg!«⁵

Wenige Wochen später unternahm die Konterrevolution eine neue Provokation. Als am 13. Januar 1920 Zehntausende Berliner Arbeiter vor dem Reichstagsgebäude dagegen demonstrierten, daß die Nationalversammlung ein Gesetz zur Knebelung der Betriebsräte annehmen wollte, gab Gustav Noske, der sozialdemokratische Reichswehrminister, dem monarchistischen General Walther von Lüttwitz den von ihm verlangten Schießbefehl. 42 Tote und 105 Verwundete wurden Opfer des Blutbades, das den Weg zur Annahme des reaktionären Betriebsrätegesetzes frei machte.

In wichtigen Versammlungen protestierten Hamburger Arbeiter am 16. Januar, wie ihre Klassengenossen in ganz Deutschland, gegen das Gemetzel der Noske-Truppen vor dem Reichstag in Berlin. Ernst Thälmann sprach im Hafengebiet, in Rothenburgsort. Er gedachte zunächst, wie die Redner in den anderen von der USPD einberufenen Versammlungen, der

⁵ Ebenda, 24. November 1919.

Gründer der Kommunistischen Partei Deutschlands, Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, die ein Jahr zuvor von der Konterrevolution ermordet worden waren, sowie der anderen seitdem gefallenen Revolutionäre. Ernst Thälmann charakterisierte das Betriebsrätegesetz als ein »Schandgesetz«, da es, wie es in der angenommenen Entschliebung hieß, eine »Vergewaltigung der Arbeiterrechte« bedeutete und »nur dem Interesse des Unternehmertums Rechnung« trug. Die Versammelten lehnten das reaktionäre Betriebsrätegesetz ab und forderten »das volle Mitbestimmungs- und Kontrollrecht« der Arbeiter in den Betrieben.⁶ In der Sitzung der Bürgerschaft am 5. März 1920 gab Ernst Thälmann der Überzeugung Ausdruck, daß sich die Räteidee auch in Deutschland durchsetzen werde, »genauso, wie es in Rußland der Fall gewesen ist«.⁷

Im März 1920 glaubte sich die extreme Konterrevolution stark genug, um ihre unverhüllte Diktatur errichten zu können. Hatten Monopolbourgeoisie und Militärclique die rechten sozialdemokratischen Führer bis dahin als Feigenblatt benutzt, so hielt ihr reaktionärster Flügel jetzt die Zeit für gekommen, um allein die Regierungsgeschäfte zu führen.

In den Morgenstunden des 13. März hielten die Straßen Berlins vom Marschtritt konterrevolutionärer Formationen wider. Unter den schwarz-weiß-roten Fahnen des Kaiserreiches rückte die Marinebrigade Ehrhardt in die Stadt ein. Kampflos besetzten die Putschisten das Regierungsviertel. Sie proklamierten eine neue Regierung mit dem Vertreter der ostpreußischen Junker Wolfgang Kapp als Reichskanzler und dem Arbeiterschlächter General von Lüttwitz als Reichswehrminister, erklärten die Nationalversammlung für aufgelöst und bedrohten jeglichen Widerstand mit der Todesstrafe. Auch im übrigen Deutschland schlugen die militaristischen Verschwörer los. Hinter den Putschisten standen solche Monopolgewaltigen wie Borsig, Mannesmann und Stinnes und reaktionäre Politiker wie Hugenberg. Die Koalitionsregierung des rechten Sozialdemokraten Bauer floh nach Dresden und von dort weiter nach Stuttgart.

Einmütig erhob sich die Arbeiterklasse gegen die dem werktätigen Volk drohende Gefahr. Als die ersten Meldungen vom Kapp-Putsch in den Morgenstunden des 13. März 1920 in Hamburg eintrafen, traten die Arbeiter, entsprechend einem Aufruf der Hamburger Betriebsräteorgani-

6 Ebenda, 17. Januar 1920.

7 Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg im Jahre 1920, o. O. u. J., S. 311.

sation und der Gewerkschaftsverbände⁸, geschlossen in den Generalstreik. Einen gemeinsamen Streikaufruf erließen auch die Parteivorstände der Sozialdemokratischen Partei und der Deutschen Demokratischen Partei Hamburgs.⁹ Während in diesen Aufrufen die Arbeiter aufgefordert wurden, für die bürgerliche Republik und die verfassungsmäßige Regierung in den Ausstand zu treten, wies die Bezirksorganisation Wasserkante der USPD vor allem auf die Hintergründe des Putsches und die Ziele der revolutionären Arbeiter in ihrem Kampf gegen die Putschisten hin. »Was wir immer wieder vorausgesagt haben, ist eingetroffen«, hieß es in ihrem Aufruf. »Die reaktionäre Kamarilla hat versucht, durch einen Militärputsch die Zügel der Regierung zu ergreifen und die unverhüllte Diktatur des Kapitals zu errichten... Die Militär- und Junkerkaste hat das Feigenblatt der formalen Demokratie abgeworfen. Die Ebert-Noske-Bauer ernten das, was sie gesät haben... Wir kämpfen nicht für eine arbeiterfeindliche Regierung, die ist das kostbare Blut des Volkes nicht wert. Wenn wir in den Kampf eingreifen, so gilt es, durch die Überwindung der Reaktion, durch die Zertrümmerung des Militarismus den Weg frei zu machen für die Entwicklung zum Sozialismus.«¹⁰

Auf einer Parteiversammlung erklärte Ernst Thälmann in diesem Sinne, »daß die USP nicht in diese Aktion eingetreten ist, um etwa die Regierung Ebert-Noske zu stützen. Daran haben wir gar kein Interesse, für uns kommt es darauf an, die Situation für das revolutionäre Proletariat auszunutzen.«¹¹

Der Generalstreik der Hamburger Arbeiter war bereits in den Nachmittagsstunden des 13. März allgemein. Nicht nur die Arbeiter der Werften und der Industriebetriebe streikten, auch die Straßen- und Hochbahnen standen still. Die Angestellten und Beamten der Verwaltungen und Betriebe schlossen sich den Arbeitern an. »Das Erfreuliche

8 Vgl. Arbeiterklasse siegt über Kapp und Lüttwitz, Bd. 7/II, S. 612.

9 Vgl. Sozialdemokratischer Verein für das hamburgische Staatsgebiet. Jahresbericht der Landesorganisation für zwei Geschäftsjahre, vom 1. April 1919 bis 31. März 1921, Hamburg 1921, S. 22.

10 HVZ, 17. März 1920. — Im Aufruf wurde u. a. verlangt: »3. Nach Überwindung der Putschisten Lüttwitz-Kapp unverzüglichen Rücktritt der Regierung Ebert-Noske. 4. Danach für die Übergangszeit eine Regierung, welche die Garantien gibt für die unbedingte Aufrechterhaltung aller freiheitlichen Rechte.« (Ebenda.)

11 Ebenda, 19. März 1920. — Im Gegensatz dazu riefen linkssektiererische Kräfte in der Hamburger KPD-Organisation um Fritz Wolffheim zu Beginn des Putsches zur »Neutralität« auf. (Vgl. Hamburgischer Correspondent, 15. März 1920.)

für uns in Hamburg«, schätzte Ernst Thälmann ein, »ist jedenfalls, daß in diesen Tagen der Geist des Proletariats... unbedingt revolutionär gewesen ist.«¹²

Während die linken Kräfte der USPD Hamburgs um Ernst Thälmann und Hermann Reich zum konsequenten Kampf gegen die militaristische Reaktion bis zu deren völliger Entmachtung aufriefen, suchten die rechten Kräfte, deren Exponenten die Bürgerschaftsabgeordneten Paul Bergmann und Ferdinand Kalweit waren, einen faulen Kompromiß mit den rechten Führern der SPD und mit der Demokratischen Partei. Gestützt auf die Mehrheit der Bürgerschaftsfraktion der USPD, traten sie in einen Ausschuß der Bürgerschaft und des Senats ein, der alle Maßnahmen gegen die Putschisten leiten, zugleich aber den Protest der Arbeiter in Bahnen lenken sollte, die die bürgerliche Ordnung nicht gefährdeten.

In Anbetracht der Tatsache, daß sich der Befehlshaber der Garnison in Altona, Oberst von Wangenheim, mit seinem Stab und ihm ergebenen Truppenteilen offen auf die Seite der Putschisten gestellt hatte, sah sich die Bürgerschaft jedoch unter dem Druck der streikenden Arbeiter gezwungen, einen Beschluß zu fassen, wonach sich alle »waffenfähigen Männer ohne Unterschied der Parteirichtung, die zum Schutze der Republik entschlossen sind«¹³, zur Verstärkung der Einwohnerwehr zur Verfügung stellen sollten. Diese Bewaffnung von Teilen der Arbeiterschaft war ein erster Erfolg der revolutionären Kräfte gegenüber den Bestrebungen rechter Führer der Sozialdemokratie, die Aktivität des Proletariats in möglichst engen Grenzen zu halten. »Das Straßenbild in Hamburg wird lebendiger«, hieß es in einem Zeitungsbericht über die Situation am 15. März. »Das Neuartige sind die in voller Ordnung durch die Straßen marschierenden geschlossenen Trupps Zivilisten, Arbeiter, Angestellte und Bürger, die zu ihren Sammelplätzen und zum Waffenempfang marschieren.«¹⁴

Dank der Breite und Festigkeit der Streikfront konnten die Putschisten um Oberst von Wangenheim keine größeren Erfolge erringen. Ihre Versuche, die Stadt unter ihre Kontrolle zu bringen, scheiterten. Schon am 15. März mußten Wangenheim und sein Stab Altona verlassen. Die Hamburger Arbeiter, Angestellten und Beamten hatten einen Sieg er-

rungen. Anstatt diesen Sieg nun aber zu festigen und den in anderen Teilen Deutschlands noch gegen die Konterrevolution Kämpfenden Hilfe zu leisten, hatten die rechten sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer in Hamburg nichts Eiligeres zu tun, als den Generalstreik für beendet zu erklären. Auf einer Versammlung der Hamburger Betriebsräte am Morgen des 16. März setzten sie einen Beschluß durch, der die Arbeiter und Angestellten aufforderte, den Kampf einzustellen und die Arbeit wieder aufzunehmen.¹⁵

Die Mehrheit der Mitglieder und Funktionäre der Hamburger USPD wollte jedoch den Generalstreik fortsetzen. In den Versammlungen, die die USPD am 16. März nachmittags in den verschiedenen Stadtteilen abhielt, protestierten die meisten Redner gegen den Abbruch des Generalstreiks. Ernst Thälmann sprach auf den Versammlungen in Bans' Gesellschaftshaus und im Conventgarten. »Unserer Ansicht nach hätte der Streik nicht zu Ende sein dürfen«, rief er den Arbeitern zu. Er forderte die Versammelten auf, die Waffen mit zur Arbeitsstelle zu nehmen, um für »besondere Ereignisse« gerüstet zu sein.¹⁶ »Die revolutionäre Arbeiterschaft«, hieß es in der angenommenen Entschließung, »darf in dem Kampfe, der jetzt entbrannt ist, nicht tatenlos beiseite stehen... Noch ist die Gefahr der Reaktion nicht endgültig beseitigt.«¹⁷

Der einmütig geführte Generalstreik und die Erfolge der Arbeiter im bewaffneten Kampf zwangen am 17. März die Regierung Kapp zum Rücktritt. In der größten proletarischen Einheitsaktion seit der Novemberrevolution hatten die Arbeiter bewiesen, daß sie unüberwindlich sind, wenn sie gemeinsam kämpfen. Dank ihrer Aktionseinheit konnte die Arbeiterklasse breite Schichten der Werktätigen, Angehörige der Mittelschichten, der Intelligenz und des demokratischen Bürgertums in den Kampf einbeziehen, die Errichtung einer offenen Militärdiktatur verhindern und die demokratischen und sozialen Errungenschaften der Novemberrevolution verteidigen. Im offenen Kräftemessen mit der Arbeiterklasse erlitt der Militarismus eine Niederlage.

Die sich erneut zusammenschließende Konterrevolution, unterstützt von den rechten sozialdemokratischen Führern, sah jetzt ihr Hauptziel

12 HVZ, 17. März 1920.

13 Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg 1920, S. 388. – Vgl. auch ebenda, S. 390.

14 Hamburger Echo, 16. März 1920, Morgenausgabe.

15 Vgl. ebenda, 17. März, Morgenausgabe; 16. März, Abendausgabe.

16 HVZ, 19. März 1920. – Staatsarchiv Bremen, Bestand 4,65. Polizeidirektion – Nachrichtenstelle (im folgenden: StA Bremen, Bestand 4,65), IV 4e, Bd. 1. (Eingesehen in: StA Hamburg, Foto-Archiv, Film-Nr. S 10976.)

17 Hamburger Nachrichten, 17. März 1920, Morgenausgabe.

darin, die Arbeiter um die Früchte ihres Sieges zu bringen, den Generalstreik überall zu beenden und die Arbeiter zu entwaffnen. Bereits am 18. März gab der Kommandeur der Sicherheitswehr von Hamburg, Oberst Meyn, bekannt, daß die an die Arbeiter ausgegebenen Waffen wieder eingezogen würden.¹⁸ Diese Maßnahme, die selbst sozialdemokratische Funktionäre »taktisch nicht für richtig«¹⁹ hielten, rief unter den revolutionären Arbeitern tiefe Empörung hervor. Am 19. März waren in Hamburg mit Soldaten und Sicherheitswehren besetzte Kraftwagen unterwegs, um Waffenscheine und Waffen einzusammeln.²⁰ Ein von der USPD Hamburgs gebildeter Aktionsausschuß, dem neben Ernst Thälmann als Vorsitzenden weitere drei linke Funktionäre und ein Anhänger der Rechten angehörten, rief daraufhin die Arbeiter erneut zum Generalstreik auf: »Die Arbeiterschaft soll entwaffnet werden. Das ist eine Provokation... Das Gewehr in der Hand der Arbeiter ist die Grundlage der Freiheit. Tretet ein in den Generalstreik! Heraus aus den Betrieben!«²¹ In einer Mitgliederversammlung der USPD am 19. März im »bis auf den letzten Platz gefüllten« großen Saal des Gewerkschaftshauses nahmen die Teilnehmer eine Resolution an, die den Kampfwillen der revolutionären Hamburger Arbeiter zum Ausdruck brachte. Die Arbeiter wurden aufgerufen, für folgende Forderungen erneut in den Generalstreik zu treten: sofortige Einstellung der Einziehung der Waffen; Rückgabe aller bisher eingezogenen Waffen; Bewaffnung des gesamten Proletariats; Unterstützung der kämpfenden Arbeiterschaft in Kiel; Befreiung der politischen Gefangenen und Inhaftierten.²²

Die Hamburger Kommunisten, die sich Ende Februar 1920 von den linkssektiererischen Kräften getrennt hatten, unterstützten den erneuten Generalstreikaufruf der USPD. In einem Aufruf der KPD hieß es: »Kommunisten! Die Konterrevolution will im Verein mit der Sozialdemokratie die Arbeiterklasse wieder entwaffnen... Kein revolutionärer Arbeiter darf wieder an die Arbeit gehen, bevor die Bewaffnung der

18 Vgl. HVZ, 19. März 1920.

19 Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg 1920, S. 412.

20 Vgl. HVZ, 19. März 1920. – Es gelang der Reaktion jedoch nicht, alle Waffen zurückzubekommen. So weigerten sich die Arbeiter in Schiffbek, »die Waffen herauszugeben, worauf die Autos den Rückzug antraten. Die Arbeiterwehr stellte Posten auf und wird selbst für Ruhe und Ordnung sorgen.« (Ebenda.)

21 Ebenda.

22 Vgl. ebenda, 20. März 1920.

Arbeiterklasse im Betriebe durchgeführt wird. Der Aktionsausschuß der USP hat zum Generalstreik aufgerufen. Wo immer sich in Hamburg Kämpfe entspinnen werden, werden die Kommunisten in der vordersten Reihe kämpfen.«²³

Dem Streikaufruf folgten am Nachmittag des 19. März die Arbeiter mehrerer Werften. Sie verließen ihre Arbeitsstätten, um sich auf dem Heiligengeistfeld zu einer Kundgebung gegen die Entwaffnung der Arbeiter zu versammeln. Sicherheitsmannschaften gingen jedoch gegen die Arbeiter vor und zerstreuten die Ansammlungen. Auch am 20. März befanden sich noch zahlreiche Werftarbeiter im Ausstand. Auf einigen Werften war der Streik allgemein. Eine geschlossene Aktion der Hamburger Arbeiter kam aber wegen des vorherrschenden Einflusses der sozialdemokratischen Parteiorganisation und der Gewerkschaftsbürokratie nicht zustande. Am 22. März wurde die Arbeit überall wieder aufgenommen.

In den Tagen des Generalstreiks zur Abwehr des Kapp-Putsches waren in der Ortsorganisation Hamburg der USPD die tiefgehenden Differenzen zwischen dem von Bergmann und Kalweit repräsentierten rechten Flügel und dem von Thälmann und Reich repräsentierten linken Flügel offen aufgebrochen. Die bürgerliche »Neue Hamburger Zeitung« schrieb am 16. März in ihrer Abendausgabe, »daß innerhalb der Unabhängigen selbst zwei Flügel bestehen: Der eine Flügel neigt trotz mancher Gegensätzlichkeiten mehr einer geordneten Entwicklung zu, wie sie die Mehrheitssozialisten wollen; der andere Flügel aber unter der Führung von Reich und Thälmann steht so weit links, daß er von den Kommunisten, Spartacisten und wie diese Linksradikalen sonst noch heißen mögen sich in seiner Zielrichtung kaum noch unterscheidet.«

Um der offenen Kritik der Parteiorganisation an ihrer Haltung zuvorzukommen, faßten die Rechten in der Bürgerschaftsfraktion der USPD am 18. März einen gegen Ernst Thälmann und Hermann Reich gerichteten Beschluß. Die Redaktion der »Hamburger Volks-Zeitung« lehnte es jedoch ab, diesen Beschluß zu veröffentlichen.²⁴ Daraufhin verbreiteten ihn seine Initiatoren als Flugblatt, das auch vom sozialdemokratischen »Hamburger Echo« abgedruckt wurde. Die elf Unterzeichner lehnten es ab, »noch länger die Verantwortung für die Politik von Thälmann und Reich zu übernehmen«, und sprachen den beiden linken

23 StA Bremen, Bestand 4,65, IV 4e, Bd. 1.

24 Vgl. HVZ, 19. März 1920. – Hamburger Echo, 24. März 1920, Morgenausgabe.

Bürgerschaftsabgeordneten »ihr schärfstes Mißtrauen... für ihre die Politik der Fraktion durchkreuzenden Handlungen«²⁵ aus.

Die Hamburger Mitgliedschaft der USPD urteilte anders; sie stellte sich hinter Ernst Thälmann und Hermann Reich und ihre revolutionäre Politik. Am 25. März sprach die außerordentliche Sitzung des USPD-Beirates von Hamburg ihrerseits der Bürgerschaftsfraktion außer Thälmann und Reich das Mißtrauen aus und forderte die Unterzeichner des provokatorischen Beschlusses auf, ihr Mandat in der Bürgerschaft niederzulegen. Am 1. April 1920 erklärte eine stark besuchte Mitgliederversammlung der USPD im großen Saale des Gewerkschaftshauses ihre Entrüstung über das Verhalten der elf rechten Abgeordneten. Die Unterzeichner seien sofort abzurufen. Die Fraktion habe nur im Sinne der Leipziger Parteitagebeschlüsse zu handeln.²⁶ Eine Konferenz aller Ortsvereine der USPD des Hamburger Staatsgebietes am 18. April stellte sich schließlich in Anwesenheit des Sekretärs des Zentralkomitees, Walter Stoecker, nach sechsstündiger Aussprache mit 69 gegen 6 Stimmen hinter Thälmann und Reich.²⁷ Ein Spitzelbericht schätzte ein, daß in den Versammlungen der USPD die Meinungen hart aufeinanderprallten. »Die Anhänger der radikalen Richtung unter Reich und Thälmann sind immer in der Mehrheit.« Bergmann und Kalweit würden »als Verräter des Proletariats bezeichnet«.²⁸

An die Stelle der elf rechten Bürgerschaftsabgeordneten traten Nachfolgekandidaten. Damit verloren die Rechten eine ihrer stärksten Positionen.

Die Politik Ernst Thälmanns hatte einen bedeutenden Sieg in der USPD errungen. Dieser wurde weiter ausgebaut, als am 14. Mai 1920 – ein Jahr nach der Wahl Ernst Thälmanns zum ehrenamtlichen Vorsitzenden – die Ortsleitung Hamburg neu gewählt wurde. Die Versammlung bestätigte ihn erneut als Vorsitzenden des Ortsvorstandes. Exponierte

25 Hamburger Echo, 24. März 1920, Morgenausgabe.

26 Vgl. ebenda, 27. März 1920, Abendausgabe. – HVZ, 3. April 1920. – Die HVZ kommentierte die Ergebnisse der Versammlung wie folgt: »Damit hat die Hamburger Mitgliedschaft der USP ein für allemal dokumentiert, daß es in der USPD keinen Boden für Reformismus geben darf und unsere Partei, treu den Beschlüssen des Leipziger Parteitages, an dem Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats und zum revolutionären Rätesystem festzuhalten hat.« (Ebenda.)

27 Vgl. HVZ, 19. April 1920. – Zum Hamburger Staatsgebiet gehörten neben der Stadt Hamburg u. a. die Städte Bergedorf und Cuxhaven sowie mehrere Landgebietsteile.

28 StA Bremen, Bestand 4,65, IV 4e, Bd. 1.

Vertreter des rechten Flügels wurden nicht wiedergewählt.²⁹ Veränderungen erfolgten auch in anderen Gremien: Im April wurden die Funktionen des Vorsitzenden und des Sekretärs des Bezirksvorstandes und die Chefredaktion der »Hamburger Volks-Zeitung« mit Vertretern des linken Flügels besetzt. Im Juni erfolgte die Neuwahl der Pressekommission.³⁰

W. I. Lenin schrieb zu dieser Zeit in seinem Werk »Der ›linke Radikalismus‹, die Kinderkrankheit im Kommunismus« über die Situation in der USPD: »Jetzt, im Jahre 1920, nach all den schmachvollen Bankrotten und Krisen der Kriegszeit und der ersten Nachkriegsjahre, ist deutlich zu sehen, daß von allen Parteien des Westens gerade die deutsche revolutionäre Sozialdemokratie die besten Führer hervorgebracht und sich auch schneller erholt hat, schneller genesen und wiedererstarkt ist als die anderen. Das sieht man sowohl am Spartakusbund als auch am linken, proletarischen Flügel der ›Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands‹, der einen unentwegten Kampf gegen den Opportunismus und die Charakterlosigkeit der Kautsky, Hilferding, Ledebour und Crispian führt.«³¹

9

Für den Anschluß an die Kommunistische Internationale und die Vereinigung mit der KPD

In der USPD hatten sich die Auseinandersetzungen verschärft. Im Mittelpunkt standen dabei die Debatten um den Anschluß an die Kommunistische Internationale. Unter dem Druck der Mehrheit der Mitgliedschaft sprachen sich nun auch rechte Führer für den Anschluß aus, aber – wie Artur Crispian, einer der Vorsitzenden der USPD, erklärte – »nicht ohne Bedingungen«¹, sie waren für einen Anschluß, der den

29 Vgl. HVZ, 17. Mai 1920.

30 Vgl. ebenda, 27. April, 19. Juni 1920.

31 W. I. Lenin: Werke, Bd. 31, S. 18.

1 Die Sozialistische Republik (Köln), 24. Februar 1920.

Zentrismus – statt ihn in der USPD zu überwinden – in die Kommunistische Internationale hineinragen sollte. Die rechten Führer verfolgten das Ziel, wie Lenin später – bei der Vorbereitung des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale – schrieb, in der Internationale »eine ›Autonomie‹ zu behalten, die ihnen die Möglichkeit geben soll, ihre frühere opportunistische oder ›zentristische‹ Politik fortzusetzen«².

Diesen Versuchen stellten sich die revolutionären Mitglieder und Funktionäre der USPD entgegen. Sie forderten, wie schon vor dem Leipziger Parteitag, den vorbehaltlosen Anschluß der USPD auf der Grundlage der vom Gründungskongreß der Kommunistischen Internationale gefaßten Beschlüsse. Unterstützt wurden sie hierbei vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale und von der KPD.

Am 5. Februar 1920 richtete das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale ein Schreiben »An alle Arbeiter Deutschlands, an die Reichszentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands und an den Parteivorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands«. Es war die Antwort auf einen Brief des Zentralkomitees der USPD an 19 ausländische Parteien und Gruppen sowie an das EKKI³, in dem die wichtigsten Ergebnisse des Parteitages mitgeteilt worden waren. Gestützt auf Lenins Hinweise, kritisierte das leitende Organ der Kommunistischen Internationale die Politik der rechten Führer der USPD, begrüßte den unter dem Druck der revolutionären Mitglieder herbeigeführten Bruch mit der II. Internationale und lud eine Delegation der USPD zu Verhandlungen ein.

Der Brief des EKKI spielte auf den Versammlungen der USPD Hamburgs und in Artikeln der »Hamburger Volks-Zeitung« eine große Rolle. Die Zeitung veröffentlichte wichtige Arbeiten W. I. Lenins, so am 8. und 9. April 1920 »Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale«. Immer nachdrücklicher wurde in der Hamburger wie in anderen Organisationen der USPD die Entsendung einer Delegation nach Moskau verlangt, um den Anschluß an die Kommunistische Internationale zu vollziehen.

Bereits am 26. Februar hatte eine Funktionärberatung der Hamburger USPD von der Parteileitung in Berlin »schnellstens Aufklärung« darüber gefordert, »wie weit die Arbeiten betreffs Anschluß an die Dritte Inter-

2 W. I. Lenin: Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale. In: Werke, Bd. 31, S. 193.

3 Vgl. Freiheit (Berlin), 1. Januar 1920, Morgenausgabe; 25. Juni 1920, Morgenausgabe.

nationale gediehen sind«.⁴ Am 1. Mai waren Zehntausende Hamburger Arbeiter im Zeichen des proletarischen Internationalismus zur Maikundgebung der USPD auf der Moorweide, einer Grünanlage am Bahnhof Dammtor, aufmarschiert, wo auch Ernst Thälmann zu den Versammelten sprach.⁵ Am 11. und 12. Mai publizierte die »Hamburger Volks-Zeitung« schließlich als eine der ersten Zeitungen der USPD das Schreiben des Exekutivkomitees im vollen Wortlaut – das Zentralorgan der KPD, »Die Rote Fahne«, hatte es schon Ende April abgedruckt⁶ – und durchbrach damit die Totschweigetaktilk der rechten Führer.

Gertrud Meyer, damals Mitglied der USPD in Köln, erinnert sich an eine Unterredung, die sie im Mai 1920 in Hamburg mit Ernst Thälmann hatte. Die Kölner Mitglieder der USPD, unter denen Franz Dahlem als Redakteur der »Sozialistischen Republik« eine hervorragende Rolle spielte, waren größtenteils für den Anschluß der USPD an die Kommunistische Internationale. In der Aussprache ging es um das Verhältnis der USPD zur KPD und um ihre spätere Vereinigung. Ernst Thälmann äußerte, daß man »nichts übers Knie brechen« solle, es gehe »um die Entwicklung einer Massenbewegung. Die Kommunistische Partei, wie Lenin sie sich vorstellt, kann nicht nur die Partei der guten Genossen sein, sondern muß eine Partei der Massen sein.«⁷ Für Ernst Thälmann kam es darauf an, möglichst viele Mitglieder für den Anschluß an die Kommunistische Internationale und für die Vereinigung mit der KPD zu gewinnen.⁸

Auch in der Kampagne zu den Reichstagswahlen, die für den 6. Juni 1920 vorgesehen waren, zeigte sich der gewachsene Einfluß des linken Flügels der USPD. In Hamburg stellten die Mitglieder der USPD am 9. Mai in einer Urwahl die Kandidaten für den Hamburger Wahlkreis auf. Als Spitzenkandidaten wurden neben Ernst Thälmann die ebenfalls zum

4 HVZ, 4. März 1920.

5 Vgl. ebenda, 3. Mai 1920.

6 Vgl. Die Rote Fahne (Berlin), 26.–28. April 1920.

7 Gertrud Meyer: Erinnerungen an Ernst Thälmann. In: Neue Zeit (Moskau), 1969, H. 33, S. 18.

8 Wilhelm Florin gibt in einer Niederschrift über Ernst Thälmann aus der Erinnerung einen Brief wieder, den Ernst Thälmann Ende 1919 an befreundete Genossen der Kölner USPD gerichtet habe und in dem er auf sein Verhältnis zur KPD eingegangen sei. In dem Brief habe es geheißen, daß es darauf ankomme, die KPD durch die Vereinigung zu einer Massenpartei zu machen. Der Satz: »Wenn ich meinem Herzen nachginge, wäre ich schon längst in den Spartakusbund eingetreten« (IML, ZPA, NL 3/62.), dürfte in dieser Form nicht geschrieben worden sein, da er dem Entwicklungsstand Ernst Thälmanns im Jahre 1919 nicht entspricht.

linken Flügel zählenden Funktionäre Hermann Reich und Wilhelm Herzog benannt.⁹

Die Teilnahme an den Reichstagswahlen war für Ernst Thälmann und seine Kampfgefährten nicht Selbstzweck. Sie sahen ihre Aufgabe darin, sie zu nutzen, um die Massen aufzurütteln.¹⁰ Ernst Thälmann warnte auf Veranstaltungen der USPD immer wieder vor parlamentarischen Illusionen. Auf einer Versammlung am 2. Mai 1920 hob er hervor: »Wir benutzen das Parlament nur, um von der Tribüne zu den Massen zu sprechen... Wir gehen ins Parlament aus demselben Grunde wie in die Gewerkschaften. Wir wollen die Massen revolutionieren... Wir müssen den Massen sagen, die Mitarbeit unserer revolutionären Kämpfer im Reichstag kann nur Erfolg haben, wenn sie in Verbindung mit der Aktion der Straße steht.«¹¹

Um sich voll den Wahlvorbereitungen widmen zu können, beantragte Ernst Thälmann als Reichstagskandidat Urlaub, der vom Arbeitsamt auch gewährt wurde. Gemeinsam mit den anderen Mitgliedern der Ortsleitung der USPD organisierte er den Wahlkampf und den Referateneinsatz. In den Mittelpunkt stellten die linksorientierten Funktionäre der Hamburger USPD jene Fragen, die die arbeitenden Menschen bewegten. In ihren Wahlaufrufen legten sie dar, daß die Nöte und Sorgen der Werktätigen, das Elend und die Arbeitslosigkeit nicht innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung beseitigt werden können.¹²

Ernst Thälmann ließ keinen Zweifel daran, daß »die Schwierigkeiten und die ganze wirtschaftliche Krise... nicht überwunden« werden »durch einen Burgfrieden mit dem Kapital, sondern nur durch ein scharfes Herausarbeiten der Klassengegensätze zwischen der ausbeutenden Minorität und der ausgebeuteten Majorität«.¹³ Am 18. Mai war er einer der Redner auf einer Massenversammlung ausgesperrter und streikender Arbeiter und Angestellter der Hamburger Werften. Da die Zugänge zum Versammlungsort, dem Heiligengeistfeld, von Sicherheitspolizei gesperrt worden waren, mußte die Versammlung im großen Saal des Conventgartens stattfinden. Ende Mai sprach Ernst Thälmann auf dem Ohlsdorfer

Friedhof während der Beisetzung von drei Arbeitern, die bei einer Erwerbslosendemonstration von der Sicherheitspolizei des sozialdemokratischen Polizeisenators Karl Hense erschossen worden waren. Er prangerte die Politik der rechten Führer der SPD an, die auch im Parlament mit der Bourgeoisie zusammenarbeiteten.¹⁴

Ernst Thälmann nutzte während des Wahlkampfes auch die Tribüne der Bürgerschaft, um die Politik des Koalitionssenats zu entlarven und Vorschläge für die Verbesserung der Lage der Werktätigen zu unterbreiten. So setzte er sich dort am 28. Mai für die Linderung der Not der Kriegsbeschädigten ein. In der gleichen Sitzung kritisierte er die reaktionäre Justiz, die gegen revolutionäre Arbeiter harte Strafen verhängte, offene Konterrevolutionäre aber schonte.¹⁵

Die Wahlen wurden im Hamburger Wahlkreis für die USPD ein großer Erfolg. Sie erhielt – bei 24 000 Mitgliedern – 84 518 Stimmen und konnte damit ihre Stimmenzahl gegenüber den Wahlen zur Bürgerschaft im März 1919 verdoppeln und ein Reichstagsmandat erringen. Es fiel an Hermann Reich, der bei der Urwahl zur Kandidatenaufstellung einige Stimmen mehr als Ernst Thälmann erhalten hatte. Stimmenverluste mußte die SPD hinnehmen. Für sie stimmten jetzt noch 215 293 Wähler. Im Vergleich zu den Bürgerschaftswahlen vom Vorjahr hatte die SPD mehr als 50 000 Stimmen eingebüßt.¹⁶

Die KPD, die erstmalig an den Wahlen teilnahm, konnte in Hamburg 2929 Stimmen erringen.¹⁷ Zu dieser Zeit bestand die Hamburger KPD nur aus jener Minderheit um Rudolf Lindau, die sich zu den Beschlüssen des 2. und 3. Parteitages der KPD bekannte. Die Mehrheit hatte sich Ende Februar in einer Mitgliederversammlung für die linkssektiererische Opposition erklärt¹⁸, die seit dem 2. Parteitag ihre parteifeindliche Politik fortgesetzt hatte und daraufhin vom 3. Parteitag im Februar 1920 aus der KPD ausgeschlossen worden war. Die anarchosyndikalistischen Kräfte gliederten sich später der linkssektiererischen Splittergruppe Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD) an. Allmählich gelang es der Ortsgruppe der KPD, in deren Händen die »Kommunistische Arbeiter-

9 Vgl. HVZ, 11. Mai 1920.

10 Vgl. ebenda, 8., 10. Mai 1920.

11 Ebenda, 7. Mai 1920.

12 Vgl. StA Hamburg, Arbeitsverwaltung, Personalakten, 76; Bestand 224, Reichstagswahl 6. Juni 1920. Unabhängige Sozialdemokratische Partei.

13 HVZ, 3. Juni 1920.

14 Vgl. StA Bremen, Bestand 4,65, IV 4e, Bd. 1.

15 Vgl. Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg 1920, S. 697, 709.

16 Vgl. HVZ, 17. Mai 1920. – Die Reichstagswahl am 6. Juni 1920 im 15. Wahlkreis, S. 60.

17 Vgl. Die Reichstagswahl am 6. Juni 1920 im 15. Wahlkreis, S. 60.

18 Vgl. StA Bremen, Bestand 4,65, IV 4e, Bd. 1.

zeitung« verblieb, sich zu konsolidieren und ihren Einfluß unter den Arbeitern zu vergrößern.

Auf einer Parteiversammlung der USPD am 18. Juni wertete Ernst Thälmann das Wahlergebnis aus. Er wandte sich gegen Bestrebungen innerhalb der USPD, gemeinsam mit der SPD und bürgerlichen Parteien eine Regierung zu bilden. Dementsprechend sprach sich die Versammlung dagegen aus, daß »die unabhängige Sozialdemokratie sich im gegenwärtigen Stadium des Kampfes auf Verhandlungen oder gar auf eine Regierungskoalition mit den Rechtssozialisten einläßt, weil sie dadurch den der Revolution gefährlichen Glauben nährt, daß es sich bei den Rechtssozialisten... um eine sozialistische Partei handele und daß parlamentarische Minister den Widerstand des Bürgertums auf gesetzlichem Wege brechen könnten. Nur klarer Klassenkampf, dessen Schwergewicht außerhalb des Parlaments liegt und der mit allen erfolgverheißenden Mitteln geführt werden muß, kann uns unserem Ziele, dem Sozialismus, näherbringen.«¹⁹ In einem Brief der Bezirksleitung Wasserkante an das Zentralkomitee der USPD, an dessen Abfassung Ernst Thälmann maßgeblich beteiligt war, wurde ebenfalls die richtige Auffassung vertreten, »daß es auf Grund unseres Aktionsprogramms in der gegenwärtigen Situation keine Möglichkeit geben kann, in eine parlamentarische sozialistische Koalitionsregierung einzutreten«. Eine Regierung der Arbeiterparteien könne nur das Ergebnis »erfolgreicher revolutionärer Aktionen« sein.²⁰

In der Versammlung am 18. Juni kritisierte Ernst Thälmann scharf »die geübte Lässigkeit in dem Meinungs Austausch mit Moskau und dem Anschluß an die Dritte Internationale«. Es sei nötig, »rechtzeitig für eine zuverlässige Vertretung auf dem Moskauer Juli-Kongreß²¹ zu sorgen«. Die Versammelten nahmen eine Resolution an, in der, Thälmanns Vorschlag entsprechend, verlangt wurde, eine Kommission nach Sowjetrußland zu entsenden, »um dort mit den Vertretern der Dritten Internationale zu verhandeln und, gemäß dem Parteitagsbeschluß, unseren Anschluß zu vollziehen. Die Hamburger Genossen empfinden es als unseres Kampfes und unserer politischen Bedeutung in Deutschland unwürdig, daß wir

19 HVZ, 19. Juni 1920.

20 Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages in Halle vom 12. bis 17. Oktober 1920, Berlin o. J., S. 51.

21 Gemeint ist der II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale im Juli/August 1920.

nicht auch im engsten Einvernehmen mit den revolutionären sozialistischen Parteien der anderen Länder tätig sind.«²²

Dieses Bekenntnis zum proletarischen Internationalismus war keine bloße Deklaration. Als die reaktionären polnischen Gutsbesitzer und Kapitalisten im Frühjahr 1920 mit Unterstützung des französischen und des englischen Imperialismus den dritten Interventionskrieg gegen Sowjetrußland entfesselt hatten, stellten sich linke USPD-Funktionäre gemeinsam mit den Kommunisten an die Spitze der Bewegung »Hände weg von Sowjetrußland!«. »Der Kampf gegen Sowjetrußland«, hieß es in einem Aufruf der Bezirksleitung Wasserkante der USPD, »ist nicht nur ein Kampf Frankreichs und Polens gegen Rußland, sondern es ist der Kampf des Kapitalismus gegen den Sozialismus.« Die Arbeiter und Betriebsräte wurden aufgefordert, wachsam zu sein: »Kontrolliert aufs schärfste den Verkehr nach dem Osten. Verweigert jeglichen Munitions- und Truppentransport, ... achtet auf die Verladungen im Hafen..., beweist eure Solidarität durch revolutionäre Taten.«²³ Entsprechend der Erkenntnis, daß der erste sozialistische Staat das stärkste Bollwerk der internationalen revolutionären Bewegung ist und dessen Verteidigung im ureigensten Interesse des Proletariats aller Länder liegt, brachten die beiden Redner, Ernst Thälmann und Anna Geyer, auf einer Versammlung der USPD zum Ausdruck, daß es für die deutschen Arbeiter in dem Kampfe, den Sowjetrußland gegen den Weltimperialismus führe, keine Neutralität geben dürfe. Es könne nur eine Losung geben: Unterstützung der Roten Armee, um Sowjetrußland zum Sieg zu verhelfen.²⁴

Wie Friedrich Dettmann, damals Mitglied der USPD in Hamburg, berichtet, waren Waffen- und Munitionstransporte in den Frachtbriefen oftmals als harmlose Warentransporte deklariert. Aber Ernst Thälmann ließ sich nicht täuschen. Er »organisierte die Arbeiterkontrolle. Von Dampfer zu Dampfer fahrend, die Güterschuppen aufsuchend, sprach er zu den Matrosen, Hafenarbeitern und Eisenbahnern und erreichte, daß sie proletarische Solidarität mit den kämpfenden russischen Brüdern übten.«²⁵

Der gemeinsame Kampf der Kommunisten und der Mitglieder der

22 HVZ, 19. Juni 1920.

23 Hamburgischer Correspondent, 25. August 1920.

24 Vgl. StA Bremen, Bestand 4,65, IV 4e, Bd. 1.

25 Friedrich Dettmann: Er war zu jedem Opfer für den Sozialismus bereit. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 46.

USPD in der Aktion »Hände weg von Sowjetrußland!« führte die revolutionären deutschen Arbeiter noch enger zusammen und stärkte den Einfluß des linken Flügels in der USPD. So sahen sich die Rechten im Zentralkomitee der USPD schließlich gezwungen, der Entsendung einer Delegation zum II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale zuzustimmen. Ihr gehörten Ernst Däumig und Walter Stoecker vom linken Flügel sowie Artur Crispian und Wilhelm Dittmann vom rechten Flügel an. In einem halbjährigen innerparteilichen Kampf war es den linken Kräften der USPD, unterstützt durch die Kommunistische Internationale und die KPD, gelungen, die Absichten der Rechten zu durchkreuzen und den Leipziger Parteitagbeschuß über die Aufnahme von Verbindungen zur Kommunistischen Internationale zu realisieren.

Der II. Weltkongreß, der vom 19. Juli bis 7. August 1920 in Petrograd und Moskau stattfand, faßte unter entscheidender Mitwirkung W. I. Lenins wichtige Beschlüsse.²⁶ Er bezeichnete die Arbeit in den Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen und die revolutionäre Arbeit in den Parlamenten sowie die Vertretung der Tagesinteressen der Arbeiter als grundlegende Aufgaben der kommunistischen Parteien. In den Leitsätzen über die Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution und in 21 Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale formulierte er die grundlegenden Merkmale einer Partei neuen Typs. Die Aufnahmebedingungen waren eine Barriere gegen das Eindringen opportunistischer Elemente in die kommunistische Weltorganisation und eine Hilfe für die revolutionären Kräfte in solchen Parteien wie der USPD, sich von jenen Führern zu trennen, die hartnäckig an rechtsopportunistischen und zentristischen Auffassungen festhielten. Die 21 Bedingungen forderten von allen Parteien unter anderem die Sicherung eines kommunistischen Inhalts der Agitation und Propaganda, die Anerkennung und Propagierung der Diktatur des Proletariats, den Aufbau der Partei auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus und die Durchsetzung einer festen Parteidisziplin, systematische Arbeit unter den Arbeitern und den übrigen Werktätigen in Stadt und Land. Sie machten es den Parteien zur Pflicht, jeden Staat, in dem die Macht der Arbeiterklasse errichtet wurde, und die Befreiungsbewegung in den Kolonien rückhaltlos zu unterstützen. Die Aufnah-

26 Vgl. Der I. und II. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Dokumente der Kongresse und Reden W. I. Lenins. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1959, S. 119–317.

mebedingungen beschleunigten den Differenzierungsprozeß in den zentristischen Parteien. Sie halfen entscheidend, den Marxismus-Leninismus in der internationalen Arbeiterbewegung durchzusetzen.

Nach dem Weltkongreß entbrannte in den Organisationen und in der Presse der USPD ein erbittertes Ringen um die Anerkennung der Beschlüsse des Kongresses, insbesondere der 21 Aufnahmebedingungen. Dabei nutzten die Funktionäre des linken Flügels jede Gelegenheit, um den Arbeitern die historische Bedeutung und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale zu erläutern. Gustav Gundelach, damals Distriktvorsitzender der USPD in Uhlenhorst-Winterhude, berichtet, daß sich Ernst Thälmann in Vorstandssitzungen, Funktionärberatungen und Mitgliederversammlungen leidenschaftlich dafür einsetzte, den Beschlüssen der Kommunistischen Internationale zuzustimmen. »Er zeigte an Hand der in Deutschland gemachten Erfahrungen, wie sich die Politik der Reformisten und Zentristen gegen die Interessen der Arbeiterklasse richtete, und er erläuterte die sich für die revolutionäre Arbeiterpartei ergebenden Aufgaben und Pflichten. Nach meiner Erinnerung konnte Thälmann überall, wo er auftrat, die Mehrheit der Funktionäre und Mitglieder für die Anerkennung dieser Forderungen Lenins gewinnen.«²⁷

Stolz stellte Hermann Reich auf der Reichskonferenz der USPD Anfang September 1920 in Berlin fest, daß es in Hamburg »überhaupt keinen Streit mehr über die Frage« gäbe, »ob der Anschluß an die III. Internationale erfolgen soll oder nicht – sie war bereits geklärt auf dem Leipziger Parteitag –, und die Hamburger Mitgliedschaft verlangt, daß die USPD sich der III. Internationale anschließt.«²⁸ Es war daher der Schlußstrich unter eine lange Entwicklung, als am 9. September 1920 die Hamburger Mitgliedschaft der USPD mit überwältigender Mehrheit eine Entschließung annahm, in der sie sich zu den Beschlüssen des II. Weltkongresses bekannte und für die internationale Solidarität mit Sowjetrußland aussprach. Eine Funktionärkonferenz stellte sich ebenfalls auf den Boden der Kommunistischen Internationale und richtete – in Übereinstimmung mit einem Aufruf von Repräsentanten des linken Flügels der USPD, Bertha Braunthal, Ernst Däumig, Adolph Hoffmann, Wilhelm Koenen und Walter Stoecker, – an die Parteimitglieder die Aufforderung,

27 Gustav Gundelach: Mit Ernst Thälmann zusammen in Hamburg. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 57.

28 Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Protokoll der Reichskonferenz vom 1. bis 3. September 1920, Berlin o. J., S. 88.

nur solche Delegierte zum bevorstehenden Parteitag zu entsenden, die sich vorbehaltlos für die Annahme der 21 Aufnahmebedingungen erklärt hatten.²⁹

Immer lauter wurden in der USPD die Stimmen, die sich für den Zusammenschluß des revolutionären linken Flügels der USPD mit der KPD und die Bildung einer einheitlichen Sektion der Kommunistischen Internationale in Deutschland einsetzten. Anfang September schrieb die »Hamburger Volks-Zeitung« unter dem Titel »Hinein in die Kommunistische Internationale!«, daß die Reinigung der USPD von allen opportunistischen Elementen die Voraussetzung dafür sei, »die große deutsche kommunistische Massenpartei« zu schmieden, »die all die Truppen der revolutionären Arbeiter sammelt, die heute noch zersplittert sind«.³⁰

Auf einer von der KPD einberufenen öffentlichen Versammlung am 20. September im großen Saal des Gewerkschaftshauses, auf der der Vorsitzende der KPD, Paul Levi, über den II. Weltkongreß berichtete und besonders die Bedeutung der 21 Aufnahmebedingungen für die Schaffung der revolutionären Massenpartei des deutschen Proletariats erläuterte, sprach auch Ernst Thälmann. Er stimmte den Ausführungen Levis zu und hob hervor, daß nur durch den Zusammenschluß aller revolutionären Parteien in der Kommunistischen Internationale ein erfolgreicher Kampf gegen den Weltimperialismus möglich sei. Er sei deshalb sofort für die Aufnahmebedingungen eingetreten. Den sowjetischen Kommunisten gebühre die führende Rolle in der Internationale, denn Lenin und seine Kampfgefährten seien »Männer, die die revolutionäre Bewegung der ganzen Welt aus eigener Anschauung... kennen und denen man Vertrauen schenken könne«.³¹ In dem heroischen Kampfe, den Sowjetrußland gegen den internationalen Kapitalismus führe, müsse den russischen Brüdern aktive Hilfe geleistet werden. Ernst Thälmann verlangte, Truppen und Munitionstransporte nach Polen nicht nur aufzuhalten, sondern diese Truppen zu entwaffnen und die Munition zu vernichten.

Vom 12. bis 17. Oktober 1920 nahm Ernst Thälmann als einer der 20 Delegierten des Bezirks Wasserkante am außerordentlichen Parteitag der

29 Vgl. Freiheit, 12. September 1920, Morgenausgabe. – Dokumente und Materialien..., Bd. VII, 1. Halbbd., S. 298–300. – Bremer Arbeiterzeitung, 9. September 1920.

30 Zit. in Gothaer Volksblatt, 11. September 1920. – Die HVZ für das zweite Halbjahr 1920 wurde bisher nicht aufgefunden.

31 StA Bremen, Bestand 4,65, IV 4e, Bd. 1.

USPD in Halle teil. Seiner konsequenten revolutionären Haltung war es zu danken, daß er bei der Wahl der Delegierten der Parteiorganisation Hamburg die meisten Stimmen auf sich hatte vereinen können.³²

Zu Beginn seines Diskussionsbeitrages zum Geschäftsbericht beantragte Ernst Thälmann im Namen der Delegation des Bezirks Wasserkante, das Zentralkomitee und die Reichstagsfraktion der USPD zu beauftragen, »sofort Schritte einzuleiten, die notwendig sind, um die brutale Ausweisung der russischen Gewerkschaftsdelegierten rückgängig zu machen«³³. Die Ausweisung der Delegation, die sich auf Einladung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) in Deutschland aufgehalten hatte, sei eine Provokation gegenüber dem deutschen Proletariat.

In seinen weiteren Darlegungen übte Thälmann heftige Kritik am opportunistischen Verhalten der rechten Mehrheit des Zentralkomitees, das dazu geführt habe, daß die Arbeiter »mit einem gewissen Mißtrauen auf eine solche Partei«³⁴ sähen. Die KPD habe dieses Verhalten zu Recht kritisiert. Gemeinsam mit den anderen linken Delegierten stimmte er für eine Resolution, die den sofortigen Anschluß an die Kommunistische Internationale und damit die Vereinigung mit der KPD forderte. Nach Annahme der Resolution mit 237 gegen 156 Stimmen bei einigen Stimmenthaltungen verließen die in der Minderheit gebliebenen rechten Delegierten den Parteitag und spalteten damit die USPD.³⁵

Ernst Thälmann wurde auf dem Hallischen Parteitag als Vertreter des Bezirks Wasserkante in den Beirat der USPD (Linke) und damit erstmals in eine zentrale Funktion gewählt.³⁶ Nach dem Parteitag setzte er als Vorsitzender des Ortsvorstandes Hamburg der USPD seine ganze Kraft ein, um die ideologische und organisatorische Vereinigung des linken Flügels der USPD mit der KPD rasch herbeizuführen. Am 28. Oktober 1920 unterstützte er auf einer Sitzung des Zentralkomitees, des Beirats und der Kontrollkommission der USPD in Berlin den Vorschlag Wilhelm Koenens, den Vereinigungsparteitag schon für Anfang Dezember ein-

32 Vgl. Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages in Halle, S. 281–291. – General-Anzeiger für Hamburg-Altona, 9. Oktober 1920.

33 Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages in Halle, S. 50.

34 Ebenda, S. 51.

35 Vgl. ebenda, S. 50, 259, 261.

36 Vgl. ebenda, S. 265.

zuberufen.³⁷ Er befand sich damit in Übereinstimmung auch mit der Konferenz des Bezirks Nord der KPD vom 17. Oktober 1920, die beschlossen hatte, »die rascheste Verschmelzung mit der linken USP zu vollziehen«³⁸. Ernst Thälmann konnte berichten, daß in Hamburg »ein gutes Zusammenarbeiten mit den KPD-Genossen stattfindet«³⁹.

Dies zeigte sich auch bei den Veranstaltungen zu Ehren des dritten Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Am 4. November 1920 veröffentlichte die »Hamburger Volks-Zeitung« einen Aufruf der KPD, der USPD (Linke) und der KAPD, in dem die werktätige Bevölkerung aufgefordert wurde, am 7. November durch eine »machtvolle Demonstration« zum Ohlsdorfer Friedhof »Solidarität mit Sowjetrußland zu bekunden« und gleichzeitig der von der Konterrevolution Ermordeten zu gedenken.⁴⁰ Kundgebungsplatz war die Gedenkstätte, die die Hamburger Arbeiter für ihre in den revolutionären Kämpfen 1918–1920 gefallenen Klassengenossen errichtet hatten. Zu den Versammlungen sprachen Ernst Thälmann, der Schriftsteller Wilhelm Herzog, der seit Sommer 1920 Redakteur der »Hamburger Volks-Zeitung« war, und weitere Redner. Sie gelobten, den Kampf im Sinne der ermordeten Revolutionäre fortzusetzen und ständig Solidarität mit den »russischen Brüdern« zu üben.⁴¹

Zwei Tage später sprachen Ernst Thälmann und ein Redner der KPD auf einer stark besuchten Versammlung im Großen Saal von Sagebiel anlässlich des zweiten Jahrestages der deutschen Novemberrevolution. Das Sagebielsche Etablissement, auf der Drehbahn in der Innenstadt gelegen, war mit seinen acht Sälen eines der größten dieser Art im damaligen Deutschland. Ernst Thälmann erklärte, der Jahrestag der Novemberrevolution könne nicht als Tag des Sieges begangen werden, sondern sei ein Tag der Anklage und der Kampfansage. Eine große Schuld hätten die rechten Führer der SPD auf sich geladen, die die Arbeiterschaft entwaffneten. Thälmann forderte am Schluß seiner Rede die Arbeiterfrauen auf, ihre Männer zur Teilnahme am proletarischen Klassenkampf anzuspornen und selbst aktive Mitstreiter zu werden. Nach der Versammlung marschierten die Teilnehmer in geschlossenen Zügen, die »Inter-

nationale« singend und Hochrufe auf die Dritte Internationale ausbringend, in die einzelnen Stadtteile zurück.⁴²

Ein Höhepunkt des Verschmelzungsprozesses der USPD (Linke) und der KPD war der gemeinsame Parteitag der Bezirke Nord und Nordwest der KPD sowie Wasserkante, Schleswig-Holstein und Bremen der USPD am 13. und 14. November 1920. Als Vertreter der zentralen Leitungen der Parteien waren Ernst Meyer und Bertha Braunthal anwesend. Ernst Thälmann wurde mit dem Vorsitz des Büros des Parteitages betraut und sprach in der Diskussion.⁴³

Am 3. Dezember 1920 nahm Ernst Thälmann am außerordentlichen Parteitag der USPD in Berlin teil, der die Vereinigung unmittelbar vorbereitete. Auf dem Parteitag stellte Walter Stoecker fest, daß der »Hamburger Bezirk... einer derjenigen« sei, »der am geschlossensten zu uns herübergekommen ist... Wir haben dort auch die »Hamburger Volks-Zeitung« fest in der Hand.«⁴⁴ Am nächsten Tage begann der gemeinsame Parteitag mit der KPD, der bis zum 7. Dezember 1920 dauerte und mit der Bildung der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (VKPD) den Vereinigungsprozeß zum Abschluß brachte. Zwanzig Delegierte der USPD (Linke), darunter Ernst Thälmann, und vier Delegierte der KPD vertraten auf dem Parteitag das revolutionäre Proletariat des Bezirkes Wasserkante.⁴⁵ »Fast zwei Jahre lang sind diejenigen, die im Grunde genommen darin einig waren, daß auch das deutsche Proletariat den Weg des russischen gehen..., im Kampfe die politische Macht erobern... müsse«, schrieb die »Hamburger Volks-Zeitung« am 6. Dezember 1920, »getrennte Wege zu diesem Ziele gegangen, die einen in dem von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gegründeten Spartakusbund, die anderen in der großen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei... in stetem Kampfe mit der reformistischen Bürokratie dieser Partei. Nun hat sie zum ersten Male eine Tagung wieder brüderlich vereint.«

Der Parteitag wählte Ernst Thälmann als Vertreter des Bezirks Was-

37 Vgl. IML, ZPA, 143/1/1415.

38 Ebenda, 30/201.

39 Ebenda, 143/1/1415.

40 StA Hamburg, Bestand Senat, Kriegaakten X 22.

41 Vgl. Hamburgischer Correspondent, 8. November 1920.

42 Vgl. Hamburger Fremdenblatt, 10. November 1920. – General-Anzeiger für Hamburg-Altona, 10. November 1920. – Hamburger Nachrichten, 10. November 1920, Morgenausgabe. – StA Bremen, Bestand 4,65, IV 4e, Bd. 1.

43 StA Bremen, Bestand 4,65, IV 4e, Bd. 2. – IML, ZPA, 30/201. – Die Rote Fahne, 23. November 1920.

44 Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages der USPD (Linke) und der KPD (Spartakusbund). Abgehalten in Berlin vom 4. bis 7. Dezember 1920, Berlin 1921, S. 323.

45 Vgl. ebenda, S. 275, 277.

serkante zum Mitglied des Zentralausschusses der VKPD.⁴⁶ Der Zentralausschuß war nach der Zentrale, die zwischen den Parteitag die politische und organisatorische Leitung der Partei innehatte, das wichtigste Führungsorgan der Partei. Er wurde vom Parteitag auf der Grundlage der Vorschläge aus den Bezirken gewählt und tagte mindestens alle drei Monate. Seine Aufgabe war es, die Zentrale in wichtigen Angelegenheiten zu beraten, sie zu kontrollieren und – falls notwendig – Ergänzungswahlen für die Zentrale vorzunehmen.

Am 18. und 19. Dezember 1920 trat in Hamburg der erste Parteitag der VKPD des Bezirks Wasserkante zusammen. Auf ihm waren 116 Delegierte aus 52 Ortsgruppen vertreten. Ernst Thälmann wurde in das vierköpfige Büro des Parteitages gewählt. Das Hauptreferat hielt das Mitglied der Zentrale der VKPD Wilhelm Koenen. Ernst Thälmann sprach in der Diskussion zur Gewerkschaftsarbeit und zur Propaganda unter der Landbevölkerung. Als einer der aktivsten Kämpfer für die Vereinigung wurde er neben Joseph Behring, Erna Halbe, Rudolf Lindau, Hugo Urbahns und anderen in den Bezirksvorstand gewählt.⁴⁷

Folgerichtig hatte Ernst Thälmanns Entwicklung ihn in die Reihen der revolutionären Vorhut des deutschen Proletariats und damit in die kommunistische Weltbewegung geführt. Der jetzt Vierunddreißigjährige hatte als gewerkschaftlicher Vertrauensmann seiner Arbeitskollegen und in der politischen und organisatorischen Kleinarbeit der Vorkriegssozialdemokratie seine ersten Klassenkampf Erfahrungen erworben. Als proletarischer Internationalist, klassenbewußter Parteifunktionär und Gegner des imperialistischen Krieges hatte er der Opposition gegen die Burgfriedenspolitik der rechten Führer der deutschen Sozialdemokratie angehört. In den erbitterten Klassenkämpfen gegen den deutschen Imperialismus und in Auseinandersetzung mit den Zentristen war er unter dem Eindruck des erfolgreichen Kampfes der Bolschewiki und der Politik der Kommunistischen Internationale an der Spitze der Hamburger Organisation der USPD zu einem erfahrenen Parteifunktionär herangereift. Vor allem seinem Wirken war es zu danken, wenn die Mehrheit der Mitglieder der USPD in Hamburg ideologisch und organisatorisch mit dem Opportunismus brach und den Weg zur Vereinigung mit der KPD beschritt.

46 Vgl. ebenda, S. 270.

47 StA Bremen, Bestand 4,65, IV 4e, Bd. 2.

Zweiter Teil

1921–1925



1

»Eines guten Tages wird das deutsche Proletariat einheitlich kämpfen«

Im Leben Ernst Thälmanns begann ein neuer Abschnitt. Nun wirkte er in jener Partei, die als einzige in Deutschland eine klare Alternative zum Imperialismus bot, fest auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes und des proletarischen Internationalismus stand, konsequent die Tagesinteressen der Arbeiter wie der anderen Werktätigen vertrat und unbeirrbar um die Verwirklichung der historischen Mission der Arbeiterklasse kämpfte: für den Sturz des Kapitalismus und die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft.

Durch die Bildung der Vereinigten Kommunistischen Partei gewann die revolutionäre Vorhut des deutschen Proletariats bedeutend an Kraft. Aber im deutschen Imperialismus stand den Kommunisten ein erfahrener und raffinierter Gegner gegenüber, der in den rechten Führern der SPD und der Gewerkschaften eine wichtige Stütze besaß. Die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse befand sich noch unter rechtsopportunistischem Einfluß. Die junge Kommunistische Partei selbst hatte erst begonnen, sich den Marxismus-Leninismus anzueignen; ihr fehlte noch eine erfahrene, stabile marxistisch-leninistische Führung; und in den Reihen der Partei gab es erhebliche Differenzen in der Einschätzung des Tempos der revolutionären Entwicklung, über die geeigneten Kampfformen und über die Art und Weise, wie die Massen für den antiimperialistischen Kampf gewonnen werden konnten.

Im Reifeprozess der Kommunistischen Partei, der sich in einer Zeit erbitterter Klassenauseinandersetzungen vollzog, wuchs Ernst Thälmann zu einem der Führer der Partei heran. Sein Hauptwirkungsfeld blieb auch nach dem Vereinigungsparteitag zunächst Hamburg. Ernst Thälmann war ehrenamtlicher Vorsitzender der Ortsgruppe Hamburg der VKPD¹ und

1 Am 16. Januar 1921 wurde Ernst Thälmann auf der Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Hamburg der VKPD zum Ersten Vorsitzenden der Ortsgruppe sowie zum

gehörte der Bezirksleitung Wasserkante an. Dieser Bezirk war mit über 34 000 Mitgliedern einer der stärksten der Partei, die Ortsgruppe Hamburg mit etwa 13 000 Mitgliedern die mitgliederreichste des Bezirks.²

Die Hamburger Werkstätigen wurden wie alle Werkstätigen Deutschlands schwer von der Unternehmeroffensive getroffen. Die Novemberrevolution und die ihr folgenden Massenkämpfe hatten die Großbourgeoisie zunächst zu vorsichtigerem Vorgehen veranlaßt und sie zu Zugeständnissen an die Werkstätigen gezwungen. Jetzt, nachdem die revolutionäre Bewegung zeitweilig abgeebbt war, gingen die deutschen Konzernherren zum konzentrierten Angriff auf die elementaren Lebensrechte der Werkstätigen über mit dem Ziel, die Lasten der Niederlage im imperialistischen Krieg voll auf die Volksmassen abzuwälzen. Die Pariser Reparationskonferenz der imperialistischen Siegermächte hatte im Januar 1921 beschlossen, daß Deutschland die gewaltige Summe von 226 Milliarden Goldmark in 42 Jahresraten an Reparationen zu zahlen habe. Die Forderungen der Unternehmer, den Achtstundentag wieder abzuschaffen, wurden lauter. Gleichzeitig verstärkten die von den reaktionärsten und aggressivsten monopolkapitalistischen Kreisen geförderten militaristischen und nationalistischen Verbände, diese Bürgerkriegsgarden der Reaktion und Brutstätten des Revanchismus, ihre Aktivität.

Gegen die Unternehmeroffensive setzten sich die Arbeiter im ganzen Land zur Wehr. Die Hamburger Ortsorganisation der VKPD vertrat konsequent die Interessen der Werkstätigen der Hansestadt. Als von Ende Dezember 1920 bis Mitte März 1921 etwa 7000 Metallarbeiter im Lohn-

Spitzenkandidaten der Partei für die bevorstehenden Bürgerschaftswahlen gewählt. (Vgl. HVZ, 17. Januar 1921.)

2 Die Bezirksleitung der KPD nannte 34 850 Mitglieder für den 1. Juli 1921 und 32 205 für den 1. Oktober 1921. (Vgl. IML, ZPA, 31/1/205.) – Die Polizeibehörde Hamburg gab in einem Schreiben an den Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung vom 21. April 1921 eine Mitgliederzahl von 30 000 an, die sie wie folgt aufschlüsselte:

Hamburg		Neumünster	1 500
Altona	} 20 000	Kiel	3 500
Wandsbek		Rendsburg	1 500
Harburg		Flensburg	1 200
Cuxhaven		Heide	500
Lübeck	1 500	Husum	300

(Vgl. IML, ZPA, St 12/2, Bd. 1.) – Ein Bericht der Hamburger Polizei vom April 1922 nannte 13 000 Mitglieder der Ortsgruppe Hamburg während des Bezirksparteitags Wasserkante der KPD im September 1921 und 11 000 zur Zeit des Bezirksparteitags im April 1922. (Vgl. StA Hamburg, Polizeibehörde I, Arbeitssignatur 707.)

kampf standen³, schlug sie vor, die Streikfront zu erweitern, um die Unternehmer zu zwingen, die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen. Aber infolge der kompromißlerischen Haltung der rechten Gewerkschaftsführer, die sich gegen diesen Vorschlag wandten, endete der Streik mit einer nur minimalen Lohnerhöhung.

In zahlreichen stark besuchten Versammlungen Ende 1920/Anfang 1921 protestierte die VKPD-Organisation gegen den Mietwucher.⁴ In jenen Tagen organisierten die Hamburger Kommunisten auch machtvolle Kundgebungen der Erwerbslosen. Die Ortsgruppe rief die noch in Arbeit Stehenden zum gemeinsamen Kampf mit den Erwerbslosen auf. In drei Versammlungen am 5. Januar forderten 16 000 bis 18 000 Arbeiter in Resolutionen, die Erwerbslosen in den Produktionsprozeß einzureihen, die Arbeit in den von den Unternehmern stillgelegten Betrieben wieder aufzunehmen – dabei sollten die Betriebs- und Angestelltenräte entscheidend mitwirken –, die Unterstützungssätze zu erhöhen und eine zusätzliche einmalige Unterstützung an Erwerbslose zu zahlen. Demonstrationzüge, die sich nach den Versammlungen bildeten, wurden bis auf einen von der Polizei auseinandergejagt.⁵ Ernst Thälmann brandmarkte noch am gleichen Tage in der Bürgerschaft den Terror gegen die Erwerbslosen. Ebenso prangerte er die wachsende Wohnungsnot in Hamburg, die Spekulationen auf dem Grundstücksmarkt und die geplanten Mieterhöhungen an.⁶

Die Hamburger Kommunisten folgten mit ihrem Eintreten für die Tagesinteressen der Werkstätigen der Hansestadt und für den gemeinsamen Kampf der Arbeiter, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit, der von der Zentrale der VKPD entwickelten Einheitsfrontpolitik. Diese Politik fand in dem am 7. Januar 1921 beschlossenen »Offenen Brief« an die Vorstände der SPD, der USPD, der KAPD und der Gewerkschaften ihren markantesten Ausdruck.

In diesem »Offenen Brief« wurde vorgeschlagen, einheitliche Lohnkämpfe zu führen, um die Existenz der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu sichern, gemeinsam einzutreten für die Abgabe verbilligter Lebensmittel an die Lohnempfänger und die Empfänger niedriger Ge-

3 Vgl. HVZ, 6., 20. Januar, 18. März 1921.

4 Vgl. ebenda, 3.–6. Januar 1921.

5 Vgl. ebenda, 4.–6. Januar 1921.

6 Vgl. Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg im Jahre 1921, o. O. u. J., S. 4, 9–11.

hälter, für die Einquartierung von Werktätigen in menschenwürdige Wohnungen, für die Kontrolle der Produktion und der Verwendung von Rohstoffen und Lebensmitteln sowie für die Wiedereingangssetzung all jener stillgelegten Betriebe, die notwendige Bedarfsgegenstände herstellten. Das Verbot aller konterrevolutionären paramilitärischen Organisationen sowie die Bildung proletarischer Selbstschutzorganisationen, die Freilassung der politischen Gefangenen, die Aufhebung der bestehenden Streikverbote und die sofortige Aufnahme von wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland sollten im gemeinsamen Ringen durchgesetzt werden. Die VKPD erklärte in ihrem »Offenen Brief«, daß sie den Kampf für ihr Endziel nicht aufgäbe, aber zur gemeinsamen Aktion mit den anderen Parteien und Organisationen für die genannten Maßnahmen bereit sei.⁷

Durch diese Politik versuchte die VKPD, jene einheitliche proletarische Front zu schaffen, mit der die Unternehmeroffensive zurückzuschlagen war. Im Kampf um ihre unmittelbaren demokratischen und sozialen Forderungen konnten die Arbeiter an Hand eigener Erfahrungen die von den Rechtsopportunisten verbreiteten Illusionen überwinden und die Erkenntnis gewinnen, daß es, um die Ursachen der Not der Werktätigen zu beseitigen, notwendig war, die Herrschaft des Imperialismus zu brechen und die politische Macht der Arbeiterklasse zu errichten.

Die Ortsgruppe Hamburg der VKPD wandte sich am 19. Januar mit einem Schreiben an den Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB). Sie erklärte, daß sie die am 8. Januar auf einer Versammlung der freien Gewerkschaften und der freigewerkschaftlich orientierten Betriebsräte beschlossenen Forderungen unterstützen werde, soweit sie mit denen des »Offenen Briefes« übereinstimmten. Wie wenig ernst die rechtssozialdemokratische Führung des ADGB in Hamburg die Vertretung der Interessen der Arbeiter nahm, bewies sie damit, daß sie auf das Angebot der VKPD gar nicht reagierte.⁸

Die im »Offenen Brief« unterbreiteten Vorschläge standen auch im Mittelpunkt der Agitation der Hamburger Kommunisten in der Kampagne zur Wahl der Bürgerschaft. Als Spitzenkandidat der VKPD trat Ernst Thälmann wiederholt in Wahlveranstaltungen seiner Partei auf. Er ging davon aus, daß die Partei im Wahlkampf mit einer klaren und konsequenten Stellungnahme zu allen Problemen der kapitalistischen Wirt-

7 Vgl. Dokumente und Materialien..., Bd. VII, 1. Halbbd., S. 410–412.

8 Vgl. HVZ, 24., 25. Januar 1921.

schaftsordnung hervortreten müsse, um die werktätigen Massen aufzurütteln.⁹

In der Bürgerschaft und in öffentlichen Versammlungen nahmen Ernst Thälmann und andere Funktionäre der VKPD in Hamburg auch gegen die Reparationsforderungen der Entente Stellung und traten zugleich der nationalistischen Hetze der bürgerlichen Parteien und rechter sozialdemokratischer Funktionäre entgegen. Eine von Thälmann am 2. Februar 1921 in der Bürgerschaft vorgetragene Erklärung der VKPD kennzeichnete die Pariser Beschlüsse »als die naturnotwendige Folge des kapitalistischen Raubsystems des Imperialismus«¹⁰. Als Ausweg für das deutsche Proletariat aus der steigenden Not und als Rettung vor der drohenden Gefahr des weißen Terrors wurde die Entwaffnung der deutschen Bourgeoisie, der Aufbau von Selbstschutzorganisationen des Proletariats, der entschiedene Kampf gegen das deutsche Kapital und die bürgerliche Regierung sowie ein Bündnis mit Sowjetrußland bezeichnet. Am 6. Februar sprachen Ernst Thälmann und andere VKPD-Vertreter in diesem Sinne auf einer Massenkundgebung auf dem Heiligengeistfeld. Die Kundgebungsteilnehmer gelobten, »sich niemals wieder in einen nationalistischen Krieg treiben zu lassen, vorwärtszutreiben aber die proletarische Revolution«¹¹.

Am 2. Februar hatte sich Ernst Thälmann in der Bürgerschaft gegen die Entlassung von Notstandsarbeitern und gegen die Erhöhung der Verkehrstarife gewandt, am 9. Februar forderte er, Unterstützungsmaßnahmen auf Invaliden- und Altersrentner auszudehnen, eine Woche darauf nahm er gegen die vom Senat angekündigten Mietpreiserhöhungen Stellung.¹²

Das Ergebnis der Bürgerschaftswahlen vom 20. Februar 1921 zeigte, daß die VKPD durch ihr konsequentes Eintreten für die Interessen der Arbeiter und der anderen Werktätigen in den Arbeitervierteln und besonders bei den Werftarbeitern an Einfluß gewonnen hatte. Sie erhielt 59 179 Stimmen. Damit war Ernst Thälmann erneut in die Bürgerschaft gewählt. Er wurde wiederum Vorsitzender der Fraktion der VKPD.

9 Vgl. ebenda, 12. Januar 1921.

10 Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg 1921, S. 275.

11 HVZ, 7. Februar 1921. – Vgl. auch StA Bremen, Bestand 4,65, IV 4e, Bd. 2. Hier wird irrtümlich der 5. Februar als Versammlungstag genannt.

12 Vgl. Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg 1921, S. 282, 295, 354/355, 358, 406/407.

217774 Wähler hatten sich für die SPD entschieden. Die USPD bekam nur noch 7686 Stimmen.¹³

Das Wahlergebnis stellte die SPD vor zwei Möglichkeiten: entweder die Koalition mit der bürgerlichen Demokratischen Partei fortzusetzen oder aber mit der USPD gemeinsam den Senat zu bilden. Dabei bedurfte sie der Unterstützung durch die VKPD. Sofort nach den Wahlen erklärte die VKPD, sie sei bereit, eine Landesregierung aus SPD und USPD nachdrücklich zu unterstützen, wenn die SPD ihre Wahlversprechungen einlöse und für Mindestforderungen eintrete, die im »Offenen Brief« der VKPD und in zahlreichen Bürgerschaftsdebatten unterbreitet worden waren.¹⁴ Die SPD lehnte jedoch den Vorschlag der VKPD ab und bildete erneut mit der Demokratischen Partei den Senat.

In der Sitzung des Zentralausschusses vom 22. bis 24. Februar 1921 in Berlin trat Ernst Thälmann erstmals vor diesem Führungsgremium der VKPD auf. In der Diskussion kam es zu einer Auseinandersetzung mit dem Parteivorsitzenden Paul Levi. Dieser hatte im Zusammenhang mit dem Parteitag der Italienischen Sozialistischen Partei die Haltung zentristischer Elemente verteidigt und war gegen die Haltung der Kommunistischen Internationale zur Gründung der Italienischen Kommunistischen Partei aufgetreten.¹⁵ Um seine Auffassungen zu beschönigen, warf er dem EKKI vor, es habe kein Verständnis für westeuropäische Fragen. Auf der Tagung des Zentralausschusses polemisierte er gegen die vom II. Weltkongreß angenommenen »Leitsätze über die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale«, die 21 Bedingungen, und diffamierte sie als bürokratisch. Ernst Thälmann wandte sich wie die Mehrheit des Zentralausschusses gegen die offensichtlich opportunistische Auffassung Levis von der Partei, stellte sich hinter die Politik des EKKI und stimmte mit 27 anderen Genossen einer entsprechenden Resolution zu. Als das Paul Levi und weitere Mitglieder der Zentrale, darunter der andere Parteivorsitzende Ernst Däumig und auch Clara Zetkin, zum Anlaß nahmen, um ihre Funktionen zur Verfügung zu stellen, trat Ernst Thälmann entschieden gegen diesen Disziplinbruch auf: »Wenn in der Exekutive oder in der KPR über irgendeine Frage der Taktik eine Entscheidung gefällt wird und es haben einige Genossen eine andere

13 Vgl. Die Bürgerschaftswahl vom 20. Februar 1921, Hamburg 1921 (Statistische Mitteilungen über den hamburgischen Staat, Nr. 11), S. 60.

14 Vgl. HVZ, 23. Februar 1921.

15 Vgl. Die Rote Fahne, 23. Januar 1921, Morgenausgabe.

Auffassung in dieser Frage und werden überstimmt, so treten sie auch nicht zurück ... Pflicht der Genossen ist es, in den Ortsgruppen und Mitgliedschaften zu bleiben und zu arbeiten in dem Sinne des Beschlusses des Zentralausschusses. Der Parteitag wird über ihr Tun entscheiden.«¹⁶

Diese proletarische Disziplin, das Bekenntnis zum demokratischen Zentralismus war für Ernst Thälmann kennzeichnend. Gerade auch in dieser Beziehung sah er in der Leninschen Partei der Bolschewiki das Vorbild für die KPD. Er erkannte, daß die Partei nur dann der ihr von der Geschichte gestellten Aufgabe gerecht werden kann, wenn sie einheitlich und geschlossen handelt und sich die Erfahrungen der kommunistischen Weltbewegung zu eigen macht.

Zu neuen Parteivorsitzenden wurden Heinrich Brandler und Walter Stoecker gewählt. Der Zentralausschuß nahm auch eine Resolution an, die das Bündnis mit Sowjetrußland als Alternative zum Versailler Vertrag und zu den harten Reparationsforderungen bezeichnete. Ruth Fischer und Ernst Reuter (Friesland), führende Funktionäre der Berliner Bezirksorganisation, die auf linkssektiererischen Positionen standen, waren gegen diese Losung aufgetreten. Am klarsten hatte Clara Zetkin deren Inhalt interpretiert: Sie sage aus, daß »das deutsche Proletariat auch national seine Interessen gegen die Ententeimperialisten nun und nimmer wahren kann mit der deutschen Bourgeoisie ..., sondern einzig und allein durch die Einreihung in die große revolutionäre Weltfront des revolutionären Proletariats, im Anschluß an Sowjetrußland und im Bund mit dem revolutionären Proletariat aller Länder«¹⁷. Diese konsequent internationalistische Haltung entsprach auch dem Standpunkt Ernst Thälmanns. Mit 50 gegen 3 Stimmen wurde die Bündnislösung angenommen.

Unmittelbar nach der Tagung des Zentralausschusses fuhr Thälmann wieder nach Hamburg. Dort organisierte die Ortsgruppe der VKPD Anfang März sechs Versammlungen gegen das Ultimatum der Ententeimperialisten, das für den Fall der Ablehnung der Pariser Reparationsforderungen durch die deutsche Regierung die Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort sowie die Errichtung einer Zollgrenze um das besetzte Gebiet androhte. In den oft überfüllten Versammlungen wurden Entschließungen angenommen, in denen die Teilnehmer ein Schutz- und Trutz-Bündnis mit Sowjetrußland verlangten und erklärten, »daß sie

16 IML, ZPA, 2/3.

17 Ebenda.

jeden Versuch des deutschen Kapitals, der Arbeiterklasse weitere Lasten aufzubürden, mit allen Mitteln zurückweisen werden, daß sie gewillt sind, im gegebenen Augenblick den Kampf gegen den deutschen Kapitalismus und die deutsche Regierung aufzunehmen«¹⁸.

Am 15. März folgten über 10 000 Hamburger einem Aufruf der VKPD und demonstrierten gegen die Politik der Regierung. Die »Hamburger Volkszeitung« veröffentlichte am 19. März einen Artikel des Zentralorgans der VKPD, »Die Rote Fahne«, der auf die verstärkte Rüstung der konterrevolutionären Formationen hinwies und die Arbeiter aufrief, sich zu bewaffnen.

Zu dieser Zeit bereitete der Klassenfeind eine Provokation mit dem Ziel vor, die Vorhut der Arbeiterklasse, isoliert von den breiten Massen, blutig niederzuschlagen. Die herrschende Klasse wollte so dem wachsenden Einfluß entgegenwirken, den die VKPD vor allem durch ihre Politik des »Offenen Briefes« erzielt hatte. Im März 1921 organisierte die Reaktion mit Hilfe rechtssozialdemokratischer Führer die geplante Aktion. Am 19. März rückte Schutzpolizei in den Bezirk Halle-Merseburg ein, wo der Einfluß der VKPD besonders stark war. Am 22. März provozierte die Schupo bewaffnete Auseinandersetzungen. Die revolutionären Arbeiter des mitteldeutschen Industriereviere setzten sich erbittert zur Wehr, erlagen aber nach einigen Tagen der militärischen Übermacht. Zahlreiche Arbeiter fielen dem weißen Terror zum Opfer.

In dieser Situation zeigte die Führung der Partei nicht die notwendige politische Reife. In ihr erlangten jene Kräfte beherrschenden Einfluß, die die Stärke der revolutionären Kräfte wie die Krise der herrschenden Klasse überschätzten und eine abenteuerliche »Offensivtheorie« entwickelten. Sie beschränkten sich nicht darauf, entsprechend der Lage zur Verteidigung der mitteldeutschen Arbeiter aufzurufen, sondern forderten, die Tätigkeit der Partei auf unmittelbare Offensivkämpfe unabhängig vom realen politischen Kräfteverhältnis einzustellen.

Auch das Handeln der Hamburger Parteiorganisation wurde von dieser falschen Auffassung und von der widerspruchsvollen Haltung der Zentrale der VKPD beeinflusst. Die Nachricht von den Ereignissen in Mitteldeutschland steigerte die Erregung unter den Hamburger Arbeitern. Der Ortsvorstand der VKPD beschloß Solidaritätsaktionen zur Unterstützung der mitteldeutschen Klassengenossen. Einer der Organisatoren der Solidaritätsbewegung war Ernst Thälmann. Am 19. März sprach er in der

¹⁸ HVZ, 7. März 1921.

Leitung der Ortsgruppe über die erforderlichen Maßnahmen. Am gleichen Tage berieten die Mitglieder der Leitung der Ortsgruppe mit Erwerbslosen. Es wurde beschlossen, daß diese am Morgen des 23. März in die Betriebe gehen, dort gemeinsam mit den Beschäftigten ihre Einstellung verlangen und gegebenenfalls Streiks herbeiführen sollten.

Zur Koordinierung wurde ein Aktionsausschuß gebildet, dem neben Ernst Thälmann unter anderem der Sekretär der Bezirksleitung Wasserkante, Hugo Urbahns, und der Redakteur der »Hamburger Volkszeitung« Rudolf Lindau angehörten.¹⁹

Am 22. März legte der Aktionsausschuß fest, für den folgenden Tag zum Generalstreik und zu einer Massenkundgebung auf dem Heiligengeistfeld aufzurufen. Entsprechende Aufrufe wurden in der »Hamburger Volkszeitung« und in Flugblättern verbreitet. Am Abend erläuterte Ernst Thälmann Betriebsfunktionären der VKPD die vorgesehenen Kampfmaßnahmen.²⁰

Am Morgen des 23. März demonstrierten einige hundert Erwerbslose auf dem Heiligengeistfeld und zogen dann zur Werft Blohm & Voß und zur Vulkanwerft. Gemeinsam mit revolutionären Arbeitern dieser Betriebe besetzten sie die Werften und forderten, die Erwerbslosen einzustellen.

Am Nachmittag verhängte der Hamburger Senat den Ausnahmezustand. Um die Werften und das Heiligengeistfeld wurde Polizei zusammengezogen. Die Werft Blohm & Voß wurde von der Polizei gewaltsam geräumt. An der Ellerholzschleuse schoß die Polizei in einen Demonstrationzug von Arbeitern der Vulkanwerft. Vier Demonstranten wurden getötet, dreizehn verletzt. Empört über die Bluttat, strömten Arbeiter und Erwerbslose zum Heiligengeistfeld.²¹ An der Spitze eines Zuges von Werftarbeitern marschierte Ernst Thälmann. Sein besonnenes Handeln half, einen Zusammenstoß mit der Polizei zu verhindern. Als Panzerwagen der Polizei in die demonstrierenden Massen fuhren, war, wie Rudolf Lindau berichtet, Ernst Thälmann mit einigen Funktionären nur wenige Meter davon entfernt. Jeden Augenblick konnten die Maschinengewehre das Feuer eröffnen. »Aus dem Turm des nächsten Panzerwagens reckte sich ein junger Polizeileutnant bis zur Brusthöhe

¹⁹ Vgl. IML, ZPA, St 12/248.

²⁰ Vgl. ebenda, St 12/247; St 12/248. – Friedrich Dettmann: Er war zu jedem Opfer für den Sozialismus bereit. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 47.

²¹ Vgl. IML, ZPA, St 12/247; St 12/248.

hinaus und schrie aus Leibeskräften, so daß ihm das Blut ins Gesicht stieg. Ernst Thälmann sagte in seiner gelassenen Art zu dem in der Nähe stehenden John Schehr: »Warum schreest du so, Jonny?« John wandte halb den Kopf und gab zurück: »Du hast Angst!« Ernst Thälmann lachte kurz auf: »Genau.«²² Die Demonstranten protestierten gegen das Vorgehen der Reaktion in Mitteldeutschland und in Hamburg. Am Millerntor eröffnete die Polizei das Feuer auch auf diesen Demonstrationszug. 15 Arbeiter fielen, 49 wurden verwundet, von denen 7 später ihren Verletzungen erlagen.²³

Am Abend trat der Aktionsausschuß erneut zusammen und beschloß, keine weiteren Aktionen zu veranlassen.²⁴ Die revolutionären Arbeiter Hamburgs, geführt von der VKPD, hatten eindrucksvoll ihre Solidarität mit ihren Klassenbrüdern in Mitteldeutschland bekundet. Wenn es auch nicht gelungen war, den Generalstreik auszulösen, so hatten doch Tausende ihren Kampfeswillen und ihre Verbundenheit mit den kämpfenden mitteldeutschen Arbeitern gezeigt. Nur mit brutaler Gewalt hatte die Polizei Streikende und Demonstranten niederschlagen können.

Auch in den folgenden Tagen kam es in Hamburg und seiner Umgebung noch zu einzelnen Streiks und zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Die Unternehmer sperrten etwa 35 000 Werftarbeiter aus. Zahlreiche Funktionäre und Mitglieder der VKPD wurden verhaftet. Zu insgesamt 102 Jahren Zuchthaus, Gefängnis oder Festung verurteilten die Gerichte in Hamburg Arbeiter, die an den Aktionen am 23. März teilgenommen hatten. Die »Hamburger Volkszeitung« wurde verboten, ihre Druckerei von der Polizei besetzt.²⁵ Ernst Thälmann wurde wegen seiner aktiven Teilnahme an den Solidaritätsstreiks aus dem Arbeitsamt Hamburg entlassen.²⁶

22 »Warum schreit der so, Jonny?« ... »Der hat Angst.« – Rudolf Lindau: »Ji möt no ünner gohn.« In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 42. – Vgl. auch IML, ZPA, NL 66/4.

23 Vgl. IML, ZPA, St 12/247.

24 Vgl. ebenda, St 12/248.

25 Vgl. Bericht über die Verhandlungen des 2. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Jena vom 22.–26. August 1921, Berlin 1922, S. 95. (Dieser Parteitag der VKPD wird als 7. Parteitag der KPD gezählt.) – Taktik und Organisation der revolutionären Offensive. Die Lehren der Märzaktion. Hrsg. von der Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), Leipzig–Berlin 1921, S. 81. – HVZ, 24. März 1921.

26 Vgl. StA Hamburg, Arbeitsverwaltung, Personalakten, 76. – Ernst Thälmann: Mein Lebenslauf. In: BzG, 1975, H. 1, S. 101.

In der Bürgerschaft wies Ernst Thälmann die Verleumdungen der bürgerlichen und der sozialdemokratischen Presse zurück, die Kommunisten seien für das Blutbad verantwortlich und bei den kämpfenden Arbeitern handele es sich um eine »Bewegung von Räubern und Plünderern«. Siegeszuversicht, fester Glaube an die Kraft des Proletariats sprachen aus seinen Worten: »Selbst wenn Sie es mit Ihrer ungeheuren militärischen Macht fertigbringen, die wehrlosen Arbeiter niederzuknüppeln, so wird eines guten Tages das deutsche Proletariat ... einheitlich kämpfen, und dann werden diejenigen Personen, die heute gegen uns eingestellt sind, einfach von der Empörung und der Entrüstung der Massen hinweggefegt, und der Sieg ... wird zweifellos unser sein!«²⁷

Auf einer konspirativ tagenden Vorstandssitzung der Hamburger VKPD verlangte Ernst Thälmann, der Verleumdungskampagne offensiv entgegenzutreten. In diesem Sinne sprachen er und andere Hamburger Parteifunktionäre vor Betriebsbelegschaften, auf Fährschiffen und an Stempelstellen. Am 31. März gedachte Thälmann auf dem Ohlsdorfer Friedhof der Opfer des Polizeiterrors und forderte die Anwesenden auf, den Kampf für die Sache der Arbeiterklasse weiterzuführen. In der Sitzung der Hamburger Bürgerschaft am 13. April 1921 beantragte Ernst Thälmann, den 35 000 ausgesperrten Arbeitern die ihnen vom Senat verweigerte Arbeitslosenunterstützung auszuzahlen. Aber alle übrigen Fraktionen, einschließlich der SPD, lehnten diesen Antrag ab.²⁸

Die Märzkämpfe endeten mit einer Niederlage des deutschen Proletariats. Die Situation war nicht reif für entscheidende Kämpfe. Die Führung der VKPD hatte es nicht vermocht, klare Direktiven zu geben, um der Provokation zu begegnen. Aber an der zähen und aufopferungsvollen Arbeit der Kommunisten scheiterte der Versuch der Reaktion, die revolutionäre Vorhut des deutschen Proletariats zu zerschlagen.

Am 7. und 8. April 1921 nahm Ernst Thälmann an einer Sitzung des Zentralausschusses der VKPD teil, in der die Erfahrungen der Märzkämpfe ausgewertet wurden. Hier wurde offensichtlich, daß sich in der Führung der VKPD die »Offensivtheorie« durchgesetzt hatte. Das geht

27 Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg 1921, S. 587, 589.

28 Vgl. Friedrich Dettmann: Er war zu jedem Opfer für den Sozialismus bereit. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 47. – Hamburger Echo, 1. April 1921, Morgenausgabe. – Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg 1921, S. 675–679.

aus den von der Zentrale vorgelegten »Leitsätzen über die Märzaktion« hervor, die mit 26 gegen 14 Stimmen angenommen wurden. Auch Ernst Thälmann stimmte für sie.²⁹ Diesen Leitsätzen entsprach die Entschließung des Bezirksparteitages Wasserkante der VKPD, der am 16. und 17. April stattfand. In der Entschließung wurde gefordert, »an der Linie der revolutionären Offensive«³⁰ festzuhalten. Ernst Thälmann sah wie die meisten Kommunisten Hamburgs in der »Offensivtheorie« eine Kampf-ansage an den Rechtsopportunismus. Auch er erkannte noch nicht, daß bei dem gegebenen Kräfteverhältnis keine Voraussetzungen für entscheidende Klassenauseinandersetzungen bestanden.

Anfang Mai weilte Ernst Thälmann erneut in Berlin, wo vom 3. bis 5. Mai der Zentralausschuß tagte. In den hier angenommenen »Leitsätzen zur Taktik der Kommunistischen Internationale während der Revolution«³¹ und mehr noch im praktischen Handeln der Partei wurde das Bemühen sichtbar, an die Politik des »Offenen Briefes« anzuknüpfen, den Kampf um Teilforderungen, das Ringen um die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter für den gemeinsamen Kampf fortzusetzen. Aber zugleich wurde die Politik der Zentrale während der Märzkämpfe voll gebilligt.

Der Klärungsprozeß in der Partei wurde dadurch außerordentlich erschwert, daß einige Angehörige der sogenannten Parteiopposition, die die »Offensivtheorie« ablehnten, ihrerseits fehlerhafte Anschauungen vertraten und verleumderische Ausfälle gegen die Kommunistische Internationale und die Führung der VKPD richteten. Diese Kritiker solidarisierten sich mit dem ehemaligen Parteivorsitzenden Paul Levi, der seine Mißachtung der Parteidisziplin bis zum offenen Bruch mit der Partei gesteigert hatte. Er war so weit gegangen, in einer Broschüre die März-kämpfe als kommunistischen Putsch zu verleumden. Deshalb war er am 15. April aus der Partei ausgeschlossen worden.

Die große Mehrheit der Teilnehmer der Zentralausschußtagung stimmte den »Leitsätzen zur Taktik« zu, darunter auch Ernst Thälmann. In seinem Diskussionsbeitrag klagte er die Levi-Gruppe an, sie sei »dem revolutionären Proletariat in den Rücken gefallen«³², und forderte nachdrücklich von den Anhängern Levis in der Parteiführung, ihre Angriffe gegen die

29 Vgl. IML, ZPA, 2/5. – Dokumente und Materialien ..., Bd. VII, 1. Halbbd., S. 451–456.

30 IML, ZPA, St 12/5, Bd. 7. – Vgl. auch ebenda, Bd. 8.

31 Vgl. Die Rote Fahne, 13. Mai 1921, Morgenausgabe.

32 IML, ZPA, 2/6/2.

Politik der Kommunistischen Internationale und der Zentrale zu widerrufen und Parteidisziplin zu üben.

Auf dieser Tagung des Zentralausschusses wurde eine Entscheidung getroffen, die für Ernst Thälmanns weitere Entwicklung bedeutsam werden sollte. Er wurde zum Mitglied der Delegation für den III. Kongreß der Kommunistischen Internationale gewählt.³³

Die Politik der VKPD in den ersten Monaten des Jahres 1921 widerspiegelte den damaligen Reifezustand der Partei. Die VKPD kämpfte heldenhaft und aufopferungsvoll gegen den deutschen Imperialismus. Sie befand sich aber noch mitten im Ringen um eine marxistisch-leninistische Strategie und Taktik für diesen Kampf. So wurden bei der Suche nach geeigneten Formen zur Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter auch Tendenzen sichtbar, die Einheitsfront nicht für und durch den gemeinsamen Kampf um die Interessen der Arbeiter und der anderen Werktätigen, um konkrete Forderungen herzustellen, sondern lediglich durch den Abschluß formaler Vereinbarungen mit der SPD. Das hieß praktisch, auf eine zielklare Massenarbeit zu verzichten und die Handlungen der Partei von rechtssozialdemokratischen Führern abhängig zu machen.

Bedeutend stärker trat in diesen Monaten in der VKPD eine radikale Strömung hervor. Die wesentliche Ursache hierfür war, wie Lenin hervorhob, die außerordentliche Zuspitzung der Klassenkämpfe, der grausame Terror der Konterrevolution und dessen Unterstützung durch die rechten Führer der SPD und der USPD, die dazu geführt hatten, daß in jedem klassenbewußten Arbeiter »in unglaublicher Schärfe der Haß gegen den Opportunismus« erwachte. Und »dieser Haß – das edelste, erhabenste Gefühl der Besten aus der unterdrückten und ausgebeuteten Masse – machte die Menschen blind, nahm ihnen die Möglichkeit, kaltblütig zu überlegen und eine eigene richtige Strategie auszuarbeiten«.³⁴ Viele klassenbewußte, revolutionäre Arbeiter, die voller Ungeduld den Sturz der bestehenden Gesellschaftsordnung herbeisehnten, deren Widersprüche und historische Überlebtheit in dieser Zeit schroff sichtbar geworden waren, glaubten, daß die durch die Vereinigung mit dem linken Flügel der USPD erstarkte Kommunistische Partei in der Lage sei, in kürzester Zeit den entscheidenden Schlag gegen den deutschen Imperialismus zu führen, dessen Macht noch labil und von der politischen

33 Vgl. ebenda, I 6/3/8.

34 W. I. Lenin: Brief an die deutschen Kommunisten. In: Werke, Bd. 32, S. 538.

und ökonomischen Krise nachhaltig erschüttert war. Dieser Strömung gehörte auch Ernst Thälmann an.

Die radikalen Stimmungen in der VKPD wurden von kleinbürgerlichen, ultralinken Kräften in der Partei ausgenutzt, deren Konzeption nichts mit der revolutionären Arbeiter gemein hatte. Ihre Hauptvertreter, Ruth Fischer, Arcady Maslow, Ernst Reuter (Friesland) und Arthur Rosenberg, saßen in der Führung des Parteibezirkes Berlin-Brandenburg. Sie standen mit in Berlin weilenden Vertretern der antileninistischen sogenannten Arbeiteropposition in der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) (KPR[B]) in Verbindung und konspirierten mit ihnen gegen das Zentralkomitee der KPR(B), den Sowjetstaat und die Kommunistische Internationale. Durch geschickte Demagogie, scheinrevolutionären Wortradikalismus und raffinierte Doppelzüngerei, aber auch durch ihr Auftreten gegen die tatsächlich vorhandenen rechtsopportunistischen Tendenzen tarnten sie ihre sektiererische und abenteuerliche Position. Das Wesen ihrer Politik war daher für die revolutionären Arbeiter schwer zu durchschauen. So wirkte in der VKPD eine nach außen scheinbar einheitliche starke radikale Strömung.

Ähnliche Tendenzen traten auch in kommunistischen Parteien anderer Länder hervor. Wiederholt setzte sich W. I. Lenin mit dem Linksradikalismus auseinander. Sorgfältig differenzierte er dabei stets zwischen den ultralinken Wortführern und »Theoretikern« und jenen revolutionären Arbeitern, die linksradikalen Stimmungen erlegen waren. Bei aller Schärfe der Kritik ließ er sich immer von dem Bestreben leiten, diese Arbeiter für die Politik der Kommunistischen Internationale zu gewinnen.

2

»Heran an die Massen!«

Wie viele andere Delegierte des III. Weltkongresses konnte auch Ernst Thälmann nur auf abenteuerlichen Wegen nach Sowjetrußland gelangen. Er reiste nach Litauen, von wo ihn eine junge litauische Kommunistin auf geheimen Pfaden sicher an die lettische Grenze geleitete.¹ Am 18. Juni

¹ Vgl. Helga Görne: Sie kämpften im Geiste Ernst Thälmanns. Über gemeinsame re-

1921 traf er in Sowjetrußland ein.² Die ausländischen Delegierten, die in ihrer Heimat ständigen Verfolgungen ausgesetzt waren, wurden im ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat begeistert empfangen. Zum ersten Male weilte Ernst Thälmann im Sowjetland, im Land des Roten Oktober. Jetzt sah er selbst den Staat, in dem die Zukunft, für die er lebte und kämpfte, Wirklichkeit zu werden begann. Mit eigenen Augen konnte er sich davon überzeugen, was es bedeutet, wenn die Arbeiterklasse die Macht in der Hand hat, konnte sich unmittelbar mit den Erfahrungen der KPR(B), der Avantgarde der kommunistischen Weltbewegung, vertraut machen.

Am 22. Juni 1921 wurde im Bolschoi-Theater in Moskau der III. Kongreß der Kommunistischen Internationale eröffnet. Ernst Thälmann war voller Erwartungen, hatte er doch noch nie an einer Tagung des höchsten Forums der kommunistischen Weltbewegung teilgenommen. Jetzt lernte er W. I. Lenin und andere hervorragende Arbeiterführer persönlich kennen. Der unmittelbare Kontakt mit den Vertretern der Arbeiterbewegung vieler Länder, ihre Berichte über den Klassenkampf in aller Welt hinterließen in ihm einen nachhaltigen Eindruck, vertieften seinen internationalistischen Standpunkt, weiteten sein Blickfeld, halfen ihm, gründlicher in die vielfältigen Probleme der internationalen Arbeiterbewegung einzudringen.

Ernst Thälmann erwartete voller Ungeduld die Stellungnahme des Kongresses zu den Grundfragen des internationalen Klassenkampfes; vor allem erhoffte er Antwort auf die Fragen, über die es in der VKPD in den letzten Monaten zu Meinungsverschiedenheiten gekommen war. Wie die anderen Mitglieder der offiziellen Delegation der VKPD – außer ihr nahmen auch drei Vertreter der sogenannten Parteiopposition am Kongreß teil – meinte er, daß sich die »Offensivtheorie« durchsetzen werde.

Bereits vor Beginn des Kongresses hatte W. I. Lenin in Aussprachen mit Vertretern der VKPD und anderer kommunistischer Parteien auf die Fehlerhaftigkeit dieser Auffassungen hingewiesen³ und gegen die Befürworter dieser Politik in der KPR(B) Stellung bezogen. Er hatte auch revolutionäre Traditionen deutscher und litauischer Kommunisten. In: Neues Deutschland (Berlin), 16. August 1969.

² Vgl. IML, ZPA, NL 3/2.

³ Vgl. Unvergesslicher Lenin. Erinnerungen deutscher Genossen. Zusammengestellt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin 1960, S. 102–108, 116–118. – Arnold Reisberg: An den Quellen der Einheitsfrontpolitik. Der Kampf der KPD um die Aktionseinheit in Deutschland 1921–1922. Ein Beitrag zur Erforschung der Hilfe W. I. Lenins und der Komintern für die KPD, Berlin 1971, S. 162–164.

die entscheidenden Hinweise für die Thesen über die Taktik der Kommunistischen Internationale gegeben⁴ und als ihren Hauptgedanken formuliert:

»Die Kommunistische Internationale muß die Taktik auf folgendem aufbauen: Man muß unentwegt und systematisch um die *Mehrheit der Arbeiterklasse*, in erster Linie *innerhalb der alten Gewerkschaften*, ringen. Dann werden wir bestimmt siegen, welche Wendung die Ereignisse auch nehmen mögen... Daraus ergibt sich: Die Taktik des »Offenen Briefes« hat überall als verbindlich zu gelten.«⁵

Auf dem Kongreß kam es zu heftigen Auseinandersetzungen über diese Frage. Bereits in der Diskussion über die Weltlage und die Aufgaben der Komintern war ein wichtiger Vorentscheid gefallen. Es wurde festgestellt, daß die erste Periode der revolutionären Bewegung nach dem Kriege vorüber sei, die Bourgeoisie ihre Herrschaft gefestigt habe und an der wirtschaftlichen und der politischen Front zur Offensive gegen die Arbeiterklasse übergegangen sei. »Die jetzigen Verteidigungskämpfe des Proletariats zu leiten, zu erweitern, zu vertiefen, zu vereinigen und – dem Gange der Entwicklung entsprechend – zu politischen Endkämpfen zu steigern ist und bleibt die Grundaufgabe der Kommunistischen Partei in der laufenden Krise.«⁶ Die kommunistischen Parteien mußten sich auf die Möglichkeit sowohl eines schnelleren als auch eines langsameren Tempos des Voranschreitens der revolutionären Bewegung einstellen und eine entsprechende bewegliche Politik ausarbeiten.

Im Referat und in den Thesen zur Taktik wurde als entscheidende Aufgabe der kommunistischen Parteien nachdrücklich betont, daß sie ausschlaggebenden Einfluß auf die Mehrheit der Arbeiterklasse gewinnen mußten. Der heldenhafte Kampf der Arbeiter in Mitteldeutschland wurde als ein wirklicher Schritt vorwärts beurteilt, aber die »Offensivtheorie« und das fehlerhafte Verhalten der Führung der VKPD bei den März-kämpfen wurden entschieden verurteilt. Gegen das Referat und die Thesen wandten sich die deutsche, die österreichische und die italienische

4 Vgl. Die Kommunistische Internationale. Kurzer historischer Abriß, Berlin 1970, S. 128–139.

5 W. I. Lenin: Bemerkungen zu den Entwürfen der Thesen über die Taktik für den III. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Brief an G. J. Sinowjew. In: Werke, Ergänzungsb. Oktober 1917–März 1923, S. 328.

6 Thesen und Resolutionen des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (Moskau, 22. Juni bis 12. Juli 1921), Hamburg 1921, S. 29.

Delegation. Ihre Änderungsvorschläge zu den »Thesen über die Taktik«⁷ liefen darauf hinaus, alle gegen die »Offensivtheorie« gerichteten scharfen Formulierungen sowie die Kritik an den Fehlern, die während der März-kämpfe begangen worden waren, aus den Thesen zu streichen und die Forderungen nach der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse abzuschwächen. Die Vertreter dieser Ansichten waren zumeist ehrliche, der Revolution ergebene Kommunisten, die fest auf dem Boden des Kampfes für die proletarische Revolution standen, aber aus Eifer und Ungeduld Fehler begingen. Erschwert wurde der Klärungsprozeß dadurch, daß neben anderen auch der Vorsitzende der Kommunistischen Internationale, G. J. Sinowjew, nicht frei von linkssektiererischen Auffassungen war.⁸

Nach dem Diskussionsbeitrag des Italieners Umberto Terracini, der die Änderungsvorschläge begründete, ergriff Lenin das Wort. Entschieden wies er alle radikalen Phrasen zurück. Er erinnerte an die Erfahrungen der Bolschewiki: »Wir haben in Rußland nicht nur deshalb gesiegt, weil wir die unbestrittene Mehrheit der Arbeiterklasse auf unserer Seite hatten..., sondern auch deshalb, weil unmittelbar nach der Eroberung der Macht die Hälfte der Armee und binnen wenigen Wochen neun Zehntel der Bauernmasse auf unsere Seite übergingen.« Und er betonte nachdrücklich, »um zu siegen und die Macht zu behaupten, ist nicht nur die Mehrheit der Arbeiterklasse erforderlich..., sondern auch die Mehrheit der ausgebeuteten und werktätigen Landbevölkerung«.⁹ Lenins überzeugende Argumente gaben den Ausschlag für die Entscheidung des Kongresses. Clara Zetkin unterstützte W. I. Lenin. Sie sprach sich dafür aus, eine Einigung der Richtungen in der VKPD auf der Grundlage der Thesen des III. Weltkongresses herbeizuführen.¹⁰

In der Abendsitzung des 2. Juli 1921, gegen 21.30 Uhr, erhielt Ernst Thälmann das Wort zu seinem ersten Diskussionsbeitrag vor dem höchsten Gremium der Kommunistischen Internationale. Leidenschaftlich klagte er Levi und seine Anhänger an, die der Partei in den Rücken

7 Vgl. Moskau. Organ des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale, 1. Juli 1921.

8 Vgl. Die Kommunistische Internationale. Abriß, S. 129/130, 142.

9 W. I. Lenin: Rede zur Verteidigung der Taktik der Kommunistischen Internationale. In: Werke, Bd. 32, S. 497/498, 499/500.

10 Vgl. Protokoll des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale (Moskau, 22. Juni bis 12. Juli 1921), Hamburg 1921, S. 597–605.

gefallen waren. Seine Rede gab der Kampfbereitschaft der revolutionären Arbeiter Ausdruck. Man spürte, daß hier ein Kommunist sprach, der fest in den Arbeitermassen verwurzelt war.

Ernst Thälmann wandte sich gegen die Kritik Lenins an den linksradikalen Auffassungen. Eindeutig bekundete er aber, daß er die auf dem Kongreß gefaßten Beschlüsse befolgen werde: »Ich bin so diszipliniert, so zentralistisch, dazu habe ich mich durchgerungen. Ich bin so zentralistisch, daß ich die Beschlüsse befolge.«¹¹ Diese proletarische Disziplin und der in seinem Beitrag ausgedrückte Wille, aus den Kampferfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung zu lernen, sowie sein ausgeprägtes Verständnis dafür, daß die Partei eng mit den Arbeitermassen verbunden sein muß, unterschieden ihn von den ultralinken Kräften in der VKPD und ließen ihn zu der Erkenntnis gelangen, daß die Partei ihre Taktik korrigieren müsse.

Ernst Thälmanns Auftreten zeugte vom Heranwachsen neuer proletarischer Führer in der VKPD, die leidenschaftlich der Sache der proletarischen Revolution ergeben, wenn auch noch nicht frei von Irrtümern waren und die begannen, sich die leninistische Strategie und Taktik anzueignen.

Nach längeren Diskussionen in der Thesenkommission wurden die »Thesen über die Taktik« vom Kongreß schließlich einstimmig angenommen. Das war von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung der kommunistischen Bewegung. »Die Eroberung des ausschlaggebenden Einflusses auf die Mehrheit der Arbeiterklasse, das Hineinführen ihrer entscheidenden Teile in den Kampf ist gegenwärtig die wichtigste Frage der Kommunistischen Internationale«¹², hieß es in diesen Thesen. Es wurde die Notwendigkeit betont, um Teilziele zu kämpfen und in diesem Kampf die Massen an die sozialistische Revolution heranzuführen. Die kommunistischen Parteien in Westeuropa und Amerika wurden verpflichtet zu versuchen, »durch die Aufbietung ihres Einflusses in den Gewerkschaften, durch die Erhöhung des Druckes auf andere sich auf die Arbeitermassen stützende Parteien die gemeinsame Entfaltung des Kampfes um die nächstliegenden Interessen des Proletariats anzustreben«¹³. So legte der III. Weltkongreß unter entscheidender Mitwirkung W.I. Lenins den Grundstein für die marxistisch-leninistische Einheits-

frontpolitik. Er gab der VKPD nachdrückliche Unterstützung für die Entwicklung einer wirksamen Massenpolitik.

Die Weltkongresse und die Tagungen der Leitungsorgane der Kommunistischen Internationale waren für Ernst Thälmann wie für die kommunistische Bewegung überhaupt als Schulen des lebendigen, schöpferischen Marxismus-Leninismus von unschätzbarem Wert. Sie trugen wesentlich zur Aneignung seiner ideologischen, theoretischen, politischen und organisatorischen Grundsätze, zur Auswertung der Erfahrungen der Bolschewiki und aller Abteilungen dieses internationalen Kampfbundes bei wie auch zur Ausarbeitung einer wirkungsvollen, der gegebenen Situation entsprechenden Strategie und Taktik. Diese Beratungen halfen den jungen kommunistischen Parteien, rechten wie linken Opportunismus in ihren Reihen zu überwinden, die Einheit der revolutionären Kräfte des Weltproletariats zu schmieden und sie um den Sowjetstaat zusammenzuschließen.

Das alles galt in vollem Maße auch für den III. Weltkongreß. Für Ernst Thälmanns weitere Entwicklung war dieser Kongreß äußerst bedeutungsvoll. Wiederholt kam er auf dessen Erkenntnisse zurück. Im April 1926 schätzte Ernst Thälmann rückblickend ein: »Gerade wir, die damals in Opposition standen, müssen heute feststellen, wenn Lenin das Steuer nicht herumgerissen hätte, wenn die Kommunistische Internationale nicht gehandelt hätte nach einer wirklich revolutionären, marxistischen Analyse der Lage, wäre die Kommunistische Internationale von den Massen im weitesten Maße getrennt worden. Die Losung »Heran an die Massen!«, die Einheitsfronttaktik, war der konkrete Ausdruck der veränderten Lage, der Tatsache, daß die Kommunistische Internationale zwischen zwei Wellen der Revolution ihre Aufgabe der Organisierung der Revolution zu erfüllen hat.«¹⁴

Die Sowjetregierung gab den Delegierten des Kongresses die Möglichkeit, sich mit den ersten Erfolgen des wirtschaftlichen Aufbaus und mit den sozialen Errungenschaften des Sowjetlandes vertraut zu machen. Noch waren die Städte und Dörfer vom Bürgerkrieg gezeichnet, noch mußten die sowjetischen Arbeiter nach den langen Jahren des Weltkrieges, des Kampfes gegen die Weißgardisten und die imperialistischen Interventen große Entbehrungen auf sich nehmen. Dennoch konnten die

11 Ebenda, S. 637.

12 Thesen und Resolutionen des III. Weltkongresses, S. 35.

13 Ebenda, S. 51.

14 Ernst Thälmann: Die erweiterte Exekutive und die Lage in unserer Partei. Referat auf der Konferenz der politischen Sekretäre und Redakteure am 16. und 17. April 1926. In: Die Rote Fahne, 23. April 1926.

Delegierten sehen, wie begonnen wurde, eine gänzlich neue Gesellschaft aufzubauen, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen. Ernst Thälmann besuchte verschiedene Städte Sowjetrußlands. So traf er mit den Arbeitern des Lokomotivwerkes in Kolomna, der Eisenbahnwerkstätten bei Tula und eines Textilbetriebes in Moskau zusammen.¹⁵ Aus dem unmittelbaren Kontakt mit sowjetischen Werktätigen gewann Ernst Thälmann nachhaltige Eindrücke. Er war stolz, schrieb er später, daß er »die sozialistischen Tatsachen trotz der gewiß schwierigen Zeit in der Sowjetunion aus eigener Anschauung erleben« konnte. Diese Begegnungen vermittelten ihm, der so schlechte Erfahrungen mit den rechten und den zentristischen Führern der deutschen Sozialdemokratie gemacht hatte, die Überzeugung, »daß es Führer in der Arbeiterbewegung gibt, die ehrlich und bewußt in der Tat für den Sozialismus bereit sind zu kämpfen«.¹⁶ Die persönlichen Erfahrungen erhärteten seine Erkenntnis, daß die Partei der Bolschewiki eine Politik betrieb, die voll den Interessen der Arbeiter und der anderen Werktätigen entsprach und beispielgebend für alle kommunistischen Parteien war.

Nach seiner Rückkehr aus Sowjetrußland – er fuhr mit dem Schiff bis Stettin und von dort weiter nach Hamburg¹⁷ – berichtete Ernst Thälmann über die Ergebnisse des III. Weltkongresses und über die Eindrücke, die er in Sowjetrußland gewonnen hatte. Er schilderte auf Mitglieder- und Funktionärversammlungen, wie die sowjetischen Werktätigen darangingen, der großen Schwierigkeiten Herr zu werden und die sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Gustav Gundelach erinnert sich an eine Versammlung in Sagebiels Sälen in Hamburg, an der etwa 5000 Menschen teilnahmen. Ernst Thälmann zeigte an vielen Beispielen, wie die russischen Klassenbrüder unter schwersten Bedingungen die zerstörte Wirtschaft wieder in Gang bringen mußten. Es gäbe »auf vielen Gebieten große Schwierigkeiten, von denen man in Deutschland sich keine Vorstellungen machen könne«¹⁸. Und dennoch, so sagte Thälmann, werden die russischen Arbeiter und Bauern alle Schwierigkeiten überwinden und den Sozialismus siegreich aufbauen. Die tiefe Zuversicht in die Kraft der

15 Vgl. Anton Switalla: Es wird einmal die Zeit kommen... In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 52. – Herta Geffke: »Keine Angst, unser Thälmann kommt schon!« In: Ebenda, S. 382. – IML, ZPA, NL 66/4.

16 Ernst Thälmann: Mein Lebenslauf. In: BzG, 1975, H. 1, S. 98.

17 Vgl. Sándor Ék: So entstand sein Bild. In: BZ am Abend (Berlin), 16. April 1970.

18 IML, ZPA, NL 66/4.

von der Partei Lenins geführten Arbeiter und Bauern Sowjetrußlands klang aus allen seinen Reden. Er brachte sie in einer Zeit zum Ausdruck, als in Deutschland die antibolschewistische Hetze tobte und tagtäglich der baldige Zusammenbruch der jungen Sowjetrepublik prophezeit wurde.¹⁹

Die von Ernst Thälmann geleiteten Hamburger Kommunisten bekundeten nicht nur auf Versammlungen Solidarität mit ihren Klassenbrüdern in Sowjetrußland. Im Sommer 1921 vernichtete eine verheerende Dürre in weiten Teilen des Sowjetlandes die Ernte. Die durch die vom Zarismus hinterlassene Rückständigkeit, durch Krieg, Bürgerkrieg, Intervention und imperialistische Blockade verursachten wirtschaftlichen Schwierigkeiten wurden weiter vergrößert. Schwere Hungersnot traf die Sowjetmenschen. Die Hamburger Parteiorganisation beteiligte sich an der internationalen Solidaritätsaktion. Sie organisierte, wie es die Zentrale der VKPD in einem Aufruf vom 23. Juli 1921 vorschlug²⁰, Hilfsaktionen für Sowjetrußland. Die Fraktion der VKPD in der Hamburger Bürgerschaft forderte die Fraktionen der USPD und der SPD auf, ein gemeinsames Hilfskomitee aus Vertretern dieser drei Parteien und der Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände zu bilden. Aber die Leitungen der SPD und des ADGB lehnten jede Zusammenarbeit mit der VKPD ab. Die Funktionäre der VKPD gingen bei der Hilfsaktion mit gutem Beispiel voran. Sie beschlossen, einen Tageslohn zu spenden, und appellierten an die Parteimitglieder, diesem Beispiel zu folgen. In allen von der VKPD organisierten Versammlungen und Veranstaltungen jener Zeit wurden Sammlungen für Sowjetrußland durchgeführt.²¹ Auf einer Solidaritätsveranstaltung trat der bedeutende sowjetische Geiger Eduard Soermus auf. An ihr nahm auch Ernst Thälmann teil.²²

Am 25. September konnte das Komitee Arbeiterhilfe für Sowjetrußland des Bezirks Wasserkante mitteilen, daß bereits 240 000 Mark gesammelt worden waren. Dieses gute Ergebnis war vor allem dem unermüdlichen Einsatz der Hamburger Kommunisten zu danken. Es war nicht zuletzt ein Ergebnis der prinzipiellen Haltung Ernst Thälmanns, seiner festen

19 Vgl. ebenda. – Gustav Gundelach: Mit Ernst Thälmann zusammen in Hamburg. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 58.

20 Vgl. Die Rote Fahne, 24. Juli 1921, Morgenausgabe.

21 Vgl. HVZ, 20., 23. August 1921. – Hamburger Tribüne, 3., 5., 12. September 1921.

22 Rudolf Lindau: »Ji möt no ünnen gohn!« In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 43.

Verbundenheit mit dem Sowjetstaat. Die Hilfsaktion zeugte davon, daß der Gedanke der Solidarität mit den Klassengenossen im ersten sozialistischen Staat der Welt auch unter den Hamburger Arbeitern tiefe Wurzeln geschlagen hatte.

Die Beschlüsse des III. Weltkongresses wurden in der VKPD gründlich beraten. Ernst Thälmann informierte bereits am 27. Juli 1921, kurz nach seiner Rückkehr aus Sowjetrußland, auf einer Versammlung der Funktionäre der VKPD Groß-Hamburgs über den Kongreß und die Aufgaben des bevorstehenden Parteitages der VKPD, für den er hier als Delegierter gewählt wurde.²³ Am 2. und 3. August nahm er in Berlin an der Sitzung des Zentralausschusses der VKPD teil, die entschied, den nächsten Parteitag für den 22. August einzuberufen. Nach teilweise scharfen Auseinandersetzungen wurde festgelegt, die Beschlüsse des Kongresses der Tätigkeit der Partei zugrunde zu legen. In der Diskussion äußerte Thälmann seine Besorgnis, daß durch die Opposition jener, die Levi unterstützt hatten, das einheitliche Vorgehen der Partei gefährdet werde. Darum habe er auch auf dem III. Weltkongreß nicht den »Friedensvertrag« zwischen der offiziellen Delegation der VKPD und den Vertretern der sogenannten Opposition unterschrieben.²⁴ Thälmann sah die Gefahr, die der Partei durch die fraktionelle Tätigkeit einiger Anhänger Levis drohte, berücksichtigte jedoch nicht die Möglichkeit, mit vielen Vertretern der Opposition, die sich von Levi abgrenzten, bei der Durchführung der Beschlüsse des Weltkongresses zusammenzuarbeiten.

Auf der Funktionärkonferenz der VKPD Groß-Hamburgs am 10. August berichtete Ernst Thälmann erneut über den III. Weltkongreß. Er ging von der veränderten Weltlage aus und behandelte besonders eingehend die Erfahrungen aus den Massenkämpfen der Arbeiter Italiens, Großbritanniens und der Tschechoslowakei. Er leitete in Übereinstimmung mit den »Thesen über die Taktik« für die Kommunistische Partei die Notwendigkeit ab, an allen bevorstehenden Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit teilzunehmen und sich an die Spitze dieser Kämpfe zu stellen.²⁵

Im Sinne des III. Weltkongresses lag auch der Vorschlag der Hamburger Ortsgruppe der VKPD vom 18. August 1921 an die örtlichen Vorstände der anderen Arbeiterparteien, an die freien Gewerkschaften

23 Vgl. HVZ, 26., 28. Juli 1921.

24 Vgl. IML, ZPA, 2/7.

25 Vgl. HVZ, 11. August 1921.

und alle anderen Arbeiterorganisationen, gemeinsam über einheitliche Kampffaktionen gegen Wucher und Teuerung und für die Erhöhung der Löhne, Gehälter und Unterstützungen zu beraten. Aber auch dieser Vorschlag wurde zurückgewiesen.²⁶ Die Hamburger Parteiorganisation suchte nach organisatorischen Formen für die Einheitsfrontpolitik. So fanden Konferenzen statt, an denen Delegierte aus Betrieben und Büros teilnahmen. Auf diese Weise wurden auch Arbeiter, die der SPD und der USPD angehörten, in Aktionen gegen die Unternehmeroffensive einbezogen. Besonders unter den Hamburger Werftarbeitern und den Landarbeitern des Bezirks Wasserkante wuchs der Einfluß der Kommunisten.²⁷ Bereits auf der Sitzung des Zentralausschusses am 2. und 3. August empfahl Ernst Meyer im Namen der Zentrale das Hamburger Beispiel, Konferenzen mit Arbeitern anderer Parteirichtungen durchzuführen, den Bezirken zur Nachahmung.²⁸ Auch der 7. Parteitag der KPD hob derartige Initiativen der Hamburger Kommunisten als beispielhaft hervor.²⁹

Dieser Parteitag fand vom 22. bis 26. August 1921 in Jena statt. Die KPD kam hier in der Auswertung des III. Weltkongresses einen bedeutenden Schritt voran. Entscheidend half dabei der Brief W.I. Lenins an den Parteitag. »Kaltes Blut und Standhaftigkeit bewahren; systematisch die Fehler der Vergangenheit korrigieren; unaufhörlich darauf bedacht sein, die Mehrheit der Arbeitermassen sowohl in den Gewerkschaften als auch außerhalb der Gewerkschaften zu erobern; geduldig eine starke und kluge kommunistische Partei aufbauen, die fähig ist, bei allen und jeglichen Wendungen der Ereignisse die Massen wirklich zu führen«³⁰, so faßte Lenin die Schlußfolgerungen für die KPD zusammen.

In diesem Sinne zog der Parteitag Lehren aus den Märzkämpfen. In den Beschlüssen des Parteitages widerspiegelte sich, daß die KPD bestrebt war, die Losung des III. Weltkongresses »Heran an die Massen!« zu beherzigen. Ernst Thälmann erklärte, daß er »fleißig und ehrlich, offen

26 Vgl. Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes von Hamburg-Altona und Umgegend. 25. Bericht über das Geschäftsjahr 1921, verbunden mit dem zweiundzwanzigsten Bericht des Arbeitersekretariats von Hamburg-Altona und Umgegend, Hamburg 1922, S. 9–12. – HVZ, 23. August 1921. – Hamburger Tribüne, 27. August 1921.

27 Vgl. Bericht über die Verhandlungen des 2. [7.] Parteitages der KPD, S. 94, 96, 339/340. 28 Vgl. IML, ZPA, 2/7.

29 Vgl. Bericht über die Verhandlungen des 2. [7.] Parteitages der KPD, S. 94. – Auf diesem Parteitag wurde beschlossen, das Wort »Vereinigte« aus dem Namen der Partei zu streichen.

30 W.I. Lenin: Brief an die deutschen Kommunisten. In: Werke, Bd. 32, S. 538.

und konsequent die Beschlüsse des Dritten Weltkongresses« durchführen werde. Es sei für die Partei notwendig, »Führung mit allen ... sympathisierenden und auch mit rechts von [ihr] ... stehenden Massen« zu bekommen. Darum müsse die KPD »als Vorhut des Proletariats voranmarschieren, die jeden Kampf unterstützt.«³¹

Auf dem Parteitag blieben Tendenzen des »linken« Radikalismus weiterhin sichtbar. Insgesamt gelang es aber, die »Offensivtheorie« zu überwinden und im Einklang mit dem III. Weltkongreß Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Partei die Politik des »Offenen Briefes«, der Sammlung der Arbeiter und der anderen Werktätigen zur Verteidigung ihrer sozialen und demokratischen Rechte, zur Vorbereitung und Heranführung der Massen an entscheidende Kämpfe um die Brechung der Macht des Monopolkapitals, fortführen konnte. In der Ortsgruppe Hamburg setzte sich Ernst Thälmann für diese Politik ein.

Als am 26. August 1921 der Zentrums Politiker Matthias Erzberger, der als ein Unterzeichner des Waffenstillstandes von 1918 den nationalistisch-militaristischen Kreisen verhaßt war, von rechtsextremistischen Terroristen ermordet wurde, trat die Ortsgruppe Hamburg der KPD, entsprechend den Beschlüssen der Zentrale, an die Hamburger SPD mit dem Vorschlag heran, eine gemeinsame Demonstration gegen die Reaktion durchzuführen. Die Führung der SPD lehnte diesen Vorschlag ab, aber das Verlangen nach der Einheitsfront war unter den Hamburger Arbeitern so stark, daß in fast allen Großbetrieben beschlossen wurde, gemeinsam zum Kundgebungsort zu demonstrieren. Etwa 150 000 Arbeiter sammelten sich am 31. August auf dem Heiligengeistfeld um die fünf Rednertribünen der SPD und die vier der KPD.

Einer der Redner war Ernst Thälmann.³² »Ich erinnere mich, daß er stets die blaue Schiffermütze trug. Wenn er auf der Rednertribüne stand, hatte er meistens den Hemdkragen geöffnet. Er sprach laut und temperamentvoll und unterstrich mit heftigen Bewegungen seine Worte«³³, berichtet eine Mitkämpferin aus diesen Jahren. Thälmann prangerte den Terror der Reaktion an. Der Mord an Erzberger sei nur ein Fall von vielen. Die Gründung der Republik sei vom Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg begleitet gewesen, dieser Weg sei mit der Ermordung Leo Joghiches' und vieler Tausender namenloser Proletarier weitergegangen

31 Bericht über die Verhandlungen des 2. [7.] Parteitages der KPD, S. 252.

32 Vgl. HVZ, 29., 30. August, 1. September 1921. – StA Bremen, Bestand 4,65, IV 4e, Bd. 3.

33 IML; ZPA, EA 1050.

worden. Die Arbeiter hätten die Aufgabe, die Reaktion zu Boden zu schlagen.³⁴

Auch vom Bezirksparteitag Wasserkante der KPD am 25. September 1921 wurde die Notwendigkeit der Einheitsfront der Arbeiter betont. Ernst Thälmann bemängelte in diesem Zusammenhang, daß »Die Rote Fahne«, das Zentralorgan der Partei, nur ungenügend das Sprachrohr der Massen sei. Er forderte erhöhte Aktivität der Genossen in den Betrieben und in den Gewerkschaften und den schnelleren Ausbau des Zehnergruppensystems. Der Parteitag wählte Ernst Thälmann erneut in die Bezirksleitung. Sekretär wurde wieder Hugo Urbahns.³⁵ Zwischen ihm und Thälmann bestanden scharfe Gegensätze, die bereits aus der Zeit herrührten, als Urbahns in der KPD und Thälmann noch in der USPD wirkte. Zu Meinungsverschiedenheiten über politische Fragen kamen persönliche Gegensätze. Thälmann fühlte sich vom Verhalten Urbahns' abgestoßen. Urbahns intrigierte gegen Thälmann und versuchte, ihn aus seinen Parteifunktionen zu drängen.³⁶

3

»Hier herrscht nicht die Demokratie, sondern die Diktatur des Kapitalismus«

Die Massen zum Kampf zu mobilisieren und beharrlich für die Verbesserung ihrer Lage einzutreten, darin sah Ernst Thälmann auch Sinn und Zweck seiner parlamentarischen Tätigkeit. Er wußte, daß mit den

34 Vgl. HVZ, 1. September 1921.

35 Vgl. ebenda, 26., 27. September 1921.

36 Nach den Polizeiakten – andere Unterlagen sind nicht vorhanden – gelang es den Anhängern von Hugo Urbahns auf dem Bezirksparteitag im April 1922, die Wiederwahl Ernst Thälmanns in die Bezirksleitung Wasserkante zu hintertreiben. Der Versuch, ihn auch aus der Leitung der Ortsgruppe Hamburg zu verdrängen, scheiterte. Im Mai 1922 wurde Ernst Thälmann erneut zum Vorsitzenden der Ortsgruppe gewählt. In dieser Eigenschaft nahm er auch an Sitzungen der Bezirksleitung teil. – Zuverlässige Angaben über den Inhalt der Meinungsverschiedenheiten sind den Berichten der Polizeispitzel nicht zu entnehmen. (Vgl. StA Hamburg, Polizeibehörde I, Arbeitssignatur 707.)

Mitteln des bürgerlichen Parlamentarismus keine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse möglich war, daß, »solange die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsordnung ihren ungeheuren Einfluß auf die Massen ausübt, ... von einer wahren Demokratie überhaupt nicht die Rede sein«¹ kann. Aber er war bemüht, alle Möglichkeiten zu nutzen, die das Parlament bot, um die Not der Werktätigen zu lindern und die Anschläge der Unternehmer zurückzuschlagen. In der Hamburger Bürgerschaft war Ernst Thälmann der Sprecher der Hamburger Arbeiter und Erwerbslosen, deren Schicksal er aus eigener Erfahrung kannte, aber auch der Beamten und Angestellten, der Renten- und Unterstützungsempfänger, der Sprecher aller Ausgebeuteten und Unterdrückten.

Die Tätigkeit im Parlament, die Teilnahme an den Sitzungen der Bürgerschaft und ihrer Ausschüsse forderte von den kommunistischen Arbeiterabgeordneten beträchtliche persönliche Opfer. Ernst Thälmann war seit Ende März 1921 einige Zeit arbeitslos, dann in verschiedenen Betrieben als Gelegenheitsarbeiter beschäftigt, längere Zeit arbeitete er schließlich auf der Abwrackwerft Kubatz.² Jede Teilnahme an einer Beratung der Bürgerschaft bedeutete Lohnausfall. Diäten wurden in der Bürgerschaft nicht gezahlt, und die KPD hatte nicht die Mittel, ihre Abgeordneten finanziell zu unterstützen. Auch Ernst Thälmann war es nicht immer möglich, diese außerordentlichen Belastungen zu tragen, so daß er nicht an allen Ausschußsitzungen teilnehmen konnte.³

Die KPD nahm in der Bürgerschaft zu allen wichtigen Fragen Stellung. Zu vielen Problemen sprach Ernst Thälmann selbst. Er formulierte mit seinen Genossen die Anträge der KPD-Fraktion, brachte sie ein und begründete sie. In seiner Rede zum Hamburger Staatshaushalt am 30. März 1921 lehnte er den Etat entschieden ab, weil dieser, wie er ausführte, allein den Interessen der herrschenden Klasse entsprach und sich gegen die Arbeiter richtete. Der kapitalistische Staat wälze die Lasten des Krieges und der Reparationen auf die werktätigen Massen ab. Die Unternehmerschaft bereite den Angriff gegen den Achtstundentag vor. Die militaristischen Organisationen könnten ungestört ihr Spiel treiben, während die kapitalistische Regierung gegen die Arbeiter rücksichtslos

vorgehe. »Hier herrscht nicht die Demokratie, sondern die Diktatur des Kapitalismus!« Leidenschaftlich, in der klaren, einfachen und kraftvollen Sprache eines im Klassenkampf gereiften Arbeiters, gestützt auf Tatsachen, trat er den Verleumdungen der bürgerlichen und der rechtssozialdemokratischen Politiker entgegen, enthüllte ihre Winkelzüge, entkleidete ihre Phrasen von »Demokratie« und »Ruhe und Ordnung« des schönen Scheins. Und mit der Siegesgewißheit eines überzeugten Kommunisten, die auf der marxistischen Erkenntnis von der Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung beruht, brachte er offen zum Ausdruck, »daß wir kämpfen werden als Kommunisten so lange, bis der heutige kapitalistische Staat am Boden liegt, bis der Sturz der Bourgeoisie vor sich geht. Wir werden kämpfen für die Befreiung der Menschheit aus den Fesseln der kapitalistischen Lohnarbeit, für den Aufbau der kommunistischen Gesellschaftsordnung.«⁴

In der Sitzung der Bürgerschaft vom 5. Oktober 1921 entlarvte Ernst Thälmann die bürgerliche Klassenjustiz der Weimarer Republik und verlangte die Entfernung aller reaktionären Beamten aus der Justiz, die Wahl der Richter durch das Volk, die Beseitigung aller außerordentlichen Gerichte und aller Ausnahmeverordnungen. Er wandte sich am 27. September 1921 gegen die beabsichtigte Erhöhung der Verkehrstarife und forderte am 26. Oktober 1921, die Erwerbslosen und alle vom Wohlfahrtsamt unterstützten Personen mit verbilligten Kartoffeln und Kohlen zu versorgen.⁵ In seiner Rede zum Staatshaushalt für 1922 enthüllte er an Hand exakten Zahlenmaterials die tiefe finanzielle Krise, in die die Politik der Monopolherren Deutschland gestürzt hatte, stellte die hohen Ausgaben für den Polizeietat den ständig sinkenden Mitteln für soziale und kulturelle Zwecke gegenüber und bewies, daß Arbeiter, Angestellte, Beamte und Rentner alle Lasten zu tragen hatten. In der Bürgerschaft wie auf einer Versammlung im großen Saal bei Sagebiel verlangte Ernst Thälmann im Januar 1922 eine Amnestie der politischen Gefangenen.⁶

Die Tätigkeit in der Bürgerschaft beanspruchte ihn stark. Er leistete sie neben seiner umfangreichen Arbeit als Mitglied des Zentralausschusses und der Bezirksleitung Wasserkante sowie als Vorsitzender der Orts-

1 Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg 1920, S. 1880.

2 Vgl. Ernst Thälmann: Mein Lebenslauf. In: BzG, 1975, H. 1, S. 101. – IML, ZPA, EA 1400/1.

3 Vgl. Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg im Jahre 1922, o. O. u. J., S. 159.

4 Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg 1921, S. 585, 587.

5 Vgl. ebenda, S. 1502–1504, 1020/1021, 1587/1588, 1591/1592.

6 Vgl. Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg 1922, S. 22–26, 109–115. – StA Hamburg, Polizeibehörde I, Arbeitssignatur 707.

gruppe Hamburg der KPD. Einer seiner Hamburger Mitkämpfer, V. Oeverdick, berichtet, daß er oft, wenn er am frühen Morgen nach Hause kam, bei Ernst Thälmann noch Licht sah. Ernst Thälmann saß und studierte. »Auf meine Frage: ›Wann schlöpst du denn eigentlich?‹, antwortete er: ›Ja, wat soll ik moken?‹ ›Denn droffst du eben nicht mehr arbeiten.‹ Er wehrte sich dagegen, Parteiangestellter zu werden. ›Wenn ik arbeit, hew ik den besten Kontakt.‹«⁷

Ernst Thälmanns Tochter Irma berichtet, daß ihr Vater abends oft noch am Tisch saß und las oder schrieb, wenn sie schlafen ging, und daß er mitunter die ganze Nacht hindurch arbeitete. »Als ich ganz klein war, wurde ich schon von der Mutter dazu erzogen, daß ich nichts fragen durfte, daß ich stundenlang allein spielen und dabei schweigen mußte, wenn Vater am Tisch saß und studierte.«⁸ Und Genossin Luise Zenk, die 1920 und 1921 im Parteibüro der Hamburger Ortsgruppe der USPD und dann der KPD arbeitete, schreibt: »Er war damals der 1. Vorsitzende der Parteiorganisation, mußte aber seinen Lebensunterhalt als Transportarbeiter verdienen. Seine körperlichen und geistigen Kräfte schienen fast unerschöpflich, und er gönnte sich kaum Erholung... Damals fanden größere Konferenzen oder Tagungen der Partei- und Gewerkschaftsorganisation in der Regel über Sonnabend und Sonntag statt, damit die Teilnehmer keine Lohneinbuße erlitten. Außerdem waren wir an den Wochenenden mit der Kleinarbeit für Partei und Gewerkschaften beschäftigt.«⁹ Friedrich Dettmann erinnert sich, wie Ernst Thälmann jede Möglichkeit nutzte, um sich die marxistische Theorie anzueignen. Selbst auf der Abwrackwerft studierte er. Ein dort ebenfalls als Transportarbeiter tätiger Genosse las ihm aus marxistischer Literatur vor, während Ernst Thälmann einen Teil von dessen Arbeit übernahm. Über das Gelesene diskutierten sie dann.¹⁰ Dieser rastlose Einsatz für die Partei, für die Sache der Arbeiterklasse, wie der Drang, sich Wissen anzueignen, um sich für die Klassenauseinandersetzungen noch besser zu rüsten, war für Ernst Thälmann ein Lebensbedürfnis geworden.

7 »Wann schläfst du denn eigentlich?«... »Ja, was soll ich machen?« »Dann darfst du eben nicht mehr arbeiten«... »Wenn ich arbeite, habe ich den besten Kontakt.« – IML, ZPA, NL 3/69.

8 Irma Thälmann: Erinnerungen an meinen Vater, S. 20 – Vgl. auch ebenda, S. 18/19.

9 IML, ZPA, EA 1050.

10 Vgl. Friedrich Dettmann: Er war zu jedem Opfer für den Sozialismus bereit. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 48.

Am 22. und 23. Januar 1922 nahm Thälmann an der Sitzung des Zentralausschusses teil, auf der beschlossen wurde, daß die KPD auch in eine Arbeiterregierung gemeinsam mit Sozialdemokraten eintreten könne, wenn bestimmte Voraussetzungen gegeben seien. Diese Weiterentwicklung der Einheitsfrontpolitik war von heftigen Auseinandersetzungen in der Partei begleitet. Nach wie vor gab es sektiererische Vorbehalte gegen diese Politik. Zugleich hatte sich aber auch der ehemalige Ultralinke Reuter (Friesland) mit Anhängern Levis verbündet, die noch in der KPD verblieben waren, und eine rechte Oppositionsgruppe in der Partei geschaffen. Er und seine Anhänger waren daraufhin von der Zentrale aus der Parteiführung entfernt worden. Am 12. Januar hatte eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Hamburg zur Fraktions-tätigkeit Reuters Stellung genommen. Einleitend referierte Wilhelm Pieck als Vertreter der Zentrale über die politische Lage und die Lage in der Partei. Ernst Thälmann begründete eine Resolution, in der Reuters Auftreten als nicht kommunistisch verurteilt und die Entscheidung der Zentrale begrüßt wurde. Zugleich warf Thälmann der Zentrale vor, zu zaghaft vorgegangen zu sein. Die Resolution wurde fast einstimmig angenommen.¹¹ Auf der Zentralschußsitzung verurteilte Thälmann in einem Diskussionsbeitrag die Fraktionstätigkeit Reuters und seiner Anhänger und verlangte ihren Ausschluß aus der Partei. Der Zentralschuß faßte einen entsprechenden Beschluß.¹²

Ernst Thälmanns Haltung war von der Einsicht geprägt, daß die Kampfkraft der Partei entscheidend von ihrer inneren Geschlossenheit, von ihrer Prinzipienfestigkeit und Disziplin abhängt. Diese Einsicht erwuchs vor allem aus seinen langjährigen Klassenkampf Erfahrungen; sie wurde täglich in der Parteiarbeit, im Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse erhärtet.

An der Spitze der Hamburger Parteiorganisation führte Ernst Thälmann den Kampf gegen die wachsende Verelendung der Arbeiterklasse, rang er um die Herstellung der proletarischen Einheitsfront. Am 17. Januar 1922 sprach er auf einer Versammlung aller kommunistischen Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre Hamburgs zu den bevorstehenden Betriebsrätewahlen. Es wurde eine Resolution angenommen, in der die Kommunisten erklärten, daß sie bei diesen Wahlen auch für die zehn Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB)

11 Vgl. HVZ, 13. Januar 1922. – StA Hamburg, Polizeibehörde I, Arbeitssignatur 707.

12 Vgl. IML, ZPA, 2/9/2.

eintreten würden.¹³ Diese zehn Forderungen an die Reichsregierung und den Reichstag hatten die Vorstände des ADGB und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (AfA-Bundes) angesichts der Erfolge der Einheitsfrontpolitik der KPD und unter dem Druck der Massen am 15. November 1921 erhoben. Unter anderem wurde eine Beteiligung des Reiches an den Sachwerten, das heißt vor allem an kapitalistischen Unternehmen, die Sozialisierung des Kohlebergbaus und eine stärkere Besteuerung der Kapitalisten verlangt.¹⁴ So wie in Hamburg setzte sich die KPD überall für diese Forderungen ein, während die rechtssozialdemokratischen Gewerkschaftsführer keinerlei praktische Maßnahmen trafen, um ihre Vorschläge zu verwirklichen. Weiter wandten sich die Hamburger Kommunisten in ihrer Resolution zu den Betriebsrätewahlen gegen die Steigerung der Lebenshaltungskosten und gegen jede Durchbrechung des Achtstundentages und verlangten eine allgemeine Erhöhung der Löhne, Gehälter und Unterstützungen. Sie sprachen sich für die Herstellung einer kampfbereiten Einheitsfront des gesamten Proletariats zur Durchsetzung seiner Interessen aus.

In der Sitzung der Aktionsausschüsse, Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre der Hamburger KPD am 30. Januar referierte Thälmann über das Verhältnis zu den gewerkschaftlich nicht organisierten Arbeitern. Seine Stellungnahme schlug sich in der Entschließung dieser Beratung nieder. Es wurde festgestellt, daß die Gewerkschaftsbükratie durch ihre Arbeitsgemeinschaftspolitik mit der Bourgeoisie im Kampf für die Verbesserung der Lebenshaltung der Werktätigen vollkommen versagt und dadurch den Mitgliederschwund in den Gewerkschaften hervorgerufen habe. Die KPD betrachte es als ihre Pflicht, die Gewerkschaften durch eine revolutionäre Taktik zu aktivieren und so den Austritten aus den Gewerkschaften zu begegnen. Mit intensiver Propaganda sollte versucht werden, alle Arbeiter für die freien Gewerkschaften zu gewinnen.¹⁵

Als Anfang Februar 1922 die Eisenbahner Deutschlands in den Streik traten, stellte sich die KPD an ihre Seite. Die »Hamburger Volkszeitung« rief zur Unterstützung der Streikenden auf und verlangte die sofortige Zurücknahme der Antistreikverordnung des Reichspräsidenten Ebert und die strikte Beibehaltung des Achtstundentages. Sie forderte, jede Maß-

regelung von Streikenden zu unterlassen sowie den Lohn- und Gehaltsforderungen nachzukommen. Die Mitglieder der Partei wurden verpflichtet, den Streik zu unterstützen.¹⁶ Der Hamburger Ortsgruppe gelang es, durch systematische Arbeit unter den Beamten und Angestellten einen Dreizehner-Ausschuß aus Beamten zu bilden, der einen Solidaritätsstreik einleiten sollte. In einem Bericht der Bezirksleitung Wasserkante an die Zentrale der KPD, in dem die hervorragende Arbeit der Ortsgruppen, besonders der von Ernst Thälmann geleiteten, gewürdigt wurde, hieß es, daß der Eisenbahnerstreik »der KPD wegen ihrer Haltung gegenüber den kämpfenden Eisenbahnern große Sympathien unter den Arbeitern, Beamten und Angestellten« brachte und »eine starke Annäherung unter diesen Schichten des Proletariats« herbeiführte.¹⁷

Eine Woche nach dem Abbruch des Streiks, am 13. Februar, führte die KPD drei große Versammlungen zum Eisenbahnerstreik durch. In der Versammlung in Bans' Gesellschaftshaus sprach Ernst Thälmann vor etwa 1000 Zuhörern. Er hob hervor, daß erstmals eine Beamtengruppe in einen großen Streik getreten sei. Die Beamten würden aus diesem Streik die Lehre ziehen, führte er aus, daß sie, wenn sie wirklich etwas erreichen wollten, auf die Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft angewiesen seien und daß die von der KPD angestrebte Einheitsfront des Proletariats auch sie einschließen müsse.¹⁸

Wie sich Ernst Thälmann erfolgreich mit opportunistischen Funktionären auseinandersetzte, zeigt sein Auftreten auf Mitgliederversammlungen der Bäcker und Konditoren Hamburgs am 12. März und 6. April. Das Referat hielt der Sozialdemokrat Ehrenteit, der Vorsitzende des Ortsausschusses Hamburg des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Korreferent war Ernst Thälmann. Er wies nach, daß die rechten Führer des ADGB bisher nichts unternommen hatten, um die zehn Forderungen des ADGB durchzusetzen, während die Kommunisten für deren Verwirklichung eintraten. Im Sinne der Ausführungen Thälmanns stimmte die Mitgliederversammlung trotz Ehrenteits Widerstand einstimmig einer Resolution zu, die den Hauptvorstand des Verbandes der Bäcker und Konditoren aufforderte, den ADGB zu veranlassen, sofort den Kampf um die Verwirklichung der zehn Punkte einzuleiten.¹⁹

13 Vgl. HVZ, 19. Januar 1922.

14 Vgl. Dokumente und Materialien ..., Bd. VII, 1. Halbbd., S. 613/614.

15 Vgl. HVZ, 2. Februar 1922.

16 Vgl. ebenda, 3., 6. Februar 1922.

17 IML, ZPA, 31/1/206.

18 Vgl. HVZ, 14. Februar 1922.

19 Vgl. ebenda, 13. April 1922.

Die Einheitsfrontpolitik Ernst Thälmanns und der Hamburger Ortsorganisation entsprach der Linie der KPD und der Kommunistischen Internationale. Unter dem Eindruck der internationalen Kapitaloffensive, vor allem aber durch das hartnäckige Ringen der kommunistischen Parteien war im Weltproletariat der Drang zum einheitlichen Kampf bedeutend gewachsen. Im Dezember 1921 hatte das EKKI auf Initiative des Politbüros des ZK der KPR(B) »Leitsätze über die Einheitsfront der Arbeiter«²⁰ beschlossen. In ihnen wurde in Weiterführung der Entscheidungen des III. Weltkongresses die Taktik der Einheitsfront ausführlich begründet und die Bereitschaft der Kommunistischen Internationale bekräftigt, mit den anderen internationalen Organisationen der Arbeiterbewegung Vereinbarungen für den gemeinsamen Kampf des Proletariats zu treffen. Anfang April 1922 kam es in Berlin zu einer Konferenz von Vertretern der Exekutiven der Kommunistischen Internationale, der II. Internationale und der zentristischen Internationale II 1/2. Trotz aller Manöver der Rechtsopportunisten wurde – allerdings bei zu großen Zugeständnissen der III. Internationale – eine Vereinbarung erreicht. Unter anderem sah diese vor, bald einen Weltkongreß der Arbeiterorganisationen durchzuführen, zu dessen Vorbereitung ein Organisationskomitee gebildet wurde. Am 20. April beziehungsweise am 1. Mai sollten gemeinsame Aktionen für den Achtstundentag, gegen die Arbeitslosigkeit, gegen die Offensive des Kapitals, für das Bekenntnis zur russischen Revolution, für Solidarität mit dem hungernden Rußland, für die Aufnahme politischer und wirtschaftlicher Beziehungen aller Staaten zu Sowjetrußland und für die Herstellung der proletarischen Einheitsfront durchgeführt werden.²¹

Die II. Internationale sabotierte das Abkommen jedoch. In Deutschland lehnte es die Leitung der SPD ab, zu gemeinsamen Kundgebungen aufzurufen; sie überließ die Entscheidung den lokalen Parteiorganisationen.²² Auch in Hamburg verweigerten SPD und USPD das Zusammengehen mit der KPD. Trotzdem demonstrierten etwa 15 000 Arbeiter am 20. April zum

20 Vgl. Thesen und Resolutionen des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Moskau vom 5. November bis 5. Dezember 1922, Hamburg 1923, S. 18–27.

21 Vgl. Die Kommunistische Internationale. Abriß, S. 170–185. – Die Internationale II 1/2, die Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien, war im Februar 1921 von zentristischen Parteien gegründet worden. Ihr gehörte auch die (rechte) USPD an. Im Mai 1923 vereinigte sich die Internationale II 1/2 mit der II. Internationale.

22 Vgl. Arnold Reisberg: An den Quellen der Einheitsfrontpolitik, S. 416, 424/425.

Heiligengeistfeld. Zu ihnen sprachen gleichzeitig – an verschiedenen Stellen – die Mitglieder der Ortsgruppenleitung der KPD Ernst Thälmann, Hans von Borstel und Rudolf Hommes. Die meisten Zuhörer hatten sich um Ernst Thälmann versammelt.²³ Die Redner brandmarkten die Haltung der Hamburger SPD-Führer, die in dem Moment, da die Einheitsfront des Proletariats das dringende Gebot der Stunde war, eine schamlose und verleumderische antikommunistische Hetze entfesselten. »Aber trotz ihrer wird die Einheitsfront kommen, und sie muß auch kommen, wenn das Proletariat nicht in dauernde Versklavung verfallen will«, erklärte Ernst Thälmann. Nachdem die Redner ein anschauliches Bild von der Weltoffensive des Kapitals gegeben hatten, verlangten sie – in Übereinstimmung mit den Forderungen der Kommunistischen Internationale – einen proletarischen Weltkongreß, »um über die Kampftaktik zu beraten und zu beschließen, die im internationalen Maßstabe gegenüber der internationalen Offensive des Kapitals angewandt werden müsse«.²⁴

Das Ringen der Hamburger Kommunisten und ihres Vorsitzenden Ernst Thälmann um die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiter begann seine Früchte zu tragen. Das zeigten die Ergebnisse der Betriebsrätewahl 1922. Die KPD konnte die Zahl ihrer Betriebsräte bedeutend erhöhen, während SPD und USPD Stimmen verloren. Wenngleich insgesamt die SPD noch immer die meisten Betriebsräte stellte, so wurden doch in den großen Werften und in wichtigen Betrieben der Metallindustrie 92 Kommunisten, 53 SPD- und USPD-Mitglieder und 3 Parteilose als Betriebsräte gewählt.²⁵ Ein Jahr zuvor hatte auch dort noch die Mehrheit der Betriebsräte der SPD angehört.

Mitte 1922 wurden die rechtsextremistischen Terrororganisationen aktiver. In der Nacht zum 1. Juni – am Abend hatte die Deutschnationale Volkspartei eine Skagerrakfeier durchgeführt, auf der nationalistische und antikommunistische Hetzreden gehalten worden waren – versuchten Rechtsextremisten, das Haus der »Hamburger Volkszeitung« in Brand zu setzen. Am 1. Juni verübten konterrevolutionäre Kräfte einen Sprengstoffanschlag auf das Revolutionsdenkmal auf dem Ohlsdorfer

23 Vgl. IML, ZPA, 31/1/206. – StA Hamburg, Polizeibehörde I, Arbeitssignatur 707.

24 StA Hamburg, Polizeibehörde I, Arbeitssignatur 707. – HVZ, 21. April 1922.

25 Zu diesen Betrieben gehörten: Vulkanwerft, Blohm & Voß, Deutsche Werft Finkenwärder, Deutsche Werft Tollerort, Reiherstieg-Schiffswerft, Ottensener Eisenwerke. (Vgl. StA Hamburg, Polizeibehörde I, Arbeitssignatur 707.)

Friedhof, in der Nacht zum 3. Juni und in der Nacht zum 13. Juni Anschläge auf die kommunistische Buchhandlung Hoym.²⁶ Vor der Tür von Thälmanns Wohnung legte man in diesen Tagen Feuer. Am Sonnabend, dem 17. Juni, riß um 23.15 Uhr eine laute Detonation die Bewohner der Siemssenstraße und der benachbarten Straßen aus dem Schlaf. Eine mit einem Zeitzünder versehene, vor einem Fenster von Thälmanns Wohnung befestigte Handgranate war explodiert – die Zündung einer zweiten versagte. Im Wohnzimmer der Familie Thälmann und im Vorgarten entstand Sachschaden. Zum Glück war Ernst Thälmann noch nicht zu Hause, und Frau und Tochter hatten sich im Schlafzimmer aufgehalten. In der Nacht zum 19. Juni grölte eine Gruppe von Nationalisten vor Thälmanns Wohnung das Deutschlandlied.²⁷

Aus ganz Deutschland wurden ähnliche Anschläge bekannt. Es war höchste Zeit, den konterrevolutionären Kräften in den Arm zu fallen. Das einheitliche Handeln der Arbeiterklasse wurde noch dringlicher.

Von dieser Erkenntnis ließen sich auch Ernst Thälmann und die Leitung der KPD-Organisation Hamburgs leiten. Schon am 1. Juni appellierte die »Hamburger Volkszeitung« an die Arbeiter, geschlossen und kampfbereit der Reaktion entgegenzutreten. Nach dem Anschlag auf die »Hamburger Volkszeitung« teilte Ernst Thälmann auf der Sitzung des KPD-Ortsvorstandes am 2. Juni mit, daß die Führungen der SPD, der USPD und des ADGB aufgefordert wurden, die Pressefreiheit der Arbeiter zu sichern. Die KPD drückte in einem Schreiben an die Leitungen dieser Organisationen ihre Bereitschaft aus, über alle grundsätzlichen und taktischen Differenzen hinweg Seite an Seite mit allen Organisationen zu kämpfen, die gewillt seien, dem reaktionären Treiben entgegenzutreten. Es wurde vorgeschlagen, über eine gemeinsame Demonstration zu beraten. In der Sitzung des Ortsvorstandes am 7. Juni traten Ernst Thälmann und Rudolf Lindau jenen entgegen, die sich dagegen aussprachen, sich hierzu an die SPD und den ADGB zu wenden.²⁸

Getreu ihrer antikommunistischen Position, lehnten die Ortsvorstände von SPD und ADGB auch diesmal gemeinsame Aktionen mit der KPD ab. Trotzdem wandte sich die Leitung des Ortsvorstandes der KPD im

26 Vgl. HVZ, I.-3., 13. Juni 1922.

27 Vgl. ebenda, 26. Juni 1922. – Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg 1922, S. 668. – HVZ, 19. Juni 1922. – Irma Thälmann: Erinnerungen an meinen Vater, S. 10.

28 Vgl. StA Hamburg, Polizeibehörde I, Arbeitssignatur 707. – HVZ, 3. Juni 1922.

Bestreben, durch das geschlossene Auftreten des Proletariats die demokratischen Rechte gegen die Anschläge der Reaktion zu verteidigen, am 12. Juni nochmals an den Ortsausschuß des ADGB und erklärte, daß sie alles daransetzen wolle, eine geschlossene Abwehrfront der Arbeiter gegen die Offensive der Reaktion herbeizuführen.²⁹

Am 14. Juni richtete Ernst Thälmann in der Sitzung der Bürgerschaft an die Polizeibehörde die Anfrage, was sie angesichts der planmäßigen antirepublikanischen Kampagne zu tun gedenke, um nationalistische Gedenkfeiern und Kundgebungen zu verhindern. Er teilte mit, daß mehrere Mitglieder der kommunistischen Bürgerschaftsfraktion Briefe mit Morddrohungen erhalten hätten.³⁰ In sechs Protestversammlungen am 19. Juni wurde die Frage gestellt: »Wo bleibt der geschlossene Abwehrkampf der Hamburger Arbeiterschaft?« Außer Ernst Thälmann sprachen unter anderen Rudolf Hommes und Rudolf Lindau. Die Redner kennzeichneten die konterrevolutionären Attentate als Vorstöße der Unternehmer, mit denen das Ziel verfolgt würde, die Monarchie wieder einzuführen, um das deutsche Proletariat noch schrankenloser ausbeuten zu können. Sie verlangten, in den Betrieben einen proletarischen Selbstschutz aufzubauen, der alle Arbeiter – ungeachtet ihrer Organisationszugehörigkeit – umfassen müsse.³¹

Die Hamburger Kommunisten handelten in Übereinstimmung mit dem Aufruf der Zentrale der KPD vom 16. Juni, in dem an SPD, USPD und ADGB appelliert worden war, angesichts der Offensive des Unternehmertums und der monarchistischen Reaktion an der Herstellung einer geschlossenen Abwehrfront der Arbeiter mitzuwirken.³²

Am 24. Juni 1922 wurde der Reichsaußenminister Walther Rathenau von Angehörigen einer militanten nationalistischen Organisation ermordet. Rathenau hatte zu jenen Kreisen des Monopolkapitals gehört, die das internationale Kräfteverhältnis realistischer einschätzten. Er war im April 1922 in Rapallo auf das Angebot der Sowjetregierung eingegangen, einen Vertrag im beiderseitigen Interesse abzuschließen. Der Rapallovertrag bot die Möglichkeit einer Außenpolitik des Friedens und der Zu-

29 Vgl. StA Hamburg, Polizeibehörde I, Arbeitssignatur 707. – HVZ, 13. Juni 1922.

30 Vgl. Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg 1922, S. 668.

31 Vgl. StA Hamburg, Polizeibehörde I, Arbeitssignatur 707. – Hamburger Echo, 20. Juni 1922, Abendausgabe.

32 Vgl. Dokumente und Materialien ..., Bd. VII, 2. Halbbd., Berlin 1966, S. 86–89.

sammenarbeit mit Sowjetrußland. Gegen ihn traten andere Vertreter des Monopolkapitals und der Großagrarier, deren politische Repräsentanten und rechte Führer der SPD auf.

Wie die Zentrale der KPD schlug auch die Ortsorganisation der Hamburger KPD nach dem Attentat auf Rathenau SPD, USPD und ADGB vor, gemeinsame Aktionen gegen die Konterrevolution durchzuführen. Trotz der ernsten Situation und obgleich auch der in Leipzig tagende Gewerkschaftskongreß des ADGB wirksame Maßnahmen der Gewerkschaften gemeinsam mit den drei Arbeiterparteien gegen die Reaktion gefordert hatte, lehnten SPD und ADGB wiederum eine gemeinsame Demonstration mit den Kommunisten ab. Daraufhin rief die KPD die Hamburger Arbeiter auf, sich an der Demonstration am 26. Juni nach dem Heiligengeistfeld zu beteiligen, die von der SPD, der USPD und den freien Gewerkschaften veranstaltet wurde. Nach Schätzungen der Polizei nahmen etwa 100 000 Menschen daran teil. Obwohl sogar der Chef der Hamburger Ordnungspolizei Bedenken dagegen geltend gemacht hatte, ordnete der sozialdemokratische Polizeisenator Hense, der bei nationalistischen Kundgebungen die Polizei nicht einzusetzen pflegte, an, in der Innenstadt bewaffnete Formationen der Sicherheitswehr zu postieren.

Als sich die Demonstranten nach der Kundgebung zerstreuten, stießen sie am Mühlenberg auf eine dieser Polizeieinheiten. Einige Kundgebungsteilnehmer verlangten, daß die Polizeigruppe abrücken solle. Der kommandierende Hauptmann ließ einen Warnschuß abgeben, durch den andere Demonstranten aufmerksam wurden, die nun auch zum Mühlenberg eilten, unter ihnen Ernst Thälmann, um gegebenenfalls ihren Klassenbrüdern zu helfen. Thälmann berichtete, daß einige Ordner eine Kette bildeten, um die herbeiströmenden Massen zurückzuhalten. Mit dem Polizeioffizier wurde vereinbart, daß sich die Versammelten zurückziehen. Doch nach wenigen Minuten forderte der Offizier die Massen auf, den Platz sofort zu verlassen. Aber bei den engen Straßen war die Menschenmenge dazu gar nicht imstande. In dem großen Gedränge, das entstand, gab die Polizei erneut Schreckschüsse ab, was die Unruhe und Erbitterung steigerte. Schließlich ließ der kommandierende Offizier in die Menge schießen. Ein Arbeiter wurde getötet, vier wurden verletzt.³³

33 Vgl. HVZ, 26. Juni 1922. — StA Hamburg, Polizeibehörde I, Arbeitssignatur 707. — Lothar Danner: Ordnungspolizei Hamburg. Betrachtungen zu ihrer Geschichte 1918–1933, Hamburg 1950, S. 53. — Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg 1922, S. 731.



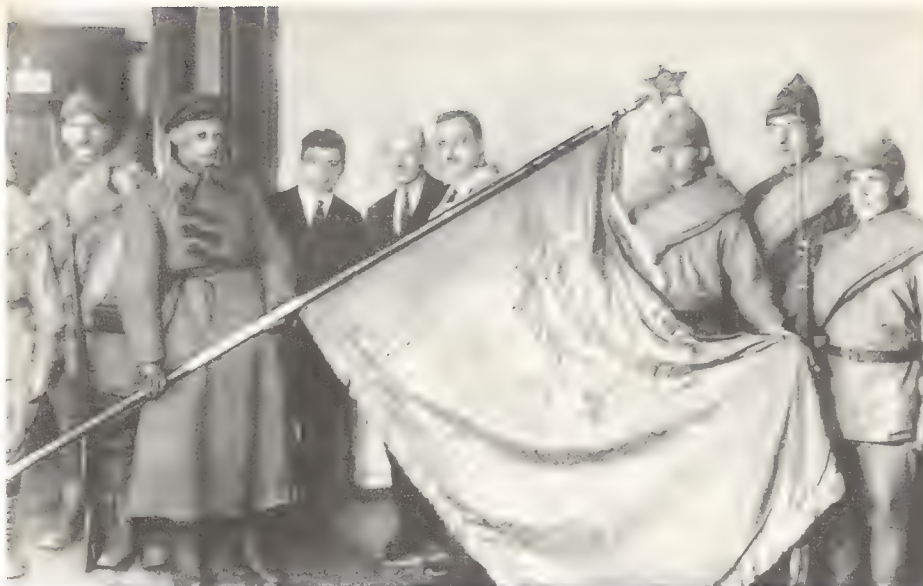
Ernst Thälmann
mit Mitgliedern der USPD von Hamburg-Eppendorf,
1919/1920

Schwer und opferreich ist der Kampf den
Lohn- und Proletariat zu führen hat. Dennoch
der Weg den das kühne Volk zurücklegen
muß. Gleich aber leuchtet Hoffnung voll
eine bessere Zukunft. Die Jugend wird
die Früchte dieses Kampfes ernten.
Unser Kampf ist unser Kampf, unser
Lieg, nicht Lieg! Vorwärts zum Sieg!

Ernst Thälmann
Hamburg.

Moskau, d. 25. 7. 21.

Autograph Ernst Thälmanns



Angehörige der X. Schützendivision der Roten Armee übergeben während des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale 1924 an Ernst Thälmann eine Fahne für die Hamburger Arbeiter



Überführung der Urne von Julian Marchlewski nach dem Friedhof Berlin-Friedrichsfelde am 5. April 1925
(links neben dem Wagen [von vorn nach hinten] Wilhelm Pieck, Ernst Thälmann, Hugo Eberlein, Ernst Meyer; neben Ernst Thälmann Ernst Schneller)

Zwei Tage darauf prangerte Ernst Thälmann von der Tribüne der Bürgerschaft das Vorgehen der Polizei am 26. Juni an. Er forderte, Justiz und Polizei von allen reaktionären Elementen zu säubern, die konterrevolutionären Terrororganisationen und die Reichswehr aufzulösen, eine Arbeiterwehr zu schaffen und die politischen Gefangenen freizulassen. Nachdrücklich hob er hervor, daß der Feind rechts stehe. Er schloß mit den Worten: »Es gibt heute nur eins, nämlich daß die Arbeiterschaft gezwungen sein wird, nicht auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft, nicht auf dem Boden der Koalition sich zu verständigen, sondern auf dem Boden des Klassenkampfes zu siegen und die Worte des Dichters sich zu eigen zu machen, die jedem Proletarier gebühren: Nur dem gebührt die Freiheit und das Leben, Der täglich sie erkämpfen muß.«³⁴

Nachdem sich die zentralen Leitungen verständigt hatten, kam es Anfang Juli endlich auch in Hamburg zu einer Vereinbarung zwischen den Arbeiterparteien und den freien Gewerkschaften, zum Schutz der Republik gegen die Konterrevolution gemeinsam aufzutreten. Am 4. Juli beteiligten sich hunderttausend an den Demonstrationen und Kundgebungen. Neben vielen anderen Rednern sprach auch Ernst Thälmann zu den Versammelten.³⁵

Ernst Thälmanns Erkenntnis, daß das einheitliche Handeln der Arbeiterklasse die beste Garantie für den Kampf gegen die Reaktion ist und daß die Arbeiterklasse die bürgerlich-parlamentarische Demokratie gegen alle Angriffe von rechts verteidigen muß, trat in seiner Rede vor der Bürgerschaft am 7. Juli noch klarer als vordem hervor. Er begründete Anträge der KPD-Fraktion zur Sicherung und Erweiterung der demokratischen Rechte des werktätigen Volkes und stellte zusammenfassend fest: »Man sieht bereits, daß sich in der Arbeiterschaft eine sich formierende Einheitsfront zeigt, und selbst wenn uns auch die heutige demokratische Staatsform nicht genügt, weil wir unter einer demokratischen Staatsform ... etwas ganz anderes verstehen, als es heute der Fall ist, so sind wir doch verpflichtet und gezwungen, wenn die Reaktion im Kampfe gegen die Arbeiterschaft diese uns nicht genügende Staatsform beseitigen will, mit der gesamten Arbeiterschaft den Kampf gegen die Reaktion aufzunehmen.« Vom Zusammenhang zwischen dem Kampf um

³⁴ Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg 1922, S. 734.

³⁵ Vgl. StA Hamburg, Polizeibehörde I, Arbeitssignatur 707. – Hamburger Echo, 5. Juli 1922, Morgenausgabe.

Demokratie und Sozialismus ausgehend, erklärte er, daß mit dem ernsthaften Kampf gegen die Reaktion und ihre Hintermänner »wir über den Rahmen dieser demokratischen Staatsform hinaus Erfolge in wirtschaftlicher und politischer Beziehung erzielen werden«.³⁶ In seinem Schlußwort zur Debatte über die Anträge der KPD unterstrich er noch einmal, »daß wir die demokratische Staatsform unsererseits im Kampfe unterstützen werden, wenn die Reaktion es wagt, die Republik zu stürzen«. Die Kommunisten hätten des öfteren den Beweis erbracht, »daß wir die demokratische Staatsform im Kampfe gegen die Reaktion stützen wollten«.³⁷

Durch ihr konsequentes Handeln gewann die Hamburger KPD Ende Juli/Anfang August etwa 400 neue Mitglieder. Im September 1922 zählte die KPD hier etwa 14 000 Mitglieder. Der Absatz der »Hamburger Volkszeitung«, des Organs des Bezirkes Wasserkante, stieg derart an, daß in den Betrieben keine Freixemplare mehr angeschlagen werden konnten.³⁸ Eine wichtige Ursache dieser Erfolge lag auch darin, daß Ernst Thälmann die Kommunisten unablässig darauf orientierte, unter dem ausschlaggebenden Teil des Proletariats, in den Betrieben und in den Gewerkschaften, zu arbeiten. Alma Soltau erinnert sich an eine Funktionärversammlung im Hamburger Stadtteil Hammerbrook im Jahre 1922, in der Thälmann die Notwendigkeit hervorhob, »viel mehr als bisher von der sozialdemokratischen Organisation der Wahlbezirke abzukommen. Die Arbeit der Partei müsse mehr in die Betriebe und in die Gewerkschaften verlegt werden. Es nütze nichts, wenn man im Stadtteil der eifrige Kommunist ist, und im Betrieb ist nichts vom revolutionären Elan zu spüren.«³⁹

Im Sommer 1922 wurde Ernst Thälmann auf einer Versammlung der Verwaltungsstelle Hamburg I des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes zum Delegierten für den 11. Verbandstag gewählt⁴⁰, der vom 3. bis 8. September in Berlin stattfand. Gemeinsam mit anderen kommunistischen Delegierten trat er hier gegen die Arbeitsgemeinschaftspolitik der Führung des Verbandes auf und setzte sich für eine revolutionäre Ge-

werkschaftspolitik ein. In der Nachmittagssitzung am 5. September begründete er eine von ihm und anderen revolutionären Gewerkschaftern eingebrachte Entschliebung, durch die entschieden die Beteiligung an der Arbeitsgemeinschaft abgelehnt wurde. Er erklärte, daß die Arbeitsgemeinschaft, die scheinbar paritätische Zusammenarbeit von Arbeitern und Unternehmern, auf Initiative der Unternehmer in der Novemberrevolution zur Dämpfung des Klassenkampfes geschaffen, nur eine Fortsetzung der Burgfriedenspolitik der rechten Gewerkschaftsführer aus den Jahren des ersten Weltkrieges unter den neuen Bedingungen darstelle. Selbst so reaktionäre Vertreter der Großindustrie wie Stinnes, Vögler und Sorge hätten sich energisch für die Arbeitsgemeinschaft eingesetzt und erklärt, »daß diese Vernunfttete zwischen Kapitalismus und Arbeit für das Unternehmertum sehr günstig sei«⁴¹. Ernst Thälmann charakterisierte aber nicht nur das Klassenwesen der Arbeitsgemeinschaftspolitik, sondern entlarvte auch die demagogische Behauptung, die Errungenschaften der Arbeiter seien Ergebnis dieser Politik. So wurde der Achtsturentag, wie Thälmann in Übereinstimmung mit den historischen Tatsachen feststellte, nicht durch die Arbeitsgemeinschaftspolitik durchgesetzt, sondern durch den Kampf der Arbeiter in der Novemberrevolution erstritten.

In einer Erklärung zu einem Entschliebungsentwurf der Verbandsleitung forderte Ernst Thälmann, den gewerkschaftlichen Kampf nicht auf einzelne Lohn- und Tarifikämpfe zu beschränken, sondern darüber hinaus die Kraft der gesamten Organisation für einheitliche Lohnkämpfe im Transportgewerbe und für den weiteren Ausbau der sozialen und wirtschaftlichen Rechte einzusetzen, für Einfluß auf die Produktion und die Preispolitik sowie für die Verwirklichung der zehn Forderungen des ADGB vom November 1921.⁴² Ebenso wandte er sich gegen die im Entschliebungsentwurf des Vorstandes zur wirtschaftlichen Lage enthaltenen illusionären Vorstellungen, daß von der kapitalistischen Regierung grundlegende Maßnahmen im Interesse des Proletariats zu erwarten seien. »Wer glaubt, daß eine kapitalistische Regierung dazu in der Lage ist, der hat seit 1918 nicht viel gelernt. Eine kapitalistische Regierung wird sich niemals gegen den Kapitalismus aufbäumen können.«⁴³

41 Deutscher Transportarbeiter-Verband (Deutscher Verkehrsbund). Protokoll über die Verhandlungen des 11. Verbandstages, S. 115.

42 Vgl. ebenda, S. 173/174.

43 Ebenda, S. 224.

36 Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg 1922, S. 835.

37 Ebenda, S. 845.

38 Vgl. StA Hamburg, Polizeibehörde I, Arbeitssignatur 707.

39 IML, ZPA, EA 1397.

40 Vgl. Deutscher Transportarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Hamburg, Jahresbericht 1922, Hamburg 1923, S. 8.

Ernst Thälmann unterstützte den Vorschlag der Verbandsleitung, alle im Verkehrswesen beschäftigten Arbeiter, Beamten und Angestellten – also auch die Angehörigen der Eisenbahnergewerkschaft – in einer einheitlichen Gewerkschaft zusammenzuschließen. Dieser Zusammenschluß sei angesichts der Konzentration des Kapitals besonders dringend und entspreche dem Streben der Arbeiterklasse nach der Einheitsfront.⁴⁴

Unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Berlin wertete Ernst Thälmann in einer Beratung des Ortsvorstandes Hamburg der KPD mit kommunistischen Gewerkschaftsfunktionären den Verbandstag aus.⁴⁵ Nicht nur sein Auftreten dort, sondern sein gesamtes Wirken zeigte, daß Ernst Thälmann dem gewerkschaftlichen Kampf und der Tätigkeit der Kommunisten innerhalb der Gewerkschaften außerordentliche Bedeutung zumäß. Er gehörte zu den 71 Teilnehmern der Reichskonferenz der kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre, die am 7. und 8. Oktober 1922 in Berlin stattfand. Nachdrücklich setzte er sich auch hier dafür ein, jeder Flucht aus den reformistisch geführten Gewerkschaften entgegenzutreten. Es sei eine Aufgabe der Partei, mit allen Kräften dahin zu wirken, »daß wir die Arbeiterschaft aufklären und in die Gewerkschaften bringen«. Thälmann berichtete, daß die Hamburger Kommunisten unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern »starke Sympathie« hätten, daß aber die Zahl der Nichtorganisierten noch zu groß sei.⁴⁶

Im Jahre 1922 hatte sich mit der rasch anwachsenden, vom Großkapital bewußt geförderten Inflation die Lage der Arbeiter erneut verschlechtert. Ende 1922 lagen die Reallöhne im Durchschnitt um 30 bis 45 Prozent unter denen von 1913. Das war der bisher niedrigste Stand seit 1919. Ärzte konstatierten eine ständige Verschlechterung des Gesundheitszustandes besonders der Kinder, die Erhöhung der Säuglingssterblichkeit vor allem durch die maßlose Verteuerung der Milch, die Gefahr des Hungertodes.⁴⁷

Mit der wachsenden Teuerung, mit der sich ständig verschärfenden Offensive der Unternehmer hatte sich Ernst Thälmann in einer Rede in der Bürgerschaft am 20. September beschäftigt, als er die Vorschläge der

44 Vgl. ebenda, S. 195.

45 Vgl. StA Hamburg, Polizeibehörde I, Arbeitssignatur 707.

46 IML, ZPA, I 2/708/2.

47 Vgl. Jürgen Kuczynski: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1917/18 bis 1932/33, Berlin 1966 (Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Teil I. Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis zur Gegenwart, Bd. 5), S. 161–180. – Paul Hertz/Richard Seidel: Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung, Berlin 1923, S. 104.

KPD-Fraktion begründete: Sicherung des Bezuges von Lebensmitteln für die unbemittelte Bevölkerung, Einrichtung öffentlicher Speise- und Wärmehallen, Wiederaufnahme der Schulspeisung, Schließung sämtlicher Luxus- und Schlemmerlokale.⁴⁸

Die Sprecher der anderen Parteien konnten zwar die Notlage breiter Bevölkerungsschichten nicht bestreiten; sie beließen es aber bei der Schilderung des Elends, ohne auf dessen Ursachen einzugehen, oder führten es demagogisch allein auf die Ausplünderung Deutschlands durch die imperialistischen Siegermächte, auf den Versailler Vertrag und seine Folgen zurück.

Im Gegensatz hierzu wies Ernst Thälmann nicht nur nach, daß die Arbeiter infolge der schnell voranschreitenden Inflation nicht mehr in der Lage seien, die »allernotwendigsten Lebensmittel und Gebrauchsartikel« zu kaufen. Er deckte auch die wahren Wurzeln der Not der Massen auf, den imperialistischen Weltkrieg und die kapitalistische Gesellschaftsordnung überhaupt. »Und wenn man von bürgerlicher Seite auf die Ausbeuter hinweist, die im Auslande sitzen, so ist das einseitig gehandelt, denn ganz besonders hier in Deutschland sitzen auch diejenigen Personen, die das Volk, das Proletariat ausbeuten, in den Kreisen der Inhaber der Banken und der Großindustrie.« Um die Not zu beheben, fordere die Arbeiterklasse, der Teuerung und dem Wucher entgegenzuwirken. »Sie ist fest überzeugt..., daß, wenn sie selbst nicht eingreift, sie von den Instanzen, die der Regierung unterstellt sind, nichts zu erwarten hat.«⁴⁹ Deshalb zeige sich im Proletariat der Wille, entscheidenden Einfluß auf die Preisregulierung, aber auch auf die Produktion zu nehmen.

Unter Berufung auf die erfolgreiche Tätigkeit derartiger Organe in anderen Städten verlangte Ernst Thälmann die Einsetzung von Kontrollausschüssen der Arbeiterklasse und die Kontrolle der Produktion durch die Betriebsräte. So nutzte er die Parlamentstribüne, um diese beiden wichtigen Teilforderungen des antiimperialistischen Kampfes der KPD zu propagieren. Wenn die Steigerung der Preise so fortgehe, erklärte er weiter, werde eintreten, »daß nicht nur die Arbeiterschaft zur Selbsthilfe greift, sondern auch ein Teil des Mittelstandes gemeinsam mit den Arbeitern sich dagegen aufbäumen muß«. Er forderte die Arbeiterklasse auf, sich ihrer Kraft bewußt zu werden, ihre Waffen zu schmieden und

48 Vgl. Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg 1922, S. 978.

49 Ebenda, S. 982, 983, 984.

den Weg zu marschieren, »den die russischen Arbeiter vor fünf Jahren marschiert sind, den Weg der Revolution«. ⁵⁰

Ernst Thälmann trat in seiner abschließenden Rede zur Debatte vor allem den Ausführungen des deutschnationalen Redners entgegen. Dieser hatte – jeweils unter Berufung auf Äußerungen des sozialdemokratischen Reichspräsidenten Friedrich Ebert – die Verlängerung der Arbeitszeit und, da die Not alle beträfe, die Herstellung einer »Volksgemeinschaft« gefordert, um die »Not des Vaterlandes« zu beseitigen. Entschieden wandte sich Ernst Thälmann gegen die Angriffe auf den Achtstundentag. Er klagte die Kapitalisten an, daß sie »viel mehr Gewicht legen auf die Ausbeutung der Arbeiterschaft als auf Verbesserung der technischen Mittel«. Die Arbeitszeit zu verlängern bedeute, die Arbeitslosenzahl zu vergrößern; es sei aber »die ernsteste und erste Aufgabe, die Arbeitslosen im Produktionsprozeß unterzubringen«. ⁵¹ Ebenso widerlegte er die Zweckklüge von der Not aller Deutschen und wies nach, daß die Großindustriellen und Großhändler an der Inflation verdienten. Den demagogischen Phrasen von der »Volksgemeinschaft« stellte er die Forderung nach entschiedenem und geschlossenem Kampf der ausgebeuteten Massen gegen das herrschende Großkapital und dessen Regierung entgegen.

Auch mit diesem Auftreten in der Hamburger Bürgerschaft gab Ernst Thälmann ein Beispiel kommunistischer Parlamentsarbeit. Er unterbreitete die konstruktiven Vorschläge der Kommunisten zur sofortigen Linderung der ärgsten Not und nutzte gleichzeitig das Parlament zur Enthüllung der kapitalistischen Ausbeutungspraktiken und der proimperialistischen Politik der Regierung, zur Propagierung der kommunistischen Politik und Weltanschauung und damit zur Mobilisierung der Massen gegen den Kapitalismus.

Auf dem Parteitag des Bezirkes Wasserkante der KPD, der am 30. September und 1. Oktober tagte, äußerte sich Ernst Thälmann ebenfalls zu den bevorstehenden Kämpfen und verlangte, die revolutionäre Betriebsrätebewegung und den Kampf gegen die Teuerung in ganz Deutschland zu koordinieren.

Bei der Wahl eines Delegierten zum IV. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale erhielt Hugo Urbahns mit knapper Stimmenmehrheit vor Ernst Thälmann das Mandat. ⁵² Zu den Aufgaben dieses

Kongresses äußerte sich Ernst Thälmann auf der Tagung des Zentralausschusses der Partei am 15. und 16. Oktober. In seinem Diskussionsbeitrag analysierte er die internationale revolutionäre Bewegung: die Arbeiterbewegung der kapitalistischen Länder, die nationalrevolutionäre Befreiungsbewegung der unterdrückten Völker und – als »Machtfaktor, der zweifelsohne die größte Rolle spielen wird« – Sowjetrußland. Thälmann gelangte zu dem Schluß, daß objektiv ein »Erwachen der revolutionären Bewegung« zu konstatieren sei und die Kommunistische Internationale die subjektiven Voraussetzungen für den Kampf zu schaffen habe. In diesem Zusammenhang kritisierte er zu Recht, daß der Entwurf der KPD für ein Programm der Kommunistischen Internationale – die KPR(B) und die KPD hatten den Auftrag, dem IV. Weltkongreß Entwürfe zu unterbreiten – zu spät vorgelegt worden sei. Eine gründliche Diskussion sei aber notwendig, damit eine einheitliche Auffassung in der Partei erreicht werde. Unter allen Umständen müsse gesichert sein, daß alle opportunistischen Tendenzen im Programmentwurf beseitigt würden. ⁵³

Der IV. Kongreß der Kommunistischen Internationale tagte vom 5. November bis zum 5. Dezember in Moskau. Auf ihm wurde die vom III. Kongreß ausgearbeitete Taktik der Einheitsfront weiterentwickelt, die Notwendigkeit begründet, um Teilforderungen zu kämpfen, und die Bedeutung des Ringens gegen Reaktion und Faschismus und zur Verteidigung der allgemeindemokratischen Rechte hervorgehoben. Der Weltkongreß stellte fest, daß die Arbeiterregierung – eine Regierung von Vertretern der Arbeiterparteien – eine mögliche Etappe im Kampf um die Eroberung der Macht der Arbeiterklasse und des Übergangs zur Diktatur des Proletariats sein könne. Linkssektiererische Auffassungen wurden von der Mehrheit des Kongresses, die sich von den Ideen W. I. Lenins leiten ließ, zurückgewiesen. ⁵⁴

Trotz seiner Krankheit nahm Lenin an der Arbeit des Kongresses teil. In seinem Referat »Fünf Jahre russische Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution« analysierte er die Grundprobleme des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion und verallgemeinerte die Erfahrungen der KPR(B) für die internationale kommunistische Bewegung. ⁵⁵ Er orientierte die Kommunisten darauf, sich die marxistische Theorie und die internationalen Kampferfahrungen anzueignen und sie schöpferisch auf die

50 Ebenda, S. 986.

51 Ebenda, S. 992/993, 997, 998.

52 Vgl. StA Hamburg, Polizeibehörde I, Arbeitssignatur 707.

53 Vgl. IML, ZPA, 02/16/20.

54 Vgl. Die Kommunistische Internationale. Abriß, S. 192–213.

55 Vgl. W. I. Lenin: Werke, Bd. 33, S. 404–418.

konkreten Bedingungen ihrer Länder anzuwenden. Dabei dürften sich die kommunistischen Parteien nicht nur auf die Offensive gegen die Bourgeoisie einstellen, sondern müßten auch die Möglichkeit eines zeitweiligen Rückzugs ins Auge fassen.

Ernst Thälmann nahm an der Sitzung des Zentralausschusses der KPD teil, der am 13. und 14. Dezember die Beratungen des IV. Weltkongresses auswertete. Er äußerte sich unter anderem zur Frage der Arbeiterregierung und erklärte, seiner Auffassung nach sei ein Eintritt von Kommunisten in eine solche Regierung nur möglich, wenn die Massen in Bewegung sind und selbst den Eintritt der KPD in eine solche Regierung verlangen. Dies sei jedoch nicht der Fall. Ernst Thälmann forderte, sich in den folgenden Kämpfen auf die einheitliche Führung der Betriebsrätebewegung und der Lohnbewegung zu konzentrieren. Durch den Druck von unten müßte erreicht werden, daß Schiedssprüche abgelehnt und Streiks ausgelöst würden, die zu politischen Kämpfen gegen die Bourgeoisie weiterzutreiben seien. Die Kontrollausschußbewegung müsse über den Rahmen der bürgerlichen Gesetzlichkeit hinausgehen und die Massen für den revolutionären Kampf mobilisieren. Es gelte, den organisierten faschistischen Horden mit organisierten Arbeiterwehren entgegenzutreten. Darin und in dem Kampf gegen die Teuerung, für höhere Löhne, gegen die Verlängerung der Arbeitszeit und die Beschneidung der Rechte der Arbeiter in den Betrieben sah er die wichtigsten Anknüpfungspunkte, um die Arbeiter für den Kampf zu mobilisieren. Die Bildung von Arbeiterregierungen sei dafür kein geeigneter Ausgangspunkt.⁵⁶

Ernst Thälmann erfaßte – ähnlich wie andere Parteifunktionäre zu dieser Zeit – hier noch nicht voll, welche Bedeutung eine Arbeiterregierung unter den damaligen Bedingungen als Etappenziel des Kampfes hätte erlangen können. Aber er betonte zutreffend die Notwendigkeit, an die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter anzuknüpfen, dadurch eine breite Massenbewegung zu entwickeln und diese einheitlich zu leiten. Das zeugte von seiner guten Kenntnis der Lage und der Stimmung in der Arbeiterklasse und wies den Weg, wie entscheidende Voraussetzungen für den Eintritt von Kommunisten in eine Arbeiterregierung geschaffen werden konnten.

Der Parteivorsitzende Heinrich Brandler warnte auf der Sitzung des Zentralausschusses vor linkssektiererischen Fehlern, orientierte aber

⁵⁶ Vgl. IML, ZPA, 02/17/22.

einseitig darauf, an demokratische Illusionen der Massen und an Forderungen zurückgebliebener Arbeiter anzuknüpfen. Er unterschätzte die Notwendigkeit, Kämpfe für die täglichen wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter durch die Partei vorzubereiten und zu organisieren. In diesen Elementen einer Spontaneitätsauffassung wie in Unklarheiten in der Staatsfrage zeigten sich bei Brandler rechtsopportunistische Tendenzen. Einheitlich war der Zentralausschuß der Meinung, daß in der nächsten Zeit mit einer Zuspitzung der Klassengegensätze zu rechnen sei.

Ernst Thälmann nutzte die Beratung des Hamburger Staatshaushalts in der Bürgerschaft am 20. Dezember 1922, um die Politik der herrschenden Klasse anzuprangern und das Programm der KPD zur Mobilisierung der Massen darzulegen. Er charakterisierte die tiefe Krise des Kapitalismus, die in Mitteleuropa ihren schärfsten Ausdruck fand. Die herrschende Klasse in Deutschland versuche, gestützt auf die reaktionäre Cuno-Regierung, auf Kosten des Proletariats der Schwierigkeiten Herr zu werden. Eindringlich schilderte er die große Not breiter Volksschichten und warnte er vor der wachsenden faschistischen Gefahr. Die Lohnkämpfe der Arbeiter gegen die Angriffe des Kapitalismus auf ihre wirtschaftlichen und politischen Rechte seien »vorläufig noch wirtschaftlicher Natur«, sie könnten »aber leicht politisch werden« und Formen annehmen, »deren Folgen wir noch nicht übersehen können«. Da sich die »Unfähigkeit der kapitalistischen Regierung und Gesellschaftsordnung« gezeigt habe, mit Teuerung und Wucher fertig zu werden, »geht die Arbeiterschaft dazu über, Maßnahmen zur Selbsthilfe zu ergreifen«. Und Thälmann rief den Vertretern der anderen Fraktionen zu, es sei eine unumstößliche Tatsache, daß die Verelendung eine Grenze hat, »wo die Gegensätze zwischen Proletariat und Bourgeoisie aufeinanderprallen, daß die Ziele des Proletariats durchgesetzt werden, und denen, die sich dem entgegenstellen, was das Proletariat verlangt, wird es genau [so] ergehen, wie es der zaristischen Militärkaste ergangen ist... Sie werden hinweggefegt von der Welle der Arbeiterschaft durch die Revolution.«⁵⁷

Besonders bedeutsam waren seine Ausführungen über den Kampf um die Macht. Gestützt auf die Beschlüsse des IV. Kongresses der Kommunistischen Internationale und die der KPD, erklärte Ernst Thälmann: »Wir wissen, daß der Kampf um die politische Macht nicht ein Kampf ist, der sich vielleicht von heute auf morgen abspielt, sondern daß der

⁵⁷ Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg 1922, S. 1398, 1397, 1399.

Kampf sich aller Voraussicht nach etappenweise steigern wird. Die kommunistische Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß in allen Fragen dieses Kampfes und bei sonstigen Dingen, wo es sich um die Interessenvertretung des Proletariats handelt, wir auch kleine Erfolge zu erringen versuchen müssen, weil wir sehen, daß große Erfolge, wie die Eroberung der Macht, nicht auf einen Hieb durchzuführen sind. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, daß eine Instanz da ist, die durchführt, was die Arbeiterschaft fordert und verlangt, und nur eine sich auf die Massen stützende und im Kampfe des Proletariats sich bildende Arbeiterregierung ist dazu in der Lage. Diese Arbeiterregierung, die in ständiger Verbindung mit den Massen des Proletariats ist, wird durchsetzen können, was im Interesse des Proletariats liegt. Sie ist ein Kampfinstrument und wird die Forderungen durchsetzen, die zur Besserung der Lebenshaltung und der politischen Stellung des Proletariats beitragen.«⁵⁸

Diese Worte zeigen, daß Ernst Thälmann in dem Ringen um eine den konkreten Verhältnissen in Deutschland entsprechende Strategie und Taktik des Klassenkampfes wichtige Erkenntnisse gewonnen hatte. Wenn er die Notwendigkeit betonte, daß eine Arbeiterregierung aus dem Kampf der Massen heraus gebildet werden und sich auf die Massen stützen müsse, so ließ das keine rechtsopportunistische Ausdeutung dieser Forderung zu. Zugleich unterschied sich seine Bejahung des Kampfes um Teilziele, die Erkenntnis, daß unter den gegebenen Bedingungen nicht sofort die Diktatur des Proletariats errichtet werden konnte, und seine Befürwortung einer Arbeiterregierung als Etappenziel von jenen linkssektiererischen Auffassungen, die damals besonders in der Führung des Bezirks Berlin-Brandenburg der KPD vertreten wurden.

4

Gegen Cuno und Poincaré

Das Jahr 1923 war in einigen Ländern Europas durch eine außerordentliche Zuspitzung der Klassengegensätze gekennzeichnet. In Deutschland brachte es neue Höhepunkte der Klassenauseinandersetzungen. Diese

58 Ebenda, S. 1398.

Ereignisse stellten auch Ernst Thälmann neue Aufgaben und waren für seine weitere Entwicklung von großer Tragweite.

In den ersten Tagen des Jahres wurde deutlich sichtbar, daß der französische Imperialismus alles eingeleitet hatte, um das Ruhrgebiet zu besetzen. Die Auseinandersetzung zwischen dem französischen und dem deutschen Monopolkapital um den Anteil an der Ausplünderung der deutschen Arbeiterklasse hatte sich außerordentlich verschärft. Das französische Monopolkapital wollte sich das industrielle Herz Deutschlands einverleiben, um seinem Streben nach Hegemonie in Europa eine festere ökonomische Grundlage zu geben. Das wurde ihm durch das provokatorische Verhalten der damals ausschlaggebenden Gruppe der deutschen Monopolherren um Hugo Stinnes erleichtert. Diese hatte die Reparationslieferungen an Frankreich und Belgien sabotiert, um von der Regierung Zugeständnisse – wie die Aufhebung des Achtstundentags, des Streikrechts und anderer sozialer und politischer Rechte der Werktätigen – zu erzwingen. Zugleich wollten diese Kräfte günstigere Bedingungen für eine geplante deutsch-französische Montanunion und eine ihrem Profit- und Machtstreben genehmere Form der Reparationsleistungen durchsetzen.

Die Zentrale der KPD forderte gemeinsam mit den Kommunistischen Parteien Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, der Niederlande und der Tschechoslowakei auf einer Konferenz in Essen am 6. und 7. Januar, die internationale proletarische Einheitsfront herzustellen, um die drohende Besetzung des Ruhrgebiets und die vom Imperialismus heraufbeschworene Gefahr für den Frieden abzuwenden.¹ In diesem Sinne hatte am 4. Januar die Ortsgruppe Hamburg der KPD in der »Hamburger Volkszeitung« die Arbeiter, Angestellten und Beamten aufgerufen, am 8. Januar gegen die drohende Ruhrbesetzung und gegen die aggressiven Pläne der deutschen und der französischen Monopolherren zu protestieren und für die Verbrüderung des internationalen Proletariats zum gemeinsamen Kampf um die Befreiung vom kapitalistischen Joch einzutreten.

Die Kundgebung der Hamburger KPD fand bei Sagebiel statt. Ernst Thälmann, der die Versammlung leitete, erteilte zunächst zwei Vertretern der Französischen Kommunistischen Partei das Wort. Sie bekräftigten die Entschlossenheit der französischen Arbeiterklasse, entsprechend dem Aufruf der Essener Konferenz, mit allen Kräften für die internationale

1 Vgl. Dokumente und Materialien..., Bd. VII, 2. Halbbd., S. 202–206.

Einheitsfront einzutreten, um die Ruhrbesetzung zu verhindern und gemeinsam die Gefahr eines neuen Weltkrieges abzuwenden. Ein Vertreter der Italienischen Kommunistischen Partei appellierte an die deutschen Arbeiter, dem Beispiel der sowjetischen Arbeiter zu folgen. Als Vertreter der KPD sprach Paul Frölich. Ernst Thälmann forderte in seinem Schlußwort die Sektionen der Kommunistischen Internationale auf, sich noch fester zusammenzuschließen, damit sie erfolgreicher den Kampf um die Befreiung des Proletariats führen könnten. Die Kundgebung wurde mit einer Demonstration abgeschlossen.²

Am 11. Januar marschierten französische und belgische Truppen im Ruhrgebiet ein. Die Ruhrbesetzung gefährdete ernsthaft den Frieden und die nationale Unabhängigkeit Deutschlands. Sie führte zu einer weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands und wirkte sich katastrophal auf die Lebenslage der Werktätigen aus. Die imperialistische deutsche Regierung antwortete mit einem Aufruf zum passiven Widerstand gegen die Besatzungsbehörden und entfesselte eine chauvinistische und nationalistische Hetzkampagne. Durch den Aufruf zum Widerstand und ihre chauvinistische Hetze versuchte diese Regierung, die Volksmassen für ihre Auseinandersetzung mit dem französischen Imperialismus zu gewinnen. Zugleich wollte sie damit der unerhörten Zuspitzung der Klassengegensätze begegnen und die Werktätigen vom Kampf gegen den deutschen Imperialismus ablenken. Was sich hinter den nationalistischen Phrasen der deutschen Monopolherren und ihrer Apologeten verbarg, hat Ernst Thälmann später knapp und treffend in einem Artikel zum 10. Jahrestag der Ruhrbesetzung gekennzeichnet: »Also nicht um Ehre und Nation, nicht ums Vaterland ging es den Patrioten des Ruhrkrieges: Es ging um klingende Profite, um den höchstmöglichen Anteil, um den höchsten Gewinn-Prozentsatz an der Ausplünderung des Rhein- und Ruhrproletariats, es ging ums Geschäft, um den Profit!«³

Die rechten Führer der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (VSPD) – so nannte sich seit dem Anschluß der Mehrheit der rechten USPD im September 1922 zeitweilig die deutsche Sozialdemokratie – stellten sich im Ruhrkonflikt an die Seite der deutschen Bour-

2 Vgl. HVZ, 9., 10. Januar 1923. – IML, ZPA, St 10/38, Bd. 4.

3 Ernst Thälmann: Vorwärts, rote Freiheitsarmee, zur verschärften antiimperialistischen Massenoffensive. Zur 10jährigen Wiederkehr der Ruhrbesetzung durch Poincaré. In: Die Rote Fahne, 11. Januar 1933.

geoisie. Sie unterstützten die nationalistische Politik der Regierung Cuno, des reaktionärsten deutschen Kabinetts seit der Novemberrevolution. »Die SPD schloß den ›Burgfrieden‹ mit den Todfeinden des Proletariats verstärkt zu einer Zeit, wo der rücksichtsloseste Burgkrieg das Gebot der Stunde war«⁴, schrieb Ernst Thälmann in seinem Artikel im Januar 1933.

Auf einer Funktionärversammlung der Hamburger KPD am 12. Januar 1923 nahm Ernst Thälmann zu den Aufgaben der KPD angesichts der neuen Lage Stellung. Er bezeichnete den einheitlichen Kampf der Arbeiter als unabdingbar. Die Versammlung wählte ihn zum Delegierten für den 8. Parteitag der KPD und für den Parteitag des Bezirks Wasserkante. Auf dem Bezirksparteitag, der am 13. und 14. Januar stattfand, sprach sich Ernst Thälmann ebenfalls für die proletarische Einheitsfront aus.⁵ Er setzte sich dafür ein, daß die KPD hauptsächlich in den Betrieben arbeiten und die Kontrollausschußbewegung unterstützen sollte. Für die Betriebsrätewahlen müsse die KPD folgende politische Parolen ausgeben: 1. Erhaltung des Achtstundentages, 2. keine Überstundenarbeit, 3. Kontrolle der Produktion, 4. Erweiterung der Rechte im Betrieb, 5. gegen jede Produktionssabotage der Unternehmer. Zur Abwehr des Faschismus sei »die Gründung von Selbstschutzorganisationen der Arbeiter gemeinsam mit den Arbeitern der VSPD notwendig«⁶.

Alle diese Vorschläge Ernst Thälmanns zielten darauf, die sozialen und demokratischen Errungenschaften der Arbeiterklasse zu verteidigen und zu erweitern und in diesem Kampf die Einheitsfront gegen den Imperialismus zu schmieden. Seine Aufforderung an die Delegierten des Bezirksparteitags, »jetzt vor allem das Bündnis mit Sowjetrußland in den Vordergrund [zu] stellen«⁷, war angesichts des Ruhrkampfes besonders wichtig. Die Sowjetunion hatte am 13. Januar offiziell gegen die Ruhrbesetzung, durch die das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes verletzt wurde, protestiert, vor der Gefahr eines neuen Blutvergießens in Europa gewarnt und die Völker Europas aufgefordert, durch ihr entschlossenes Handeln den Frieden zu retten.⁸

In jenen Wochen lief die nationalistische Hetze auf Hochtouren. Die Spalten der bürgerlichen Presse waren voller antifranzösischer Ausfälle,

4 Ebenda.

5 Vgl. HVZ, 13., 15., 17. Januar 1923.

6 Ebenda, 23. Januar 1923.

7 Ebenda.

8 Vgl. Die Rote Fahne, 17. Januar 1923.

und die meisten sozialdemokratischen Zeitungen riefen zum »Burgfrieden« mit dem deutschen Imperialismus auf. Als einzige Partei trat die KPD dem entgegen. In ihrer Presse und in vielen hundert Versammlungen – allein im Bezirk Wasserkante wurden 90 durchgeführt⁹ – forderte sie zum Kampf gegen Cuno und Poincaré, gegen den deutschen und den französischen Imperialismus auf. Am 16. Januar klagte Ernst Thälmann auf einer Massenversammlung die Führer der Sozialdemokratie an, erneut den »Burgfrieden« mit den Unternehmern geschlossen zu haben. Treffend charakterisierte er den Ruhrkampf: »Wieder sind es die Kapitalistengruppen, die sich um die Beute schlagen. Schlag auf Schlag versetzen sie dem Proletariat. Die ganze Last der Reparationen und Sanktionen soll die Arbeiterklasse tragen. Auch die französische Arbeiterklasse verfällt der erhöhten Ausbeutung. »Sieger« wurden die französischen Unternehmer, die jetzt mit den Ausbeutern der ganzen Welt um den weiteren Bestand ihrer Produktionszweige ringen.« Die deutsche Arbeiterklasse müsse sich »die Regierung erkämpfen, die die Spitze gegen die Unternehmer richtet«, eine Arbeiterregierung. »Wenn das aber erreicht werden soll, dann muß gegenüber der nationalistischen die proletarische Einheitsfront im Kampfe errichtet werden... Die Kräfte müssen in dieser Zeit verdoppelt und verdreifacht werden, um den Widerstand gegen die erhöhte Ausbeutung durch die deutschen und französischen Unternehmer zu steigern.«¹⁰

Auch auf seiner Arbeitsstelle wandte sich Thälmann gemeinsam mit anderen Genossen, wie Friedrich Dettmann, Erich Hoffmann und Hein Stahmer, gegen das nationalistische Treiben. Sie erreichten, daß die Arbeiter der Abwrackwerft Kubatz es ablehnten, für die sogenannte Ruhrhilfe zu sammeln, die nach einer Vereinbarung von ADGB und Unternehmervertretern der Unterstützung des Ruhrkampfes dienen sollte. In einer Resolution protestierte die gesamte Belegschaft »gegen das Paktieren der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen mit den Verbänden der ärgsten Arbeiterfeinde... Der von den Führern der freien Gewerkschaften erneut geschlossene Burgfrieden mit den Kapitalisten ist Verrat an den Interessen des deutschen Proletariats wie 1914. Nicht die Einheitsfront mit der Bourgeoisie, sondern schärfster Klassenkampf in jedem Betrieb, in jeder Stadt, in jedem Ort ist das Gebot der Stunde.«¹¹

9 Vgl. IML, ZPA, 31/1/207.

10 HVZ, 17. Januar 1923.

11 Ebenda, 27. Januar 1923.

Diese klare Stellungnahme gegen die »nationalistische Ruhrhilfe« zeugt von dem großen Einfluß Ernst Thälmanns und seiner Genossen in einer Situation, in der viele Arbeiter noch der massiven nationalistischen Hetze erlagen.

Wenige Tage später nahm der Transportarbeiter und Vorsitzende der Hamburger Parteioorganisation am 8. Parteitag der KPD teil, der vom 28. Januar bis 1. Februar 1923 in Leipzig stattfand. Er stimmte voll mit Clara Zetkin überein, die in ihrer begeisternden Eröffnungsansprache die Notwendigkeit begründete, den Kampf gegen den deutschen und den französischen Imperialismus zu führen, dem Imperialismus die Einheitsfront des Proletariats entgegenzustellen, die Partei ideologisch und organisatorisch zu festigen und den Massen im Kampf um die Revolution voranzugehen.¹² Einstimmig beschlossen die Delegierten das »Manifest an das internationale Proletariat und an die Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands«.¹³ Gemeinsam mit den anderen Delegierten gab Ernst Thälmann auch der Sympathiekundgebung seine Stimme, in der Sowjetrußland gewürdigt wurde als der einzige Staat der Welt, der gegen die Besetzung des Ruhrgebiets protestiert hatte.¹⁴ Der Parteitag dankte Sowjetrußland für die »große Lehre, daß die Sache der Nation heute die Sache der Arbeiterklasse ist«. Es habe bewiesen, daß das Recht der Völker auf nationale Unabhängigkeit und Selbständigkeit »nur sichergestellt und behauptet werden kann durch die Entfesselung der revolutionären Massenkräfte«.¹⁵ Als einzige politische Kraft in Deutschland wies die KPD eine Alternative zur antinationalen und volksfeindlichen Politik des deutschen Monopolkapitals.

Aber in der jungen Partei gab es, wie die Diskussion auf dem Parteitag zeigte, noch unterschiedliche Auffassungen über die Formen und Methoden des Kampfes. Besonders in den Auseinandersetzungen um die Fragen: Wie kann man die Einheitsfront schmieden? Wie gelangt man zu einer Arbeiterregierung? Was sind deren Voraussetzungen und Aufgaben? widerspiegelte sich das Ringen der Partei um leninistische Klar-

12 Vgl. Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Leipzig vom 28. Januar bis 1. Februar 1923, Berlin o. J., S. 171–181.

13 Vgl. ebenda, S. 184. – Dokumente und Materialien..., Bd. VII, 2. Halbbd., S. 221–228.

14 Vgl. Dokumente und Materialien..., Bd. VII, 2. Halbbd., S. 232–235. – Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages der KPD, S. 184.

15 Dokumente und Materialien..., Bd. VII, 2. Halbbd., S. 233.

heit. In diesen Fragen gab es in der KPD wenige oder keine Erfahrungen. Die Burgfriedenspolitik der rechten sozialdemokratischen Führer und deren ausgeprägter Antikommunismus machten es äußerst schwer, die richtigen Antworten zu finden. Es standen sich auf dem Parteitag dem Augenschein nach zwei Gruppierungen gegenüber: eine Mehrheit und eine starke oppositionelle Minderheit, die sich auf die Bezirke Berlin-Brandenburg, Wasserkante-Hamburg, Mittelrhein, Hessen-Frankfurt und Lausitz stützte. Wie es schon die Debatten vor und während des Parteitages andeuteten und wie es die spätere Entwicklung dann eindeutig zeigen sollte, bestanden jedoch die entscheidenden Gegensätze innerhalb dieser Gruppierungen.

Während Clara Zetkin, Walter Stoecker und weitere Vertreter der Mehrheit eine richtige Haltung zur Einheitsfront und zur Arbeiterregierung bezogen, betonten vor allem Heinrich Brandler und August Thalheimer viel zu sehr die parlamentarischen Möglichkeiten und vertraten in der Staatsfrage Ansichten, die rechtsopportunistische Auslegungen zuließen.¹⁶

Die Opposition betonte besonders die Notwendigkeit, die Einheitsfront vordringlich im Massenkampf zu schmieden, aus dem auch die Arbeiterregierungen hervorzunehmen müßten. Sie wandte sich energisch gegen opportunistisch ausdeutbare Formulierungen der Vertreter der Mehrheit. In der Opposition zeigten sich auch Tendenzen revolutionärer Ungeduld, linke Überspitzungen. Die Ultralinken um Ruth Fischer und Arcady Maslow, die Gegner der Einheitsfront waren, die Arbeiterregierung lediglich als »Synonym« für die Diktatur des Proletariats bezeichneten und ihren Unglauben an die Kraft der Arbeiterklasse hinter scheinrevolutionären Phrasen verbargen, versuchten den Eindruck zu erwecken, als gäbe es eine Übereinstimmung zwischen den in einzelnen Fragen irrenden oppositionellen Parteimitgliedern und ihren eigenen Vorstellungen, die auf blankes Abenteuerium hinausliefen. Da die Ultralinken auch berechnete Forderungen der revolutionären Arbeiter aufgriffen, die unklaren und falschen Äußerungen von Vertretern der Parteimehrheit kritisierten und ihre wahren Auffassungen auf dem Parteitag nicht offen darlegten, waren die Konsequenzen ihrer Politik schwer zu durchschauen.

Ernst Thälmann sprach zweimal zur Diskussion. Seine Stellung in der

16 Zu den Auffassungen Heinrich Brandlers und August Thalheimers vgl. Ernst Diehl: Zur Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands im Jahre 1923. Phil. Diss., I. Teil, Berlin 1967, S. 101–111.

Kernfrage, der Frage nach dem Zusammenhang von Massenbewegung und Arbeiterregierung, vom Kampf um Teilziele und um das Endziel war bemerkenswert. Diese Konzeption richtete sich gegen opportunistische Tendenzen in der Zentrale und hob sich zugleich von der negativen und abenteuerlichen Haltung der Ultralinken ab. Thälmann sah in diesen Fragen klar wie nur wenige, wenn er auch, wie die meisten Delegierten, erst begann, sich die marxistisch-leninistische Strategie und Taktik anzueignen. Er hatte die Linie, die er in der Parteidebatte vertrat, schon vorher, auf der Hamburger Funktionärkonferenz am 12. Januar, entwickelt. Dort hatte er erklärt, daß in den entstehenden Kämpfen »die Arbeiterregierung als politisches Etappenziel der sozialdemokratischen Koalitionsregierung entgegengestellt« werden müsse. »Wir dürfen aber die aus der deutschen Revolution gewonnenen Erfahrungen nicht vergessen, daß die Einheitsfront von unten auf im Kampfe um konkrete proletarische Forderungen gebildet werden muß. In diesen Kämpfen muß die KPD die Führung haben.«¹⁷

So orientierte Ernst Thälmann, von den Beschlüssen des IV. Weltkongresses ausgehend, auf eine Arbeiterregierung als Etappenziel des Kampfes und betonte – wie jedesmal, wenn er auf diese Frage zu sprechen kam – besonders die Notwendigkeit, daß diese sich auf eine breite Bewegung der Massen stützen müsse und nicht allein aus parlamentarischen Kombinationen hervorgehen dürfe. »Nur dann bietet eine Arbeiterregierung die Möglichkeit zur Entfesselung der Kämpfe um die proletarische Diktatur, wenn bereits vorher die Aktion der Massen die Machtgrundlage der Bourgeoisie erschüttert hat und durch eine einheitliche Bewegung von unten auf die Exekutivorgane der proletarischen Macht geschaffen worden sind«¹⁸, hieß es in der von der Funktionärversammlung am 12. Januar angenommenen Resolution.

In seinen Beiträgen auf dem Parteitag ging Ernst Thälmann davon aus, daß sich durch die Ruhrbesetzung eine revolutionäre Situation herauszubilden begann, die die Partei vor die Aufgabe stellte, durch ihre Einheitsfrontpolitik die Kampffront zu erweitern. »Auf dem Wege der proletarischen Einheitsfront kann die Arbeiterregierung ein Mittel zur Macht werden, sie kann ein Etappenziel sein, aber der Arbeiterschaft muß klargemacht werden, welche Vorbedingungen notwendig sind, um in die Arbeiterregierung einzutreten. Der Eintritt in die Arbeiterregierung be-

17 HVZ, 13. Januar 1923.

18 Ebenda, 12. Januar 1923.

deutet für mich, daß zum mindesten ein Ansatz vorhanden sein muß, ... daß Teile des Proletariats in der Lage sein müssen, diese Arbeiterregierung zu schützen und zu stützen. Wer sich einbildet, daß eine Arbeiterregierung vielleicht auf legalem Wege geschützt wird, wenn das Proletariat nicht kämpft, der wird erleben, daß bei der ersten besten Gelegenheit die Bourgeoisie diese auf den Ministersesseln sitzenden Arbeiter zum Teufel jagen wird.«¹⁹

Aus Thälmanns Worten sprach die Erkenntnis, daß das Monopolkapital nur im energischen, von der KPD geführten Kampf geschlagen werden kann und daß ein Erfolg der Arbeiterklasse nur möglich ist, wenn sie einheitlich auftritt. Seine Feststellung, daß eine Arbeiterregierung sich auf die kämpfenden Massen stützen müsse, ließ keinen Raum für opportunistische Ausdeutungen.

Von diesem revolutionären Geist war auch Ernst Thälmanns Handeln nach dem Parteitag bestimmt. Sowohl im Zentralausschuß, in den er erneut gewählt wurde²⁰, als auch als Vorsitzender der Hamburger KPD-Organisation und auf seiner Arbeitsstelle widmete er seine ganze Kraft der Entwicklung einer breiten Kampffront gegen den Imperialismus. Bereits einen Tag nach der Beendigung des Parteitages, am 2. Februar 1923, sprach Ernst Thälmann auf einer Versammlung von Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräten, Betriebsobleuten und Gewerkschaftsfunktionären Hamburgs. Er analysierte den imperialistischen Charakter des Ruhrkampfes, klagte die SPD- und Gewerkschaftsführung an, durch die Burgfriedenspolitik das Monopolkapital zu unterstützen, und rief zum Kampf gegen den deutschen und den französischen Imperialismus auf. Die Gewerkschaftsbürokratie müsse gezwungen werden, »den Burgfrieden mit der Kapitalistenklasse aufzugeben, ihre wirtschaftlichen Aufgaben zu erfüllen und Lohnkämpfe zu führen«. Sie müsse auch die Bedeutung der Betriebsrätebewegung anerkennen: »Das bedeutet aber Kampf dem nationalen Rummel und Kampf dem Arbeiterfeind im eigenen Lande.« Ernst Thälmann warnte davor, durch Austritte aus den Gewerkschaften diese zu schwächen, verlangte aber: »Jeder klare Klassenkämpfer muß jedoch von der Gewerkschaftsbürokratie entschieden fordern, daß sie endlich aufhört, eine Politik zu treiben, die sich für die Bourgeoisie einsetzt und gegen das Proletariat wendet.« Auch die Angestellten müßten für den Kampf gewonnen werden. »Die Betriebsrätebe-

19 Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages der KPD, S. 358.

20 Vgl. ebenda, S. 442.

wegung muß sich wirtschaftlich und politisch durchsetzen. Sie darf keine Nebenerscheinung bleiben, sondern muß zu einer einflußreichen Nebenregierung werden, die zur Arbeiterregierung führt und den Weg zur Revolution bahnt.«²¹

Im Sinne der Parteitagsbeschlüsse konzentrierte Ernst Thälmann seine Kraft auf die Mobilisierung der Arbeiter und Angestellten für den gemeinsamen antiimperialistischen Kampf. Es war charakteristisch für ihn, daß er vor allem auf die Betriebsräte und die Gewerkschaften orientierte, denn allein mit ihrer Hilfe konnte der ausschlaggebende Teil des Proletariats, die Belegschaften der Fabriken und Werke, erfaßt werden. In der revolutionären Betriebsrätebewegung sah er ein entscheidendes Kettenglied, um die Arbeiterklasse im Kampf gegen den Imperialismus zu sammeln. Daneben betonte er wiederholt, daß Kontrollausschüsse und proletarische Hundertschaften große Möglichkeiten böten, die Lage der Arbeiterklasse zu verbessern, die demokratischen Rechte gegen die Vorstöße der Faschisten zu schützen, aber auch um eine breite revolutionäre Kampffront zur grundlegenden Veränderung der Machtverhältnisse in Deutschland zu entwickeln.

Von dem gleichen Geist war die Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Hamburg der KPD am 8. Februar getragen, auf der der 8. Parteitag ausgewertet wurde. Die Teilnehmer brachten zum Ausdruck, sie werden »geschlossen in der Front der Gesamtpartei und der Internationale marschieren«. In der Diskussion wurde betont, es sei notwendig, »den vom Parteitag gezeigten Weg der Verstärkung der Arbeit in den Betrieben zu gehen«. Wenn die Ortsgruppe Hamburg besonders die Frage nach den Voraussetzungen der Arbeiterregierung betone, hieß es – völlig in der Linie der Ausführungen Thälmanns – in dem Bericht über die Versammlung, »so wurde in der Mitgliederversammlung zum Ausdruck gebracht, daß sie deshalb verpflichtet und bereit ist, den Kampf um die Schaffung dieser revolutionären Voraussetzungen aufzunehmen«.²²

Wiederholt äußerte sich Ernst Thälmann in den folgenden Wochen auf Aktivberatungen und Funktionärversammlungen der KPD in Hamburg zum Ruhrkampf und zu den Aufgaben der Partei. Am 9. März sprach er zur Diskussion auf einer vom Fünfezner-Ausschuß der Betriebsräte, dem Leitungsgremium der revolutionären Betriebsrätebewegung in Hamburg, einberufenen Betriebsrätevollversammlung. Er appellierte an die

21 HVZ, 3. Februar 1923.

22 Ebenda, 10. Februar 1923.

Versammelten, angesichts des brutalen Vorgehens der Regierung Poincaré gegen die Französische Kommunistische Partei ihren Kampf gegen den deutschen und den französischen Imperialismus zu verstärken. Im Namen der Kommunisten stimmte er den Forderungen des Fünfzehner-Ausschusses zu.²³ Einstimmig beschlossen die Versammelten eine Resolution gegen die arbeiterfeindliche Politik des Koalitionssenats und beauftragten den Ausschuß, »in Verbindung mit allen Arbeiterorganisationen den Bruch mit dieser Koalitionspolitik herbeizuführen und die Voraussetzungen für die Bildung eines Arbeitersenates zu schaffen, der, gestützt auf die werktätigen Massen, deren Interessen vertritt«²⁴. Am Schluß seiner Ausführungen forderte Ernst Thälmann dazu auf, die Kundgebung, die am 18. März – anläßlich einer Internationalen Arbeiterkonferenz in Frankfurt (Main) – stattfinden sollte, zu einem machtvollen Bekenntnis für die Losung »Kein Zusammengehen mit dem Bürgertum, sondern einheitlichen Willen zum proletarischen Kampf«²⁵ zu gestalten.

Die aufopferungsvolle Arbeit Thälmanns und seiner Genossen war sehr erfolgreich. Am 18. März nahmen 40 000 Hamburger Werktätige an der Massenkundgebung auf dem Heiligengeistfeld teil, mehr als an der nationalistischen Gegenkundgebung, zu der die bürgerlichen Parteien und die SPD aufgerufen hatten.²⁶

Ernst Thälmann kämpfte gegen die Angriffe der Unternehmer auch unmittelbar an seinem Arbeitsplatz, auf der Abwrackwerft Kubatz. Willy von der Reith berichtet, wie die Leitung der Werft die Arbeiter dadurch provozierte, daß sie in deren Abwesenheit die Kleiderspinde durchsuchen ließ, »nur weil die Arbeiter eine Sonderlohnforderung in Verbindung mit einer Teuerungszulage gestellt hatten«²⁷. Die Belegschaft protestierte dagegen, und vor allem die kommunistischen Werftarbeiter wiesen nach, daß die Übergriffe der Direktion ein Teil der allgemeinen Offensive der Werftbesitzer gegen die Arbeiter seien. Daraufhin wurden fünf Arbeiter entlassen, darunter drei Kommunisten. Da die Direktion die Forderung des Arbeiterrats ablehnte, die Entlassenen wieder einzustellen, beschloß eine Betriebsversammlung mit großer Mehrheit, am 17. Februar die Arbeit

niederzulegen. Eine Streikleitung wurde gebildet, der auch Ernst Thälmann angehörte.²⁸

Während die Führer des Metallarbeiter-Verbandes in Hamburg den Streik nicht anerkannten und ihn darum nicht unterstützten, stellten sich der Ortsvorstand der KPD und der Fünfzehner-Ausschuß der revolutionären Betriebsräte an die Seite der Streikenden. Auf einer von der KPD organisierten Zusammenkunft von Hamburger Betriebsräten, Gewerkschaftsfunktionären und Mitgliedern von Aktionsausschüssen berichtete Ernst Thälmann über den Streik auf der Abwrackwerft. Unter dem Eindruck seiner Ausführungen erklärten sich die Anwesenden bereit, den Streik zu unterstützen. Der Fünfzehner-Ausschuß steuerte Gelder dazu bei.²⁹ Zahlreiche Arbeiter der Hansestadt, besonders Werftarbeiter, und auch Werktätige aus anderen Orten des Bezirks Wasserkante halfen mit ihren Spenden den Arbeitern der Abwrackwerft. Fast drei Monate konnten diese ihren Kampf führen.³⁰

Aber Ernst Thälmanns Wirken beschränkte sich nicht mehr auf Hamburg. Am 23. März sprach er neben je einem Vertreter der Kommunistischen Partei Rußlands und der Französischen Kommunistischen Partei auf einer Großkundgebung der KPD in Berlin-Moabit über die Beschlüsse der Frankfurter Konferenz.³¹ Zwei Tage später nahm er am Parteitag des Bezirks Rheinland-Westfalen Nord der KPD in Essen teil. Er überbrachte den Delegierten die Kampfesgrüße der Bezirksorganisation Wasserkante. Im Unterschied zu Ruth Fischer, die ebenfalls an diesem Parteitag teilnahm und die sofortige Besetzung der Gruben und Betriebe verlangte, jegliche Teilforderungen aber ablehnte, betonte Ernst Thälmann, daß die Partei die Arbeiter durch Teilforderungen an weitergehende Kämpfe heranführen müsse: »Man kann nicht von heute auf morgen zur Diktatur des Proletariats ... springen, sondern man muß an die Tagesfragen anknüpfen, ... die das Proletariat im Gesamtmaßstab interessieren.«³²

Bis zum 30. März hielt sich Ernst Thälmann im Ruhrgebiet auf. Er beriet mit Arbeitern und Parteifunktionären über die Aufgaben im Kampf gegen den deutschen und den französischen Imperialismus. In Dortmund,

23 Vgl. ebenda, 12. März 1923.

24 Ebenda, 10. März 1923.

25 Ebenda, 12. März 1923.

26 Vgl. ebenda, 19. März 1923.

27 IML, ZPA, NL 3/69. – Vgl. auch HVZ, 20. Februar 1923. – Hamburger Echo, 21. Februar 1923.

28 Vgl. HVZ, 8. März 1923. – IML, ZPA, NL 3/69.

29 Vgl. HVZ, 20., 22. Februar 1923.

30 Vgl. ebenda, 3., 7., 9., 12., 16., 23., 29. März 1923. – IML, ZPA, NL 3/69; I 2/708/18. – Über den Ausgang des Streiks konnten keine genauen Angaben ermittelt werden.

31 Vgl. Die Rote Fahne, 24. März 1923.

32 IML, ZPA, I 6/3/67. – Vgl. auch Ruhr-Echo (Essen), 27. März 1923.

Gelsenkirchen und Essen sprach er in öffentlichen Versammlungen. Außerordentlich beeindruckt war er von der Kampfbereitschaft der Ruhrarbeiter.³³

Inzwischen war in Hamburg ein sowjetisches Schiff eingelaufen. Es hatte Getreide geladen, das die Werktätigen des Sowjetlandes für ihre kämpfenden und hungernden Klassengenossen im Ruhrgebiet gesammelt hatten. Nach seiner Rückkehr berichtete Ernst Thälmann vor Vertretern der revolutionären Arbeiter Hamburgs über seine Eindrücke aus dem Ruhrgebiet. Dort herrschen Hunger und Willkür gegen unsere Klassenbrüder, erklärte er. Voller Dankbarkeit sprach er in diesem Zusammenhang von der sowjetischen Getreidesendung. Das Hamburger Proletariat werde alles tun, damit das Getreide schnell ins Ruhrgebiet gelange.³⁴ Und so handelten die Hamburger Arbeiter. Sie übernahmen die Kosten für den Umschlag des Getreides auf die Eisenbahn und sorgten auch für die schnelle Entladung eines zweiten sowjetischen Getreideschiffes. Am 5. April dankte Ernst Thälmann den sowjetischen Werktätigen auf einer Massenversammlung im Hamburger Gewerkschaftshaus für ihre großartige Hilfsaktion. Durch das Auftreten eines Delegierten der sowjetischen Gewerkschaften gestaltete sich die Kundgebung zu einer Manifestation der engen Verbundenheit zwischen deutschen und sowjetischen Arbeitern.³⁵ 1924 erinnerte Ernst Thälmann in seiner Reichstagsrede gegen den Dawes-Plan an die große Solidaritätsaktion der Arbeiter und Bauern Sowjetrußlands: »Ein Vierteljahr lang haben wir im gesamten besetzten Gebiet über zehn Millionen Brote gratis an die minderbemittelte Bevölkerung verteilt; Rußland [trat] als wirklicher Helfer in dieser großen Not [auf], weil die deutsche Regierung verweigerte, die Gelder zu stellen, um das Elend des Ruhrproletariats und der werktätigen Massen an der Ruhr irgendwie zu mildern.«³⁶

Vom 6. bis 8. April nahm Ernst Thälmann an einer Konferenz teil, die die Zentrale der KPD zur Verständigung mit jenen Bezirksorganisationen einberufen hatte, in denen die Parteiopposition stärkeren Einfluß besaß und wo auch – vor allem in Berlin – die Ultralinken durch ihre raffinierte

33 Vgl. IML, ZPA, I 6/3/67.

34 Vgl. HVZ, 4. April 1923.

35 Vgl. Ruhr-Echo, 14. April 1923.

36 Verhandlungen des Reichstags. II. Wahlperiode 1924, Bd. 381. Stenographische Berichte (von der 1. Sitzung am 27. Mai 1924 bis zur 29. Sitzung am 30. August 1924) nebst Sach- und Sprechregister, Berlin 1924, S. 1031.

Demagogie Anklang gefunden hatten. Man einigte sich dahingehend, die Meinungsverschiedenheiten in Diskussionen auszutragen, die aber, wie es auch Thälmann gefordert hatte, die Geschlossenheit der Partei nicht schädigen dürften. In der praktischen Arbeit sei entsprechend den gefaßten Beschlüssen zu handeln.³⁷ Diese Verständigungskonferenz schwächte die innerparteilichen Gegensätze wesentlich ab und ermöglichte es allen gesunden Kräften der Partei, sich auf den Kampf um die soziale und nationale Befreiung des deutschen Volkes zu konzentrieren. Doch Ruth Fischer und Arcady Maslow betrieben – wenn sie auch zunächst nicht wagten, offen aufzutreten – eine ultralinke Fraktions-tätigkeit.³⁸

Ende April reiste Ernst Thälmann zu einer Beratung des EKKI mit Vertretern der KPD nach Moskau. Dies war der zweite Aufenthalt Ernst Thälmanns in Moskau. Am 1. Mai konnte er auf der Ehrentribüne an der beeindruckenden Demonstration der Moskauer Werktätigen teilnehmen. Der Moskauer Parteiveteran P. A. Tschumak erinnert sich: »Unter den deutschen Genossen auf der Tribüne ragt sichtbar die stämmige Arbeitergestalt Ernst Thälmanns hervor. Minute für Minute fragt er seinen Dolmetscher, welcher Betrieb vorüberzieht, was auf den roten Spruchbändern geschrieben ist. Und plötzlich erhebt er die Hand, er grüßt die Moskauer.«³⁹

Nach der Demonstration fuhr Ernst Thälmann mit Tschumak und anderen Genossen in den Rogoschsko-Simonowski-Stadtbezirk. Auf dem Taganskaja-Platz nahm er an einer Freundschaftskundgebung mit Moskauer Arbeitern teil. Auf der Tribüne stand der Volkskommissar für Volksbildung, A. W. Lunatscharski, neben ihm Thälmann. Lunatscharski stellte den Versammelten Ernst Thälmann vor: »Hier vor uns steht ein deutscher Arbeiter, aus Hamburg ist er gekommen. Ein Kommunist, Genosse Ernst Thälmann, spricht zu euch.«

Und da drängt schon Thälmann ungestüm nach vorn. Er sagt unerwartet auf russisch. »Towarischtschi.« Der ganze Platz, so scheint es, schäumt zur Tribüne hoch. Dann strömt die klare, klingende deutsche Rede. »Moskauer Arbeiter und Arbeiterinnen, die Arbeiter Hamburgs haben mir aufgetragen, euch den kämpferischen revolutionären Gruß zu über-

37 Vgl. IML, ZPA, I 2/2/3.

38 Zur Verständigungskonferenz vgl. Ernst Diehl: Zur Politik der KPD 1923, S. 216–219.

39 P. A. Tschumak: Stets gemeinsam in den ersten Reihen. In: Neues Deutschland, 12. Mai 1973.

bringen. Sowjetrußland, das vor kurzem die Dürre durchgemacht hat, schickte Brot den hungernden Werktätigen an der Ruhr. Dieses Geschenk hat sie und ihre Familien bis zu Tränen erschüttert. Die deutsche Arbeiterklasse vergißt niemals eure brüderliche Unterstützung in dieser schweren Zeit. Wir Kommunisten werden immer zusammen mit euch in den ersten Reihen stehen!«⁴⁰

Nach seiner Ansprache warf Thälmann Flugblätter in deutscher und russischer Sprache von der Tribüne, in denen die Zentrale der KPD den Arbeitern Sowjetrußlands, »der Vorhut der Weltrevolution«, ihren Gruß sandte und erklärte, daß »Hunderttausende von Arbeitern, die sich in Deutschland unter dem Banner der Kommunistischen Internationale versammeln«, das »Unterpfand für den Sieg der deutschen Revolution« sind.⁴¹ In der »Prawda« waren am gleichen Tag Grußadressen des Aktionskomitees der Arbeiter der Schiffswerften in Hamburg und der Mitglieder der KPD-Delegation erschienen. Die Hamburger Werftarbeiter erklärten in ihrem Schreiben: »Wir beauftragen hiermit Genossen Thälmann, den Moskauer Arbeitern unsere Treue und unsere Hochachtung für das russische Proletariat und die Arbeiter des roten Moskau zum Ausdruck zu bringen.«⁴² Diese Begegnungen in Moskau vertieften die im Sommer 1921 angeknüpften freundschaftlichen Beziehungen Ernst Thälmanns zu den Werktätigen des Sowjetlandes. Er empfand die große Achtung der Moskauer Arbeiter vor dem Vertreter des revolutionären deutschen Proletariats.

In der Resolution der Beratung beim EKKI, an der von der KPD Paul Böttcher, Heinrich Brandler, Gerhart Eisler, Ruth Fischer, Arcady Maslow und Ernst Thälmann teilnahmen, also Vertreter der unterschiedlichen Auffassungen, wurden die Hauptthesen der Ultralinken verurteilt, aber zugleich rechte Fehler der Zentrale kritisiert. Die Resolution half der KPD auch dadurch, daß sie die Partei darauf hinwies, systematisch um Einfluß in den ärmsten und mittleren Bauernschichten, im Kleinbürgertum und in der Intelligenz zu ringen, und daß sie die Aufgaben der KPD als konsequenteste Verfechterin der nationalen Interessen des deutschen

40 Zit. in ebenda. – Vgl. auch П. А. Чумак: Родное слово. In: Комсомольская правда (Moskau), 1. Mai 1973.

41 [Aufruf der Zentrale der KPD]. Genossen! Arbeiter und Bauern Sowjetrußlands. Flugblatt. Im Besitz des IML.

42 P. A. Tschumak: Stets gemeinsam in den ersten Reihen. In: Neues Deutschland, 12. Mai 1973.

Volkes hervorhob. Das EKKI empfahl schließlich, »zur Vervollständigung der Arbeit der Einigungskonferenz, zur intimeren Verbindung mit so wichtigen proletarischen Zentren wie Berlin, Hamburg und Essen«⁴³, Vertreter dieser Parteiorganisationen in die Zentrale aufzunehmen. Ernst Thälmann betrachtete die Resolution als Grundlage für die erfolgreiche revolutionäre Tätigkeit der Partei und erklärte, daß er darum für die Verwirklichung des Beschlusses des EKKI eintreten werde.⁴⁴ Während er und andere proletarische Kräfte auch so handelten, stimmten Fischer und Maslow der Resolution nur zu, um sich nicht von der Parteimitgliedschaft zu isolieren.

Am 16. und 17. Mai nahm der Zentralausschuß der KPD zu der Moskauer Beratung Stellung. Er billigte die dort getroffene Vereinbarung. Ruth Fischer, Ottomar Geschke, Arthur König und Ernst Thälmann wurden in die Zentrale gewählt.⁴⁵

Etwa um diese Zeit gab Ernst Thälmann auch seine Arbeit im Betrieb auf, um seine Kraft voll in den Dienst der Partei stellen zu können. Zunächst wurde er als Packer und Expedient bei der »Hamburger Volkszeitung« eingestellt. Vom 31. August bis 3. Oktober 1923 zeichnete er dann als verantwortlicher politischer Redakteur der »Hamburger Volkszeitung«.⁴⁶ Seine Verbindung zu den Arbeitern riß jedoch nicht ab. Ihr Leben und Kampf, ihre Sorgen und Nöte, ihre Wünsche und Hoffnungen waren ihm stets vertraut. Besonders herzlich fühlte Thälmann sich nach wie vor mit den Arbeitern seiner Heimatstadt, vor allem mit den Hafenarbeitern Hamburgs, verbunden.⁴⁷ Seine ständige unmittelbare Verbindung mit Arbeitern war und blieb eine entscheidende Quelle seiner Entschlüsse, seiner zielklaren und prinzipienfesten Haltung, seiner Treue zur Partei und zu ihren revolutionären Zielen.

Aus den wenigen überlieferten Angaben über seine Tätigkeit in den nächsten Monaten ist ersichtlich, wie Ernst Thälmann in die Arbeit in der Parteiführung hineinwuchs. Am 29. Mai beauftragte ihn das Politbüro, gemeinsam mit Paul Böttcher und Arthur Ewert einen Bericht über die Erfahrungen auszuarbeiten, die mit der Einheitsfrontpolitik und besonders mit der Losung des Kampfes um eine Arbeiterregierung gesammelt

43 Die Rote Fahne, 13. Mai 1923.

44 Vgl. IML, ZPA, I 6/3/67.

45 Vgl. Die Rote Fahne, 17. Mai 1923.

46 Vgl. IML, ZPA, EA 1400/1.

47 Vgl. Irma Thälmann: Erinnerungen an meinen Vater, S. 17/18.

worden waren.⁴⁸ In der Sitzung der Zentrale am 4. Juli warnte Ernst Thälmann davor, die faschistische Gefahr zu unterschätzen. 1923 hatten die Nazi-Partei und andere rechtsextremistische Organisationen ihre Aktivitäten verstärkt und, getragen von der Woge der hochgepeitschten nationalistischen Hetze, größeren Einfluß gewonnen. Das Politbüro zog Thälmann zur Sitzung am 17. Juli hinzu, auf der über die Vorbereitung eines Antifaschistentages beraten wurde.⁴⁹

Als in Hamburg die für den 29. Juli vorgesehene antifaschistische Demonstration durch den Hamburger Senat, in dem die SPD den ausschlaggebenden Einfluß besaß, verboten wurde, erhob die Ortsgruppe der KPD dagegen entschiedenen Protest. In der in der »Hamburger Volkszeitung« vom 27. Juli 1923 veröffentlichten Erklärung hieß es: »Gegen die Bedrohung der Arbeiterschaft durch die täglich frecher werdenden Faschisten sollte der Antifaschistentag im ganzen Reich und auch in Hamburg ein Gegengewicht schaffen. Ein gewaltiger Aufmarsch von Millionen von kämpfentschlossenen Arbeitern sollte den Faschisten zeigen, daß ihr Versuch, eine faschistische Diktatur zu errichten, an dem entschlossenen Willen, an der organisierten Kraft des Proletariats scheitern müßte.« Und richtig wurde hier auch das Klassenwesen des Faschismus gekennzeichnet. »Die deutsche Bourgeoisie in ihrer Gesamtheit hat diesen moralischen Sieg der deutschen Arbeiterschaft nicht gewünscht. Die führenden und ausschlaggebenden Kreise der Bourgeoisie, die Schwerindustrie, die Hochfinanz, die Großagrarier, sind Förderer und die eigentlichen bewegenden Motore, die hinter den Faschisten stehen.«

Zunächst aber war Ernst Thälmann noch vorwiegend in Hamburg tätig. Hier waren am 9. und 10. August die Werftarbeiter in den Streik gegen die ständigen Entlassungen und die fortschreitende Geldentwertung getreten. Am 11. August forderte die »Hamburger Volkszeitung« die Arbeiter auf, für einen Arbeitersenk und für eine Reichs-Arbeiter- und Bauern-Regierung zu kämpfen. In der Beilage des Blattes wurde das Programm der KPD Hamburgs für einen Arbeitersenk abgedruckt.⁵⁰ Das war am gleichen Tage, an dem die Arbeiter Berlins in den Generalstreik gegen die Regierung Cuno traten. Am 12. August dehnte sich die Streikbewegung aus.⁵¹

48 Vgl. IML, ZPA, 3/1/7.

49 Vgl. ebenda, I 2/2/15; 3/1/7.

50 Vgl. ebenda, St 12/5, Bd. 8.

51 Zur Ausdehnung der Streikbewegung in Deutschland vgl. Wilhelm Ersil: Aktionseinheit

Auf dem V. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, im Jahre darauf, berichtete Ernst Thälmann: »In Hamburg haben wir trotz der Stärke der Sozialdemokratie die Parole »Generalstreik« praktisch durchzuführen versucht. Wir haben die Hafen- und Werftarbeiter geschlossen aus den Betrieben herausgeholt, unabhängig von der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Beeinflussung. Wir haben vier Tage, die Hafenarbeiter sogar sechs Tage lang, gekämpft; erst Sonnabend sind die Arbeiter in die Betriebe zurückgegangen.«⁵² Im Stadtzentrum eröffnete am 13. August 1923 die Polizei das Feuer auf demonstrierende Arbeiter. Vier wurden getötet, dreizehn verletzt. Trotz Verhängung des Belagerungszustandes, Besetzung des Parteibüros, Beschlagnahme der »Hamburger Volkszeitung« und von Flugblättern der KPD waren viele Arbeiter dem Aufruf der KPD zum Generalstreik gefolgt.⁵³ Aber der Einfluß des Rechtsopportunismus war so stark, daß kein umfassender Generalstreik zustande kam.

Wie in Hamburg kamen auch im übrigen Deutschland die rechten sozialdemokratischen Führer der Bourgeoisie zu Hilfe. So konnte der machtvolle Kampf des deutschen Proletariats zwar die Regierung Cuno stürzen, aber an ihre Stelle trat die Regierung Stresemann. Vier führende Sozialdemokraten wurden Regierungsmitglieder. Diese Regierung der Großen Koalition, in der die Repräsentanten der großbourgeois Deutschen Volkspartei gemeinsam mit den Vertretern der SPD saßen, konnte den ersten Ansturm des deutschen Proletariats abfangen, aber sie war nicht in der Lage, die Verhältnisse zu verändern, aus denen der Kampf der deutschen Arbeiterklasse erwuchs.

stürzt Cuno. Zur Geschichte des Massenkampfes gegen die Cuno-Regierung 1923 in Mitteldeutschland, Berlin 1963, S. 244–284.

52 Protokoll. Fünfter Kongreß der Kommunistischen Internationale, Bd. I, (Hamburg) o. J., S. 263. – Vgl. auch Die Rote Fahne, 17. August 1923.

53 Vgl. Die Rote Fahne, 16. August 1923. – HVZ, 21. August 1923.

»Die Aufstände des Proletariats sind Etappen auf dem Siegeszuge der Revolution«

Nach dem Sturz der Cuno-Regierung »sprang der Funke des Bürgerkrieges durch Deutschland«¹. Die Lage wurde für die Werktätigen von Tag zu Tag unerträglicher. Die von den monopolkapitalistischen Scharfmachern um Stinnes vorangetriebene Inflation wuchs sich zu einer wirtschaftlichen Katastrophe aus. Einer Goldmark entsprachen durchschnittlich im August 1923 1 Million, im September 23,5 Millionen, im Oktober 6 Milliarden, im November 522 Milliarden Mark. Die Geldentwertung schritt so schnell voran, daß die Werktätigen für ihre Millionen Papiermark nicht einmal die notwendigsten Lebensmittel kaufen konnten. Milch, Fett und Fleisch waren kaum erschwinglich, selbst Brot und Kartoffeln wurden knapp. Junker und Großgrundbesitzer weigerten sich, ihre Produkte für Papiergeld herzugeben. Groß- und auch Einzelhändler horteten die Waren. Not und Elend der Volksmassen erreichten ein Ausmaß, wie man es seit den letzten Kriegsjahren nicht mehr kannte. »Die Arbeiter konnten für ihre Löhne nichts mehr kaufen. Sogar »die treuesten Diener des Staates«, die Beamten, begannen zu rebellieren. Die Mittelschichten waren ruiniert. Das Gespenst des Hungers schritt durch Deutschland. Machtlos standen die Regierungen der Bourgeoisie dem Zerfall gegenüber.«²

Die Erbitterung über diese Zustände nahm rasch zu. Hungerunruhen brachen aus. Vielerorts schritt die Bevölkerung zur Selbsthilfe. Trupps von Arbeitern, hauptsächlich von Erwerbslosen, zogen aufs Land und beschlagnahmten zurückgehaltene Lebensmittel. Hungernde gruben die Kartoffeln aus der Erde und nahmen das Getreide vom Feld, um sich und ihre Kinder am Leben zu erhalten. Breite Schichten des Proletariats, aber auch Kleinbauern und Angehörige der städtischen Mittelschichten wollten eine baldige Änderung der bestehenden Ordnung. Seit Mitte Septem-

1 Ernst Thälmann: Die Lehren des Hamburger Aufstandes. In: Geschichte und Politik, S. 28.

2 Ebenda, S. 27.

ber kam es erneut zu zahlreichen Streiks. In Deutschland entwickelte sich eine revolutionäre Krise. Wenn auch der Eintritt von führenden Sozialdemokraten in die Regierung reformistische Illusionen belebte, wuchs doch in der SPD die Opposition gegen die Politik der Klassenzusammenarbeit der rechten Führer.

Die herrschende Klasse suchte nach einem ihren Interessen entsprechenden Ausweg aus dieser Situation. Die reaktionärsten finanzkapitalistischen Gruppen förderten die faschistische Bewegung. Im Rheinland wurden die von großbürgerlichen Kreisen unterstützten Separatisten aktiver. Die Regierung Stresemann brach den »passiven Widerstand« ab, um alle Kraft auf die Niederwerfung der revolutionären Kräfte konzentrieren zu können. Am 26. September 1923, unmittelbar nach der Kapitulation im Ruhrkampf, verhängte Reichspräsident Ebert den Belagerungszustand und übertrug dem Reichswehrminister die vollziehende Gewalt.

Die KPD setzte beharrlich ihren Kampf gegen das deutsche Monopolkapital fort und bereitete sich auf entscheidende Klassenauseinandersetzungen vor. Die proletarischen Hundertschaften erstarkten. Die von der KPD organisierten Kontrollausschüsse der Arbeiter führten in weiten Teilen Deutschlands Aktionen vor allem gegen Preissteigerungen, Hortung von Lebensmitteln und Mietwucher durch. Über die revolutionäre Betriebsrätebewegung konnte die Partei ihren Einfluß unter den Betriebsarbeitern erhöhen.

Aber in der Arbeit der Partei waren auch Mängel unverkennbar. Die Zentrale unternahm zu wenig, um die verschiedenen Massenaktionen im ganzen Land einheitlich zu leiten. Heinrich Brandler und andere führende Funktionäre orientierten darauf, alle Kräfte bis zum entscheidenden Schlag aufzusparen. Dadurch wurde versäumt, systematisch Massenkämpfe zu entwickeln und zu steigern und damit die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen an den Kampf um die Macht heranzuführen. Die Parteiführung konzentrierte ihr Augenmerk einseitig auf Sachsen und Thüringen und vernachlässigte andere wichtige Industriegebiete. Gegenüber der linkssozialdemokratischen sächsischen Landesregierung gab es Tendenzen opportunistischen Zurückweichens. Auf dem Bezirksparteitag Wasserkante am 25. und 26. August setzte sich Thälmann mit Brandler auseinander, kritisierte den unbefriedigenden politischen und organisatorischen Zustand der Partei und forderte, die Partei voll auf den Machtkampf einzustellen. Gleichzeitig zweifelte er Brandlers Behauptung an,

daß die KPD in Sachsen über ganze Regimenter bewaffneter Arbeiter verfüge, die der Reichswehr entgegentreten würden, falls es diese wagen sollte, dort einzumarschieren.³

Im September fuhr Ernst Thälmann wieder nach Moskau, um an einer vom EKKI zur Unterstützung des Kampfes in Deutschland einberufenen Beratung teilzunehmen. In Litauen wurde er auf Betreiben der deutschen Regierung festgenommen und durchsucht. Nur mit Mühe konnte er freikommen. Dasselbe wiederholte sich in Lettland.⁴ Endlich gelangte er nach Sowjetrußland. Auch diese Reise nutzte er, um sich von den großen Anstrengungen des Sowjetvolkes beim wirtschaftlichen Aufbau zu überzeugen und um seine Verbindung zu den sowjetischen Werktätigen zu vertiefen. Am 18. September besuchte er die kurz zuvor eröffnete I. Landwirtschafts- und Hausindustrienausstellung in Moskau. Auf dem Leninplatz der Ausstellung fand am Abend ein Meeting statt. Als Ernst Thälmann die Tribüne betrat, wurde er von den Versammelten mit stürmischem Beifall begrüßt. In seiner Rede erklärte er, daß er vom Aufschwung der Volkswirtschaft der Sowjetunion in den letzten zwei Jahren sehr beeindruckt sei. Die Arbeiterklasse, die werktätige Bauernschaft und auch Teile der Intelligenz in Deutschland schauten aber nicht nur deshalb auf Sowjetrußland, weil es energisch seine Wirtschaft aufbaue, sondern vor allem, weil es ein leuchtendes Beispiel des Kampfes sei. Der Sieg des russischen Proletariats »hat uns stets beflügelt, er gab uns die Kraft, alle Niederlagen zu überwinden«⁵. Abschließend erklärte er, daß in Deutschland jetzt die revolutionäre Stimmung rasch anwachse. Zum Schluß der Kundgebung wurde Ernst Thälmann von einer begeisterten Menge umringt und zum Auto getragen.

Am 21. September 1923 begannen die Beratungen, an denen Vertreter der Kommunistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs, der Tschechoslowakei und Sowjetrußlands teilnahmen. Der KPD-Delegation gehörten neben Ernst Thälmann Heinrich Brandler, Hugo Eberlein, Ruth Fischer und Arcady Maslow sowie die Vertreter der KPD beim EKKI,

3 Vgl. IML, ZPA, NL 3/69. – Protokoll. Fünfter Kongreß der Kommunistischen Internationale, Bd. I, S. 262/263.

4 Vgl. Митинг народов. Выступление тов. Тельмана (член ЦК Германской Коммунистической Партии): »Германия накануне коммунистической революции«, »Революция в Германии будет сигналом для мировой коммунистической революции«. In: Смычка (Moskau), 19. September 1923.

5 Ebenda. – Vgl. auch G. Lebedew: Ernst Thälmann sprach – jedes Herz schlug mit. Erinnerung an eine Versammlung in Moskau. In: Neues Deutschland, 16. April 1959.

Edwin Hoernle und Clara Zetkin, an. Als Brandler auf diesem Treffen von der Vorbereitung der Partei auf den bewaffneten Kampf, vor allem von der Bewaffnung des Proletariats, ein übertriebenes Bild zeichnete, widersprach ihm Thälmann. Er sagte, daß sich Brandlers Bericht nicht auf eine Analyse der Lage und des Kräfteverhältnisses im ganzen Lande stütze, sondern nur auf eine Einschätzung der Situation in Sachsen und Thüringen, wo die Einheitsfront der Arbeiter am weitesten entwickelt sei. Der Generalstreik gegen die Cuno-Regierung habe zwar gezeigt, daß die Werktätigen die Notwendigkeit des bewaffneten Aufstandes mehr und mehr erkennen; aber Brandler schätze das Kräfteverhältnis dennoch zu günstig ein. Die proletarischen Hundertschaften seien noch nicht auf bewaffnete Aktionen vorbereitet und besäßen noch keine Waffen.⁶ »Wir haben in Moskau sehr ernst gesagt, man kann nicht mit der proletarischen Revolution spielen, wenn man den Apparat militärisch und politisch nicht so aufgezogen hat, wie notwendig«⁷, berichtete er darüber im November 1923. Hugo Eberlein bestätigte, daß Brandler, als er über die Hundertschaften und deren Bewaffnung sprach, den Wunsch für die Wirklichkeit ausgegeben habe.⁸

Aber die Warnungen Thälmanns und Eberleins wurden nicht berücksichtigt. Insgesamt wurde auf dieser EKKI-Beratung der Reifegrad der Entwicklung in Deutschland, vor allem die Vorbereitung auf den bewaffneten Aufstand, überschätzt. Die Beratung gelangte zu dem Schluß, daß es in den nächsten Wochen in Deutschland zum Machtkampf kommen werde. Das internationale revolutionäre Proletariat wurde zur Unterstützung der deutschen Revolution aufgerufen. Am 1. Oktober beschloß das EKKI unter Teilnahme von Vertretern der KPD, daß Kommunisten in die Regierungen in Sachsen und Thüringen eintreten sollten, wenn die an deren Spitze stehenden linken Sozialdemokraten sich bereit erklärten, Sachsen gegen Bayern, wo die Faschisten immer aktiver wurden, zu verteidigen. Es wurde ein Aktionsplan ausgearbeitet, der vorsah, den Kampf mit der Verteidigung der Arbeiterregierung in Sachsen zu beginnen. Dort sollte die Partei ihre Positionen in der Regierung zur Bewaffnung des Proletariats ausnutzen. Zu gleicher Zeit sollten die Massen

6 Vgl. Die Kommunistische Internationale. Abriß, S. 236–238. – IML, ZPA, I 6/3/126. – Zentrales Staatsarchiv Potsdam. Historische Abteilung I (im folgenden: ZStA Potsdam. Hist. Abt. I), Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung, 578/3.

7 IML, ZPA, 2/15.

8 Vgl. Die Kommunistische Internationale. Abriß, S. 238.

in ganz Deutschland mobilisiert werden und im geeigneten Augenblick in Aktion treten.⁹

In zwei Artikeln für die Moskauer Zeitung »Gudok«, erschienen am 3. und 5. Oktober¹⁰, legte Ernst Thälmann dar, wie er die Situation sah: »Das Vertrauen zu uns wächst nicht nur in den Arbeitermassen, sondern auch unter den Beamten, Angestellten und dem Mittelstand. Die sich ungewöhnlich ausbreitende Betriebsrätebewegung schuf der Partei eine feste Basis in den Betrieben. Zu diesen Organisationen kommen noch die Kontrollausschüsse, deren Ziel der Kampf gegen Teuerung und Spekulantentum ist, sowie die zwar langsam, aber sicher entstehenden Bauernräte.« Zusammenfassend stellte er in Übereinstimmung mit dem Ergebnis der EKKI-Beratung fest: »Die innere Lage in Deutschland verschärft sich aufs äußerste. Die Erregung des Proletariats ist gewaltig, die Schlacht gegen die Bourgeoisie unvermeidlich.«¹¹

Entsprechend dem Beschluß des EKKI, traten am 10. Oktober die führenden Vertreter der KPD Fritz Heckert und Paul Böttcher als Minister in die von dem linken Sozialdemokraten Erich Zeigner geleitete sächsische Landesregierung ein. Heinrich Brandler wurde Leiter der sächsischen Staatskanzlei. Am 16. Oktober wurde auch in Thüringen eine Koalitionsregierung aus linken Sozialdemokraten und Kommunisten gebildet. Die Zentrale der Partei verlegte ihren Sitz nach Dresden, in Berlin wurde nur eine kleine Vertretung mit Wilhelm Pieck als Verantwortlichen belassen.¹²

Aber die beiden Arbeiterregierungen erfüllten ihre historische Aufgabe nicht. Die linken Sozialdemokraten verhielten sich inkonsequent. Polizei und Justiz gingen in beiden Ländern weiter gegen revolutionäre Arbeiter und gegen die Presse der KPD vor. Die Regierungen unternahmen keine wirksamen Schritte zur sofortigen Verbesserung der Lage der Werktätigen und kümmerten sich völlig unzureichend um die Bewaffnung der Arbeiter. Auch die kommunistischen Minister wurden trotz ehrlichen Willens ihrer Verantwortung nicht gerecht. Unter dem Einfluß der von der Mehrheit der Zentrale, besonders von Brandler, vertretenen Auf-

⁹ Vgl. ebenda, S. 239/240.

¹⁰ Vgl. Publikationen Ernst Thälmanns in sowjetischen Periodika der zwanziger Jahre. In: BzG, 1973, H. 6, S. 950.

¹¹ Ernst Thälmann: Am Vorabend der deutschen Revolution. In: Ebenda, S. 953. – Ders.: Die Lage spitzt sich zu. In: Ebenda, S. 955.

¹² Vgl. IML, ZPA, I 2/2/15.

fassung, die Koalition mit der linken Sozialdemokratie dürfe auf keinen Fall gefährdet werden, traten sie nicht entschieden genug auf.

Trotz aller Schwächen wirkte jedoch die Bildung der Arbeiterregierung in Sachsen auf die Arbeiter Deutschlands mobilisierend. Die Reichsregierung verhängte gegen diese verfassungsmäßig gebildete Arbeiterregierung am 13. Oktober den Ausnahmezustand und bereitete deren militärische Niederwerfung vor.

Ernst Thälmann war aus Moskau unmittelbar nach Hamburg zurückgekehrt. Er war unermüdlich tätig, um die Partei in Hamburg, entsprechend den im EKKI gefaßten Beschlüssen, auf den bewaffneten Kampf vorzubereiten. Auch hier war die Kampfbereitschaft in der Arbeiterklasse gewachsen. Die Einheitsfrontpolitik der KPD fand unter sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern zunehmend Widerhall. Um dem Entstehen einer antiimperialistischen Einheitsfront entgegenzuwirken, bemühten sich die rechten Führer der SPD und des ADGB in Hamburg, eine »Einigungspolitik« zur Verteidigung der Republik¹³, das heißt zur Erhaltung der imperialistischen Ordnung, zu entwickeln.

Am 21. September, als Ernst Thälmann noch in Moskau weilte, hatte die Hamburger Organisation der KPD in einem Flugblatt erklärt, es sei die Aufgabe der Stunde, der »unfähigen, würdelosen und landesverräterischen deutschen Bourgeoisie die Zügel der Leitung des Staates aus den Händen [zu] reißen«¹⁴ und durch den gemeinsamen Kampf aller Ausgebeuteten eine Arbeiter-und-Bauern-Regierung zu erkämpfen. Die Werktätigen wurden aufgerufen, proletarische Hundertschaften und Kontrollausschüsse zu bilden, die Führer der Gewerkschaften zu einer wirklichen Klassenkampfpolitik zu zwingen und für einen Arbeitersenauf der Grundlage eines wirklich proletarischen Programms zu kämpfen. Am 9. Oktober rief die »Hamburger Volkszeitung« dazu auf, in den Betrieben die proletarische Einheitsfront herzustellen, Aktionsausschüsse und proletarische Hundertschaften zu bilden. In einer Beratung mit dem Ortsausschuß des ADGB und mit Vertretern der VSPD und der USPD am 14. Oktober verlangten Thälmann und die anderen Vertreter der KPD von der VSPD, für die Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes

¹³ Vgl. Sozialdemokratischer Verein für das hamburgische Staatsgebiet. Jahresbericht der Landesorganisation für die Geschäftsjahre vom 1. April 1921 bis 31. März 1924, Hamburg 1924, S. 24–32.

¹⁴ 27. Jahresbericht des Ortsausschusses Groß-Hamburg des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Geschäftsjahr 1923, Hamburg 1923, S. 46.

einzutreten, das am Vortage vom Reichstag mit den Stimmen der VSPD beschlossen worden war. Sie forderten, daß sich die VSPD zum Kampf für die Verteidigung des Achtstundentages, gegen Militärdiktatur und Ausnahmezustand und für die Vorbereitung eines Generalstreiks bereit erkläre.¹⁵ Die VSPD lehnte das ab.

Parallel mit diesen Versuchen, die Kampffront zu erweitern, liefen die Vorbereitungen für den bewaffneten Aufstand, an denen Ernst Thälmann verantwortlich teilnahm. Entscheidend war an den Vorbereitungen auf die bewaffneten Auseinandersetzungen der militärische Leiter des Oberbezirks¹⁶, Albert Schreiner (Baumann), beteiligt. Am 16. Oktober appellierte die »Hamburger Volkszeitung«, die eine Woche zuvor vom Senat verboten worden war und illegal erscheinen mußte, im Sinne der Beschlüsse der Zentrale an die Hamburger Arbeiter, ihren sächsischen Klassenbrüdern zu Hilfe zu kommen, wenn, wie in Kürze zu erwarten, die Reichsregierung mit bewaffneter Macht gegen die Arbeiterregierungen vorgehen werde. Der Kampfbeginn in Sachsen sei für alle Arbeiter das Signal, sofort den Generalstreik zu erklären und der Reichswehr und den reaktionären Banden »mit denselben Mitteln entgegenzutreten«, mit denen diese in Sachsen oder an anderen Stellen die Arbeiter angreifen würden.¹⁷

Die Lage in Hamburg spitzte sich zu. Alma Soltau erinnert sich: »Im Jahre 1923, als die Inflation ihrem Höhepunkt zueilte, war ich in einer Frauen-Funktionärversammlung im Parteihaus. In den Stadtteilen mehrten sich Unzufriedenheit und Empörung. An den Marktständen gingen die Frauen dazu über, die Stände der Händler zu demolieren, weil von Stunde zu Stunde die Waren teurer wurden. In den Betrieben mußten wir jeden Morgen erneut Lohnzahlungen aushandeln, weil bereits am Mittag die Frauen an den Betriebstoren standen und Geld haben wollten. Bis zum Feierabend waren die Preise erneut gestiegen, und der Lohn reichte nicht für ein Mittagessen. Genosse Thälmann sprach zu uns Frauen und sagte: »Wir dürfen es nicht zulassen, daß begonnene Aktionen einfach so wild verpuffen. Wir müssen mit diesen Frauen Kontrollausschüsse bilden. Es sollen kommunistische, sozialdemokratische und parteilose Frauen gewählt werden, die die Preise der Kaufleute und Händler kontrollieren.«

15 Vgl. ebenda, S. 46, 54/55. – IML, ZPA, 31/1/207.

16 Die KPD-Bezirke Wasserkante, Nordwest und Niedersachsen waren zu einem Oberbezirk zusammengefaßt.

17 Vgl. IML, ZPA, St 12/5.

Diese Vorschläge des Genossen Thälmann führten wir in den Stadtteilen durch. In einer Riesenversammlung der Frauen wurde ein zentraler Kontrollausschuß für Hamburg und eine Delegation zum Bürgermeister Stolten gewählt. Genosse Ernst sprach als Vertreter der Kommunistischen Partei noch kurz zu den Frauen und sagte, daß am anderen Morgen Streikbeschlüsse bei den Werft- und Hafenarbeitern zu erwarten seien. Die Frauen riefen: »Wir sind am nächsten Morgen am Hafen, wir wollen die Männer unterstützen!«¹⁸

Werftarbeiter und Arbeiter einiger anderer Betriebe streikten schon. Am 18. und 19. Oktober sperrten Arbeiterfrauen die Eingänge von Werften gegen Streikbrecher. Am 20. Oktober demonstrierten Tausende Hamburger Erwerbslose und durchbrachen die Bannmeile, jenen Bereich im Zentrum der Stadt, in dem Demonstrationen und Kundgebungen verboten waren. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei. Viele Arbeiter und auch Angehörige der Mittelschichten sympathisierten mit den Demonstranten und nahmen gegen die Polizei Stellung.¹⁹ Wieder trat der Vorstand der Hamburger Sozialdemokratie auf den Plan, um die revolutionäre Bewegung zu dämpfen. Am 21. Oktober wies er die Parteimitglieder an, alle Forderungen nach Bewaffnung proletarischer Hundertschaften, Entwaffnung der Ordnungspolizei und der Reichswehr, desgleichen die Propaganda für den Generalstreik ohne Beschluß der VSPD und der Gewerkschaften abzulehnen. In einer erneuten Besprechung von Vertretern des ADGB, der VSPD, der USPD und der KPD am 22. Oktober schlugen die rechten Sozialdemokraten vor, an die zentralen Leitungen in Berlin die Forderung zu richten, einen Demonstrationsstreik gegen die wirtschaftliche und politische Reaktion durchzuführen und örtliche Aktionen bis dahin zu unterlassen. Das war ein demagogischer Vorschlag; er sollte Kampfbereitschaft vortäuschen und zugleich die bereits begonnenen Massenkämpfe in Hamburg abwürgen. Die KPD konnte ihm daher nicht zustimmen. Aber sie brach die Verhandlungen mit den anderen Organisationen nicht schroff ab, sondern erklärte, daß sie ihre Antwort am nächsten Tag übermitteln werde.²⁰

18 Ebenda, EA 1397.

19 Vgl. Heinz Habedank: Zur Geschichte des Hamburger Aufstandes 1923, Berlin 1958, S. 87/88. – A. Neuberg: Der bewaffnete Aufstand. Versuch einer theoretischen Darstellung, Zürich 1928, S. 71–73.

20 Vgl. Sozialdemokratischer Verein für das hamburgische Staatsgebiet. Jahresbericht der Landesorganisation für die Geschäftsjahre vom 1. April 1921 bis 31. März 1924, S. 33, 32. – 27. Jahresbericht des Ortsausschusses Groß-Hamburg des ADGB, S. 56.

Angesichts des unmittelbar bevorstehenden bewaffneten Vorgehens gegen Sachsen hatte die Führung der KPD am 20. Oktober beschlossen, nicht, wie ursprünglich vorgesehen, erst am 9. November, sondern bereits auf einer Konferenz der sächsischen Regierung mit Vertretern der Betriebsräte, Gewerkschaften und Kontrollausschüsse, die für den 21. Oktober nach Chemnitz einberufen worden war, den Generalstreik der gesamten deutschen Arbeiterklasse proklamieren zu lassen. Die bewaffneten Kämpfe um die Arbeiter-und-Bauern-Regierung sollten aus dem Generalstreik hervorgehen; sie sollten in Sachsen und Halle-Merseburg und zur Entlastung zugleich in den Bezirken Wasserkante und Mecklenburg ausgelöst werden.²¹ Mit dieser Weisung begab sich das Mitglied der Zentrale der KPD Hermann Remmele nach Hamburg, wo er am 21. abends Ernst Thälmann und anderen führenden Hamburger Genossen den Beschluß der Parteiführung überbrachte, und reiste dann nach Kiel weiter, um auch dort seinen Auftrag zu übermitteln.²²

Sofort wurden in Hamburg die letzten Vorbereitungen für den bewaffneten Aufstand eingeleitet. In einer Arbeiterwohnung fand unter Thälmanns Leitung eine Sitzung der verantwortlichen Funktionäre der Hamburger Parteiorganisation statt. Da, wie die Anwesenden feststellten, die Situation in Hamburg für bewaffnete Massenaktionen günstig sei, wurde beschlossen, loszuschlagen und damit ein Signal für das Proletariat ganz Deutschlands zu geben. Wenn sich die KPD nicht an die Spitze der kampfbereiten Massen stelle, sei eine spontane Aktion der Massen zu erwarten; das würde der Autorität der KPD Abbruch tun.²³

Diese Kampfbereitschaft widerspiegelte auch eine Konferenz der Werftarbeiter der Wasserkante, die am 21. Oktober in Hamburg auf Initiative der KPD stattgefunden hatte. Ernst Thälmann und die anderen KPD-Funktionäre mußten hier ihr ganzes Ansehen aufbieten, um – entsprechend den Weisungen der Zentrale, Teilkämpfe bis zum Entscheidungskampf nicht zu führen – die Arbeiter von der sofortigen Ausrufung des Generalstreiks zurückzuhalten. Gleichzeitig setzte Thälmann sich mit sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären auseinander, die jede Massenaktion grundsätzlich zu verhindern suchten. Die Mehrheit der Teilnehmer an der Konferenz beschloß, den Generalstreik zu proklamieren, sobald der Reichswehreinmarsch in Sachsen beginne.

21 Vgl. IML, ZPA, I 2/2/15; I 6/3/125; 16/1155.

22 Vgl. ebenda, NL 36/519; I 6/3/128; I 2/705/2; 31/1/207.

23 Vgl. A. Neuberg: Der bewaffnete Aufstand, S. 76/77.

Eine Delegation wurde nach Chemnitz entsandt, um die Direktive zum Kampf zu holen.²⁴

In Chemnitz waren die Dinge aber anders als vorgesehen verlaufen. Auf der dortigen Konferenz war sichtbar geworden, daß die linkssozialdemokratischen Führer nicht bereit waren, einem Generalstreik zuzustimmen. Daraufhin nahm Heinrich Brandler den Beschluß der Parteiführung vom Vortage zurück und schlug, obwohl die Reichswehr soeben in Sachsen einmarschierte, vor, diese Frage einer Kommission zur Beratung zu überweisen. Als Hugo Urbahns und die anderen Vertreter des Bezirks Wasserkante in Chemnitz eintrafen, war dieser Beschluß bereits gefaßt.²⁵

In Hamburg griff am 22. Oktober trotz der Abwiegelungsversuche der sozialdemokratischen Führer der Streik weiter um sich. In den Werft-, Hafen- und Baubetrieben wurde die Ausrufung des Generalstreiks gefordert. Die Arbeiter aller Werften traten als erste in den Streik, ihnen folgten die Arbeiter des Hafens, der Lagerhäuser und Kohlenlager. Bereits am Nachmittag ruhte die Arbeit im gesamten Hafengebiet. Die Erwerbslosendemonstrationen nahmen noch größeren Umfang an. Hungernde erzwangen in zahlreichen Läden die kostenlose Verteilung von Brot. Die Nachricht vom Einmarsch der Reichswehr in Sachsen steigerte die Empörung der Werktätigen weiter. Die Polizei erwies sich gegenüber der Massenbewegung als machtlos.

Am Abend des 22. versammelten sich unter Ernst Thälmanns Führung die Leitung des KPD-Oberbezirks Nordwest und die unmittelbaren Leiter des Aufstandes und bestätigten den Aufstandsplan. Die Mehrheit entschied sich unter Thälmanns Einfluß, entsprechend den erhaltenen Weisungen am nächsten Morgen den Kampf aufzunehmen, um den Reichswehraufmarsch gegen Mitteldeutschland zu stören.²⁶ Die militärischen Leiter der Stadtbezirke erhielten ihre Einsatzbefehle. Um 5.00 Uhr früh sollte losgeschlagen werden. Da die Bewaffnung völlig unzureichend war – die Kampftrupps besaßen etwa 20 Gewehre und knapp

24 Vgl. Heinz Habedank: Zur Geschichte des Hamburger Aufstandes, S. 90/91. – HVZ, 24. Oktober 1924. – Hermann Remmele: Um den politischen Machtkampf in Deutschland. In: Die Kommunistische Internationale, 1924, H. 31/32, S. 160. – A. Neuberg: Der bewaffnete Aufstand, S. 71.

25 Vgl. IML, ZPA, 2/15; 31/1/207.

26 Vgl. Heinz Habedank: Zur Geschichte des Hamburger Aufstandes, S. 97/98. – A. Neuberg: Der bewaffnete Aufstand, S. 77. – IML, ZPA, I 2/705/2.

30 Pistolen –, sollten die mit diesen wenigen Waffen ausgerüsteten Gruppen des Ordnerdienstes zunächst die Verkehrsverbindungen unterbrechen, um die Heranführung gegnerischer Verstärkungen zu verhindern, und die notwendigen Waffen beschaffen. Dazu war ein schlagartiger Überfall dieses Kerns der militärischen Kräfte des Hamburger Proletariats, der aus kampferprobten Kommunisten bestand, auf die Polizeireviere in den Vororten vorgesehen. Danach sollten die Arbeiter in das Zentrum Hamburgs vordringen und strategisch wichtige Punkte der Stadt besetzen.

Am 23. Oktober 1923 stürmten pünktlich um 5.00 Uhr morgens die Kampfgruppen die Polizeireviere. Die Polizei war völlig überrascht. 17 Reviere wurden besetzt, die Polizisten entwaffnet. 30 Minuten nach dem Beginn des Aufstandes hatten die Arbeiter rund 170 Gewehre und Munition erbeutet, mit denen weitere Kämpfer bewaffnet wurden. In den frühen Morgenstunden gingen in vielen Teilen Hamburgs die Arbeiter auf die Straße. Gegen Mittag verbreiterte sich die Streikfront. Einzelne Polizisten wurden entwaffnet, ein Waffenladen wurde ausgeräumt. Der Verkehr kam zeitweilig fast zum Erliegen. In den nördlichen und östlichen Vororten Hamburgs errichteten die Aufständischen, unterstützt von der Bevölkerung, Barrikaden.

Am erfolgreichsten verliefen die Kämpfe in Barmbeck. Hier war Hans Kippenberger der militärische Leiter. Allein im Südteil Barmbecks, das zum Hauptkampfplatz wurde, wurden innerhalb weniger Stunden 58 Barrikaden gebaut. Das zeugte von der großen Sympathie der Werktätigen für die Aufständischen. Die »Hamburger Volkszeitung« berichtete hierüber am ersten Jahrestag des Aufstandes: »Unzählige Barrikaden entstanden wie aus der Erde gestampft. Alles half mit am Bau der proletarischen Verteidigungsstellungen. Straßen waren quer aufgerissen, dicke Bäume auf beiden Seiten gefällt und mit Stacheldraht umwickelt, Asphaltplatten losgemeißelt und als Brustwehren in den Schützengraben verwandt. Lebensmittel und Zigaretten wurden von sympathisierenden Kleinbürgern verteilt, proletarische Frauen kochten im Verlaufe der Kämpfe dicke Suppe und Kaffee, Kuriere kamen und brachten Munition. Unvergeßlich sind jedem diese Bilder proletarischer Solidarität und proletarischen Heldenmutes. Trotzdem jeder in Barmbeck wußte, daß der Gegner eine weit überlegene Waffengewalt hatte, so war doch in keinem Stadium des Kampfes Kleinmut aufgekommen. Wenn proletarischer Zorn und proletarische Begeisterung sich paaren, dann ist es von vornherein

eine Waffe, gegen die die Söldlinge des Kapitals keine gleiche haben.«²⁷ »Unsere Wohnung«, berichtet Ernst Thälmanns Tochter, »war ein Sammelplatz für die Kämpfenden. Im ganzen Hause wurde, wie in vielen Hamburger Arbeiterhäusern, für die kämpfenden Arbeiter gekocht. Frauen und Kinder halfen Barrikaden bauen.«²⁸ Auch in anderen Bezirken Hamburgs und in der unmittelbaren Umgebung wurde gekämpft, besonders in Schiffbek, wo Fritz (Fiete) Schulze die militärische Leitung innehatte. Hervorragend bewährten sich Jungarbeiter auf den Barrikaden, im Kurierdienst und bei der Versorgung der Kämpfenden. Die politische Leitung des Aufstandes lag in den Händen Ernst Thälmanns. Seine feste Verbindung mit den Hamburger Arbeitern, seine Kenntnis ihrer Probleme, seine Einsatzbereitschaft, seine Fähigkeit, rasch zu entscheiden, sein Mut wie sein großes Organisationstalent kamen hier voll zur Geltung. Eng arbeitete er mit dem militärischen Oberleiter, Albert Schreiner (Baumann), zusammen.²⁹ Im Laufe des Tages hielt Thälmann in einer Wohnung am Holsteinischen Kamp eine Sitzung ab, auf der über die Lage in den verschiedenen Kampfgebieten Bericht erstattet wurde.³⁰

Viele Arbeiter waren bereit, am Kampf teilzunehmen, aber es fehlte an Waffen. So standen etwa 300 bewaffnete Arbeiter einer zwanzigfachen militärischen Übermacht gegenüber. Über 5000 Polizisten und am nächsten Tag auch Landegruppen von Kriegsschiffen wurden gegen die Aufständischen eingesetzt. Panzerautos, Flugzeuge und zahlreiche Maschinengewehre standen der Reaktion zur Verfügung. Aber die Arbeiter hielten stand. Vor allem von den Dächern aus bekämpften sie die gegen die Barrikaden vorgehende Polizei. Die Unterstützung der Bevölkerung ermöglichte es den bewaffneten Arbeiterkampftruppen, mit ihren zahlenmäßig schwachen Kräften rasch zu manövrieren. Im Bewußtsein, für eine gerechte Sache zu streiten, zeigten die Arbeiter wahres Heldentum. Sie bewiesen große Standhaftigkeit und entwickelten hervorragende Initiativen. Wenige, ja manchmal nur ein oder zwei Bewaffnete hielten ganze Trupps der Polizei auf, die nur in Gruppen von 30 bis 50 Mann angriff. In kleineren Trupps wagte sie sich trotz ihrer guten Bewaffnung und überreichen Ausstattung mit Munition nicht an die Stellungen der Arbeiter heran. Das zeugte von der Überlegenheit des Proletariats, das »mit der

27 HVZ, 23. Oktober 1924.

28 Irma Thälmann: Erinnerungen an meinen Vater, S. 12.

29 Vgl. IML, ZPA, 31/1/207. – Mitteilung von Albert Schreiner an das Autorenkollektiv.

30 Vgl. IML, ZPA, NL 3/69.

Waffe in der Hand nicht nur sich, sondern seine ganze Klasse und ihre Zukunft«³¹ verteidigte, wie es in einem zeitgenössischen Bericht der Bezirksleitung Wasserkante der KPD hieß.

Obleich Tausende von Polizisten die Aufstandszentren eingeschlossen hatten, hielt Ernst Thälmann mit der ihm eigenen Unerschrockenheit ständig Verbindung zu den Kämpfenden. Er ermunterte die Kämpfer an den Barrikaden auf dem Barmbecker Marktplatz und an anderen Orten und gab ihnen Ratschläge. Zumeist war er mit einem Fahrrad unterwegs, in grauer Windjacke, Arbeitshosen, Schaftstiefeln und mit einer blauen Schirmmütze.³²

Aber während eine Minderheit heldenhaft kämpfte, gelang es nicht, in Hamburg den Generalstreik auszulösen. Der Einfluß der rechten Führer der Sozialdemokratie war stärker als erwartet. Dazu kam, daß Hamburg auf Grund der Chemnitzer Beschlüsse isoliert blieb. Ernst Thälmann appellierte am 23. an die Leitungen der KPD in den benachbarten Bezirken, in Hannover und Bremen, durch die Auslösung des Generalstreiks die kämpfenden Hamburger Arbeiter zu unterstützen.³³

Am ersten Tag war es den bewaffneten Arbeitern gelungen, alle gegnerischen Vorstöße zurückzuschlagen. Am 24. verstärkte sich der Druck der Polizeitruppen, aber hartnäckig trotzten die Barrikadenkämpfer dem an Zahl und Bewaffnung weit überlegenen Gegner. Sie zogen sich geschickt vor überlegenen Streitkräften zurück und fügten durch blitzschnelle Gegenangriffe den Polizeitruppen neue Verluste zu. So vermochten die konterrevolutionären Kräfte auch am zweiten Tag nicht, den Aufstand zu unterdrücken. Die rechten Führer der SPD zeigten jetzt ihr wahres Gesicht. 700 Angehörige der sozialdemokratischen sogenannten Vereinigung Republik folgten ihren Anweisungen und übernahmen in der Stadt Polizeifunktionen. Damit machten sie Polizeikräfte für den Einsatz gegen die Aufständischen frei.

Im Verlauf des 24. Oktober erkannten Ernst Thälmann und die anderen Führer des Aufstandes, daß die revolutionären Hamburger Arbeiter auf einsamem Posten standen. Hugo Urbahns, der in der Nacht zum 23. Oktober nach Hamburg zurückgekehrt war, nahm keine Verbindung mit der Kampfleitung auf, trat aber isoliert von ihr gegen den Aufstand auf, als dieser bereits im Gange war. Das führte an einigen Stellen zu Des-

31 Ebenda, I 3/16.

32 Vgl. ebenda, EA 1163.

33 Vgl. ebenda, I 3/16; NL 36/519.

organisation. Angesichts dieser Tatsachen gelangte die Kampfleitung zu dem Entschluß, daß der Kampf abubrechen sei. Als am Abend des zweiten Aufstandstages Fritz Heckert als Abgesandter der Zentrale Verbindung zur Kampfleitung herstellen konnte und sie genauer über die Lage in Deutschland informierte, wurde vereinbart, die Kampfhandlungen einzustellen und die kämpfenden Arbeiter organisiert zurückzuziehen.³⁴ Ernst Thälmann ging mit einem Begleiter in die Stellungen in Schiffbek und Bramfeld, um die Gruppen aus dem Kampf herauszuziehen.³⁵ Widerstrebend, aber geordnet und ohne größere Verluste lösten sich die Kämpfenden vom Gegner. Einzelne kleine bewaffnete Arbeitergruppen setzten die Kämpfe noch am 25. fort. Ernst Thälmann schrieb erneut an die Bezirksleitung in Hannover und forderte sie auf, den Generalstreik zu proklamieren und die Aufhebung des Belagerungszustandes zu verlangen³⁶, um damit den Rückzug der Hamburger Aufständischen politisch zu decken. Aber hier wie im übrigen Deutschland wurden, entsprechend der Weisung der Zentrale vom 21. Oktober, keine Kämpfe ausgelöst. Auch die verfassungsmäßige Regierung in Sachsen leistete keinen Widerstand, als sie durch eine Notverordnung des sozialdemokratischen Reichspräsidenten ihres Amtes enthoben wurde. Am 12. November traten die kommunistischen Minister aus der thüringischen Landesregierung aus.

In diesen Wochen glaubte man in der Führung der KPD, daß die Entscheidungsschlacht nur vertagt sei und in Kürze bevorstehe. Aber wie die weitere Entwicklung zeigte, konnte die herrschende Klasse ihre Macht konsolidieren. Das revolutionäre deutsche Proletariat hatte eine Niederlage erlitten.

Wieder waren es die rechten Führer der SPD gewesen, die in dieser Krisensituation dem deutschen Imperialismus die entscheidende Hilfe geleistet hatten. Sie waren in die Regierung Stresemann eingetreten, um die revolutionäre Bewegung einzudämmen; sie hatten alles getan, um die Einheitsfront der Arbeiterklasse zu verhindern; sie beteiligten sich als Funktionäre im bürgerlichen Staatsapparat an der gewaltsamen Niederwerfung der revolutionären Arbeiter. Der sozialdemokratische Reichspräsident Friedrich Ebert dankte in einem Schreiben dem Reichswehrminister Otto Gessler für die Unterstützung, die Heer und Marine bei

34 Vgl. ebenda, NL 36/519. – Mitteilung von Albert Schreiner an das Autorenkollektiv.

35 Vgl. IML, ZPA, EA 1163.

36 Vgl. ebenda, I 3/16.

der blutigen Niederschlagung des Hamburger Aufstandes geleistet hatten.³⁷

Auch in Bulgarien und Polen gelang es 1923 der Reaktion, die kämpfenden Arbeiter niederzuwerfen. Die Periode der revolutionären Nachkriegskrise war beendet. Es war nicht gelungen, sie zum Sturz der imperialistischen Herrschaft in weiteren Ländern auszunutzen.

Aber in diesen Jahren hatte sich die Sowjetmacht in Rußland behaupten und ihre Positionen festigen können. Die kommunistische Bewegung in der Welt war erstarkt, hatte wesentliche Erfahrungen gesammelt. Vor ihr stand jetzt die Aufgabe, aus den Kämpfen dieser Jahre, aus den Erfolgen und Niederlagen die richtigen Lehren zu ziehen. In den Auseinandersetzungen, die hierüber entbrannten, stand Ernst Thälmann in der vordersten Reihe. Die Erfahrungen des Kampfesjahres 1923, auf die er immer wieder zurückgriff, waren von großer Bedeutung für seine weitere Entwicklung zum revolutionären Führer des deutschen Proletariats; aus ihnen zog er grundlegende Schlüsse für die Entwicklung der Partei, für ihre Strategie und Taktik. »Die proletarische Revolution«, schrieb er 1925, »hat mehr als eine blutige Niederlage ertragen. Sie ist niemals daran verblutet. Sie ist stärker, stolzer, entschlossener weitergeschritten. Die Pariser Kommune wurde niedergetreten. Die russische Revolution von 1905 endete an den Galgen des Zaren, in den Kerkern, in Sibirien. Und sie erwachte trotzdem aufs neue! Auch Hamburg ist nicht tot, sondern Hamburg ist unbesieglich...«

Die Aufstände des Proletariats sind Etappen auf dem Siegeszuge der Revolution, nicht nur durch ihre unmittelbaren positiven Resultate, sondern vor allem infolge der großen Lehren, die sie der ganzen Arbeiterklasse einhämmern.«³⁸

37 Vgl. ZStA Potsdam. Hist. Abt. I, Büro des Reichspräsidenten, Nr. 217.

38 Ernst Thälmann: Die Lehren des Hamburger Aufstandes. In: Geschichte und Politik, S. 35.

6

»...bei Thälmann revolutionäres Kraftgefühl«

Nach dem Hamburger Aufstand ging die herrschende Klasse brutal gegen die revolutionären Arbeiter vor und suchte die KPD zu zerschlagen. Ernst Thälmann mußte ebenso wie die anderen Barrikadenkämpfer und Funktionäre der Hamburger KPD in die Illegalität gehen. Trotz der Gefahr, von der Polizei aufgespürt zu werden, die fieberhaft nach den führenden Kommunisten fahndete, hielt er sich weiter in Hamburg auf. Häufig wechselte er sein illegales Quartier. Einige Zeit wohnte er in der Schule Adlerstraße bei dem parteilosen Hausmeister August Krüger. Dessen Schwiegersohn, der Kommunist Georg Dünninghaus, hatte das Quartier beschafft und war als Verbindungsmann Ernst Thälmanns tätig.¹

Ernst Thälmanns Sorge galt jetzt zunächst der Sicherung der weiteren Arbeit der Partei sowie der Hilfe für die verfolgten und verhafteten Kämpfer und deren Angehörige. Bereits am 25. Oktober forderte er die Mitglieder der Hamburger Parteiorganisation in einem Schreiben auf, ihre ganze Kraft einzusetzen, um eine enge Verbindung mit der werktätigen Bevölkerung herzustellen.² Am gleichen Tage beauftragte Ernst Thälmann Gustav Gundelach, für die Nachmittagsstunden des 26. Oktober in Hamburg-Winterhude ein Versammlungslokal für eine illegale Beratung zu besorgen. Diese erste Aussprache mit Hamburger Funktionären nach dem Aufstand über die nächsten Aufgaben der Partei fand bei einem mit der KPD sympathisierenden Gastwirt statt. Hier schon betonte Thälmann, daß die KPD aus dem Hamburger Aufstand wichtige Lehren für ihren künftigen Weg ziehen müsse. Er übertrug Gundelach die Verantwortung für die Betreuung und Sicherung der Arbeiter, die am Kampf teilgenommen hatten.³ Für die Familien der verfolgten Barrikadenkämpfer wurden Geld und Lebensmittel gesammelt.

Am 7. November hob die Hamburger Bürgerschaft die Immunität der

1 Vgl. Louise Dünninghaus: »So leicht siegt sich das nicht!« In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 63. – IML, ZPA, EA 1400/1.

2 Vgl. IML, ZPA, 31/1/207.

3 Vgl. Gustav Gundelach: Mit Ernst Thälmann zusammen in Hamburg. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 61/62.

kommunistischen Abgeordneten auf. Aber trotz aller Verfolgungen setzte die KPD auch in Hamburg ihre Arbeit fort. Am 9. November fand eine Gedenkfeier auf dem Ohlsdorfer Zentralfriedhof statt. Überraschend erschien der von der Polizei gesuchte Ernst Thälmann und sprach zu den Versammelten, »geschützt von einem zehnfachen Ring seiner Oktoberkämpfer. Er sah die vergeblichen Versuche der Polizei, an ihn heranzukommen. Jeder dieser Bullen wurde von Genossen umringt. So isoliert, verhielten sie sich sehr still und entblößten ohne Nachhilfe ihre Häupter zu Ehren der Revolutionsopfer der Jahre 1918 bis 1923. Nach der Rede Ernst Thälmanns ehrten die Genossen im stillen Gedenken die gefallenen proletarischen Kämpfer. Es gab keine Verhafteten an diesem Tag«⁴, erinnert sich Friedrich Dettmann.

Ernst Thälmann nahm am nächsten Tage auch an einer Beratung revolutionärer Gewerkschafter teil. Er informierte, daß viele Arbeiter, empört über das Verhalten der rechtsoportunistischen Führung, aus den Gewerkschaften austräten und daß die besten Gewerkschaftsfunktionäre von den Unternehmern entlassen worden seien. Die Führung der KPD müsse überlegen, wie auf diese Entwicklung zu reagieren sei. Die Parteileitung sei bereits dabei, die fehlenden Funktionäre in den Betrieben zu ersetzen. Mit der gerade in dieser Zeit des rapiden Mitgliederschwunds der Gewerkschaften und angesichts der Bestrebungen mancher Funktionäre der KPD, dem durch die Schaffung neuer revolutionärer Gewerkschaften zu begegnen, wichtigen Feststellung, »die Eroberung der Gewerkschaften sei nach wie vor richtig und für den ferneren Kampf unerläßlich«⁵, schloß Thälmann seine Ausführungen.

Am 22. November wurde gegen Ernst Thälmann Haftbefehl erlassen, der mit seiner Tätigkeit als verantwortlicher Redakteur der „Hamburger Volkszeitung“ begründet wurde. Dank der guten Konspiration konnte die Klassenjustiz Ernst Thälmanns unmittelbare Teilnahme an der Leitung des Hamburger Aufstandes nicht nachweisen. Er habe durch »Aufreizung zum Klassenhaß«, »Aufforderung zum Sturz der Reichs- beziehungsweise Landesregierung und Einführung einer Arbeiter-und-Bauern-Regierung« Hochverrat geübt. Da er Vorsitzender der Ortsgruppe Hamburg der KPD sei, bestehe zudem, wie der Untersuchungsrichter des Landgerichts Hamburg formulierte, »jedenfalls dringender Verdacht,

4 Friedrich Dettmann: Er war zu jedem Opfer für den Sozialismus bereit. In: Ebenda, S. 48/49.

5 IML, ZPA, 2/708/92.

daß Thälmann auf die Ereignisse einen sehr bestimmenden Einfluß ausgeübt hat«.⁶ Es gelang der Polizei jedoch nicht, des Gesuchten habhaft zu werden.

In diesen Wochen tat die herrschende Klasse in Deutschland wichtige Schritte, um ihre Machtpositionen zu stabilisieren. Am 8. November übertrug Ebert dem Chef der Heeresleitung General von Seeckt die vollziehende Gewalt. Am 15. November begann die Stabilisierung der Mark, am 23. November wurde die KPD verboten. Am 8. Dezember beschloß der Reichstag mit Zustimmung der Fraktion der SPD ein Ermächtigungsgesetz für die Ende November gebildete Regierung unter dem Zentrumsolitiker Wilhelm Marx. Und schließlich bahnte sich die Neuregelung der Reparationsfrage unter Einbeziehung des amerikanischen Finanzkapitals an, die für das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus eine entscheidende Rolle spielen sollte.

In der KPD wurde intensiv über die Ereignisse des Jahres 1923 und die Schlußfolgerungen für die weitere Politik der KPD diskutiert. Am 3. November hatte Ernst Thälmann schon an einer Sitzung des Zentralaussschusses mit Bezirkssekretären und Redakteuren der Partei teilgenommen, die in einem Vorort von Berlin stattfand.⁷ Die Meinungen prallten hart aufeinander. Heinrich Brandler, der im September den Stand der Vorbereitung auf den Machtkampf weit überschätzt hatte, übertrieb jetzt die Schwierigkeiten, die im Oktober bestanden hatten, und suchte das kampfflose Zurückweichen zu rechtfertigen. Noch deutlicher als zuvor traten jetzt seine Unklarheiten in der entscheidenden Frage, in der Machtffrage, ans Licht. Brandler ging von einem klassenneutralen Demokratiebegriff aus. Die Demokratie, so behauptete er, sei keine Klassenherrschaft. In Deutschland habe bis zum Herbst 1923 eine Demokratie bestanden, die sich entweder zur Herrschaft des Proletariats oder der Bourgeoisie hätte entwickeln können. Erst durch die Errichtung der faschistischen Diktatur – so charakterisierte er das bestehende, durch Ermächtigungsgesetz und Reichswehrterror in Sachsen gekennzeichnete Regime – sei die Bourgeoisie in den Besitz der Staatsmacht gekommen. Diese Auffassung Brandlers mußte in der politischen Praxis zu opportunistischen Fehlern führen, zu der Illusion, daß es möglich sei, im »Rahmen der Demokratie«, das heißt im Rahmen der parlamentarisch verbrämten

6 StA Hamburg, Außerordentliches Gericht, C 57/27, Bd. IV (Akten in der Strafsache Thälmann, Ernst Johann Fritz wegen Hochverrats).

7 Vgl. IML, ZPA, 2/15; I 6/3/120.

imperialistischen Klassendiktatur, grundlegende Veränderungen im Interesse der Arbeiterklasse durchzuführen.

Ernst Thälmann kritisierte, daß Brandler die militärisch-technische Seite der Vorbereitung auf eine revolutionäre Erhebung überschätzt hatte, daß in der Partei die Disziplin fehlte und die Zentrale ungenügende Autorität besaß. Er erinnerte daran, daß er Brandler und andere Genossen schon in Moskau davor gewarnt hatte, mit dem Aufstand zu spielen, und stellte fest, daß die Partei ungenügend auf die entscheidenden Kämpfe vorbereitet gewesen war.

Auf der Tagung des Zentralausschusses wurde beschlossen, angesichts der Verfolgung der KPD eine engere Leitung der Partei aus sechs Personen zu bilden; die Zentrale sollte als deren Beirat fungieren. Dieser engeren Leitung der KPD gehörten Heinrich Brandler, Ruth Fischer, Wilhelm Pieck, August Thalheimer, Ernst Thälmann und Jacob Walcher an.⁸ Auch in den Beratungen dieses Gremiums wurde das Bemühen Ernst Thälmanns deutlich, konstruktiv an der Gestaltung der Politik der Partei mitzuarbeiten. Am 27. November wandte er sich gegen den abenteuerlichen Vorschlag eines ultralinken Funktionärs, im Rheinland den Kampf um die Macht aufzunehmen. Er kritisierte Ruth Fischers Disziplinlosigkeit, als diese am 29. November erklärte, sie werde die Beschlüsse zur Organisationsfrage nicht durchführen, die unter anderem vorsahen, die Betriebsgruppen zur Basis der Partei zu machen und – entsprechend den Bedingungen der Illegalität – Fünfergruppen zu bilden. Aber noch glaubte Thälmann an die politische Aufrichtigkeit Ruth Fischers und meinte, daß man ihre Worte nicht so ernst zu nehmen brauche.⁹

Auf der Sitzung der Zentrale am 8. Dezember 1923 zeigte es sich, daß es in der Partei drei Gruppierungen gab. Für ein Schreiben an das EKKI über die Lage und die Aufgaben der KPD wurden drei Entwürfe vorgelegt, die alle davon ausgingen, daß in Deutschland alsbald entscheidende Kämpfe zu erwarten seien. Das war die in der KPD – wie auch im EKKI – zu dieser Zeit noch allgemein verbreitete Auffassung. Während aber Brandler und Thalheimer die Politik der Partei seit Beginn der Ruhrbesetzung im wesentlichen zu rechtfertigen suchten, kritisierte die Mittelgruppe, deren Entwurf von Hermann Remmele eingebracht wurde und die Mehrheit der Stimmen erhielt, die schwankende Haltung Brandlers und der ihn unterstützenden Genossen und das kampflose Zurückweichen

der Partei. In dem Schreiben der Linken, dem auch Thälmann zustimmte, wurde scharf gegen das Zurückweichen der Parteiführung Stellung genommen. Die Kritik an den opportunistischen Fehlern war jedoch mit linkssektiererischen Vorstellungen vor allem in der Frage der Einheitsfront verbunden. Darin widerspiegelte sich der Einfluß ultralinken Stimmungen in der Partei.

Am 19. Dezember beschloß die Leitung der KPD, den Delegierten für die vorgesehenen Beratungen beim EKKI angesichts der Meinungsverschiedenheiten keine einheitliche Direktive zu erteilen. Sie sollten ihre jeweiligen Thesen vertreten.¹⁰ Dieser Beschluß verdeutlicht, wie ernst die Situation in der Partei war. Die Bedingungen der Illegalität erschwerten es der Partei, Lehren aus den Ereignissen des Jahres 1923 zu ziehen und eine dem veränderten Kräfteverhältnis entsprechende Strategie und Taktik zu entwickeln. Gegen die meisten führenden Funktionäre und viele Mitglieder der KPD lagen Haftbefehle vor. Über tausend Kommunisten und andere revolutionäre Arbeiter waren inhaftiert. Die kommunistische Presse durfte nicht erscheinen.

Hinzu kam, daß zunächst die Niederlage der Arbeiterklasse und die beginnende Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus kaum erkennbar waren. Viele Fabriken standen still; nach wie vor herrschte Massenarbeitslosigkeit. In den folgenden Monaten wurden noch umfangreiche Streikkämpfe geführt. Bei vielen Arbeitern rief das rücksichtslose Vorgehen der herrschenden Klasse heftige Empörung hervor. Hunderttausende verließen, enttäuscht von der Politik der rechten Führer, die Gewerkschaften; auch der Einfluß der SPD ging zunächst zurück.

Die Politik Brandlers und seiner Anhänger hatte sich als untauglich erwiesen. Sie machte es der Partei unmöglich, ihre Reihen zu festigen und sich für den Kampf gegen den Imperialismus zu rüsten. Andererseits wurden in der KPD durch den Terror der Reaktion, durch die verräterische Haltung der rechten Führer der SPD und der Gewerkschaften, aber auch durch die rechtsopportunistischen Fehler in der bisherigen Parteiführung linke Vorstellungen belebt. Die Ultralinken suchten das für ihre Zwecke zu nutzen und ihre sektiererische, abenteuerliche, gegen die Kommunistische Internationale gerichtete Politik durchzusetzen. Das Gelingen ihrer Pläne hätte die KPD in eine bedeutungslose Sekte verwandelt.¹¹

¹⁰ Vgl. ebenda.

¹¹ Zur Einschätzung der Ultralinken vgl. Ingeborg Hildebrandt: Der Kampf in der KPD

⁸ Vgl. ebenda, I 6/3/120.

⁹ Vgl. ebenda, I 2/2/15.

Sollte die KPD ihrer historischen Aufgabe als Führerin der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen im Kampf gegen den Imperialismus und für den Sozialismus gerecht werden, mußten die rechtsopportunistischen und ultralinken Auffassungen überwunden, der Marxismus-Leninismus voll durchgesetzt und eine stabile marxistisch-leninistische Parteiführung geschaffen werden. Daß dies in den nächsten beiden Jahren im wesentlichen gelang, war maßgeblich das Verdienst Ernst Thälmanns, der in dieser Zeit zum Führer der KPD heranwuchs.

Die Leitung der KPD hatte festgelegt, daß der Bezirk Wasserkante einen Vertreter zur Beratung des EKKI delegieren sollte.¹² Wahrscheinlich fuhr Ernst Thälmann vor seiner Reise nach Moskau auch deswegen nochmals nach Hamburg. Hier sprach er am 17. Dezember auf einer Betriebsrätevollversammlung.¹³ In Hamburg befand sich die Partei in einer äußerst schweren Lage. Hunderte Funktionäre und andere aktive Kommunisten waren verhaftet oder von Verhaftung bedroht und teilweise in anderen Teilen Deutschlands vor der Polizei untergetaucht. Aber zahlreiche Frauen nahmen den Platz ihrer verfolgten Männer ein und setzten die Parteiarbeit fort. Die in ganz Deutschland sichtbare Empörung vieler Arbeiter gegen die konterrevolutionäre Politik der rechten Führer der SPD und der Gewerkschaften trat in Hamburg besonders kraß hervor. Zehntausende Arbeiter verließen die Gewerkschaften, und fast 30 000 Hamburger SPD-Mitglieder traten aus ihrer Partei aus. Wie sehr das Vorgehen der sozialdemokratischen Führer die klassenbewußten Arbeiter abstieß und wie lebendig die proletarische Solidarität war, zeigte sich darin, daß sozialdemokratische Arbeiter in den Betrieben eine Sammelaktion für die verfolgten Barrikadenkämpfer und ihre Angehörigen durchführten.¹⁴

Auch diese Eindrücke nahm Ernst Thälmann mit, als er zu den Beratungen des EKKI mit Vertretern der KPD nach Moskau fuhr, wo er am 4. Januar 1924 eintraf. Am 10. Januar hatten die Vertreter der linken Opposition eine Aussprache mit dem Politbüro der KPR(B), das vorher schon mit den Vertretern der Mehrheit der Zentrale der KPD verhandelt

gegen den Revisionismus der Ultralinken zu Beginn der relativen Stabilisierung des Kapitalismus in Deutschland – eine schöpferische Anwendung der marxistisch-leninistischen Philosophie. Phil. Diss., Berlin 1966.

¹² Vgl. IML, ZPA, I 2/2/15.

¹³ Vgl. HVZ, 18. Dezember 1923.

¹⁴ Vgl. IML, ZPA, I 3/16.

hatte. Ernst Thälmann hob in seinem Diskussionsbeitrag unter anderem hervor, daß die Bezirksorganisationen der Partei in den wichtigsten Industriebezirken hinter der Opposition stünden. Er kritisierte, daß die Zentrale nur ungenügend Arbeiter zur Leitung der Partei heranziehe. Thälmann verlangte, die Führung der KPD müsse den Stimmungen der Massen mehr Aufmerksamkeit zuwenden, sie müsse sich aber auch klar von der SPD distanzieren.¹⁵

Aufschlußreich für die Haltung Thälmanns in dieser Zeit sind Bemerkungen Wilhelm Piecks in einem Schreiben vom 15. Januar über das Auftreten Ruth Fischers und Ernst Thälmanns in dieser Beratung: »Die russischen Genossen werden in den Ausführungen der Genossin Fischer und des Genossen Thälmann einen deutlichen Unterschied bemerkt haben. Bei Ruth Fischer ... Pessimismus und eine niederdrückende gehässige Kritik, bei Thälmann revolutionäres Kraftgefühl und eine erhebende Propaganda. Dieser Unterschied besteht auch in der praktischen Arbeit.«¹⁶ Wilhelm Pieck erfaßte sehr deutlich, daß dem zwei prinzipiell unterschiedliche Positionen, grundsätzlich verschiedene Auffassungen von der Partei zugrunde lagen.

Am 11. Januar begannen die offiziellen Beratungen mit den Delegierten der KPD, an denen Vertreter des EKKI sowie der Kommunistischen Parteien Bulgariens und Polens teilnahmen. Die Meinungen prallten hart aufeinander. Im Ergebnis wurden die rechtsopportunistischen Fehler der alten Führung der KPD verurteilt. Die Partei wurde verpflichtet, die Einheitsfrontpolitik fortzusetzen und in den Gewerkschaften zu arbeiten. Über den weiteren Gang der Revolution bestand aber noch keine Klarheit. Linkssektiererische Elemente in der kommunistischen Bewegung suchten die Kritik an der Politik Brandlers für ihre eigenen Zwecke auszunutzen. So wurden linkssektiererische Thesen entwickelt, die auch der Vorsitzende der Kommunistischen Internationale, G. J. Sinowjew, der im Briefwechsel mit Ruth Fischer gestanden hatte und von deren Argumenten beeinflusst war¹⁷, unterstützte. Diese Thesen fanden auch in dem Beschluß der Beratung ihren Niederschlag. So wurden Übergangsformen auf dem Weg zur Macht abgelehnt. Die Losung »Arbeiterregierung« wurde als bloßes Synonym für die Diktatur des Proletariats bezeichnet, die Taktik der Einheitsfront lediglich als Methode zur Entlarvung der

¹⁵ Vgl. ebenda, 3/1/1608; NL 36/535.

¹⁶ Ebenda, I 6/3/137.

¹⁷ Vgl. ebenda, I 6/3/125; I 6/3/130.

Sozialdemokratie charakterisiert und ausschließlich die Herbeiführung der Einheitsfront »von unten« als zulässig erklärt. Sinowjew behauptete, die Sozialdemokratie sei ein »Flügel des Faschismus« und die linke Sozialdemokratie müsse als der Hauptfeind betrachtet werden.¹⁸ Diese linkssektiererischen Fehler fügten der internationalen kommunistischen Bewegung Schaden zu. Sie hemmten die Ausarbeitung einer den veränderten Kampfbedingungen entsprechenden Politik. Auf der Beratung wurde schließlich vorgeschlagen, eine neue Führung der KPD aus Vertretern der Mittelgruppe und der Linken zu bilden.

An einem beratungsfreien Tag besuchte Ernst Thälmann gemeinsam mit Karl Jannack, der ebenfalls der KPD-Delegation angehörte, eine Militärschule. Der berühmte Reitergeneral der Roten Armee S. M. Budjonny begrüßte sie. Karl Jannack schreibt über diese Begegnung: »Ernst Thälmann berichtete auf Bitten der Gastgeber über den Hamburger Aufstand. Ich selbst mußte über Kämpfe in Bremen berichten. Budjonny sprach mit Hochachtung von den deutschen Arbeitern. Sie und die Sowjetunion Hand in Hand, das sei der Friede für Europa und für immer... Ernst Thälmann war tief bewegt, als Genosse Budjonny ihm sagte, ein Regiment der ruhmreichen Roten Armee werde künftig seinen Namen tragen. Die Arbeiter- und Bauernsöhne in der Sowjetunion sollten erfahren, wie ihre Brüder in Deutschland kämpften.«¹⁹

Am 21. Januar, Ernst Thälmann weilte noch in Moskau, starb Wladimir Iljitsch Lenin. Das Sowjetland und die internationale revolutionäre Arbeiterbewegung erlitten einen schweren Verlust. Die gesamte fortschrittliche Menschheit trauerte um den Führer der Oktoberrevolution und Begründer des Sowjetstaates, um den genialen Theoretiker des Marxismus-Leninismus, um den Führer des Weltproletariats und aller Ausgebeuteten und Unterdrückten. Schwer traf auch Ernst Thälmann die Nachricht vom Tod »unseres großen Führers«, wie er in einem Brief an sowjetische Arbeiter und Bauern schrieb. »Lenin ist tot, aber sein revolutionärer Geist lebt weiter in uns allen.«²⁰ Wie ernst es Thälmann mit

18 Vgl. Die Lehren der deutschen Ereignisse. Das Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zur deutschen Frage. Januar 1924, Hamburg 1924. – Die Kommunistische Internationale. Abriß, S. 243/244.

19 Karl Jannack: »Genosse Thälmann ist das Gold der deutschen Partei.« In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 54.

20 Ernst Thälmann schrieb an die Werktätigen des Gouvérnements Wjatka. In: BzG, 1970, H. 6, S. 951.

diesen Worten war, bewies sein gesamtes weiteres Wirken. Immer mehr wurden Lenins Ideen Richtlinien seines Handelns. Wenn sich die KPD in den folgenden Jahren in zunehmendem Maße die Lehren Lenins eignete und es zunehmend besser verstand, den Leninismus auf die konkreten Verhältnisse in Deutschland anzuwenden, war das entscheidend Ernst Thälmanns Verdienst. So ehrte er das Vermächtnis Lenins, an dessen Totenbahre er in der Nacht vom 23. zum 24. Januar von 0.00 bis 0.30 Uhr die Ehrenwache gehalten hatte.²¹

Zurückgekehrt nach Deutschland, widmete Thälmann seine ganze Kraft der Festigung der Partei. Entsprechend den Empfehlungen des EKKI wurde auf der Sitzung der Zentrale am 8. Februar 1924 vorgeschlagen, Hermann Remmele zum Vorsitzenden der KPD und Ernst Thälmann zu seinem Stellvertreter zu wählen. Der Zentralausschuß nahm diese Wahl am 19. Februar 1924 vor.²² Auf dieser Tagung wurde in einer Resolution das Zentralkomitee der KPR(B) aufgefordert, »dafür zu sorgen, daß die Schriften Lenins so bald als möglich dem deutschen Proletariat zugänglich gemacht werden, damit die KPD in ihrer Entwicklung durch das Studium [der Werke] unseres großen Führers und Lehrmeisters rascher und gründlicher den revolutionären Marxismus in ihrer Kampf Tätigkeit anwenden lernt«²³.

Wie Ernst Thälmann in jener Zeit auftrat, erfahren wir von Alexander Abusch, der als junger Redakteur der Thüringer Parteizeitung Anfang 1924 an einer Beratung bei der Parteiführung teilnahm. »Mein Freund Theodor Neubauer hatte mir von einer vorangegangenen Spitzenkonferenz unserer verbotenen Partei in Berlin berichtet, welch einen starken Eindruck dort auf ihn das flammende Auftreten Ernst Thälmanns machte... Nun saß ich in dem Zimmer eines Berliner Hinterhauses in unserer Sitzung längere Zeit neben dem Genossen Thälmann, ohne es zu wissen. Gerade ihn kennenzulernen war ich begierig, nach all dem, was ich aus Hamburg und über ihn gehört hatte. Als ich einen der anwesenden Genossen fragte: »Ist denn der Genosse Thälmann nicht da?«, sagte er zu mir: »Er sitzt doch neben dir.«

Mein Nebenmann war mir während der Sitzung dadurch aufgefallen, daß er wiederholt in einer nüchternen und treffenden Weise in die Debatte eingriff, gute Vorschläge machte. Jetzt sah ich ihn mir genauer an: ein

21 Vgl. IML, ZPA, NL 36/535; 36/10.

22 Vgl. ebenda, I 2/2/16; 2/16.

23 Dokumente und Materialien..., Bd. VIII, Berlin 1975, S. 40/41.

Mann von kräftiger Gestalt, im energischen Gesicht eines Arbeiters helle Augen, wie sie oft Menschen von der Waterkante besitzen, nur noch wenig Haare auf dem Kopf. Er wirkte bescheiden und zurückhaltend, unauffällig, eigentlich ein wenig anders, als sich in mir die Vorstellung von diesem flammenden Revolutionär gebildet hatte.«

Alexander Abusch berichtet weiter, daß ihm später rückblickend klar wurde, daß Thälmann auch hier wie ein revolutionärer Arbeiter sprach, »dem es nur um die Interessen unserer revolutionären Partei ging«, während die Kräfte um Fischer und Maslow »pseudo-radikale Theorien von sich gaben und nur im Sinne ihres fraktionellen Machtstrebens« dachten.²⁴

In zahlreichen Beratungen der Parteiführung, auf den Parteitag der Bezirke Erzgebirge/Vogtland²⁵ und Ruhrgebiet²⁶ sowie in der Parteiorganisation seiner Heimatstadt – er gehörte auch weiter der Bezirksleitung Wasserkante an²⁷ – trat Ernst Thälmann im Sinne der Beschlüsse der Januarberatung beim EKKI auf. Eine öffentliche Tätigkeit war ihm auch nach der Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und des Verbots der KPD am 1. März 1924 noch nicht wieder möglich. Noch immer fahndete die Polizei nach ihm.

Wegen der strengen Konspiration liegen wie schon seit der Mitte des Jahres 1923 auch aus den folgenden Monaten kaum Zeugnisse über sein Wirken vor. In dieser Zeit trug Thälmann, wie aus den knappen Protokollen von Sitzungen der Führung der KPD hervorgeht, den Decknamen Teddy. Und liebevoll nannten ihn die Genossen bald »unser Teddy«. Er selbst aber hörte diesen von einem der führenden Ultralinken erfundenen Namen damals nicht gern. Wenn er so angeredet wurde, entgegnete er, wie sich seine Kampfgefährten erinnern, unwirsch: »Ich heet Ernst, markt juch datt« oder »Ich bün för jeden immer noch Ernst!«²⁸ Freilich mußte er sich an diesen Namen gewöhnen, und später unterschrieb er selbst manchmal »Teddy«.

24 Alexander Abusch: Er war uns Vorbild, Genosse, Freund. In: Begegnungen und Gestalten. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung und der Literatur 1933 bis 1971, Berlin 1971, S. 165/166.

25 Vgl. IML, ZPA, 16/1155.

26 Vgl. ebenda, 34/2604. – Fritz Selbmann: Alternative. Bilanz. Credo. Versuch einer Selbstdarstellung, Halle (Saale) (1969), S. 147–150.

27 Vgl. IML, ZPA, St 12/4, Bd. 4.

28 »Ich heiße Ernst, merkt euch das« ... »Ich bin für jeden immer noch Ernst!« – IML, ZPA, EA 1400/1.

Die wenigen vorhandenen Quellen aus den Monaten des Parteiverbotes verdeutlichen, wie sehr Thälmann bemüht war, eine wirksame Politik zur Gewinnung der Massen für den Kampf gegen den Imperialismus zu entwickeln. Hier bewährten sich sein proletarischer Klassenstandpunkt, seine feste Verankerung in der Arbeiterklasse, seine enge Massenverbundenheit, seine Kampferfahrungen und seine gewachsene theoretische Reife. Auf der Sitzung der Zentrale am 8. Februar wandte er sich gegen die rückwärts gerichteten Ausführungen der meisten Redner, die »wenig in Einklang stehen mit der Arbeit, die draußen in den Bezirken notwendig ist«²⁹. In seiner Rede auf dem Bezirksparteitag der KPD Erzgebirge/Vogtland forderte er gegen starke ultralinke Widerstände, daß die Kommunisten in den Gewerkschaften arbeiten müßten. Nur die Ausgeschlossenen dürften zu gesonderten Verbänden zusammengefaßt werden. Das Hauptgewicht müsse die Partei unter allen Umständen darauf legen, die Massen zu gewinnen.³⁰

Ruth Fischer, Arcady Maslow und ihre Freunde dagegen vertraten jetzt noch nachdrücklicher ihre ultralinken Positionen. Sie konspirierten gegen die Kommunistische Internationale und versuchten, in ihr eine Opposition zu organisieren und so Unterstützung für ihre sektiererische Politik zu gewinnen. Über Max Levien, der in Moskau lebte, standen sie in Verbindung mit Sinowjew, den sie ganz auf ihre Linie festzulegen suchten. Ihre Korrespondenz mit ihm hielten sie vor Thälmann und anderen Linken geheim, während sie zum Beispiel von einem Schreiben Sinowjews an Thälmann durch Levien eine Kopie erhielten.³¹

Am 2. April 1924 nahm Ernst Thälmann an der Beratung einer Kommission des EKKI mit führenden Vertretern der Linken in der KPD teil, die der Vorbereitung des 9. Parteitages der KPD diene. Hier wurden die unterschiedlichen Positionen Ernst Thälmanns und seiner Kampfgefährten einerseits, der Ultralinken andererseits erneut sichtbar. Aber letztere verstanden es, durch ihr doppelzüngiges Auftreten, durch verbale Zustimmung zu Beschlüssen, die sie in der Praxis sabotierten, wie durch raffiniertes Taktieren in den Debatten ihr wahres Gesicht weiterhin zu verbergen.

So tat Ruth Fischer auf dieser Beratung die Einheitsfrontpolitik als relativ belanglos ab. Sie behauptete, hier läge die »Quelle des Revisionis-

29 IML, ZPA, I 2/2/16.

30 Vgl. ebenda, 16/1155.

31 Vgl. ebenda, St 12/63.

mus in der Komintern«³². Sie erhob so viele Einwände gegen die Einheitsfront, daß von dieser, wie einer der Vertreter des EKKI feststellte, faktisch nichts übrigblieb. Ruth Fischer wandte sich auch gegen die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften und gegen die Aufnahme von Vertretern der Mittelgruppe in die Parteiführung. Dabei berief sie sich demagogisch auf die angebliche Stimmung der Massen. Ihre Haltung war von tiefem Unglauben an die Kraft der Arbeiterklasse bestimmt.

Ganz anders trat Ernst Thälmann auf. In der Gewerkschaftsfrage ging er – in Übereinstimmung mit der EKKI-Kommission – davon aus, daß die Kommunisten unbedingt in den Gewerkschaften bleiben sollen, aber die KPD auch alles unternehmen müsse, um die Ausgeschlossenen und Unorganisierten zusammenzufassen. Er trat auch dafür ein, Vertreter der Mittelgruppe als Funktionäre zur Mitarbeit heranzuziehen. Aus allen seinen Worten sprach der revolutionäre Arbeiter, der eng mit den Massen verbundene Parteifunktionär, der um Klarheit rang, der eine einheitliche und kampfkraftige Partei schaffen wollte.

7

Für eine feste, disziplinierte, zentralisierte kommunistische Partei

Vom 7. bis 10. April 1924 fand in Offenbach und Frankfurt (Main) der 9. Parteitag der KPD statt. Da den meisten Funktionären der KPD Verhaftung drohte, tagte er illegal. Ernst Thälmann referierte über die Aufgaben der Partei. Es war sein erstes grundlegendes Referat vor dem höchsten Gremium der Partei. Er ging bei der Analyse der Lage davon aus, daß es noch nicht abzusehen sei, ob die entscheidenden Kämpfe schon in nächster Zeit auf der Tagesordnung stehen würden oder nicht. Dieselbe Auffassung hatte der Vorsitzende des EKKI, G. J. Sinowjew, in einem Brief an den Parteitag vertreten. Das war schon eine realistischere Einschätzung, als sie Ende 1923 getroffen worden war. Aber nach wie vor war es äußerst schwer, die Situation richtig zu erfassen. In Deutschland fanden heftige Klassenauseinandersetzungen statt. Ernst

³² Vgl. ebenda, 2/17.

Thälmann hielt es jedoch für falsch, nur von der großen Ausdehnung der Kämpfe zu sprechen, ohne ihren veränderten Charakter zu sehen. Es handle sich, wandte er ein, jetzt um Verteidigungskämpfe, und die KPD habe im allgemeinen die Führung nicht in der Hand. Thälmann orientierte ebenso wie die Delegation des EKKI darauf, alle Teilforderungen richtig mit dem Kampf um die Vorbereitung auf die proletarische Revolution zu verbinden und die Parteimitglieder für den Kampf um die Macht zu rüsten.

Das waren prinzipiell richtige und angesichts der rechtsopportunistischen Tendenzen der Brandler-Gruppe notwendige Forderungen. Unter den Voraussetzungen für den Kampf um die Macht nannte Thälmann als erste und entscheidende die »Gewinnung der Mehrheit des Proletariats«¹. Er erklärte ausdrücklich, daß neben der Vorbereitung auf den Machtkampf die Partei Teilkämpfe führen müsse. Das wichtigste sei jetzt, um den Achtsturentag, für Lohnerhöhungen, für Koalitionsfreiheit und für Wiedereinstellung der Erwerbslosen zu kämpfen. Auch auf die Notwendigkeit, die Landarbeiter und Kleinbauern zu gewinnen, ging er ein.

Entschieden forderte Ernst Thälmann, Betriebszellen zur Grundlage des organisatorischen Aufbaus der Partei zu machen: »Ohne ausgebaute Betriebszellen kein festes Organisationsfundament der Partei in den Betrieben in Zeiten der Illegalität, ohne Betriebszellen eine ungeheure Erschwerung aller politischen und organisatorischen Aufgaben, die die Partei zu erfüllen hat.« Energisch verlangte er: »Wir müssen eine verstärkte Arbeit in den Gewerkschaften und unter den Unorganisierten führen... Man muß sehr deutlich sagen, daß es wichtig ist, nach wie vor die kommunistische Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften fortzusetzen, und [daß man] selbstverständlich nicht aus den Gewerkschaften herausgehen darf, daß man aber auch durch Betriebsräte usw. die Unorganisierten in den Betrieben aufsaugen muß.« Den bevorstehenden Wahlkampf müsse die Partei nutzen, um »unser Programm und unsere Ideale vor den Arbeitern zu entwickeln und unsere Stellung zu allen politischen und wirtschaftlichen Fragen klarzulegen«. In diesem Zusammenhang verlangte er auch, eine stärkere politische Arbeit unter den Frauen zu leisten. Das Verhältnis der Partei zur Jugend sei ebenfalls enger zu gestalten: »Wir brauchen eine bessere, innigere Zusammenarbeit zwischen der Partei und der Jugend... Die Jugend hat mit der Partei

¹ Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Frankfurt a. M. vom 7. bis 10. April 1924, Berlin 1924, S. 263.

zusammenzuarbeiten, beide sind so eng politisch und organisatorisch verbunden, daß für die Zukunft... auch die Genossen in der Partei in den Bezirken ihre Aufmerksamkeit zu lenken haben auf die Erweiterung der Jugendbewegung.«²

Ernst Thälmann betonte, daß sich die KPD entschieden von der rechtssozialdemokratischen Politik abgrenzen müsse. Er faßte zusammen: »Der Kampf um die proletarische Diktatur vorzubereiten ist die erste und vornehmste Aufgabe der KPD, die Partei muß in allen Situationen ihr klares Gesicht, ihr festes Programm den Massen zeigen. Trotzdem muß die Taktik der Partei elastisch und beweglich sein.« Sein Referat klang mit einem eindringlichen Appell an die Delegierten aus, ihre ganze Kraft einzusetzen, die vor der Partei stehenden unmittelbaren Aufgaben zu lösen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, »jene großen Aufgaben durch[zu]setzen, die das russische Proletariat uns gezeigt hat: den Sieg der proletarischen Revolution«.³

Ernst Thälmann sah zunehmend klarer, welchen Weg die Partei einschlagen mußte. Sein Beitrag war von allen auf diesem Parteitag gehaltenen Reden derjenige, der am eindeutigsten auf die neuen Aufgaben orientierte. Seine Haltung unterschied sich wesentlich von der anderer Delegierter, in deren Reden der Fraktionskampf und lange Debatten um die Vergangenheit im Mittelpunkt standen und unklare und fehlerhafte Vorstellungen in der Gewerkschafts- und Organisationsfrage entwickelt wurden.

Der Parteitag erteilte dem Rechtsopportunisten eine entscheidende Abfuhr. Das war eine grundlegende Voraussetzung für das Gesunden der Partei. Starke linkssektiererische Tendenzen in seinen Beschlüssen zeigten aber, daß der Klärungsprozeß in der Partei bei weitem noch nicht abgeschlossen war.

Ernst Thälmann wurde erneut in die Zentrale der KPD und in deren Politbüro gewählt. In der Parteiführung erhielten jedoch die kleinbürgerlich-ultralinken Kräfte um Ruth Fischer, Arcady Maslow, Arthur Rosenberg und Werner Scholem entscheidenden Einfluß. Leiter des Politbüros wurde zunächst Arcady Maslow, im Juni 1924 dann Ruth Fischer. Entgegen den Ratschlägen der Vertreter des EKKI und auch gegen den Einwand Thälmanns⁴ wurden nur wenige Vertreter der Mittelgruppe in

2 Ebenda, S. 264, 265, 266, 270.

3 Ebenda, S. 268, 271.

4 Vgl. IML, ZPA, 5/1/530.

die Führung der Partei einbezogen. 1926 schätzte Ernst Thälmann ein, daß die Bildung einer neuen Parteiführung zwar richtig war, die Linken jedoch, zum Beispiel auf dem Frankfurter Parteitag, große Fehler auf verschiedenen Gebieten gemacht hätten, »besonders aber auf gewerkschaftlichem, Verkennung der Rolle der Partei und der Heranziehung verschiedener Genossen zur Mitarbeit, die auch in der Zusammensetzung der Zentrale zum Ausdruck kommen mußte«.⁵

Zu den Linken in der Zentrale zählten auch Wilhelm Florin und Ottomar Geschke, die wie Ernst Thälmann mit den Ultralinken zwar in der Kritik des Rechtsopportunisten übereinstimmten, jedoch mit deren antileninistischer Grundkonzeption nichts gemein hatten. Sie arbeiteten in der Folgezeit immer häufiger mit solchen verdienstvollen Mitgliedern der Zentrale wie Hugo Eberlein, Fritz Heckert und Wilhelm Pieck zusammen.

Der Parteitag hatte auch die Reichsliste der KPD für die bevorstehende Reichstagswahl zu beschließen. Ernst Thälmann wurde Spitzenkandidat. Auch während des Reichstagswahlkampfes konnte er noch nicht wieder öffentlich auftreten. Doch trotz der monatelangen Illegalität, der Verhaftung oder Verfolgung vieler Mitglieder und Funktionäre und der massiven antikommunistischen Hetze errang die KPD am 4. Mai 1924 fast 3,7 Millionen Stimmen. 6 Millionen Wähler stimmten für die SPD. Den rechtsbürgerlichen Parteien gelang es durch nationalistische und chauvinistische Propaganda und soziale Demagogie, über 10 Millionen bürgerliche und kleinbürgerliche Stimmen auf sich zu vereinen.

Genau einen Monat nach der Wahl, am 4. Juni 1924, hielt Ernst Thälmann seine erste größere Rede im Deutschen Reichstag. Die Reaktion hatte die Aufhebung der Immunität der kommunistischen Abgeordneten gefordert. Mit der ihm eigenen Festigkeit und Leidenschaft vertrat Ernst Thälmann die Prinzipien der KPD. Er sagte den bürgerlichen Abgeordneten und den Sozialdemokraten, die sich zu Verteidigern der Republik der Monopole machten, unzweideutig, »daß wir versuchen werden, die breiten Massen der Bauern, der Arbeiter und des Mittelstandes für die Sache der Revolution zu gewinnen. Eine Partei, die auf dem Boden des Klassenkampfes steht, darf ihr Ziel und ihre Taktik zum Ziel niemals verleugnen.«⁶

Auf die Verleumdung, die KPD betreibe eine antinationale Politik,

5 Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Zentrales Parteiarchiv, Moskau (im folgenden: IML, ZPA, Moskau), Fond 495, Opis 164, ediniza chranenija 334.

6 Verhandlungen des Reichstags. II. Wahlperiode 1924, Bd. 381, S. 92.

antwortete Ernst Thälmann offensiv: »Diejenigen Vertreter der Bürgerlichen, die es wagen, sich hier hinzustellen und zu jammern und von nationaler Würde zu reden, sind meistens diejenigen, die das Verbrechen mit auf sich geladen haben, daß das deutsche Volk in seiner großen Mehrzahl heute verzweifelt und verhungert ist... Wir haben gezeigt in der Ruhr- und Rheinfrage, daß die Verräter der Nation nicht in den Reihen des Proletariats sitzen, sondern in den Reihen der Männer der Schwerindustrie, die dazu übergegangen sind, noch vor Beendigung des passiven Widerstandes Abmachungen mit den französischen Kapitalisten zu treffen... Es hat sich in der ganzen Zeit der Besetzung im Ruhr- und Rheingebiet gezeigt, daß in Ihren Kreisen⁷ diejenigen sitzen, die tatsächlich Landesverrat begehen, wenn es sich darum handelt, ihre Profite mehr und mehr anzuhäufen.« Gelöst werden könnten nationale Probleme nur »durch den internationalen Klassenkampf«.⁸ So deckte Ernst Thälmann das Klassenwesen der nationalen Frage auf.

Zwei Tage später, am 6. Juni, kurz vor seiner Abreise nach Moskau zum V. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, sprach er vor Tausenden Hamburger Werktätigen im großen Saal des Gewerkschaftshauses über die politische Lage. Im Anschluß an diese erste große öffentliche Kundgebung nach den Oktoberkämpfen formierten sich die Teilnehmer zu Demonstrationen, gegen die die Polizei gewaltsam vorging.⁹

Vom 17. Juni bis zum 8. Juli tagte der V. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Ernst Thälmann war eine Woche vor dessen Eröffnung in Moskau eingetroffen. Am 11. Juni suchte ihn V. A. Maksimow, ein Korrespondent der Zeitschrift der sowjetischen Pionierorganisation, im Gästehaus auf. Auf seine Bitte erhielt er einige Zeilen für die Leser der Zeitschrift; Ernst Thälmann übermittelte den zukünftigen Erbauern des Sozialismus seinen Gruß: »Mit dem geistigen Schwert Lenins und Eurer revolutionären Entschlossenheit vorwärts zu neuen Siegen!«¹⁰

Zum zweiten Mal nahm Ernst Thälmann nun an den Beratungen des

⁷ Der Deutschen Volkspartei.

⁸ Verhandlungen des Reichstags. II. Wahlperiode 1924, Bd. 381, S. 92, 94, 95.

⁹ Vgl. StA Bremen, Bestand 4,65, IV 4e, Bd. 4. (Eingesehen in: StA Hamburg, Foto-Archiv, Film-Nr. S 10977.)

¹⁰ IML, ZPA, NL 3/5. – Vgl. auch Walter Wimmer: Ernst Thälmann – proletarischer Internationalist. Zu einigen vordringlichen Aufgaben der Thälmann-Forschung. In: BzG, 1972, H. 2, S. 209. – Der Gruß wurde erstmalig veröffentlicht (faksimiliert) in: Комсомольская правда, 24. September 1934.

höchsten Gremiums der kommunistischen Weltbewegung teil. In den drei Jahren seit dem III. Weltkongreß war er einer der führenden Repräsentanten der KPD geworden. Wesentlich hatten dazu die Beratungen und Beschlüsse der vorangegangenen Weltkongresse und des EKKI und andere Aussprachen mit führenden Vertretern kommunistischer Parteien beigetragen. Thälmanns internationales Ansehen fand seinen sichtbaren Ausdruck darin, daß ihn die Delegierten des V. Kongresses in das Präsidium wählten. Außerdem wurde er Sekretär der Politischen Kommission und Vorsitzender der Österreichischen Kommission sowie Mitglied von sieben weiteren Kommissionen des Kongresses.¹¹

Ernst Thälmann ergriff am 23. Juni 1924 in der Debatte zu dem von G. J. Sinowjew erstatteten Bericht über die Tätigkeit des EKKI und zum Referat Eugen Vargas über die ökonomische Weltlage das Wort. In dem Bericht wie in der sich daran anschließenden Diskussion wurde versucht, die Erfahrungen aus den Klassenkämpfen seit dem IV. Weltkongreß zu verallgemeinern, die neue internationale Situation zu erfassen und daraus entsprechende Schlußfolgerungen abzuleiten. Dabei spielten die deutschen Probleme eine beträchtliche Rolle. Vertreter unterschiedlicher Auffassungen kamen zu Wort. Thälmann analysierte in seiner Rede ausführlich die Politik der KPD im Jahre 1923 und übte scharfe Kritik an den opportunistischen Fehlern der alten Parteiführung. Er gelangte zu der wichtigen Schlußfolgerung, daß die KPD im Herbst 1923 noch nicht reif genug war, um die Arbeiterklasse zum Sieg zu führen. Noch tiefer und klarer als vordem hatte er erkannt, daß die Bolschewiki Vorhut und Vorbild des internationalen revolutionären Proletariats sind. Als wichtigste Aufgabe bezeichnete er die »Schaffung einer festen, disziplinierten, zentralisierten kommunistischen Partei« und die Aneignung der Erfahrungen der Bolschewiki, um »in Deutschland das zu vollenden, was die russischen Arbeiter und Bauern im Jahre 1917 in Rußland vollendet haben«.¹²

Bei der Untersuchung der Ursachen und Lehren der Oktoberniederlage verglich Ernst Thälmann die Vorgänge in Deutschland und in Bulgarien seit dem Herbst 1923 miteinander. Er hob hervor, daß die Bulgarische Kommunistische Partei die vom EKKI geübte Kritik besser beherzigt, die Auswirkungen der Niederlage schneller eingedämmt und es besser ver-

¹¹ Vgl. Protokoll. Fünfter Kongreß der Kommunistischen Internationale, Bd. I, S. 2. – Ebenda, Bd. II, (Hamburg) o. J., S. 1055, 1060–1063.

¹² Ebenda, Bd. I, S. 267, 271.

standen hätte, ihren Einfluß in der Arbeiterklasse zu bewahren. Er schloß seinen Beitrag mit den Worten: »Die Waffenbrüderschaft der deutscher Arbeiter und Bauern mit den russischen Arbeitern und Bauern, eine feste gepanzerte Wand gegen die Weltbourgeoisie zu errichten, das ist die Aufgabe, die wir uns gestellt haben: der Sieg der deutschen Revolution, der Sieg der Weltrevolution.«¹³

Mit der Forderung, die KPD zu einer Massenpartei zu entwickeln, die dem Maßstabe entsprach, den die Leninsche Partei setzte, hatte Ernst Thälmann die Schlüsselfrage erfaßt. Das war die Schlußfolgerung aus seinen gesamten bisherigen politischen Erfahrungen, aus seiner Analyse der vorausgegangenen Kämpfe wie aus den Diskussionen in den Gremien der Kommunistischen Internationale. Thälmann sah richtig, daß die KPD wie alle anderen kommunistischen Parteien nur dann, wenn sie diese Aufgabe meisterte, die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten im Kampf gegen den Imperialismus und für die proletarische Revolution zum Erfolg führen konnte. Darum stand er mit seiner ganzen Person hinter der entscheidenden Forderung des Kongresses nach Bolschewisierung der kommunistischen Parteien, das heißt nach ihrer Entwicklung zu wahrhaft marxistisch-leninistischen Kampfparteien, nach der Aneignung alles dessen, »was am russischen Bolschewismus von internationaler Bedeutung ist«¹⁴. Als grundlegende Züge einer solchen Partei wurden bezeichnet:

1. Die Partei muß eine wirkliche Massenpartei sein, die engster Kontakt mit der Masse der Arbeiter hält, deren Nöten und Erwartungen Ausdruck verleiht.

2. Sie muß manövrierfähig sein, ihre Taktik darf nicht dogmatisch, sektiererisch sein.

3. Sie muß ihrem Wesen nach revolutionär, marxistisch sein, in jeder Situation das Maximum an Energie zur Förderung der Vorbereitung des Sieges des Proletariats über die Bourgeoisie entwickeln.

4. Sie muß eine zentralisierte Partei sein, die keine Fraktionsbildung zuläßt.

5. Sie muß eine beharrliche Propaganda und Organisation in der bürgerlichen Armee durchführen.¹⁵

13 Ebenda, S. 271.

14 Thesen und Resolutionen des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Moskau vom 17. Juni bis 8. Juli 1924, Hamburg 1924, S. 31.

15 Vgl. ebenda, S. 30/31.

Weiter erklärte es der Kongreß als eine Grundaufgabe der Parteien, gegen alle Entstellungen des Marxismus-Leninismus zu kämpfen und diesen in seiner Gesamtheit zu propagieren. Der organisatorische Aufbau auf der Grundlage von Betriebszellen wurde als unerläßlich für eine kommunistische Partei bezeichnet, die die Arbeiterklasse wirklich führen will. Der Kongreß charakterisierte die Eroberung der Gewerkschaften als wichtigste Voraussetzung, um die Massen zu gewinnen; der Austritt der Kommunisten aus den Gewerkschaften wurde darum verurteilt.¹⁶ Für die weitere Entwicklung besonders auch der KPD war die Feststellung in den »Thesen zur Taktik« wichtig: »Die Komintern als internationale bolschewistische Organisation führte vom ersten Tage ihres Bestehens an einen schonungslosen Kampf nicht nur gegen den rechten Opportunismus, sondern auch gegen die »ultralinken« Tendenzen, die häufig nur die Kehrseite des Opportunismus darstellen.«¹⁷

Thälmanns Auftreten auf dem Kongreß war von revolutionärem und internationalistischem Geist getragen. In seiner Haltung widerspiegelten sich die Stärken, aber auch die Schwächen, die sich bei der Mehrheit der Teilnehmer zeigten und die sich auch in den Festlegungen des Kongresses niederschlugen. So wurde die Politik der Arbeitereinheitsfront für notwendig erklärt, aber durch linke Fehleinschätzungen ähnlich wie in den Beschlüssen der Beratung im Januar wesentlich eingeengt.

In einem Diskussionsbeitrag zum Bericht der Politischen Kommission vertrat auch Ernst Thälmann zur Einheitsfrontpolitik und zur Arbeiterregierung derartige Anschauungen. Entschieden wandte er sich aber gegen die ultralinken Auffassungen des italienischen Delegierten Amadeo Bordiga, der die Einheitsfront auf politischem Gebiet absolut ablehnte. Thälmann wies auf die Notwendigkeit hin, die Arbeitermassen der Italienischen Sozialistischen Partei zu gewinnen. Gegen die Ablehnung des parlamentarischen Kampfes wandte sich Thälmann ebenfalls. Vor allem verurteilte er Bordigas Weigerung, die Disziplin der Komintern anzuerkennen, was in der Konsequenz auf den Anspruch hinauslief, in der Kommunistischen Internationale eine »linke« Fraktion zu bilden. Thälmann erinnerte hierbei an Lenins Auftreten auf dem II. und III. Weltkongreß, wo Bordiga die Losung »Heran an die Massen!« abgelehnt hatte.¹⁸

16 Vgl. ebenda, S. 92/93, 21, 101.

17 Ebenda, S. 24.

18 Vgl. Protokoll. Fünfter Kongreß der Kommunistischen Internationale, Bd. II, S. 609.

Tiefe Verbundenheit mit den Arbeitern und Bauern des Sowjetlandes sprach aus Ernst Thälmanns Dankesworten an Delegationen aus der Sowjetunion, die den Kongreß begrüßten. Drei Delegationen überreichten den KPD-Vertretern als Ausdruck brüderlicher Solidarität Fahnen. »Genauso, wie das russische Proletariat das rote Banner des Klassenkampfes geführt hat in der ersten Revolution 1905 und in der zweiten, siegreichen russischen Revolution des Jahres 1917«, sagte ihnen Ernst Thälmann, »so werden wir als deutsche Kommunistische Partei... diesen Weg beschreiten über alle Hindernisse hinweg zum Siege der proletarischen deutschen Revolution.«¹⁹ Den Arbeitern aus Leningrader Betrieben versicherte er, daß die KPD die Fahne in dem Kampf tragen werde, »der uns zu jenem Siege führt, den im Jahre 1917 die erste proletarische Revolution erfochten hat. Wenn wir diese Fahne so vorantragen, wenn wir auf diesem Kongreß das Versprechen ablegen, daß wir die Linie der russischen Partei, die bolschewistische Taktik einhalten, dann, glaube ich, können wir den Leningrader Arbeitern, die uns diese Fahne übergeben haben, sagen, wir haben es verstanden zu kämpfen und werden auch siegen.«²⁰

Ernst Thälmanns prinzipienfester Kampf gegen den Opportunismus, seine konsequente proletarische, internationalistische und disziplinierte Haltung, sein unerschrockenes Kämpfertum, seine politische Reife fanden ihre Würdigung mit seiner Wahl zum Kandidaten des EKKI und in dessen Präsidium. Er war zu einem führenden Funktionär der kommunistischen Weltbewegung herangewachsen.

Unmittelbar nach dem Abschluß der Beratungen der Kommunistischen Internationale tagte der III. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau. Als Vertreter des Präsidiums des EKKI sprach Ernst Thälmann am 8. Juli zu dessen Eröffnung. Auf Leninsche Art in den Gewerkschaften zu arbeiten, aus den Erfahrungen der Partei Lenins zu lernen, das war der Grundgedanke seiner Begrüßungsrede. Damit brachte er wichtige Erkenntnisse zum Ausdruck, die er für die eigene Arbeit zur Richtschnur nahm. Sein Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus und zur Sowjetunion spricht aus seinen Worten: »Die Methoden, an Hand derer wir kämpfen müssen, sind die Lehren Lenins, die den Arbeitermassen Westeuropas sowie der ganzen Welt klar und deutlich den Weg zur Eroberung der Mehrheit des Proletariats und zum Siege der Arbeiterrevolution zeigen. Ein leuchtendes Vorbild für die Gewerkschafts-

¹⁹ Ebenda, Bd. I, S. 259.

²⁰ Ebenda, Bd. II, S. 591.

bewegung der ganzen Welt ist die Arbeit der russischen Bolschewiki in den Gewerkschaften, die es verstanden haben, die Gewerkschaften in den Dienst der proletarischen Machteroberung zu stellen und sie nach dem Siege der Revolution zu einer festen Stütze der proletarischen Diktatur auszugestalten.«²¹

8

Kandidat aller klassenbewußten Arbeiter

Anfang Juli 1924 hatte Ernst Thälmann in Moskau die Nachricht erreicht, die Zentrale halte es für besser, wenn er vorläufig nicht nach Deutschland zurückkehre.¹ Das Hamburger Landgericht hatte nämlich beim Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages beantragt, die Immunität des Abgeordneten Thälmann aufzuheben.² Der Reichstag lehnte jedoch am 22. Juli den vom Geschäftsordnungsausschuß unterstützten Antrag ab³, so daß Ernst Thälmann unmittelbar nach dem III. RGI-Kongreß aus Moskau abreisen konnte. In Deutschland erwartete ihn eine Fülle von Aufgaben. Die Arbeiterklasse hatte sich neuer Angriffe des deutschen Monopolkapitals auf ihre politischen Rechte und sozialen Errungenschaften zu erwehren. Es galt unter diesen Umständen erst recht, die Partei im Sinne der Beschlüsse des V. Weltkongresses zu festigen und damit ihre Schlagkraft zu erhöhen.

Unmittelbar nach der Rückkehr aus Moskau unterstützte Ernst Thälmann in Hamburg die Bezirksleitung der KPD bei den Veranstaltungen zum zehnten Jahrestag des Ausbruchs des ersten Weltkrieges. Auf Vorschlag der KPD hatte das EKKI aufgerufen, Ende Juli/Anfang August eine Antikriegswoche durchzuführen. Den Auftakt bildete in Hamburg am 30. Juli eine Kundgebung im überfüllten Gewerkschaftshaus. Ge-

²¹ Protokoll über den Dritten Kongreß der Roten Gewerkschafts-Internationale. Abgehalten in Moskau vom 8. bis 21. Juli 1924, Berlin o. J., S. 22.

¹ Vgl. IML, ZPA, I 2/2/16.

² Vgl. Die Rote Fahne, 28. Juni 1924.

³ Vgl. Verhandlungen des Reichstags. II. Wahlperiode 1924, Bd. 381, S. 514/515.

meinsam mit Ernst Thälmann trat der französische Schriftsteller und Kommunist Henri Barbusse, der Autor des berühmten Antikriegsromans »Das Feuer«, als Redner auf. Beide brachten den Willen des revolutionären Proletariats ihrer Länder zum Ausdruck, sich der Vorbereitung eines neuen Krieges entgegenzustemmen und – sollte er nicht verhindert werden können – ihn im Geiste Karl Liebknechts und des russischen Proletariats in einen proletarischen Befreiungskrieg umzuwandeln. Es genüge nicht, unterstrich Thälmann, die Parole »Krieg dem Kriege!« aufzustellen, denn sie »wird Schall und Rauch bleiben, wenn wir nicht klar erkennen, daß wir mit der Vernichtung der kapitalistischen Gesellschaft künftige kapitalistische Kriege unmöglich machen können«. Unter stürmischem Beifall der Versammelten umarmten sich Barbusse und Thälmann. Den Saal erfüllte, wie die »Hamburger Volkszeitung« schrieb, »eine elementare, spontan ausbrechende Begeisterung Tausender, von den hinreißenden Gedanken des großen französischen Denkers und von den wuchtigen Worten Thälmanns überzeugter Klassenkämpfer«.⁴

Am folgenden Abend sprach Ernst Thälmann in einer Versammlung der Hafenarbeiter. In der Nacht reiste er zurück nach Berlin, um am 1. August an der Sitzung des Politbüros teilnehmen zu können. Am 3. August war er bereits wieder in Hamburg, wo er auf einer Großkundgebung im Gewerkschaftshaus zum Abschluß der Antikriegswoche sprechen sollte. Doch der KPD wurde keine der für den 3. August vorgesehenen Kundgebungen genehmigt. Man wollte die Straßen, Plätze und Festsäle an diesem Sonntag für die militaristischen und nationalistischen Feiern zum zehnten Jahrestag des Kriegsbeginns reservieren. In Hamburg vereitelten die revolutionären Arbeiter jedoch die Pläne der Reaktion. Die KPD mußte ihre Kundgebung zwar um einen Tag verschieben; dennoch marschierten am Sonntag Tausende von Werktätigen vor dem Gewerkschaftshaus, auf dem Bahnhofsplatz und in der Umgebung auf und beherrschten viele Stunden die Straßen. Der folgende Tag, der 4. August, wurde dann mit einer der mächtigsten und eindrucksvollsten Kundgebungen, die jemals in den Räumen des Gewerkschaftshauses stattfanden, zum Höhepunkt der Antikriegswoche in Hamburg.⁵

In einem mehrstündigen Referat analysierte Ernst Thälmann auf dieser Kundgebung die politische Entwicklung seit 1914. Er erinnerte an die Funktionärversammlungen der SPD im gleichen Saal im August/Septem-

⁴ HVZ, 31. Juli 1924.

⁵ Vgl. ebenda, 2., 5. August 1924.

ber 1914, in denen den klassenbewußten Kräften klar geworden war, daß die rechten sozialdemokratischen Führer und das »Hamburger Echo« im Lager der Bourgeoisie standen. Er würdigte die kleine mutige Schar der Linken in der deutschen Arbeiterbewegung, die unter der Führung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht die Fahne der Revolution hochgehalten hatten. Besonders hob er die Leistung der Bolschewiki hervor, die ein Beispiel dafür gegeben hatten, was die geeinte Kraft des Proletariats zu vollbringen vermag. Scharf brandmarkte Ernst Thälmann die opportunistische Politik der rechten SPD-Führer, die bisher verhindert hätten, daß sich auch die deutsche Arbeiterklasse von ihren Unterdrückern befreite. Die wichtigste Lehre der letzten zehn Jahre sei, die KPD zur klaren, zielbewußten Führerin des Proletariats zu entwickeln. Über die Wirkung seiner Rede schrieb die »Hamburger Volkszeitung«: »Thälmann beherrschte diese Massen. Aus ihm sprach der revolutionäre, mit dem letzten Arbeiter aufs engste verbundene Führer. Wuchtig hämmerte er den Proletariern die Erkenntnis von der Notwendigkeit der unermüdlichen, gewissenhaften Vorbereitung der Revolution ein. Und Thälmann überzeugte auch die Menge, wie der Beifallssturm zum Schluß seiner starken Rede bewies.«⁶

Ende August beriet der Reichstag über den Dawes-Plan, der von einem Sachverständigenausschuß unter Vorsitz von Charles Gates Dawes, einem Repräsentanten des amerikanischen Finanzkapitals, ausgehandelt und im August auf der Londoner Reparationskonferenz im Beisein auch der deutschen Regierungsvertreter angenommen worden war. Der Dawes-Plan sah eine Neuregelung der deutschen Reparationszahlungen vor. Deutschland hatte danach 1924/1925 eine Milliarde, dann eine Jahr für Jahr höhere Summe und schließlich ab 1928/1929 jährlich zweieinhalb Milliarden Goldmark zu zahlen. Um Deutschland in die Lage zu versetzen, diese riesigen Summen aufzubringen, sollte seine Wirtschaft durch umfangreiche ausländische Kredite belebt werden. Der Staatshaushalt, die Reichsbank und die Reichsbahn wurden der Kontrolle durch ausländische Kommissare unterworfen und die Reichsbahn in eine selbständige Kapitalgesellschaft umgewandelt. Die Abwicklung der Reparationszahlungen wurde einem amerikanischen Generalagenten übertragen. Der Dawes-Plan widerspiegelte das Vordringen des USA-Imperialismus in Europa. Die nach seiner Annahme nach Deutschland strömenden Milliardenanleihen – ihr Gesamtbetrag war bis 1932 fast dreimal so hoch

⁶ Ebenda, 5. August 1924.

wie die Summe der in dieser Zeit gezahlten Reparationen – förderten außerordentlich das Erstarken des deutschen Imperialismus und die Bildung neuer großer Monopole; sie führten zu einer verschärften Ausbeutung der Werktätigen.

Am 28. August, bei der dritten und entscheidenden Lesung der Dawes-Gesetze, trat als letzter Redner der KPD Ernst Thälmann auf die Tribüne des Reichstags. Seine Rede war, wie sich Wilhelm Koenen erinnert, »ein Musterbeispiel dafür, wie man dem Klassenfeind in dessen eigenem Hause entgegentreten muß«⁷. Gründlich vorbereitet, mit Zahlen und Aussagen des Klassenfeindes argumentierend, richtete Thälmann seine Worte an die Arbeiter, an das werktätige Volk, das die Reparationen und die Zinsen der Auslandsanleihen bezahlen, aus dessen Arbeitskraft der Profit für die deutschen Monopole und die amerikanischen Bankiers gepreßt werden sollte.

Ernst Thälmann machte deutlich, daß sich die deutsche Großbourgeoisie und die Ententekapitalisten über die besten Methoden der Ausbeutung der Werktätigen geeinigt hatten. Er klagte die Reichsregierung und ihre imperialistischen Hintermänner an, weil sie in London wesentlichen Einschränkungen der wirtschaftlichen und finanziellen Hoheitsrechte des Deutschen Reiches zugestimmt hatten. Gleichzeitig prangerte er die Haltung der SPD-Abgeordneten an, die durch ihre Zustimmung zu den Dawes-Gesetzen deren Annahme sicherten. Die KPD hingegen, erklärte er, lehne den Dawes-Plan und sämtliche auf ihm beruhenden Gesetzentwürfe ab, denn: »Keine Regierung und kein Reichstag sind berechtigt, die werktätigen Massen Deutschlands an das internationale Finanzkapital zu verkaufen.«⁸

Ernst Thälmann wies nach, daß jetzt die Weichen zur Überfremdung der deutschen Wirtschaft durch das Auslandskapital gestellt wurden. Nachdrücklich warnte er vor der Illusion, der durch die Auslandskredite zu erwartende wirtschaftliche Aufschwung werde auch den Werktätigen zum Vorteil gereichen: »Der Onkel aus Amerika kommt nicht hierher, um dem deutschen Volk zu helfen, sondern um das deutsche Volk auszuplündern, um Profite zu machen.« Außerdem würden, wenn englische, französische und amerikanische Monopole zu Mitbesitzern der deutschen Wirtschaft werden, die deutschen Unternehmer alles tun, um »den so

7 Wilhelm Koenen: Im Reichstag als Sprecher des Volkes. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 338.

8 Verhandlungen des Reichstags. II. Wahlperiode 1924, Bd. 381, S. 1026.

verlorenen Profitanteil durch verstärkte Auspressung der Arbeiterkonsumenten wieder einzubringen«.⁹

Von der Reichstagstribüne appellierte Ernst Thälmann an die werktätigen Massen, sich gemeinsam mit der KPD dafür einzusetzen, daß die riesigen Reparationslasten nicht den Werktätigen aufgebürdet, sondern durch die Beschlagnahme der großen Vermögen, der Profite der Banken, der Großindustrie und der Junker aufgebracht würden. Die Kriegsgewinnler sollten zahlen. Thälmann stellte damit klar, daß außenpolitische Fragen Klassenfragen sind, daß es um den Klassenkampf im Lande selbst ging. Er zeigte, daß der Dawes-Plan ein Instrument des Klassenkampfes in den Händen der Imperialisten war, nicht nur ein Instrument des ökonomischen Kampfes, der Ausplünderung der deutschen Werktätigen, sondern gleichermaßen des politischen Kampfes gegen die Arbeiterbewegung. Die riesigen Kredite für das deutsche Monopolkapital sollten diesem helfen, schnell zu erstarken, und damit einen Schutzwall gegen die deutsche und die westeuropäische Revolution errichten.

Der Kampf gegen den Dawes-Plan, kündigte Ernst Thälmann an, werde von den Kommunisten nicht nur in Deutschland geführt werden. Die revolutionäre Arbeiterbewegung betrachte den Dawes-Plan als einen Angriff des Imperialismus im internationalen Maßstab und werde ihn international bekämpfen. Schon hatten, konnte er feststellen, auch die Kommunisten in Frankreich, Belgien, Großbritannien und in den USA sich gegen den Dawes-Plan erklärt.

Erstmals hatte Thälmann umfassend zur Außenpolitik des Deutschen Reiches Stellung genommen. Er erwies sich dabei als guter Sachkenner auch auf diesem Gebiet und trug dazu bei, die außenpolitische Konzeption der KPD zu entwickeln. Genau wie Clara Zetkin 1920 in der ersten Rede eines Kommunisten im Reichstag, bestimmte Ernst Thälmann die grundsätzliche Alternative zur antinationalen Außenpolitik der Großbourgeoisie: ein Bündnis mit der Sowjetunion, mit dem Land, das aus eigener Kraft seine sozialistische Volkswirtschaft aufbaute. Als leuchtendes Beispiel zeige die Sowjetunion den deutschen Werktätigen den Ausweg aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die einzige Lösung des Reparationsproblems, die im Interesse des Volkes liege und darin bestehe, daß die Arbeiter und die werktätigen Massen Deutschlands »sich ebenfalls von dem herrschenden kapitalistischen System zu befreien haben«¹⁰.

9 Ebenda, S. 1028, 1026.

10 Ebenda, S. 1035.

Die parlamentarische Tätigkeit im Reichstag und in seinen Ausschüssen war nur eine von den vielen Aufgaben, mit denen Ernst Thälmann betraut war. Er führte das harte und angespannte Leben eines leitenden, für unterschiedlichste Bereiche verantwortlichen KPD-Funktionärs. So bereitete er in den Sommer- und Herbstmonaten 1924 für das Politbüro eine Information über die Lage in der Kommunistischen Partei Schwedens vor, kümmerte sich um die in Berlin lebenden politischen Emigranten und nahm am 7. September am Internationalen Jugendtag in Hamburg teil. Er half, die Reichsgewerkschaftskonferenz vom 17. August vorzubereiten, und sorgte dafür, daß gegen den Austritt von Kommunisten aus den freien Gewerkschaften Stellung genommen wurde. Oft erläuterte Thälmann in Mitgliederversammlungen die Beschlüsse der Partei und der Kommunistischen Internationale. Ständig nahm er an der Arbeit der Bezirksorganisation Wasserkante teil, für deren Anleitung er als Mitglied der Zentrale verantwortlich war. So oft er konnte, fuhr er auch in andere Bezirke.¹¹

Immer suchte Ernst Thälmann den unmittelbaren Kontakt zu den Mitgliedern und Funktionären der Partei und zu den Arbeitern. Er kannte ihre Sorgen und Nöte und sprach ihre Sprache. Seine Autorität und sein Ansehen wuchsen, und er gewann mehr und mehr Einfluß auf die Gesamtpolitik der Partei. Immer häufiger suchten führende Funktionäre der KPD seinen Rat und seine Unterstützung. So schrieb ihm Ottomar Geschke, seit dem V. Weltkongreß Vertreter der KPD beim EKKI: »Ich wäre Dir dankbar, lieber Teddy, wenn es Deine kostbare Zeit gestatten würde, daß Du mir persönlich Deine Ansicht über die politische, wirtschaftliche und Parteilage mitteilen würdest.«¹² In einem anderen Brief der KPD-Vertretung wurde die Sorge um die Entwicklung der Partei unter der Führung von Ultralinken geäußert und der Wunsch ausgesprochen, sich mit Thälmann darüber zu beraten.¹³ Stets nahm sich Ernst Thälmann die Zeit, um solche Bitten zu erfüllen.

Als am 20. Oktober Reichspräsident Ebert den Reichstag auflöste, erließ die reaktionäre Klassenjustiz gegen mehr als die Hälfte der kommunistischen Reichstagsabgeordneten Haftbefehl. Auch Ernst Thälmanns Bild und Steckbrief wurden am 29. Oktober im Fahndungs-

¹¹ Vgl. IML, ZPA, 3/1/499; I 2/2/16. – StA Bremen, Bestand 4,65, IV 4e, Bd. 4. – HVZ, 8. September 1924.

¹² IML, ZPA, I 6/3/137.

¹³ Vgl. ebenda, I 6/3/138.

blatt veröffentlicht¹⁴, obwohl er als Mitglied des Reichstagsausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung, der bei Reichstagsauflösung bestehen blieb, weiterhin Immunität genoß. Die Regierung ließ durch den Staatssekretär im Innenministerium Zweigert erklären: »Eine Gewähr dafür, daß die Gerichte die Immunität als gegeben ansehen, besteht bei der Zweifelhafteigkeit der Rechtslage nicht.«¹⁵ Ernst Thälmann mußte wieder in die Illegalität gehen. Mehrfach fanden Haussuchungen in seiner Hamburger Wohnung statt.

Angesichts der Verfolgungswelle beschloß die Zentrale der KPD am 5. November, daß einige ihrer Mitglieder Deutschland zeitweilig zu verlassen hätten, und übertrug die unmittelbare Führung der Partei einem Direktorium, das aus Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck, Arthur Rosenberg, Ernst Schneller und dem Vorsitzenden des Kommunistischen Jugendverbandes, Conrad Blenke, bestand. Thälmann sollte, sobald seine Sicherheit akut gefährdet wäre, nach Moskau fahren, zumal er – er war im Oktober erkrankt – dringend der Erholung bedurfte. Das EKKI forderte die Zentrale der KPD auf, Thälmann »mit allem Ernst und aller Energie darauf hinzuweisen, daß er unbedingt über diese Verfolgungszeit hinwegkommen muß, bis er wieder durch Immunität geschützt ist«¹⁶.

Thälmann blieb in Berlin und leitete mit den anderen Genossen des Direktoriums den Wahlkampf der KPD für die Reichstagswahl am 7. Dezember 1924. Dabei mußte er sich, so schwer es ihm auch fiel, verborgen halten und jedes öffentliche Auftreten vermeiden. Die Verfolgung durch die Polizei hinderte Ernst Thälmann auch daran, am 11. Parteitag der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei vom 31. Oktober bis 4. November teilzunehmen und anschließend gemeinsam mit D. S. Manuïlski nach Wien zu einer Parteikonferenz der österreichischen Bruderpartei zu fahren, wie es das EKKI ursprünglich beschlossen hatte.¹⁷ Und doch befand er sich kurze Zeit später im Nachbarland, aber davon erfuhr weder die deutsche noch die tschechoslowakische Polizei Genaueres. Da die Zentrale der KPD in Berlin nicht tagen konnte, ermöglichten ihr die

¹⁴ Vgl. Die Rote Fahne, 30. Oktober 1924.

¹⁵ Zit. in Walter Stoecker: Die Jagd auf die kommunistischen Reichstagsabgeordneten. In: Internationale Pressekorrespondenz für Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung (Wien) (im folgenden: Inprekorr); Nr. 49, 6. Dezember 1924, S. 1199/2000. – Vgl. auch Die Rote Fahne, 13. November 1924.

¹⁶ IML, ZPA, I 2/2/16; I 6/3/138.

¹⁷ Vgl. ebenda, I 6/3/138; I 2/2/16.

tschechoslowakischen Genossen, in Aussig (Ústí nad Labem) zusammenzutreten und – offensichtlich unbemerkt von der Polizei – die nächsten Aufgaben der Partei zu beraten.¹⁸

Am 7. Dezember wurde Ernst Thälmann erneut in den Reichstag gewählt. Im Vergleich zu den Wahlen im Mai 1924 verlor die KPD aber fast eine Million Wählerstimmen und 17 Mandate, während die SPD 1,8 Millionen Stimmen und 31 Mandate gewann. Das unbefriedigende Wahlergebnis war nicht nur auf den Terror gegen die KPD zurückzuführen, sondern vor allem darauf, daß die beginnende relative Stabilisierung des Kapitalismus es den rechten sozialdemokratischen Führern ermöglichte, den Werktätigen einzureden, mit der wirtschaftlichen Konjunktur seien die Lebensbedingungen dauerhaft zu verbessern. Dazu kam, daß der sektiererische Kurs der Ultralinken die Arbeit der KPD unter den Massen entscheidend behinderte.

Die Reichstagsfraktion der KPD wählte Ernst Thälmann zu ihrem Vorsitzenden. In Walter Stoecker fand er einen in der parlamentarischen Arbeit erfahrenen Funktionär, der als Sekretär der kommunistischen Reichstagsfraktion viele Jahre deren laufende Arbeit organisierte und leitete und im Plenum wie in den Ausschüssen mit großer Sachkenntnis die Arbeiterinteressen verfocht.¹⁹

Der neugewählte Reichstag trat am 5. Januar 1925 zusammen. Als erster Redner in diesem III. Reichstag der Weimarer Republik sprach Ernst Thälmann. Er verurteilte die Verfolgung revolutionärer Arbeiter durch die bürgerliche Klassenjustiz.²⁰ Am zweiten Sitzungstag ergriff Ernst Thälmann erneut das Wort und verlangte im Namen der klassenbewußten Arbeiterschaft: »Statt Lohnabbau 40prozentige Lohn- und Gehaltserhöhung²¹; Verweigerung der Mehrarbeit, Kampf um den Achtstundentag; statt Entlassungen und Arbeitslosigkeit Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß; fort mit der Steuerausbeutung der proletarischen Bevölkerung in Stadt und Land; Konfiskation der großkapitalistischen Vermögen; Schutz- und Trutz-Bündnis mit Sowjetrußland; sofortige

18 Vgl. ebenda, I 6/3/88.

19 Vgl. ebenda, I 2/2/31; 3/1/499. – Thälmann hatte bereits in der II. Wahlperiode die Funktion des Vorsitzenden der kommunistischen Reichstagsfraktion ausgeübt. (Vgl. ebenda. – Verhandlungen des Reichstags. II. Wahlperiode 1924, Bd. 381, S. 514.)

20 Vgl. Verhandlungen des Reichstags. III. Wahlperiode 1924, Bd. 384. Stenographische Berichte (von der 1. Sitzung am 5. Januar 1925 bis zur 36. Sitzung am 17. März 1925), Berlin 1925, S. 3/4.

21 In der Quelle: Gehaltszahlung.

Freilassung der proletarischen politischen Gefangenen.«²² Die KPD werde auch im bürgerlichen Parlament mit einem klaren Kampfprogramm eine von den Lebensinteressen der Werktätigen bestimmte revolutionäre Klassenpolitik vertreten.

Von dem monatelangen Zwang befreit, die Öffentlichkeit meiden zu müssen, stürzte sich Ernst Thälmann mit doppeltem Eifer in die Arbeit. Endlich konnte er wieder in Parteiversammlungen auftreten und auch in den Bezirken tätig werden. So weist sein Arbeitsplan im Januar und Februar Reisen nach Thüringen, Oberschlesien, Ostpreußen, Süddeutschland und in das Ruhrgebiet aus.²³ Am 1. Februar 1925 nahm er an der ersten Reichskonferenz des Roten Frontkämpferbundes (RFB) teil, auf der Ernst Schneller referierte. Ernst Thälmann wurde zum Bundesvorsitzenden gewählt.

Der RFB war auf einen Beschluß der Zentrale der KPD hin seit dem Sommer des Vorjahres entstanden. Im Juli 1924 bildeten sich die ersten Ortsgruppen; Anfang des Jahres 1925 umfaßte der Bund 255 Ortsgruppen mit rund 15 000 Mitgliedern.²⁴ Die Gründung des Roten Frontkämpferbundes entsprach einem aktuellen politischen Bedürfnis. Das beginnende ökonomische und politische Wiedererstarken des deutschen Imperialismus hatte im ersten Halbjahr 1924 zu einer bedrohlichen Aktivität revanchistischer und militaristischer Kreise geführt. So suchte der deutsche Militarismus mit dem Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, dem Kyffhäuserbund und anderen sogenannten Kriegervereinen eine große Zahl Werktätiger zu beeinflussen und zu mißbrauchen, einen Revanchekrieg ideologisch vorzubereiten, die Arbeiter durch provokatorische Zusammenrottungen einzuschüchtern und terroristische Aktionen gegen sie zu unternehmen. Diesem Treiben mußte die revolutionäre Arbeiterbewegung entgegentreten; sie mußte der Revanche- und Kriegshetze durch die Propagierung des proletarischen Internationalismus und des proletarischen Standpunktes zum Krieg entgegenwirken und die rechtsextremen Terroristen durch die Demonstration ihrer Wehrbereitschaft in die Schranken weisen.

Am wirkungsvollsten konnte das eine eigene legale Schutzorganisation der Arbeiterklasse, eine Organisation, die zugleich den ehemaligen

22 Verhandlungen des Reichstags. III. Wahlperiode 1924, Bd. 384, S. 18.

23 Vgl. IML, ZPA, 3/1/1072.

24 Vgl. Kurt Finker: Der Rote Frontkämpferbund (unveröffentlichtes Manuskript), erstes Kapitel.

Kriegsteilnehmern aus dem Proletariat ihren Platz auf der Seite ihrer Klasse zeigte und durch ihr diszipliniertes Auftreten, ihre Aufmärsche das Kraftbewußtsein der Arbeiterklasse stärkte. Das im Februar 1924 auf Initiative rechter sozialdemokratischer Führer entstandene Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, das sich größtenteils aus sozialdemokratisch und freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern zusammensetzte, konnte diese Funktion nicht erfüllen. Es wurde von seiner Führung, zu der neben sozialdemokratischen Funktionären auch Vertreter der Demokratischen Partei und des Zentrums gehörten, auf die Verteidigung des imperialistischen Weimarer Systems gegen die revolutionäre Arbeiterklasse orientiert. Darum wurde der Rote Frontkämpferbund geschaffen.

Der RFB hatte zunächst große Schwierigkeiten; es mangelte an fähigen Kadern, der Aufbau der Organisation ging langsam voran, seine spezifischen politischen Aufgaben waren noch nicht eindeutig bestimmt. Wie es in einem Bericht der Bundesleitung vom Frühjahr 1925 hieß, hatten »die starke Hand und der klare Kopf, um eine solche Massenorganisation von vornherein mit großer Initiative und richtiger Sachkenntnis aufzubauen und in die richtige Bahn zu leiten«²⁵, gefehlt. Zudem gab es in der KPD von den Ultralinken genährte Vorbehalte gegen diese neue Massenorganisation.

Ernst Thälmann konzentrierte sich daher auf die politische und organisatorische Festigung des RFB. Diese komplizierte Aufgabe, eine revolutionäre proletarische Massenorganisation aufzubauen und zu führen, erforderte einen Stab von leitenden Funktionären. In Willy Leow, dem 2. Bundesvorsitzenden, sowie in Etkar André, Hans Jendretzky, Ernst Schneller, Albert Schreiner, Fritz Selbmann und anderen fand Thälmann erfahrene, initiativreiche, der revolutionären Sache treu ergebene Mitstreiter. Ernst Thälmann packte die neue Aufgabe zielstrebig an und löste sie mit seinen Mitkämpfern und mit Unterstützung der Partei in kurzer Zeit. Vor allem sorgte er dafür, daß der RFB eine richtige politische Orientierung erhielt. Er rückte den Kampf gegen den wiedererstarkenden deutschen Imperialismus und Militarismus, die Erziehung zum proletarischen Internationalismus und besonders zur Verbundenheit mit der Sowjetunion, die Entwicklung des Bundes zu einer proletarischen Massenorganisation, zu einem Bindeglied der KPD zur Arbeiterklasse in den Mittelpunkt.

Unklare Vorstellungen über die Beziehungen zwischen dem RFB und

der KPD und Differenzen zwischen Bezirksleitungen der Partei und Gauleitungen des Bundes wurden überwunden. Ernst Thälmann ließ sich von den Gedanken Lenins leiten, daß die Partei ihre Rolle als Avantgarde des Proletariats nur verwirklichen kann, wenn sie sich über Massenorganisationen eng mit den Werktätigen verbindet. In diesem Sinne skizzierte er das Verhältnis zwischen Partei und Bund. »Der RFB ist seiner Zusammensetzung und Führung nach eine rein proletarische und seinen Zielen und Bestrebungen nach eine revolutionäre Organisation des Klassenkampfes. Er ist keine kommunistische Organisation. Er vereinigt neben kommunistischen Arbeitern einen verhältnismäßig großen Prozentsatz parteiloser und politisch anders organisierter Arbeiter. Aber der RFB ist seinen Bestrebungen nach ein Teil der kommunistischen Gesamtbewegung. Er hat Aufgaben zu erfüllen, die die Partei als solche nicht erfüllen kann, zu deren Durchführung die Partei ihn aber in jeder Weise fördern muß.«²⁶

In zahlreichen Beratungen und Aussprachen in der Bundesleitung und in den Bezirken half Thälmann, eine vertrauensvolle, kameradschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Funktionären der Partei und denen des RFB herbeizuführen. Mit allem Nachdruck forderte er immer wieder die Zentrale der KPD auf, die Arbeit des RFB zu unterstützen und auf solche Funktionäre der Partei einzuwirken, die sich gegen die Bildung neuer Ortsgruppen des Bundes aussprachen oder es ablehnten, fähige Kommunisten für die Arbeit im RFB freizustellen, weil sie glaubten, daß dadurch die KPD geschwächt würde. Scharf kritisierte er die Redaktionen der »Roten Fahne« und anderer Parteiorgane, wenn sie wichtige Aufrufe der Bundesleitung oder andere RFB-Dokumente verspätet, nur auszugsweise oder gar nicht druckten.²⁷ Den »Genossen, die das Wachstum des RFB nicht begrüßen und fördern«, hielt er entgegen, daß sie »das Problem der Mobilisierung der breiten Proletariermassen durch Schaffung und Unterstützung revolutionärer Hilfsorganisationen nicht begriffen« hätten.²⁸

Ein zweites, nicht minder wichtiges Problem sah Thälmann darin, sektiererische Tendenzen im RFB zu überwinden und ein kameradschaft-

26 Ernst Thälmann: Partei und Rote-Frontkämpfer-Bewegung. In: Die Internationale (Berlin), 1925, Sonderheft: Zum Reichsparteitag, S. 53.

27 Vgl. IML, ZPA, 81/1/582; 81/1/1135.

28 Ernst Thälmann: Partei und Rote-Frontkämpfer-Bewegung. In: Die Internationale, 1925, Sonderheft, S. 53.

liches Verhältnis vor allem zu den Arbeitern im Reichsbanner herzustellen. Immer wieder hob er hervor, daß es Aufgabe der Roten Frontkämpfer sei, Kontakt mit den proletarischen Kameraden im Reichsbanner aufzunehmen und sie für den gemeinsamen Kampf gegen die bürgerlich-reaktionären, nationalistischen und chauvinistischen Kräfte zu gewinnen.²⁹ Dieser Standpunkt lag den Richtlinien »Stellung des RFB zum Reichsbanner« zugrunde, die von der 2. Reichskonferenz im Mai 1925 beschlossen wurden. Thälmann erzog die RFB-Funktionäre dazu, diese Richtlinien in ihrer Arbeit streng zu beachten. Mit kräftigen Worten rügte er zum Beispiel die RFB-Gauleitung in Frankfurt (Main), weil sie in einem Flugblatt Artur Crispian – einen der drei SPD-Vorsitzenden – als »schieläugig« bezeichnet hatte. »Wenn man Reichsbannerleute ideologisch beeinflussen will, muß man auch im Flugblatt sich mit ihnen auseinandersetzen und sie durch Tatsachen – nicht durch Schimpfereien – versuchen zu überzeugen... Das Vorhalten körperlicher Gebrechen ist erstens völlig unmarxistisch und auch nicht gerade dazu geeignet, andersdenkende Arbeiter von der Richtigkeit unserer Auffassungen zu überzeugen.« Sarkastisch fügte er hinzu, auch die Funktionäre der KPD und des RFB in Hessen-Frankfurt seien »nicht alles Gestalten, die bei einer Ausstellung für Körperkultur Modell stehen könnten«.³⁰ Der scharfe antikomunistische Kurs, den die Reichsbannerführung unter Otto Hörsing steuerte, belastete jedoch das Verhältnis zwischen dem Reichsbanner und dem Roten Frontkämpferbund außerordentlich. Er erschwerte eine elastische Einheitsfrontpolitik und nötigte den RFB, sich hart und eindeutig mit der reaktionären Politik der Reichsbannerführung auseinanderzusetzen.

Entschlossen wurde schließlich unter Leitung Ernst Thälmanns auch die Aufgabe in Angriff genommen, den RFB organisatorisch zu festigen, erfahrene, stabile Leitungen in den Bezirken aufzubauen und vor allem mehr parteilose Arbeiter für den Bund zu gewinnen. Ernst Thälmann gab sich nicht mit dem Zustand zufrieden, daß noch im Frühjahr 1925 nur etwa 40 Prozent der RFB-Kameraden Parteilose waren.³¹ So schrieb er an Franz Bohla, den Bezirkssekretär der KPD in Frankfurt (Main): »Die Aufgabe der Leitungen des RFB besteht vor allen Dingen in der Eroberung und Gewinnung der unorganisierten, mit uns sympathisierenden Arbeiter. Das

29 Vgl. IML, ZPA, 81/1/582.

30 Ebenda, 81/1/1133.

31 Vgl. ebenda.

aber hat gleichzeitig zur Voraussetzung, daß die Propaganda sowie die gesamte Tätigkeit der Leitungen immer von dem Gesichtspunkt aus betrieben wird, daß der RFB kein Ableger der Partei, sondern das Sammelbecken aller auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Arbeiter ist und wir auch deshalb an ihre oft kleinbürgerliche Ideologie anknüpfen müssen, um ihr Klassenbewußtsein in der von uns erstrebten Richtung gut zu entwickeln. Aber alle Kommunisten noch einmal im RFB zu organisieren, widerspricht dem Zweck des Bundes. Jedoch müssen für den Aufbau unbedingt zuverlässige Mitglieder mit den nötigen Erfahrungen und [mit] politischem Weitblick abkommandiert werden.«³²

Das wichtigste Anliegen des RFB sah Thälmann stets in der politisch aufklärenden Tätigkeit unter den indifferenten Arbeitern und besonders unter denen, die noch unter dem direkten Einfluß des Klassegegners standen. Er stellte dem Bund die Aufgabe, »den zahlreichen proletarischen Anhängern der Rechtsverbände ihre Rolle als Schlachtvieh der Bourgeoisie in neuen Kriegen... klarzumachen und zu versuchen, sie für die proletarische Klassenfront zurückzugewinnen«³³. Die systematische Arbeit der Bundesleitung unter Thälmann, die genaue Bestimmung der politischen Aufgaben des Bundes führte zu einem schnellen Aufschwung des RFB.

Ernst Thälmann war zu dieser Zeit bereits Parteivorsitzender der KPD.³⁴ Allerdings hatte diese Funktion noch nicht jene Bedeutung, die sie später erhielt. Die politische und organisatorische Leitung der KPD lag in den Händen der Vorsitzenden des Politbüros und des Orgbüros, das heißt von Ruth Fischer und Werner Scholem. Die Funktion des Parteivorsitzenden hatte hauptsächlich repräsentativen Charakter. Doch verlieh sie dem Wort Thälmanns größeres Gewicht und erleichterte es ihm, mehr und mehr Einfluß auf die Politik der Partei zu gewinnen. Das widersprach freilich den Vorstellungen Ruth Fischers und ihrer Freunde, die lediglich den guten Namen des angesehenen Arbeiters, proletarischen Klassenkämpfers und international geachteten Leninisten Ernst Thälmann zur Tarnung ihrer mit revolutionären Phrasen verbrämten kleinbürgerlichen Politik nutzen wollten. Aber wie die Entwicklung bald zeigen sollte, ging diese Rechnung nicht auf. Vielmehr leistete Ernst Thälmann

32 Ebenda.

33 Ernst Thälmann: Partei und Rote-Frontkämpfer-Bewegung. In: Die Internationale, 1925, Sonderheft, S. 54.

34 Vgl. IML, ZPA, NL 3/2; I 6/1/146; 1/16/1.

in der Zentrale der KPD den entscheidenden Beitrag zur Überwindung des ultralinken Sektierertums und wuchs dabei Schritt für Schritt zum politischen Führer der Partei heran.

Richtungweisend waren für Ernst Thälmann das Vorbild der Leninischen Partei, die Lehren der ersten siegreichen proletarischen Revolution. Aus eigener Erfahrung wußte er, daß die erfahrene, zielklare, eng mit den Massen verbundene und alle Formen des Kampfes beherrschende marxistisch-leninistische Kampfpartei der Schlüssel zum Erfolg des Proletariats im Klassenkampf ist, und er hatte verstanden, daß Lenins theoretisches und praktisches Werk allen Kommunisten in der Welt ein Beispiel gegeben hatte.

Am ersten Jahrestag von W. I. Lenins Tod erläuterte Ernst Thälmann vor 20000 Kommunisten im Berliner Sportpalast die Bedeutung des Leninismus für die revolutionäre deutsche Arbeiterbewegung. »Lenins Werk ist die Revolution. Leninismus heißt Weltrevolution. Heute erkennen die Arbeiter nicht allein der kapitalistischen Länder, sondern auch der Kolonialländer, die Bauernmassen, daß der Leninismus die lebendige Tat ist, die aus dem Marxismus entsprossen ist.«³⁵ Nur der Kampf im Geiste Lenins könne zum Sieg führen. Auf der Tagung des Zentralaussschusses am 10. und 11. Januar 1925 forderte er die Genossen auf, Lenins Arbeiten zu lesen und sich gründlich mit der Theorie und Praxis des Leninismus vertraut zu machen. Er informierte über den Beschluß der Zentrale, Zirkel zum Studium des Leninismus einzurichten, um den Funktionären zu helfen, sich das theoretische Rüstzeug für ihre praktische Arbeit anzueignen. In Hamburg setzte er sich auf einer Parteiarbeiterkonferenz am 1. März mit den Genossen auseinander, die glaubten, eine bolschewistische Partei müsse »klein, aber rein« sein. »Sehen wir uns einmal die russischen Bolschewiki an«, hielt er ihnen entgegen. »Trotz aller Polizeischikane unter dem Zarismus sind sie *keine Sekte* unter sich geblieben, sondern haben für ihre Partei unter den schwierigsten Verhältnissen geworben.«³⁶

Ernst Thälmann forderte nicht nur die Mitglieder und Funktionäre der Partei auf, sich den Marxismus-Leninismus voll anzueignen, sondern er nutzte selbst jede freie Minute, um sein Wissen zu erweitern, um tiefer in das Wesen einer bolschewistischen Partei, einer Partei neuen Typs, einzudringen, um sich bei Lenin Rat zu holen. Der Hamburger Genosse

35 Die Rote Fahne, 22. Januar 1925.

36 Ernst Thälmann: Die Lage in Deutschland. In: HVZ, 4. März 1925.

Albert Friedrichs traf ihn schon Jahre zuvor bei der Lektüre von Lenins Schrift »Der »linke« Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus« an; in seiner engen Handschrift beschrieb Ernst Thälmann zahlreiche Blätter mit Auszügen aus Lenins Werk und mit seinen Gedanken zum Gelesenen.³⁷ Wie Thälmanns Tochter berichtet, verbrachte er ganze Nächte mit dem Studium der Werke von Marx, Engels und Lenin. »Oft kamen Genossen zu Vater«, erinnert sich Irma. »Mit ihnen sprach er das Gelesene durch. Ich hörte einmal, wie er dem damals jungen Genossen Jonny Schehr, nachdem er ihm aus dem Kopf einige wichtige Sätze von Lenin zitiert hatte, empfahl: »Höre gut zu! Das ist für uns geschrieben! Wir müssen in der Partei viel mehr lernen. Unser Vorbild ist hierbei die Kommunistische Partei der Sowjetunion. Unsere Fehler entstehen zum großen Teil nur deshalb, weil unsere Genossen nicht genügend den Marxismus-Leninismus studieren und anwenden.«³⁸

Mitte Februar 1925 fuhr Ernst Thälmann mit anderen Mitgliedern und Mitarbeitern der Zentrale nach Württemberg. Am 15. referierte er in Stuttgart-Cannstatt auf einer Konferenz süddeutscher Funktionäre der KPD über die Gewerkschaftspolitik der Partei. Als er am nächsten Tag mit den bayrischen Konferenzteilnehmern die Lage in ihrem Bezirk beriet, drangen Kriminalbeamte in das Sitzungszimmer ein und verhafteten alle Anwesenden, darunter vier Mitglieder des Reichstags und fünf bayrische Landtagsabgeordnete. Der massive Protest Thälmanns und seiner Kampfgefährten zwang die Polizei, die verhafteten Abgeordneten nach einigen Stunden wieder freizulassen. Noch am gleichen Abend sprach Thälmann im Dinkelackersaal in Stuttgart vor 450 Versammelten. Der Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung mußte in einem politischen Lagebericht Thälmann bescheinigen, daß er einen starken Eindruck auf seine Zuhörer gemacht habe: »Thälmann erscheint als ein Mann von ungewöhnlicher Energie, scharfem Verstand verbunden mit einer guten Dosis Schlaueheit. Er liebt es, schon rein äußerlich – so trägt er in Versammlungen gewöhnlich keinen Kragen – als Arbeiter aufzutreten. Es geht von ihm eine starke Suggestionskraft auf seine Zuhörer aus.«³⁹

Kurze Zeit darauf begann, für die Partei unerwartet, ein neuer Wahl-

37 Vgl. Interviews in der Gedenkstätte »Ernst Thälmann« in Hamburg-Eppendorf. Gesendet in »Stimme der DDR« am 19. August 1974.

38 Irma Thälmann: Erinnerungen an meinen Vater, S. 19.

39 IML, ZPA, St 2/119, Bd. 37.

kampf. Am 28. Februar 1925 verstarb, vier Monate vor Ablauf seiner Amtsperiode, Reichspräsident Ebert. Ein Vierteljahr nach den Reichstagswahlen vom Dezember 1924 wurden die Wähler erneut an die Urnen gerufen. Der neue Präsident sollte der Verfassung entsprechend direkt vom deutschen Volk gewählt werden. Es war unzweifelhaft, daß die Reaktion alles versuchen würde, daß das neue Staatsoberhaupt aus ihren eigenen Kreisen und nicht wieder, wie der von der Nationalversammlung gewählte Friedrich Ebert, aus der Sozialdemokratie kommen würde. Die Mehrheit im Parteivorstand der SPD beabsichtigte ihrerseits, bereits im ersten Wahlgang, in dem wahrscheinlich kein Kandidat die für seine Wahl erforderliche absolute Mehrheit erreichen würde, auf einen eigenen Kandidaten zu verzichten. Sie trat für die Nominierung eines bürgerlichen Politikers als »republikanischen Einheitskandidaten« ein.⁴⁰

Am 3. März 1925 beriet die Zentrale der KPD die Wahltaktik der Partei und nominierte Ernst Thälmann als ihren Kandidaten.⁴¹ Die Kandidatur Thälmanns veranlaßte offensichtlich die SPD-Führung, ihre Absicht zu ändern. Sie stellte Otto Braun als Präsidentschaftskandidaten auf. Braun war Mitglied des Parteivorstandes der SPD, seit dem Kapp-Putsch mit einer kurzen Unterbrechung bis Januar 1925 preußischer Ministerpräsident und mitverantwortlich für die Unterdrückung der Arbeiterklasse und für den Ausbau der Machtpositionen der imperialistischen Kräfte. Kandidat der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen Volkspartei und der sogenannten Vaterländischen Verbände wurde Karl Jarres, der sich als Innenminister unter den Regierungen Stresemann und Marx bei der Kommunistenverfolgung hervorgetan hatte. Die Zentrumsparlei benannte den ehemaligen Reichskanzler Wilhelm Marx. Auch die Deutsche Demokratische Partei, die Bayerische Volkspartei und die NSDAP gemeinsam mit völkischen Gruppierungen stellten eigene Kandidaten auf.

Nur der Kandidat der KPD konnte für sich in Anspruch nehmen, sich stets konsequent und selbstlos für die Lebensinteressen der Werktätigen eingesetzt zu haben. Thälmann kämpfte nicht um das Amt des Reichspräsidenten, was angesichts des politischen Kräfteverhältnisses illusorisch gewesen wäre. Sinn und Zweck seiner Kandidatur war, die Arbeiter und alle Ausgebeuteten und Unterdrückten zum Kampf für ihre Klasseninteressen zu sammeln und gegen die wachsende monarchistische

⁴⁰ Vgl. Sozialdemokratischer Parteitag 1925 in Heidelberg. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1925, S. 106, 169.

⁴¹ Vgl. Die Rote Fahne, 4. März 1925.

Gefahr zu mobilisieren. In diesem Sinne orientierte er in der Zentrale und im Politbüro darauf, die Wahlen zu nutzen, um Massenarbeit zu leisten, die Partei zu stärken und die antinationale Dawes-Politik der Monopolbourgeoisie zu entlarven. Die Hauptsache sei, betonte er, daß die Wahlkampagne unmittelbar mit den Tagesaufgaben, mit dem Kampf gegen die reaktionäre Politik der Luther-Regierung⁴², mit dem Ringen um eine Amnestie der politischen Gefangenen, für ausreichende Löhne, für den Achtstundentag, mit den Betriebsrätewahlen usw. verbunden werde.⁴³

Am 13. März 1925 trat Ernst Thälmann von Berlin aus seine erste große Wahlreise als Präsidentschaftskandidat durch Deutschland an. In Halle, einer Hochburg der Partei, sollte die Wahlkampagne eröffnet werden. Im Volkspark, der traditionellen Versammlungsstätte des Hallenser Proletariats, erwarteten über 8000 Arbeiter den kommunistischen Präsidentschaftskandidaten. Stürmischer Beifall empfing Thälmann und die Vertreter der englischen und der französischen Bruderpartei, als sie an der Spitze eines Spielmansszuges den Saal betraten. Aber Ernst Thälmanns erste Rede als Präsidentschaftskandidat konnte nicht gehalten werden. Im Volkspark war ein starkes Polizeiaufgebot unter Leitung des Leutnants Pietzker aufmarschiert. Dieser sprang, als nach den Begrüßungsreden der ausländischen Gäste Thälmann das Wort ergriff, auf die Tribüne und forderte die Räumung des Saales. Die Polizei hatte die Ausgänge bis auf einen abgesperrt. Obwohl Ernst Thälmann seine Rede abbrach und die Arbeiter begannen, diszipliniert den Saal zu verlassen, gab Pietzker plötzlich Feuerbefehl. Blindwütig schossen die Polizisten in die dichtgedrängte Menge. Zehn Tote – unter ihnen Fritz Weineck, der »kleine Trompeter« –, 25 Schwer- und über hundert Leichtverletzte waren die Opfer des brutalen Polizeiüberfalls. Auch in einer Parallelversammlung, in der Ernst Thälmann zu Wort zu kommen versuchte, erschien Pietzker und erzwang deren Abbruch. Wie »Die Rote Fahne« berichtete, gelang es Thälmann hier, durch seine Ruhe und Kaltblütigkeit zu verhindern, daß die Polizei erneut ein Blutbad anrichtete.⁴⁴ Gemeinsam mit Wilhelm Koenen, Max Lademann und anderen kommunistischen

⁴² Das im Januar 1925 aus Vertretern der DNVP, DVP, BVP und des Zentrums gebildete Kabinett unter dem Reichskanzler Hans Luther war die erste Bürgerblockregierung, die reaktionärste Regierung seit 1918. Sie amtierte bis Dezember 1925.

⁴³ Vgl. IML, ZPA, 3/1/522; I 2/2/16.

⁴⁴ Vgl. Die Rote Fahne, 14. März 1925. – Von all unseren Kameraden... Der kleine Trompeter und seine Zeit, (Halle) o.J., S. 68–77.

Abgeordneten des Wahlkreises Halle-Merseburg deckte er in den folgenden Tagen die Schuld Pietzkers und seiner Hintermänner auf. Ernst Thälmann wies nach, daß es sich um eine planmäßige Provokation gehandelt hatte, mit der die Reaktion der Wahlkampagne der KPD von Anfang an entgegenwirken wollte. So durchkreuzte er die Versuche der bürgerlichen Presse, die Kommunisten für diesen politischen Mord verantwortlich zu machen.⁴⁵

Die Provokation in Halle konnte die geplante Wahlreise Ernst Thälmanns nicht vereiteln. Bereits am 14. März sprach er auf einer Kundgebung in Breslau. Bis zum 26. März folgten weitere Kundgebungen in Chemnitz, Limbach, Magdeburg, Leipzig, München, Frankfurt (Main), Hanau, Offenbach, Solingen, Remscheid, Elberfeld, Barmen, Düsseldorf, München-Gladbach, Mülheim, Köln, Essen, Dortmund, Hannover, Sarstedt und Hildesheim.

Diese Versammlungsreise war nicht nur eine hervorragende politische Leistung, sie erforderte auch enorme physische Kräfte. Oft wurden an einem Tag mehrere Reden gehalten. Und vor Tausenden frei und, wie es damals üblich war, ohne Mikrophon zu sprechen, verlangte den ganzen Einsatz der Stimme. In allen Orten, in denen er sprach, nutzte Ernst Thälmann zudem die Gelegenheit, vor oder nach den Kundgebungen mit den Funktionären der Partei deren Probleme zu erörtern. Von Leo Flieg, dem Verantwortlichen für die technisch-organisatorischen Arbeiten in der Zentrale, hatte er sich einen genauen Plan der Nachtzüge aufstellen lassen, damit er in den Nachtstunden weiterfahren und die Tage ganz für die Wahlarbeit und die politische Diskussion nutzen konnte. Von seiner Reise aus unterbreitete er dem Politbüro in Briefen und durch Kuriere Vorschläge, wie der Wahlkampf der Partei bis zum 29. März systematisch gesteigert werden sollte. Er kritisierte, daß die Parteipresse und manche Funktionäre die Wahlpropaganda vernachlässigten.⁴⁶ Offenbar fürchteten die ultralinken Führer ein weiteres Wachsen des Ansehens und der Autorität Ernst Thälmanns.

In seinen Wahlreden und in Artikeln nahm Thälmann offen und parteilich zu allen Problemen Stellung, die die Arbeiter interessierten. Er deckte die politischen Ziele der anderen Kandidaten auf und wies nach, daß sie sich – unbeschadet des von ihnen mit wortgewaltigen Reden ausgetra-

⁴⁵ Vgl. Ernst Thälmann: Zum Hallenser Blutbad. Wie sich die Bluttat der Schupo in Wirklichkeit abspielte. In: HVZ, 16. März 1925. – Klassenkampf (Halle), 19. März 1925.

⁴⁶ Vgl. IML, ZPA, I 2/2/31.

Weder Monarchie, noch Stinnes-Republik! Schafft den Arbeiterstaat!

Wählt Thälmann den Kandidaten der Kommunistischen Partei

1	Wer ist Hindenburg? Der Rassenmörder, der Oberste der Clappenhelden, der Kriegsverlierer, der Lakai des Ausreißers von Amerongen, heute Diener des internationalen Kapitals und Schrittmacher der Monarchie!	☐
2	Wer ist Marx? Der Dornstauden-Sänger, der Mann der Diebesgaben an die Ruhrindustrie, Vater des Ermächtigungsgesetzes, Vertreter des Beamtenabbaus und der Entrechnung der kleinen Sparrer, der Vertreter schwärzender pfälzischer Reaktion, keine Partei gibt in der schwarz-weiß-roten monarchistischen Luther-Regierung!	☐
3	Wir wählen Thälmann! den roten Klassenkämpfer, Räte-Republikaner und revolutionären Freidenker, den Hamburger Transportarbeiter und Vertreter der einzigen Arbeiterpartei, der KPD.	☒

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Ausgebeutete in Stadt und Land!

Nicht Pfaff, nicht General
Nur Thälmann Eure Wahl!

Wählt Thälmann!



Agitation der KPD für Ernst Thälmann
beim zweiten Wahlgang
der Reichspräsidentenwahl 1925



Ernst Thälmann und Wilhelm Schwan
am 11. August 1925 im Haus der Bauern in Smolensk



Ernst Thälmann
spricht auf dem 10. Parteitag der KPD in Berlin,
Juli 1925



Ernst Thälmann, Vorsitzender des Zentralkomitees der KPD



Das Karl-Liebknecht-Haus in Berlin,
seit November 1926 Sitz des Zentralkomitees der KPD



Ernst Thälmann mit einem sowjetischen Seemann und einem chinesischen Arbeiter
auf dem Gautreffen des RFB Wasserkante in Hamburg
am 21. Juni 1925

genen Konkurrenzkampfes – alle darin einig waren, »das bisherige System der Ausbeutung, der Entrechtung der großen Masse des arbeitenden Volkes zugunsten einer kleinen Clique von Bank- und Industriemagnaten und Großagrariern«⁴⁷ zu sichern. Er warnte vor parlamentarischen Illusionen, vor dem Irrglauben, daß es genüge, mit dem Stimmzettel gegen die Reaktion zu kämpfen, oder daß mit Braun als einem zweiten Ebert an der Spitze sich irgend etwas am Klassencharakter des reaktionären Staates ändern würde. Thälmann rief die proletarischen Wähler auf, mit den Kommunisten für eine Arbeiterrepublik zu kämpfen, in der der Wille der Arbeiter ausschlaggebend ist. In einem Aufruf an die werktätigen Bauern hob er hervor, daß er nicht nur der Kandidat der Arbeiter, sondern Kandidat aller Werktätigen sei. Er forderte sie auf, mit den Arbeitern zusammen gegen die Gutsbesitzer und Kapitalisten zu kämpfen. Dafür prägte er die Losung: »Grund und Boden denen, die ihn bebauen! Gruben und Fabriken denen, die in ihnen arbeiten!«⁴⁸ Auch an die Angestellten, die Beamten und an alle, die durch ihrer Hände oder ihres Geistes Arbeit ihr Brot verdienen, wandte sich Ernst Thälmann. Er legte dar, daß niemand außer den Kommunisten tatsächlich ihre Belange vertrat.

Am 27. März stellte sich Ernst Thälmann über 20 000 Arbeitern im Berliner Sportpalast als Präsidentschaftskandidat vor. Seine Heimatstadt besuchte er am folgenden Tag zum Abschluß der zweiwöchigen Wahlreise. Tausende Arbeiter empfingen ihn bereits bei seiner Ankunft auf dem Altonaer Hauptbahnhof und begleiteten ihn zum Lunapark, wo über 5000 Arbeiter und Angestellte den Riesensaal bis zum letzten Platz gefüllt hatten. Zu Beginn der Versammlung überbrachten die Vertreter der Kommunistischen Parteien Frankreichs und Englands, die Ernst Thälmann auf seiner Wahlreise begleitet hatten, revolutionäre Kampfesgrüße. Im Auftrage der revolutionären Arbeiterschaft von München-Gladbach übergab Thälmann dem Schiffbeker Proletariat eine rote Fahne mit der Aufschrift: »Den Hamburger Barrikadenkämpfern«. Dann erläuterte er noch einmal das Wahlprogramm der KPD und berichtete über seine Wahlreise durch Deutschland.⁴⁹

47 Ernst Thälmann: Arbeitendes Volk, wähle Dich selbst! Ein letztes Wort vor der Wahl. In: Die Rote Fahne, 29. März 1925.

48 Ernst Thälmann: Der Kampf der Arbeiter ist auch der Kampf der werktätigen Bauern! In: HVZ, 18. März 1925.

49 Vgl. ebenda, 30. März 1925.

Überall, wo Ernst Thälmann aufgetreten war, hatte er die Versammelten durch die starke Ausstrahlungskraft seiner Persönlichkeit, durch seine klare politische Haltung gewonnen. Seine Zuhörer spürten, daß zu ihnen ein Arbeiter sprach, hinter dessen Worten harte Lebenserfahrungen standen, der die Dinge ebenso sah wie sie selbst, der nicht irgendwelche abstrakten politischen Thesen, sondern ihre Interessen vertrat. Treffend brachte das ein Arbeiterkorrespondent zum Ausdruck. Thälmanns Worte, schrieb er, »klingen rau, holpern und stolpern manchmal über die schwere Hamburger Proletenzunge, aber sie machen um so mehr den Eindruck der Aufrichtigkeit und revolutionären Entschlossenheit. Diesem Manne glaubt man, daß er, die Fahne des Aufruhrs in der Hand, selbst die Barrikade besteigt. Unter seiner Führung zu kämpfen, wie 1923 in Hamburg, welches Gefühl der Sicherheit und Siegesbewußtheit muß das sein! Dieser Transportarbeiterkollege, der mit den Worten ringt und den klarsten und einfachsten Ausdruck sucht, um sich ja allen verständlich zu machen, das merkt man, würde nie ein Ebert oder Noske werden.«⁵⁰

1871815 Wähler stimmten am 29. März 1925 für Ernst Thälmann. 7,8 Millionen Stimmen erhielt Otto Braun, 3,8 Millionen Wilhelm Marx und 10,4 Millionen Karl Jarres. 2,8 Millionen Wähler entschieden sich für die übrigen drei Kandidaten. Damit hatte keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreicht. Ein zweiter Wahlgang wurde notwendig, in dem die einfache Mehrheit genügte, um gewählt zu werden.

Die KPD mußte ihre Taktik neu festlegen, was sich als äußerst kompliziert erwies. Wahrscheinlich würden sich die Rechtsparteien einen zugkräftigeren Kandidaten als Karl Jarres suchen. Die Haltung der SPD-Führer deutete an, daß sie vor allem danach strebten, im preußischen Landtag mit Unterstützung der Zentrumsparlei die Wiederwahl Otto Brauns zum preußischen Ministerpräsidenten zu erreichen, daß sie dafür bereit waren, auf ihren eigenen Präsidentschaftskandidaten zu verzichten und die Wähler Brauns aufzurufen, im zweiten Wahlgang für Wilhelm Marx zu stimmen.⁵¹ Das konnte aber nur den sich um die DVP und DNVP gruppierenden reaktionären Kräften zugute kommen und deren Anstrengungen anspornen, sich auf einen gemeinsamen Kandidaten festzulegen und diesem, gestützt auf eine eifrig geschürte nationalistische und monarchistische Hetze, zum Erfolg zu verhelfen. Der KPD war aber das Schicksal der Republik keineswegs gleichgültig, und sie war entschlossen,

⁵⁰ Bergische Arbeiterstimme (Solingen), 23. März 1925.

⁵¹ Vgl. Sozialdemokratischer Parteitag 1925 in Heidelberg, S. 160, 174.

diese mit aller Kraft vor der monarchistischen Gefahr zu schützen. Überdies mußte damit gerechnet werden, daß die SPD-Führung keine Minute zögern würde, eine durch ihre Nachgiebigkeit gegenüber der Zentrumsparlei selbstverschuldete Niederlage des Kandidaten der Weimarer Koalition der KPD anzulasten. Es kam daher in der Führung der KPD der Vorschlag ins Gespräch, sich bereit zu erklären, den eigenen Kandidaten zurückzuziehen und für einen sozialdemokratischen oder gewerkschaftlichen Kandidaten zu stimmen, falls dieser den Willen bekunde, sich für demokratische Grundforderungen einzusetzen.⁵²

Das Präsidium des EKKI griff diesen Vorschlag auf und betonte am 2. April in einer Beratung mit den Vertretern der KPD, die an der V. Erweiterten Tagung des EKKI teilnahmen, daß diese Taktik nicht nur richtig, sondern auch unbedingt notwendig sei. Aus späteren Erklärungen Ernst Thälmanns geht eindeutig hervor, daß er diesen Standpunkt voll und ganz billigte und bereit war, im Interesse des Kampfes gegen die monarchistische Gefahr auf seine Kandidatur zu verzichten.⁵³

Als die Delegation der KPD von Moskau nach Berlin zurückgekehrt war und am 9. April die Zentrale über die Beratung vom 2. April informierte, hatte sich aber die SPD-Führung bereits für den reaktionären Zentrumsparlei Wilhelm Marx entschieden, den die KPD unter keinen Umständen unterstützen konnte und der selbst von Sozialdemokraten abgelehnt wurde.⁵⁴ Damit war der Weg zur Nominierung eines gemeinsamen Kandidaten von KPD, SPD und bürgerlich-demokratischen Kräften blockiert. Die reaktionärsten Parteien stellten Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg als ihren Kandidaten auf.

Für die KPD gab es angesichts der Haltung der SPD nur noch die Möglichkeit, die Kandidatur Ernst Thälmanns beizubehalten oder aber sich aus der Wahlbewegung zurückzuziehen. Letzteres aber hätte bedeutet, darauf zu verzichten, noch einmal den Massen die Politik der KPD darzulegen. Die zweite Wahltournee führte Ernst Thälmann erneut durch das ganze Land. Über Hagen, Hamburg, Königsberg, Stettin, Bremen, Bochum, Buer-Schoelven, Dortmund und Essen ging es nach Gelsenkirchen. Im Ruhrgebiet sprach er täglich in mehreren Versammlungen, so auf Großkundgebungen in der Dortmunder Westfalenhalle und auf dem

⁵² Vgl. Die monarchistische Gefahr und die Taktik der KPD. Hrsg. von der Zentrale der KPD, Berlin 1925, S. 7/8.

⁵³ Vgl. ebenda, S. 12/13. — IML, ZPA, I 2/1/26; I 2/2/16.

⁵⁴ Vgl. IML, ZPA, I 2/2/16. — Sozialdemokratischer Parteitag 1925 in Heidelberg, S. 106.

Essener Burgplatz oder in kleineren Zusammenkünften in Gasthaussälen oder in den Siedlungen der Bergarbeiter. »Spät abends saßen wir dann in einem der kleinen Arbeiterlokale, die Thälmann so liebte und in denen er sich, wenn es schon ein Gasthaus sein mußte, allein wohl fühlte«, berichtet Fritz Selbmann, der damalige Gauführer des Roten Frontkämpferbundes, der Ernst Thälmann durch das Ruhrgebiet begleitete. »Während er dann immer noch arbeitete, Nachrichten für die Presse, Aufrufe und Artikel redigierte, saß ich unglücklich daneben, besorgte heiße Zitrone und war in Sorge um seine Gesundheit; Thälmann war krank, hatte Fieber, war erschöpft und heiser. Aber jeder Versuch, ihn zu überreden, doch einmal eine Versammlung auszulassen, führte nur dazu, daß er mich im schönsten, unverfälschten Hamburger Platt beschimpfte. Nach fünf großen Kundgebungen, am 19. April, brach er zusammen.«⁵⁵ Thälmann blieb nichts anderes übrig, als in Gelsenkirchen eine Pause einzulegen und den Thüringer Genossen, die ihn bereits erwarteten, abzusagen: »Seit fünf Wochen bin ich dauernd für Kundgebungen unterwegs«, schrieb er. »Infolge einer Erkältung, die mir schon lange in den Knochen steckte, wurde ich am Sonntag, dem 19. April, nach Abschluß von fünf großen Kundgebungen im Ruhrgebiet gezwungen, meine Tournee zu unterbrechen. So konnte ich schon am Montag nicht in drei großen Kundgebungen in Nürnberg und Umgebung sprechen; so war es mir leider auch nicht möglich, zu Euch zu kommen.«⁵⁶ Aber bereits nach zwei Tagen setzte er seine Wahlreise fort. Über Dresden, Freital, Pirna, Zeitz, Teuchern und Weißenfels ging es nach Berlin und von da nach Gleiwitz und Hindenburg in Oberschlesien.

Innerhalb weniger Wochen hatten Hunderttausende Arbeiter in allen Teilen Deutschlands Thälmann erstmals persönlich kennengelernt. Sie hatten ihn als wahren Volkstribun erlebt und sich überzeugen können, daß er ihre Sprache sprach, auf alle ihre Fragen Antwort gab. In diesen Wochen wurde Ernst Thälmann endgültig zu der unter den Massen populärsten und geachtetsten Persönlichkeit in der Führung der KPD.

Am 26. April 1925 gaben ihm 1 931 131 Wähler ihre Stimme. Das waren 60 000 Stimmen mehr als im ersten Wahlgang. Mit 14,6 Millionen wurde Hindenburg zum Reichspräsidenten gewählt, während Wilhelm Marx 13,7 Millionen Stimmen erhielt.

55 Fritz Selbmann: Alternative. Bilanz. Credo, S. 156.

56 Ernst Thälmann: An die Thüringer Parteigenossen! An die Besucher der Thälmann-Kundgebungen! In: Neue Zeitung (Jena), 24. April 1925.

Bereits das Ergebnis des ersten Wahlgangs wurde von Thälmann kritisch analysiert und veranlaßte ihn, Schlußfolgerungen zu ziehen. Er betrachtete es als ein Alarmsignal, daß die Partei für ihren Kandidaten rund 800 000 Wähler, die bei den Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924 für die KPD gestimmt hatten, nicht mehr mobilisieren konnte. Die Ultralinken gaben den »passiven« Massen die Schuld, Thälmann hingegen war bemüht festzustellen, welche Versäumnisse der Partei und vor allem ihrer Führung vorlagen. Er und andere leitende Funktionäre kamen zu der Meinung, daß es nicht nur darum ging, einzelne Seiten der Parteiarbeit zu verbessern, sondern daß es notwendig sei, den Kurs der Partei insgesamt zu überprüfen.

Die wichtigste Schlußfolgerung aus den Wahlen faßte Ernst Thälmann in die bewährte Leninsche Losung: »Tiefer hinein in die Massen!« Er zeigte, daß vor allem durch die starre Politik der Ultralinken, durch Vernachlässigung der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit die Verbindung der Partei mit den Massen gefährdet wurde. Ernst Thälmann forderte, eine elastische, bolschewistische Taktik zu entwickeln und energisch für die Tagesforderungen zu kämpfen, ohne das sozialistische Endziel aus dem Auge zu verlieren. In der »Roten Fahne« schrieb er: »Tiefer zu den Massen! Das muß heißen: Wir müssen sie mit Geduld und Zähigkeit aufklären, wir müssen Sprachrohr aller Nöte und Vorkämpfer in allen Tagesforderungen der Massen sein, wir müssen ihnen den Tagesausweg und in Verbindung damit den Endausweg zeigen... Dazu gehört, daß wir in Betrieb und Gewerkschaft die unermüdlichsten, opferfreudigsten, energischsten Kollegen sind und daß wir von den Betriebszellen und Gewerkschaftsfraktionen aus unsere Arbeit einheitlich zu organisieren verstehen.«⁵⁷ Ernst Thälmann bewies damit, daß er verstand, was notwendig war, um wieder enge Beziehungen der Partei zu den Massen herzustellen.

57 Ernst Thälmann: Tiefer hinein in die Massen! In: Die Rote Fahne, 25. April 1925.

Ernst Thälmann tritt an die Spitze der Partei

Nach dem anstrengenden sechswöchigen Wahlkampf ergab sich für Ernst Thälmann die Gelegenheit, wenige Tage im Kreise seiner Familie auszuspannen. Derartige Möglichkeiten waren seit Ende 1923 immer seltener geworden. Am 26. April 1925 hatte er in Hamburg seine Stimme abgegeben, bis zum 2. Mai hielt er sich noch in seiner Heimatstadt auf. Wie immer, wenn er einige Zeit bei seiner Familie bleiben konnte, wurden diese Tage auch zu gemeinsamen Spaziergängen durch das Borsteler Moor und an der Alster, zu Dampferfahrten auf der Elbe, zum Durchstreifen der aus der Jugendzeit vertrauten Straßen und Gassen genutzt. Ernst Thälmann liebte die Natur, die Wanderungen in frischer Luft und Sonne, »die stillen, schilf- und binsenumstandenen Wasser, in denen versteckt die wilden Enten umherplätscherten«¹. Am innigsten verbunden fühlte er sich jedoch mit dem Hafen. Wenn er von Berlin kam, erinnert sich Rosa Thälmann, sagte er schon kurz nach seiner Ankunft: »Wir werden einen Spaziergang machen.« Ich wußte dann immer, wo es hinging. Wenn er wieder nach Berlin fuhr, so drängte er, rechtzeitig zu gehen. Wenn wir dann am Bahnhof waren, sagte er: »Komm, Rosa, laß uns nochmal an den Hafen gehen.« Immer ging der Weg nach dem Freihafen, bis an die St.-Pauli-Landungsbrücken und den Elbtunnel. Immer wieder schaute er auf das Treiben im Hafen... Er schaute aber auch auf die gegenüberliegende Seite, auf die Werften von Blohm & Voß, auf Reiherstieg und sagte: »Das alles wird einmal den Arbeitern gehören.«² In seiner Geburtsstadt und ihrer Umgebung schöpfte Ernst Thälmann neue Kraft.

Die enge Verbundenheit mit Hamburg hatte Thälmann auch bewogen, seine Familie nicht nach Berlin zu holen. Seine Tochter erinnert sich der Antworten, die sie auf die Frage: »Warum ziehen wir nicht nach Berlin, wo du doch jetzt in Berlin arbeitest?« bekam. »In Hamburg sind die Hafenarbeiter. Sie sind unsere lieben Freunde, und wir wollen nicht ohne diese Freunde leben. Ich freue mich, wenn ich bei der Arbeit an euch

¹ Ernst Thälmann: Briefe aus dem Gefängnis, S. 64.

² IML, ZPA, NL 3/67.

denke; dann denke ich zugleich an Hamburg und an den Hafen und an alle lieben Genossen, die so tapfer mit mir kämpfen. Deshalb wollen wir in Hamburg wohnen bleiben.«³

Den 1. Mai 1925 beging Ernst Thälmann gemeinsam mit den Arbeitern Hamburgs. Am Vormittag war er einer der Redner, die zu den 60 000 Demonstranten auf dem Heiligengeistfeld sprachen. Den Nachmittag und Abend verbrachte er mit seiner Frau Rosa im Lunapark in Altona, wohin die KPD-Ortsgruppe Groß-Hamburg eingeladen hatte. Der Kommunistische Sängerbund, die Proletarische Bühne, Rezitatoren und eine Arbeiterturnriege gestalteten nach einer Ansprache Ernst Thälmanns ein abwechslungsreiches Programm.⁴

Zwei Tage später nahmen die Auseinandersetzungen um die Politik der Partei Ernst Thälmann wieder ganz in Anspruch. In Moskau hatte, während Thälmann als Präsidentschaftskandidat in Deutschland im Wahlkampf stand, vom 21. März bis zum 6. April 1925 die V. Tagung des Erweiterten EKKI stattgefunden. Sie entwickelte die Beschlüsse des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale über die Bolschewisierung weiter und konkretisierte sie mit den »Thesen über die Bolschewisierung der Parteien der Kommunistischen Internationale«. Damit gab die V. EKKI-Tagung den kommunistischen Parteien ein umfangreiches und detailliertes Programm für ihre Entwicklung zu ideologisch gestählten, organisatorisch stabilen, eng mit den Massen verbundenen Kampfparteien. Die Thesen wiesen auch der KPD den Weg zur weiteren Durchsetzung des Marxismus-Leninismus. Sie halfen Ernst Thälmann und seinen Kampfgefährten, die Lage in der KPD kritisch zu analysieren, dem ultralinken Sektierertum wirkungsvoll entgegenzutreten und Schritt für Schritt eine Strategie und Taktik auszuarbeiten, die den Entwicklungsbedingungen in Deutschland entsprach.

Das zeigte sich bereits in einer Reichsberatung am 3. Mai, an der die Mitglieder der Zentrale und führende Funktionäre aus den Bezirken, insgesamt 42 Genossen, teilnahmen und die der Vorbereitung einer Zentralauschußtagung diente. Iwan Katz, Arthur Rosenberg und Werner Scholem, unterstützt von einigen wenigen Funktionären aus den Bezirken, entwickelten auf dieser Beratung extrem ultralinke Ansichten. Sie leugneten die relative Stabilisierung des Kapitalismus und das Anwachsen der monarchistischen Gefahr. »Der deutschen Bourgeoisie ist es nicht

³ Irma Thälmann: Erinnerungen an meinen Vater, S. 18.

⁴ Vgl. HVZ, 2., 5. Mai 1925. – IML, ZPA, DF VII/28.

gelingen, die deutsche Wirtschaft zu stabilisieren⁵, behauptete Arthur Rosenberg. Er warf der Zentrale Koalitionspolitik vor, weil sie sich am 27. April – erstmalig seit 1923 – in einem Offenen Brief an die Führungen der SPD und der Gewerkschaften gewandt und vorgeschlagen hatte, gemeinsam für dringende demokratische und soziale Forderungen einzutreten.⁶

Ernst Thälmann wies gemeinsam mit anderen Funktionären diese Angriffe zurück. Er hob hervor, daß es jetzt notwendiger denn je sei, von Lenin zu lernen, wie bei Wahrung der bolschewistischen Grundsätze die Taktik der Partei der neuen Lage angepaßt werden müsse. Er forderte, den Bewußtseinsstand der Massen genau zu berücksichtigen und jede Möglichkeit zu nutzen, um an die unter dem Einfluß der SPD-Führer stehenden Millionen Arbeiter heranzukommen. »Ob das besser durch Einheitsfront von oben oder von unten geschieht, ist nebensächlich«⁷, erklärte Thälmann. Klar und unmißverständlich wurde von ihm das Kernproblem der Parteipolitik angepackt, das darin bestand, Millionen Arbeitern zu helfen, sich vom opportunistischen Einfluß zu lösen. Sie sollten erkennen, daß die Kommunisten entgegen den Behauptungen rechter SPD-Führer Klassenbrüder der sozialdemokratischen Arbeiter, die einzig konsequenten Vertreter der Arbeiterinteressen sind.

Am 9. und 10. Mai beriet der Zentralaussschuß die Aufgaben der KPD. Die Zentrale unterbreitete einen Resolutionsentwurf, in dem die Lage in Deutschland im wesentlichen zutreffend analysiert wurde. Er enthielt Ansätze zu einer realistischen und beweglichen, auf die Gewinnung der Massen gerichteten Taktik.

Am Vorabend der Beratung war es aber in der Zentrale erneut zum offenen Zusammenstoß mit den drei Verfechtern extrem ultralinken Positionen gekommen, als diese erklärt hatten, sie würden dem Resolutionsentwurf der Zentrale einen eigenen Entwurf entgegenstellen. Ernst Thälmann und andere Mitglieder der Zentrale verurteilten diesen fraktionellen Vorstoß scharf. Als einziger hatte Thälmann Änderungsvorschläge zum Resolutionsentwurf unterbreitet. Sie wurden vom Politbüro in die Vorlage eingearbeitet. Aus den Ausführungen Thälmanns in der Sitzung der Zentrale läßt sich entnehmen, daß diese Vorschläge eine genauere Analyse der relativen Stabilisierung des Kapitalismus enthiel-

5 IML, ZPA, I 2/2/16.

6 Vgl. Dokumente und Materialien..., Bd. VIII, S. 133–136.

7 IML, ZPA, I 2/2/16.

ten, stärker die Rolle der KPD als der revolutionären Partei der Arbeiterklasse betonten und ihre Aufgaben in den Gewerkschaften und Betrieben präziser bestimmten.⁸

Grippe und Mandelentzündung fesselten Thälmann am 9. Mai ans Bett; aber die Sorge um die Partei ließ ihm keine Ruhe. So erschien er trotz seiner Krankheit am 10. Mai nachmittags in der Beratung des Zentralaussschusses, um mitzuhelfen, den gefährlichen Vorstoß der extremen Ultralinken abzuwehren. In seiner Rede konzentrierte sich Ernst Thälmann erneut auf das Verhältnis der KPD zu den Massen. Die letzten Wahlergebnisse hätten deutlich gezeigt, hob er hervor, daß nicht die KPD, sondern die SPD ihren Masseneinfluß hatte vergrößern können. Gewiß betreibe die SPD-Führung eine bürgerliche Politik und habe längst jeglichem Kampf für eine grundlegende Umgestaltung der Machtverhältnisse abgeschworen. Aber diese richtige Einschätzung der Rolle der SPD allein bringe die KPD bei der Gewinnung der Massen keinen Schritt voran. Ein Großteil der Arbeiter vertraue noch der SPD. Die KPD müsse beweglicher werden, die Lage in der Arbeiterklasse besser berücksichtigen und ihre starre, undifferenzierte Politik gegenüber der SPD überwinden.

Scharf kritisierte Thälmann die dogmatische Haltung, die die Fraktion der KPD im preußischen Landtag seit der Eröffnung des neugewählten Landtages am 5. Januar 1925 bezogen hatte. Um die Wahl des preußischen Ministerpräsidenten war es zu einem mehrmonatigen Tauziehen zwischen den Parteien der Weimarer Koalition einerseits und der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei andererseits gekommen. Die kommunistische Fraktion hatte gegen die Bildung einer Regierung aus SPD, Zentrum und Deutscher Demokratischer Partei gestimmt und war dabei mehrfach an die Seite der DVP und der DNVP geraten. Eine solche Haltung könne kein Arbeiter verstehen, hob Ernst Thälmann hervor.⁹ In diesem Zusammenhang befürwortete er nachdrücklich den Offenen Brief der Zentrale vom 27. April an die Führungen der SPD und des ADGB. Er begrüßte es, daß sich die Fraktion der KPD im preußischen Landtag am 29. April schließlich bereit erklärt hatte, eine sozialdemokratisch geführte Koalitionsregierung, falls diese der monarchistischen Gefahr entgegentrete, zu unterstützen.¹⁰ Ausführlich behandelte Ernst Thälmann die Umgruppierungen der Kräfte im Lager des Klassengegners und

8 Vgl. ebenda.

9 Vgl. ebenda, I 2/1/26.

10 Vgl. Dokumente und Materialien..., Bd. VIII, S. 136–138.

gelangte zu der Schlußfolgerung, daß sich die KPD stärker auf den Kampf gegen die wachsende monarchistische Gefahr konzentrieren müsse.

Im gleichen Sinne wie Ernst Thälmann traten auch einige leitende Funktionäre aus den Bezirken auf. So erörterte John Schehr, politischer Sekretär der KPD in Altona, anknüpfend an die Losung »Heran an die Massen!«, wie die Partei durch eine beweglichere Taktik die Arbeiter für Kampfaktionen zur Durchsetzung ihrer Forderungen mobilisieren könne. Gleichzeitig forderte Schehr, »eine wirkliche einheitliche Führung in der Kommunistischen Partei [zu] schaffen«. Dazu sei es aber notwendig, »daß sich die Zentrale von denjenigen reinigt, die immer wieder Zersetzung hineintragen«.¹¹

Es gelang Ernst Thälmann und seinen Kampfgefährten, auf dieser Tagung des Zentralausschusses die Einsicht durchzusetzen, daß seit Ende 1923/Anfang 1924 die offenen Klassenschlachten zeitweilig abgeebbt waren, das Monopolkapital in eine Konjunkturphase eingetreten war und nicht nur seine politischen, sondern auch seine ökonomischen Positionen vor allem durch die enorme Intensivierung der Ausbeutung zu festigen vermocht hatte. Die Partei wurde darauf hingelenkt, den Kampf für Teilforderungen mehr in den Vordergrund zu stellen, die Einheitsfrontpolitik unter den neuen Bedingungen anzuwenden und die bürgerliche Demokratie gegen die reaktionärsten, unter monarchistischer Flagge auftretenden imperialistischen Kreise zu verteidigen.

Katz, Rosenberg, Scholem und ihre Freunde erlitten eine schwere Niederlage. Ihre Angriffe auf den politischen Kurs der Partei wurden zurückgewiesen. Gegen sie traten auch Ruth Fischer und ihre Anhänger auf. Das verzögerte den Klärungsprozeß in der Partei. Die tatsächlichen Differenzen zwischen den leninistischen Kräften um Ernst Thälmann und den Ultralinken um Ruth Fischer blieben so nach außen hin weitgehend verdeckt. Dabei führte Thälmann in der Zentrale schon seit längerer Zeit harte Auseinandersetzungen mit Ruth Fischer und widersetzte sich ihrer Methode, Arbeiter, die mit der linkssektiererischen Politik unzufrieden waren, rigoros aus der Partei auszuschließen.¹² Philipp Daub, 1925 als Funktionär des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV) im Saargebiet tätig, wo unter dem Einfluß der Ultralinken Mitglieder in Bergarbeiterorten aus der Partei ausgeschlossen worden waren, berichtet

11 IML, ZPA, I 2/1/26.

12 Vgl. ebenda, I 2/2/16.

darüber. Ernst Thälmann wandte sich in einer Beratung über diese Fälle an ihn: »Du mußt dir mal genau überlegen, was ihr mit dem Ausschluß dieser Mitglieder erreicht habt. Ich sage dir für alle Genossen, die daran beteiligt waren, man muß um jeden Arbeiter ringen, mit viel Geduld ringen. Man darf sie nicht so vor den Kopf stoßen. Obwohl ich sie nicht einzeln kenne, so bin ich doch sicher, daß sie dem rechten Kurs nicht folgen, sondern zur Partei zurückkehren werden. Ihr habt, wie du siehst, einen großen Fehler begangen..., er entspringt einer revolutionären Ungeduld; aber wir werden euch helfen, die Sache wieder in Ordnung zu bringen.«¹³

Kaum hatte Ernst Thälmann seine Erkältung überwunden, verließ er am 14. Mai Berlin, um in den Bezirken zu helfen, die vom Zentralausschuß beschlossene Politik durchzusetzen. In Hannover referierte er am 15. Mai vor der erweiterten Bezirksleitung Niedersachsen und sprach abends in einer Mitgliederversammlung vor über 300 Teilnehmern.¹⁴ Anschließend fuhr er nach Hamburg, wo erstmals seit dem November 1923 am 16. und 17. Mai ein Parteitag des Bezirks Wasserkante wieder legal tagen konnte. Ein klares und einmütiges Bekenntnis dieser starken Bezirksorganisation, die als erste die Maitagung des Zentralausschusses auf einem Bezirksparteitag auswertete, mußte beispielgebend auf die anderen wirken.

In Hamburg machte sich Thälmann zuerst mit der Vorbereitung des Bezirksparteitages vertraut. Er kritisierte den Entwurf des Aufrufs »An das Proletariat der Wasserkante!«, der zu allgemein gehalten war, und sorgte dafür, daß jene aktuellen politischen und sozialen Fragen berücksichtigt wurden, die die Werktätigen bewegten.¹⁵ In seiner Rede auf dem Bezirksparteitag zeigte er, daß man, um die politische Linie richtig zu bestimmen, von der Analyse der Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis und der Situation in Deutschland ausgehen müsse, und erläuterte die vom Zentralausschuß beschlossenen Aufgaben.¹⁶ Einmütig billigten die über 100 Delegierten aus Hamburg und Schleswig-Holstein das Referat Thälmanns und die von der Maitagung des Zentralausschusses gegebene Orientierung. In dem vom Bezirksparteitag verabschiedeten Aufruf wurden die Arbeiter aufgefordert, gemeinsam mit den Kommu-

13 Ebenda, EA 1089.

14 Vgl. ebenda, 27/1/543.

15 Vgl. ebenda, 31/1/570.

16 Vgl. Ernst Thälmann: Die Weltlage und die Situation in Deutschland. In: HVZ, 19. Mai 1925.

nisten in geschlossener Front für ausreichende Löhne und für den Achtstundentag zu kämpfen und die Versuche der Monopolherren zu vereiteln, durch neue Steuern, durch die Verteuerung wichtiger Lebensmittel, durch den Abbau der Sozialfürsorge und andere Maßnahmen die Dawes-Lasten den Werktätigen aufzubürden.¹⁷

Auch auf den Parteitag der Bezirke Hessen-Frankfurt am 25. Mai, Niederrhein am 14. Juni und Württemberg am 27. und 28. Juni trat Ernst Thälmann als Referent der Zentrale auf und half, die Partei zu festigen und die Diskussion um die Strategie und Taktik für die Auseinandersetzung mit dem Imperialismus voranzubringen.

In jenen Monaten widmete Ernst Thälmann sich auch intensiv der Arbeit des Roten Frontkämpferbundes, der 1925 zum ersten Mal in einem großen zentralen Treffen seine Kraft demonstrierte. Zum 1. Reichstreffen des RFB am 21. und 22. Mai 1925 kamen über 30 000 Rote Frontkämpfer und Angehörige des Roten Jungsturms – der Jugendabteilung des RFB – aus ganz Deutschland nach Berlin, manche von ihnen in tagelangen Fußmärschen. Am 21. Mai, dem Himmelfahrtstag, demonstrierten die Roten Frontkämpfer gemeinsam mit revolutionären Berliner Arbeitern gegen die monarchistische Gefahr. Dieser Aufmarsch, einen Tag nach dem Einzug Hindenburgs in das Reichspräsidentenpalais, bewies, daß die revolutionäre Bewegung nicht zurückwich. Die disziplinierten Kolonnen des RFB sammelten sich im Lustgarten. »Die Rote Fahne« berichtete: »In ihren grauen Windjacken und grauen Mützen mit dem RFB-Abzeichen oder roten Kokarden machen sie einen vorzüglichen Eindruck. Die roten Fahnen sind schmucklos einfach, nur die geballte Faust ist das Wahrzeichen. Wenige prächtige Fahnen im Zuge fallen auf als Geschenke der russischen Brüder.«¹⁸ Vom Lustgarten zogen die Kolonnen in einem zweistündigen Marsch hinaus in den Arbeiterbezirk Lichtenberg. An den Straßen bildeten begeisterte Berliner Spalier. Im Lichtenberger Stadion vereinigten sich schließlich 50 000 Arbeiter mit den Roten Frontkämpfern zu einer machtvollen Kundgebung. Feierlich wurde der 14. Abteilung des Berliner RFB eine Fahne, ein Geschenk der Moskauer Arbeiter, überreicht, die von zwei sowjetischen Fliegern nach Berlin gebracht worden war.

Am 22. und 23. Mai tagte die 2. Reichskonferenz des RFB. Die Teilnehmer sandten telegrafisch Grüße an die Moskauer Arbeiter, an die

¹⁷ Vgl. An das Proletariat der Wasserkante! In: Ebenda, 18. Mai 1925.

¹⁸ Die Rote Fahne, 23. Mai 1925.

Kommunistische Internationale und an die Rote Armee. Sie bekundeten die enge Verbundenheit des Bundes mit der Sowjetunion und der ersten siegreichen Armee des Weltproletariats.¹⁹

Von jetzt an wurden die jährlichen Reichstreffen in Berlin zu eindrucksvollen Höhepunkten in der Entwicklung des Roten Frontkämpferbundes. Hunderttausende Arbeiter in Berlin, Bielefeld, Brandenburg, Erfurt, Hamburg, Halle, Leipzig, Magdeburg und in anderen Städten sahen Ernst Thälmann, den Vorsitzenden des RFB, bei den Reichs- und Gautreffen, bei Fahnenweihen und »Roten Tagen« des Bundes in der bekannten RFB-Uniform, die geballte Faust zum »Rot Front«-Gruß erhoben, an der Spitze der Kolonnen Roter Frontkämpfer marschieren. Und diese Kolonnen strahlten Kampfbereitschaft und Entschlossenheit aus. Die Aufmärsche und Treffen des RFB hinterließen bei Teilnehmern wie Zuschauern bleibenden Eindruck, stärkten die Kampfmoral der Arbeiterklasse.

Das 1. Reichstreffen warb dem Bund viele neue Mitglieder – in Berlin allein 600 – und noch mehr Sympathisierende und Freunde. Es rief aber auch den Klassenfeind auf den Plan. Bürgerliche Organisationen und Zeitungen forderten ein schärferes Vorgehen der Polizei und der Justiz gegen den RFB. So hetzte zum Beispiel die deutschnationale »Neue Preußische Zeitung« (Kreuz-Zeitung) am 23. Mai 1925 gegen die in Berlin an den Vortagen aufmarschierten 30 000 revolutionären Klassenkämpfer und verlangte, »daß die Reichsregierung dieser roten Armee volle Aufmerksamkeit zuwende«.

Seit Ernst Thälmann im Februar 1925 1. Bundesvorsitzender des RFB geworden war, hatte sich der Zustrom neuer Mitglieder, besonders von parteilosen Arbeitern, verstärkt. Am 1. April umfaßte der Bund bereits 558 Ortsgruppen mit 40 450 Mitgliedern, davon waren 18 850 Mitglieder parteilos; bis zum 1. Juni erhöhte sich die Zahl der Ortsgruppen auf 826 mit 51 630 Mitgliedern, davon waren 27 346 parteilos; und am 1. September 1925 waren bereits 70 150 Mitglieder, davon 45 418 parteilose, in 1217 Ortsgruppen organisiert.²⁰ Immer wirkungsvoller trat der RFB bei vielen wichtigen Aktionen und Kämpfen der Arbeiterklasse hervor.

Geführt von Thälmann, hatte sich der RFB in kurzer Zeit zu einer starken und einflußreichen antiimperialistischen und antimilitaristischen politischen Kampforganisation der Arbeiterklasse, zu einem wichtigen

¹⁹ Vgl. ebenda.

²⁰ Vgl. IML, ZPA, 81/1/1135.

Helfer der KPD entwickelt. Ernst Thälmann zeichnete sich in seiner Tätigkeit als Bundesvorsitzender des RFB durch Prinzipienfestigkeit, politisches Geschick, Menschenkenntnis und Feinfühligkeit wie durch hervorragende organisatorische Fähigkeiten aus. Im engen Zusammenwirken mit seinen Mitstreitern hatte er es in einigen Monaten intensiver Arbeit verstanden, dem Bund ein klares politisches Profil zu geben, ihn zu einer einflußreichen revolutionären Massenorganisation auszubauen und sich einen Stab von Funktionären heranzuziehen, die unter seiner Leitung selbständig und initiativreich wirkten.

Den Roten Frontkämpfern war ihr Bundesvorsitzender Vorbild an politischer Klarheit, klassenkämpferischer Unversöhnlichkeit, proletarischer Disziplin und selbstloser Einsatzbereitschaft. Ernst Thälmann genoß im RFB bald große Anerkennung und Verehrung. Ruth Fischer, Arcady Maslow und ihre Freunde hatten damit gerechnet, daß die komplizierten Probleme im RFB Ernst Thälmann keine Zeit lassen würden, sich intensiv um die Entwicklung der Partei zu kümmern. Aber das Gegenteil war der Fall. Die beachtlichen Erfolge, die Ernst Thälmann im RFB errang, festigten sein Ansehen und seine Autorität auch in der KPD. Vielfältige Aufgaben hatte Ernst Thälmann in diesen Monaten in der Partei zu meistern. In einem Brief vom 24. Juni 1925 zählt er die Bereiche auf, für die er die Verantwortung trug. Er war Parteivorsitzender, Mitglied des Politbüros, Verbindungsmann der Zentrale zwischen dem Politbüro und dem Orgbüro, Vertreter der Zentrale für den Bezirk Wasserkante, Vorsitzender der Reichstagsfraktion und verantwortlich für die gesamte antimilitaristische Arbeit sowie für die Sicherung der Partei. Er war Bundesvorsitzender des RFB und leistete eine umfangreiche propagandistische und agitatorische Tätigkeit, in der er eine wichtige Aufgabe jedes Parteifunktionärs sah.²¹

Wie Ernst Thälmann später wiederholt betonte, hatte er in seiner nun zweijährigen Tätigkeit in der Zentrale viel dazugelernt, reiche Erfahrungen gesammelt. Sein Auftreten war sicherer und selbstbewußter geworden. Zwar fühlte er, daß manche Intellektuelle wie Ruth Fischer geringschätzig auf ihn, den Arbeiter herabsahen, der nicht wie sie danach trachtete, als brillanter Redner und Publizist zu glänzen. Jedoch Thälmann ließ sich dadurch nicht beirren, sondern legte vor allem Wert auf die engste Verbindung mit den Massen.

Seit Ende Mai 1925 nahm ihn die Vorbereitung des 10. Parteitages ganz
21 Vgl. ebenda, I 2/2/31.

in Anspruch. Er sah die Hauptaufgabe des Parteitages darin, ein Aktionsprogramm zu erarbeiten, das die Partei unter den Bedingungen der zeitweiligen Stabilisierung des Kapitalismus auf einen wirkungsvollen Kampf gegen den Imperialismus, auf ein konsequentes Eintreten für die Lebensinteressen der Werktätigen orientierte. Die KPD, hob er hervor, brauche geeignete »Hebel zur Mobilisierung breiter Massen und zum Beginn der Herstellung eines Klassenbündnisses zwischen Proletariat und kleinbürgerlichen Schichten«²². Der Parteitag müsse die KPD fester zusammenschließen und rechtsopportunistische wie ultralinke Abweichungen liquidieren.

Gemeinsam mit Ernst Thälmann arbeiteten Philipp Dengel, Hugo Eberlein, Wilhelm Florin, Ottomar Geschke, Fritz Heckert, Wilhelm Pieck, Hermann Remmele und andere auf dieses Ziel hin. Immer deutlicher traten jetzt aber die prinzipiellen Gegensätze zwischen ihnen und den Ultralinken in Erscheinung. Diesen ging es lediglich darum, sich vom Parteitag die Zustimmung zu ihrer linkssektiererischen Politik geben zu lassen. Sie hinderten die KPD daran, eine Atmosphäre der kritischen Auseinandersetzung mit den Schwächen und Fehlern in der Parteiarbeit zu schaffen und überall die besten, vorwärtsdrängenden Kräfte zum Parteitag zu delegieren. Maslow griff mit einem Buch über »Die allgemeinen Grundlagen der russischen Revolution« offen und massiv Lenin und den Leninismus an. Im »Funken«, dem Funktionärorgan der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg, veröffentlichte er einen umfangreichen Aufsatz über die Parteitage der KPD, der voll von abfälligen Urteilen über die ersten acht Parteitage war.²³ Systematisch und mit Raffinesse schürten er, Ruth Fischer und ihre Anhänger in der KPD Vorbehalte und Mißtrauen gegen die Politik der Kommunistischen Internationale, gegen deren auf die Festigung der Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung gerichteten Kurs. In der »Internationale« übte Werner Scholem unsachliche Kritik an dem vom 7. Parteitag der KPD beschlossenen Statut. Als Leiter des Orgbüros wäre es seine Pflicht gewesen, dafür zu sorgen, daß die organisatorischen Erfahrungen und Erkenntnisse, die die KPD seit 1921 gewonnen hatte, in einem neuen Statut niedergelegt

22 Ernst Thälmann: Zum 10. Parteitag. Im Auftrage des Politbüros. In: Die Internationale, 1925, Sonderheft, S. 4.

23 Zur Einschätzung der Arbeiten Maslows vgl. den Offenen Brief des EKKI vom August 1925 an alle Organisationen und Mitglieder der KPD. In: Dokumente und Materialien..., Bd. VIII, S. 919–923.

werden. Aber nicht er, sondern Ottomar Geschke und andere Genossen gingen daran, ein neues Statut vorzubereiten.

Die Ultralinken beabsichtigten auch, Ernst Thälmanns Auftreten auf dem Parteitag auf eine bloß repräsentative Eröffnungsrede zu beschränken. Sie verschwiegen ihm die Forderung des EKKI, auf dem Parteitag der Gewerkschaftspolitik einen besonderen Platz einzuräumen. Ernst Thälmann setzte es jedoch durch, daß die Gewerkschaftspolitik als ein Hauptpunkt auf die Tagesordnung kam und daß ihm das Referat übertragen wurde.²⁴ Auf dieses Referat bereitete er sich besonders gründlich vor. Er wollte überzeugend nachweisen, daß die Gewinnung der Massen durch eine richtige Gewerkschaftspolitik in den Mittelpunkt der Politik der Partei gehöre.

Bei der Vorbereitung des Parteitages trat Ernst Thälmann dafür ein, die Parteiführung durch neue proletarische Kräfte zu erweitern²⁵, und unterstützte den Vorschlag, das EKKI in einem Schreiben zu bitten, daß es sich an die deutsche Partei mit einem ausführlichen Brief wende, »in dem die Bilanz sowie die Lehren des letzten Kampfes der KPD zu ziehen und gleichzeitig jene Fehler zu betonen wären, die sie auf dem Gebiete der Eroberung der Massen begangen hat«²⁶.

Am 12. Juli eröffnete Ernst Thälmann im Plenarsaal des preußischen Landtags den 10. Parteitag der KPD und begrüßte die 170 Delegierten und zahlreichen ausländischen Gäste. Höhepunkt des Parteitages wurde der 5. Verhandlungstag mit dem Referat Ernst Thälmanns »Der Kampf um die Gewerkschaftseinheit und die deutsche Arbeiterklasse«. Leitgedanke des Referats war, daß die Gewerkschaftsarbeit das entscheidende Kettenglied für die weitere marxistisch-leninistische Festigung der KPD nach dem Vorbild der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) darstelle. Thälmann bezeichnete die Gewerkschaftsarbeit als »die wichtigste politische Frage, die mit in den Aufgabenbereich der gesamten Parteiarbeit zu stellen ist«. Er hob hervor: »Je länger der Prozeß der Organisation der Revolution, je schwieriger sich die Methoden des Kampfes gestalten, um so stärker muß das Kraftbewußtsein und der Glaube an den Sieg der proletarischen Diktatur in den Massen geweckt werden.« In erster Linie sei dazu notwendig, »die Gewerkschaftsmitglieder durch die Führung des Kampfes um die nächstliegenden wirtschaftlichen Aufgaben

bis zu den Aufgaben des politischen Kampfes für die Revolution zu gewinnen«.²⁷

Eingehend analysierte Thälmann die Lage in der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Er ordnete die Probleme der Gewerkschaftsarbeit in Deutschland in die internationale Klassenausschüttung zwischen Proletariat und Monopolbourgeoisie, zwischen Sozialismus und Kapitalismus, zwischen Marxismus-Leninismus und Opportunismus ein.

Thälmann zeigte, wie in Deutschland die rechten Führer der SPD mit Hilfe von rund 5000 hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionären, die sich wiederum auf den Gewerkschaftsapparat und auf 600 000 gewerkschaftlich organisierte SPD-Arbeiter stützten, »die ungeheure Masse der 85 Prozent der parteilosen, neutralen Arbeiter des ADGB« beherrschten. Die über vier Millionen parteilosen Mitglieder des ADGB charakterisierte er als den Kerntrupp des deutschen Industrieproletariats, ohne den keine Revolution siegen könne. Indem die reformistischen Führer diese organisierte Hauptmasse der Arbeiterklasse vom Kampf gegen die kapitalistische Ordnung abhielten, lähmten sie die Kraft der Arbeiterklasse. Deshalb verpflichtete Ernst Thälmann jeden Kommunisten, »im zähen Kleinkrieg um jedes Proletarierhirn [zu] ringen« und mitzuhelfen, die Arbeiter »über die verschiedenen Gefechte und Kämpfe hinaus bis zur Hauptschlacht ... um die proletarische Diktatur« zu gewinnen.²⁸

Thälmann deckte in seinem Referat die Fehler und Versäumnisse in der Gewerkschaftsarbeit der KPD auf. Er wies warnend darauf hin, daß die KPD noch von der Mehrheit der Millionen Arbeiter in den Gewerkschaften Deutschlands isoliert sei. Diese Isolierung der Partei von den Massen sei die sicherste Garantie für die Macht der Bourgeoisie und für die kapitalistische Stabilisierung. Sie erleichtere auch den rechten SPD- und Gewerkschaftsführern ihre opportunistische Politik, die das monopolkapitalistische System und den imperialistischen Staat stütze. Thälmann schlußfolgerte daraus, daß die Gewerkschaftsfrage den Knotenpunkt aller politischen Probleme bilde und daß die KPD letzten Endes durch die Gewerkschaftspolitik ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse entscheide.

Mit allem Nachdruck betonte Thälmann, daß »die Gewerkschaftsfrage

24 Vgl. IML, ZPA, I 6/3/88; 3/1/520.

25 Vgl. ebenda, 5/1/530; I 2/2/31.

26 Ebenda, I 6/3/151.

27 Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Berlin vom 12. bis 17. Juli 1925, Berlin 1926, S. 519.

28 Ebenda, S. 530, 543,

keine Ressortfrage« ist, »sondern ein politisches Problem im weitesten Sinne des Wortes«.²⁹ Er forderte, mindestens 75 Prozent der Arbeitskraft der Partei auf die gewerkschaftliche und gewerkschaftspolitische Arbeit zu konzentrieren. Nicht allein aus Disziplin, sondern aus Überzeugung mußten die Kommunisten in die Gewerkschaften eintreten, dort Tag für Tag die Interessen ihrer Kollegen vertreten, sich als gute Gewerkschafter bewähren und dadurch Verständnis für die Politik der KPD unter den Arbeitern verbreiten.

Große Bedeutung maß Thälmann dem Kampf um die Gewerkschaftseinheit bei, die es vor allem in den Betrieben und im täglichen Ringen um die sozialen Belange der Arbeiter zu schmieden galt. Zugleich forderte er, die Überführung der revolutionären gewerkschaftlichen Sonderorganisationen, die in einigen Industriezweigen nach 1923 entstanden waren, in die freien Gewerkschaften abzuschließen und die Spaltungsversuche rechter Gewerkschaftsführer entschlossen zu durchkreuzen.

Im Referat und besonders im Schlußwort lenkte Thälmann die Aufmerksamkeit der Genossen auch darauf, ähnlich wie in den Gewerkschaften auch in den anderen großen Massenorganisationen, vor allem in den Sportverbänden und in den Konsumgenossenschaften, in denen ebenfalls Millionen Arbeiter organisiert waren, »in Zukunft eine viel tiefergehende organisatorisch-politische Arbeit zu leisten, als es bisher der Fall gewesen ist«³⁰.

Ernst Thälmann hatte die Gewerkschaftspolitik als eine Grundfrage der Entwicklung der Partei und ihres Kampfes gegen Imperialismus und Opportunismus behandelt. Seine Darlegungen waren von allgemeingültiger Bedeutung. Überzeugend hatte er Sinn und Zweck der Gewerkschaftsarbeit der Partei herausgearbeitet. Thälmanns Referat widerspiegelte, daß er sich die Leninsche Lehre von der Partei und den Wechselbeziehungen zwischen ihr, der Klasse und den Massen angeeignet hatte und es verstand, sie auf die Bedingungen in Deutschland anzuwenden. Seine Ausführungen fanden ihren Niederschlag in der »Resolution zur Arbeit der Kommunisten in den freien Gewerkschaften«³¹ und im »Beschuß über gewerkschaftliche Zugehörigkeit und Betätigung der KPD-Mitglieder«.

Die Kräfte um Ernst Thälmann erreichten, daß in den Beschlüssen des

29 Ebenda, S. 533.

30 Ebenda, S. 628.

31 Vgl. Dokumente und Materialien..., Bd. VIII, S. 181–186.

Parteitages die relative Stabilisierung des Kapitalismus im wesentlichen richtig eingeschätzt, ein kontinuierlicher Kampf für die wirtschaftlichen Tagesinteressen der Werktätigen gefordert und das Verhältnis der Partei zu den Massen prinzipiell geklärt wurde. Mit der Annahme eines neuen Parteistatuts³², das Ottomar Geschke begründet hatte, wurden die statutarischen Voraussetzungen für die weitere Gestaltung des Parteilebens im Leninschen Sinne geschaffen. Erstmals wurde im Statut festgelegt, daß die Betriebszellen Grundlage der Parteiorganisation sein müssen. An die Stelle der bisherigen Zentrale trat das Zentralkomitee als höchstes Organ der Partei zwischen den Parteitag. Der Zentralausschuß wurde abgeschafft, zwischen den Parteitagen sollten wichtige Fragen nunmehr auf Parteikonferenzen erörtert werden.

Der innerparteiliche Kurs der Ultralinken, ihre Mißachtung der kollektiven Arbeit und der Meinung der Mitgliedschaft und ihre Unterdrückung der Kritik hatten jedoch dazu geführt, daß ein beträchtlicher Teil der Delegierten des Parteitages in wichtigen Grundfragen keine Klarheit gewann. Das ermöglichte es Ruth Fischer und ihren Anhängern, ihre Politik der doppelten Buchführung fortzusetzen, sich in Worten lautstark zu einer marxistisch-leninistischen Politik zu bekennen und in der Praxis eine solche Politik ständig zu sabotieren. Die schwere Krise, in der sich die KPD befand, wurde weiter vertuscht. Der 10. Parteitag hatte endgültig bewiesen, daß die Ultralinken weder fähig noch willens waren, die KPD an die Massen heranzuführen und zu sichern, daß sie sich als revolutionäre, internationalistische Kampfpartei weiterentwickelte. Der Parteitag hatte auch gezeigt, daß die leninistischen Kräfte um Ernst Thälmann noch nicht stark genug waren, um sich aus eigener Kraft gegen die Ultralinken durchzusetzen. Ruth Fischer und der gegen den Widerstand Ernst Thälmanns wieder in das Politbüro gewählte Werner Scholem behaupteten in der Parteiführung auch nach dem Parteitag den entscheidenden Einfluß.

Im EKKI wurde diese komplizierte Situation richtig erkannt. Es war bestrebt, Ernst Thälmann und den anderen leninistischen Kräften zu helfen, die ultralinke, sektiererische Politik zu überwinden und eine stabile, marxistisch-leninistische Parteiführung zu schaffen. Das war die erste Voraussetzung dafür, daß die KPD befähigt wurde, die Arbeiterklasse zum wirksameren Kampf gegen den Imperialismus zu mobilisieren. Dem ZK der KPD wurde vorgeschlagen, eine repräsentative Delegation

32 Vgl. ebenda, S. 171–181.

nach Moskau zu schicken, um gemeinsam mit dem Präsidium des EKKI den Weg zur Überwindung der Krise in der KPD zu beraten.

Ruth Fischer und ihre Anhänger wiesen das jedoch zurück. Sie stellten die scharfe Kritik, die D. S. Manuïlski, der Leiter der EKKI-Delegation zum 10. Parteitag, an der Politik der KPD geübt hatte, als Ausdruck persönlicher Meinungsverschiedenheiten hin. Statt einer repräsentativen Delegation der Partei, wie es die Situation erfordert hätte, wurden – wahrscheinlich am 21. Juli – Ernst Schneller, Ottomar Geschke und Otto Kühne zur Beratung beim EKKI entsandt. Diese erhielten überdies den Auftrag, durchzusetzen, daß Manuïlski wegen seines Auftretens auf dem 10. Parteitag kritisiert werde. Eine prinzipielle Aussprache mit dem Präsidium des EKKI wollten die Ultralinken umgehen. Ernst Thälmann protestierte gegen dieses Verfahren. Im Politbüro trat er gemeinsam mit Philipp Dengel und Hermann Remmele dafür ein, eine wirklich repräsentative Vertretung zum EKKI zu entsenden. Sie wurden jedoch noch überstimmt. Auf der Tagung des Zentralkomitees am 22. Juli konnte Thälmann dann wenigstens durchsetzen, daß Heinz Neumann, der als Vertreter der KPD beim EKKI die Kräfte um Thälmann unterstützte, in die KPD-Delegation einbezogen wurde.³³

In dieser Sitzung des ZK unterbreitete Ernst Thälmann wichtige Vorschläge für die weitere Arbeit der KPD. Er kritisierte, daß der Inhalt der Parteiarbeit vorwiegend in Kundgebungen, in der Durchführung von Kampagnen und in allgemeiner Agitation gesehen wurde. Um die Massen mit der kommunistischen Politik vertraut zu machen und sie zu gewinnen, genügten Großkundgebungen nicht, vielmehr brauche die Partei hierzu ein organisatorisches Fundament, starke und arbeitsfähige Betriebszellen und Positionen in den Gewerkschaften. Besonders wichtig seien die Einheitskomitees und die »Rußlandausschüsse«, die die Reise der ersten deutschen Arbeiterdelegation in die Sowjetunion vorbereitet hatten. Thälmann wies die Auffassung zurück, diese Komitees hätten nach der Abreise der Delegation am 14. Juli ihre Aufgabe erfüllt. Jetzt komme es vielmehr darauf an, diese Einheitskomitees darauf zu orientieren, die Reisen von weiteren Arbeiterdelegationen in die Sowjetunion vorzubereiten und die zurückgekehrten Delegierten in Betrieben und Gewerkschaften berichten zu lassen. Es müsse auch versucht werden, die Komitees für den Kampf um die politischen und sozialen Forderungen der Arbeiter zu gewinnen.

³³ Vgl. IML, ZPA, I 2/1/27; I 6/3/144.

Über die Stellung zur SPD entwickelte Thälmann Gedanken, die von den ultralinken Sektierern jahrelang als Rechtsopportunismus verketzert worden waren. Er trat dafür ein, bei den bevorstehenden Bürgermeisterwahlen in Dortmund und Wilhelmshaven die sozialdemokratischen Kandidaten zu unterstützen. Die KPD könne sich nicht abseits stellen, wenn die Gefahr bestehe, daß Deutschnationale gewählt würden. Auf den Zwischenruf Scholems, das sei die Politik des kleineren Übels, entgegnete Thälmann: Wenn ein sozialdemokratischer Kandidat mit unseren Stimmen gewählt wird und wir in einer Erklärung unsere Forderungen im Interesse der Arbeiter unterbreiten, erhält die KPD einen günstigen Ausgangspunkt in allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Kämpfen. Wenn die Kommunisten zulassen, daß ein Deutschnationaler gewählt wird, werden es die Massen nicht verstehen und sich von der KPD trennen.

Erneut erwies sich hier Ernst Thälmann als wirklich revolutionärer Politiker, als erklärter Gegner ultralinken Phrasen, leerer radikaler Formeln. Er war ein entschiedener Vorkämpfer für eine leninistische Einheitsfrontpolitik, für eine enge Kampfgemeinschaft zwischen Kommunisten und sozialdemokratischen Arbeitern. Sein Standpunkt wurde auch im Zentralkomitee von der Mehrheit der Mitglieder unterstützt.³⁴

In der Führung der KPD hatte die entscheidende Auseinandersetzung zwischen den revolutionären proletarischen Kräften, die sich jetzt als feste Gruppe um Ernst Thälmann zusammenschlossen, und der Gruppe Fischer/Maslow begonnen. Die Ultralinken führten diese Auseinandersetzung mit allen Mitteln fraktioneller Intrige. Für Ernst Thälmann war sie politisch-ideologischer Kampf, der notwendig war, um die Partei zu befähigen, ihre Aufgaben im Kampf gegen den Imperialismus und für die sozialen und demokratischen Tagesinteressen der Massen besser zu erfüllen.

In Moskau trat unmittelbar nach dem Eintreffen der drei KPD-Vertreter das Präsidium des EKKI zusammen. In einer – wie Ottomar Geschke berichtete – stürmischen Beratung wurden die linkssektiererischen Positionen scharf kritisiert und das Ansinnen Ruth Fischers und ihrer Anhänger, das Auftreten D. S. Manuïlskis auf dem 10. Parteitag zu desavouieren, zurückgewiesen. Ernst Schneller erhielt den Auftrag, nach Berlin zurückzukehren, das Zentralkomitee, zumindest aber das Politbüro über die Beratung zu informieren und mitzuteilen, das EKKI halte es für

³⁴ Vgl. ebenda, I 2/1/27.

notwendig, daß das ZK der KPD eine zur Klärung aller Fragen legitimierte Delegation nach Moskau entsende.³⁵

Zur Unterstützung der leninistischen Kräfte in der KPD schickte das EKKI gleichzeitig einen eigenen Vertreter nach Berlin. Er beriet sich ausführlich mit Ernst Thälmann, der mit dem EKKI-Vertreter übereinstimmte, daß jetzt die Gegensätze im ZK ausgefochten werden müßten.³⁶ Die Kommunistische Internationale baute voll und ganz auf Thälmann, den einflußreichsten und in der Partei angesehensten unter den Mitgliedern der Parteiführung, die auf leninistischen Positionen standen. Das gab Ernst Thälmann starken Rückhalt im Kampf gegen die Machenschaften der Ultralinken. Wie der EKKI-Vertreter mitteilte, beabsichtigte Thälmann, die Berichterstattung Schnellers im ZK oder Politbüro zu nutzen, um »an Hand einer politischen Kritik sich mit der Exekutive völlig zu solidarisieren und jene Scheidung der Geister herbeizuführen, die nach Sachlage der Dinge ... unausbleiblich ist«³⁷. Doch dazu kam es zunächst nicht, denn die Ultralinken verhinderten ein Zusammentreten der Führungsgremien der Partei. Ruth Fischer lehnte am 27. Juli telegrafisch die Entsendung einer größeren Delegation ab und kündigte an, nur Ernst Schneller werde wieder nach Moskau kommen.

Zur Klärung der Situation in der KPD beschloß das EKKI Ende Juli, eine aus 16 führenden Funktionären von 12 Bruderparteien bestehende Kommission einzusetzen, der unter anderen N. I. Bucharin, Georgi Dimitroff, Sen Katayama, Vasil Kolarov, Otto Kuusinen, D. S. Manuilski, O. A. Pjatnizki, G. J. Sinowjew, J. W. Stalin sowie je ein Vertreter der Italienischen Kommunistischen Partei und der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei angehörten. Ottomar Geschke, den die Aussprachen im Präsidium des EKKI veranlaßt hatten, sich fest der Gruppe um Thälmann anzuschließen, fuhr nach Berlin, um das Zentralkomitee über diesen Beschluß zu informieren und es aufzufordern, endlich eine Delegation zusammenzustellen, der auch Funktionäre aus den Bezirken angehörten und die die KPD wirklich repräsentieren konnte.³⁸

Am 31. Juli entwickelte Ernst Thälmann in einem Brief an Heinz Neumann wichtige Gedanken für die Überwindung der von den Ultralinken verursachten Krise in der Partei. Diese Überlegungen fanden auch

35 Vgl. ebenda, I 2/1/28.

36 Vgl. ebenda, I 6/3/146. — Der Name des EKKI-Vertreters wurde noch nicht ermittelt.

37 Ebenda, I 6/3/146.

38 Vgl. ebenda, I 2/1/28.

in dem zwei Wochen später ausgearbeiteten Offenen Brief des EKKI ihren Niederschlag. Thälmann bezeichnete es als vordringlich, auf praktischem Gebiet Maßnahmen zu ergreifen, die die Politik der Partei den Arbeitern näherbringe. Er schlug vor, neue Kräfte in das Politbüro aufzunehmen und in den Bezirken neue Kräfte an die Spitze der Partei zu stellen, »gute Arbeiter aus den Betrieben und Gewerkschaften, damit endlich mal die Klüngelwirtschaft aufhört und wirkliche praktische Arbeit geleistet wird ... Also, Heinz, *Umgruppierung notwendig*, mehr Freiheit und Rechte in der Mitgliedschaft, größere Basis des Vertrauens und mehr kollektive Arbeit überall. Ferner auf theoretischem Gebiet Änderungen. Dann, was Gew[erkschafts]arbeit anbetrifft, bin ich mit vielen der Meinung, daß unbedingt Änderungen vorzunehmen sind: Erweiterung und Verbesserung dieser ersten Arbeit, noch dazu, wo wirklich eine langsame Umgruppierung in der Arbeiterschaft vor sich geht.«³⁹

Anfang August informierte Ottomar Geschke in Berlin Ernst Thälmann, Philipp Dengel, Wilhelm Florin und andere Genossen über die Aussprachen in Moskau. Ausführlich berichtete er in der Sitzung des ZK am 6. und 7. August. Ruth Fischer versuchte vor dem Zentralkomitee, die Schuld an den Mängeln und Fehlern in der Parteiarbeit von sich und ihren Anhängern abzuwälzen. Ernst Thälmann dagegen deckte schonungslos die Schwächen in der KPD auf. Nachdrücklich warnte er davor, die berechnete, vorwärtsweisende Kritik des EKKI zu mißachten. »Ich muß besonders betonen«, schrieb Geschke an das EKKI, »daß Teddy und Dengel sich gewaltig ins Zeug gelegt haben, die Ruth und die Berliner arg bedrängten.«⁴⁰ Das Zentralkomitee beschloß, Ernst Thälmann, Philipp Dengel, Ruth Fischer, John Schehr, Wilhelm Schwan, Max Strötzel sowie die drei schon in Moskau weilenden Genossen — Otto Kühne, Heinz Neumann und Ernst Schneller — zur Aussprache mit dem Präsidium des EKKI zu bevollmächtigen.⁴¹

Am 11. August 1925 verließ Thälmann in einem Flugzeug der Deutsch-Russischen Luftverkehrsgesellschaft Berlin. Mit ihm flog auch Wilhelm Schwan, der Politische Sekretär des Bezirks Ruhrgebiet, ein Bergarbeiter, der zu den Ultralinken zählte, den aber Thälmann mit großer Geduld für die von ihm vertretene politische Linie zu gewinnen suchte. Die anderen Delegierten waren bereits früher abgereist. Bei der Zwischenlandung in

39 Ebenda, I 2/2/31.

40 Ebenda, I 6/3/151.

41 Vgl. ebenda, I 2/1/28.

Smolensk empfingen Genossen des Gouvernementskomitees der KPR(B) die beiden Vertreter der KPD. Nach Gesprächen im Gouvernementskomitee besuchte Thälmann am Abend das Haus der Bauern und besichtigte dort das Museum, das Wohnheim, die Bibliothek und den Lesesaal. Über zwei Stunden unterhielt er sich mit den Bauern, die aus der Umgebung von Smolensk gekommen waren und ihn mit ihren Fragen überschütteten. In seinen kurzen Abschiedsworten versicherte er ihnen, daß in Deutschland die revolutionären Arbeiter im Bündnis mit den Bauern Kräfte sammeln, um in geeinter Front gegen die Kapitalisten und Junker aufzutreten. Am anderen Morgen flogen Thälmann und Schwan nach Moskau weiter, wo noch am gleichen Tag, dem 12. August, die Beratung mit der Kommission des EKKI begann.⁴²

D. S. Manuilski, N. J. Bucharin und G. J. Sinowjew legten dar, wie Ruth Fischer und ihre Anhänger systematisch alle Vorschläge des EKKI, die Politik der Partei zu verbessern und den innerparteilichen Kurs zu normalisieren, in den Wind geschlagen und mit einem versteckten Kampf gegen die Kommunistische Internationale beantwortet hatten. Ausführlich erläuterten sie die aktuellen politischen und organisatorischen Aufgaben der KPD. Einmütig wurden ihre Darlegungen von den anderen Vertretern der Bruderparteien unterstützt. Im Gegensatz zu Ruth Fischer, die ihren politischen Kurs zu verteidigen suchte, nahmen besonders Philipp Dengel, John Schehr und Ernst Schneller kritisch zur Lage in der KPD Stellung und unterstützten die Bemühungen des EKKI, die notwendige Wende in der Politik der KPD herbeizuführen.⁴³

Wieder äußerte sich Ernst Thälmann von allen KPD-Vertretern am kritischsten und konstruktivsten zu den aufgeworfenen Fragen. Die KPD, erklärte er, werde von den Ultralinken ruiniert. Er scheute sich nicht zuzugeben, daß er und seine Kampfgefährten es nicht vermocht hatten, schon früher und aus eigener Kraft so entschlossen gegen die Ultralinken aufzutreten, wie es jetzt geschah. Die wichtigsten innerparteilichen Aufgaben der nächsten Zeit sah Thälmann darin: 1. Jeder Genosse muß von der Schädlichkeit und Gefährlichkeit des ultralinken Sektierertums überzeugt werden. 2. Das Regime der persönlichen Diktatur, wie es Ruth Fischer und ihre Anhänger praktizierten, ist durch kollektive Arbeit zu ersetzen. 3. Alle Kräfte müssen zur Parteiarbeit herangezogen werden.

42 Vgl. И. Д. Кролик: Эрнст Тельман в Смоленске. In: Ежегодник германской истории, Moskau 1973, S. 348/349.

43 Vgl. IML, ZPA, Moskau, Fond 495, Opis 1, ed. chr. 113. – IML, ZPA, I 6/3/88.

4. Es muß endlich eine systematische theoretische Schulung und Erziehung der Mitglieder und Funktionäre durchgeführt werden. Mit diesen Grundsätzen formulierte Ernst Thälmann ein konkretes Programm für den Weg aus der inneren Krise der Partei. In ihnen drückte sich seine Abneigung gegen unfruchtbares Gezänk, gegen Cliquenwirtschaft und leeres Geschwätz aus. Klar und einfach wurden hier leninistische Normen der Parteiarbeit auf die spezifische Situation in der KPD des Jahres 1925 angewandt. Thälmann verurteilte die nationalistische, antileninistische Haltung der Ultralinken und bekundete nachdrücklich, daß er eine konsequent internationalistische Position und eine enge Verbindung mit der KPR(B) als lebensnotwendig für die KPD halte. Schonungslos werde er alle Angriffe gegen die Kommunistische Internationale und gegen die KPR(B) bekämpfen, weil sie zu einer Schwächung der Positionen der KPD im Kampf gegen den deutschen Imperialismus führen und ihr den internationalen Rückhalt in diesem schweren Ringen nehmen würden.⁴⁴

Am 14. August wurde die Beratung unterbrochen, um entsprechend einer Anregung Ernst Thälmanns die Ergebnisse in einem Offenen Brief an die KPD niederzulegen und Vorschläge für eine Umgruppierung der Kräfte in der Parteiführung zu erarbeiten, die sichern sollten, daß die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale und die der KPD wirklich durchgeführt würden.

Am 20. August trat die Kommission erneut zusammen. Ernst Thälmann schlug vor, in das Politbüro die Genossen Conrad Blenke, Philipp Dengel, Ottomar Geschke, Fritz Heckert, Hermann Remmele, Wilhelm Schwan und Ernst Thälmann zu wählen, aber auch Ruth Fischer und Arcady Maslow darin zu belassen, um zu verhindern, daß sie durch ein Geschrei über ihre Absetzung und über die Aufnahme von angeblich Rechten Teile der Partei irreführten. Thälmann, Dengel und Schwan sollten das Präsidium des Politbüros bilden. Die Funktion eines politischen Sekretärs des Politbüros sollte Arthur Ewert übertragen werden. Für das Orgbüro waren die Genossen Hugo Eberlein, Wilhelm Florin, Ottomar Geschke, Artur Golke, Wilhelm Pieck, Paul Schlecht, Ernst Schneller und Werner Scholem, als Orgsekretäre Geschke und Florin vorgesehen. Heckert wurde als Leiter der Gewerkschaftsabteilung und Wilhelm Koenen als Leiter der Kommunalabteilung vorgeschlagen. Diese Vorschläge wurden einstimmig gebilligt. Der KPD-Delegation wurde empfohlen, die neuen

44 Vgl. IML, ZPA, I 6/3/88.

Führungsgremien vom Zentralkomitee wählen zu lassen. Dann stimmten alle Teilnehmer dem »Offenen Brief« zu und unterzeichneten ihn.⁴⁵

Der »Offene Brief« analysierte gründlich die Lage in der KPD und verurteilte die Ultralinken, ihr Sektierertum, ihre Abweichungen vom Marxismus-Leninismus und ihre Preisgabe des proletarischen Internationalismus. Das Dokument orientierte die Partei auf die Eroberung der Massen und forderte, ein neues Verhältnis zu den sozialdemokratischen Klassengenossen herzustellen, eine bewegliche Einheitsfrontpolitik durchzuführen und die Kräfte auf die Gewerkschaftsarbeit zu konzentrieren. Es bestätigte nachdrücklich all das, was Ernst Thälmann bereits auf dem 10. Parteitag über die Bedeutung der Gewerkschaftsarbeit und über das Verhältnis zu den sozialdemokratischen Arbeitern gesagt hatte. Der »Offene Brief« forderte, die Leninschen Normen des Parteilebens in der KPD konsequent anzuwenden, den Schwerpunkt der Parteiarbeit auf die Betriebe zu verlagern, die Betriebszellen zur Grundlage des Parteaufbaus zu machen sowie die Prinzipien des demokratischen Zentralismus systematisch durchzusetzen.⁴⁶

Am 1. September 1925 stimmte das ZK der KPD dem »Offenen Brief« zu und wählte die leitenden Gremien der Partei in der in Moskau vorgeschlagenen Zusammensetzung. Damit wurde die politische und organisatorische Führung der Partei in die Hände Ernst Thälmanns und seiner Kampfgefährten gelegt.⁴⁷

Ernst Thälmann war 39 Jahre, als ihn das Vertrauen der revolutionären deutschen Arbeiterklasse und der Kommunistischen Internationale an die Spitze der zweitstärksten kommunistischen Partei der Erde berief. Kontinuierlich hatte Thälmann sich in den Reihen der KPD als proletarischer Klassenkämpfer und Berufsrevolutionär entwickelt und sich in zahlreichen Klassenschlachten bewährt. Sein konsequent internationalistischer Standpunkt hatte sich weiter gefestigt; er ging konsequent von der Erkenntnis aus: Die deutsche Arbeiterklasse kann nur im Bunde mit der Sowjetunion, ihre Partei kann nur auf dem von Lenin und der Partei der Bolschewiki gewiesenen Wege im Kampf gegen den Imperialismus bestehen.

Ernst Thälmann hatte reiche Kampferfahrungen erworben, sich mit großem Fleiß umfangreiche politische Kenntnisse angeeignet, sich als

45 Vgl. IML, ZPA, Moskau, Fond 495, Opis 1, ed. chr. 113.

46 Vgl. Dokumente und Materialien..., Bd. VIII, S. 913–933.

47 Vgl. IML, ZPA, I 2/1/29.

erfahrener Marxist-Leninist erwiesen und sich unter den deutschen Kommunisten am entschlossensten dafür eingesetzt, die KPD zu einer starken und schlagkräftigen marxistisch-leninistischen Massenpartei, zur Führerin des Proletariats im revolutionären Befreiungskampf zu schmieden. Im Kampf für den Sturz der imperialistischen Ausbeuterordnung und für die Schaffung der neuen, sozialistischen Gesellschaft, der sein Leben bestimmte, suchte er am kühnsten nach neuen Wegen, die reformistisch beeinflussten Arbeiter für eine revolutionäre Klassenpolitik zu gewinnen.

In den Auseinandersetzungen mit den Ultralinken hatte sich gezeigt, daß er fraktionelles Machtstreben verabscheute und daß ihm pseudo-radikales Getue zuwider war. Durch die Aufrichtigkeit und Geradlinigkeit seines Wesens und durch seinen revolutionären Optimismus hatte er sich das Vertrauen des revolutionären deutschen Proletariats erworben.

Mit Ernst Thälmann und seinen Kampfgefährten Philipp Dengel, Hugo Eberlein, Arthur Ewert, Wilhelm Florin, Ottomar Geschke, Fritz Heckert, Wilhelm Pieck, Hermann Remmele, Ernst Schneller und anderen übernahmen erfahrene, marxistisch-leninistische Funktionäre die Leitung der Partei.

Dritter Teil
1925–1929



1

Für einen starken linken Flügel in der Arbeiterbewegung

Die Übernahme der Parteiführung durch Ernst Thälmann und seine Kampfgefährten eröffnete einen neuen Abschnitt in der Entwicklung der KPD. Unter Leitung Ernst Thälmanns wurden die Lehren Lenins systematisch und umfassend in die Partei und in die Arbeiterklasse getragen. Schwerpunkt der Parteiarbeit wurde die Tätigkeit in den Betrieben und Gewerkschaften; die organisationspolitische Umstellung der KPD auf Betriebszellen wurde nun konsequent vorangetrieben. Gestützt auf die Hilfe der Kommunistischen Internationale, konzentrierten sich das Zentralkomitee und das Politbüro darauf, linkssektiererische und rechtsopportunistische Abweichungen in den eigenen Reihen zu überwinden, die Partei zu festigen und ihren Einfluß auf die Massen zu vergrößern, sie zu befähigen, den Klassenkampf gegen das Monopolkapital erfolgreich zu führen.

Als Ernst Thälmann an die Spitze der KPD trat, befand sich die Partei – vor allem im Ergebnis der Politik der Ultralinken – an einem Tiefpunkt ihrer Entwicklung. Ihre Mitgliederzahl war auf 114 000 gesunken, ihr Masseneinfluß bedenklich zurückgegangen. Im Verlauf eines Jahres, vom Mai 1924 bis zum April 1925, hatten sich 1,7 Millionen Wähler von ihr abgewandt. Die starken Positionen, die die KPD in den Jahren der revolutionären Nachkriegskrise in den Betrieben und in den freien Gewerkschaften erobert hatte, waren größtenteils verloren. Erschreckend deutlich wurde das auf dem Kongreß des ADGB, der vom 31. August bis 4. September 1925 tagte: Unter den 313 Delegierten gab es lediglich zwei Kommunisten, während unter den 690 Delegierten des Gewerkschaftskongresses im Juni 1922 noch 90 KPD-Mitglieder gewesen waren.

Zweifelloos hatte der Rückgang des Masseneinflusses der KPD auch objektive Ursachen. Deutschland befand sich, wie die meisten anderen kapitalistischen Länder, seit 1924 in einem wirtschaftlichen Aufschwung.

Gestützt auf Kredite ausländischer Monopole und umfangreiche eigene Investitionen, modernisierte das Monopolkapital den veralteten Produktionsapparat und erweiterte die Produktionskapazität. Die Produktion erreichte relativ schnell den Vorkriegsstand, sie verdoppelte sich bis 1928 im Vergleich zu 1923. Die Hauptlast dieser kapitalistischen Stabilisierung trug freilich die Arbeiterklasse. Der Achtstundentag wurde weitgehend aufgehoben, und die kapitalistische Rationalisierung verschärfte die Ausbeutung. Andererseits konnte die Arbeiterklasse erhebliche Lohn-erhöhungen erzwingen; der Reallohn stieg vor allem im zweiten Halbjahr 1924 und 1925 schnell an. Die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter im Vergleich zum Elend der Kriegs- und Inflationszeit nutzte die herrschende Klasse, um ihren Einfluß zu erweitern. Die rechten Führer der SPD und der freien Gewerkschaften vermochten es, reformistische Illusionen zu beleben und ihren ideologischen und organisatorischen Einfluß in der Arbeiterklasse wieder auszudehnen. Dem war von der KPD durch die fehlerhafte, antileninistische Politik der Ultralinken ungenügend Widerstand geleistet worden.

Mit den Beschlüssen des V. Weltkongresses, der V. Tagung des Erweiterten EKKI und mit dem »Offenen Brief« hatte die Kommunistische Internationale der KPD den Weg gewiesen, wie sie neuen Masseneinfluß erlangen und ihre Schlagkraft erhöhen konnte. Jetzt galt es, die Mitglieder und Funktionäre der Partei für diese einzig richtige Politik zu gewinnen und – als eine grundlegende Voraussetzung für das Erstarken der KPD und für die Ausarbeitung einer realistischen politischen Linie – aus der neu formierten Parteiführung und anderen erfahrenen, auf dem Boden des Marxismus-Leninismus stehenden Funktionären einen kollektiv arbeitenden Führungsstab zu entwickeln.

Die Position an der Spitze der Partei brachte für Ernst Thälmann ein Höchstmaß an Verantwortung. Sein Blick mußte sich nun stets auf die Parteiarbeit in ihrer Gesamtheit richten. Von ihm wurde Anleitung für die Partei und für die verbündeten proletarischen Massenorganisationen, wurde Orientierung in den grundlegenden Fragen des Klassenkampfes, wurden die entscheidenden politischen Initiativen erwartet. Seine neue Funktion bot ihm aber auch viel größere Möglichkeiten, um in der Partei seine marxistisch-leninistische Konzeption vom Wesen und der Arbeitsweise einer Partei neuen Typs, von den Aufgaben der KPD, seinen klaren Kurs auf die Gewinnung der Massen für den Kampf gegen die imperialistische Herrschaft zur Geltung zu bringen. Nach wie vor suchte er

als Parteiführer engsten Kontakt mit den Arbeitern und nutzte jede Gelegenheit, um in Parteiversammlungen und auf Kundgebungen zu sprechen, selbst den Massen die Politik der KPD zu erläutern. In den Vordergrund rückte aber jetzt sein Auftreten zu den Grundfragen der Politik der Partei im Zentralkomitee und im Politbüro, in der Parteipresse, auf Konferenzen der Bezirkssekretäre und Redakteure sowie des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands (KJVD) und des Roten Frontkämpferbundes. Ungleich mehr als früher mußte er sich jetzt mit der Arbeit im Zentralkomitee und in dessen Apparat befassen.

Im Anschluß an die Tagung des Zentralkomitees am 1. September 1925 fand eine Konferenz der Bezirkssekretäre und Redakteure statt. Ernst Thälmann legte das Wesen der ultralinken Positionen bloß und sprach offen aus, daß die von den Ultralinken geprägte Politik der Partei zwischen dem 9. und dem 10. Parteitag falsch gewesen war, daß gerade sie das Herankommen an breitere Schichten des Proletariats verhindert hatte. Er informierte über die Beratung vom 12. bis 20. August. Entschieden verwahrte sich Ernst Thälmann gegen die Behauptung Ultralinken, bei der Diskussion über den »Offenen Brief« handele es sich um einen Kampf des EKKI und einer Thälmann-Gruppe gegen Ruth Fischer und Arcady Maslow. Es gehe nicht um diese zwei Personen, sondern um das weitere Schicksal der Partei. Es gelte, die KPD als revolutionäre, marxistisch-leninistische Kampfpartei weiterzuentwickeln, ihre Verbindung mit den Massen zu festigen und die Beziehungen zur Kommunistischen Internationale und zur KPR(B) zu vertiefen. Die KPD müsse befähigt werden, die parteilosen und sozialdemokratischen Arbeiter zu gewinnen. Diesen Millionen Arbeitern müsse sie beweisen, daß sie allein für die täglichen Interessen der Werktätigen und für die Überwindung des Kapitalismus kämpft. Die alte, sektiererische Politik fortzusetzen würde dagegen bedeuten, die KPD restlos von den Massen abzukapseln und ihr damit die Fähigkeit zu nehmen, die Arbeiterklasse im Kampf um die Befreiung von imperialistischer Ausbeutung zu führen. In seiner Argumentation griff Thälmann auf die Erfahrungen der Partei der Bolschewiki zurück. Er hob hervor, daß Lenins Werk »Der »linke Radikalismus«, die Kinderkrankheit im Kommunismus« für die KPD ein Leitfaden in ihrem Kampf gegen Links- und Rechtsopportunismus sei.

Ernst Thälmann forderte die Konferenzteilnehmer auf, gemeinsam mit den neuen Führungsgremien der Partei die notwendige »politische Kursänderung« durchzusetzen. Der ultralinken Unterstellung, der »Offene

Brief« der Kommunistischen Internationale zwingt die KPD zu einer Rechtsschwenkung, hielt er entgegen, daß der Sinn des Eingreifens des EKKI darin bestehe, »die Partei auf einen neuen Weg zu bringen, der zu den proletarischen Massen in ganz Deutschland führt«.¹ Die große Mehrheit der Parteimitglieder habe das – im Gegensatz zu Fischer, Maslow und einigen ihrer Anhänger – aus eigener Erfahrung und mit Hilfe der Komintern begriffen. Daher werde das Zentralkomitee den Genossen gegenüber Konsequenzen ziehen, die versuchen würden, die notwendige Neuorientierung der Partei zu hintertreiben und ihre Hinwendung zu den Massen weiterhin zu blockieren.

Ernst Thälmann schlug vor, den »Offenen Brief« des EKKI in den nächsten sechs bis acht Wochen in der ganzen Partei zu diskutieren und dann zum Abschluß eine Parteikonferenz durchzuführen. In dieser Diskussion gelte es, sich näher mit den Grundsätzen einer bolschewistischen Partei vertraut zu machen. Es komme vor allem darauf an, hob Thälmann hervor, die innerparteiliche Demokratie wiederherzustellen, den Parteaufbau zu reorganisieren und die Betriebszellen, wie im Statut vorgesehen, in der Tat zum Fundament der Parteiorganisation zu entwickeln und die Verbundenheit der KPD mit der Kommunistischen Internationale zu festigen.

Die überwältigende Mehrheit der Funktionäre stellte sich ohne Zögern hinter die neue Parteiführung und befürwortete die Kursänderung. 93 Teilnehmer der Beratung stimmten dem »Offenen Brief« zu, 10 lehnten ihn ab, und 4 enthielten sich der Stimme. In einer Resolution faßte die Konferenz die Gedanken Thälmanns als Orientierung für die Parteidiskussion zusammen. In dem Beschluß wurde die Notwendigkeit unterstrichen, die offene, kritische Auseinandersetzung über den zurückliegenden ultralinken Kurs eng mit der Lösung der neuen organisatorischen und tagespolitischen Aufgaben, mit der zähen Kleinarbeit unter den Massen zu verbinden.²

Die Ultralinken setzten auch nach dieser offenkundigen Niederlage ihren Kampf gegen einen marxistisch-leninistischen Kurs der KPD fort. In der Berliner Parteiorganisation besaßen sie noch starken Rückhalt. Seit Jahren stand die Leitung dieser zahlenmäßig stärksten Bezirksorganisation völlig unter ihrem Einfluß. Weil der Ausgang der Diskussion in Berlin für die gesamte Partei bedeutsam war, widmete Ernst Thälmann

¹ IML, ZPA, I 2/2/6.

² Vgl. Dokumente und Materialien ..., Bd. VIII, S. 205–208.

dem Geschehen in diesem Bezirk besondere Aufmerksamkeit. Er sorgte dafür, daß in den folgenden Monaten an jeder Leitungssitzung dieser Bezirksorganisation ein Vertreter des ZK teilnahm. Sooft es ihm möglich war, übernahm er diese Aufgabe selbst. Bereits am 2. September referierte er auf der Sitzung der Bezirksleitung über die Beratung in Moskau.

Ernst Thälmann war bemüht, die Berliner Bezirksleitung für die Politik des ZK zu gewinnen. Im Namen des ZK räumte er Ruth Fischer und ihren Anhängern die Chance ein, durch ehrliche Arbeit einen Platz in der Partei zu finden.³ Ruth Fischer erreichte jedoch, daß die Mehrheit der führenden Funktionäre der Bezirksorganisation – ebenso wie die Berliner Vertreter auf der Konferenz am 1. September – jetzt und in den folgenden Tagen gegen den »Offenen Brief« auftrat. Um das Sektierertum der ultralinken Fraktion in Berlin zu überwinden, gingen Ernst Thälmann und andere Genossen der Parteiführung in die Grundorganisationen. Sie wollten vor allem die Parteimitglieder in den Betrieben für die Linie des »Offenen Briefes« gewinnen. Zweimal, am 1. und am 29. Oktober, erläuterte Ernst Thälmann den Zellen- und Gewerkschaftsfunktionären Groß-Berlins die nächsten politischen und organisatorischen Aufgaben der KPD.⁴ In seinem Artikel »Um den Kurs der Berliner Organisation« in der »Roten Fahne« vom 10. September erklärte er den Berliner Parteimitgliedern, daß es um die Frage gehe, welchen Kurs die KPD einschlagen müsse, um die Arbeiterklasse im Kampf um die politische Macht führen zu können. Die Diskussion in den Grundorganisationen und der Artikel Ernst Thälmanns halfen der Mehrheit der Berliner Mitglieder, sich vom Einfluß der ultralinken Wortführer zu lösen.

Die Auseinandersetzung mit den sektiererischen Kräften verband Ernst Thälmann eng mit praktischen Schritten zur Verbesserung der Massenarbeit. Dazu gehörte auch eine wesentliche Verstärkung der Jugendarbeit der Partei. Im Gegensatz zu den Ultralinken, die den KJVD unterschätzt und seine Anleitung vernachlässigt hatten, widmete Ernst Thälmann der Jugendarbeit große Aufmerksamkeit. In einer selbständigen, von der Partei geförderten und unterstützten revolutionären Jugendorganisation sah er das wichtigste Bindeglied der KPD zur Arbeiterjugend. Bereits in seiner Eröffnungsansprache auf dem 10. Parteitag hatte Ernst Thälmann die Kommunisten aufgefordert, dafür zu sorgen, daß die junge Generation »erzogen wird in kommunistischem Sinne« und »in ihren

³ Vgl. IML, ZPA, 5/1/530.

⁴ Vgl. Die Rote Fahne, 4., 31. Oktober 1925.

Reihen noch mehr Mut, Tapferkeit und Glauben an den Sieg der proletarischen Revolution zeigt».⁵

Anläßlich des 11. Internationalen Jugendtages am 6. September 1925 analysierte Ernst Thälmann in der »Roten Fahne« die Situation in der Arbeiterjugend. Er machte darauf aufmerksam, daß die Zahl der KJVD-Mitglieder und selbst der freigewerkschaftlich organisierten Jungproletarier im Vergleich zur Millionenschar der unorganisierten und der von den Organisationen des politischen Klerikalismus erfaßten Jungarbeiter verschwindend gering war. Diese ernste Tatsache müsse alle aufrütteln. »Das Wesen unserer bolschewistischen Taktik«, hob Thälmann hervor, »besteht in der Eroberung der proletarischen Massen für den Kommunismus, für die proletarische Diktatur, für die Revolution. Diese Aufgaben könnten wir nicht erfüllen, ohne die ausgebeutete, kampffähigste, von den opportunistischen Traditionen der legalen Vorkriegszeit freieste Schicht der Arbeiterklasse zu gewinnen: die proletarische Jugend.«⁶

Er forderte, die Jugendarbeit nicht länger zu unterschätzen und den jungen, noch schwachen Kommunistischen Jugendverband bedeutend mehr als bisher zu unterstützen. Dem KJVD stellte er die Aufgabe, seine Organisation besser auszubauen, sein ideologisches Niveau zu heben und seine Schlagkraft in den Tageskämpfen der arbeitenden Jugend in den Betrieben und Gewerkschaften zu stählen. Im gleichen Sinne sprach Ernst Thälmann auch am 6. September im Stadtpark von Barmbeck zu 20 000 Jugendlichen.

Um die Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kampf gegen den deutschen Imperialismus zu gewinnen, mußte die KPD vor allem ihr Verhältnis zur Sozialdemokratie klar bestimmen. Ernst Thälmann nahm die Rückkehr der ersten deutschen Arbeiterdelegation aus der Sowjetunion Ende August zum Anlaß, um zu diesem Problem prinzipielle Gedanken darzulegen. Er unterstrich, daß die KPD nur dann die Arbeiterklasse zum Kampf um die politische Macht führen kann, wenn es ihr gelingt, den Arbeitermassen jenes proletarische Machtbewußtsein wiederzugeben, das ihnen durch die opportunistische Politik der rechten SPD-Führer genommen worden war. Deshalb müsse ein neues Verhältnis zu den sozialdemokratischen Arbeitern hergestellt werden. Der Umschwung im Denken jener sozialdemokratischen Arbeiter, die als Gegner des Kom-

⁵ Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitages der KPD, S. 275.

⁶ Ernst Thälmann: Zum elften internationalen Jugendtag. In: Die Rote Fahne, 3. September 1925.

munismus von Stettin abgefahren waren und sich innerhalb weniger Wochen durch das eingehende Studium des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion vom Antisowjetismus gelöst hatten, bewiese, daß der politische und ideologische Standpunkt der sozialdemokratischen Arbeiter »nichts Feststehendes, nichts Unveränderliches, nichts Ewiges« sei. Es sei möglich, sie für eine proletarische, eine revolutionäre Politik »zu gewinnen, zu überzeugen, geistig zu erobern«.⁷ Das erfordere aber, hob Thälmann hervor, diesem großen Ziel die ganze Arbeit, die gesamte Agitation, die politischen Losungen anzupassen. Die Partei müsse es lernen, den Arbeitern verständlich und überzeugend Antwort auf alle Fragen zu geben.

Diese Gedanken gingen von der klassenmäßigen Einschätzung der SPD als einer Partei aus, deren Mitglieder größtenteils Arbeiter waren, während die Politik dieser Partei von den rechtsopportunistischen Führern bestimmt wurde und die imperialistische Klassenherrschaft aufrechterhalten half. Ernst Thälmann berücksichtigte, daß das unter den sozialdemokratischen Mitgliedern tief verwurzelte opportunistische Gedankengut nur Schritt für Schritt und nur durch praktische, im gemeinsamen Kampf mit den Kommunisten für die Arbeiterinteressen gesammelte Erfahrungen zu überwinden war. Er wußte um die Schwierigkeit, ein neues Verhältnis zu den sozialdemokratischen Mitgliedern, das auch im »Offenen Brief« gefordert wurde, herzustellen, und daß dies eine exakte marxistisch-leninistische Einschätzung der SPD und des ADGB erforderte.

Eine solche Einschätzung war nach dem Heidelberger Parteitag der SPD und dem Breslauer Gewerkschaftskongreß besonders dringlich. Der Heidelberger Parteitag vom 13. bis 18. September 1925 beschloß ein neues Parteiprogramm, das mit einem verbalen Bekenntnis zum Sozialismus der antikapitalistischen Einstellung großer Teile der Mitglieder Rechnung trug, sich aber gleichzeitig zum imperialistischen Staat bekannte, das heißt auf den Kampf für eine grundlegende Umgestaltung der Machtverhältnisse verzichtete. Durch ihre Konzeption von einem »sozialdemokratischen Weg zum Sozialismus« suchten die rechten Führer der SPD ihre bürgerliche Klassenposition zu kaschieren. Ähnlich hatte sich der ADGB auf dem Kongreß vom 31. August bis 4. September auf den kleinbürgerlich-reformistischen Kurs einer »Demokratisierung der Wirtschaft«, einer

⁷ Ernst Thälmann: Die Bedeutung der Arbeiterdelegation. In: Über proletarischen Internationalismus. Reden und Artikel, Leipzig 1977, S. 14/15.

»Verbesserung« des kapitalistischen Systems festgelegt und damit die Grundinteressen der Arbeiterklasse, die die Beseitigung des Kapitalismus erforderten, offen preisgegeben.⁸

Zentralkomitee und Politbüro der KPD berieten im September und Oktober unter der Leitung Ernst Thälmanns wiederholt die Lage in der SPD und im ADGB. In seinem Bericht vor dem ZK über den Breslauer Gewerkschaftskongreß orientierte Thälmann darauf, die oppositionellen Kräfte im ADGB um Robert Dißmann zu unterstützen, die dort unter anderem gefordert hatten, mit gewerkschaftlichen Mitteln für den Achtstundentag zu kämpfen. Besonders dringlich sei es, die Gewerkschaftsarbeit der Kommunisten in der größten Gewerkschaft, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, an dessen Spitze Dißmann stand, zu verstärken. Ernst Thälmann sprach sich dagegen aus, die oppositionellen Kräfte in der SPD aufzufordern, in die KPD einzutreten. Er erklärte, die Losung »Heraus aus der SPD – hinein in die KPD!« würde nur die Entfaltung einer echten Linksopposition in der SPD behindern und es den opportunistischen Führern erleichtern, ihren Rechtskurs durchzusetzen.⁹

Gemeinsam mit Wilhelm Koenen, der am 23. September im ZK den Bericht über den Heidelberger SPD-Parteitag erstattete, mit Arthur Ewert, Wilhelm Pieck und anderen verhinderte Ernst Thälmann im Herbst 1925, daß sich die Kommunisten durch den in Heidelberg und Breslau beschlossenen Rechtskurs der SPD und des ADGB davon ablenken ließen, entschlossen für die Einheitsfront der Arbeiterklasse einzutreten. Im Gegenteil: Die neue Parteiführung entwickelte verschiedene Initiativen, um ein neues Verhältnis zu den sozialdemokratischen Arbeitern herzustellen. Eine günstige Gelegenheit dafür sah Ernst Thälmann in den Berliner Kommunalwahlen, die für den 25. Oktober 1925 angesetzt waren. Das Politbüro empfahl der Berliner Bezirksleitung, der SPD anzubieten, die Reststimmen beider Parteien durch eine Listenverbindung zusammenzurechnen, um im Kampf gegen die bürgerliche Mehrheit keine Arbeiterstimme unausgenutzt zu lassen. Unter dem Einfluß Ruth Fischers lehnte die Bezirksleitung zwar diesen Vorschlag zunächst ab; doch das ZK billigte auf seiner Tagung am 23. und 24. September, auf der Ernst Thälmann zu diesem Tagesordnungspunkt referierte, die Initiative des Politbüros und veranlaßte die Bezirksleitung, am 1. Oktober dem Bezirksvorstand der SPD einen entsprechenden Vorschlag zu machen. Obwohl

⁸ Vgl. Dokumente und Materialien..., Bd. VIII, S. 208–215, 193–197.

⁹ Vgl. IML, ZPA, I 2/1/30; I 2/1/31.

die SPD das Angebot unbeantwortet ließ, war es, wie Ernst Thälmann später hervorhob, der »erste wichtige politische Akt, den das Zentralkomitee in der Linie des Offenen Briefes durchzuführen hatte«¹⁰, und wurde zum Ausgangspunkt anderer Einheitsfrontangebote. Das Ergebnis der Berliner Kommunalwahlen – die KPD erhielt 347 381 Stimmen, 96 168 mehr als bei den Reichspräsidentenwahlen am 26. April in Berlin für die Partei abgegeben worden waren¹¹ – widerspiegelte bereits, daß die Anziehungskraft der KPD innerhalb weniger Wochen gewachsen war, und bestätigte damit nachdrücklich die Thälmannsche Politik.

Große Bedeutung für den Reifeprozess der KPD hatten einige im Herbst 1925 entstandene Beiträge Ernst Thälmanns zur Geschichte der KPD und zu den Lehren aus dem Kampf der Bolschewiki. Darin entwickelte der Parteivorsitzende aus den historischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung aktuelle politische Lehren. Aus seinen historischen Aufsätzen spricht die unumstößliche Gewißheit, daß die Zukunft der Arbeiterklasse und damit dem Sozialismus gehört. Sie zeugten davon, wie tief Thälmann in die wissenschaftliche Theorie der Arbeiterbewegung eingedrungen war, daß er sich umfassend mit grundlegenden Werken von Marx, Engels und Lenin vertraut gemacht hatte. Er verstand es beispielhaft, Theorie und Praxis der revolutionären Arbeiterbewegung als untrennbare Einheit zu fassen.

Besonders wichtig für die Selbstverständigung der KPD war sein Aufsatz »Die Lehren des Hamburger Aufstandes«. Ernst Thälmann analysierte darin die Klassenkämpfe im Herbst 1923 und die Rolle der KPD. Als Gradmesser für die Reife der KPD betrachtete er ihre Fähigkeit, sich an die Spitze der Arbeiterklasse zu stellen, sie im Kampf gegen den Imperialismus zu führen und diesem Kampf Ziel und Richtung zu weisen. Die objektiven Bedingungen für den Kampf um die politische Macht können erst dann mit Erfolg genutzt werden, wies Thälmann nach, wenn eine bolschewistische Partei die Massen führt. Deshalb müsse die KPD »eine eiserne, völlig geschlossene, restlos verschmolzene, unbedingt disziplinierte Partei« werden, die in der »Organisierung und Zusammenfassung der gesamten Arbeiterklasse in allen Industriezentren und Großstädten im ganzen Lande« ihre Rolle als »Vortrupp des Proletariats« sieht.

¹⁰ Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale. Moskau, 17. Februar bis 15. März 1926, Hamburg–Berlin (1926), S. 199.

¹¹ Vgl. Statistisches Taschenbuch der Stadt Berlin. 2. Ausgabe 1926. Hrsg. vom Statistischen Amt der Stadt Berlin, Berlin 1926, S. 223/224.

Ernst Thälmann forderte die Kommunisten auf, geduldig und hartnäckig unter den Massen Kleinarbeit zu leisten und sich fest mit diesen zu verbinden. Es gelte, eine kämpferische proletarische Einheitsfront von Millionen Arbeitern zu bilden. Er charakterisierte abschließend den Entwicklungsprozeß, in dem sich die KPD im Herbst 1925 befand: »Unsere Partei vollzieht eine entscheidende Umstellung von der Spitze bis in die unterste Tiefe. Sie merzt den scheinrevolutionären, wortradikalischen Geist aus. Sie beseitigt die Reste des Sektierertums, der Massenverachtung in ihren eigenen Reihen. Sie ändert ihre Taktik, um sich noch fester, noch enger mit den sozialdemokratischen Arbeitern, mit den Massen in den Gewerkschaften und in den Betrieben zu verbinden. Sie geht an die völlige Umgestaltung ihrer organisatorischen Grundlagen heran. Sie arbeitet an der Schaffung eines großen linken Flügels in der Arbeiterbewegung.«¹²

In zwei anderen Artikeln – »Der 7. November – eine neue Epoche der Weltgeschichte« und »Der Moskauer Aufstand im Jahre 1905« – arbeitete Thälmann heraus, wie lebensnotwendig es für eine kommunistische Partei ist, sich die allgemeingültigen Lehren des siegreichen Kampfes der Partei Lenins anzueignen. Thälmann erfaßte die welthistorische Bedeutung der Oktoberrevolution als »Beginn des größten Umschwungs in der Geschichte der Menschheit«, als ein Ereignis, das wie kein zweites das Gesicht der Erde veränderte und alle bedeutsamen politischen Erscheinungen in der Welt beeinflusste. Unaufhörlich trug er diese Ideen in die Massen, um in der deutschen Arbeiterklasse den unerschütterlichen Willen zur Macht zu wecken und sie zu befähigen, den Sozialismus zu erringen. »Die Internationalisierung der russischen Revolution vom 7. November 1917 – das ist der Inhalt der gegenwärtigen Geschichtsepoke«¹³, schrieb er. Dieser historischen Aufgabe gerecht zu werden forderte von der KPD – wie Thälmann im Dezember 1925 formulierte –, »die Geschichte der russischen Revolution in all ihren Epochen und Kämpfen [zu] studieren und sich die Erfahrungen der Bolschewiki zu eigen [zu] machen. Die Partei muß lernen, den Weg der russischen Bruderpartei zu gehen, den Weg, der über Niederlagen zum endgültigen Sieg, zur siegreichen proletarischen Revolution führt.«¹⁴

Thälmanns Artikel halfen den Mitgliedern und Funktionären, tiefer in

das Wesen einer marxistisch-leninistischen Partei einzudringen und besser die Aufgaben zu erfassen, die mit dem »Offenen Brief« der KPD gestellt worden waren. Gleichzeitig korrigierte er damit das falsche Bild, das die Ultralinken über die Geschichte der KPD verbreitet hatten, indem sie das Ringen um eine marxistisch-leninistische Massenpolitik bis 1923 als endlose Kette von rechtsopportunistischen Fehlern und Schwächen verleumdeten, die Zeit zwischen dem 9. und 10. Parteitag, in der ihr Pseudoradikalismus den Masseneinfluß der Partei untergraben hatte, dagegen als Höhepunkt der Entwicklung der KPD hinstellten.

Die weitere Erhöhung der Kampfkraft der KPD hing wesentlich davon ab, wie es gelang, der von den ultralinken Führern mißachteten Initiative der Parteimitglieder Raum zu geben, den demokratischen Zentralismus und das Prinzip der kollektiven Führung auf allen Ebenen durchzusetzen und in der Partei Kritik und Selbstkritik zu entwickeln. Die Ultralinken hatten die innerparteiliche Demokratie unterbunden und die Mitgliedschaft weitgehend von den politischen Entscheidungen ferngehalten. Ernst Thälmann setzte sich entschieden dafür ein, die Geflogenheit zu beseitigen, alle wesentlichen Fragen nur in Funktionärkonferenzen zu behandeln. Mitgliederversammlungen und Delegiertenkonferenzen erhielten jetzt wieder den gebührenden Platz im Parteileben. In kurzer Zeit gelang es so, immer mehr Mitglieder in die Parteiarbeit einzubeziehen.

Ernst Thälmann bemühte sich energisch um einen leninistischen Arbeitsstil des Zentralkomitees und des Politbüros sowie des Parteiapparates. Regelmäßig trat nun das Zentralkomitee zusammen, nahm zu den politischen Grundfragen Stellung, schätzte die Situation im Lande ein und beschloß die nächsten Aufgaben der Partei. In der Regel einmal in der Woche berief Ernst Thälmann das Politbüro ein. Das Präsidium des Politbüros, auch Politsekretariat genannt, entwickelte sich zu einem schnell und operativ handelnden Führungskollektiv. Der zentrale Parteiapparat wurde beweglicher und schlagkräftiger. Im September wurde ein Sekretariat des Zentralkomitees gebildet, dem neben Ernst Thälmann Philipp Dengel, Arthur Ewert, Leo Flieg, Wilhelm Florin, Ottomar Geschke und Wilhelm Schwan angehörten. Das Sekretariat bereitete die Sitzungen des Zentralkomitees und des Politbüros vor, übernahm die Verbindung zu den Bezirken und den proletarischen Massenorganisationen, leitete die laufenden Arbeiten des zentralen Parteiapparates, überwachte die Kassenführung und kontrollierte die Druckereien und Verlage der Partei. Gestützt auf die Abteilungen des ZK, sorgte es für die Durch-

12 Ernst Thälmann: Geschichte und Politik, S. 37, 43.

13 Ernst Thälmann: Der 7. November. In: Ebenda, S. 45, 57.

14 Ernst Thälmann: Der Moskauer Aufstand im Jahre 1905. In: Ebenda, S. 74.

führung der Beschlüsse des ZK und des Politbüros. Das Sekretariat entlastete das Politbüro und ermöglichte es ihm, sich stärker auf wichtige politische Entscheidungen zu konzentrieren.¹⁵

Sooft er konnte, nahm Ernst Thälmann an Sitzungen einzelner Abteilungen des ZK teil. Auf seine Anregung hin fanden von nun an in größeren Abständen – ein- bis zweimal im Jahr – im ZK Beratungen und Aussprachen mit den leitenden Funktionären der Parteibezirke statt. Die Vorbereitung und Auswertung der verschiedenartigen Tagungen und Beratungen nahm einen erheblichen Teil der Arbeitszeit des Parteivorsitzenden in Anspruch.

Die enorme Arbeit, die auf Ernst Thälmann lastete, war ohne Hilfe auf die Dauer nicht zu bewältigen. Daher beschloß das Zentralkomitee im September 1925, dem Parteivorsitzenden einen persönlichen Sekretär beizugeben, und beauftragte mit dieser Funktion den bisherigen Chefredakteur der »Hamburger Volkszeitung«, Paul Dietrich, einen erfahrenen Propagandisten und Parteifunktionär.¹⁶ Später, nach dem 11. Parteitag der KPD im März 1927, war Dietrich als Mitglied des Sekretariats des ZK tätig.

Am 31. Oktober 1925 eröffnete Ernst Thälmann in Berlin die erste Parteikonferenz in der Geschichte der KPD, die die Bilanz der zweimonatigen Diskussion ziehen und die Partei für die Lösung der vor ihr stehenden Aufgaben rüsten sollte. Er begrüßte die größtenteils aus Betriebszellen kommenden 253 Delegierten sowie die Vertreter der Kommunistischen Internationale und einiger Bruderparteien. Ernst Thälmann skizzierte im Hauptreferat der Konferenz »Zur Lage in der KPD« den Weg, den die Partei seit ihrer Gründung zurückgelegt hatte. Er forderte, von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die er als die klügsten und besten revolutionären Marxisten der deutschen Arbeiterbewegung bezeichnete, zu lernen, wie der Kampf gegen Opportunismus und Linkssektierertum geführt und wie um die Aneignung des Marxismus-Leninismus gerungen werden muß. Ernst Thälmann würdigte den siebenjährigen opferreichen Kampf, den die KPD unter den schwierigsten Bedingungen hatte führen müssen. In diesen wenigen Jahren habe die KPD versuchen müssen, »das nachzuholen, was die russische Kommunistische Partei in einer zwanzigjährigen Entwicklung, im Feuer zweier Revolutionen, in der

¹⁵ Vgl. IML, ZPA, I 2/1/30. – Das Sekretariat spielte eine immer wichtigere Rolle; nach und nach übernahm es auch einen Teil der Aufgaben des Orgbüros, das 1927 aufgelöst wurde.

¹⁶ Vgl. ebenda.

Illegalität, unter den Schlägen des Weltkrieges sich geschaffen hatte, eine klare marxistische revolutionäre Orientierung, die Ausbildung einer Strategie und Taktik, die als bolschewistische Linie die Grundlage der Komintern heute bildet«¹⁷.

In der Parteidiskussion war es gelungen, wie Ernst Thälmann einschätzte, die Gefährlichkeit und Schädlichkeit des Linkssektierertums zu enthüllen. Die Partei hatte sich gründlicher als bisher mit den Prinzipien revolutionärer Massenpolitik vertraut gemacht. Scharf wies Thälmann Angriffe gegen die Ergebnisse des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, insbesondere gegen die Leninsche Einheitsfronttaktik zurück, die vor allem Maslow in seinen Veröffentlichungen geführt hatte. Die Losung des III. Weltkongresses »Heran an die Massen!«, so unterstrich Ernst Thälmann nachdrücklich, sei von größter prinzipieller Bedeutung. Das Verständnis für das Leninsche Prinzip der engen Verbindung von Partei und Arbeiterklasse, von Partei und Volksmassen entscheide darüber, ob eine kommunistische Partei diesen Namen verdiene, ob sie ihre historische Funktion erfüllen könne. Nur wenn es die KPD verstehe, sich politisch und organisatorisch fest in den Arbeitermassen zu verankern, werde es ihr gelingen, die Arbeiter schließlich an die proletarische Revolution heranzuführen. Präzis umriß Ernst Thälmann die nächsten, wichtigsten Aufgaben: im Kampf gegen den Imperialismus die Einheitsfront der Arbeiterklasse zu schmieden, die Arbeit in den Gewerkschaften zu verstärken und beschleunigt Betriebszellen der Partei aufzubauen. Besonders unterstrich er die Notwendigkeit, das theoretische Niveau der Partei zu heben, weil es »ohne eine gesunde, klare, revolutionäre Theorie keine ernste revolutionäre Praxis« geben könne.¹⁸

Werner Scholem, der als Korreferent auftrat, verteidigte den Kurs der Ultralinken. Seine Auffassungen fanden aber bei der großen Mehrheit der Delegierten keine Zustimmung. Die meisten Diskussionsredner unterstützten die in den Referaten von Ernst Thälmann, Philipp Dengel, Fritz Heckert, Arthur Ewert und Conrad Blenkle dargelegte Politik. Mit 222 gegen 30 Stimmen wurde die »Resolution zu den innerparteilichen Fragen« angenommen. Nur 12 Delegierte lehnten die »Resolution über die politische Lage und die Aufgaben der KPD« ab.¹⁹ Auch die anderen Beschlußvorlagen der Parteiführung erhielten die Zustimmung der Kon-

¹⁷ Ebenda, 1/16/35.

¹⁸ Ebenda.

¹⁹ Vgl. Dokumente und Materialien..., Bd. VIII, S. 233–247.

ferenz, die damit bekundete, daß die überwältigende Mehrheit der Mitglieder die Plattform der Ultralinken verurteilte und die Politik des von Ernst Thälmann geleiteten Zentralkomitees befürwortete.

Die 1. Parteikonferenz bestätigte, daß sich die leninistischen Kräfte im ZK fest um Ernst Thälmann zusammengeschlossen hatten. Gestützt auf den proletarischen Kern der Partei sowie mit Hilfe der Kommunistischen Internationale, hatten sie den Marxismus-Leninismus zum Sieg über die ultralinke Abweichung geführt. Es war nun ein konstruktives Programm für die Tätigkeit der KPD auf allen Gebieten erarbeitet, das den Erfordernissen des Klassenkampfes entsprach.

Die Parteikonferenz orientierte darauf, unversöhnlich gegenüber der Bourgeoisie und ihrem Staat den Kampf der Arbeiterklasse und anderer Ausgebeuteter für ihre unmittelbaren Lebensinteressen zu organisieren. Nur so konnte die revolutionäre Bewegung vorangetrieben, die Arbeiterklasse an den Kampf für den Sozialismus herangeführt werden. Und nur mit diesem klaren Ziel konnte der Kampf um die sofortige Verbesserung der Lebenslage der Massen Erfolg haben. Die Konferenz nannte solche politischen Forderungen wie: Entmilitarisierung der Polizei, Auflösung reaktionärer und monarchistischer Verbände, Freilassung der politischen Gefangenen. Auf sozialpolitischem Gebiet rief sie zum Kampf für den Achtstundentag, für höhere Löhne und für die Übernahme der Lasten aus dem Dawes-Plan durch die Bourgeoisie auf. Die Delegierten verlangten größere Rechte für die Betriebsräte, die Behebung der Wohnungsnot und die Bekämpfung des Mietwuchers, ferner die Unterstützung der werktätigen Bauern durch den Staat. Um diese Forderungen durchzusetzen, um die politischen Rechte und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse gegen die sich verschärfenden Angriffe der Monopolbourgeoisie zu verteidigen, müsse ein Linksblock von Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftsmitgliedern geschaffen werden.

In der Parteidiskussion des Herbstes 1925, die mit der 1. Parteikonferenz zum Abschluß gelangte, wurde die Entscheidung bekräftigt, daß die KPD unverrückbar auf dem Boden des Marxismus-Leninismus und treu zum proletarischen Internationalismus stand. Es war verhindert worden, daß die Partei durch die Ultralinken in eine vom Proletariat isolierte Sekte verwandelt wurde. Mit der Formierung des Thälmannschen Zentralkomitees war der Kurs endgültig gesichert, auf dem sich die KPD weiterentwickeln, auf dem sie zur wirklichen Führerin der deutschen Arbeiterklasse reifen konnte.

2

Die Arbeiterklasse verteidigt die Lebensinteressen der Nation

Der außenpolitische Kurs des deutschen Imperialismus war zu jener Zeit darauf gerichtet, Rivalitäten zwischen den Westmächten auszunutzen, um nach und nach wieder in den Rang einer imperialistischen Großmacht zu gelangen. In Verhandlungen der britischen und der französischen Regierung mit dem deutschen Außenministerium war 1925 ein Modus ausgehandelt worden, der den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ermöglichen sollte, die Grenzen zwischen Deutschland und seinen Nachbarstaaten im Westen garantierte, dem Expansionsdrang des deutschen Imperialismus jedoch im Osten die Tür offenhielt. Im Oktober wurde dies auf einer Konferenz in Locarno vereinbart.

Ernst Thälmann verfolgte die Verhandlungen über den sogenannten Garantiepakt mit großer Aufmerksamkeit. Schon als Präsidentschaftskandidat hatte er ihn auf einer Wahlkundgebung in Hagen treffend als einen Plan des Weltimperialismus gegen Sowjetrußland charakterisiert.¹ In seiner Eröffnungsrede auf dem 10. Parteitag bezeichnete er die Verhandlungen über den Garantiepakt als Versuch der deutschen Bourgeoisie, sich »den krieglerischen Absichten des Weltimperialismus anzuschließen«². Er wies nach, daß das Erstarken des deutschen Imperialismus im Prozeß der relativen Stabilisierung gleichzeitig auch die Gegensätze zwischen den imperialistischen Mächten verschärfte. Nach der Übernahme der Parteiführung durch Ernst Thälmann beriet das Politbüro wiederholt die Stellung der KPD zum Garantiepakt. Auf der Beratung am 11. September hob Thälmann hervor, daß angesichts der Westorientierung des deutschen Imperialismus verstärkt die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion propagiert werden müsse. Diesen Gedanken enthielt jede seiner Reden im Herbst 1925.³

1 Vgl. Ernst Thälmann: Gegen die monarchistische Reaktion, gegen das Hindenburg-Programm der Bourgeoisie – die rote Arbeiterfront! In: Die Rote Fahne, 19. April 1925.

2 Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitages der KPD, S. 273.

3 Vgl. IML, ZPA, 3/1/522. – Die Rote Fahne, 4., 29., 31. Oktober 1925.

Vom 23. bis 27. November fanden im Reichstag die entscheidenden Debatten über die Locarno-Verträge statt. Am zweiten Beratungstag erhielt Ernst Thälmann als Hauptredner der KPD das Wort. Er nannte die Vereinbarung von Locarno die politische Ergänzung des Dawes-Planes. Den Außenminister Gustav Stresemann und die Redner der meisten anderen Parteien, die allesamt ihre Friedensliebe und Verständigungsbereitschaft beteuert hatten, bezichtigte er der bewußten Irreführung der Massen. Diese bürgerlichen Politiker kannten die expansiven außenpolitischen Absichten des deutschen Imperialismus und waren deren eifrige Verfechter. Thälmann deckte das eigentliche Ziel auf, das mit den Verträgen verfolgt wurde: Voraussetzungen zu schaffen, damit das imperialistische Deutschland befähigt würde, zu gegebener Zeit die Ergebnisse des ersten Weltkrieges gewaltsam zu revidieren. Für einen Vertrag, der wirklich der Sicherung des Friedens diene, werde jeder Kommunist bedingungslos eintreten. Aber die Garantie der Westgrenzen zeige nur, »daß die deutsche Bourgeoisie im Moment, wo sie nicht die Macht hat, gegen Frankreich aufzumarschieren, diese für die deutsche Bourgeoisie bittere Tatsache in Form dieses Westpaktes feststellt... Der Westpakt ist die Verschiebung eines neuen Krieges zwischen Deutschland und Frankreich auf spätere Zeiten.« Und dieser Krieg werde über einen Krieg zwischen Deutschland und Frankreich hinauswachsen zum »Klassenkrieg«, zum »Kampf der untergehenden kapitalistischen Welt gegen Sowjetrußland«.⁴

Ernst Thälmann wies die antisowjetische Stoßrichtung der Locarno-Politik nach. Er wertete die daraus abgeleitete Politik als »die mit diplomatischen Mitteln eingeleitete Offensive Englands, in Europa durch Einbeziehung Deutschlands einen antirussischen Block zu formieren«. Und für das Einschwenken Deutschlands in den antisowjetischen Block habe die deutsche Bourgeoisie »Hoffnungen auf eine Revision der Ostgrenzen, sozusagen als Abschlagszahlung« erhalten. Ernst Thälmann warnte vor den Folgen, die sich für Deutschland aus dem Abgehen von der Rapallo-Politik ergeben mußten. Er machte aber auch deutlich, daß die Arbeiterklasse und alle Kräfte des Fortschritts in einem Krieg »der untergehenden kapitalistischen Welt gegen Sowjetrußland, gegen die soziale Revolution im Westen und gegen die nationalen Revolutionen von

4 Verhandlungen des Reichstags. III. Wahlperiode 1924, Bd. 388. Stenographische Berichte (von der 121. Sitzung am 20. November 1925 bis zur 161. Sitzung am 15. Februar 1926), Berlin 1926, S. 4514, 4517.

Hundertern von Millionen Arbeitern und Bauern im Fernen Osten und in den unterdrückten Kolonien« letzten Endes den Sieg davontragen würden.⁵ Die Alternative zur Locarno-Politik der Großbourgeoisie bestehe im Kampf der Arbeiterklasse für die nationale Unabhängigkeit Deutschlands, in der Fortsetzung der Rapallo-Politik und der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, im Kampf gegen die Politik der imperialistischen Weltmächte. Hierbei, hob Thälmann hervor, stehe die deutsche Arbeiterklasse nicht allein, sondern habe unvergleichliche Weltmächte zu Verbündeten: die Sowjetunion und die internationale Arbeiterklasse.⁶

Ähnlich wie es bereits Clara Zetkin 1923, nach der Besetzung des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen, meisterhaft verstanden hatte, begründete Ernst Thälmann den nationalen Führungsanspruch der Arbeiterklasse: »Es gibt keine Lücke in der Geschichte der Klassen und Nationen. In dem gleichen Augenblick, in dem die Bourgeoisie aufhört, die nationale Unabhängigkeit Deutschlands zu verkörpern, tritt eine andere Macht auf die Bühne der deutschen Geschichte, die aus eigenem Klasseninteresse sich selbst zur Vertreterin der nationalen Unabhängigkeit Deutschlands proklamiert. Diese Macht ist die deutsche Arbeiterklasse. Sie hat nichts mehr mit dem Nationalismus gemein... Sie will nicht andere Völker bekämpfen und unterjochen, sondern sie ist Fleisch vom Fleisch, Blut vom Blut der arbeitenden Massen aller Länder.«⁷

Als am 27. November 1925 im Reichstag die Locarno-Verträge angenommen wurden, demonstrierten 80 000 Berliner Arbeiter im Lustgarten unter der Losung »Gegen den Kriegspakt von Locarno – Für den Friedenspakt der Arbeiter mit Sowjetrußland!« und bekundeten ihre Übereinstimmung mit der Politik der KPD.

In der folgenden Zeit waren im Reichstag die Hauptsprecher der KPD-Fraktion zu außenpolitischen Problemen Ernst Schneller und Walter Stoecker. Ernst Thälmann selbst konzentrierte sich auf eine neue Aufgabe, die im Spätherbst 1925 aktuell wurde: auf den Kampf für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten.

Das Erstarken der monarchistischen Reaktion, deutlich sichtbar in der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten, hatte die im November 1918 gestürzten Könige und Fürsten ermuntert, hohe Entschädigungen für ihre

5 Ebenda, S. 4513, 4515, 4521, 4517.

6 Vgl. ebenda, S. 4521–4523.

7 Ebenda, S. 4522.

beschlagnahmten Ländereien und Besitztümer zu fordern. Die Reichsregierung und die Landesregierungen kamen den Forderungen der ehemaligen »Landesherren«, die sich auf insgesamt 2,5 Milliarden Mark beliefen, bereitwillig entgegen. Als diese Tatsachen im Herbst 1925 der Öffentlichkeit bekannt wurden, riefen sie nicht nur in der Arbeiterklasse, sondern auch in kleinbürgerlichen Schichten helle Empörung hervor. Zur selben Zeit, als die Fürsten dem deutschen Volk ihre maßlosen Forderungen präsentierten, verschlechterte sich die Lage breiter werktätiger Schichten. Die Zahl der Arbeitslosen schnellte von 0,5 Millionen im September 1925 auf 2,3 Millionen im Februar 1926 empor. Erst im Spätsommer 1926 sank sie wieder unter zwei Millionen.

Im November 1925 beriet das Politbüro unter der Leitung Ernst Thälmanns mehrfach darüber, wie der Raubzug der Fürsten abzuwehren sei.⁸ Thälmann schlug vor, den Kampf nicht darauf zu beschränken, den Griff nach den Steuergeldern zu vereiteln, sondern ihn mit dem Ziel zu führen, die Fürstenvermögen restlos einzuziehen und für soziale Zwecke zu verwenden. Dieses Kampfziel konnten alle Arbeiter verstehen, und es bot einen günstigen Ausgangspunkt, um einheitliche Aktionen der gesamten Arbeiterklasse auszulösen, breite werktätige Schichten zu gewinnen und den Klassenkampf gegen Monopolkapital, Junkertum und Reaktion voranzutreiben. Um möglichst die Masse des Volkes in Bewegung zu bringen, empfahl Ernst Thälmann, das in der Weimarer Verfassung verankerte Recht der Wähler zu nutzen, über Grundfragen der Politik des Staates unmittelbar zu entscheiden. Danach mußte ein Volksentscheid herbeigeführt werden, wenn in einem Volksbegehren ein Zehntel der Wahlberechtigten einem vorgelegten Gesetzentwurf zustimmte, dieser Gesetzentwurf aber vom Reichstag nicht angenommen wurde.

Zunächst brachte die Fraktion der KPD am 25. November im Reichstag den Entwurf eines Gesetzes über die entschädigungslose Enteignung der Fürstenhäuser und die Verwendung des enteigneten Fürstenvermögens für soziale Maßnahmen ein. Die fürstlichen Güter sollten zur Linderung der Landnot der Kleinbauern und Pächter aufgeteilt, die Schlösser als Sanatorien, Kinderheime und Erziehungsanstalten genutzt und das enteignete Barvermögen der Fürsten für die Erhöhung der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenunterstützung verwandt werden.⁹ Am

⁸ Vgl. IML, ZPA, 3/1/522.

⁹ Vgl. Dokumente und Materialien..., Bd. VIII, S. 271/272.

2. Dezember, an dem im Reichstag die Verhandlung über die Fürstenabfindung begann, wandte sich Ernst Thälmann im Auftrag des ZK der KPD in einem Offenen Brief an den Parteivorstand der SPD, an den Bundesvorstand des ADGB, die Vorstände des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (AfA-Bund) und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes (ADB) sowie an die Bundesleitungen des Reichsbanners und des RFB. Er schlug ihnen vor, gemeinsam eine Volksabstimmung über die entschädigungslose Enteignung der Fürsten herbeizuführen. Die KPD hält es für notwendig, hieß es im Brief des ZK, »daß alle Kräfte der organisierten Arbeiterbewegung mit größtem Nachdruck eingesetzt werden, um der Ausraubung Deutschlands durch die Hohenzollern, Wittelsbacher, Wettiner, Coburger und ähnliches Gelichter entgegenzutreten«.¹⁰

Obwohl auch in der Mitgliedschaft der SPD über einen Volksentscheid diskutiert wurde, wie der »Vorwärts« eingestand¹¹, antwortete lediglich die Bundesleitung des RFB. Der Parteivorstand der SPD ließ im »Vorwärts« das Angebot der KPD zurückweisen. Gleichzeitig warb der »Vorwärts« für einen Kompromiß und versuchte, den konsequenten Kampf der KPD gegen die Fürstenabfindung als unüberlegt und zwecklos hinzustellen.¹² Die KPD setzte sich trotz dieser Haltung des SPD-Vorstandes zielstrebig weiter dafür ein, daß im Ringen um einen Volksentscheid die Aktionseinheit der Arbeiterklasse zustande kam. Das Zentralkomitee schrieb am 4. Dezember an den Parteivorstand der SPD. In dem Brief hieß es: »Um Ihnen zu beweisen, daß es uns mit unserem Vorschlag wirklich ernst ist, ersuchen wir Sie auf diesem Wege, eine gemeinsame Besprechung mit uns abzuhalten... In dieser Besprechung könnten wir versuchen, eine gemeinsame Grundlage, eine den verfassungsrechtlichen Erfordernissen über Volksabstimmung entsprechende Formulierung des zu unterbreitenden Gesetzentwurfes zu finden. In solch einer Besprechung wäre es möglich, wenn Ihnen wirklich die Interessen der werktätigen Massen und nicht der Fürstenhäuser naheliegen, die juristischen und auch finanziellen Grundlagen für die Durchführung der Aktion zu schaffen. Das Haupterfordernis allerdings ist die Durchführung einer großen Kampagne in den Massen, die auch die erfolgreiche Durchführung des Volksentscheides gewährleisten würde.«¹³

¹⁰ Ebenda, S. 282.

¹¹ Vgl. Vorwärts, 1. Dezember 1925, Abendausgabe.

¹² Vgl. ebenda, 4. Dezember 1925, Abendausgabe.

¹³ IML, ZPA, 3/19/524.

Wenngleich der Parteivorstand der SPD nicht reagierte, beschloß das Politbüro am 7. Dezember, »alle Maßnahmen zu ergreifen, um das Volksbegehren für die entschädigungslose Enteignung der Fürstenhäuser einzuleiten«, und legte fest, »erneut alle Organisationen auf[zufordern, sich dieser Bewegung anzuschließen«. ¹⁴ Ein Volksentscheid, das war Ernst Thälmann von Anfang an klar, hatte nur Aussicht auf Erfolg, wenn es gelang, SPD und Gewerkschaften zum einheitlichen Vorgehen mit der KPD zu bewegen und durch die Einheitsfront der Arbeiterklasse auch breite Kreise der Bauernschaft und der städtischen Mittelschichten an die Bewegung heranzuziehen. Es galt daher, den Widerstandswillen der Arbeiter gegen die geplante Fürstenabfindung so zu entfalten, daß die SPD- und die ADGB-Führung nicht mehr umhinkonnten, sich der Bewegung anzuschließen.

Unter der populären Losung »Keinen Pfennig den Fürsten! Brot und Arbeit dem notleidenden Volke!« organisierte die KPD zahlreiche Versammlungen und Kundgebungen. Den Auftakt bildete am 13. Dezember eine Massenkundgebung im Berliner Lustgarten, an der sich Zehntausende beteiligten. Zu den Rednern gehörte auch Ernst Thälmann. Die Ablehnung der kommunistischen Forderungen zur Linderung der Not der Erwerbslosen durch den Reichstag müsse die Arbeiterschaft veranlassen, erklärte er, sich im Kampf gegen Kapitalismus, Militarismus und Junkertum zu einer einzigen großen Armee zu formieren. ¹⁵ Auf Anregung des ZK schlugen die örtlichen Leitungen der KPD den Gewerkschaftskartellen und den Vorständen der SPD-Ortsvereine vor, gemeinsame Komitees zur agitatorischen Vorbereitung des Volksentscheids zu bilden. Zahlreiche solche Komitees entstanden; Kommunisten und Sozialdemokraten kamen sich wieder näher.

Ernst Thälmann war in diesen Wochen fast ständig in Berlin tätig. Er leitete die vielfältigen Aktionen der KPD zur Mobilisierung der Massen und überzeugte Kleinmütige in den eigenen Reihen, die einen Volksentscheid als aussichtslos betrachteten. Er hatte sich auch mit Sektierern auseinanderzusetzen, die das Ringen um einen Volksentscheid als parlamentarischen Kretinismus bezeichneten. Eine derartige Ansicht, antwortete ihnen Thälmann, sei äußerst kurzsichtig, denn gerade durch diese Aktion werden der Masseneinfluß und das Ansehen der KPD als anti-imperialistischer und antimonarchistischer Kraft wachsen. Er sorgte

¹⁴ Ebenda, 3/1/522.

¹⁵ Vgl. Die Rote Fahne, 14. Dezember 1925.

dafür, daß die KPD die Initiative nicht aus der Hand gab und auch die Führung in der gesamten Bewegung bis zur entscheidenden Abstimmung behauptete. Zugleich betonte er wiederholt, daß die Bewegung für einen Volksentscheid als Einheitsaktion der Arbeiterklasse gemeinsam mit der SPD und den Gewerkschaften geführt werden müsse. ¹⁶

Am 17. Dezember traf Ernst Thälmann in den Räumen der Internationalen Arbeiterhilfe (IAH) in Berlin mit Vertretern jener Organisationen zusammen, die sich bereit erklärt hatten, sich gemeinsam mit der KPD für einen Volksentscheid einzusetzen. Er informierte über die von der Partei durchgeführten Maßnahmen und beriet mit ihnen das weitere Vorgehen. ¹⁷ Am 6. Januar 1926 bildete sich auf Initiative der KPD ein Ausschuß zur Durchführung des Volksentscheids für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten. Den Vorsitz übernahm der demokratische Wirtschaftswissenschaftler René Kuczynski. Bis zum 18. Januar schlossen sich diesem Kuczynski-Ausschuß 24 proletarische und bürgerlich-demokratische Organisationen an, unter anderem der Rote Frontkämpferbund, der Internationale Sozialistische Kampfbund, die Internationale Arbeiterhilfe, die Deutsche Liga für Menschenrechte, der Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit – deutscher Zweig –, der Reichsbund deutscher Kleinbauern, die Gemeinschaft der proletarischen Freidenker, der Republikanische Anwaltsbund, der Sozialistische Bund und der Arbeiter-Wanderbund »Die Naturfreunde«. An diesem Tage überreichten René Kuczynski, Ernst Thälmann und andere Mitglieder des Ausschusses im Reichsinnenministerium den Antrag auf ein Volksbegehren. Die Reichsregierung hatte verlangt, daß der Antrag von 5000 Wahlberechtigten unterzeichnet sein müsse. Daraufhin hatten am 16. und 17. Januar einige hundert Kommunisten und Rote Frontkämpfer in Berlin-Neukölln in dreieinhalb Stunden 30 000 Unterschriften gesammelt. ¹⁸

Trotz der ablehnenden Haltung des Parteivorstandes der SPD zu den Angeboten des ZK der KPD vom 2. und 4. Dezember 1925 trat Ernst Thälmann am 16. Januar im Politbüro dafür ein, die Führung der SPD erneut zum gemeinsamen Handeln aufzufordern und gleichzeitig einige

¹⁶ Vgl. IML, ZPA, 3/1/522; 3/19/573.

¹⁷ Vgl. ebenda, 3/1/522. – Der Teilnehmerkreis und die Ergebnisse der Beratung konnten noch nicht ermittelt werden.

¹⁸ Vgl. Mitteilungen des Ausschusses zur Durchführung des Volksentscheids für entschädigungslose Enteignung der Fürsten (Berlin), 1926, Nr. 1.

linke SPD-Führer über diesen Schritt zu informieren.¹⁹ In einem Brief vom 19. Januar 1926 an den Parteiausschuß der SPD erklärte Ernst Thälmann im Namen des ZK, daß es die KPD auf das wärmste begrüßen würde, wenn sich der Parteiausschuß seinerseits für einen Volksentscheid zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten ausspräche und sich der von der KPD und dem Kuczynski-Ausschuß eingeleiteten Aktion an-schliesse.²⁰

Thälmann hob immer wieder hervor – so auf der 2. Gaukonferenz des RFB Berlin am 17. Januar –, daß der Kampf gegen die Fürstenabfindung Massen in Bewegung bringe und es ermögliche, aber auch erfordere, die sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter zum gemeinsamen Handeln mit den Kommunisten zu gewinnen. Gleichzeitig verlangte er verstärkte Wachsamkeit, um alle Versuche bürgerlich-reaktionärer oder rechtssozialdemokratischer Politiker, die Bewegung zu spalten und die Massen irrezuführen, rechtzeitig vereiteln zu können.²¹

Die von der KPD ausgelöste Bewegung erfaßte auch die übergroße Mehrheit der sozialdemokratischen und der freigewerkschaftlichen Arbeiter, die immer entschiedener die offizielle Teilnahme der SPD und des ADGB am Volksentscheid forderten. Die rechten SPD-Führer mußten schließlich, wollten sie sich nicht von den Massen isolieren, unter dem starken Druck ihrer Mitglieder auf das Angebot des ZK der KPD eingehen. Am 19. Januar 1926 beschloß der Parteiausschuß der SPD, an der Volksbewegung für eine entschädigungslose Enteignung der Fürsten teilzunehmen. Er ersuchte den ADGB, zwischen KPD und SPD zu vermitteln. Ernst Thälmann vereinbarte daraufhin mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des ADGB Peter Graßmann eine Beratung von Vertretern der KPD, der SPD, des ADGB und des Kuczynski-Ausschusses.

Diese Beratung fand am 22. und 23. Januar im Reichstagsgebäude statt. Die KPD-Vertreter schlugen vor, daß beide Arbeiterparteien und die freien Gewerkschaften einheitlich vorgehen und zunächst in einem gemeinsamen Aufruf die Werktätigen zur Bildung von Einheitskomitees auffordern sollten. Graßmann lehnte es jedoch kategorisch ab, einen solchen Aufruf zu unterschreiben. Er trat auch dafür ein, die Öffentlichkeit nicht über die Beratung zu informieren. Das kam den Absichten der fünf SPD-Vertreter – Artur Crispian, Rudolf Hilferding, Alwin Sänger,

Friedrich Stampfer und Otto Wels – entgegen, die unter Berufung auf die große Mitgliederzahl und die günstige finanzielle Lage der SPD den beherrschenden Einfluß in der Bewegung für den Volksentscheid in die Hände der SPD bekommen wollten, um ihr so Grenzen zu setzen und zu verhindern, daß der Einfluß der KPD auf die werktätigen Massen wuchs. Das scheiterte aber an der konsequenten Haltung Ernst Thälmanns und der anderen KPD-Vertreter. Schließlich einigte man sich darauf, daß jede der beiden Parteien die Hälfte der Arbeit und der Kosten übernehmen würde. In der Beratung wurde der Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenvermögen gebilligt, den auf Vorschlag der KPD-Vertreter Ernst Thälmann, Otto Wels und René Kuczynski unterzeichneten. Thälmann hatte sich vergeblich bemüht, auch Graßmann zu bewegen, im Namen des ADGB seine Unterschrift unter den Gesetzentwurf zu setzen.²²

Am 25. Januar übergaben Ernst Thälmann, René Kuczynski sowie Konrad Ludwig und Otto Wels vom Parteivorstand der SPD diesen gemeinsamen Gesetzentwurf dem Reichsinnenminister und beantragten »die beschleunigte Zulassung des Volksbegehrens und Bekanntgabe der Eintragsfrist«²³. Im Interesse der Zusammenarbeit mit der SPD zogen Thälmann und Kuczynski ihren Antrag vom 18. Januar zurück.

Das hartnäckige Ringen der KPD um die Einheitsfront der Arbeiterklasse hatte zu einem bedeutenden Erfolg geführt. Es war gelungen, wie Ernst Thälmann wenig später einschätzte, die SPD dafür zu gewinnen, »mit den Kommunisten sich an einen Verhandlungstisch zu setzen, ... sich der Initiative der KPD an[zuschließen«²⁴. Die Vereinbarungen zwischen KPD und SPD vom 22. und 23. Januar 1926 förderten die Einheitsfront der Arbeiterklasse im ganzen Land.

Über die Aufgaben der Parteioorganisationen zur Vorbereitung des Volksbegehrens sprach Ernst Thälmann auf der Tagung des ZK der KPD am 26. Januar sowie auf einer Konferenz der Bezirkssekretäre und Redakteure am 29. und 30. Januar. Er bezeichnete es als einen großen

¹⁹ Vgl. IML, ZPA, 3/1/576.

²⁰ Vgl. Dokumente und Materialien ..., Bd. VIII, S. 301–303.

²¹ Vgl. Die Rote Fahne, 19. Januar 1925.

²² Vgl. IML, ZPA, 1/20/41. – Dokumente und Materialien ..., Bd. VIII, S. 306/307. – Der genaue Teilnehmerkreis und der Verlauf der Beratung waren nicht zu ermitteln. Die Vereinbarung über die Teilung der Kosten und der Arbeit wurde endgültig am 26. Januar abgeschlossen.

²³ Die Rote Fahne, 26. Januar 1926.

²⁴ Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale. 17. Februar bis 15. März 1926, S. 198.

Erfolg, daß es bereits im Anfangsstadium des Kampfes gegen die Fürstenabfindung gelungen war, nicht nur die Arbeiterklasse, sondern auch Teile der städtischen Mittelschichten und der Bauernschaft in Bewegung zu bringen und an Schichten der Bevölkerung heranzukommen, die der Partei bisher ferngestanden hatten. Thälmann orientierte darauf, die Fürstenteignungskampagne als Teil des Kampfes gegen die Versuche der Bourgeoisie zu führen, die Folgen der Zwischenkrise dieses Winters den Arbeitern aufzubürden. Deshalb müsse die Verstaatlichung der Industrie und die Kontrolle der Produktion sowie eine strenge Kontrolle des Staates, der Betriebsräte und der Gewerkschaften über die Gewährung von Krediten gefordert werden. Die Gewerkschaften müßten veranlaßt werden, Widerstand gegen Lohnsenkungen zu leisten. Von den Redakteuren verlangte der Parteivorsitzende, daß sie in der Presse täglich an anschaulichen Beispielen zeigten, welche hohe Abfindungen und Pensionen der bürgerliche Staat für die gestürzten Fürsten und für ehemalige kaiserliche Offiziere übrig hatte und was für kärgliche Almosen dagegen Arbeitslose, Kriegsinvaliden und Inflationsoffer erhielten.²⁵

Im Februar 1926 befaßte sich die Parteiführung auf Initiative Ernst Thälmanns besonders mit der Arbeit der KPD auf dem Lande, wo die monarchistischen Kräfte den stärksten Einfluß besaßen. Bei den Fraktionen der KPD im Reichstag und in den Landtagen wurden Bauernsekretariate eingerichtet. Es wurde ein agrarpolitisches Aktionsprogramm, eine Plattform für den gemeinsamen Kampf der werktätigen Bauern und Landarbeiter mit dem revolutionären Proletariat, ausgearbeitet. Als Aufruf »Das Gesicht dem Dorfe zu!« wurde dieses Programm am 14. Februar veröffentlicht.²⁶ In einer »Landwoche« wurde es Ende Februar unter den Landarbeitern und Bauern propagiert. Besondere Verdienste bei der Verstärkung der politischen Arbeit der Partei auf dem Lande hatten vor allem Edwin Hoernle, einer der führenden Agrarpolitiker der KPD, Heinrich Rau, Leiter der Landabteilung des ZK, sowie der kommunistische Reichstagsabgeordnete und Vorsitzende des Reichsbundes der Kleinbauern Ernst Putz.

An der »Landwoche« der KPD nahm Ernst Thälmann selber nicht mehr teil; er war in die sowjetische Hauptstadt gefahren, wo in der Zeit vom 17. Februar bis 15. März 1926 die VI. Tagung des Erweiterten EKKI stattfand. Das EKKI hatte Vertreter aller kommunistischen Parteien

²⁵ Vgl. IML, ZPA, I 2/1/37; 1/20/41.

²⁶ Vgl. Dokumente und Materialien..., Bd. VIII, S. 316–319.

eingeladen, um mit ihnen gemeinsam die internationale politische und wirtschaftliche Entwicklung im letzten Jahr zu beurteilen und die nächsten Aufgaben im Kampf gegen den Weltimperialismus und im Ringen um die weitere ideologische, politische und organisatorische Festigung der kommunistischen Parteien festzulegen.

»Teddy heute in Moskau angekommen, hat seine Arbeit sofort aufgenommen. Deutsche Delegation wohnt einheitlich im Hotel »Passage«, Twerskaja.«²⁷ Mit diesen Zeilen vom 18. Februar bestätigte die KPD-Vertretung beim EKKI dem ZK der KPD, daß auch der Vorsitzende der Partei, der als letzter der deutschen Delegierten Berlin verlassen hatte, am Reiseziel angelangt war. In Moskau erwarteten Ernst Thälmann vier anstrengende Wochen, ausgefüllt mit 20 Plenarsitzungen, mit Beratungen in der Deutschen Kommission und mit zahlreichen Gesprächen mit den leitenden Funktionären der Internationale und der Bruderparteien.

Aufmerksam verfolgte Ernst Thälmann, den die konstituierende Sitzung am 17. Februar in das Präsidium der Tagung gewählt hatte²⁸, den Bericht der Exekutive. Die darin enthaltene Einschätzung der internationalen Lage, die Verurteilung des ultralinken Sektierertums und die Orientierung, im Kampf gegen den Imperialismus die Einheitsfrontpolitik noch energischer als bisher zu verfolgen, entsprachen voll und ganz seinen eigenen Erkenntnissen. Nicht minder interessierte ihn, was die Vertreter der anderen Parteien über ihre Erfolge und Schwierigkeiten berichteten.

Seinen Diskussionsbeitrag zum Bericht des EKKI leitete Ernst Thälmann mit dem Grundgedanken ein, daß alle wesentlichen Fragen eines Landes oder einer Partei in die internationalen Probleme eingebettet werden müßten und nur im internationalen Zusammenhang richtig gesehen werden könnten. Er kritisierte, daß sich die Debatte »zu sehr auf die Fragen der einzelnen Sektionen konzentriert und der Zusammenhang dieser Fragen mit den internationalen Problemen zu wenig aufgerollt wird«. Mit diesem Maßstab ging Thälmann auch an die deutschen Probleme heran. Er untersuchte den Entwicklungsstand der relativen Stabilisierung des Kapitalismus und zeigte, wie das amerikanische Kapital in die deutsche Großindustrie eindrang, wie das deutsche Monopolkapital wirtschaftlich erstarkte und wie, parallel dazu, die Reichsregierung, von den rechten SPD-Führern toleriert, ihren reaktionären Kurs verschärfte.

²⁷ IML, ZPA, I 6/3/157.

²⁸ Vgl. Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale. 17. Februar bis 15. März 1926, S. 11.

Er deckte auch die Widersprüchlichkeit der Stabilisierung des Kapitalismus auf. Ernst Thälmann kam zu dem Schluß, daß die Situation, auch wenn sie nicht wie 1923 akut revolutionär sei, es der KPD »ermöglicht, breite Massen zu gewinnen und auf dem Wege der Organisation der Revolution Stützpunkte zu schaffen«.²⁹ Besonders notwendig sei es, die gewerkschaftlichen Positionen der Partei zu stärken, damit die KPD in den kommenden Wirtschaftskämpfen die führende Rolle übernehmen könne. Ausführlich informierte er über die Erfahrungen, die die KPD in der Volksbewegung für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten bereits gewinnen konnte. Er würdigte zugleich die Erfolge anderer Sektionen und ging dabei besonders auf die tschechoslowakische, polnische, italienische und englische Bruderpartei ein.

Ernst Thälmann forderte, der Weltbourgeoisie die einheitliche revolutionäre Klassenfront des internationalen Proletariats, getragen von einer einheitlichen Weltpolitik aller Kommunisten, entgegenzusetzen. Im Interesse dieses großen Zieles wandte er sich scharf gegen die Versuche Bordigas und anderer Ultralinken, darunter auch einiger Delegierter der KPD, »die Einheit der Komintern, ihre Einheit auf der Grundlage des Leninismus« anzutasten und die KPdSU(B) der Kommunistischen Internationale entgegenzustellen. Thälmann hob hervor, daß sich die Stellung der Partei Lenins in der Komintern daraus ergebe, daß sie die erfahrenste Sektion, »die einzige Partei der Welt ist, die die proletarische Diktatur aufgerichtet hat, sie seit über acht Jahren behauptet und wirklich, wenn auch unter den größten Schwierigkeiten, den Sozialismus aufbaut«.³⁰

Als sich die Ultralinken in der Deutschen Kommission und in der Diskussion zum Bericht dieser Kommission zu einem organisierten Angriff auf die Linie der Komintern zusammenschlossen, trat ihnen auch Thälmann entgegen. Er versicherte dem Führungsstab der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung, daß die KPD im ideologischen Kampf das Sektierertum in ihren Reihen ausmerzen werde. Die Kräfte um Ruth Fischer, Werner Scholem und Arcady Maslow seien, das habe sich bereits gezeigt, nicht gewillt, konstruktive politische Arbeit zu leisten, und daher für die KPD politisch und moralisch verloren; die Partei müsse sich, forderte er in der Deutschen Kommission, von ihnen trennen. Ruth Fischer und ihre Freunde hatten weiterhin ein gefährliches, manche Mitglieder irreführendes Doppelspiel getrieben, nach außen hin Loyalität

29 Ebenda, S. 193, 196.

30 Ebenda, S. 195.

geheuchelt, insgeheim aber auf den Zusammenschluß der ultralinken Kräfte hingearbeitet, mit dem Ziel, die Parteiführung wieder an sich zu reißen. Aber um jeden von ihnen irregeführten Arbeiter müsse gerungen werden, hob Thälmann mit allem Nachdruck hervor. Es gehe darum, die KPD auf der Grundlage der Beschlüsse des EKKI zu einem einheitlichen Ganzen zusammenzuschweißen.³¹

Ernst Thälmann und die Parteiführung der KPD wurden von den Vertretern der anderen Parteien unterstützt. So erklärte Georgi Dimitroff: »Der gegenwärtig leitenden Arbeitergruppe des deutschen ZK muß seitens sämtlicher Sektionen der Komintern die größte Unterstützung zuteil werden.«³² In der »Resolution zur deutschen Frage« konstatierte das EKKI, daß es der KPD unter Führung Ernst Thälmanns gelungen war, eine richtige und erfolgreiche Politik einzuschlagen, »große Kampagnen durchzuführen, breite Massen der Werktätigen zu mobilisieren und damit die Basis zu schaffen für weitere Massenbewegungen des zur Einheit strebenden Proletariats«. Den kommunistischen Parteien wurde »als bestes Beispiel« für die richtige Anwendung der Einheitsfrontpolitik »die Art des Kampfes für die Enteignung der einstigen Fürstenhäuser in Deutschland« empfohlen. Das EKKI stellte sich voll hinter die »Arbeitergruppe, die an der Spitze der KPD steht« und den »Kern einer wirklich leninistischen Parteiführung« bildet. Es hob hervor, daß die Genossen um Ernst Thälmann frei von fraktioneller Begrenztheit waren und ein richtiges Verhältnis zu den deutschen Arbeitermassen sowie ein Verhältnis des gegenseitigen Vertrauens zur Kommunistischen Internationale hergestellt hatten.³³

Das gewachsene internationale Ansehen Ernst Thälmanns und der KPD kam auch bei der Neuwahl des Präsidiums und des Sekretariats des EKKI am 14. März zum Ausdruck. Hermann Remmele, Ernst Thälmann und Clara Zetkin wurden in das Präsidium, Ottomar Geschke in das Sekretariat gewählt. Einstimmig wurde Thälmann die Funktion eines Stellvertreters des Vorsitzenden des EKKI übertragen.³⁴

In den Februar- und Märztagen 1926 in Moskau zeigte sich, wie weit

31 Vgl. ebenda, S. 209, 636. – IML, ZPA, I 6/3/89.

32 Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale. 17. Februar bis 15. März 1926, S. 631.

33 Erweiterte Exekutive (Februar/März 1926). Thesen und Resolutionen, (Hamburg 1926), S. 90, 46, 99.

34 Vgl. Die Rote Fahne, 9. April 1926.

Thälmann bereits in die Rolle eines führenden Funktionärs der Komintern hineingewachsen war. Als Internationalist legte er wie die Vorsitzenden der anderen Sektionen vor der Kommunistischen Internationale Rechenschaft über die Tätigkeit der von ihm geleiteten nationalen Sektion ab. Gleichzeitig fühlte er sich für die Entwicklung der Bruderparteien mitverantwortlich. Sein Auftreten auf der VI. EKKI-Tagung wie auf anderen Kongressen und Beratungen der Komintern widerspiegelte, daß er an alle Fragen des Klassenkampfes vom internationalistischen Standpunkt aus heranging. Er lernte aus den Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung, um seine Aufgaben im eigenen Lande besser erfüllen zu können, und war bestrebt, die Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung für die anderen kommunistischen Parteien nutzbar zu machen.³⁵

Sofort nach dem Abschluß des Plenums am 15. März kehrte Ernst Thälmann nach Berlin zurück. In Deutschland war inzwischen ein überzeugender Sieg in der Einheitsfrontaktion errungen worden, für die er sich so stark eingesetzt hatte. In die Listen des Volksbegehrens, die vom 4. bis 17. März auslagen, trugen sich 12,5 Millionen Wahlberechtigte ein. Das waren dreimal soviel Unterschriften, wie notwendig gewesen wären, um einen Volksentscheid durchzusetzen.

Ernst Thälmann sah nun seine Aufgabe darin, alle Kräfte der Partei für das nächste Ziel zu mobilisieren: für den Sieg im Volksentscheid. Er ging davon aus, daß im Reichstag die reaktionären Parteien vor den 12,5 Millionen Stimmen des Volksbegehrens nicht zurückweichen und den Gesetzentwurf über die Enteignung der Fürsten ablehnen würden. Für einen Erfolg im Volksentscheid aber waren rund 20 Millionen Stimmen erforderlich. Das war ein hohes Ziel, mußten doch weitere 7,5 Millionen Wähler, vor allem aus den städtischen Mittelschichten und aus der Landbevölkerung, gewonnen werden, und zwar gegen den stärksten Widerstand der gesamten Reaktion. Die 12,5 Millionen Stimmen für das Volksbegehren hatten die bürgerlichen Parteien und Vereine in Unruhe und Bestürzung versetzt. Sie bildeten am 15. April einen Arbeitsausschuß gegen den Volksentscheid, der mit riesigen Geldmitteln ausgestattet wurde und sich jenes weitaus größten Teils des Apparates zur Bildung der öffentlichen Meinung, der sich in den Händen der Reaktion befand, bedienen konnte. Die katholischen Bischöfe drohten in einem Hirtenbrief

³⁵ Vgl. Walter Wimmer: Ernst Thälmann – proletarischer Internationalist. In: BzG, 1972, H. 2, S. 203.

den Gläubigen, wer zum Volksentscheid gehe, verletze die obersten Gebote Gottes. Der Reichspräsident Hindenburg mißachtete die Zurückhaltung, die die Verfassung seinem Amte auferlegte, und setzte sich in einem Brief, der weit verbreitet wurde, für die einstigen Fürsten ein.

In der Parteiführung, auf Beratungen mit Funktionären, in Artikeln und Aufrufen analysierte Ernst Thälmann die Situation nach dem Volksbegehren und skizzierte die weiteren Aufgaben. So betonte er auf der 3. Reichskonferenz des RFB am 20. und 21. März 1926 in Halle, daß der Erfolg des Volksbegehrens nicht allein in den 12,5 Millionen Unterschriften zu sehen sei. Viel wichtiger sei »die ungeheure Mobilisierung des gesamten Proletariats und der dadurch erzielte fortschreitende Differenzierungsprozeß in den bürgerlichen Parteien«³⁶. Hier deutete der Parteivorsitzende bereits an, daß es galt, gründlich zu überlegen, wie die Kraft der Millionen Werktätigen über den Volksentscheid hinaus gegen das Monopolkapital und die reaktionäre Politik der bürgerlichen Parteien eingesetzt werden könne.

Thälmann lenkte die Aufmerksamkeit auf die Differenzen in der Deutschen Demokratischen Partei und in der Zentrumsparlei. Deren führende Kreise waren erbitterte Gegner der Fürstenenteignung und gerieten dadurch in Widerspruch zu vielen ihrer Wähler, zu den christlichen Arbeitern, Kleinbürgern, Bauern und Mittelständlern, die mit der Bewegung für die Fürstenenteignung sympathisierten. Besonders sorgfältig beachtete Thälmann die Veränderungen in den Beziehungen zwischen der KPD und der SPD. Er kam zu dem Schluß, daß »die Mauern zwischen den sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern... zwar noch nicht völlig niedergerissen werden«³⁷ konnten, aber eine breite Bresche geschlagen sei.

Anfang April warf eine Grippe Ernst Thälmann aufs Krankenbett. Wie bei ihm üblich kurierte er sie, umsorgt von seiner Frau Rosa, mit Hilfe des Hausarztes Dr. Moltrecht in seiner Hamburger Wohnung. Während seiner Abwesenheit unternahmen jene ultralinken Kräfte, die nicht müde wurden, die große Einheitsfrontaktion der KPD zu verunglimpfen, neue Vorstöße gegen die marxistisch-leninistische Politik der Parteiführung. Mitte April war der Vorsitzende der KPD jedoch wieder auf dem Posten. Auf einer Konferenz der politischen Sekretäre und Redakteure am 16. und

³⁶ Ernst Thälmann: Referat auf der RFB-Reichskonferenz. In: Die Rote Fahne, 24. März 1926.

³⁷ Ebenda.

17. April in Berlin rechnete er scharf mit dem ultralinken Sektierertum ab. Er wies nach, daß eine reale Arbeiterpolitik durchzuführen erfordere, »gegenwärtig das Feuer des innerparteilichen Kampfes gegen ultralinks zu richten«. Die Partei dürfe sich dabei nicht von den Sektierern an der praktischen Arbeit hindern lassen. Sie müsse vielmehr noch besser und konsequenter für die Lebensinteressen der Werktätigen eintreten und an Hand der praktischen Erfolge bei der Arbeit unter den breiten Massen jene Arbeiter von der Richtigkeit der Politik des ZK überzeugen, die aus verzweifelter Stimmung oder revolutionärer Ungeduld hinter den ultralinken Führern herlaufen.³⁸

Auf der Konferenz – »seit Jahren die beste . . ., die wir gehabt haben«³⁹, wie Leo Flieg an die KPD-Vertretung beim EKKI berichtete – widerspiegelte sich das starke Vertrauen, das sich die Thälmannsche Parteiführung in der Mitgliedschaft erworben hatte. Auch die Bezirksparteitage in den folgenden Monaten – Ernst Thälmann referierte auf den Bezirksparteitagen von Halle-Merseburg, Wasserkante und Berlin – bestätigten das wachsende Vertrauen zur Parteiführung und die weitgehende Isolierung der ultralinken Wortführer.

Am 6. Mai 1926 lehnte der Reichstag gegen die Stimmen der KPD, der SPD sowie einiger Abgeordneter der DDP den von 12,5 Millionen Wählern unterstützten Gesetzentwurf über die Enteignung der Fürsten ab. Den dadurch unumgänglich gewordenen Volksentscheid setzte die Reichsregierung für den 20. Juni an. Die KPD, der Kuczynski-Ausschuß und auch zahlreiche sozialdemokratische Organisationen erhöhten ihre Anstrengungen, um weitere Wähler zu gewinnen. Ein eindrucksvoller Höhepunkt dabei war das 2. Reichstreffen des Roten Frontkämpferbundes am 23. und 24. Mai in Berlin. Es wurde ganz im Geiste des Kampfes gegen die monarchistische Reaktion, für die Enteignung der Fürsten, für ein Bündnis mit den kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Schichten vorbereitet. Etwa 50 000 Rote Frontkämpfer kamen nach Berlin. Die ganze Nacht vom Sonnabend zum Pfingstsonntag waren Ernst Thälmann und die anderen Mitglieder der Bundesleitung bei den Delegationen aus den Bezirken. Der von Ernst Thälmann angeführte und von 300 000 Berlinern begeistert bejubelte Aufmarsch der RFB-Kolonnen am Pfingstsonntag wurde die vom Bundesvorsitzenden erwartete »gewaltige Demonstration für den Kampf gegen die soziale und monarchistische

38 Vgl. ebenda, 23. April 1926.

39 IML, ZPA, 3/19/573.

Reaktion, insbesondere für den siegreichen Volksentscheid gegen die Fürsten und Fürstenknechte«⁴⁰. Es war die größte Demonstration, die Berlin seit der Protestbewegung gegen den Rathenau-Mord 1922 gesehen hatte. Das Pfingsttreffen zeigte eindrucksvoll, daß die KPD und der RFB unter der Leitung Ernst Thälmanns ihren Masseneinfluß ausbauten und immer mehr Arbeiter zu bewußten Klassenkämpfern erzogen.

Das mußte haßerfüllt auch die reaktionäre Presse in ihren Stellungnahmen zum Treffen eingestehen. Die »Berliner Börsen-Zeitung« geriet in Harnisch, weil die Kommunisten als konsequente Internationalisten an geheiligten Traditionen imperialistischer Massenbeeinflussung zu rütteln wagten. Sie schrieb: »Und wer gestern etwas von der Roten Demonstration gesehen hat, muß diese Politik ernst nehmen, denn was sich hier in Berlin zusammengefunden hatte, waren nicht Apachen, sondern unsere deutschen Jungens, wie sie früher im bunten Rock gesteckt haben und die jetzt leider der kommunistischen Irrlehre verfallen sind.« Man müsse mit aller Gewalt gegen die Kommunisten vorgehen und gleichzeitig dem »Kommunismus das Evangelium der Vaterlandsliebe, des Bürgerfriedens, der nationalen Zusammengehörigkeit und Geschlossenheit gegenüber den anderen Völkern« entgegensetzen.⁴¹

Die Bundesführung des RFB hatte über das Reichstreffen den Film »Rote Pfingsten in Berlin« drehen lassen. Dieser Film erlebte seine Uraufführung am 17. Juni im Berliner Lehrervereinshaus. Ernst Thälmann hielt zum Abschluß der Veranstaltung eine begeistert aufgenommene Ansprache.⁴² »Rote Pfingsten in Berlin« ließ die angestrenzte Arbeit bei der Vorbereitung des Reichstreffens, die Kampfdemonstration der Roten Frontkämpfer aus dem ganzen Land und die freudige Begrüßung durch die Berliner Arbeiter, schließlich die Platzkonzerte der RFB-Kapellen und die Volksfeste am Pfingstmontag noch einmal lebendig werden. Aufnahmen zeigten Ernst Thälmann bei seiner Gedenkrede an den Gräbern der Gefallenen der Volksmarinedivision, die gewaltige Marschkolonne mit Ernst Thälmann und Willy Loew an der Spitze, den Vorbeimarsch an der Bundesführung auf dem Tempelhofer Feld, die

40 Die Rote Fahne, 26. Mai 1926.

41 Die Roten und der Nationalstaat. In: Berliner Börsen-Zeitung, 25. Mai 1926, Abendausgabe.

42 Vgl. Die Rote Fahne, 17., 19. Juni 1926. – Der Film war von Kameraleuten der um die Jahreswende 1925/1926 von KPD und IAH gegründeten Prometheus Film-Verleih und Vertriebs-GmbH gedreht worden.

Ansprache Ernst Thälmanns auf der Großkundgebung im Volkspark Neukölln und die Verabschiedung der Delegation des Gaues Halle-Merseburg durch Ernst Thälmann.

Vor diesem Dokumentarfilm war der sowjetische Film »Palast und Festung« gezeigt worden⁴³, einer der bedeutenden sowjetischen Filme, die in jenen Jahren die ideologische Massenarbeit der revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland sehr wirksam unterstützten. Die Anklage, die hier gegen den blutbefleckten Zarismus, gegen die menschenverachtende Polizei- und Justizwillkür unter der Zarenherrschaft erhoben wurde, ordnete diesen Filmabend, der drei Tage vor dem Volksentscheid stattfand, in die große Volksbewegung für die Fürstenenteignung ein.

Wenige Tage zuvor, am 13. Juni, hatte Ernst Thälmann an der feierlichen Enthüllung des Ehrenmals der Sozialisten auf dem Friedhof in Berlin-Friedrichsfelde teilgenommen. Er bekundete damit seine tiefe Verehrung für die Begründer der KPD, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, und für die anderen gefallenen Helden der Revolution. Das monumentale und doch schlicht wirkende Denkmal aus dunklen Hartbrandklinkern war nach einem Entwurf des Architekten Mies van der Rohe errichtet worden. Vor etwa 1500 geladenen Teilnehmern hatte Wilhelm Pieck das Ehrenmal enthüllt und in einer Ansprache die in dieser Grabstätte der Sozialisten beigesetzten Toten gewürdigt. Vom Friedhof marschierten die Teilnehmer nach der Weberwiese, wo Ernst Thälmann noch eine kurze Ansprache hielt.⁴⁴

Auf der ZK-Tagung am 4. Juni hatte Ernst Thälmann die Aussichten des Volksentscheides eingeschätzt. Er warnte vor übertriebenen Hoffnungen, aber auch vor einer Unterschätzung der Kraft der Werktätigen. Wenn es auch unwahrscheinlich sei, hob er hervor, daß die erforderliche Stimmenzahl erreicht würde, müßten in dem schweren Kampf, den »die Arbeitermassen mit oppositionellen Kleinbürgern gegen die Industriearbeiter und Junker und die Regierung«⁴⁵ führten, auch weniger als 20 Millionen Stimmen als großer Erfolg gewertet werden. Während der

43 Vgl. Die Rote Fahne, 19. Juni 1926. – Film und revolutionäre Arbeiterbewegung in Deutschland 1918–1932. Dokumente und Materialien zur Entwicklung der Filmpolitik der revolutionären Arbeiterbewegung und zu den Anfängen einer sozialistischen Filmkunst in Deutschland. Zusammengest. und eingel. von Gertraude Kühn, Karl Tümmeler, Walter Wimmer, Berlin 1978, Bd. 1, S. 314–316; Bd. 2, S. 38–40.

44 Vgl. Die Rote Fahne, 15. Juni 1926.

45 IML, ZPA, I 2/1/43.

letzten 14 Tage bis zum Volksentscheid nutzte Ernst Thälmann jede Gelegenheit, um vor Funktionären der Partei und auf Massenkundgebungen seine Überzeugungskraft und Autorität für ein einiges und geschlossenes Vorgehen der Arbeiterschaft einzusetzen.

14 455 184 Wähler, das heißt 36,4 Prozent aller Wahlberechtigten, stimmten am 20. Juni für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten. Das waren rund 4 Millionen Stimmen mehr, als die KPD und die SPD zusammen bei den letzten Reichstagswahlen erhalten hatten. Trotz des ungeheuren Drucks der Reaktion auf die Wähler, zum Beispiel der von den Großagrariern angedrohten Repressalien, die in den ostelbischen Agrargebieten viele von der Abstimmung ferngehalten hatten, errang die einig handelnde Arbeiterklasse im Bündnis mit bürgerlich-demokratischen Kräften einen großen politischen Erfolg, wenn auch das unmittelbare Ziel nicht erreicht war. Wie schon 1920 bei der Abwehr des Kapp-Putsches hatte sich die Arbeiterklasse in der Volksbewegung gegen die Fürstenabfindung, der machtvollsten Einheitsaktion der deutschen Arbeiterklasse in den Jahren der relativen Stabilisierung des Kapitalismus, erneut davon überzeugen können, daß in ihrer Aktionseinheit ihre Stärke liegt und daß sie, wenn sie einheitlich und geschlossen auftritt, große Anziehung auf ihre Verbündeten in Stadt und Land auszuüben vermag. Geführt von Ernst Thälmann, hatte sich die KPD als Initiator und treibende Kraft der Volksbewegung bewährt. Der Partei war es, wie Thälmann einschätzte, »zum ersten Male gelungen, in einer Teilfrage die Einheitsfronttaktik richtig anzuwenden«⁴⁶.

Zur gleichen Zeit, als Thälmann in Hamburg seine Stimme gegen die ehemaligen Fürsten abgab, erschien bereits in der »Roten Fahne« sein Artikel »Auftakt zum Kampf!«, der die Partei auf die nächste Etappe orientierte. Die Kommunisten werden, schrieb Thälmann, »auch nach dem 20. Juni den Kampf für die Enteignung der Fürsten als einen Teil des großen Kampfes zur Niederwerfung der Kapitalsherrschaft führen... Die Losung für den 21. Juni ist: Jedes Einheitskomitee nimmt Stellung zu dem Ergebnis des Volksentscheids... Alle Losungen des wirtschaftlichen und politischen Kampfes der Arbeiterklasse, des verelendeten Kleinbürgertums und der verarmten Kleinbauern werden zusammengefaßt in dem Kampftruf: Es lebe der Kongreß der Werktätigen Deutschlands!«⁴⁷

46 Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale. Moskau, 22. November–16. Dezember 1926, Hamburg–Berlin (1927), S. 234.

47 Die Rote Fahne, 20. Juni 1926.

»Wieder ein ernster Waffengang zwischen Arbeitermassen und Bourgeoisie«

Am 29. Mai 1926 war Ernst Thälmann nach Moskau geflogen, um das EKKI über die Entwicklung der Volksbewegung für die Enteignung der Fürsten zu informieren. In Moskau wurde er in die Beratung der Vorgänge in Polen einbezogen. Dort hatte Mitte Mai Marschall Josef Piłsudski – ein antikommunistischer, aus der polnischen Sozialdemokratie hervorgegangener Politiker – durch einen reaktionären Militärputsch die Regierung gestürzt, den Staatspräsidenten zum Rücktritt gezwungen und begonnen, das bürgerlich-parlamentarische System zu liquidieren und ein offen diktatorisches Regime zu errichten. Piłsudski hatte es verstanden, Teile der Arbeiterklasse, der Bauernschaft, des Mittelstandes und der unterdrückten nationalen Minderheiten über die wahren Ziele seines Staatsstreiches zu täuschen, indem er diesen als Kampf gegen die Reaktion ausgab. In der äußerst komplizierten Situation der Maitage stand die polnische Bruderpartei vor der Aufgabe, den Massen die Illusionen über das Regime Piłsudskis zu nehmen und ihrem Kampf eine revolutionäre Zielstellung zu geben.

Bereits in Berlin hatte Thälmann aufmerksam die Berichte über die Vorgänge in Polen und über die Taktik der Kommunistischen Partei Polens verfolgt. Vor seiner Abreise nach Moskau informierte er am 26. Mai das Politbüro, daß er seine Auffassung zur polnischen Frage dem EKKI unterbreiten werde.¹

In Moskau unterstützte er das Bemühen des EKKI, eine reale, klassenmäßige Einschätzung der Ereignisse in Polen zu erarbeiten und der Kommunistischen Partei Polens zu helfen, eine richtige Taktik im Kampf gegen Piłsudski zu entwickeln. Am Tage nach seiner Ankunft in Moskau veröffentlichte die »Prawda«, am 3. Juni auch »Die Rote Fahne«, seinen Artikel »Über die Taktik der Kommunistischen Partei Polens«. Dieser Artikel bildete eine der Grundlagen für die Beratung der polnischen

¹ Vgl. IML, ZPA, 3/19/573; 3/1/576.

Ereignisse im EKKI, die der Kommunistischen Partei Polens half, den Kampf gegen das Regime Piłsudskis zu entfalten.²

Deutlich kam Ernst Thälmanns internationalistische Haltung auch bei der Organisierung der Solidarität mit den englischen Bergarbeitern zum Ausdruck. Aufgebracht durch Versuche der Grubenbesitzer, die Löhne zu senken und die Arbeitszeit zu verlängern, waren die englischen Bergarbeiter am 1. Mai 1926 in den Streik getreten. Zu deren Unterstützung begann zwei Tage später in England ein allgemeiner Generalstreik, an dem sich rund vier Millionen Werktätige beteiligten. Er war »die größte und entschlossenste Aktion des europäischen Proletariats in den Jahren der relativen Stabilisierung des Kapitalismus«³. Jedoch brachen die rechten Führer der Trade Unions am 12. Mai den Generalstreik ab. Gestützt auf die internationale Solidarität, vor allem auf die Hilfe der Arbeiterklasse der Sowjetunion, setzten aber die Bergleute – eine Million Arbeiter – ihren Kampf sieben Monate lang fort. Erst im November gelang es den Grubenbesitzern, mit Hilfe der reformistischen Führer den Streik abzuwürgen.

Schon als sich die englischen Bergarbeiter zum Streik rüsteten, hatte Ernst Thälmann auf der Konferenz der Bezirkssekretäre und Redakteure am 16. und 17. April die Partei aufgefordert, die Bewegung zu unterstützen. Unmittelbar nach dem Beginn des Generalstreiks, am 4. Mai, beriet das Politbüro unter seiner Leitung über die Organisierung der Solidarität. An der Beratung nahmen Vertreter der Internationalen Arbeiterhilfe teil. Am folgenden Tag richtete Ernst Thälmann im Auftrag des ZK an den Bundesvorstand des ADGB einen Offenen Brief, den er gemeinsam mit Fritz Heckert im Sitz des Bundesvorstandes des ADGB in der Wallstraße überreichte.⁴ Ernst Thälmann verwies darin auf die »außerordentliche Tragweite des englischen Generalstreiks für die gesamte internationale Arbeiterbewegung und insbesondere für die deutschen Arbeiter« und schlug dem Bundesvorstand vor, »unverzüglich das gemeinsame Vorgehen der wichtigsten Verbände auch in Deutschland zu organisieren«, um so dazu beizutragen, die internationale Hilfsaktion in Gang zu bringen. Es würde auch nicht genügen, wenn sich der Bergarbeiterverband und der Deutsche Verkehrsbund, die freigewerkschaft-

² Vgl. Tätigkeitsbericht der Exekutive der Kommunistischen Internationale, Februar/November 1926, Hamburg–Berlin (1926), S. 118.

³ Die Kommunistische Internationale. Abriß, S. 289.

⁴ Vgl. IML, ZPA, 3/1/1212.

liche Organisation der in Handels-, Transport- und Verkehrsbetrieben Beschäftigten, das Ziel stellten, den Export deutscher Kohle nach England zu verhindern; es sei vielmehr notwendig, daß »für die Dauer des englischen Streiks jeglicher Export von Kohle eingestellt« und die deutsche Bourgeoisie daran gehindert wird, für England auf dem Weltmarkt einzuspringen und zum wirksamsten Streikbrecher zu werden. Thälmann empfahl, »zur sofortigen Schaffung eines Unterstützungsfonds für den englischen Kampf einen Extrabeitrag von allen Mitgliedern des ADGB zu erheben«. Es gelte, die durch den Generalstreik in England entstandene günstige Situation zu nutzen, um »endlich auch in Deutschland den Kampf für die Forderungen der Bergarbeiter und der gesamten Arbeiterschaft – Achtstundentag, Siebenstundenschicht im Bergbau, höhere Löhne, ausreichende Unterstützung der Erwerbslosen und Kurzarbeiter – zu organisieren«.⁵ Er regte an, eine zentrale Kampfleitung aus allen beteiligten Verbänden zu schaffen.

Dieser Offene Brief enthielt ein realistisches und annehmbares Kampfprogramm. Dessen Durchführung hätte die englischen Klassenbrüder wirkungsvoll unterstützt, die Kraft des deutschen Proletariats gestärkt und auch den Einfluß der Gewerkschaften in den Massen gefestigt. Aber der Bundesvorstand des ADGB wies das Angebot der KPD zum gemeinsamen Vorgehen zurück. Er erklärte am 6. Mai, daß allein die Gewerkschaften die Verantwortung vor der deutschen und der internationalen Arbeiterschaft trügen und daher selbständig entscheiden müßten.⁶ Gerade an diese Verantwortung für die internationale Solidarität hatte die KPD appelliert. Die rechten Gewerkschaftsführer dachten jedoch nicht daran, Taten folgen zu lassen. Sie vereitelten im Gegenteil viele Solidaritätsmaßnahmen, die auf lokaler Ebene von Bergarbeiterfunktionären beschlossen wurden, vor allem die Aktionen gegen den Kohleexport. Dadurch wurde es ermöglicht, daß von Mai bis September elf Millionen Tonnen Streikbrecherkohle nach England gelangten.⁷

Die KPD, die sich, unbeirrt durch die einheitsfrontfeindliche Haltung der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer, ehrlich und aufrichtig für die Aktionseinheit zur Verteidigung der Interessen des deutschen und des internationalen Proletariats einsetzte, war gezwungen, auf sich allein

⁵ Dokumente und Materialien..., Bd. VIII, S. 326, 327.

⁶ Vgl. Die Rote Fahne, 7. Mai 1926.

⁷ Vgl. Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale. 22. November–16. Dezember 1926, S. 421.

gestellt und gegen den Widerstand der meisten Gewerkschaftsinstanzen die Solidaritätsbewegung zu entfalten. Es gab kaum eine Politbürositzung oder ZK-Tagung, auf der nicht über die Unterstützung des englischen Bergarbeiterstreiks beraten wurde. Von Ernst Thälmann gingen die entscheidenden Initiativen für Solidaritätsaktionen aus. Einen besonderen Schwerpunkt sah er im Kampf gegen den Kohleexport nach England. So sandte er den Leiter der Abteilung Propaganda im ZK, Walter Ulbricht, mit dem Auftrag nach Essen, Wilhelm Florin, den Politischen Sekretär des Bezirks Ruhrgebiet, bei den Bemühungen zu unterstützen, den Transport von Streikbrecherkohle auf den Ruhrwasserstraßen zu unterbinden. Gemeinsam mit Gustav Sobottka, dem Leiter der Industriegruppe Bergbau in der Gewerkschaftsabteilung des ZK, erreichten sie, daß in Beratungen von Bergarbeiterfunktionären wenigstens beschlossen wurde, keine Überstunden zur Kohleverladung zu leisten. In Hamburg, wo Thälmann am 15. und 16. Mai am Bezirksparteitag teilnahm, wurde eine besondere Kommission bei der Bezirksleitung der KPD gebildet. Sie unterstützte unter anderem die Parteizellen im Hafen bei der Bildung von Kontrollausschüssen, die versuchen sollten, den Umschlag von Kohle für England zu verhindern.⁸ Der Einfluß der KPD in den Gewerkschaften war jedoch überall zu schwach, um die Berg- und Transportarbeiter in Deutschland gegen den Widerstand der Gewerkschaftsinstanzen zu wirksamen Solidaritätsaktionen, zu Sympathiestreiks und zur Unterbindung der Kohlelieferungen bewegen zu können.

Ernst Thälmann kümmerte sich nicht nur um die tätige Solidarität; er lenkte die Partei gleichzeitig darauf, den gewaltigen Streikkampf der englischen Bergarbeiter und die dabei angewandte gewerkschaftliche Taktik – sowohl die der reformistischen Führer der Trade Unions als auch die der oppositionellen Minderheit in den britischen Gewerkschaften – gründlich für die eigene Arbeit auszuwerten. Ein führender Funktionär der Partei – wahrscheinlich der Sekretär der Reichstagsfraktion. Walter Stoecker – wurde nach England geschickt, um an Ort und Stelle die Erfahrungen der Streikenden zu studieren und den Verlauf des zu dieser Zeit stattfindenden Kongresses der Trade Unions zu verfolgen. Bei seiner Berichterstattung am 16. September vor dem Zentralkomitee verlangte Ernst Thälmann größtmögliche Exaktheit und stellte viele konkrete Fragen. Er hatte sich aus den Presseberichten selbst gründlich informiert.⁹

⁸ Vgl. IML, ZPA, 3/1/576; 3/9/573; I 2/708/48.

⁹ Vgl. ebenda, 3/1/576; I 2/1/48.

In dem großen englischen Streik sah Ernst Thälmann eine wichtige Quelle von Lehren für die KPD, speziell für die Gewerkschaftsarbeit und für den ökonomischen Kampf. Das lag ihm besonders am Herzen, weil es erstrangige Bedeutung für die Sammlung der Massen um die revolutionäre Vorhut und für die Verteidigung der unmittelbaren Lebensinteressen der Werktätigen hatte. Und hierum ging es auch in Deutschland.

Bereits während der Vorbereitung des Volksentscheids für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten hatte Ernst Thälmann im Politbüro vorgeschlagen, ein Aktionsprogramm für den Kampf um die sozialen Interessen der Werktätigen in der Zeit nach dem 20. Juni 1926 auszuarbeiten.¹⁰ Am 4. Juni wurde erstmals im ZK der KPD über ein solches Programm beraten. In seinem Referat analysierte der Parteivorsitzende die wichtigsten politischen Ereignisse seit der VI. Tagung des EKKI: den Generalstreik in England, den Staatsstreich in Polen und die Volksbewegung gegen die Fürstenabfindung in Deutschland. Er kam zu dem Schluß, daß sich neue günstige Möglichkeiten für Aktionen gegen die Kapitaloffensive, für den weiteren Vormarsch der Arbeiterbewegung und ihrer Verbündeten eröffnet hatten. Thälmann wies den Pessimismus opportunistischer und ultralinken Kräfte zurück, die glaubten, daß die Stabilisierung des Kapitalismus eine revolutionäre Krise für 10 bis 15 Jahre ausschliesse. Gleichzeitig warnte er aber vor der Illusion, daß die nächsten Auseinandersetzungen mit der herrschenden Klasse »schon die Vorstufe zum entscheidenden Kampfe«¹¹ wären. Jetzt komme es vielmehr darauf an, die sich anbahnende proletarische Einheitsfront weiter zu festigen. Die Kleinarbeit, den Kampf um die »Brotfrage«, um die Tagesforderungen der Massen, bezeichnete Thälmann als Hauptaufgabe der Partei. Besonders ging er auf die Arbeit unter den Erwerbslosen ein, weil eine kampffähige proletarische Einheitsfront nur herzustellen war, wenn es gelang, auch das Millionenheer der Arbeitslosen einzubeziehen. Um das Vertrauen der Arbeitslosen zur KPD zu festigen, sei es zunächst notwendig, daß sich die Kommunisten verstärkt gegen Betriebsstillegungen sowie für die Verbindung des Kampfes der Arbeitslosen mit dem der Betriebsarbeiter einsetzten. In den Parlamenten und kommunalen Vertretungen müßten die kommunistischen Abgeordneten neue Maßnahmen zur Unterstützung der Arbeitslosen beantragen. Schließlich schlug Thälmann vor, einen Reichskongreß der Erwerbslosen vorzubereiten, der

¹⁰ Vgl. ebenda, 3/1/576.

¹¹ Ebenda, I 2/1/43.

ein Programm für den Kampf um die Lebensinteressen der Arbeitslosen beschließen sollte.

Drei Wochen später, am 22. Juni, begründete Ernst Thälmann im Politbüro den Vorschlag, einen Kongreß von Vertretern aller arbeitenden Schichten, einen Kongreß der Werktätigen, vorzubereiten. Sinn und Zweck dieses Kongresses müsse es sein, die lose Front der 14,5 Millionen Wähler, die für die Enteignung der Fürsten gestimmt hatten, zu festigen und dem Kampf der Werktätigen um ihre Interessen neue Impulse zu verleihen und neue Ziele zu stellen. Auf dem Kongreß sollte daher über die Abwehr der Auswirkungen kapitalistischer Rationalisierungsmaßnahmen auf die Lage der Arbeiter und des Mittelstandes beraten werden. Aufgabe der Delegierten sei es, wirksame Aktionen gegen die Vorstöße des Kapitals einzuleiten und zu helfen, die außerhalb der KPD stehenden Arbeiter sowie Angehörige der Mittelschichten in eine gemeinsame Front mit den Kommunisten zu führen. Thälmann, der bereits bei seinen letzten Aufenthalten im Ruhrgebiet und in Hamburg diese Fragen mit Genossen erörtert hatte, forderte eine ernste, gründliche, mehrmonatige Vorbereitung eines derartigen Kongresses und schlug dazu die Bildung einer Kommission unter der Leitung von Arthur Ewert vor.¹²

Anfang Juli verschlimmerte sich das Halsleiden, unter dem Ernst Thälmann seit langem litt. Auf Vorschlag des Arztes erwog das Sekretariat des ZK der KPD eine sechswöchige Kurbehandlung. Aber der Parteivorsitzende gönnte sich nur ein Minimum an Ruhe. Vor allem die noch immer anhaltende Auseinandersetzung mit den Ultralinken veranlaßte ihn zu bleiben. Politisch längst geschlagen, fuhren diese fort, die Arbeit der Partei zu stören. Sie konnten sich nicht damit abfinden, daß die Partei über ihr Geschrei zur Tagesordnung übergegangen war. Am 19. August 1926 stimmte das Zentralkomitee fast einmütig dem Antrag Ernst Thälmanns zu, Ruth Fischer und Arcady Maslow wegen fortgesetzter fraktioneller Tätigkeit aus der Partei auszuschließen.¹³

Eine Woche später konnte Ernst Thälmann auf der Konferenz der Bezirkssekretäre und Redakteure am 25. und 26. August einschätzen, daß der Kurs der KPD auf den entschiedenen Kampf für die Tagesinteressen der Massen besonders von den Arbeitern in den Betrieben begrüßt und unterstützt wurde. Thälmann forderte, die Kraft voll auf den Kampf gegen die Bourgeoisie sowie auf die Auseinandersetzung mit der reformisti-

¹² Vgl. ebenda, 3/1/576.

¹³ Vgl. ebenda, 3/19/573; I 2/1/46.

schen Politik der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer zu konzentrieren. Mit allem Nachdruck hob er gleichzeitig die Notwendigkeit hervor, die innerparteiliche Demokratie weiter zu entfalten und die Parteiarbeit zu verbessern. Die Einheit und Geschlossenheit der Parteireihen, Wissen, Einsatzbereitschaft und Mut eines jeden Kommunisten seien, wie Thälmann unterstrich, Grundvoraussetzung dafür, daß die Partei im Kampf gegen den Imperialismus bestehen könne.¹⁴

Diesem Ziel diene auch das Propaganda- und Schulungssystem, das unter der Führung Ernst Thälmanns entwickelt wurde. Die Verbreitung des Marxismus-Leninismus in der Partei und in der Arbeiterklasse war von den Ultralinken behindert worden. Nun wurden 1926 für die Mitglieder der KPD zwei Elementarkurse zu grundlegenden theoretischen Fragen durchgeführt. Der erste Kurs hatte im Frühjahr stattgefunden. Er befaßte sich insbesondere mit Problemen des Imperialismus und des bürgerlichen Staates sowie mit der Strategie und Taktik der Partei; Fragen der Einheitsfront und der Bündnispolitik standen dabei im Mittelpunkt. Der zweite Elementarkurs war für den Herbst vorgesehen. Er hatte das Thema »Probleme der proletarischen Diktatur – der Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion«. In diesem Kurs sollten sich die Mitglieder der KPD ausführlich und gründlich mit der Lehre Lenins von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande vertraut machen. Auf der Konferenz der Bezirkssekretäre und Redakteure am 25. und 26. August teilte Ernst Thälmann mit, daß das Zentralkomitee ferner eine Parteischule einrichte, auf der die besten Funktionäre und Mitglieder die Möglichkeit erhalten würden, systematisch die marxistisch-leninistische Wissenschaft zu studieren.¹⁵

Der leninistische Kurs der KPD, ihr konsequentes Eintreten für die Lebensinteressen der Werktätigen führten dazu, daß das Ansehen und die Autorität der Partei zusehends wuchsen. So gewann die KPD, wie Thälmann am 16. September dem Zentralkomitee berichtete, seit Sommer 1925 etwa 20 000 Mitglieder und 40 000 Abonnenten für die Parteipresse.¹⁶ Ernst Thälmann forderte die Kommunisten auf, in der praktischen Arbeit in den Betrieben und den Gewerkschaften unermüdlich zu beweisen, daß

14 Vgl. ebenda, 1/21/42.

15 Vgl. ebenda. – Walter Wimmer: Das Wissen und die Macht. Zur Geschichte der Schulungsarbeit in der deutschen Arbeiterbewegung während der Jahre der Weimarer Republik. In: Urania (Leipzig), 1966, H. 2, S. 34–37, 82/83.

16 Vgl. IML, ZPA, I 2/1/48.

die KPD am besten und entschlossensten die Interessen der Arbeiter vertrat. Er ging den Mitgliedern und Funktionären mit gutem Beispiel voran. So auch in Hamburg, wo sich im September 1926 ein harter Lohnkampf zwischen Hafenarbeitern und Unternehmern anbahnte.

Die Hamburger Hafenarbeiter verlangten 20 Prozent Lohnerhöhung, garantierten Lohn für mindestens fünf Arbeitstage pro Woche und Beseitigung der Überschichten. Das waren Forderungen, wie sie ähnlich auch von den Arbeitern in den anderen Berufen erhoben wurden. Ernst Thälmann schätzte rückblickend ein, daß sich die Arbeiter gegen das deutsche Trustkapital wehrten, das versuchte, »die Schrauben der Ausbeutung immer schärfer anzuziehen, um aus den schlechtbezahlten Arbeitern bei schwerster Leistung immer mehr herauszupressen«¹⁷. Wie überall, lehnten auch in Hamburg die Unternehmer die Arbeiterforderungen mit der fadenscheinigen Begründung ab, wegen der schlechten Wirtschaftslage seien die deutschen Betriebe ohnehin nicht mehr konkurrenzfähig. Der Hafenbetriebsverein – die Unternehmervereinigung der Umschlag-, Lagerei- und Speditionsfirmen – begnügte sich aber damit nicht, sondern verlangte darüber hinaus einen Lohnabbau.¹⁸

Gestützt auf bürgerliche Pressestimmen, wies Thälmann nach, daß das Hafenkapital durchaus in der Lage gewesen wäre, dem Verlangen der Arbeiter nachzukommen. Manche Unternehmer waren angesichts der Kampfbereitschaft der Hafenarbeiter auch zu Zugeständnissen bereit. Am 27. September hatten die Hafenarbeiter in einer Urabstimmung mit Dreiviertelmehrheit einen Schiedsspruch, der am 24. September gefällt worden war und alle Forderungen der Arbeiter zurückwies, abgelehnt und beschlossen, am 1. Oktober in den Streik zu treten. Die Gewerkschaften hatten bereits eine Streikleitung bestimmt. Doch da griff der Reichsarbeitsminister Heinrich Brauns ein. Er erklärte am 30. September den Schiedsspruch für verbindlich. Wie Ernst Thälmann feststellte, ging der Arbeitsminister von dem Standpunkt aus, daß eine Annahme der Arbeiterforderungen in Hamburg »für die ganze Lohnpolitik der deutschen Wirtschaft weittragende Konsequenzen auslösen müßte«¹⁹ und daß deshalb keinerlei Zugeständnisse gemacht werden dürften.

17 Ernst Thälmann: Ziel und Bedeutung des Hafenarbeiterstreiks. In: HVZ, 2. Oktober 1926.

18 Vgl. ebenda, 14. September 1926. – IML, ZPA, St 12/15.

19 Ernst Thälmann: Ziel und Bedeutung des Hafenarbeiterstreiks. In: HVZ, 2. Oktober 1926.

Die KPD setzte sich im Interesse der Arbeiter dafür ein, gerade jene »weittragenden Konsequenzen« herbeizuführen, die Unternehmer und Regierung so fürchteten. Die Hamburger Gewerkschaftsinstanzen hingegen nahmen die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches zum willkommenen Anlaß, den schon proklamierten Streik jetzt als unzulässig, als »wild« abzuqualifizieren und es abzulehnen, Streikende finanziell zu unterstützen. Die Kommunisten, die sich bisher schon für einen entschlossenen Kampf eingesetzt hatten, ließen sich dadurch nicht beirren. Sie erreichten, daß auf der Obleuteversammlung der Hafenarbeiter am 30. September der Streikbeschluß bekräftigt und eine neue Streikleitung aus Sozialdemokraten, Kommunisten und Parteilosen gewählt wurde.²⁰

Am 1. Oktober traten die Hafenarbeiter geschlossen in den Streik und legten den Hafen still. Als Ernst Thälmann erfuhr, daß der Streik ausgebrochen war, eilte er in seine Heimatstadt, um die Arbeiter in dem ihm vertrauten Hafen, seine Kollegen, mit denen er jahrelang Hand in Hand gearbeitet hatte, in ihrem Kampf zu unterstützen. Am späten Abend des ersten Streiktages traf er in Hamburg ein.

Sein erster Weg führte ihn in die Bezirksleitung der KPD am Valentinskamp. Wie Anna Schultz berichtet, befand sich Thälmann, unangemeldet wie üblich, plötzlich unter den in der Bezirksleitung versammelten Funktionären. Seine ersten Fragen an die Genossen waren: »Was ist mit dem Streik? Was habt ihr für eine Streikleitung?«²¹ Thälmann wollte alles wissen, fragte, wie die Stimmung bei den Streikenden war, ob die Solidaritätsbewegung in anderen Industriezweigen und Betrieben, besonders in den Werften, in die Wege geleitet sei, ob nicht nur auf Geldsammlungen, sondern auch auf Sympathiestreiks orientiert wurde. Als er erfuhr, daß die Hafenarbeiter einmütig die kapitulierende reformistische Streikleitung durch eine neue aus Sozialdemokraten und Kommunisten ersetzt hatten, würdigte er diesen Erfolg. Das zeige, daß die Hamburger Kommunisten gelernt hätten, in den Betrieben Massenarbeit zu leisten und die Einheitsfront der Tat zu verwirklichen.

Ernst Thälmann ließ sich die Liste der Mitglieder der Streikleitung geben. Aufmerksam las er die Namen und gab das Papier dem Bezirkssekretär Rudolf Lindau mit der Frage zurück: »Wo sind in dieser

20 Vgl. ebenda, 1. Oktober 1926.

21 Anna Schultz: Thälmann, der Hafenarbeiterstreik und die Frauen. In: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung (Basel) (im folgenden: Rundschau), 1934, Nr. 39, S. 1556.

Streikleitung die Hafenarbeiterfrauen? Denkt ihr, den Streik ohne die Frauen der Hafenarbeiter zu gewinnen?« Das Argument, im Hafen seien doch nur Männer beschäftigt, wies er ungehalten zurück: »Denkt ihr, daß wir nur zur Agitation erklären: Die Lohnfrage ist die Brotfrage der Familie!«²² Thälmann ließ die Frauenleiterin der Bezirksleitung herbeiholen und wollte von ihr wissen, welche Arbeit zur Vorbereitung des Streiks unter den Frauen der Hafenarbeiter durchgeführt worden sei, was getan würde, um die Kaffeeleserinnen im Hafen zu einem Sympathiestreik zu veranlassen. Aufmerksam hörte er sich den Bericht der Genossin an. Als sie davon sprach, daß nicht wenige Hafenarbeiter selbst die Meinung vertraten, ihr Streik sei Männersache, verurteilte er mit allem Nachdruck solche Auffassungen und forderte, nicht länger zuzulassen, daß die Rolle der Arbeiterfrauen im Klassenkampf unterschätzt werde. Thälmann mahnte, sich darauf einzustellen, daß vom Hafenbetriebsverein, vom Senat und von den rechten Gewerkschaftsführern Schritte zur Niederschlagung des Streiks unternommen würden. Auf seine Initiative wurden Funktionäre in alle Stadtbezirke geschickt mit der Order, die Arbeiter für den nächsten Morgen zur Verstärkung der Streikposten zu mobilisieren. In die anderen Hafenstädte wurden Kuriere entsandt, um dort Unterstützungsaktionen zu veranlassen. Dann diktierte Ernst Thälmann für die »Hamburger Volkszeitung« einen Artikel über den Streik.

Nachdem in der Bezirksleitung der Partei die wichtigsten Fragen geklärt waren, ging Thälmann, begleitet von einigen Funktionären, in den Hafen, um sich unmittelbar von der Stimmung der Streikenden zu überzeugen, um zu sehen, wie die Streikposten ihre Aufgaben erfüllten, und um die Streikleitung mit seinen Erfahrungen zu unterstützen.²³

Als in den Morgenstunden des 2. Oktober die in der Nacht mobilisierten Hafenarbeiter, Arbeiterfrauen und Erwerbslosen vom Baumwall, vom Millerntor, aus dem Gängeviertel und der Altstadt zum Hafen demonstrierten, um die Streikposten zu verstärken, war Ernst Thälmann unter ihnen. Kein Streikbrecher vermochte in den Hafen einzudringen. Bald hielten die Arbeiter die »Hamburger Volkszeitung« in der Hand und lasen, was der Vorsitzende der KPD über »Ziel und Bedeutung des Hafenarbeiterstreiks« zu sagen hatte. Thälmann würdigte in seinem Artikel den Mut der Hafenarbeiter, die »als erste den Kampf gegen die Folgen der kapitalistischen Rationalisierung aufgenommen...«, als erste

22 Ebenda.

23 Vgl. ebenda, S. 1556, 1573.

die Linie des Schlichtungsschwindels durchbrochen« haben. Er rief alle Arbeiter auf, die politische und wirtschaftliche Tragweite des Hafenarbeiterstreiks zu begreifen und ihn mit allen Mitteln zu unterstützen. »Der Streik hat weit über die Grenzen des Hamburger Wirtschaftsgebiets hinaus prinzipielle Bedeutung. Die Er kämpfung menschenwürdiger Löhne, die Erzwingung des Achtstundentags, die Beseitigung der Überschichtenschmach, während Millionen erwerbslos sind, die Eroberung sozialpolitischer Rechte im Einstellungswesen und im Arbeitsprozeß – das sind nicht nur Forderungen der Hamburger Hafenarbeiter, sondern des gesamten deutschen Proletariats. Sie stehen auf der Tagesordnung aller bevorstehenden Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse.«²⁴

Am nächsten Tag sprach Ernst Thälmann im überfüllten großen Saal von Sagebiel vor 5000 Arbeitern, darunter zahlreichen Sozialdemokraten. Er rief zur Solidarität mit den Streikenden auf. Begeisterung löste seine Mitteilung aus, daß das ZK der KPD 10000 Mark für die Streikkasse gespendet hatte. Scharf verurteilte er das Verhalten der Führer der Hamburger SPD, die sich nicht gescheut hatten, in das »Hamburger Echo« ein Inserat des Hafenbetriebsvereins mit der Aufforderung zum Streikbruch aufzunehmen.²⁵

Rastlos war Ernst Thälmann in diesen Tagen in Hamburg tätig. Er gab den Kämpfenden Mut und Zuversicht, warb für das engste Zusammengehen von Kommunisten, Sozialdemokraten und Parteilosen, überzeugte die Hafenarbeiter davon, daß ihr Streik nicht nur ökonomische, sondern in noch größerem Maße politische Bedeutung besaß. Die Hamburger Parteiorganisation vermochte in den Streiktagen – wie er wenig später einschätzte – »die politische und geistige Führung des Kampfes ... vollkommen in den Händen«²⁶ zu halten. Auch die Hamburger Polizei mußte die führende Rolle der KPD im Streik eingestehen.²⁷

Die geschlossene Front der Unternehmer, die vom Senat unterstützt wurden, und die streikfeindliche Haltung der rechten Führer der SPD und der Gewerkschaften, die wirkungsvolle Sympathiestreiks und Solidaritätsaktionen verhinderte, zwangen die Hafenarbeiter, am 5. Oktober ihren Streik abubrechen. Wenige Tage später zog Ernst Thälmann in einem Artikel die Bilanz des Kampfes. Voran stellte er die Einschätzung Franz

24 HVZ, 2. Oktober 1926.

25 Vgl. ebenda, 4. Oktober 1926.

26 Ernst Thälmann: Die Lehren des Hamburger Streiks. In: Ebenda, 8. Oktober 1926.

27 Vgl. IML, ZPA, St 12/15.

Mehring zum elfwöchigen Streik der Hamburger Hafenarbeiter von November 1896 bis Februar 1897. Mehring hatte diese bedeutende Aktion der Arbeiterklasse, die dem damals zehnjährigen Ernst Thälmann erstmals die Klassegegensätze zwischen Arbeit und Kapital anschaulich vor Augen geführt hatte, als heldenmütigen Kampf und moralischen Erfolg von höchster Bedeutung gewürdigt. Mit dem Hamburger Streik von 1926, so schätzte Thälmann ein, war seit Beginn der relativen Stabilisierung des Kapitalismus »zum ersten Mal wieder ein ernster Waffengang zwischen Arbeitermassen und Bourgeoisie ausgefochten worden«. Er würdigte Entschlossenheit, Kampfdisziplin und Klassenbewußtsein der Streikenden. Als einen wichtigen Erfolg wertete er, daß die Kommunisten nicht nur den Streik gegen den Widerstand der Gewerkschaftsführer tagelang kraftvoll zu führen vermochten, sondern daß sie auch, »als der Streik unter dem Dolchstoß der Reformisten abgebrochen wurde, ... den drohenden Massenaustritt aus den Gewerkschaften« hatten verhindern können.

»Insgesamt lieferte die Haltung der Kommunisten«, hob Ernst Thälmann hervor, »den klaren Beweis, daß sie keinerlei »parteilpolitische« Ziele außerhalb des proletarischen Klassenkampfes haben, sondern daß umgekehrt gerade ihre strategischen und taktischen Parteiziele genau und ausschließlich den Interessen des proletarischen Klassenkampfes entsprechen.«²⁸ Als wichtigste Aufgaben, die sich für die KPD aus dem Streik ergaben, bezeichnete er: 1. das neu eroberte Vertrauen der Massen zu rechtfertigen und durch tägliche harte Arbeit tiefer zu verwurzeln; 2. den Kampf gegen das Schlichtungssystem auf breitester Front aufzunehmen; 3. nicht aus den Gewerkschaften zu fliehen, sondern verstärkt in ihnen zu arbeiten und jetzt erst recht die Unorganisierten zum Eintritt zu bewegen; 4. den Kampf für die Existenzforderungen der Hafenarbeiter überall mit größter Energie fortzusetzen.

Am 14. Oktober wertete Thälmann den Hafenarbeiterstreik im Politbüro für die Parteiführung und den zentralen Parteiapparat aus. Die Gewerkschaftsarbeit der KPD müsse jetzt vor allem auf die Vorbereitung weiterer Kämpfe konzentriert werden, betonte er. Zukünftig seien bei jedem großen wirtschaftlichen Streik die besten Kräfte des Zentralkomitees und der Gewerkschaftsabteilung in die Kampfgebiete zu entsenden, um die streikenden Arbeiter direkt zu unterstützen und den

28 Ernst Thälmann: Die Lehren des Hamburger Streiks. In: HVZ, 8. Oktober 1926.

kommunistischen Kadern bei der Führung des Kampfes an Ort und Stelle mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.²⁹

In den Herbstwochen des Jahres 1926 lösten die Mitarbeiter des ZK der KPD noch eine weitere Aufgabe. Das Zentralkomitee zog um. Die wenigen Räume im Hofgebäude der Rosenthaler Straße 38, in denen die Parteiführung seit Februar 1921 untergebracht war, reichten nicht mehr aus. Seit Monaten hatte man ein für die Zwecke der Partei geeignetes Haus gesucht. Es durfte sich nicht innerhalb der Bannmeile befinden – dem Gebiet um den Reichstag und die Ministerien zwischen Friedrichstraße, Spree, Tiergarten und Landwehrkanal, in dem seit 1920 Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel verboten waren –, sollte vielmehr möglichst in einem Arbeiterbezirk liegen. Im August war schließlich ein 1912 erbautes Geschäftshaus am Bülowplatz, dem heutigen Rosa-Luxemburg-Platz, zu günstigen Bedingungen gekauft worden.

Nach einigen Umbauten konnte das neue Haus des ZK in den ersten Novembertagen bezogen werden. Mit seinen vier Etagen, zahlreichen Arbeitszimmern, mehreren Sitzungssälen, guten Keller- und Dachräumen sowie einer eigenen Heizungsanlage entsprach das neue Gebäude allen Anforderungen. Hier fanden später unter anderem auch die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg, die Redaktion der »Roten Fahne«, die City-Druckerei und die Vulkan GmbH Platz.³⁰ Das neue Haus bot dem Mitarbeiterstab des ZK der KPD günstigere Arbeitsbedingungen. Als »Karl-Liebnecht-Haus« wurde es für die Berliner Arbeiter zu einem Symbol der von Ernst Thälmann geführten KPD und ihres Zentralkomitees.

Die ersten Wochen, die Ernst Thälmann hier wirkte, waren ausgefüllt mit der Vorbereitung des Kongresses der Werktätigen und der VII. Tagung des Erweiterten EKKI. Gleichzeitig mußte sich die Parteiführung mit Werner Scholem, Wilhelm Schwan und Hugo Urbahns auseinandersetzen, die nicht bereit waren, ihr fraktionelles Treiben einzustellen und ihre Verbindung mit Ruth Fischer abzubrechen. Dem ZK blieb schließlich keine andere Wahl; es mußte sie am 5. November aus der Partei ausschließen.³¹

29 Vgl. IML, ZPA, 3/1/577.

30 Vgl. ebenda, 3/19/553; I 2/704/20. – In der City-Druckerei wurde »Die Rote Fahne« gedruckt. Sie gehörte zu den von der Peuvag (Papier-Erzeugungs- und Verwertungs-Aktiengesellschaft) verwalteten Parteidruckereien. – Die 1920 gegründete Vulkan GmbH verwaltete die Bürogebäude der KPD.

31 Vgl. Die Rote Fahne, 9. November 1926. – IML, ZPA, I 2/1/49.

Der Kampf der deutschen Werktätigen um ihre Lebensinteressen erhielt neue Impulse durch den Reichskongreß der Werktätigen vom 3. bis 5. Dezember in Berlin. Fast 2000 Delegierte, unter ihnen viele parteilose und sozialdemokratische Arbeiter, Vertreter der Bauern und der städtischen Mittelschichten, beschlossen auf diesem Kongreß ein Aktionsprogramm für den gemeinsamen Kampf der Arbeiter und aller Werktätigen gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung und gegen die verschärfte Ausbeutung. Die Vorschläge der KPD zu diesem Programm hatten vor allem Fritz Heckert, Emil Höllein, Wilhelm Koenen und Theodor Neubauer in ihren Referaten begründet. Ernst Thälmann nahm an diesem Kongreß, der mit auf seine Initiative zustande gekommen war, selbst nicht teil. Er weilte zu dieser Zeit in Moskau, wo seit dem 22. November wieder das EKKI tagte.

4

»Die entscheidende Frage für die internationale Arbeiterbewegung...«

In der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre wurde immer deutlicher, daß sich das Kräfteverhältnis der Klassen in der Welt veränderte. Auf einem Sechstel der Erde festigte sich die Sowjetordnung; Macht und Autorität des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates nahmen zu. Alle imperialistischen Großmächte mit Ausnahme der USA und zahlreiche kleinere kapitalistische Staaten hatten die UdSSR diplomatisch anerkannt. Die weitere Stärkung der Sowjetunion schwächte den Weltimperialismus und gestaltete den Kampf der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern günstiger und aussichtsreicher. Auf der anderen Seite vermochte auch die wirtschaftliche Hochkonjunktur die Begrenztheit der kapitalistischen Stabilisierung nicht zu verdecken. Vor allem die große Streikbewegung in England 1926 und der Aufschwung der chinesischen Revolution brachten die tiefen Widersprüche des Imperialismus an den Tag und unterstrichen die Relativität der zeitweiligen Stabilisierung des Kapitalismus.

Diese Entwicklung stellte die kommunistische Bewegung vor neue Aufgaben und rückte die Frage nach der weiteren Perspektive des revolutionären Weltprozesses in den Vordergrund. Für die Sowjetunion stand nunmehr auf der Tagesordnung, ungeachtet der fortdauernden kapitalistischen Umkreisung zum planmäßigen Aufbau des Sozialismus überzugehen; in den kapitalistischen Ländern galt es nach wie vor, in den Tageskämpfen gegen das Kapital und die bürgerliche Reaktion die Arbeitermassen zu sammeln und einem erneuten Vormarsch der revolutionären Bewegung den Weg zu bahnen.

In der Sowjetunion entbrannte im Zusammenhang mit dem Abschluß der Wiederherstellung der Volkswirtschaft und mit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus eine prinzipielle Auseinandersetzung über die Perspektive der Diktatur des Proletariats und des sozialistischen Aufbaus. Diese Auseinandersetzung erreichte in den Jahren 1926 und 1927 ihren Höhepunkt. Die Mehrheit des ZK der KPdSU(B) – an ihrer Spitze dessen Generalsekretär, J. W. Stalin – ging von der Leninschen Erkenntnis aus, daß der erfolgreiche Aufbau des Sozialismus in der UdSSR auch unter den Bedingungen einer kapitalistischen Umkreisung möglich sei und zugleich den entscheidenden Hebel der weiteren revolutionären Umwälzung in der Welt bilde. Dem stellte sich eine von L. D. Trotzki und G. J. Sinowjew angeführte opportunistische Fraktion entgegen.¹ Zu den Kräften, die mit den politischen Anforderungen der neuen Periode nicht fertig wurden, gehörten auch einige in der Kommunistischen Internationale bisher sehr angesehene Funktionäre.

Die trotzkistische Opposition verfocht den Standpunkt, es sei unmöglich, im Rahmen eines Landes die sozialistische Gesellschaft zu verwirklichen. Dadurch wirkte sie demoralisierend und sabotierte den planmäßigen sozialistischen Aufbau. Mit dieser defätistischen Einstellung zum Aufbau des Sozialismus fanden Trotzki und Sinowjew die Unterstützung aller Gegner des Leninschen Kurses, denen Erfolge des Sowjetlandes und seiner führenden Partei den Boden entzogen. In ihrem Oppositionsblock sammelten sich alle parteifeindlichen Elemente sowohl rechter als auch »linker« Schattierung. Ihre These, daß die UdSSR nicht in der Lage sei, vorerst allein den Sozialismus aufzubauen, verbanden die Trotzlisten mit der Behauptung, die Sowjetordnung sei nur zu erhalten,

¹ Zur Auseinandersetzung mit dem trotzkistisch-sinowjewischen Block in der KPdSU(B) vgl. Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion in sechs Bänden, Bd. IV, Erstes Buch, Moskau 1973, S. 497–522.

wenn es gelänge, in den kapitalistischen Ländern die revolutionäre Bewegung zu forcieren und in absehbarer Zeit zur proletarischen Revolution zu steigern – notfalls auch durch eine militärische Auseinandersetzung mit den imperialistischen Mächten. Ernst Thälmann charakterisierte diese Auffassungen als »Verbindung von linken Verzweigungsgesten mit einer im Wesen rechten opportunistischen Politik«² und erinnerte daran, daß die Wortführer der Opposition schon wiederholt in komplizierten Situationen gegen Lenin aufgetreten und der Partei in den Rücken gefallen waren.

Die Trotzlisten versuchten, ihre antileninistische, abenteuerliche Konzeption der Kommunistischen Internationale aufzuzwingen, wo die Träger linksopportunistischer, pseudorevolutionärer Tendenzen – wie die Ultralinken in der KPD – sich mit ihnen solidarisierten. Wie die Trotzlisten in der KPdSU(B) verstanden auch die »linken« Opportunisten in den anderen kommunistischen Parteien nicht, daß die proletarische Weltrevolution kein rascher Sturmhauf ist, sondern eine ganze historische Epoche zähen Ringens der beiden antagonistischen Gesellschaftssysteme erfüllt und vor allem durch den entstehenden und erstarkenden Sozialismus vorangetrieben wird. Deshalb ignorierten sie, daß die UdSSR auf den Klassenkampf in den kapitalistischen Ländern in erster Linie durch ihre wirtschaftlichen Erfolge und sozialpolitischen Errungenschaften, durch die Kraft ihres Beispiels einwirkt. Deshalb lehnten es auch die einen wie die anderen ab, den Bedingungen der relativen Stabilisierung des Kapitalismus Rechnung zu tragen, und verleumdeten ein realistisches Herangehen als Zurückweichen vor dem Imperialismus. Diese Einstellung offenbarte ihren kleinbürgerlichen Unglauben an die Kraft der siegreichen, machtausübenden Arbeiterklasse wie auch an die revolutionären Potenzen des internationalen Proletariats.

Weil der auf einem Sechstel der Erde errichtete erste Arbeiter-und-Bauern-Staat der entscheidende Rückhalt des Proletariats der kapitalistischen Länder im Klassenkampf war, betrachteten alle kommunistischen Parteien den Kampf gegen die trotzkistische Opposition als ihre eigene Sache. Am 6. August 1926 nahm Ernst Thälmann vor dem ZK der KPD zur Auseinandersetzung mit der trotzkistischen Opposition in der KPdSU(B) Stellung – unmittelbar nachdem ein Vereinigtes Plenum des Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission der KPdSU(B)

² Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale. 22. November–16. Dezember 1926, S. 736/737.

öffentlich die antileninistische Linie und die parteifeindliche Fraktions-tätigkeit der Trotzlisten verurteilt hatte.

Für Thälmann, der maßgeblich dazu beigetragen hatte, in der KPD die leninistische Auffassung von der proletarischen Partei als dem organisierten und disziplinierten Vortrupp der Arbeiterklasse durchzusetzen, war es selbstverständlich, das Leninsche Prinzip der Einheit und Geschlossenheit der Partei kompromißlos zu verteidigen. Die entgegengesetzte Auffassung von der Partei als einem Konglomerat rechter und linker Flügel, zusammengehalten durch ein versöhnlerisches »Zentrum«, wie sie die Trotzlisten vertraten, hatte sich in der deutschen Arbeiterbewegung schon eindeutig als schädlich, als Schrittmacher des bürgerlichen Einflusses erwiesen. Ernst Thälmann warnten die Erfahrungen, die er in der Vorkriegssozialdemokratie, in der USPD und mit den hemmenden Auswirkungen der Fraktionskämpfe in der KPD gemacht hatte. Deshalb verurteilte er die trotzkistische »Auffassung von einer Partei als einem Haufen verschiedener Richtungen, die unter allgemeiner Parteidemokratie nebeneinander stehen sollen«³. Er wußte, daß dieser zentristische Parteibegriff die Arbeiterbewegung den zersetzenden und lähmenden Einflüssen bürgerlicher Ideologie und Politik preisgibt.

Ernst Thälmann lenkte in seiner Rede vor dem Zentralkomitee das Augenmerk darauf, daß das Auftreten der antileninistischen Kräfte die Diktatur des Proletariats zu schwächen drohte, vor allem, weil die trotzkistische Opposition auf eine Spaltung der Kommunistischen Partei hinarbeitete. Unterstützt von den meisten Mitgliedern des Zentralkomitees – vor allem von Philipp Dengel, Arthur Ewert und Ernst Schneller –, setzte Ernst Thälmann sich daher prinzipiell mit der parteifeindlichen Haltung der Trotzlisten und der ihnen sekundierenden deutschen Ultralinken auseinander. In seiner Polemik gegen die trotzkistischen Parteispalter unterstrich er die besondere Rolle und Verantwortung der Kommunistischen Partei, die einen Arbeiter-und-Bauern-Staat führt. Nachdrücklich hielt er den deutschen Parteigängern der trotzkistischen Opposition vor, daß nur unter Führung einer »einigen Partei«, einer Partei mit straffer Disziplin, die Diktatur des Proletariats ausgeübt werden kann.

Vor allem mit der Verantwortung der KPdSU(B) als Führerin des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates, als erfahrenster und gestähltester Sektion

³ Ernst Thälmann: Der Weg der russischen Opposition [Referat auf dem 16. Bezirksparteitag der KPD Berlin-Brandenburg-Lausitz am 26. November 1927]. In: Die Rote Fahne, 4. Dezember 1927.



Albert Schreiner, Ernst Thälmann und Willy Leow (von links nach rechts)
während des 3. Reichstreffens des RFB
im Schiller-Park in Berlin-Wedding am 5. Juni 1927



11. Parteitag der KPD in Essen, März 1927

Referenten auf dem 11. Parteitag der KPD



Ernst Thälmann



Philipp Dengel

der Kommunistischen Internationale begründete Ernst Thälmann die Notwendigkeit, entschieden und rückhaltlos die leninistische Mehrheit der KPdSU(B) und ihres Zentralkomitees im Kampf gegen die antileninistischen Elemente zu unterstützen.

Die hervorragende Rolle der Partei Lenins in der Kommunistischen Internationale betrachtete Ernst Thälmann als die »wichtigste Frage«⁴, als die Garantie dafür, daß die strategischen und taktischen Lehren Lenins, seine ideologischen und organisatorischen Prinzipien den Kurs der Internationale bestimmten. Deren richtige Anwendung, die schöpferische Auswertung des siegreichen revolutionären Kampfes für die Errichtung der Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten aber entschied über Sieg oder Niederlage des Proletariats, wie Ernst Thälmann unablässig in Erinnerung rief. In vielen Reden und Artikeln hob er weiter hervor, daß die KPdSU(B), indem sie der Kommunistischen Internationale und deren Sektionen die Erfahrungen des Aufbaus der neuen, sozialistischen Gesellschaft vermittelte, deren theoretisches Denken durch ein reales Bild der sozialistischen Gesellschaft bereicherte und der internationalen Arbeiterklasse die sozialistische Zukunft aller Länder vor Augen führte. Thälmann nutzte die Erfahrungen der KPdSU(B) auch, um den barbarischen, menschenfeindlichen Charakter der kapitalistischen Ordnung, die Gesetzmäßigkeit ihrer Ablösung durch den Sozialismus nachzuweisen und die verfälschte Darstellung des Sozialismus durch die Reformisten zu entlarven.

Die in Rostow am Don erscheinende Zeitung »Molot«, das Organ des Nordkaukasischen Regionskomitees der KPdSU(B), veröffentlichte am neunten Jahrestag der Oktoberrevolution einen Exklusivartikel des Vorsitzenden der KPD, in dem dieser zu den Grundfragen der Auseinandersetzung in der KPdSU(B) Stellung nahm.⁵ Thälmann hob die Weltbedeutung des Sowjetstaates hervor, der für die internationale Arbeiterbewegung Leitstern und moralischer Kraftquell sei, und würdigte nachdrücklich die Klassensolidarität der sowjetischen Werktätigen mit dem Weltproletariat, die im Zuge der sozialistischen Entwicklung keineswegs geringer werde – wie die Trotzlisten verleumderisch behaupteten –, sondern immer wirkungsvoller und gewichtiger. Die Frage des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR habe längst den Rahmen theoretischer

⁴ IML, ZPA, I 2/1/45.

⁵ Vgl. Ernst Thälmann: Neun Jahre Diktatur des Proletariats. In: BzG, 1976, H. 2, S. 297–299.

Erörterungen gesprengt, und der Sozialismus werde bereits greifbare Wirklichkeit. Die Sowjetunion habe in der Praxis bewiesen, daß der sozialistische Aufbau möglich sei, und führe ihn erfolgreich durch. Die geschichtliche Aufgabe des Sowjetstaates bestehe also darin, auch unter den Bedingungen der kapitalistischen Umkreisung und ohne Unterstützung durch sozialistische Industrieländer den Sozialismus konsequent aufzubauen und die UdSSR von den kapitalistischen Ländern unabhängig zu machen. Das war eine prinzipielle Verurteilung der Plattform der trotzkistischen Opposition und zeigte den Lesern, daß die KPD fest an der Seite des ZK der KPdSU(B) stand und dessen Leninschen Kurs rückhaltlos unterstützte.

Zum Höhepunkt der Auseinandersetzung mit den Trotzkisten vor dem Forum der Kommunistischen Internationale wurde das VII. Plenum des Erweiterten EKKI. Es begann am 22. November 1926 um 19 Uhr unter dem Vorsitz von Ernst Thälmann im Andrejew-Saal des Moskauer Kremls. Thälmann wurde in das Präsidium der Tagung, zum stellvertretenden Vorsitzenden der Politischen Kommission, die den Thesenentwurf über die internationale Lage und die nächsten Aufgaben der Komintern zu beraten und zu überarbeiten hatte, und zum Mitglied der Englischen Kommission gewählt.⁶ Am 26. November sprach er in der Diskussion zum Bericht des Präsidiums des EKKI über die Weltlage und die nächsten Aufgaben der Kommunistischen Internationale und berichtete über die Kampferfahrungen der KPD und ihre Entwicklung im zurückliegenden dreiviertel Jahr. Am 11. Dezember griff er in die Diskussion zum Referat J. W. Stalins über die innerparteilichen Fragen der KPdSU(B) ein.

Gemeinsam mit anderen erfahrenen Führern der internationalen Arbeiterklasse – wie Sen Katayama, Vasil Kolarov, Pierre Sémard, Bohumir Šmeral, Palmiro Togliatti und Clara Zetkin – wies Ernst Thälmann die antileninistischen Ansichten der Opposition und ihre Spaltertätigkeit entschieden zurück und verteidigte leidenschaftlich und prinzipiell die leninistische Generallinie der KPdSU(B). Dabei ging er von der Erkenntnis aus, daß die Sowjetunion »der erste revolutionäre Faktor« in der Welt ist, die Basis und Hauptkraft der sozialistischen Weltrevolution, daß ihre Entwicklung über die Perspektive der revolutionären Weltbewegung, über die Zukunft der Menschheit entscheidet. Dieser erste Staat der

6 Vgl. Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale. 22. November–16. Dezember 1926, S. 12/13. – Inprekorr, Nr. 148, 3. Dezember 1926, S. 2611. – Die Rote Fahne, 24. November 1926.

siegreichen Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten übe »den stärksten Einfluß auf die revolutionäre Bewegung, auf den proletarischen Klassenkampf« in allen Ländern aus. Vor allem an das Erstarken des Sowjetstaates knüpfte sich die Zuversicht der revolutionären Arbeiter in der kapitalistischen Welt, daß sie ungeachtet aller Wechselfälle des Klassenkampfes und aller bitteren Niederlagen den Sieg über die Bourgeoisie davontragen würden. Durch seine kämpferische Solidarität mit dem Sowjetland beschleunige das Proletariat der kapitalistischen Länder seinen eigenen Sieg, denn die Erfolge der sowjetischen Werktätigen veränderten das Kräfteverhältnis der Klassen in der Welt zugunsten der Arbeiterklasse. So schaffe der sozialistische Aufbau in der Sowjetunion Möglichkeiten, »daß bei der Zuspitzung der Gegensätze des Imperialismus auch in einem anderen kapitalistischen Lande die Revolution siegreich werden wird«.⁷

Thälmann betonte stets diese Einheit der Interessen der Sowjetunion und der internationalen Arbeiterklasse. Er ging davon aus, daß der erste sozialistische Staat der Welt die stärkste Stütze der Werktätigen jedes Landes im Kampf gegen die eigene imperialistische Bourgeoisie ist, daß deshalb die ureigensten Interessen der Arbeiter ihres Landes einer jeden kommunistischen Partei gebieten, die Sowjetunion gegen den internationalen Imperialismus zu unterstützen und zu helfen, den friedlichen Aufbau in der UdSSR zu sichern. »Unsere ganze Politik muß darauf aufgebaut sein, daß wir alles, auch das letzte⁸, für die Sowjetunion einsetzen«⁹ – das war Ernst Thälmanns Maxime. Er trat der trotzkistischen Verleumdung entgegen, der konsequente Kurs der KPdSU(B) auf die planmäßige sozialistische Umgestaltung der UdSSR zeuge von »nationaler Beschränktheit«, bedeute einen Verzicht auf die proletarische Weltrevolution zugunsten einer »national-reformistischen« Perspektive.¹⁰ Ernst Thälmann wandte sich entschieden dagegen, den revolutionären Weltprozeß und seinen entscheidenden Faktor einander gegenüberzustellen. Gerade die sozialistische Entwicklung der Sowjetunion erweise

7 Ernst Thälmann: Über proletarischen Internationalismus, S. 37, 50.

8 In der Quelle: alles und das letzte.

9 Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Essen vom 2. bis 7. März 1927, Berlin 1927, S. 44.

10 Vgl. Ernst Thälmann: Über proletarischen Internationalismus, S. 42/43. – Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale. 22. November–16. Dezember 1926, S. 729/730, 685.

sich »als der stärkste Hebel der revolutionären Bewegung in allen Ländern«¹¹, schrieb er in seinem Artikel »10 Jahre Sowjetmacht und die internationale Arbeiterklasse«.

Die sozialistische Umgestaltung, die schöpferische Aufbauleistung der sowjetischen Werktätigen, die »Erfolge der proletarischen Initiative«¹² sah Ernst Thälmann als einen Hauptfaktor des revolutionären Weltprozesses an. Den wirtschaftlichen Aufstieg der Sowjetunion und die sozialistischen Errungenschaften ihrer Werktätigen wertete er als die stärksten Argumente gegen die kapitalistische Stabilisierung und die reformistische Politik und antisowjetische Propaganda rechter Führer der Sozialdemokratie.¹³ Den sozialistischen Aufbau im Sowjetlande und den Klassenkampf an anderen Abschnitten der proletarischen Weltrevolution betrachtete er als »Bestandteile eines einheitlichen revolutionären Prozesses«. Hier, auf dem VII. Erweiterten Plenum des EKKI, charakterisierte Ernst Thälmann die Stellung zur Sowjetunion, wo der Sozialismus erstmals reale Gestalt anzunehmen begann, als ein sicheres Kriterium dafür, wo man in der Klassenauseinandersetzung steht: »Die entscheidende Frage für die internationale Arbeiterbewegung ist die Stellung zur proletarischen Diktatur in der Sowjetunion. Hier scheiden sich die Geister, und sie müssen sich scheiden! Die Stellung zur Sowjetunion entscheidet auch über die Frage, zu welchem Lager man in den Fragen der deutschen Politik gehört, zum Lager der Revolution oder zum Lager der Konterrevolution.«

Weil er erkannte, daß es für die internationale Arbeiterbewegung von grundlegender Bedeutung war, wie erfolgreich und wie rasch der Sozialismus in der UdSSR aufgebaut wurde, erfaßte Thälmann auch, daß die Klärung der Perspektiven des sozialistischen Aufbaus eine Lebensfrage der gesamten kommunistischen Weltbewegung darstellte. Er betonte, daß es sich um Grundfragen der sozialistischen Revolution schlechthin, um Kernfragen der marxistisch-leninistischen Theorie handelte. Thälmann unterstrich die geschichtliche Tragweite der Auseinandersetzung, wenn er vor dem Plenum feststellte, es gehe »nicht um einzelne Fragen des Leninismus, sondern um den gesamten Fragenkomplex des Leninismus, um die Grundprobleme der proletarischen Diktatur«.¹⁴

11 Ernst Thälmann: Geschichte und Politik, S. 91.

12 Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitages der KPD, S. 44.

13 Vgl. Ernst Thälmann: Über proletarischen Internationalismus, S. 37, 48/49.

14 Ebenda, S. 42, 54.

Ernst Thälmann unterstützte voll und ganz den Standpunkt des ZK der KPdSU(B), daß der Aufbau des Sozialismus auch im Rahmen eines Landes möglich ist. Ausführlich beschäftigte er sich in seinem Diskussionsbeitrag am 11. Dezember mit dieser von Lenin nachgewiesenen Möglichkeit. Lenin folgend, sah er sie begründet »1. in der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung des Kapitalismus, die im monopolistischen Stadium entscheidend verstärkt ist; 2. in der Tatsache, daß der Imperialismus historisch ein sterbender Kapitalismus... ist. In dieser Epoche ist es auch einem einzigen Lande (bei ausreichenden materiellen Reserven) möglich, den Sozialismus aufzubauen.« Thälmann berief sich in seinen Ausführungen auf Lenin und auch auf Bemerkungen von Marx und Engels. Als Beweis für die Richtigkeit seines Gedankenganges führte er drei grundlegende Tatsachen der ökonomischen und sozialen Entwicklung in der Sowjetunion an: Die industrielle und landwirtschaftliche Produktion nahm zu; der sozialistische Wirtschaftssektor wuchs schneller als die nichtsozialistischen Sektoren; das Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft festigte sich. Alles das zeuge davon, so führte Thälmann aus, daß die proletarische Diktatur weiter erstarke und der sozialistische Aufbau voranschreite. Er bewies, daß die Trotzlisten diese unumstößlichen Tatsachen ignorierten, daß sie vor allem den entscheidenden Faktor einer sozialistischen Entwicklung negierten: »Sie haben kein Zutrauen zu der Kraft der russischen Arbeiterschaft und der Bauern und der sie führenden KPSU.«¹⁵

Ernst Thälmann betonte, daß Furcht vor den Schwierigkeiten des Aufbaus, Pessimismus, das Schwanken an Wendepunkten des Klassenkampfes und die Neigung sowohl zur Panik als auch zum Abenteuerum Charaktermerkmale der trotzkistischen Opposition seien. Mit demselben Pessimismus beurteilten die Trotzlisten und ihre Parteigänger in den verschiedenen Sektionen der Kommunistischen Internationale auch die Perspektiven des Klassenkampfes in den kapitalistischen Ländern. Demgegenüber hatte Thälmann in seinem ersten großen Diskussionsbeitrag auf dem Plenum am 26. November hervorgehoben, »welche riesengroße Kampfenergie im westeuropäischen Proletariat lebt«¹⁶. Zum Beweis dessen nannte er unter anderem den englischen Bergarbeiterstreik und die Erfolge der Italienischen Kommunistischen Partei bei der Verbindung von legalen und illegalen Kampfmethoden.

15 Ebenda, S. 47, 52.

16 Ebenda, S. 36.

Thälmann charakterisierte die trotzkistische Opposition später als eine ihrer Natur nach der Arbeiterklasse fremde, kleinbürgerliche Strömung.¹⁷

Die Rede Ernst Thälmanns demonstrierte, daß die KPD rückhaltlos das Zentralkomitee der KPD(SU(B) in seinem Kampf um die Verwirklichung des Leninschen Vermächtnisses unterstützte.

Das Erweiterte Plenum endete am 16. Dezember. Auf der anschließenden Sitzung des EKKI am 18. Dezember wurde Ernst Thälmann erneut zum Mitglied des Präsidiums des Exekutivkomitees gewählt, in dem er mit vielen namhaften Repräsentanten der kommunistischen Weltbewegung – mit Victorio Codovilla, Béla Kun, Otto Kuusinen, D. S. Manuilski, O. A. Pjatnizki, Edward Próchniak, Charles Ruthenberg, J. W. Stalin und anderen – zusammenwirkte.¹⁸

Die Tage des Plenums hatten für Ernst Thälmann noch ein besonderes Erlebnis gebracht. Am 27. November 1926 waren die Verhandlungen gegen Mittag unterbrochen worden. Der Vorsitzende der Tagung, der britische Kommunist William Gallacher, begrüßte drei Vertreter des Lehr- und Versuchsбатаillons »Wystrel« der Roten Armee. Der Sprecher der Delegation, ein Zugkommandeur, teilte mit, daß Ernst Thälmann zum Ehrensoldaten des Батаillons ernannt worden sei, und überreichte ihm auf der Tribüne der Tagung eine komplette Kommandeursuniform der Roten Armee. Die Offiziere halfen Ernst Thälmann in den Uniformmantel, unter stürmischem Beifall der Delegierten setzte er den Helm mit dem Roten Stern auf. Dann erklärte der Zugkommandeur: »Genossen, wir bedauern sehr, daß Genosse Thälmann nicht immer bei uns in unserer Sowjetunion sein kann... Genosse Thälmann wird sich... als Ehrensoldat der Roten Armee zweifellos davon überzeugen, daß das Herz der Roten Armee wie immer lebendig ist.«¹⁹

Ernst Thälmann, der schon längere Zeit mit dem Батаillon in Verbindung stand und bereits 1925 von dessen Angehörigen zum Ehrenmitglied des Moskauer Sowjets gewählt worden war²⁰, wertete diese

17 Vgl. Ernst Thälmann: [Diskussionsrede zum Bericht über die trotzkistische Opposition auf dem IX. Plenum des EKKI am 10. Februar 1928]. In: Inprekorr, Nr. 18, 23. Februar 1928, S. 375.

18 Vgl. ebenda, Nr. 157, 23. Dezember 1926, S. 2842.

19 Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale. 22. November–16. Dezember 1926, S. 281. – Inprekorr, Nr. 152, 14. Dezember 1926, S. 2737. – IML, ZPA, EA 0886; EA 1068.

20 Am 23. April 1925 hatte sich Ernst Thälmann in einem Brief »An die Militärschule und das Батаillon »Wystrel« für diese Ehrung bedankt. Am gleichen Tage hatte er auch an die

Ehrung als Beweis dafür, daß das »Band der Solidarität zwischen der Roten Armee und der deutschen Arbeiterschaft... sich stärker denn je gefestigt«²¹ hatte. Nach Abschluß der Tagung des EKKI weilte Ernst Thälmann an der Spitze einer Delegation des Plenums bei dem Батаillon zu Gast. Seit dieser Zeit wurde beim Appell regelmäßig auch der Name »Ernst Thälmann« aufgerufen, worauf seine Abteilung antwortete: »Ist abkommandiert!«²²

Mit einer Abordnung deutscher Kommunisten besuchte Ernst Thälmann anschließend die 2. Kosaken-Kavalleriedivision im ukrainischen Starokonstantinow.²³ Über diese Division, die den Namen »Kommunistische Partei Deutschland« trug, hatte die KPD die Patenschaft übernommen. Thälmann und seine Genossen wohnten einer Parade bei, besichtigten die Kasernen und unterhielten sich mit den Rotarmisten. Auch später suchten Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck und andere führende Vertreter der KPD einige Male diese Division auf und bekundeten so ihre enge Verbundenheit mit der Roten Armee.

Zelle der KPR(B) in der 16. Buchdruckerei des Mospoligraf in Moskau geschrieben, die ihn ebenfalls »zum Ehrenvertreter in den Moskauer Sowjet« gewählt hatte. (IML, ZPA, NL 3/5.)

21 Ernst Thälmann: Über proletarischen Internationalismus, S. 40.

22 Vgl. IML, ZPA, EA 0886. – Grigori Selwitscha berichtet, daß er als Diensthabender die Delegation begrüßte und Ernst Thälmann Meldung erstattete. Er teilt kein genaues Datum mit, aus seiner Darstellung geht jedoch hervor, daß der Besuch »einige Zeit« nach dem 27. November erfolgte. – Über die Feier, die nach der Begrüßung stattfand, ist nichts Näheres bekannt. (Vgl. ebenda.)

23 Vgl. Iwan Rudenko: Thälmann bei den Roten Kosaken. In: Neues Deutschland (A), 15. Juli 1969. – Er datiert den Besuch auf Ende 1926. Es ist anzunehmen, daß die Delegation nach dem Plenum vor der Rückreise nach Deutschland die Division aufsuchte.